3 1761 07363311 7

H.-J. Krusch

Um die Einheitsfront und eine Arbeiter-regierung

Dr. Hans-Joachim Krusch

Um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung

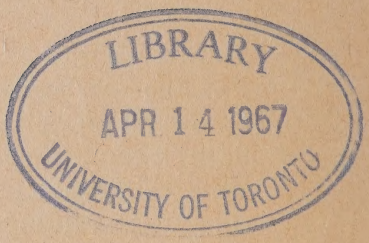
Dr. Hans-Joachim Krusch

Um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung

Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Erzgebirge-Vogtland unter besonderer Berücksichtigung des Klassenkampfes im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier von Januar bis August 1923

Verlag Tribüne, Berlin

HX
280
S3K7



„Die Arbeiter wollen die Einheit ihrer Aktionen. Die Arbeiter haben recht. Ohne Aktionseinheit gibt es für die Arbeiter keinen Erfolg."

W. I. Lenin

1. Auflage — 1. bis 3. Tausend
Alle Rechte vorbehalten — Verlag Tribüne Berlin
1193 Berlin, Am Treptower Park 28—30
Printed in the German Democratic Republic
Umschlagentwurf und Typografie: Hans-H. Bock
Korrektor: Anita Ullrich · Hersteller: Erika Hartmann
Dieser Titel ist über den Literatur- und Vordruckvertrieb des FDGB, Markranstädt bei Leipzig, zu beziehen.
Satz und Druck: Tribüne Druckerei Berlin
Buchbinderische Verarbeitung: Buchbinderei C. H. Schwabe, Leipzig
(516) 1057 Lizenz 2 L 22/GB 31/466 ES 5 C 4/14 E EVP 8 MDN

Vorwort

Die Monographie entstand aus einer Dissertation, die im Dezember 1964 am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED verteidigt und für den Druck mit dem Ziel überarbeitet wurde, auf einem Teilgebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen Beitrag zum 20. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorzulegen.

Das vorliegende Buch beschäftigt sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung im Jahre 1923 im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, dem industriellen Zentrum und Schwerpunkt der revolutionären Arbeiterbewegung in Sachsen. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Entwicklung des Klassenkampfes im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in der Zeit von Januar bis August 1923. Im Bezirk Erzgebirge-Vogtland gelegen, gehörte es zu den wichtigsten sächsischen Industriegebieten mit einer stark organisierten Arbeiterklasse. Im Jahre 1923 war das Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier ein Brennpunkt der Klassenauseinandersetzung, eine Hochburg des Ringens der KPD um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung in Sachsen. Hier existierte ein einflußreicher linker Flügel der Sozialdemokratie. Es kam zu hervorragenden Beispielen des gemeinsamen Kampfes von Kommunisten und Sozialdemokraten, der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, der Mitglieder aller Arbeiterorganisationen gegen den gemeinsamen Feind. In diesem Gebiet wurde ein wichtiger Beitrag zur Bildung der linkssozialdemokratischen Landesregierung Zeigner-Liebmann-Graupe im März 1923 sowie zur Errichtung der sächsischen Arbeiterregierung durch Kommunisten und linke Sozialdemokraten im Herbst 1923 geleistet.

Die Bergarbeiter und andere Werktätige des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers standen mit in der ersten Reihe des Kampfes der Arbeiterklasse im Bezirk Erzgebirge-Vogtland und in Sachsen. Sie nahmen einen würdigen Platz in der Massenbewegung zum Sturze der großbürgerlichen Cuno-

Regierung ein, deren Politik das deutsche Volk in eine tiefe soziale und nationale Notlage gestürzt hatte. Ihr Kampf lehrt mit aller Eindringlichkeit, daß immer dann, wenn Kommunisten und Sozialdemokraten, wenn die Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Aktionsgemeinschaft für die sozialen und politischen Forderungen des werktätigen Volkes eintreten, es gut um die Sache der Arbeiterklasse und der ganzen Nation bestellt ist. Er lehrt weiter, daß die Überwindung der imperialistischen Herrschaft und damit die Lösung des nationalen Grundproblems des deutschen Volkes die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller anderen antiimperialistischen, patriotischen Kräfte erfordert und der Hauptstoß gegen Imperialismus und Militarismus, den Hauptfeind der Arbeiterklasse und der Nation, gerichtet werden muß. Entgegen allen Verfälschungen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lautet die historische Wahrheit: „Die klassenbewußten deutschen Arbeiter haben in allen großen geschichtlichen Prüfungen, in denen die deutsche Bourgeoisie ihre Untauglichkeit zur Führung der Nation erwies, eine Politik vertreten, die nicht nur den Interessen der Arbeiter, sondern denen des ganzen Volkes diente."[1]

Mit der Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse in einem Teil Deutschlands, der Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1946 und der Beseitigung des deutschen Imperialismus und Militarismus, mit der Schaffung eines demokratischen und friedliebenden deutschen Staates sowie dem umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik gemäß dem vom VI. Parteitag verkündeten Programm der SED wurde auch das Vermächtnis aus den Arbeiterkämpfen im Jahre 1923 erfüllt. Das aufopferungsvolle Wirken von Kommunisten und Sozialdemokraten für die Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen Nation in jener Zeit fand so seine Krönung. Ihnen, den Wegbereitern eines friedlichen, demokratischen und sozialistischen Deutschlands, ist dieses Buch gewidmet.

Auf Grund des Standes der Forschung, unter Berücksichti-

1 „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands", Berlin 1962, S. 20/21.

gung der von Wilhelm Ersil, Günter Hortzschansky, Heinz Köller, Raimund Wagner und anderen Historikern der DDR und der Sowjetunion vorgelegten Spezialuntersuchungen, vor allem aber angesichts der von einem Autorenkollektiv unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, ausgearbeiteten und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", habe ich mich auf Ausführungen zur Lage in ganz Deutschland und in Sachsen beschränkt, die für die Kennzeichnung der regionalgeschichtlichen Entwicklung unbedingt erforderlich waren.

Außer gedruckt vorliegenden zeitgenössischen Dokumenten und Materialien wurden Akten folgender Archive ausgewertet: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv; Deutsches Zentralarchiv, Potsdam; Landeshauptarchive Dresden und Magdeburg; Landesarchive Glauchau und Leipzig; Kreisarchiv Zwickau; Stadtarchive Zwickau, Wilkau, Lichtenstein, Oelsnitz, Lugau und Stollberg; Archiv der Bergakademie Freiberg; Betriebsarchive der VEB Steinkohlenwerke „August Bebel", „Karl Marx", „Martin Hoop IV", „Deutschland" und „Karl Liebknecht"; Betriebsarchiv des VEB Baumwollspinnerei Zwickau. Ein großer Teil der Akten wurde erstmalig für die Forschung herangezogen. Als wichtige Quelle erwiesen sich ferner Erlebnisberichte und Mitteilungen von Veteranen der Arbeiterbewegung, die der Verfasser durch kollektive Aussprachen und Einzelgespräche erhielt. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß sich die unmittelbare Berührung mit der Berufspraxis der Bergarbeiter durch die zweiwöchige Tätigkeit unter Tage im VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx" in Zwickau, die mir im Zuge der Arbeit an der Dissertation ermöglicht wurde, fruchtbringend auswirkte. Die in den Anhang aufgenommenen 21 Dokumente werden — abgesehen von Dokument Nr. 1 — erstmals veröffentlicht bzw. zum ersten Mal wieder abgedruckt.

Die Monographie erhebt keinesfalls den Anspruch, eine allseitige, abgeschlossene Darstellung zu geben. So steht nach wie vor eine gründliche Analyse der proletarischen Jugend- und Frauenbewegung, der Lage in den Genossenschaften,

Arbeitersportvereinen und Kulturorganisationen der Arbeiterklasse aus. Zweifellos wäre es auch wünschenswert gewesen, die gesamte Untersuchung bis zum Ende der revolutionären Nachkriegskrise in Deutschland fortzuführen. Diese Lücken bereits jetzt zu schließen, war leider nicht möglich. Das kritische Urteil der Leser, um das ich bitte, wird von Nutzen für weitere Forschungsarbeit sein.

Es ist mir ein Bedürfnis, all denen Dank zu sagen, die mit Rat und Tat die Arbeit unterstützten. Mein besonderer Dank gilt den Genossen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, vor allem des Sektors III, insbesondere der Arbeitsgruppe 1917—1923 der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in deren Kollektiv ich mir in erster Linie das wissenschaftliche und politische Rüstzeug für die Arbeit aneignen konnte. Danken möchte ich Professor Dr. Eberhard Wächtler und Dr. Horst Naumann, meinen wissenschaftlichen Betreuern während der Arbeit an der Dissertation, sowie Stefan Weber vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, der mir ebenfalls durch seine Anregungen und kritischen Hinweise bei der endgültigen Fertigstellung der Monographie half. Zu Dank verpflichtet fühle ich mich den Parteiveteranen und den Mitgliedern der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und den Kreisleitungen Zwickau und Stollberg der SED, die durch Erinnerungsberichte und Mitteilungen vielfach erst zur Klärung einer Reihe von Fragen beitrugen, über die schriftliche Quellen keine Auskunft gaben. Dank schulde ich auch der Mitarbeiterin im Lektorat für Gewerkschaftsliteratur des Verlages „Tribüne", Irmgard Thiemann. Herzlich möchte ich meiner Frau danken, die mit großer Anteilnahme den Werdegang der Arbeit verfolgte und mir mannigfache Hilfe zuteil werden ließ.

Berlin-Weißensee, im Januar 1966 Hans-Joachim Krusch

I. Kapitel „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!"

1. Katastrophenpolitik der imperialistischen Machthaber provoziert Ruhrbesetzung

Keine grundlegende Wende in der Innen- und Außenpolitik

Seit dem Beginn unserer durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleiteten Epoche, in der sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab vollzieht, nimmt Deutschland einen wichtigen Platz, ja, eine Schlüsselstellung in der Auseinandersetzung ein, die zwischen dem aufsteigenden Sozialismus und dem untergehenden Imperialismus entbrannt ist. Die Niederlage des imperialistischen Deutschlands im ersten Weltkrieg, die Verschärfung der nationalen Frage durch den Raubfrieden von Versailles sowie die weitere außerordentliche Zuspitzung der Widersprüche zwischen den Interessen der Monopolherren, Junker und Militaristen auf der einen und denen der Volksmassen auf der anderen Seite machten es zu einem Knotenpunkt der imperialistischen Gegensätze und zum schwächsten Glied in der Kette der imperialistischen Staaten. Vom Ergebnis des Klassenkampfes in Deutschland, das industriell außerordentlich hoch entwickelt war, in dem frühzeitig die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus einsetzte und in dem eine besonders stark organisierte Arbeiterklasse existierte, hing in weitgehendem Maße das Schicksal des Imperialismus zumindest in Europa ab.[1] Deshalb stieß der Kampf der deutschen Arbeiterklasse und der anderen antiimperialistischen Kräfte für Frieden, Demokratie und Sozialismus während und nach der Novemberrevolution nicht nur auf den Widerstand der Reaktion im eigenen Lande, sondern rief auch die um die Erhaltung der Ausbeuterordnung besorgten ausländischen Imperialisten auf den Plan.

1 Vgl. „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Berlin 1963, S. 22.

Andererseits gab der Sieg der Oktoberrevolution in Rußland den progressiven Kräften in Deutschland großen Auftrieb in ihrem Ringen um die Lösung der nationalen Frage. Durch die Existenz der Sowjetmacht erhielten sie einen starken Rückhalt und fanden darüber hinaus die Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen in der Welt, besonders der revolutionären Teile der internationalen Arbeiterklasse, an deren Spitze die Kommunistische Internationale stand.

Die Novemberrevolution, die erste Erhebung der deutschen Arbeiterklasse gegen den Imperialismus und gleichzeitig die bedeutendste revolutionäre Massenbewegung in Europa nach der Oktoberrevolution, löste nicht die seit der Jahrhundertwende auf der Tagesordnung stehende grundlegende nationale Aufgabe. Die imperialistische Herrschaft konnte nicht überwunden werden, und damit blieb der Weg für die Nation in eine glückliche Zukunft ohne Krieg und Ausbeutung noch versperrt. Es gelang nicht, eine Wende in der deutschen Innen- und Außenpolitik herbeizuführen. Wenn ungeachtet der blutigen Niederschlagung der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution die Werktätigen der Reaktion einen besseren Kampfboden abtrotzten, so war das den revolutionären Kräften zu verdanken. Mit der Gründung der KPD im Feuer der Revolution war der Grundstein für die marxistisch-leninistische Partei der deutschen Arbeiterklasse gelegt, jener Kraft, die in der Lage ist, die Arbeiterklasse, das ganze Volk im Ringen um die Überwindung der imperialistischen Herrschaft zu führen. Die KPD richtete vom Beginn ihrer Existenz an den Hauptstoß gegen den Hauptfeind der deutschen Arbeiterklasse und der ganzen Nation, gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus.

Die bürgerlich-demokratische Republik von Weimar, die nach der Novemberrevolution an die Stelle des halbabsolutistischen wilhelminischen Regimes trat, war ein historischer Fortschritt. In die Weimarer Verfassung fanden demokratische Rechte und Freiheiten, wie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, das Streikrecht, die Koalitions-, Presse- und Redefreiheit, Eingang. Die alte Forderung der Arbeiterbewegung, der Achtstundentag, wurde gesetzlich verankert. Die Macht im Staate übten jedoch weiterhin die alten Verderber Deutschlands aus, die das Land in die natio-

nale Katastrophe des ersten Weltkrieges gestürzt und das Versailler Diktat heraufbeschworen hatten. „Die Weimarer Republik war die Klassenherrschaft des deutschen Monopolkapitals und der Junker, die mit den Mitteln der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie ausgeübt wurde. Die bürgerlich-parlamentarische Tarnung ermöglichte es der herrschenden Klasse, mit Unterstützung der rechten sozialdemokratischen Führer breite Massen über den Klassencharakter der Weimarer Republik zu täuschen, bei ihnen demokratische Illusionen zu erwecken und sie vom Kampf gegen Monopolkapital und Militarismus, für eine den Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Volksmassen entsprechende Demokratie abzuhalten."[2]

Die Strategie und Taktik der in der Ausübung der Macht erfahrenen, durch die Oktober- und Novemberrevolution gewitzigten herrschenden Klasse in Deutschland war darauf gerichtet, durch die Anwendung mannigfacher Mittel und Methoden, die sie geschickt kombinierte, die Krise des imperialistischen Systems zu überwinden. Notwendiger denn je wurde für die Aufrechterhaltung der Herrschaft des deutschen Imperialismus die Spaltung der Arbeiterklasse. Terror und Betrug, nationale und soziale Demagogie gehörten zu den Waffen, mit denen Monopolkapital, Junker, Militaristen und bürgerlicher Staat gegen das Volk operierten. Hauptmittel der Irreführung der Massen wurden seit der Oktoberrevolution der Antikommunismus und Antibolschewismus.

In der Periode der revolutionären Nachkriegskrise in Deutschland blieb das Herrschaftssystem des deutschen Imperialismus und Militarismus infolge einer Reihe ökonomischer und politischer Faktoren labil. Davon zeugen auch die Aktionen der einheitlich handelnden Arbeiterklasse mit der KPD und linken Kräften der USPD an der Spitze zur Abwehr des Kapp-Putsches. Sie stürzten das imperialistische System in eine tiefe Krise.

Im März 1920 bestand die Möglichkeit, den Sieg über die Putschisten auszunutzen, um die Demokratie zu erweitern und schrittweise die Positionen der Imperialisten und Militaristen einzuschränken und zu überwinden. Der Reaktion ge-

2 Ebenda, S. 114.

lang es jedoch, die Einheitsfront der Arbeiterklasse zu sprengen. Die Führung der SPD zog nicht die Lehren aus dem Kapp-Putsch. Sie hielt weiterhin an ihrer verhängnisvollen Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie fest. Mit Hilfe der Koalitionsregierung festigte das Monopolkapital seine Macht. Völlig richtig wird darum rückblickend in dem 1964 erschienenen Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall im DGB festgestellt: Die Niederwerfung des Kapp-Putsches wurde „das große geschichtliche Beispiel dafür, daß die Gewerkschaften eine mächtige demokratische Kraft in unserer Gesellschaft sind, fähig, in einer Krisensituation die Zerstörung der Demokratie zu verhindern. Allerdings muß dazu ein energischer Wille zum Widerstand vorhanden sein. 1920 gaben die Gewerkschaften leider zu früh wieder nach, ohne daß die Bedingungen, die sie für den Abbruch des Generalstreiks gestellt hatten — die wirkliche Ausschaltung aller antidemokratischen Kräfte aus dem Staatsleben —, erfüllt worden wären".[3]

Extrem reaktionäre Konzeption

Ende 1922, vier Jahre nach der Novemberrevolution, setzte die deutsche Monopolbourgeoisie die Bildung der Cuno-Regierung durch. Das war, abgesehen von der Kapp-Regierung, die reaktionärste Reichsregierung nach 1918, ein großbürgerliches Kabinett, dessen Programm entscheidend durch den von Stinnes geführten schwerindustriellen Flügel des Monopolkapitals beeinflußt wurde. Stinnes war durch Kriegs- und Inflationsgewinne in die Gruppe der ökonomisch stärksten und politisch einflußreichsten Monopolherren vorgestoßen. Er stand an der Spitze des größten deutschen Konzerns, der Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union. Stinnes verfocht auf außen- und innenpolitischem Gebiet eine extrem reaktionäre Konzeption zur Überwindung der revolutionären Nachkriegskrise und zur Stabilisierung des imperialistischen Systems in Deutschland.

3 „Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall. Anhang: Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes", Frankfurt a. Main 1964, S. 36.

Unter völliger Mißachtung des internationalen Kräfteverhältnisses traten Stinnes, Thyssen und andere Vertreter der deutschen Großbourgeoisie aus klassenegoistischen Gründen gegen die Erfüllung und für eine Sabotage der Reparationszahlungen an die Siegermächte ein, die Deutschland gemäß den Bedingungen des Versailler Vertrages zu leisten hatte. Es störte die Kreise um Stinnes nicht, daß sie auf diese Weise die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich provozierten. Bereits am 18. Juni 1922 hatte Stinnes in der Presse erklären lassen: „Unzweideutiger Gegner einer Fortsetzung der Erfüllungspolitik ist Herr Stinnes freilich unter allen Umständen, selbst auf die Gefahr hin, daß es zu einer Besetzung des Ruhrgebietes kommt. Es muß den Gegnern endlich zum Bewußtsein gebracht werden, daß die ewigen Drohungen mit der Ruhrbesetzung einmal ein Ende haben müssen."[4]

Die Haltung der Stinnes-Gruppe stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Scheitern ihrer Bestrebungen, eine Montan-Union mit den französischen Stahlindustriellen zu schaffen, in der die deutsche Schwerindustrie die führende Rolle spielen wollte. In den Verhandlungen hatte sich aber erwiesen, daß das durch Loucheur vertretene Comité des Forges eine Beteiligung von 60 Prozent an dem geplanten Riesenkonzern forderte. „Wir können nicht mit Loucheur einen Konzern bilden", verkündete Stinnes daraufhin, „in dem Loucheur 60 Prozent und Stinnes 40 Prozent besäße."[5]

Um eine höhere Beteiligungsquote durchzusetzen, nahmen die aggressivsten Teile des deutschen Monopolkapitals Kurs auf eine Kraftprobe und kalkulierten dabei selbst die Ruhrbesetzung ein.

Stinnes und seine Parteigänger spekulierten darauf, daß es im Falle einer französischen Intervention im Ruhrgebiet zur Zuspitzung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Westmächten und auf diesem Wege zum Zusammenbruch des Versailler Vertrages kommen würde. Sie rechneten mit einer

4 Zitiert in: Curt Geyer, „Drei Verderber Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands und der Reparationsfrage von 1920 bis 1924", Berlin 1924, S. 134/135.

5 Zitiert in: „Internationale Presse-Korrespondenz", Deutsche Ausgabe, 27. Januar 1923, S. 78.

Schwächung der Macht des französischen Imperialismus, der Verwirklichung ihrer Forderungen gegenüber dem Comité des Forges und der Durchsetzung noch weitreichenderer Ziele mit Hilfe vor allem der USA. Stinnes' außenpolitisches Programm bedeutete, so notierte mit durchaus realistischem Blick im November 1922 der Chef der Westeuropäischen Abteilung des amerikanischen Außenministeriums und Vertrauensmann der Wallstreet in sein politisches Tagebuch, „einen riesenhaften Trust, einen deutschen Trust mit französischem Schwanz, der sicherlich versuchen würde, die Welt zu beherrschen. Die Vision von Stinnes reicht weit. Er sieht, wie der Weg gen Osten sich wieder öffnet, das Verschwinden von Polen, die deutsche wirtschaftliche Ausbeutung von Rußland und Italien . . . Wird sie nicht vielleicht doch zu einem neuen Krieg führen, falls wir und der Rest der Welt nicht gewillt sind, uns unter deutsche Oberherrschaft zu begeben? Ich bin dessen nicht sicher, doch ist die Idee es wert, in Betracht gezogen zu werden".[6]

Die von Profitinteressen diktierte Außenpolitik der reaktionärsten Teile des deutschen Monopolkapitals, deren antisowjetische Aspekte die Sympathien des amerikanischen Finanzkapitals hervorriefen, war abenteuerlich und wurde zu Recht als „Katastrophenpolitik" bezeichnet. Sie gefährdete erneut den Frieden in Europa und drohte das deutsche Volk abermals in eine nationale Katastrophe zu stürzen.

Auch in der Innenpolitik trat der Stinnes-Flügel außerordentlich scharfmacherisch auf. Er forderte die Privatisierung der Staatsbetriebe, eine reaktionärere Steuergesetzgebung, die Aufhebung der „Regierungskontrolle über alle Zweige innerer und ausländischer Geschäftsverbindungen"[7], die Beseitigung von Höchstpreisen, der staatlich festgelegten Mietsvorschriften und der Pflichtablieferungen von Getreide sowie weitere Maßnahmen, die allesamt auf eine noch stärkere Ausnutzung der Staatsmacht durch die Monopole hinausliefen. Besonders heftige Angriffe wurden gegen den Achtstundentag gerichtet. Die Arbeiter müssen, so sah ein von Stinnes

6 George W. F. Hallgarten, „Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918—1933", Frankfurt a. Main 1955, S. 60.
7 Ebenda, S. 55.

entworfener und dem amerikanischen Botschafter in Deutschland unterbreiteter Plan vor, „Überstunden machen, ohne besonderen Lohnzuschlag für Überstunden, d. h. einfach als eine Verlängerung des Achtstundentages".[8] Wenige Tage vor dem Regierungsantritt Cunos erklärte Stinnes in aller Öffentlichkeit, daß nach seiner „Überzeugung das deutsche Volk eine Reihe von Jahren, 10, 15 Jahre lang, sicherlich zwei Stunden pro Tag wird mehr arbeiten müssen".[9] Um den Widerstand gegen die erhöhte Ausbeutung zu brechen und die Arbeiterklasse gänzlich der Botmäßigkeit der Monopole zu unterwerfen, wurde in dem Stinnes-Plan die Forderung erhoben, „für die Dauer von wenigstens fünf Jahren ... jeden Streik in jedem industriellen Unternehmen, das für die nationale Wirtschaft lebensnotwendig ist", zu verbieten „und als strafbare Handlung" zu betrachten.[10]

Hand in Hand mit dem Abbau der sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution sollten die demokratischen Rechte und Freiheiten beseitigt, vor allem aber die revolutionäre Arbeiterbewegung aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschaltet und der Weg für ein terroristisches Regime frei gemacht werden.

Das innen- und außenpolitische Programm der Kreise um Stinnes und der mit ihnen eng verbundenen Reichswehrgeneralität, an deren Spitze als Chef der Heeresleitung General von Seeckt stand, stellte eine Einheit dar. Hier wird einmal mehr die Richtigkeit der Leninschen Erkenntnis sichtbar: „Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleichermaßen in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist unbestreitbar, daß der Imperialismus ‚Negation' der *Demokratie überhaupt*, der *ganzen Demokratie* ist."[11]

8 Ebenda.

9 Zitiert in: „Die Rote Fahne", 11. November 1922 (Abendausgabe).

10 George W. F. Hallgarten, „Hitler, Reichswehr und Industrie ...", a. a. O., S. 56.

11 W. I. Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus'", in: „Werke", Bd. 23, Berlin 1964, S. 34.

Mit Hilfe der Cuno-Regierung und notfalls auch der faschistischen Banden, deren Hauptstützpunkte sich in Bayern befanden und die nach der Machtergreifung des Faschismus 1922 in Italien immer aktiver wurden, gedachten die Fürsprecher einer extrem reaktionären Politik zum Zuge zu kommen.
Der neue Reichskanzler, bislang Generaldirektor der HAPAG, und sein Kabinett enttäuschten sie nicht. Es war kein Zufall, daß der geheime Aufbau der Schwarzen Reichswehr aus den verschiedenen militaristisch - faschistischen Organisationen vorangetrieben wurde. Die Cuno-Regierung begann schließlich vorsätzlich die Reparationslieferungen an Frankreich zu drosseln. Diese provokatorische Haltung kam den Bestrebungen des französischen Imperialismus entgegen, der bereits seit geraumer Zeit einen Anlaß suchte, um seine Raub- und Eroberungspläne zu realisieren. Schon im November 1922 war in Paris unter dem Druck des Comité des Forges die vollständige Beschlagnahme des Rheinlandes und die Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes ernsthaft erwogen worden. Am 11. Januar 1923 rückten auf Beschluß der Regierung Poincaré Truppen des imperialistischen Frankreichs und Belgiens in das Ruhrgebiet ein. Das größte deutsche Industriezentrum, in dem 72 Prozent der Steinkohlen-, mehr als 54 Prozent der Roheisen- und mehr als 52 Prozent der Rohstahlproduktion Deutschlands konzentriert waren, wurde von der französischen Besatzungsmacht durch eine Zollgrenze vom übrigen Deutschland abgetrennt, um seine Ausbeutung im Interesse des französischen Imperialismus betreiben zu können. Der Ruhrkampf war entbrannt.[12]

12 Eine eingehende Analyse der ökonomischen und politischen Ursachen der Ruhrbesetzung vgl. Günter Hortzschansky, „Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923", Berlin 1961, auf dessen Forschungsergebnisse ich mich im wesentlichen bei der Skizzierung der Vorgeschichte und des Charakters des imperialistischen Ruhrkampfes sowie bei der Kennzeichnung der Politik des deutschen Imperialismus angesichts der Ruhrbesetzung stützte.

Soziale und nationale Notlage durch imperialistischen Ruhrkampf

Die imperialistische Politik brachte Europa Anfang 1923 an den Rand kriegerischer Konflikte. In Deutschland vertiefte sich durch den Kampf um das Ruhrgebiet die revolutionäre Nachkriegskrise und erreichte einen neuen Höhepunkt. Die Unterwerfung des industriellen Herzens Deutschlands unter ausländische imperialistische Herrschaft stellte einen brutalen Akt der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk dar. Die Okkupation schränkte noch mehr die bereits durch das Versailler Diktat beeinträchtigte nationale Unabhängigkeit Deutschlands ein. Sie beschwor die Loslösung des Ruhrgebietes aus dem deutschen Nationalverband herauf, zumal separatistische Elemente an Rhein und Ruhr nunmehr erneut ihre Stunde für gekommen sahen und der Separatismus auch die Unterstützung solcher einflußreicher Vertreter des Großkapitals wie Adenauer fand, der bereits 1919 für die Schaffung einer Rheinisch-Westfälischen Republik eingetreten war.

Die Ruhrbesetzung hatte verheerende wirtschaftliche Auswirkungen. Sie führte zur Desorganisierung der deutschen Wirtschaft und zu einem erheblichen Produktionsrückgang. Die Industrieproduktion sank fast um die Hälfte gegenüber 1913. Während jedoch die Monopole und Großagrarier die Lasten des verlorenen Krieges, des Versailler Diktats und der Ruhrbesetzung mit Hilfe der Cuno-Regierung und der bewußt forcierten Inflation auf die Massen abwälzten und sich hemmungslos bereicherten, erreichte die Verelendung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in Deutschland einen Tiefpunkt.

Die Umverteilung des Nationaleinkommens während der Inflation zugunsten der Monopole, die von ihnen betriebene brutale Ausplünderung des Volkes ohne Rücksicht auf seine physische Existenz führten dazu, daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse 1923 den niedrigsten Stand während der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise erreichte. Der Reallohn der Arbeiter betrug zeitweilig weniger als die Hälfte des Vorkriegsstandes. In namenloses Elend stürzte der Raubzug der Monopole und Großagrarier auch die kleinbür-

gerlichen Schichten.[13] Ihm fielen selbst viele kleine und mittlere Unternehmen zum Opfer.

Die Provozierung des Kampfes um die Ruhr durch den deutschen Imperialismus brachte das deutsche Volk in eine tiefe soziale und nationale Notlage. Riesengroß war die Gefahr einer nationalen Katastrophe angewachsen. Die Katastrophenpolitik der imperialistischen Machthaber setzte die Existenz der deutschen Nation aufs Spiel. „Die Entwicklung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus hat in Deutschland zu einem tiefen, unversöhnlichen Widerspruch zwischen den Klasseninteressen der deutschen Imperialisten und Militaristen einerseits und den nationalen Interessen des deutschen Volkes auf der anderen Seite geführt . . . An Stelle des glücklichen Lebens und Schaffens wurde das deutsche Volk von seinen herrschenden Klassen immer wieder in den Teufelskreis: Konjunktur, Krise, Krieg, Inflation hineingetrieben."[14]

Die marxistische Geschichtswissenschaft hat der Erforschung und Darstellung des imperialistischen Ruhrkampfes große Aufmerksamkeit zuteil werden lassen und ein der historischen Wahrheit entsprechendes Geschichtsbild gezeichnet. So hat Günter Hortzschansky in seinem Buch „Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923" eine eingehende Analyse des Hintergrundes, des Charakters und Verlaufs des imperialistischen Ruhrkampfes vorgenommen und, gestützt auf umfangreiches Quellenmaterial, den unwiderlegbaren Nachweis für die antinationale, die Ruhrbesetzung provozierende Politik der deutschen Imperialisten und Militaristen erbracht. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung dagegen dominiert im allgemei-

13 Zur Einschätzung der Wirtschaftskrise 1923 in Deutschland, vor allem der Inflationspolitik der Monopole und ihrer Regierung sowie der sozialen Lage der Werktätigen vgl. Jürgen Kuczynski, „Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus", Bd. 15: „Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945", Berlin 1963, S. 13 ff.; Bd. 16: „Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945", Berlin 1963, S. 49 ff.

14 „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands", Berlin 1962, S. 18 und 24.

nen das Bestreben, die Rolle der deutschen Monopolherren bei der Entfesselung des Konfliktes zu vertuschen, ihren nationalen Verrat während der Ruhrbesetzung zu verhüllen. Beispielsweise ist in der von Ludwig Bergsträsser verfaßten „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland", die in der Bundesrepublik mehrere Auflagen erfuhr, davon die Rede, daß Cuno „politisch unerfahren" gewesen sei. „So schlitterte er in einen neuen Konflikt mit Frankreich hinein, den die Parteien, vor allem die bürgerlichen, aus einer gewissen inneren, psychologisch bedingten Zermürbung heraus mitmachten."[15] Auf diese und ähnliche Weise wird von den wahren Schuldigen an der sozialen und nationalen Notlage des deutschen Volkes abgelenkt und den westdeutschen Lesern der Blick für die Lehren der Geschichte versperrt. Es finden sich jedoch in Veröffentlichungen westdeutscher Historiker auch durchaus zutreffende Feststellungen über den volksfeindlichen Charakter der von den Monopolen und dem bürgerlichen Staat betriebenen Inflationspolitik während des Ruhrkampfes. Mit Recht wird diese Politik von Guntram Prüfer und Walter Tormin als „eine der größten Räubereien der Weltgeschichte"[16] bezeichnet.

Die Cuno-Regierung beantwortete den Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet mit der Verkündigung des „passiven Widerstandes", der die deutsche Bevölkerung verpflichtete, den Anordnungen der Besatzungsbehörden nicht Folge zu leisten. Die Politik des „passiven Widerstandes" war eine Form des imperialistischen Konkurrenzkampfes um die Ruhr. Ihre Proklamierung diente zugleich der Entfachung der nationalistischen und revanchistischen Leidenschaften. Indem das deutsche Monopolkapital seine Klasseninteressen mit dem Mantel nationaler Demagogie verhüllte und vorgab, der imperialistische Ruhrkampf stehe im Einklang mit den nationalen Interessen, nutzte es die nationalen Gefühle des deutschen Volkes angesichts der Ruhr-

15 Ludwig Bergsträsser, „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland", München 1955, S. 269.

16 Guntram Prüfer/Walter Tormin, „Die Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik bis zu Eberts Tod", Hannover 1960, S. 50.

besetzung aus, um die Werktätigen vor den Karren des deutschen Imperialismus und Militarismus zu spannen.
Über Deutschland ergoß sich eine Hochflut des Chauvinismus. Worauf es den Einpeitschern dieser nationalistischen Welle ankam, geht deutlich aus einem der ersten Berichte hervor, die der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, Oberst Kuenzer, nach dem Ausbruch des Ruhrkampfes verfaßte und der Reichsregierung überreichte. In ihm heißt es: „Für Deutschland gilt nun, die Voraussetzungen für die Weiterführung des Kampfes um die Kohle im Ruhrrevier zu schaffen. Diese Voraussetzungen sind wirtschaftlicher und politischer Art. Vor allem gilt es, die Abwehrstimmung des deutschen Volkes gegen den gegnerischen Einbruch auch für die Dauer zu erhalten . . . Der Kampf, der um das Ruhrrevier geführt wird, ist ein Wirtschaftskampf, bei dem der Erfolg dem zufallen wird, der die Nerven behält und die größte Ausdauer bezeigt. Dieser Kampf kann lange dauern und wird an die Fähigkeit und Energie des Volkes große Anforderungen stellen. Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg wird sein, daß im Innern Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleibt, und die innerpolitischen Auseinandersetzungen auf ein möglichst geringes Maß herabgedrückt werden."[17]
Demagogische Schlagworte, wie „Gemeinsamkeit" aller Deutschen gegenüber dem „Landesfeind", „nationale Eintracht" zur Abwehr der Ruhrbesetzung, „Vaterlandsverteidigung", sollten über die Hintergründe des Ruhrkampfes, über seinen Klassencharakter und darüber hinwegtäuschen, daß der Hauptfeind des deutschen Volkes im eigenen Land stand. Wollte man solchen westdeutschen Historikern wie Karl Buchheim folgen, so mußte tatsächlich das „ganze Volk, Unternehmer und Arbeiter und alle Parteien . . . zusammenstehen und den Geist des inneren politischen Burgfriedens von 1914 erneuern".[18] Er und andere Verteidiger des west-

17 Deutsches Zentralarchiv, Potsdam (weiterhin geführt als DZA, Potsdam), Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung (weiterhin geführt als RK), Nr. 541/1, Bl. 18/19.

18 Karl Buchheim, „Die Weimarer Republik", München 1960, S. 92.

deutschen Imperialismus sind bemüht, am historischen Beispiel eine Übereinstimmung der Interessen der Monopolbourgeoisie mit den Interessen der ganzen Nation vorzutäuschen und die Legende vom Anspruch der Großbourgeoisie auf die Führung der Nation aufrechtzuerhalten und zu verbreiten. Die von den deutschen Imperialisten und Militaristen 1923 proklamierte Politik der „nationalen Einheitsfront" wird von ihnen als nationale Politik glorifiziert. In Wirklichkeit handelte es sich bei dieser Propaganda für die „Einheit" um die „Einheit" im Interesse der Militaristen und Imperialisten, um die nationalistische „Einheit", die sich nach innen und nach außen gegen die demokratischen Kräfte, gegen die wirklichen Bannerträger des Kampfes um die Lösung der nationalen Fragen richtete und richtet. Ungeschminkt heißt es im Hinblick auf die Ereignisse im Jahre 1923 bei Buchheim, daß der „stärkste und gefährlichste Gegner ... der gleiche" blieb, „und er saß nicht in Bayern oder bei den Franzosen und rheinischen Separatisten".[19] Zum Hauptfeind erklärt Buchheim die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Unter den Bedingungen des Ruhrkampfes ging es für die herrschende Klasse in Deutschland darum, die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen vom Klassenkampf gegen die Schuldigen an der nationalen und sozialen Notlage abzuhalten; es ging um die Sicherung des „Hinterlandes" und darum, im Zeichen des Nationalismus den Widerstand gegen die Verelendungspolitik der Cuno-Regierung und ihre Hintermänner zu ersticken. Zugleich steigerte die Reaktion ihre antikommunistische Hetze. Die Hitlerbewegung, unterstützt von Stinnes, Rechberg und anderen Großindustriellen, breitete sich weiter aus. Im Zeichen des Antikommunismus und Revanchismus verstärkten auch die anderen rechtsextremistischen Verbände ihre Aktivität. Erstmals wurde der Faschismus in Deutschland zu einer Gefahr.

19 Ebenda, S. 98.

2. Burgfriedenspolitik im Gegensatz zu geschichtlichen Lehren

Welche Stellung bezog der Parteivorstand der VSPD[20] zum Ruhrabenteuer, dieser Verschwörung gegen das werktätige Volk und die ganze Nation? Wurde er als führendes Organ der zahlenmäßig stärksten Arbeiterpartei in Deutschland seiner Verantwortung gerecht? Wurde nunmehr, da die Katastrophenpolitik des deutschen Imperialismus sichtbarer denn je wurde, mit der Koalitionspolitik gebrochen? Rief die Führung der VSPD gemäß dem Willen vieler Sozialdemokraten zum Kampf gegen den deutschen und französischen Imperialismus auf?

Im Gegensatz zu den geschichtlichen Lehren versprach Otto Wels, einer der drei Parteivorsitzenden der VSPD, im Reichstag, „ganz ohne Rücksicht auf Parteiinteressen"[21] die Politik des „passiven Widerstandes" zu unterstützen und die Reichsregierung zu tolerieren. Er und andere rechte Führer der VSPD propagierten den Burgfrieden. Sie suchten den Arbeitern einzureden, es gelte im Bunde mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien die französische Aggression abzuwehren und die Weimarer Republik zu verteidigen. Erst dann, so wurde von ihnen erklärt, werde es möglich sein, den Kampf um den Sozialismus zu führen. Sie forderten dazu auf, jede Klassenauseinandersetzung im Innern zu vermeiden, und unternahmen nicht wenige Anstrengungen, um Kampfaktionen der Werktätigen zu verhindern. Das bedeutete objektiv nichts anderes, als das deutsche Monopolkapital in seinem Konkurrenzkampf mit dem französischen Imperialismus zu unterstützen, und führte zur Unterordnung der Interessen der sozialdemokratischen Mitgliedermassen, der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen unter die Interessen des imperialistischen Staates.

20 Seit dem Zusammenschluß von SPD und Rest-USPD zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Parteitag in Nürnberg am 24. September 1922 war dies bis 1924 die offizielle Bezeichnung der Partei.

21 „Verhandlungen des Reichstages. I. Wahlperiode 1920, Stenographische Berichte", Bd. 357, Berlin 1923, S. 9501.

Entgegen der ablehnenden Haltung auch von Mitgliedern des Bundesausschusses des ADGB[22] unterzeichneten am 24. Januar 1923 die Spitzenkörperschaften der deutschen Gewerkschaftsverbände einen gemeinsamen Aufruf mit den Unternehmerorganisationen, in dem dazu aufgefordert wurde, angesichts der Ruhrbesetzung „in Treue zu Reich und Volk" zu halten. „Alle Deutschen", heißt es weiter, „sind mit der Reichsregierung in dem Entschluß einig, weiter für Frieden und Freiheit mit den Waffen des Rechts zu streiten ... Aber bis sich das Recht durchsetzt, werden von unserem schwergeprüften Volke noch weitere Opfer gefordert ... Wir fordern daher Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, sofort für diese Zwecke Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Zahlungen nehmen entgegen die Reichsbank und ihre Nebenstellen, sämtliche Banken und Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften unter der Bezeichnung ‚Ruhrhilfe' (Abwehr des Einfalls ins Ruhrgebiet)."[23]

Mit der Unterschrift unter dieses Dokument bescheinigten Theodor Leipart und andere rechte Gewerkschaftsführer der monopolkapitalistischen Cuno-Regierung, „für Frieden und Freiheit mit den Waffen des Rechts zu streiten", und riefen die Werktätigen zur materiellen Unterstützung des Ruhrabenteuers auf. Sie führten so die Arbeitsgemeinschaftspolitik auch unter den Bedingungen der vom deutschen Imperialismus verschuldeten ernsthaften Gefährdung der Nation weiter. Bereits einen Tag später, am 25. Januar 1923, schloß der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands mit den Zechenherren ein sogenanntes Überschichtenabkommen ab, demzufolge die Bergarbeiter für die Dauer der Ruhrbesetzung täglich eine Stunde länger arbeiten sollten. Rechte Führer der VSPD wie Carl Severing führten in leitenden Staatsfunktionen die Politik der großbürgerlichen Reichsregierung während des Ruhrkampfes aktiv durch und traten bereits im Januar 1923 für die Bildung einer Regierung der großen Koalition ein.

22 Vgl. Lothar Erdmann, „Die Gewerkschaften im Ruhrkampf", Berlin 1924, S. 111.

23 „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", 27. Januar 1923, S. 41/42.

Statt der proletarischen Einheitsfront das Wort zu reden und gemeinsam mit der KPD den Kampf gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterbewegung zu führen, wurde die Politik der Klassenzusammenarbeit und des Antikommunismus verfolgt, die die Spaltung der Arbeiterbewegung vertiefte. Diese Politik war ein Ausdruck des Einflusses der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung und widerspiegelte den gesetzmäßigen, von Lenin aufgedeckten Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus.

3. Demokratisches Alternativprogramm der KPD weist Ausweg

„Um das Vaterland"

Die KPD hatte gemeinsam mit den in der Kommunistischen Internationale vereinten Bruderparteien rechtzeitig die Gefahr der Ruhrbesetzung signalisiert und, um sie abzuwehren, zur internationalen Einheitsfront des Proletariats aufgerufen. Das entsprach dem vom Humanismus durchdrungenen prinzipiellen Kampf der KPD gegen Imperialismus und Krieg, ihrem von jeher geführten Ringen für den Frieden und das Recht auf nationale Selbstbestimmung. In letzter Minute, jedoch vergeblich, wandte sich die Zentrale der KPD am 10. Januar 1923 an die SPD und die Gewerkschaften mit der Aufforderung, durch gemeinsame Aktionen die Ruhrokkupation zu verhindern. Vor die Tatsache der Ruhrbesetzung gestellt, erhoben die deutschen Kommunisten, solidarisch unterstützt von der KPF und den anderen kommunistischen Parteien[24], das Banner des sozialen und nationalen Be-

24 Zur Einschätzung der Solidaritätsbewegung der internationalen Arbeiterklasse angesichts der Ruhrbesetzung, insbesondere der Haltung der KPF vgl. Heinz Köller, „Kampfbündnis an der Seine, Ruhr und Spree. Der gemeinsame Kampf der KPF und KPD gegen die Ruhrbesetzung 1923", Berlin 1963. Vgl. weiter Bohumil Kucera, „Der proletarische Internationalismus im Feuer der revolutionären Ereignisse des Jahres 1923", in: „Sbornik praci filosofické fakulty Brněnské university", ročnik XIV, řada socálněvědná (G), č. 9, Brno 1965, S. 39 ff.

freiungskampfes. In ihrem Ringen konnten sie und die anderen fortschrittlichen Kräfte in Deutschland der Unterstützung der Sowjetunion gewiß sein, die als einziger Staat der Welt gegen den Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet Protest erhob. Am 13. Januar 1923 wandte sich das Gesamtrussische Zentral-Exekutiv-Komitee mit einem von M. I. Kalinin unterschriebenen Aufruf an alle Völker, in dem es im Namen des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates entschieden die Besetzung des Ruhrgebietes verurteilte, die imperialistischen Pläne zur Versklavung Deutschlands anprangerte und das Recht des deutschen Volkes auf nationale Selbstbestimmung und staatliche Einheit verteidigte.[25]

Die KPD nahm eine richtige Einschätzung der Hintergründe und des Klassencharakters des Ruhrkampfes vor und kennzeichnete in dieser komplizierten Situation auch richtig die Stellung der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut zur Nation.

Besonderen Anteil bei der Klärung der Haltung der KPD unter den Bedingungen des imperialistischen Ruhrkampfes hatte Clara Zetkin, die der Zentrale der KPD und dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale angehörte. Am 21. Januar 1923 veröffentlichte das Zentralorgan der KPD ihren Artikel „Um das Vaterland". Angesichts des nationalen Notstands erklärte Clara Zetkin: „Jawohl, das Vaterland, Deutschlands Zukunft ist in Gefahr. Unwürdig wäre es, nicht alle Kraft an die Rettung zu setzen. Soll diese gesichert sein, so gilt es jedoch volle Klarheit darüber, wer Deutschlands Gegenwart und Zukunft bedroht, wer sie retten kann und welches die Bedingungen der Rettung sind" zu schaffen. Sie setzte sich mit dem bürgerlichen Nationalismus auseinander, lehnte jeglichen Nihilismus in der nationalen Frage ab und begründete die Notwendigkeit, im Interesse der Nation den Kampf an zwei Fronten, sowohl gegen den

25 Zur Einschätzung der Haltung der Sowjetunion angesichts der Ruhrbesetzung vgl. Wolfgang Ruge, „Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923", Berlin 1962.

französischen Imperialismus als auch gegen die imperialistischen Machthaber Deutschlands, zu führen. „Der Kampf für Deutschlands Befreiung und Wiedergeburt ist gleichbedeutend mit dem Vorstoß des Proletariats zur Überwältigung der deutschen Bourgeoisie, für die Eroberung der politischen Macht . . . Nichtswürdig ist die Arbeiterklasse, die vor dem äußeren Feind kapituliert, weil sie vor dem inneren Feind zurückweicht. Verschärfung des proletarischen Kampfes gegen Stinnes und Poincaré ist Deutschlands Rettung, ist Deutschlands Zukunft."[26]

In einer weiteren Arbeit über das nationale Anliegen, das die revolutionäre Arbeiterbewegung in ihrem Kampf verfolgte, prangerte Clara Zetkin die nationale Demagogie der herrschenden Klasse an und unterzog die Position der Rechtssozialisten der Kritik: „Es ist eitel Torheit oder eitel Betrug, den bürgerlichen Nationalstaat als den nationalen Staat" zu bezeichnen, denn „dieser Staat ist nicht die Heimat eines Volkes von freien, gleichverpflichteten und gleichberechtigten Arbeitern, Schaffenden".[27] Jedoch, so umriß Clara Zetkin die nationale Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Vorhut im Jahre 1923, die „deutschen Proletarier haben wider den französischen Imperialismus ihr revolutionäres Zukunftserbe zu verteidigen, vaterländische nationale Werte, die für den Judasschilling zu verschachern die deutsche Bourgeoisie sich anschickt . . . Die Kommunistische Partei Deutschlands hat die Führung der Proletarier im Ringen für das nationale Lebensrecht des Reiches zu übernehmen. Sie muß ihnen auf dem mit Gefahren und Opfern besäten Weg des Kampfes für ihre Konstituierung als Klasse, als herrschende Klasse und damit als Nation, kühn, entschlossen, zielklar voranschreiten" und um ihr Banner zugleich „alle anderen sozialen Schichten . . . sammeln, deren materielle und kulturelle Interessen die Bourgeoisie skrupellos ihrem Profit- und Machtbegehren opfert". Clara Zetkin unterstrich in ihren Ausführungen, daß das Bekenntnis zur Verteidigung der nationalen Interessen und zur nationalen

26 „Die Rote Fahne", 21. Januar 1923.

27 Clara Zetkin, „Um Deutschlands nationales Lebensrecht", in: „Ausgewählte Reden und Schriften", Bd. II, Berlin 1960, S. 659.

Mission der Arbeiterklasse auf der einen Seite und zum proletarischen Internationalismus auf der anderen Seite nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern vielmehr eine Einheit bilden; deshalb müsse die „Partei der stärksten, klarsten, bewußtesten Internationalität gleichzeitig auch zur führenden nationalen Partei werden".[28]

Am 23. Januar 1923 erschien schließlich in der „Roten Fahne" der berühmte programmatische Aufruf der Zentrale der KPD „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!", der vor der Arbeiterklasse und der ganzen Nation die wahren Ursachen und den Charakter des imperialistischen Ruhrkampfes enthüllte und zum Zweifrontenkampf gegen den deutschen und französischen Imperialismus aufforderte. Getreu dem Vermächtnis von August Bebel und Karl Liebknecht stellten die Kommunisten dem Nationalismus und Revanchismus die Idee des proletarischen Internationalismus entgegen. Durchdrungen von echtem Nationalstolz, erwiesen sie sich als wahre Patrioten. Der Aufruf schloß mit den Worten: „In den Kampf gegen den räuberischen Kapitalismus Frankreichs! In den Kampf gegen die Raubpläne Poincarés! In den Kampf gegen Stinnes, Thyssen und Krupp, gegen ihre Handlanger aus der Cuno-Regierung! Es lebe die Solidarität des deutschen und des französischen Proletariats gegen die französische und deutsche Bourgeoisie."[29]

Nicht in einem Sprung zum Endziel

Mit der Frontstellung gegen den deutschen und französischen Imperialismus und mit der richtigen Bestimmung ihrer Stellung zur Nation und zum proletarischen Internationalismus hatte sich die KPD entscheidende Voraussetzungen für die Bewältigung der vor ihr stehenden aktuellen Aufgabe geschaffen, den konkreten Weg aus der sozialen und nationalen Notlage zu weisen. Die KPD mußte eine den spezifischen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland entsprechende marxistisch-leninistische Strategie und Taktik entwickeln. Es galt, die Leninsche Revolutionstheorie schöp-

28 Ebenda, S. 663.

29 „Die Rote Fahne", 23. Januar 1923.

ferisch anzuwenden und ein Alternativprogramm zur Katastrophenpolitik des deutschen Imperialismus auszuarbeiten. Obwohl in Deutschland zweifellos seit Beginn der imperialistischen Epoche die sozialistische Revolution historisch auf der Tagesordnung stand, kam es zunächst darauf an, die Macht der Monopolherren, Junker und Militaristen zurückzudrängen und zu brechen und im Prozeß dieses Ringens für eine antiimperialistisch-demokratische Umwälzung und die Schaffung einer antiimperialistisch-demokratischen Ordnung ein solches Kräfteverhältnis der Klassen herzustellen, das es schließlich ermöglichte, den Übergang zur Diktatur des Proletariats zu vollziehen und die sozialistische Umwälzung durchzuführen.[30] Das Ziel, so wird im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" rückblickend eingeschätzt, mußte eine Arbeiterregierung oder eine Art Volksregierung als Vorstufe für die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern sein, die sich zur Diktatur des Proletariats entwickelt.[31]

Ob und in welchem Tempo eine solche Entwicklung vonstatten ging, welche Formen sie annahm, ob und welche Phasen dieses komplizierten Prozesses, in dem es viele Wechselbeziehungen zwischen Altem und Neuem geben konnte, von gewisser Dauer blieben, hing vom konkreten Kräfteverhältnis ab. Diese Entwicklung mußte durchaus nicht gradlinig verlaufen. Die Geschichte des Klassenkampfes in Deutschland hat jedoch bewiesen, daß der revolutionäre Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus über eine Etappe der Revolution führt, in der die Macht ihrem Klasseninhalt nach nicht mehr imperialistisch und noch nicht proletarisch ist, sondern eben revolutionär-demokratischen Charakter trägt. „Wenn die Entwicklung von 1919 bis 1933 rückblickend eingeschätzt wird, kann gesagt werden, daß in dieser Periode die Kernfrage darin bestand, die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den fortschrittlichen Menschen aus den anderen Schichten der Bevölkerung durch Bil-

30 Vgl. Ernst Diehl, „Die Novemberrevolution und die Gründung der KPD", in: „Einheit", 1963, Heft 11, S. 42.

31 Vgl. „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", a. a. O., S. 117.

dung der Einheitsfront zum Kampf um demokratische Forderungen und gegen die Ausbeutung durch das Monopolkapital an den revolutionären Kampf zur Errichtung einer Arbeiterregierung — einer besonderen Art der Koalitionsregierung — heranzuführen . . . Das Problem bestand darin, nachdem sich in der Novemberrevolution erwiesen hatte, daß es nicht möglich war, mit einem Sprung zur Diktatur des Proletariats, zum Sozialismus zu kommen, die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern auf dem Wege der Einheitsfront, der Arbeiterkämpfe, des politischen Massenstreiks an die Eroberung der politischen Macht heranzuführen und auch Übergangsregierungen, wie Gewerkschaftsregierungen, Koalitionsregierungen von SPD und USPD oder Koalitionsregierungen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Unabhängigen, zu unterstützen."[32]

Bei der Lösung dieses Problems zeigten sich in der Politik der KPD auf Grund der Erfahrungen aus den vorangegangenen Klassenkämpfen und unter dem Einfluß Lenins seit 1921 bemerkenswerte Fortschritte.[33] Vor dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der im Juni/Juli 1921 tagte, wurde in der KPD im allgemeinen der Standpunkt vertreten, daß sich Kommunisten erst nach dem Sieg der proletarischen Revolution an der Regierung beteiligen dürften. Erst als allmählich klarer wurde, besonders nach den Klassenschlachten 1919 und 1920, daß es nicht nur nicht gelungen war, das kapitalistische System in Mitteleuropa in einem Ansturm zu beseitigen, sondern daß vielmehr die Reaktion zur Offensive überging; und als die Partei bereits auf gewisse Erfahrungen in der Einheitsfrontpolitik zurückblicken konnte, rückte das Problem der Bildung einer Koalitionsregierung der Arbeiterparteien und anderer Arbeiterorganisationen wieder in den Vordergrund. Zwar hatten Wilhelm Pieck und andere Mitglieder der Zentrale der KPD im März 1920 eine richtige Position zur Bildung einer Arbeiter-

32 Walter Ulbricht, „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung", Referat auf der 2. Tagung des ZK der SED, 10. bis 12. April 1963, Berlin 1963, S. 35.

33 Vgl. Arnold Reisberg, „Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland", Berlin 1964.

regierung oder Gewerkschaftsregierung eingenommen.[34] Sie stießen jedoch auf den Widerspruch der Mehrheit in der Parteiführung, deren Haltung im engen Zusammenhang mit der zu dieser Zeit in der KPD vorhandenen Auffassung gesehen werden muß, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus bevorstehe und die proletarische Revolution unmittelbar auf der Tagesordnung sei.

Ihrem Wesen nach ging es bei den Auseinandersetzungen Anfang der zwanziger Jahre über die Losung der Arbeiterregierung in der KPD wie überhaupt in der Kommunistischen Internationale um die Frage, wie die Lehren, die Lenin in „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" vermittelt hatte, auf die Bedingungen des Klassenkampfes in hochentwickelten kapitalistischen Ländern anzuwenden seien. „Diese Leninschen Lehren, ihr Verständnis und ihr Unverständnis", schreibt völlig zu Recht der ungarische Historiker Oszkar Betlen, „bildeten die eigentliche Grundlage der Diskussion."[35]

Programmentwurf

Den Ende 1922 von der KPD erreichten Entwicklungsstand widerspiegelt der Entwurf eines Parteiprogramms, der im Auftrage der Zentrale der KPD von einer Programmkommission verfaßt worden war. Ihr gehörten Heinrich Brandler, Edwin Hoernle, Wilhelm Koenen, Emil Ludwig, August Thalheimer und Clara Zetkin an.[36] Der Entwurf skizzierte einleitend knapp die historische Mission der Arbeiterklasse als Totengräber der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und verwies auf den Siegeszug der Ideen von Marx und Engels. „Heute", heißt es in der Präambel, „weht die Fahne

34 Vgl. Horst Naumann / Fred Voigtländer, „Zum Problem einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch", in: „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" (weiterhin geführt als BzG), 1963, Heft 3, S. 461 ff.

35 Oszkar Betlen, „Zur Frage der antifaschistischen Volksfrontregierung", in: „Párttörteneti Közlemények", 1962, Heft 2 (Arbeitsübersetzung).

36 Vgl. „Die Rote Fahne", 20. Oktober 1922 (Morgenausgabe).

des Kommunismus siegreich über einem Gebiet, das den sechsten Teil des Erdballs umfaßt . . . Der Kommunismus ist nicht mehr nur Sache der Ankündigung und der fernen Zukunft. Er ist Tat und Gegenwart. Sein Reich hat bereits begonnen."[37] Das in diese Worte gekleidete Bekenntnis zur Sowjetunion zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Dokument, das veranschaulicht, wie der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die Existenz der Sowjetmacht das Denken der deutschen Kommunisten, ihr Ringen um die Lösung der Probleme im Kampf für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes beeinflußte. An einer anderen Stelle des Programmentwurfs wird ausdrücklich erklärt: „Sie (die Oktoberrevolution, H.-J. K.) ist zugleich in all ihren Stadien ein Schatzhaus politischer Strategie, eine lebendige Quelle revolutionärer Energie, ein Arsenal von Erfahrungen des sozialistischen Aufbaues."[38]

Der erste Hauptabschnitt des Programmentwurfs — überschrieben „Aufstieg und Niedergang des Kapitalismus" — enthält eine Charakteristik der Entwicklung vom vormonopolistischen Stadium des Kapitalismus zum Imperialismus, des Wesens des Imperialismus und des ersten Weltkrieges sowie der imperialistischen Friedensverträge. Er kennzeichnet ferner die welthistorische Bedeutung der siegreichen proletarischen Revolution in Rußland als Beginn einer neuen Ära in der Geschichte der Menschheit und endet schließlich mit einer Einschätzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Aus diesen Ausführungen geht klar hervor, warum die Herrschaft des Imperialismus einer glücklichen Zukunft des Volkes ohne Ausbeutung und Krieg entgegensteht und der Sozialismus die Perspektive sein muß.

Im zweiten Hauptabschnitt, der die Überschrift trägt „Die Eroberung der politischen Gewalt", wurde unter anderem erläutert, warum die Arbeiterklasse nicht nur ihre eigenen, sondern auch die Interessen aller anderen Schichten des werktätigen Volkes vertreten kann und muß, warum sie dazu berufen ist, die führende Kraft im Befreiungskampf des

37 „Internationale Presse-Korrespondenz", Deutsche Ausgabe, 7. Oktober 1922, S. 1297.

38 Ebenda, S. 1301.

Volkes von imperialistischer Herrschaft zu sein, und welche Stellung die Kommunisten in diesem Ringen einnehmen. Entgegen den antikommunistischen Verleumdungen wurde unter Berufung auf das „Manifest der Kommunistischen Partei" und in Anlehnung an das Spartakusprogramm betont: „Die Kommunisten haben ‚keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen' . . . Die Kommunistische Partei strebt nicht zur Macht als eine kleine Minderheit des Proletariats, sie strebt danach, die große Mehrheit der Arbeiterklasse (und der schaffenden, vom Kapital ausgebeuteten und bedrückten Volksmassen) für die Ziele und Grundsätze des Kommunismus zu erobern."[39]

In dem Programmentwurf wird es den Kommunisten zur Aufgabe gemacht, sich „aufs innigste mit den Massen"[40] zu verbinden und ihre Führung zu übernehmen. Das war eine klare Orientierung auf die Verwirklichung der Linie des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, der die Leninsche Losung „Heran an die Massen!" ausgegeben hatte. Die schon auf dem 2. Parteitag vorgenommene Korrektur falscher Entscheidungen des Gründungsparteitages wurde programmatisch verankert. Wörtlich heißt es: „Um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, muß die kommunistische Partei alle Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie ausnutzen (Parlamente, Gemeinden, Verwaltungen usw.). Sie muß trachten, die Massenorganisationen des Proletariats (Gewerkschaften, Genossenschaften) zu erobern, um diese Organisationen umzuformen aus Trägern der bloßen Reformen in die breiten Sturmkolonnen, die die Bourgeoisieherrschaft stürzen."[41]

Der Programmentwurf kennzeichnete einerseits die bürgerliche Demokratie als eine Form der Ausübung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, hob aber andererseits auch ausdrücklich hervor, daß gegenüber den Versuchen zur Errichtung einer „absolutistischen Herrschaft"[42] die bürgerliche Demokratie verteidigt werden muß, weil sie der Arbeiter-

39 Ebenda, S. 1304.
40 Ebenda, S. 1305.
41 Ebenda.
42 Ebenda, S. 1306.

klasse einen besseren Kampfboden bietet. Dieses Dokument überführt somit ein weiteres Mal jene westdeutschen Historiker der Geschichtsfälschung, die in ihrem Feldzug gegen das von der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR gezeichnete nationale Geschichtsbild behaupten, daß die KPD während der Weimarer Republik eine antidemokratische Konzeption verfolgt habe. Die historische Wahrheit lautet anders. Sie gebietet festzustellen, daß die Kommunisten den Kampf um die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten zu einem ihrer Programmpunkte erhoben hatten und unter großen Opfern für die Verteidigung der Demokratie und für deren Erweiterung eintraten. Sie haben dabei vor den Arbeitern und der ganzen Nation niemals das Endziel ihres Ringens verschwiegen und auch kein Hehl aus ihrer prinzipiellen Stellung zur Diktatur des Proletariats gemacht.

Im Programmentwurf der KPD wurde die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats begründet und die „einheitliche sozialistische Räterepublik“[43] als Fernziel der Kommunisten in Deutschland bezeichnet.

Die KPD ließ sich aber davon leiten, daß der unmittelbare Kampf um die Rätemacht unter den gegebenen Bedingungen nicht auf der Tagesordnung stand, sondern zunächst ein solches Kräfteverhältnis geschaffen werden mußte, das weitere Schritte in Richtung auf die Diktatur des Proletariats ermöglichte. In diesem Zusammenhang wurden auch Teilforderungen und Etappenziele formuliert. Unter der Überschrift „Übergangsmaßregeln vor Eroberung der politischen Macht“ wurde richtig festgestellt, daß es die Aufgabe der Kommunisten ist, „anzuknüpfen an diejenigen Teilkämpfe und Teilziele, die der Lage der breiten Massen entsprechen und die der Reife ihres Verständnisses naheliegen (Taktik der Einheitsfront)“. Weiter wurde ausgeführt: „In dem Zeitabschnitt, wo die selbständige Massenbewegung des Proletariats eine bestimmte Höhe und Breite erreicht hat, wo ihr Gegensatz zur Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten Arbeiterführer sich vertieft, wo sie aber in ihrer Mehrheit noch nicht bereit ist, den Rahmen der bürgerlichen Demokratie

43 Ebenda.

zu sprengen, ist die Forderung der Arbeiterregierung das geeignete Mittel, um eine neue Etappe der Loslösung der proletarischen Massen von der Bourgeoisie und einen neuen, höheren Ausgangspunkt für ihre Bewegung in der Richtung der proletarischen Diktatur zu erreichen."[44]

In konsequenter Fortführung dieser Orientierung wurde hervorgehoben, daß der „Etappe der Arbeiterregierung ... eine Reihe ökonomischer und finanzieller revolutionärer Übergangsmaßregeln" entsprechen.[45] Als solche wurden angeführt: „1. Die Beteiligung des Staates an allen kapitalistischen Großbetrieben (Erfassung der Sachwerte), und die Verwendung der dem Staate zufließenden Betriebsüberschüsse in erster Linie zur Beseitigung der Steuerbelastung der breiten Massen (indirekte Verkehrssteuern, Lohnsteuern); 2. Die staatliche Syndizierung oder Vertrustung der kapitalistischen Betriebe, an denen der Staat beteiligt ist, unter ausschlaggebender Mitwirkung (Kontrolle) der wirtschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten, [der] Betriebsräte [und] Gewerkschaften (Produktionskontrolle); 3. Zu diesem Zweck Aufhebung des Bank-, Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisses; 4. Staatliches Lebensmittelmonopol und Rationierung – ebenfalls unter ausschlaggebender Mitwirkung der Organe der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern; 5. Staatliches Außenhandels- und Bankmonopol – wieder unter ausschlaggebender Arbeiter- und Angestelltenkontrolle."[46] Diese Maßnahmen, so wurde im Programmentwurf selbst richtig gesagt, sprengten formell nicht den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, konnten aber nur im erbitterten Kampf gegen die Konterrevolution durchgesetzt werden, um schließlich „an Stelle der teilweisen Beschlagnahme des bürgerlichen Eigentums und der bloßen Beschränkung des kapitalistischen Verfügungsrechts die volle Aufhebung des bürgerlichen Eigentums an den Produktionsmitteln (Rohstoffen usw.) und die gänzliche Beseitigung des kapitalistischen Verfügungsrechts zu setzen".[47]

44 Ebenda, S. 1307.
45 Ebenda.
46 Ebenda.
47 Ebenda.

Unter Berücksichtigung der auf allen Ebenen zu erwartenden konterrevolutionären Tätigkeit der Bourgeoisie und der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes wurde die Perspektive der durch die Errichtung der Arbeiterregierung gekennzeichneten Etappe wie folgt umrissen: „Im Verlaufe dieser Kämpfe wird die Arbeiterregierung daher im Interesse ihrer Selbsterhaltung gezwungen sein, ihre zwiespältige, in sich widerspruchsvolle Form aufzuheben, die bürgerliche Staatsmaschine auch formell zu zerbrechen und die Arbeiterräte zu Trägern der gesamten Staatsmacht zu machen."[48]
Der dritte Hauptabschnitt, „Die Überführung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung", war den Problemen der Übergangsperiode nach dem Sturz der Ausbeuterordnung gewidmet, der vierte und letzte war überschrieben „Internationale Aufgaben" und behandelte u. a. die Stellung der KPD zur Kommunistischen Internationale.
Der Programmentwurf umriß im Grunde genommen ein Minimal- und ein Maximalprogramm. Seine Verfasser lehnten sich in dieser Hinsicht bewußt an das Vorbild der Bolschewiki an.[49] Sie beriefen sich mit Recht auf Lenin, der selbst noch am Vorabend der Oktoberrevolution gegen den, wie er schrieb, „‚sehr radikalen', doch sehr unvernünftigen Vorschlag"[50] von N. I. Bucharin aufgetreten war, das Minimalprogramm fallenzulassen, weil es um den Übergang zum Sozialismus gehe. Im Programmentwurf der KPD vom Oktober 1922 wurde auf der Grundlage der Beschlüsse des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale die Strategie und Taktik der revolutionären Vorhut zur Eroberung der politischen Macht weiterentwickelt.
Das Dokument zeigte jedoch auch die noch mangelnde theoretische Begründung der in ihm umrissenen richtigen strategisch-taktischen Orientierung. Davon zeugt die nicht exakte Einschätzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der

48 Ebenda.
49 Vgl. „Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922", Hamburg 1923, S. 432 ff.
50 W. I. Lenin, „Zur Revision des Parteiprogramms", in: „Werke", Bd. 26, Berlin 1961, S. 156.

die verfehlte These vom bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus zugrunde lag. In dem Programmentwurf fand auch die Forderung nach Enteignung der Mittelbauern Eingang, die einer marxistisch-leninistischen Bündnispolitik entgegenstand. Schließlich kommt in ihm zum Ausdruck, daß der Weg zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und in diesem Zusammenhang die Stellung zur Sozialdemokratie noch der grundsätzlichen Klärung bedurfte. Bei der Charakterisierung des Programmentwurfs darf ferner nicht außer acht gelassen werden, daß es in der Praxis des Klassenkampfes bei der von der KPD durchgeführten Politik zu rechtsopportunistischen und linkssektiererischen Abweichungen kam.
Das Dokument wurde während der Zentralausschußtagung der KPD vom 15./16. Oktober 1922 beraten. Der Zentralausschuß beschloß mit 24 gegen 23 Stimmen, den Programmentwurf dem bevorstehenden IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale zur Diskussion zu unterbreiten.[51]

Einheitsfront und Arbeiterregierung kein Manöver der Kommunisten und kein Synonym für die Diktatur des Proletariats

Welchen Charakter trug die Einheitsfrontpolitik der KPD, wie muß die Losung der Arbeiterregierung, wie müssen die „Übergangsregeln vor Eroberung der politischen Macht", speziell die Forderungen nach Produktionskontrolle und Sachwerterfassung, eingeschätzt werden?
Es gehört zum Vokabular der vom Antikommunismus diktierten Geschichtsschreibung in Westdeutschland, den Kommunisten zu unterstellen, daß ihre Einheitsfrontpolitik ein „Manöver" sei, um die Vertreter des Opportunismus zu „entlarven". So beispielsweise zu lesen in der von Otto Wenzel vorgelegten Dissertation „Die Kommunistische Partei

51 Weiter zum Programmentwurf und über sein weiteres Schicksal vgl. Hans-Joachim Krusch, „Der Programmentwurf der KPD vom Oktober 1922", in: „1917—1945. Neue Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Forschung, Darstellung und Lehre", Berlin 1965, S. 41 ff.

Deutschlands im Jahre 1923".[52] Mehr oder weniger geschickt bemühen sich solche Geschichtsschreiber, die Auffassungen bestimmter linkssektiererischer Elemente in den Reihen der KPD mit der Konzeption der gesamten Partei zu identifizieren.

In Wirklichkeit hatte die Einheitsfrontpolitik der KPD objektive Grundlagen. Sie bestehen in den gemeinsamen Klasseninteressen, die alle Arbeiter miteinander verbinden, und darin, daß die Arbeiter einen gemeinsamen Gegner haben. Die Herstellung der Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten, der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, der ganzen Klasse entspricht den historischen Erfordernissen. Die Überwindung der imperialistischen Herrschaft und damit die Lösung des nationalen Grundproblems des deutschen Volkes setzt die Aktionseinheit der Arbeiterklasse voraus.

Freilich verwirklicht sich die Einheitsfront nicht von allein, denn die Arbeiter sind weder einheitlich organisiert noch besitzen sie den gleichen Bewußtseinsgrad. Die Hauptursache der Spaltung der Arbeiterklasse ist der Einfluß der bürgerlichen Ideologie, die die Bourgeoisie mit allen Mitteln in die Arbeiterbewegung hineinzutragen sucht, um diese an der Lösung ihrer historischen Aufgabe zu hindern.

Bereits Marx und Engels haben im „Manifest der Kommunistischen Partei" hervorgehoben, daß die Kommunisten gegenüber den Interessen der gesamten Arbeiterklasse keine Sonderinteressen haben. Deshalb waren und sind die Kommunisten bestrebt, im Ringen für die gemeinsamen Klasseninteressen, gegen den gemeinsamen Hauptfeind der Arbeiterklasse und Nation, den deutschen Imperialismus und Militarismus, mit allen Arbeiterorganisationen zusammenzuarbeiten. Unabhängig von den verschiedenen politischen und weltanschaulichen Auffassungen der Mitglieder und Leitungen dieser Organisationen sind sie bereit, mit ihnen auf gleichberechtigter Grundlage Verhandlungen zu führen, gemeinsame Vereinbarungen zu treffen und gemeinsam den Kampf aufzunehmen. Die Kommunisten stellen für diese

52 Vgl. Otto Wenzel, „Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923", Phil. Diss., (West)Berlin 1955, S. 20/21.

Zusammenarbeit zum Nutzen der Arbeiterinteressen und des ganzen Volkes keine Vorbedingungen.

Die Arbeiter werden sich ihrer gemeinsamen Belange am ehesten im Ringen für die Tagesforderungen, für solche ökonomischen Teilforderungen wie Lohnerhöhungen, im Kampf für die Verteidigung der Demokratie und des Friedens bewußt. Deshalb messen die Kommunisten der Tätigkeit in den Gewerkschaften und in anderen proletarischen Massenorganisationen große Bedeutung bei. Ihr Eintreten für antiimperialistische, demokratische Forderungen, für ein dem Bewußtseinsstand der Mehrheit der Werktätigen entsprechendes Aktionsprogramm schafft günstige Voraussetzungen für die Herstellung der Einheitsfront.

Die Einsicht, daß ungeachtet prinzipieller Meinungsverschiedenheiten zwischen der revolutionären und reformistischen Richtung die Einheitsfront das Unterpfand des erfolgreichen Kampfes der Arbeiterklasse ist, wächst im Klassenkampf. Sie geht Hand in Hand mit einer Zurückdrängung des Einflusses der Träger der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterbewegung. Die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung, die Herstellung ihrer Einheit und der einheitliche Kampf um die Eroberung der politischen Macht — das ist die Perspektive der Einheitsfront. Das ist jedoch ein sehr komplizierter Prozeß, der durch die bewußtesten Kräfte der Arbeiterklasse beharrlich gefördert werden muß. Nur schrittweise, allmählich kann die Einheitsfront der Mehrheit der Arbeiterklasse und schließlich der ganzen Klasse, die den Kern des Bündnisses aller patriotischen, antiimperialistischen Kräfte bildet, geschaffen werden.

Auf der einen Seite erfordert das von den Kommunisten Treue zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und Unversöhnlichkeit gegenüber allen Spielarten der bürgerlichen Ideologie, vor allem aber entschiedenen Kampf gegen den Antikommunismus, der die Hauptwaffe der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung der Zersplitterung der Arbeiter darstellt. Auf der anderen Seite bedarf es der Elastizität und verständnisvoller Geduld in der Zusammenarbeit mit allen nichtkommunistischen Klassengenossen. Die Einheitsfrontpolitik der KPD stellt nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame, die nächsten gemeinsamen Schritte

in den Vordergrund, um auf diesem Wege, der keinesfalls Verzicht auf Kritik am Opportunismus bedeutet, die Sozialdemokraten und alle andersdenkenden Arbeiter zum gemeinsamen Kampf für die gemeinsamen Interessen, gegen den gemeinsamen Feind zu gewinnen.

Die auf die Herstellung der Einheitsfront gerichtete Politik der KPD gipfelte in der Losung der Arbeiterregierung. Indem die KPD ihre prinzipielle Bereitschaft erklärte, gemeinsam mit allen anderen Arbeiterparteien und Gewerkschaftsorganisationen in eine Arbeiterregierung einzutreten, führte sie die Einheitsfrontpolitik konsequent weiter. Die Konstituierung einer solchen Regierung konnte im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, unter Ausnutzung des Parlaments, nach den parlamentarischen Spielregeln erfolgen. Sie war kein Synonym für die Diktatur des Proletariats.

In den innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Durchsetzung dieser richtigen Orientierung spielten eine wichtige Rolle die Erfahrungen der KPdSU, vor allem die von Lenin entworfene und auf dem III. Parteitag der SDAPR beschlossene Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung. Dieses Dokument, das in Lenins Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" aufgenommen wurde, war führenden Funktionären der KPD bekannt.[53] Lenin betrachtete seinerzeit eine solche Regierung vor allem als Organ des Kampfes für den Sieg des Volkes in der demokratischen Revolution. Er hatte sich in den Auseinandersetzungen in der SDAPR gegen jene Elemente gewandt, die diese Regierung als eine Regierung der „Arbeiterdemokratie", d. h. der Diktatur des Proletariats bezeichneten. Lenin hob demgegenüber hervor, daß sich die Regierung auf die „überwiegende Mehrheit des Volkes"[54] stützen müsse. Er betrachtete die Teilnahme von Vertretern der revolutionären Vorhut an einer Regierung vor Errichtung

53 Vgl. „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923", Berlin 1923, S. 326.

54 W. I. Lenin, „Sozialdemokratie und provisorische revolutionäre Regierung", in: „Werke", Bd. 8, Berlin 1959, S. 284.

der Diktatur des Proletariats als eine „neue Form des Kampfes, des Kampfes von ‚oben'"[55] und wandte sich gegen das Verharren in Positionen der „äußersten Opposition".

In dem von Lenin auf dem III. Parteitag der SDAPR eingebrachten Resolutionsentwurf über die provisorische revolutionäre Regierung werden die Ziele des Eintritts von Vertretern der revolutionären Vorhut in eine solche Regierung vor allem darin gesehen, unerbittlich konterrevolutionäre Anschläge zu bekämpfen und die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zu wahren. Als „unerläßliche Vorbedingungen" für die Teilnahme an einer solchen Regierung bezeichnete Lenin die Kontrolle der Partei über ihre Vertreter und „unentwegte Wahrung der Unabhängigkeit" der revolutionären Partei, „die die vollständige sozialistische Umwälzung anstrebt".[56]

Große Bedeutung im Ringen um eine Arbeiterregierung kam den Gewerkschaften zu. Die freien Gewerkschaften, die vor Ausbruch des Ruhrkampfes über 7 800 000 Mitglieder zählten, waren die größte Klassenorganisation der deutschen Arbeiter und verkörperten eine gewaltige gesellschaftliche Kraft. Das wurde in den Jahren nach der Novemberrevolution besonders während des Kapp-Putsches sichtbar. Völlig zutreffend äußerte in jenen stürmischen Märztagen des Jahres 1920 der damalige Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Carl Legien, daß sich gegen den Willen der Gewerkschaften keine Regierung in Deutschland auch nur 24 Stunden an der Macht halten könnte.[57] Gestützt auf die Macht der Gewerkschaften war eine Arbeiterregierung ein unüberwindbares Bollwerk der Arbeiterklasse und der anderen Volkskräfte.

Entscheidend für die Bedeutung der Arbeiterregierung im Klassenkampf war das Programm einer solchen Koalitions-

55 W. I. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", in: „Werke", Bd. 9, Berlin 1964, S. 16.

56 W. I. Lenin, „Resolutionsentwurf über die provisorische revolutionäre Regierung", in: W. I. Lenin, „Werke", Bd. 8, Berlin 1959, S. 394.

57 Vgl. Wilhelm Koenen, „Erinnerungen an den Kapp-Putsch", in: „BzG", 1962, Heft 2, S. 348.

regierung und dessen Verwirklichung in der Praxis unter dem Druck und mit Hilfe der Volksmassen, insbesondere der Arbeiterklasse. Ihr kam vor allem die Aufgabe zu, die Lasten des verlorenen Krieges und des Versailler Diktats von den Schultern der Werktätigen zu nehmen und die Krise des deutschen Imperialismus in dieser Zeit im Interesse des Volkes auszunutzen. Sie mußte – gestützt auf die sich bewaffnende Arbeiterklasse und im Bündnis mit der Sowjetunion – innen- und außenpolitisch ihrem Wesen nach revolutionär-demokratische Maßnahmen ergreifen, um der Verantwortung vor der Arbeiterklasse und der gesamten Nation gerecht zu werden. Wenngleich die Arbeiterregierung, wie die Geschichte lehrt, nicht bereits das Organ einer antiimperialistischen, revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern zu sein brauchte, so konnte sie doch zum Ausgangspunkt für den Kampf in dieser Richtung werden. Darüber hinaus kam einer solchen Regierung eine mobilisierende Rolle bei der weiteren Entwicklung zur Diktatur des Proletariats zu. Der unmittelbare Kampf um die Diktatur des Proletariats stand in der Periode der revolutionären Nachkriegskrise jedoch nicht auf der Tagesordnung.

Revolutionär-demokratische Teilforderungen

Die Forderungen nach Produktionskontrolle und Sachwerterfassung bildeten das Kernstück eines ganzen Systems weiterer Forderungen, von „Übergangsmaßregeln vor Eroberung der politischen Macht", die die KPD in Verbindung mit der Losung der Arbeiterregierung formulierte.[58]

58 Zu dieser Feststellung berechtigt auch die Analyse der Protokolle des Zentralausschusses (vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv [weiterhin geführt als IML, ZPA], Sign. 2/13 u. 2/14), der Zentrale (vgl. IML, ZPA, Sign. 3/3) und des Politischen Büros der Zentrale der KPD (vgl. IML, ZPA, Sign. 3/1/7) sowie der Politischen Rundschreiben der Zentrale (vgl. IML, ZPA, Sign. 3/1/27) und der von ihr veröffentlichten Aufrufe im Zentralorgan der KPD im Jahre 1923 (ein Überblick über diese Aufrufe vgl. „Berichte über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei

Die Partei ließ sich dabei von den Interessen der Werktätigen und der ganzen Nation leiten. Sie suchte die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland und den Bewußtseinsstand der Werktätigen zu berücksichtigen. Die Forderung nach Sachwerterfassung war angesichts der Inflation bei den Werktätigen außerordentlich populär. Sie wurde nicht nur von den Arbeitern und ihren Organisationen, sondern auch von kleinbürgerlichen Schichten, besonders vom städtischen Kleinbürgertum, erhoben. In der Strategie und Taktik der KPD spielte sie nach dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, vor allem nach der Tagung des Zentralausschusses der Partei vom 16. und 17. November 1921, eine wichtige Rolle. Diese Zentralausschußtagung hatte den Beschluß des 7. Parteitages in Jena korrigiert, indem sie mit 31 gegen 15 Stimmen eine Resolution annahm, in der die Forderung nach Sachwerterfassung erhoben und die Partei darauf orientiert wurde, diese gemeinsam mit der Forderung nach Produktionskontrolle in den Mittelpunkt der Arbeiterkämpfe zu stellen.

Die KPD knüpfte mit ihrer Losung nach Erfassung der Sachwerte an die zehn Forderungen des ADGB vom November 1921 an, an deren Spitze die Forderung stand, durch die Übertragung von 25 Prozent des Aktienkapitals der privatkapitalistischen Aktiengesellschaften auf den Staat das Reich an den Sachwerten zu beteiligen.[59] Auf dem 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (1. Bundestag des ADGB), der im Sommer 1922 in Leipzig tagte, wurde mit den Stimmen der kommunistischen Delegierten ein Antrag angenommen, der den Bundesvorstand ermächtigte, „die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise

Deutschlands [Sektion der Kommunistischen Internationale]. Abgehalten in Frankfurt a. Main vom 7. bis 10. April 1924", Berlin 1924, S. 41/42).

59 Die zehn Forderungen, darunter auch die Forderungen nach Sozialisierung des Kohlenbergbaus und nach Kontrolle der Monopole, wurden am 15. November 1921 von den Vorständen des ADGB und des AfA-Bundes beschlossen. Vgl. „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", 26. November 1921, S. 679.

unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel“[60] für die Sachwerterfassung einzusetzen.

Im Gegensatz zu reformistischen Sachwerterfassungsplänen stellte die KPD diese Forderung auf eine revolutionäre Grundlage, indem sie sie mit dem Kampf um die Arbeiterregierung und mit der Forderung nach Produktionskontrolle verband. Die Forderung nach „Sachwerterfassung als Übergangs- und Mobilisierungsparole“, erklärte ausdrücklich die Parteiführung, muß „theoretisch und politisch“ der opportunistischen Konzeption „entgegengestellt werden“ und deshalb „immer mit der politischen Spitzenforderung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung verbunden sein . . . Unsere Sachwerterfassungspropaganda ist in Vergleich zu stellen mit der Propagandaarbeit der Bolschewiki vor der Oktoberrevolution“. Richtig wurde betont, daß die Sachwerterfassung „nicht als Schlagwort für sich allein dastehen kann, sondern im Zusammenhang mit dem jetzigen Währungsverfall, dem Großwucher der Konzerne, der Wirtschaftszerrüttung und dem Finanzbankrott“ sowie den Forderungen nach Produktionskontrolle, Zwangssyndizierung, Außenhandelskontrolle, Beschlagnahme der Devisen u. a. verlangt werden müsse. Es wurde zugleich auf die Bedeutung dieser Orientierung hingewiesen, um „andersdenkenden Arbeitern konkrete und zeitgemäße Antworten zu geben und die Sympathisierenden fester an unsere Losungen und unsere Partei zu ketten“.[61] Die KPD verlangte, daß mindestens 51 Prozent der Sachwerte erfaßt werden müßten.

Im Unterschied zur Forderung nach Sachwerterfassung hatte die Forderung nach Kontrolle der Produktion, der Banken,

60 „Protokoll der Verhandlungen des elften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (1. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), abgehalten zu Leipzig vom 19. bis 24. Juni 1922. Protokoll der Verhandlungen der sechsten Konferenz der Arbeitersekretäre, abgehalten zu Leipzig am 17./18. Juni 1922“, Berlin 1922, S. 363.

61 IML, ZPA, Sign. 3/1/27, Bl. 48. — Das Zitat ist dem Rundschreiben des Politischen Büros der Zentrale der KPD an die Bezirksleitungen und Redaktionen der kommunistischen Presse vom 25. August 1923 entnommen.

der Preise usw. bereits in der Novemberrevolution einen wichtigen Platz in den Arbeiterkämpfen eingenommen. Ihr wurde in den Dokumenten und der Politik der revolutionären Arbeiterbewegung in der Folgezeit großes Augenmerk geschenkt. Bis zum III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurde sie allerdings im allgemeinen mit der Losung der Diktatur des Proletariats verbunden.

Arbeiterregierung, Sachwerterfassung, Produktionskontrolle – das waren Forderungen, die eine geschlossene Konzeption der KPD zum Ausdruck brachten. Ein wichtiger Platz war darin den Betriebsräten zugewiesen. Überblickt man die Beschlüsse, die auf den Parteitagen der KPD und auf den Kongressen der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale in den Jahren 1919 bis 1923 zur Rolle der Betriebsräte gefaßt wurden, so erweist sich, daß die Partei ihre Haltung gegenüber den Betriebsräten im Verlaufe des Klassenkampfes modifizierte. Im Zuge der Ausarbeitung der Einheitsfrontpolitik, besonders nach dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, orientierte sie verstärkt auf den Aufbau der Betriebsräte zu Organen der revolutionären Einheitsfront, die in enger Zusammenarbeit mit der Opposition in den Gewerkschaften handeln mußten, um die unmittelbaren Tagesaufgaben, die Verteidigung der Interessen der Arbeiter gegen die Angriffe des Kapitals, lösen zu können.

Die KPD trat für die Wiedereinführung der Mitbestimmungsrechte im Betrieb ein, wie sie die Arbeiter bereits vor der Annahme des reaktionären Betriebsrätegesetzes besessen hatten. Die von ihr organisierte und geführte Bewegung der revolutionären Betriebsräte, die sich seit dem Spätsommer 1922 entwickelt hatte und vor Ausbruch des imperialistischen Ruhrkampfes im Reichskongreß der revolutionären Betriebsräte vom 23. bis 25. November 1922 gipfelte,[62] wurde

62 Vgl. Hans-Joachim Krusch, „Zur Bewegung der revolutionären Betriebsräte in den Jahren 1922/1923. Mit einem Dokumentenanhang", in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" (weiterhin geführt als ZfG) 1963, Heft 2, S. 360 ff. Der Artikel enthält auch den Wortlaut des Programms des Reichsbetriebsrätekongresses, das unter dem Einfluß der KPD beschlossen worden war.

ein wichtiger Faktor im Ringen um die Arbeiterregierung. Die KPD stellte den Betriebsräten die Aufgabe, sich in Organe des Kampfes um die Durchsetzung der Produktionskontrolle und Sachwerterfassung zu verwandeln. Zusammen mit den Gewerkschaften, Kontrollausschüssen und proletarischen Hundertschaften sollten sie schließlich zu außerparlamentarischen Stützpunkten der Arbeiterregierung werden und sie kontrollieren.

In Verbindung mit der Losung der Arbeiterregierung erhielten die Forderungen nach Sachwerterfassung und Produktionskontrolle sowie die anderen Teilforderungen den Charakter von Übergangsforderungen. Die von der KPD formulierten „Übergangsmaßregeln vor Eroberung der politischen Macht" waren eigentlich staatskapitalistische Maßnahmen. Lenin hat aber in seiner Schrift „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll" nachgewiesen, daß diese unter bestimmten Bedingungen progressiver Natur sind. Denn, so schreibt Lenin, „was ist der Staat? Das ist die Organisation der herrschenden Klasse, in Deutschland z. B. die der Junker und Kapitalisten . . . Nun versuche man einmal, *an Stelle* des junkerlich-kapitalistischen, an Stelle des gutsbesitzerlich-kapitalistischen Staates den *revolutionär-demokratischen* Staat zu setzen, d. h. einen Staat, der in revolutionärer Weise *alle* Privilegien abschafft, der sich nicht davor fürchtet, auf revolutionärem Wege den Demokratismus voll und ganz zu verwirklichen. Man wird sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet!"[63] Lenin entwickelte in dieser Arbeit ein ganzes Programm des Vorwärtsschreitens von der demokratischen zur sozialistischen Revolution, dessen Forderungen revolutionärdemokratischen Charakter trugen. In diesem Zusammenhang hob Lenin hervor, man kann „im 20. Jahrhundert in einem kapitalistischen Land nicht revolutionärer Demokrat sein, *wenn man Angst hat,* zum Sozialismus zu schreiten".[64] Die

63 W. I. Lenin, „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll", in: „Werke", Bd. 25, Berlin 1960, S. 368.

64 Ebenda, S. 367.

bereits 1920 in deutscher Sprache veröffentlichte Schrift Lenins übte einen großen Einfluß auf die Ausarbeitung der Strategie und Taktik der KPD aus.

Die von der KPD propagierten Übergangsforderungen waren darauf gerichtet, die Macht der Imperialisten und Militaristen schrittweise einzuschränken und die Demokratie auf revolutionärem Wege zu erweitern. Unter den von der KPD erstrebten Bedingungen einer wirklich demokratischen Kontrolle mit Hilfe der Massen durch die Arbeiterregierung von „oben" und durch außerparlamentarische Stützpunkte einer solchen Regierung, wie sie Gewerkschaften, revolutionäre Betriebsräte, Hundertschaften und Kontrollausschüsse darstellen, von „unten", erhielten sie einen antiimperialistischen, antimonopolistischen, revolutionär-demokratischen Charakter.

Sie widerlegen einmal mehr die Fälschungen der imperialistischen Geschichtsschreibung in Westdeutschland, die die Legende verbreitet, daß die KPD während der Weimarer Republik auf seiten der Feinde der Demokratie stand. Den historischen Tatsachen widerspricht auch die Behauptung des Verfassers der Broschüre „Hundert Jahre Sozialdemokratie", der schreibt, die Kommunisten hätten „bloße negative Kritik"[65] geübt. In Wahrheit wirkten die Marxisten-Leninisten für die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie in der Weimarer Republik. Für die KPD ging es darum, die Leninsche Erkenntnis in der Praxis des Klassenkampfes in Deutschland zu verwirklichen, daß die Partei der Arbeiterklasse den Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus „mit dem revolutionären Programm und mit der revolutionären Taktik in bezug auf *alle* demokratischen Forderungen *verbinden*" mußte.[66]

Die Durchsetzung der Übergangsforderungen erforderte Zwangsmaßnahmen zur Beschränkung der monopolkapitalistischen Eigentumsrechte, diktatorische Eingriffe zugunsten

65 Willi Eichler, „Hundert Jahre Sozialdemokratie", Bielefeld 1962, S. 56.

66 W. I. Lenin, „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", in: „Werke", Bd. 21, Berlin 1960, S. 415.

des Volkes unter revolutionärer Kontrolle der Massen, denn „ohne ernstlichen Zwang werden sich die Kapitalisten keiner Kontrolle unterwerfen".[67] Diese Erkenntnis wurde auch von der KPD berücksichtigt.[68] Die Sachwerterfassung auf revolutionärem Wege verwirklichen bedeutete, den ersten Schritt in Richtung auf die Enteignung der Monopolherren und Großgrundbesitzer sowie aller anderen Kriegs- und Inflationsgewinnler zu tun, dem notwendigerweise konsequente Maßnahmen im Interesse der völligen Entmachtung dieser Feinde der Nation folgen mußten. Die revolutionäre Durchsetzung der Produktionskontrolle schloß die Verwirklichung echter Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, Banken usw. ein.

67 W. I. Lenin, „Die drohende Katastrophe . . .", a. a. O., S. 366.

68 In dem von der Reichstagsfraktion der KPD eingebrachten Gesetzentwurf über die Sachwerterfassung, der unter anderen die Unterschriften von Clara Zetkin, Walter Stoecker, Wilhelm Koenen, Emil Höllein, Emil Eichhorn und Dr. Joseph Herzfeld trägt, wurde völlig richtig betont, daß die „Durchführung der notwendigen grundlegenden Umgestaltung der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik . . . der obersten Leitung bürokratisch-kapitalistischer Organe entzogen und Organen der werktätigen Bevölkerung übertragen werden" muß. „Die Antragsteller", heißt es in der Begründung, „geben sich nicht der Erwartung hin, daß die gegenwärtige Regierung" diese Maßnahmen durchführen wird. „Sie sprechen klar aus, daß für die Durchführung dieser wirtschaftlichen Umgestaltung eine ebenso grundlegende Umgestaltung der politischen Staatsorganisation nötig sein wird, in dem Sinne, daß den politischen Organen der werktätigen Bevölkerung die ausschlaggebende Leitung, Durchführung und Kontrolle der staatlichen Exekutive, Gesetzgebung und Verwaltung zufällt. Das erfordert die Ersetzung der gegenwärtigen Regierung durch eine Reichsarbeiterregierung. Die Antragsteller erwarten, daß die werktätige Bevölkerung im Interesse ihrer Selbsterhaltung wie der Erhaltung der nationalen Existenz und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues alle Kräfte daransetzen wird, um diese politische Umgestaltung zu erzielen." („Verhandlungen des Reichstages. 1. Wahlperiode 1920". Bd. 378, Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Nr. 5876 bis 6093, S. 7342—7345); „Die Rote Fahne", 6. Juli 1923.

Wie die Geschichte lehrt, ist es verfehlt, Mitbestimmungsrecht und Produktionskontrolle einander gegenüberzustellen. Es handelt sich bei der Produktionskontrolle keinesfalls um eine Forderung, die nur unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats verwirklicht werden kann. Der Kampf um die Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten der Arbeiter in den Betrieben und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Unternehmer durch die Verwirklichung demokratischer Maßnahmen auf revolutionärem Wege steht in untrennbarem Zusammenhang mit dem Ringen um die Verwirklichung der Arbeiterkontrolle über die Produktion. Den Kommunisten erwuchs die Verpflichtung, alle Möglichkeiten zur Verteidigung und Erweiterung der Demokratie und damit zur Einschränkung der Macht der Monopole zu nutzen, um so die Arbeiterklasse und andere werktätige Schichten an die Verwirklichung weiterer, konsequenterer antiimperialistischer Maßnahmen heranzuführen. Das trifft auch für die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und die Frage der Produktionskontrolle zu, wobei es zweifellos vom Kräfteverhältnis abhängt, welches Ausmaß diese Rechte annehmen und wann die Arbeiterklasse zur Kontrolle der Produktion schreiten kann.

Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte trug einen antiimperialistischen, antimonopolistischen, allgemein-demokratischen Charakter. Er bereitete den Boden für die Verwirklichung der Arbeiterkontrolle über die Produktion, die Banken usw. vor. Dazu gehörte in erster Linie die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses. Eine solche Maßnahme setzt nicht die Errichtung der Diktatur des Proletariats voraus, obwohl es sich hier um einen Eingriff in die kapitalistischen Eigentumsrechte handelt. Die Produktionskontrolle stellte einen ersten Schritt in Richtung auf die Überführung der monopolkapitalistischen Betriebe in Volkseigentum und zur Nationalisierung der Banken dar. Die Prinzipien der Einheitsfrontpolitik, besonders aber die Losung der Arbeiterregierung und die Forderungen nach Produktionskontrolle und Sachwerterfassung, waren in der KPD heiß umstritten, ihr Platz in der Strategie und Taktik war noch nicht genügend geklärt. Bis in die Parteiführung hinein gab es in grundsätzlichen Fragen unterschiedliche Auffassungen.

Von großer Bedeutung für die Ausarbeitung einer marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse war der IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der im November/Dezember 1922 tagte. In den vom Kongreß beschlossenen Thesen über die Taktik wurde als wichtige Schlußfolgerung aus der Entwicklung des Klassenkampfes seit 1918 festgestellt: „Zwischen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offenen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des revolutionären Proletariats über die Bourgeoisie liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene vorübergehende Episoden möglich. Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen müssen auch diese Eventualitäten ins Auge fassen; sie müssen verstehen, bei *jeder* Lage die revolutionären Positionen zu verteidigen."[69] Der IV. Weltkongreß zog die Bilanz der bisherigen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung in der Einheitsfrontpolitik und präzisierte die Losung der Arbeiterregierung.[70] Er setzte die Leninsche Generallinie des III. Weltkongresses fort. Seine Ergebnisse beeinflußten wesentlich den Verlauf des 8. Parteitages der KPD, der einige Wochen später und nur wenige Tage nach Ausbruch des imperialistischen Ruhrkampfes seine Beratungen begann.

8. Parteitag gab in entscheidenden Fragen richtige Orientierung

Der 8. Parteitag der KPD tagte vom 28. Januar bis zum 1. Februar 1923 in Leipzig. Am Parteitag nahmen 219 Delegierte teil, die über 200 000 Parteimitglieder vertraten. Seinen Beratungen wohnten Vertreter der KPF und anderer Bruderparteien sowie Vasil Kolarov und zeitweise Karl Radek

69 „Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale ...", a. a. O., S. 1012.

70 Vgl. Siegfried Ittershagen, Heinz Karl, Walter Wimmer, „Zur Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD von der Novemberrevolution bis zur Brüsseler Konferenz (I)", in: „BzG", 1963, Heft 1, S. 50/51.

als Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale bei.[71]

Vor dem Parteitag stand die Aufgabe, die neuen Bedingungen des Klassenkampfes zu analysieren, die sich durch die Ruhrbesetzung ergeben hatten. Es kam darauf an, eine Strategie und Taktik auszuarbeiten, die der neuen Lage Rechnung trug und die Beschlüsse des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale schöpferisch auf die Verhältnisse in Deutschland anwandte. Die Partei mußte auf die Organisierung und Führung von Massenkämpfen zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Schichten und der Interessen der ganzen Nation orientiert werden. Zugleich galt es dabei, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, solche Abwehrkämpfe in Aktionen zur Zurückdrängung und Brechung der Macht der Monopolherren und Militaristen hinüberzuleiten. Es ging um die Ausarbeitung einer Politik, die es gestattete, alle antiimperialistischen, patriotischen Kräfte zusammenzuschließen, um den Sturz der Regierung Cuno und eine entscheidende Wende in der deutschen Innen- und Außenpolitik herbeizuführen. Entsprechend dem Reifegrad des subjektiven Faktors kam es zunächst darauf an, die Bildung einer wirklich demokratischen Regierung in Gestalt einer Koalitionsregierung von Vertretern der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und anderer demokratischer Kräfte zu erkämpfen. Die KPD mußte die Aktionseinheit schmieden, weil sie die Voraussetzung dafür war, die Lebensinteressen des Volkes erfolgreich verteidigen und einen grundlegenden Kurswechsel im Innern herbeiführen zu können. Damit war zugleich der Weg vorgezeichnet, auf dem die nationalen Interessen auch nach außen erfolgreich vertreten werden konnten.

Der Parteitag wurde von Clara Zetkin eröffnet, die in ihrer Rede die Hintergründe der Ruhrbesetzung aufdeckte, den Klassencharakter des imperialistischen Ruhrkampfes bloßlegte und die internationale und nationale Verantwortung

71 Vgl. „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages ...", a. a. O., S. 63, 382 und 447. — Siehe auch IML, ZPA, Sign. 1/8, Bl. 232 ff.

der deutschen Arbeiterklasse hervorhob.[72] Die Delegierten nahmen den politischen Bericht der Zentrale entgegen, den Ernst Meyer erstattete.[73] Wilhelm Pieck unterbreitete den organisatorischen Bericht.[74] Über den IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale berichtete Clara Zetkin[75], über den II. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale Fritz Heckert.[76]

Im Vordergrund der Diskussion auf dem Parteitag stand die Problematik der Einheitsfrontpolitik und der Arbeiterregierung, über die im Auftrage der Zentrale der KPD der Vorsitzende der Partei, Heinrich Brandler, referierte[77] und Arkadi Maslow ein Korreferat hielt.[78]

Den Ausgangspunkt für die Bildung einer Arbeiterregierung sahen die auf dem Boden der Beschlüsse des IV. Weltkongresses stehenden Delegierten in der Herstellung der Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse. Sie wandten sich gegen die Vorstöße der Ultralinken mit Arkadi Maslow und Ruth Fischer an der Spitze, die unter Berufung auf dogmatische Auffassungen G. J. Sinowjews die Beschlüsse des IV. Weltkongresses in den Fragen der Einheitsfront und Arbeiterregierung angriffen.[79] Diese Kräfte, die die Einheitsfrontpolitik lediglich als „Manöver" zur „Entlarvung" der Rechtssozialisten und die Arbeiterregierung nur als Synonym für die Diktatur des Proletariats verstanden wissen wollten, verneinten praktisch die Möglichkeit des einheitlichen Handelns der Arbeiterorganisationen und entkleideten die Losung der Arbeiterregierung ihres Wesens als Etappe auf dem Wege zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Sie suchten die KPD in eine linkssektiererische Position zu drängen und stellten eine ernste Gefahr für die Partei dar.

72 Vgl. „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages . . .", a. a. O., S. 171 ff.
73 Ebenda, S. 197 ff.
74 Ebenda, S. 220 ff.
75 Ebenda, S. 260 ff.
76 Ebenda, S. 278 ff.
77 Vgl. ebenda, S. 314 ff.
78 Vgl. ebenda, S. 333 ff.
79 Vgl. ebenda, S. 284 ff.

Auf dem Parteitag trat eine „linke“ Opposition in Erscheinung, die sich gegen den von der Zentrale unterbreiteten Beschlußentwurf wandte und diesem ihren eigenen Resolutionsentwurf entgegenstellte. Hinter ihm standen die Delegierten der Bezirke Berlin-Brandenburg, Wasserkante-Hamburg, Hessen-Frankfurt, Mittelrhein und Lausitz, die jedoch auf dem Parteitag die Minderheit darstellten.[80]

Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten verteidigte die Linie des III. und IV. Weltkongresses und die Einheitsfrontpolitik, die die Partei in der Vergangenheit entwickelt und mit Erfolg durchgeführt hatte. So wies Walter Stoecker die von den Ultralinken vertretene These zurück, daß „mit der SPD als Partei“[81] kein gemeinsamer Kampf möglich sei.

Auch Wilhelm Koenen wandte sich entschieden gegen solche linkssektiererischen Auffassungen. „Wir sagen“, so argumentierte er, „die sozialdemokratischen Arbeiter können kämpfen und werden kämpfen. Sie haben im Kapp-Putsch 1920 und in den Märztagen 1921 gezeigt, daß sie kämpfen können, zahlreiche von ihnen haben Schulter an Schulter mit uns gestanden.“[82]

Paul Böttcher[83], Albert Schreiner[84] und andere Funktionäre vertraten ebenfalls den Standpunkt der Mehrheit. Walter Ulbricht, seit April 1921 Politischer Sekretär der Bezirksleitung Groß-Thüringen, unterstrich, daß die Arbeiterregierung eine Entwicklungsstufe auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats sein kann: „So mechanisch, so gradlinig und einheitlich wird sich der Kampf um die Diktatur nicht vollziehen, sondern wir werden in Deutschland sehr wahrscheinlich eine Periode durchmachen, wo in Bezirken, in denen die sozialen Verhältnisse besonders geartet sind — wie in Sachsen — die Arbeitermassen weiter vorwärts sind als in anderen Teilen Deutschlands, und daß in diesem Teil des Reiches die Betriebsrätebewegung eine breitere Basis besitzt als in anderen Bezirken. In dieser Lage ist es möglich,

80 Vgl. ebenda, S. 145 ff.
81 Ebenda, S. 347.
82 Ebenda, S. 355.
83 Vgl. ebenda, S. 350 ff.
84 Vgl. ebenda, S. 363 ff.

daß Kommunisten in eine Landesarbeiterregierung eintreten, auch wenn noch nicht feststeht, daß wir unmittelbar vor der Eroberung der politischen Macht stehen ... Die Arbeiterregierung wird von uns gefordert, um die proletarischen Massen zu aktivieren, sie in den Kampf zu führen, dessen Ziel die Ergreifung der Macht durch das Proletariat ist."[85]
Von Bedeutung für die Auseinandersetzung mit den Ultralinken war zweifellos, daß in das Referat des Parteivorsitzenden wichtige Auszüge aus den Resolutionen des III. Parteitages der SDAPR über die provisorische revolutionäre Regierung und über die praktischen Vereinbarungen mit den Sozialrevolutionären Eingang gefunden hatten[86] und so den Delegierten Leninsches Gedankengut vermittelt wurde.
Die „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung" wurden mit 118 gegen 59 Stimmen angenommen und damit die Thesen der Delegierten aus den Bezirken Berlin-Brandenburg, Wasserkante-Hamburg, Hessen-Frankfurt, Mittelrhein und Lausitz abgelehnt.[87] In den vom Parteitag beschlossenen „Leitsätzen" wurde erstmals in einem Parteitagsdokument grundsätzlich zur Einheitsfrontpolitik und zur Losung der Arbeiterregierung Stellung genommen. Das Dokument entsprach im wesentlichen den Beschlüssen des IV. Weltkongresses. Das war das Verdienst der besten Kräfte in der Partei, die im Geiste Lenins um eine richtige Strategie und Taktik rangen.
Die „Leitsätze" stellten den Kampf um Etappenziele und Teilforderungen in Gestalt der Arbeiterregierung und solcher Übergangslosungen wie Produktionskontrolle und Sachwerterfassung in den Vordergrund der Strategie und Taktik. Sie suchten dem Reifegrad der werktätigen Massen Rech-

85 Ebenda, S. 356/357.
86 Vgl. ebenda, S. 326/327. — Siehe auch W. I. Lenin, „Resolutionsentwurf über die provisorische revolutionäre Regierung ...", a. a. O., S. 393/394; derselbe, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie ...", a. a. O., S. 9/10. Vgl. ferner W. I. Lenin, „Rede über ein Abkommen mit den Sozialrevolutionären", in: „Werke", Bd. 8, Berlin 1959, S. 418.
87 Vgl. „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages ...", a. a. O., S. 375.

nung zu tragen. In den „Leitsätzen“ wurde zum Wesen der Einheitsfrontpolitik festgestellt: „Die Taktik der Einheitsfront ist kein Manöver zur Entlarvung der Reformisten. Die Entlarvung der Reformisten ist umgekehrt ein Mittel zur Herstellung der einheitlich geschlossenen Kampfesfront des Proletariats. Die Kommunisten sind in jeder Stunde bereit, mit allen Proletariern und proletarischen Organisationen und Parteien den Kampf für die Interessen des Proletariats zu führen. Die Kommunistische Partei muß sich deshalb in jeder ernsten Situation sowohl an die Massen wie auch an die Spitzen aller proletarischen Organisationen mit der Aufforderung zum gemeinsamen Kampf zur Bildung der proletarischen Einheitsfront wenden. Die Auffassung, als sei die Herstellung der Einheitsfront möglich nur durch den Appell an die Massen zum Kampf (nur ‚von unten‘) oder nur durch Verhandeln mit den Spitzenkörperschaften (nur ‚von oben‘), ist undialektisch und starr.“[88]

In konsequenter Fortführung dieser Linie wurde die prinzipielle Bereitschaft der KPD erklärt, ihre Vertreter unter bestimmten Bedingungen in eine Regierung mit den anderen Arbeiterparteien zu entsenden, um dort gemäß den Erfordernissen einer revolutionären Arbeiterpolitik zu wirken. Die „Leitsätze“ unterstrichen den grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Charakter der Arbeiterregierung und der Koalitionspolitik der VSPD: „Die Arbeiterregierung ist eine Regierung von Arbeiterparteien, die den Versuch macht, gegenüber der Bourgeoisie eine proletarische Politik zu treiben durch Abwälzung aller Lasten auf die besitzende Klasse, während die bisherige Koalitionspolitik der SPD zur Abwälzung aller Lasten auf die Arbeiterklasse geführt hat. Eine solche Arbeiterregierung kann aber nur proletarische Politik betreiben und das Programm der proletarischen Einheitsfront verwirklichen, wenn sie sich auf die breiten Massen der Arbeiterschaft und ihre Organe stützt, die aus der Einheitsfrontbewegung entstehen (Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Arbeiterräte usw.) sowie auf die bewaffnete Arbeiterschaft.“[89]

88 Ebenda, S. 417.

89 Ebenda, S. 420/421.

An anderer Stelle heißt es: „Die Arbeiterregierung ist weder die Diktatur des Proletariats noch ein friedlicher, parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse, im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu treiben."[90]

Zweifellos konnte der erste Schritt zur Verwirklichung des Programms der Arbeiterregierung nicht darin bestehen, den alten Staatsapparat zu zerschlagen. Insofern gaben die „Leitsätze" auch in dieser Hinsicht eine richtige Orientierung. Um der Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse und der ganzen Nation gerecht zu werden, mußte eine solche Regierung jedoch antiimperialistische, antimonopolistische, revolutionär-demokratische Maßnahmen einleiten und durfte nicht davor zurückschrecken, mit Hilfe der Massen die Fesseln der bürgerlichen Gesetzlichkeit zu sprengen. Die Arbeiterregierung konnte ihre Aufgaben gerade unter den Bedingungen eines sich rasch zuspitzenden Klassenkampfes nicht erfüllen, wenn sie sich auf die „Mittel der bürgerlichen Demokratie" beschränkte. Solche und ähnliche Formulierungen, die auch in anderen Beschlüssen des Parteitages und im Referat Heinrich Brandlers vorkamen, waren geeignet, Illusionen über den Weg zur Macht zu erwecken. Sie gaben rechtsopportunistischen Auffassungen Nahrung.

Zu den weiteren besonders wichtigen Dokumenten, die der Parteitag beschloß, gehört das „Manifest an das internationale Proletariat und an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands", dem die Ausführungen Clara Zetkins zugrunde lagen. In ihm wurde das internationale und deutsche Proletariat zum gemeinsamen Kampf gegen die Politik des französischen und deutschen Imperialismus aufgerufen und der Ausweg aus der drohenden nationalen Katastrophe gewiesen. Das Manifest appellierte an die deutsche Arbeiterklasse, die Einheitsfront zu bilden und um eine Arbeiterregierung aus Vertretern aller Arbeiterparteien und der Gewerkschaften zu ringen. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, daß das Programm dieser Regierung „kein Sonderprogramm

90 Ebenda, S. 420.

der Kommunisten ist, sondern das Mindestmaß der proletarischen Bedürfnisse. Sie wird die Mittel schaffen, um in der Lage zu sein, die Not des Landes einzudämmen, die Gegenrevolution niederzuschlagen und die äußere Lage zugunsten des deutschen Volkes zu ändern."[91] Das Manifest formulierte eine Reihe innenpolitischer Forderungen, wie Sicherung des Achtstundentages, Sachwerterfassung und Produktionskontrolle, Auflösung der militaristisch-faschistischen Organisationen und Bewaffnung der Arbeiter, die darauf abzielen sollten, die Lasten der Krise und des Ruhrkampfes auf die Provokateure der Ruhrbesetzung abzuwälzen und den Kampfboden der Arbeiterklasse zu verbessern. Der Parteitag forderte, Kontrollausschüsse gegen Teuerung und Reaktion und proletarische Hundertschaften zur Abwehr der faschistischen Gefahr zu bilden.

Abgesehen von diesen Forderungen, die eine Veränderung der innenpolitischen Lage zugunsten des Volkes bezweckten, war auch die mit der Losung der Arbeiterregierung verbundene außenpolitische Konzeption der KPD von großer Bedeutung für die Lösung der nationalen Frage in dieser Zeit. Die KPD – obwohl ein grundsätzlicher Gegner des imperialistischen Diktats von Versailles – beherzigte den Leninschen Hinweis, sich in der Frage der Anerkennung oder Nichtanerkennung des Versailler Friedens nicht die Hände zu binden, indem sie unter allen Umständen seine sofortige Annullierung forderte.[92] Sie zog in Erwägung, daß es im Interesse der Erhaltung revolutionärer Positionen und der Verhinderung einer ausländischen Intervention gegen ein von Imperialisten und Militaristen freies Deutschland liegen konnte, zur Not sogar eine längere Gültigkeit dieses Raubfriedens einzukalkulieren. „Die Arbeiterregierung", so heißt es im Manifest des 8. Parteitages, „wird Frankreich Verhandlungen vorschlagen . . ., wird selbst Pfänder, die notwendig sind zur Bezahlung der Schulden, von den Kapitalisten in die Hand nehmen . . . Die Arbeiterregierung wird so den deutschen Arbeitern helfen, die Last, die ihnen die bankrotte

91 Ebenda, S. 396.

92 Vgl. W. I. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", in: „Werke", Bd. 31, Berlin 1964, S. 62/63.

imperialistische Bourgeoisie aufgebürdet hat, zu tragen, bis das französische Proletariat ihm hilft, die Fessel von Versailles zu brechen."[93] Die Arbeiterregierung, verkündete der 8. Parteitag, wird durch die Verwirklichung ihres innenpolitischen Programms den französischen Werktätigen, den „Proletariern des Westens Sicherheit geben, daß sie nicht Helfershelfer"[94] des deutschen Imperialismus werden, wenn sie das deutsche Volk im Ringen gegen den Schandfrieden von Versailles unterstützen.

In bezug auf die Sowjetunion, die sich in ihrer Außenpolitik als bester Freund des deutschen Volkes ausgewiesen hatte, erklärte der 8. Parteitag: „Die Arbeiterregierung wird ein Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland schließen ... zur wirtschaftlichen Stärkung und Entwicklung des deutschen und russischen Volkes, zur gemeinsamen Verteidigung gegen die Kapitalisten des Westens, wenn sie dem arbeitenden Volke Deutschlands keinen Frieden gewähren."[95] Diese Erklärung stimmte mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes überein, die ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion und ein enges Bündnis mit ihr erforderten. Der 8. Parteitag dankte der Sowjetunion, die angesichts der Okkupation des Ruhrgebietes erneut ihre Verbundenheit mit dem nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes demonstrierte, für die der deutschen Arbeiterklasse erwiesene Solidarität und die brüderliche Hilfe, insbesondere „für die mit Strömen von Blut und unermeßlichen Opfern unverwischbar in die Geschichte geschriebene große Lehre, daß die Sache der Nation heute die Sache der Arbeiterklasse ist".[96]

In einem weiteren Manifest, das sich an die Mitglieder der Gewerkschaften wandte, wurden den Gewerkschaftern die verhängnisvollen Auswirkungen der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern und der Burgfriedenspolitik vor Augen geführt. Die KPD ließ sich von dem Vermächtnis Marx' leiten, der die Grundaufgaben der Gewerkschaften im

93 „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages ...", a. a. O., S. 396.

94 Ebenda.

95 Ebenda.

96 Ebenda, S. 401.

Kapitalismus umriß, als er schrieb: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse."[97]

Der Parteitag rief dazu auf, die Gewerkschaften zu stärken, ihre Einheit zu verteidigen und allen Spaltungsversuchen entschieden entgegenzutreten, da diese nur dazu angetan sein konnten, die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Er appellierte an die Gewerkschafter: „Kämpft gegen die Arbeitsgemeinschaften! . . . Fordert die Einsetzung aller Machtmittel der Gewerkschaften zum Kampf gegen die großbürgerliche Cuno-Regierung! Kämpft und agitiert für eine Arbeiterregierung!"[98]

Die KPD stellte den Gewerkschaftsmitgliedern die Aufgabe, ihre Kraft für die Bildung einer Regierung unter Einschluß der Gewerkschaften einzusetzen. Wörtlich heißt es: „Werden die Arbeiter sich um diese Losungen sammeln, werden sie ihre sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer zwingen, auf das offene oder verkappte Bündnis mit der Bourgeoisie zu verzichten, dann wird aus dieser Arbeit und diesem Kampfe die Arbeiterregierung entstehen als Regierung aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften."[99]

Der Parteitag verpflichtete die Kommunisten, ungeachtet der Haltung rechter Gewerkschaftsführer, die nicht vor Ausschlüssen revolutionärer Kräfte zurückschreckten, aktiv in den Gewerkschaften mitzuarbeiten.

Wenngleich in den Parteitagsbeschlüssen mehrfach richtig hervorgehoben wurde, daß die Grundinteressen der Arbei-

97 Karl Marx, „Lohn, Preis und Profit", in: Karl Marx / Friedrich Engels, „Werke", Bd. 16, Berlin 1964, S. 152.

98 „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages . . .", a. a. O., S. 400.

99 Ebenda, S. 396.

terklasse, der werktätigen Bauern und Mittelschichten übereinstimmen und es angesichts der sozialen und nationalen Notlage einmal mehr darauf ankomme, das Bündnis gegen die Katastrophenpolitik der Monopole und ihrer Regierung zu schmieden, entwickelte der Parteitag kein konkretes Programm mit spezifischen Forderungen, um diese Schichten an das enge Bündnis mit der Arbeiterklasse heranzuführen. In den Aufrufen der Zentrale der KPD spielte die Losung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung erst nach einer Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale vom 12. bis 23. Juni 1923 eine Rolle.[100] Es war schließlich auch eine Schwäche des Parteitages, daß keine Maßnahmen zur Verwirklichung der Festlegungen des III. und IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über den Aufbau von Betriebszellen beschlossen wurden, obwohl die heranreifenden Kämpfe die feste Verwurzelung der Partei in den Betrieben noch dringender machten. In den vom Parteitag beschlossenen „Leitsätzen über die dringendsten organisatorischen Aufgaben der KPD" wurde lediglich der Aufbau eines Netzes von Betriebsvertrauensleuten festgelegt.[101]

100 Erstmals auf einer Sitzung des Zentralausschusses der KPD wurde das Problem der Arbeiter-und-Bauern-Regierung während der Beratungen am 5. und 6. August 1923 diskutiert. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Ultralinken, die die Losung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung nur als Synonym für die Diktatur des Proletariats verstanden wissen wollten. Der Zentralausschuß wies diese Auffassung der linken Sektierer zurück. Entgegen den antileninistischen Positionen der Ultralinken in der Bündnisfrage hob Edwin Hoernle die Notwendigkeit hervor, „über die Schaffung der Einheitsfront des Proletariats hinaus noch eine zweite Aufgabe zu stellen, nämlich die, ein Bündnis zwischen dem revolutionären Proletariat mit dem Bauerntum zu schaffen". (IML, ZPA, Sign. 2/14, Bl. 141). Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß ungeachtet der Bestrebungen der besten Kräfte in der Partei nach wie vor die Unterschätzung der Bündnisfrage nicht überwunden wurde.

101 Vgl. „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages . . .", a. a. O., S. 425.

Es war ein Mangel des 8. Parteitages, daß die durch die Ruhrbesetzung entstandenen veränderten Kampfbedingungen nicht gründlich genug analysiert wurden und die Feststellung des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, nach der in den kapitalistischen Ländern die rasche Entwicklung einer revolutionären Krise möglich sei und sich die Partei auf eine solche Lage von vornherein einstellen müsse, nicht gebührend beachtet wurde. Das wirkte sich hemmend auf die Lösung der Aufgaben aus, vor denen die Delegierten standen. Grundlegende Meinungsverschiedenheiten, die in den Fragen der Einheitsfrontpolitik und der Arbeiterregierung zutage traten, wurden nicht bis zu Ende geklärt. Die mangelnde Reife der Partei führte dazu, daß wichtige Fragen der politischen Massenarbeit nicht oder nur unzulänglich beantwortet wurden.

Der vom Parteitag gewählten Zentrale gehörten an: Karl Becker, Paul Böttcher, Heinrich Brandler, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, Paul Frölich, August Kleine (Guralski), Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Wilhelm Koenen, Rudolf Lindau, Hans Pfeiffer, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Felix Schmidt, Georg Schumann, Walter Stoecker, August Thalheimer, Walter Ulbricht, Jacob Walcher und Clara Zetkin. Auf der Zentralausschußtagung der KPD im Mai 1923 wurde die Zentrale durch die Wahl von Ruth Fischer, Ottomar Geschke, Arthur König und Ernst Thälmann auf 25 Mitglieder erweitert.[102]

Der Parteitag zeigte, daß gegen die Katastrophenpolitik der deutschen Imperialisten und Militaristen allein die KPD ein Alternativprogramm besaß, das – ausgehend vom Klassencharakter der nationalen Frage und der nationalen Mission der Arbeiterklasse – darauf gerichtet war, den Volkskampf gegen den deutschen und französischen Imperialismus zu entfachen, eine wirklich demokratische Regierung aus Vertretern der Arbeiterparteien und Gewerkschaften zu erkämpfen und im Bündnis mit der Sowjetunion eine grundlegende Wende in der deutschen Innen- und Außenpolitik zugunsten der friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Kräfte herbeizuführen. Die KPD verfolgte eine Kon-

102 Vgl. ebenda, S. 411; „Die Rote Fahne", 17. Mai 1923.

zeption, die sich in Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche befand und der Arbeiterklasse und der ganzen Nation die Perspektive zeigte. Sie barg die Möglichkeit, unter Führung der KPD eine antiimperialistische, antimonopolistische Einheitsfront zu schaffen. Die entscheidenden Voraussetzungen für ihre Durchsetzung waren die Schaffung der Arbeitereinheitsfront, ein breites Bündnis gegen die Monopole und die Einleitung außerparlamentarischer Aktionen.

Zugleich wurde auf dem 8. Parteitag sichtbar, daß sich die KPD und ihre Zentrale in dieser Zeit erst auf dem Wege zu einer ideologisch und politisch einheitlichen, reifen marxistisch-leninistischen Partei und Führung befanden. Aber nur diese war imstande, die von Lenin in „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" entwickelten Lehren voll und ganz auf die spezifischen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland anzuwenden. Das geschah erstmals zwölf Jahre später durch die Brüsseler Parteikonferenz. Die Leninschen Ideen waren 1923 nur zum Teil in der Partei bekannt. Die innere Festigkeit der KPD und ihre Kampfkraft wurden durch linkssektiererische und rechtsopportunistische Auffassungen beeinträchtigt.

Ausschlaggebend war jedoch, daß der 8. Parteitag eine in der Grundlinie richtige Politik ausgearbeitet hatte. Von ihm gingen starke Impulse für den sozialen und nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes aus. Nicht das Wirken linkssektiererischer und rechtsopportunistischer Kräfte in den Reihen der Partei kann der Hauptgesichtspunkt bei der Einschätzung der Politik der KPD im Jahre 1923 sein. „Das Entscheidende waren die Bemühungen um die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterschaft und die Entfachung der Arbeiterkämpfe."[103] „Die Kommunistische Partei hatte", schreibt Walter Ulbricht rückblickend, „eine richtige Orientierung. Es galt die Krise auszunutzen und zu verhindern, daß die ganzen Lasten des Krieges auf das arbeitende Volk abgewälzt wurden. Es galt durch die Bildung einer Arbeiterregierung die Herrschaft der kapitalistischen Monopole und

103 Walter Ulbricht, „Vergangenheit und Zukunft...", a. a. O., S. 11.

anderer reaktionärer Kräfte zurückzudrängen. Sie ging damals von einer solchen Konzeption aus, die starken Positionen der Arbeiterklasse in Sachsen und Thüringen auszunutzen, dort Arbeiterregierungen zu bilden, dann im Ruhrgebiet und in Hamburg denselben Weg zu gehen und durch den Generalstreik den Sturz der Regierung und die Bildung einer Arbeiterregierung zu erreichen."[104]

104 Ebenda.

II. Kapitel Ein Brennpunkt des Klassenkampfes

1. Konstruktiver kommunistischer Vorschlag zur Lösung der sächsischen Regierungskrise Anfang 1923

Sachsen, dem neben Thüringen im Jahre 1923 in der Konzeption der KPD für den revolutionären Ausweg aus der sozialen und nationalen Notlage des deutschen Volkes besonderes Augenmerk galt, gehörte zu den Industriegebieten Deutschlands mit einer zahlenmäßig besonders starken Arbeiterklasse. Es war eines der wenigen Länder des Reiches, in dem es der Reaktion auf Grund des Widerstandes der an revolutionären Traditionen reichen Arbeiterbewegung nicht gelang, nach der Novemberrevolution eine Regierung aus Vertretern der bürgerlichen Parteien zu errichten oder die Bildung einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung für einen längeren Zeitraum durchzusetzen. Nach den Landtagswahlen vom 14. November 1920 waren in den Sächsischen Landtag 47 Abgeordnete der bürgerlichen Parteien und 49 Abgeordnete der Arbeiterparteien, darunter 9 Kommunisten, eingezogen. Seit dieser Zeit amtierte in Dresden eine sozialdemokratische Minderheitsregierung mit dem Rechtssozialisten Wilhelm Buck an der Spitze, deren Zustandekommen und Fortbestehen durch das taktisch kluge Verhalten der KPD ermöglicht wurde. Indem die kommunistische Landtagsfraktion diese Regierung tolerierte, trug sie zur Verhinderung einer Erweiterung der Regierung nach rechts bei. Die KPD war bestrebt, die VSPD zur Ausnutzung der Regierungspositionen im Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes zu veranlassen.

Die von rechten Führern ausgeübte Regierungsgewalt wurde jedoch nicht für die Durchführung wirklich demokratischer Veränderungen gebraucht. Unter Berufung auf das sozialdemokratische Kabinett und die Konstellation im Sächsischen Landtag gaben die Rechtssozialisten zwar Sachsen als einen Volksstaat aus; in Wirklichkeit lag die Macht jedoch wie

überall in Deutschland in den Händen der Ausbeuterklasse. Ebenso wie der Berliner Parteivorstand der VSPD und der von den rechten Kräften beherrschte sozialdemokratische Landesarbeitsausschuß schloß sich die Regierung Buck der Politik des „passiven Widerstandes" an und rief zur Unterstützung des Ruhrkampfes auf. Innenminister Richard Lipinski stellte sogar eine von Faschisten organisierte chauvinistische Veranstaltung in Leipzig unter den Schutz der Polizei, die die antifaschistische Gegendemonstration der Arbeiter niederschlug. Ein Mißtrauensvotum der kommunistischen Landtagsfraktion führte zu seinem Sturz. Am 30. Januar 1923 erklärte daraufhin das sächsische Kabinett den Rücktritt, um seine Übereinstimmung mit der Haltung des Innenministers zu demonstrieren.[1]

In dieser Situation wandte sich die KPD von der Tribüne des 8. Parteitages an die Werktätigen Sachsens. „Die sächsische Regierung", so kennzeichnete der Aufruf die Lage, „hat mit Cuno die Einheitsfront hergestellt . . . Sie hat sich zur Schützerin der Faschisten gemacht."[2] Die KPD appellierte an die sozialdemokratischen Arbeiter, die Fortführung dieses Kurses zu verhindern und gemeinsam mit den Kommunisten eine Wende in der Regierungspolitik zugunsten der Arbeiterklasse herbeizuführen. Durch den Rücktritt des von rechten Sozialdemokraten geführten Kabinetts in Sachsen waren günstige Bedingungen für die Ausnutzung des Parlaments zur Bildung einer Arbeiterregierung entstanden, zumal die KPD in der Landtagswahl vom 5. November 1922 die Zahl ihrer Abgeordneten auf 10 hatte erhöhen können. Die sozial-

1 Einen guten Einblick in die sozialökonomische Struktur und die politischen Verhältnisse in Sachsen nach der Novemberrevolution sowie in die Vorgänge, die zum Sturz der Regierung Buck führten, und die Situation in Sachsen Anfang 1923 vermittelt Raimund Wagner, „Die ‚Arbeiterregierung' in Sachsen im Jahre 1923", Phil. Diss., Berlin 1957, S. 95 – 104; derselbe, „Der Kampf um die proletarische Einheitsfront und Arbeiterregierung in Sachsen unmittelbar nach dem VIII. Parteitag der KPD" (I und II), in: „BzG", 1963, Heft 4, S. 649 ff. und Heft 5/6, S. 922 ff.

2 „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages . . .", a. a. O., S. 407.

demokratische Fraktion verfügte über 40 Landtagssitze, so daß die Vertreter der beiden Arbeiterparteien mit 50 Mandaten über die absolute Mehrheit im Landesparlament verfügten.

Wenige Tage nach dem Rücktritt der sächsischen Regierung veröffentlichte die KPD in einem Offenen Brief, der im Auftrage des Landesvorstandes Sachsen der KPD und der kommunistischen Landtagsfraktion von Paul Böttcher unterzeichnet war, ihre konstruktiven Vorschläge zur Lösung der Regierungskrise.[3] Sie gipfelten in dem Angebot, statt einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung eine Landesregierung aus Vertretern der KPD und VSPD zu bilden. Das von der KPD in diesem Zusammenhang unterbreitete „proletarische Arbeitsprogramm für die Landesarbeiterregierung in Sachsen" hatte folgenden Wortlaut:

„Die sächsische Arbeiterregierung ist verpflichtet, sofort folgende Maßnahmen durchzuführen und, wo die Zuständigkeit des Reiches gegeben ist, ihre Durchführung zu erwirken.

Zum Schutze der Arbeiterregierung

a) Endgültige entschädigungslose Beschlagnahme des gesamten in Sachsen befindlichen Vermögens des ehemaligen königlichen Hauses und aller seiner Mitglieder.

b) Bildung von Arbeiterwehren, Ausbildung und Bewaffnung durch die Organe der Arbeiterregierung unter Kontrolle der Betriebsräte; Besetzung der Polizei und ihrer Verwaltung durch freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Beamte.

c) Verbot jeder monarchistischen und antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift, besonders auch in den Schulen und Kirchen. Alle monarchistischen und antirepublikanischen Verbindungen, die trotz erfolgter früherer Verbote unter den verschiedensten Decknamen weiter bestehen, sind unschädlich zu machen. In der Justiz, Polizei und Verwaltung sind alle Beamten zu entfernen, die nicht vorbehaltlos die Arbeiterregierung unterstützen.

d) Bildung einer sächsischen Kammer beim Staatsgerichtshof, deren Laienrichter von der Arbeiterregierung aus den Reihen der freigewerkschaftlichen revolutionären Betriebsräte ernannt werden.

3 Vgl. „Der Kämpfer", 1. März 1923.

Zur Gemeindereform

Einkammersystem und kurzfristige Bürgermeisterwahl.

Amnestie

Sofortiger Erlaß einer allgemeinen Amnestie für politische Delikte unter Ausschluß der Konterrevolutionäre sowie aus Not begangener Vergehen und Verbrechen und solcher gegen die §§ 218 und 219 des StGB.

Arbeiterregierung und Betriebsräte

Die Betriebsräte, die Klassenorgane des Proletariats, haben die Aufgabe, die Arbeiterregierung zu stützen und zu kontrollieren. Ein periodisch zusammentretender Landesbetriebsrätekongreß wählt aus seiner Mitte ein Exekutivorgan, das mit der Arbeiterregierung, den Arbeiterparteien und Gewerkschaften beständig aufs engste zusammenarbeitet. Dem Exekutivorgan des Landesbetriebsrätekongresses sind von der Regierung alle Gesetze, Vorlagen und Verordnungen zu unterbreiten.

Zur Sicherung der Durchführung einer energischen Arbeiterpolitik müssen die Organisationen und Rechte der Betriebsräte ausgebaut werden, damit mit ihrer Hilfe örtlich, in den Kreis- und Amtshauptmannschaften alle Gesetze und sonstigen Maßnahmen der Arbeiterregierung gegen alle Hemmungen und Widerstände der Unternehmer und sabotierenden Behörden durchgeführt werden können.

Bei unvermeidlichen Betriebseinschränkungen keine Arbeiterentlassung, sondern Kürzung der Arbeitszeit unter Weiterzahlung des vollen Lohnes nach den bestehenden Tarifen. Unterstützung der Arbeitslosen in voller Lohnhöhe. Beschlagnahme der von den Unternehmern stillgelegten Betriebe. Verschärfte gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Achtstundentages, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, vor allem in den staatlichen Betrieben Aufhebung aller dem entgegenstehenden Verordnungen. Unbedingter Schutz der Betriebsräte gegen Maßregelungen.

Schutz des Existenzminimums

Um vom Proletariat die ärgsten Folgen der Ruhrbesetzung, der Geldentwertung, der direkten und indirekten Steuern sowie der wucherischen Ausbeutung durch Industrie-, Agrar-, Handels- und Bankkapital abzuwehren, ergreift die Regierung sofort folgende Maßnahmen:

a) Erhebung einer Zwangsanleihe zur Beschaffung von ausreichenden Mitteln für die Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen zu herabgesetzten Preisen.
b) Erwerbslosen, Erwerbsunfähigen, Sozialrentnern und Kriegsopfern sind Lebensmittel, Kleidung und Kohle zu besonders billigen Preisen zu liefern.

Für ausreichende Wohngelegenheit

Beschaffung von ausreichenden Wohngelegenheiten: Beschlagnahme der Luxuswohnungen und der nicht voll ausgenützten Wohnräume, Beseitigung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, die dem im Weg stehen. Verbot der Betriebseinschränkungen durch Syndikate in der Baurohstoffindustrie und Beschlagnahme der nicht voll ausgenützten Betriebe zur Beschaffung billiger Baumaterialien für den Wohnungsbau.

Kampf gegen den Wucher

Bildung von Wuchergerichten, Wahl der Richter durch die Gewerkschaften. Strengste Bestrafung der Wucherer. Unterstellung der Wucherpolizei unter die Kontrollausschüsse. Ausstattung der Kontrollausschüsse und der ihnen unterstellten Wucherpolizei mit der Befugnis, rechtsverbindlich die Preise bei Wucher voll herabzusetzen. Die Betroffenen haben das Recht, binnen 3 Tagen bei einer von der Arbeiterregierung auf Vorschlag der Exekutive des Landesbetriebsrätekongresses zu ernennenden Landeswucherstelle Einspruch zu erheben.

Arbeiterregierung im Reich – Beseitigung des Steuerabzuges

Förderung aller Bestrebungen zur Bildung einer Arbeiterregierung im Reiche. Unterstützung aller Maßnahmen zur Beseitigung des 10prozentigen Steuerabzuges von Lohn und Gehalt und zur Aufhebung aller den Massenbedarf verteuernden direkten und indirekten Steuern, wie Kohlen-, Umsatzsteuer usw., Forderung und nachdrücklichste Unterstützung aller Kämpfe zur Erfassung der Sachwerte.

Für die proletarischen Schulkinder

Lehr- und Lernmittelfreiheit. Unentgeltliche Schulspeisung. Abgabe von verbilligter Milch, Fett und Nährmitteln für Kinder bis zu 14 Jahren. Unentgeltliche Belieferung bedürftiger Kinder mit Wäsche, Schuhwerk und Kleidung. Stän-

dige ärztliche Überwachung und Beratung der gesamten und Behandlung der erkrankten Schuljugend. Einrichtung von Kinderkrankenhäusern, Erholungsstätten und Waldschulen, Kinderhorten, Spielplätzen und Jugendheimen."[4]

In dem Offenen Brief mahnte die KPD: „Klassengenossen! Sozialdemokratische Arbeiter! Laßt euch nicht nach rechts drängen! Der Vormarsch Poincarés ins Ruhrrevier ist ein Schlag gegen die soziale Revolution in Westeuropa ... Die herrschende Klasse ist bereit, Deutschland in eine Industriekolonie zu verwandeln, wenn nur ihre soziale Funktion als Ausbeuterklasse erhalten bleibt. Das Proletariat muß nicht nur sofort in Sachsen, sondern in Europa über die Abwehr eines zweiten Weltbrands, eines zweiten Versailler Diktats ernsthaft beraten. Zeigt der Bourgeoisie die Zähne! Errichtet mit uns die erste Arbeiterregierung Europas, das unerschütterliche Bollwerk gegen die Konterrevolution, das Fanal zum Gegenangriff des Proletariats gegen die Offensive des Kapitals! Es lebe die Einheitsfront des Proletariats! Es lebe die sächsische Arbeiterregierung!"[5]

Dieses bedeutsame Dokument der KPD aus dem Jahre 1923 beweist entgegen allen antikommunistischen Verleumdungen einmal mehr, daß die KPD während der Weimarer Republik um die Arbeitereinheitsfront rang und gegen Ausbeutung und Hunger, für die demokratischen Rechte des Volkes und die Überwindung der Herrschaft des deutschen Imperialismus, gegen das Versailler Diktat und für freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern kämpfte.

Das Programm der Zusammenarbeit von Vertretern der KPD und VSPD in einer Arbeiterregierung knüpfte an die unmittelbaren Lebensinteressen der Massen an und berücksichtigte den damaligen Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse in Sachsen. Es trug dem Kräfteverhältnis zwischen den Klassen Rechnung. Die Durchsetzung des Programms, das einen antiimperialistischen Charakter hatte, setzte nicht die Diktatur des Proletariats voraus. Mit Recht konnte die KPD ausdrücklich erklären, daß die in ihm erhobenen Forderungen „weder die Diktatur des Proletariats noch die Räte-

4 Ebenda.

5 Ebenda.

republik Sachsen bedeuten", sondern vielmehr von „der augenblicklichen Lage" ausgehen.[6] Ein solches Regierungsprogramm, das nur im erbitterten Klassenkampf verwirklicht werden konnte, mußte zur Zurückdrängung der Macht der Monopole und der anderen reaktionären Kreise führen. Es eröffnete die Perspektive weiterer antiimperialistischer Maßnahmen, mit denen schließlich die Macht der Monopolherren und Militaristen gebrochen und überwunden werden konnte.

Das Programm für eine Landesarbeiterregierung in Sachsen zeugt davon, daß die KPD bei der Ausarbeitung ihrer Einheitsfrontpolitik auf der Grundlage der Beschlüsse des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und des 8. Parteitages weiter vorangekommen war. Es wies allerdings auch Mängel auf. Ein Kennzeichen für die noch ungenügende Aneignung des Leninismus bestand zum Beispiel darin, daß in dem Programm dem Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft keine Bedeutung beigemessen wurde. Ungeachtet dessen spielte es eine hervorragende Rolle im Ringen um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung in Sachsen, vor allem in den ersten drei Monaten des Jahres 1923. Das Programm stand im Mittelpunkt des Wirkens der Bezirksparteiorganisationen Westsachsen, Ostsachsen und Erzgebirge-Vogtland der KPD, die zusammen 35 638 Mitglieder zählten.[7]

2. Bezirk Erzgebirge-Vogtland – ein Schwerpunkt revolutionärer Arbeiterbewegung

Der Bezirk Erzgebirge-Vogtland, im wesentlichen mit dem Gebiet der Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau identisch, stellte das industrielle Zentrum Sachsens dar, in dem vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie, die metallverarbeitende Industrie und der Steinkohlenbergbau einen hervorragenden Platz einnahmen. Hier war etwa die

6 Ebenda.

7 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Angaben im „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages . . .", a. a. O., S. 61.

Hälfte des sächsischen Industrieproletariats konzentriert, allein über 70 Prozent der Textilarbeiter, 40 Prozent der Metallarbeiter und 90 Prozent der Steinkohlenbergarbeiter Sachsens.[8] Im Unterschied zu den anderen sächsischen Kreishauptmannschaften waren im Bezirk Erzgebirge-Vogtland in der Mehrzahl der Amtshauptmannschaften weniger als 6 Prozent, höchstens zwischen 6 und 12 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig.[9]
Der Bezirk zeichnete sich durch eine starke Polarisierung der Klassenkräfte aus. Das weisen auch die Landtagswahlergebnisse vom 5. November 1922 aus.

Ergebnis der Landtagswahlen am 5. November 1922 im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau[10]

Arbeiterparteien		Abgeordnete	Bürgerliche Parteien		Abgeordnete
KPD	14,5 %	5	DNVP	18,3 %	7
SPD	41,1 %	14	DVP	17,5 %	6
			DDP	8,2 %	3
			Splitterp.	0,3 %	—
insges.	55,6 %	19	insges.	44,3 %	16

Im Durchschnitt wurden für die Arbeiterparteien 5 Prozent mehr Stimmen abgegeben als in den beiden anderen sächsi-

8 Für diese Berechnung wurden notwendigerweise die Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung in Sachsen am 16. Juni 1925 zugrunde gelegt, da statistische Unterlagen, die sich direkt auf das Jahr 1923 beziehen, nicht zur Verfügung standen. Vgl. „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1924/1926", Dresden o. J., S. 16 – 47, 136 – 141, 214 – 221, 224 – 232. Herangezogen wurden weiterhin die von Röllig auf derselben Grundlage erarbeiteten Diagramme. Vgl. Gerhard Röllig, „Wirtschaftsgeographie Sachsens", Leipzig 1928, S. 47 – 48 u. 50 – 52. Ein exaktes Bild konnte damit nicht vermittelt werden, jedoch kommen die Angaben im großen und ganzen der Lage im Jahre 1923 nahe.
9 Vgl. ebenda.
10 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Angaben im „Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1921/1923", Dresden o. J., S. 405.

schen Wahlkreisen, wo KPD und VSPD jedoch auch die Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinen konnten. Der Bezirk Erzgebirge-Vogtland war von jeher eine Hochburg der Arbeiterbewegung, deren revolutionäre Traditionen hier besonders stark mit den Namen August Bebel und Wilhelm Liebknecht verknüpft waren.

Der Bezirk Erzgebirge-Vogtland kann als der Schwerpunkt der revolutionären Arbeiterbewegung in Sachsen bezeichnet werden. Der Einfluß der KPD war stärker als in anderen Gebieten Sachsens, ja als selbst in vielen anderen Bezirken Deutschlands. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß die Partei durch den relativ großen ideologischen und organisatorischen Einfluß, den der Spartakusbund hier besessen hatte, von Beginn ihres Wirkens an bereits stärker in den Massen verwurzelt war als in anderen Gebieten. Während des Kapp-Putsches, zu dessen Niederwerfung sie gemeinsam mit den anderen Arbeiterparteien und Gewerkschaften am 13. März 1920 aufrief, hatte die Bezirksparteiorganisation eine beispielhafte Taktik zur Schaffung der Aktionseinheit entwickelt. Die Ergebnisse blieben nicht aus. Allein im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau gelang es der KPD anläßlich der Reichstagswahlen am 6. Juni 1920, die für ein Mandat erforderlichen Wählerstimmen zu erringen.

Nach den Märzkämpfen 1921, die zu einem zeitweiligen Rückgang des kommunistischen Einflusses geführt hatten, gewann die KPD im Bezirk weiterhin an Boden. So war auch der Stimmenanteil der Kommunisten während der Landtagswahlen vom 5. November 1922 größer als im Landesmaßstab, wo er 10 Prozent betrug. Die Hälfte der kommunistischen Landtagsabgeordneten kam aus dem Bezirk Erzgebirge-Vogtland.

Das war das Ergebnis des aufopferungsvollen Einsatzes der Funktionäre und einfachen Mitglieder der Partei für die Belange der Massen, Frucht ihrer mühevollen Tätigkeit in den Gewerkschaften und Betriebsräten, in den Genossenschaften, den Arbeitersportvereinen und anderen proletarischen Massenorganisationen, auf parlamentarischer Ebene und an der Spitze außerparlamentarischer Aktionen. „Der Kämpfer", das Bezirksorgan der KPD, fand immer mehr Eingang in die Arbeiterfamilien. Die Bezirksparteiorganisation, aus

der ein so hervorragender Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung wie Fritz Heckert hervorging, war Anfang 1923 die zahlenmäßig stärkste in Sachsen. Nächst den Bezirksparteiorganisationen Berlin-Brandenburg, Wasserkante und Halle-Merseburg der KPD wies sie die höchste Mitgliederzahl in Deutschland auf.[11]

Überblick über den Mitgliederstand in den Unterbezirken der Bezirksparteiorganisation Erzgebirge-Vogtland der KPD am 1. Januar 1923[12]

Unterbezirk	Zahl der Ortsgr.	Zahl der Mitgl.	davon Frauen
Chemnitz	17	4 827	582
Schwarzenberg	26	1 286	133
Limbach	10	1 270	197
Zwickau	29	1 127	127
Burgstädt	18	842	120
Oelsnitz-Lugau	13	802	96
Plauen	4	780	105
Döbeln	14	768	112
Flöha	17	678	53
Siegmar	7	675	87
Oelsnitz/Vogtl.	10	614	77
Hartha	7	426	52
Hohenstein	3	426	32
Thalheim	9	409	41
Annaberg	9	324	28
Rodewisch	13	246	12
Pockau	7	234	32
Einsiedel	6	217	7

In den Reihen der Bezirksparteiorganisation wirkten 1923 solche bewährten Funktionäre wie Bruno Granz, Ernst Grube, Valeska Meinig, Max Roscher und Ernst Schneller. Der Bezirksleitung gehörten August Borowski, Ludwig Kühn,

11 Vgl. „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages ...", a. a. O., S. 61.

12 Vgl. IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 17.

Fritz Oley, Max Vettermann und als Politischer Sekretär Robert Siewert an.

Robert Siewert war der Sohn eines Arbeiters. Am 30. Dezember 1887 in Schwersenz (Swierczewo) bei Posen (Poznan) geboren, hatte er nach dem Besuch der Volksschule in Berlin das Maurerhandwerk erlernt. 1905, im Jahr der ersten russischen Revolution und der großen Massenstreiks in Deutschland, schloß sich der Achtzehnjährige der Gewerkschaft an. Am 1. Januar 1906 wurde Robert Siewert Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Die Tätigkeit als Maurer führte den jungen Sozialisten durch ganz Deutschland, nach Dänemark und schließlich auch in die Schweiz. Diese Wanderjahre waren gewissermaßen seine Universitäten. In Zürich wurde Robert Siewert 1908 Mitglied und später Vorstandsmitglied des Internationalen Arbeitervereins „Eintracht" und der Schweizer Bauarbeitergewerkschaft. Hier traf er wiederholt mit W. I. Lenin zusammen, dessen Persönlichkeit und Ideen einen starken Einfluß auf ihn ausübten.

Oft stand Robert Siewert, dieser klassenbewußte deutsche Arbeiter und Internationalist, in der Schweiz an der Spitze von Streikaktionen, in denen sich Arbeiter verschiedener Nationalitäten zum gemeinsamen Kampf gegen ihre Ausbeuter vereinten. Robert Siewert gehörte zu den Linken in der Sozialdemokratie. Er ergriff in den Auseinandersetzungen mit dem Revisionismus und Opportunismus die Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. In den Jahren 1913 und 1914 war Robert Siewert als Sekretär des Schweizer Bauarbeiterverbandes in Bern tätig. Im April 1915 wurde er wegen seiner revolutionären Aktivität aus der Schweiz ausgewiesen.

In Deutschland zum Kriegsdienst gezwungen und an der Ostfront eingesetzt, kämpfte Robert Siewert in den Reihen der Spartakusgruppe für die revolutionäre Beendigung des imperialistischen Weltkrieges und für die Überwindung der Herrschaft des deutschen Militarismus und Imperialismus. Mit heißem Herzen begrüßte er den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland. Im Zusammenhang mit der Novemberrevolution 1918 wurde Robert Siewert in Minsk in den Soldatenrat der X. Armee gewählt. Seit der

Gründung der KPD Mitglied der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse, hatte er großen Anteil am Aufbau der Partei im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, der unter schwierigsten Bedingungen erfolgte und mit vielen persönlichen Opfern verbunden war. Im Februar 1920 betraute ihn die Parteiführung als Nachfolger Fritz Heckerts mit der Leitung der Parteiorganisation des Bezirks. Von diesem Zeitpunkt an gehörte er auch dem Zentralausschuß der KPD an.
Robert Siewert stand in den Tagen des Kapp-Putsches mit an der Spitze der Aktionen der Arbeiterklasse im Bezirk. Eng mit dem werktätigen Volk verbunden, aus dem er hervorgegangen war, entwickelte sich Robert Siewert zu einem populären Arbeiterführer. Er war ein guter Redner, der es verstand, seine Zuhörer zu fesseln und mitzureißen, ein glühender Agitator und Propagandist im Dienste der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Werktätigen wählten ihn 1920 und 1922 in den Sächsischen Landtag. Unter seiner Führung machte die Parteiarbeit im Bezirk Erzgebirge-Vogtland vor allem nach dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und dem 7. Parteitag der KPD bedeutende Fortschritte. Robert Siewert war Delegierter des 2., 3., 4., 5., 6. und 7. Parteitages und nahm als Mitglied der deutschen Delegation an den Beratungen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale teil. Auf dem 8. Parteitag der KPD vertrat er in den Fragen der Einheitsfront und der Arbeiterregierungen den Standpunkt der Mehrheit.[13]

13 Die biographischen Angaben wurden folgenden Quellen entnommen: IML, ZPA, Sign. EA 0890, Bl. 1 – 4, „Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920", o. O., o. J., S. 69; „Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920", o. O., o. J., S. 79; „Bericht über den 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin", Berlin 1921, S. 55 und S. 192; „Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920. Anhang: Bericht über die 1. Frauen-Reichskonferenz am 8. Dezember 1920 in Berlin", Berlin 1921,

So stand an der Spitze der Leitung der Bezirksparteiorganisation Erzgebirge-Vogtland der KPD im Jahre 1923 ein Politischer Sekretär, der seine Treue zur Sache der Arbeiterklasse und zur Partei schon wiederholt unter Beweis gestellt hatte.

Die Kraft der KPD im Bezirk Erzgebirge-Vogtland brachte der Bezirksparteitag zum Ausdruck, der am 13. und 14. Januar 1923 in Chemnitz tagte.[14] An den Beratungen nahmen 162 stimmberechtigte Delegierte sowie Mitglieder der Bezirksleitung, der Unterbezirksleitungen, Mitglieder der Kommunistischen Jugend Deutschlands und der Redaktion des Bezirksorgans der Partei teil. Weiterhin waren Vertreter der Zentrale der KPD, des Frauen-Reichssekretariats sowie der Bezirksparteiorganisationen West- und Ostsachsen und Berlin-Brandenburg anwesend. Dem Parteitag wohnten 132 Gäste bei, unter ihnen ein Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs und der führende Funktionär der Kommunistischen Partei Großbritanniens, William Gallacher.

Der Bezirksparteitag nahm einstimmig die Resolutionen „Zur politischen Lage im Reich" und „Zur Lage in Sachsen", eine Entschließung zur Gewerkschaftsfrage sowie eine „Sympathieerklärung für die französischen Genossen" an. In den Dokumenten wurden die Hintergründe, der Klassencharakter und bestimmte Auswirkungen des Ruhrkampfes richtig gekennzeichnet. Völlig zutreffend heißt es in der Resolution „Zur politischen Lage im Reich" hinsichtlich der durch die Ruhrbesetzung heraufbeschworenen Situation: „Die Abschnürung des Ruhrgebietes bedroht das deutsche Proletariat mit den größten Gefahren. Wirtschaftlich durch eine Steigerung des Elends (Verschärfung der Arbeitslosigkeit, Produktionskrise), politisch durch einen neuen Aufschwung des

S. 270; „Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921", Berlin 1922, S. 438/439; „Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages . . .", a. a. O., S. 388 u. S. 442.

14 „Der Kämpfer", 15. Januar 1923 u. 16. Januar 1923. — Alle Angaben, die sich auf den Bezirksparteitag beziehen, sind diesen Quellen entnommen.

nationalistischen Rummels, der von der Bourgeoisie und ihren bewaffneten Garden ausgenutzt werden wird, die letzten Rechte des Proletariats zu vernichten (Anwachsen des Faschismus, drohende Zerstückelung Deutschlands, Beseitigung des Achtstundentages usw.)." Eingedenk der nationalen Verantwortung der Arbeiterklasse und getreu dem Vermächtnis von Karl Liebknecht wurde erklärt: „Die Nation kann nur gerettet werden durch schärfsten Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie. Der Hauptfeind des Proletariats steht im eigenen Lande."

Mit Recht wandte sich der Parteitag gegen die Haltung jener Führer der VSPD und der Gewerkschaften, die „trotz aller bitteren Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegszeit auch jetzt die verhängnisvolle Burgfriedenspolitik" fortführten. Er bezeichnete die Organisierung der „einheitlichen, geschlossenen Abwehrfront des Proletariats gegen die Offensive des Kapitals" als die Hauptaufgabe der KPD und orientierte auf die „Beseitigung der Regierung Cuno und Erkämpfung einer Arbeiterregierung im Reiche wie in den Ländern".

In den Dokumenten und Diskussionsbeiträgen der Delegierten wurde hervorgehoben, daß die wichtigste Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles in der engeren Verbindung der Partei mit den Massen bestand. Entschieden verurteilte der Parteitag darum linkssektiererische Erscheinungen, besonders in der Stellung zu den Gewerkschaften.

Die Resolution „Zur Lage in Sachsen" betonte ausdrücklich die Notwendigkeit, „durch intensivste Arbeit in den Betrieben den Kampf für die Arbeiterregierung in Sachsen auf breiteste Basis zu stellen". Es wurde dazu aufgefordert, die Tätigkeit in den Gewerkschaften und Betriebsräten zu verstärken sowie der politischen Massenarbeit unter den Frauen und Jugendlichen größeres Augenmerk zu schenken. Der Parteitag betrachtete es als eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten, die Kontrollausschußbewegung zu unterstützen und für die Bildung proletarischer Abwehrorganisationen gegen die faschistischen Umtriebe einzutreten. Indem der Bezirksparteitag die Auffassungen der „linken" Opposition in der KPD zurückwies, bezog er einen richtigen Standpunkt in den innerparteilichen Auseinandersetzungen.

Von großer Bedeutung angesichts der nationalistischen Welle war das Auftreten der französischen und englischen Genossen, das sich zu einer Demonstration des proletarischen Internationalismus gestaltete und den sozialdemokratischen Arbeitern vor Augen führte, daß die Kommunisten das revolutionäre Erbe August Bebels und Wilhelm Liebknechts aus den Tagen des Deutsch-Französischen Krieges und der Pariser Kommune fortführten. „Der Bezirksparteitag Erzgebirge-Vogtland der KPD", so lautete die „Sympathieerklärung für die französischen Genossen", „entsendet dem französischen Proletariat seine brüderlichen Grüße. Die Kommunisten wissen, daß die Lebensinteressen des deutschen und französischen Proletariats unzerreißbar miteinander verbunden sind. Der Raubzug der französischen Kapitalisten gegen das Ruhrgebiet richtet sich genauso gegen das französische wie das deutsche Proletariat. Die deutschen Arbeiter verfolgen mit brüderlichem, innigstem Interesse den Kampf der französischen Genossen gegen ihren Poincaréismus. Der Bezirkstag der KPD drückt seine heißeste Sympathie allen Kämpfern des französischen Proletariats aus, die den Verfolgungen Poincarés zum Opfer fallen, und gelobt, mit äußerster Kraft gegen die eigene Bourgeoisie zu kämpfen. Es lebe der gemeinsame internationale Kampf des Proletariats gegen Cuno und Stinnes, gegen Poincaré und Loucheur!"

Der Bezirksparteitag wurde insgesamt seiner Verantwortung vor der Arbeiterklasse gerecht.[15] Ungeachtet der Erfolge, die die Bezirksparteiorganisation Erzgebirge-Vogtland nach den Märzkämpfen 1921 bis Anfang 1923 bei der Verwirklichung der Linie des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und gemäß den Beschlüssen der KPD über die Einheitsfrontpolitik und Arbeiterregierung zu verzeichnen hatte, war die VSPD nach wie vor die zahlenmäßig stärkste Arbeiterpartei. Sie zählte im Bezirk Erzgebirge-

15 Eine eingehende Einschätzung der Ergebnisse des Bezirksparteitages vgl. Hans-Joachim Krusch, „Der Kampf der Bergarbeiter und anderer Werktätiger unter Führung der KPD im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in der Zeit von Ende 1922 bis zum Sturz der Cuno-Regierung", Phil. Diss., Berlin 1964, S. 93 – 97.

Vogtland etwa 41 000 Mitglieder[16] und konnte anläßlich der Landtagswahlen im November 1922 das Dreifache des Stimmenanteils der Kommunisten auf sich vereinigen. Allein im Bereich des Bezirksverbandes Zwickau der VSPD war sie in 28 Städten mit 159 Abgeordneten im Stadtparlament und in 126 Landgemeinden mit 496 Abgeordneten im Gemeinderat vertreten. Die VSPD stellte in 22 Städten 91 Stadträte und in 94 Landgemeinden den Gemeindeältesten.[17] Der VSPD, die eine relativ eigenständige, kleinbürgerlich-reformistische Konzeption verfolgte, leistete die Mehrheit der organisierten Arbeiter Gefolgschaft. In ihren Reihen gab es jedoch starke Differenzen über den Kurs des Parteivorstandes, besonders über dessen Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. Während rechte Führer die Traditionen der revolutionären Sozialdemokratie weiter über Bord warfen, rang die von klassenbewußten Arbeitern getragene Opposition in der VSPD um die Durchführung einer konsequenten Arbeiterpolitik. Diese linkssozialdemokratischen Kräfte hatten beträchtlichen Einfluß auf die zwei Bezirksorgane der VSPD, das „Sächsische Volksblatt" in Zwickau und die „Volksstimme", die in Chemnitz herausgegeben wurde.
Im Jahre 1923 entwickelten sich im Bezirk Erzgebirge-Vogtland Klassenauseinandersetzungen in einem Ausmaße wie in keinem anderen Teil Sachsens.

3. Komplizierte Kampfbedingungen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier

Westsächsischer Steinkohlenbergbau von Bedeutung für imperialistische Politik des „passiven Widerstandes"

Im Bezirk Erzgebirge-Vogtland gelegen, gehörte das Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier zu den wichtigsten Industriezentren Sachsens. Zwickau, mit über 80 000 Einwohnern

16 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage von verschiedenen Angaben in der sozialdemokratischen Presse. Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 31. Mai 1923 und „Volksstimme", 25. April 1923 und 2. Juni 1923.

17 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 11. Mai 1923.

die fünftgrößte Stadt, war zugleich ein wichtiges Verwaltungszentrum. Die Landwirtschaft spielte in diesem Gebiet eine untergeordnete Rolle. Die Mehrzahl der bäuerlichen Wirtschaften bestand aus Mittel- und Kleinbetrieben. Bei der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung handelte es sich vorwiegend um Mittel- und Kleinbauern sowie um Pächter und deren Familienangehörige. In den wichtigsten Industriezweigen, dem Steinkohlenbergbau, der metallverarbeitenden Industrie, der Bekleidungs- und Textilindustrie und dem Baugewerbe, arbeitete über die Hälfte der werktätigen Bevölkerung. Daneben war die Heimindustrie weit verbreitet. In der Bekleidungs- und Textilindustrie waren nahezu zwei Drittel der Beschäftigten Frauen. Auch in der Heimindustrie, zu der in nicht geringer Zahl Kinder herangezogen wurden, herrschte die Frauenarbeit vor. Abgesehen von solchen größeren metallverarbeitenden Werken wie die der Automobilindustrie in Zwickau und einigen Textilbetrieben dominierten Mittel- und Kleinbetriebe. Das Proletariat war dementsprechend stark zersplittert. Eine Ausnahme bildeten die im Steinkohlenbergbau beschäftigten Bergarbeiter, die die stärkste Abteilung der Arbeiterklasse darstellten.[18]

Im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier konzentrierte sich fast der gesamte Steinkohlenbergbau Sachsens. Nahezu 90 Prozent der sächsischen Steinkohlenförderung entfielen auf dieses Gebiet.[19] Die westsächsische Steinkohle bildete vor allem eine wichtige Rohstoffgrundlage für die Industrie in Sachsen, besonders aber für die Wirtschaft im Bezirk Erzgebirge-Vogtland. Nach dem ersten Weltkrieg, als auf dem Gebiet der Kohlenversorgung eine Situation entstand, die — wie Lenin schrieb — durch „Kohlenhunger und Kohlenkrise“[20] gekennzeichnet war und ein ernstes Hemmnis für

18 Berechnet nach Angaben im „Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1924/1926“, a. a. O., und Gerhard Röllig, „Wirtschaftsgeographie Sachsens“, a. a. O.

19 Berechnet nach Angaben im „Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen 1923“, Freiberg o. J., S. 317/318.

20 W. I. Lenin, „Rede auf dem I. Gesamtrussischen Verbandstag der Bergarbeiter, dem Gründungskongreß der Bergarbeitergewerkschaft“, in: W. I. Lenin, „Werke“, Bd. 30, Berlin 1964, S. 488.

die Stabilisierung des imperialistischen Systems bedeutete, spielte die Förderung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier eine weit über den regionalen Bereich hinausragende Rolle. Angesichts der Ruhrbesetzung erhielt sie schließlich eine Bedeutung wie nie zuvor, ja, wie überhaupt zu keinem anderen Zeitpunkt während der Weimarer Republik. Ihr Anteil an der Gesamtproduktion von Steinkohlen im unbesetzten Gebiet Deutschlands stieg sprunghaft auf etwa ein Fünftel an.

Monatliche Förderung der Steinkohlenreviere im unbesetzten Gebiet in der Zeit von Januar bis August 1923 (in 1000 Tonnen)[21]

Revier	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Reviere insges.	1872	1773	1930	1742	1660	1485	1775	1620
West-, Oberschlesien	789	710	776	763	717	540	797	773
Niederschlesien	500	493	532	430	425	417	478	445
Sachsen	369	354	382	336	316	315	265	197
Niedersachsen	124	129	148	131	127	130	129	118
Bayern	90	87	92	82	75	83	86	87
Proz. Anteil Sachsens an d. Gesamtförder.	19,7	19,9	19,7	19,2	19,0	21,2	15,2	12,1

Mit einer täglichen Belegschaftsstärke von durchschnittlich 36 064 Arbeitern und Angestellten[22] wurde 1923 der bis da-

21 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage von Unterlagen des Reichskohlenrates und des Reichskohlenverbandes. Vgl. DZA, Potsdam, Büro des Reichspräsidenten (weiterhin geführt als BdR), Nr. 326, Bd. 2, Bl. 1366.

22 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Angaben im „Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen 1924", Freiberg o. J., S. B 17 / B 18.

hin höchste Stand in der Geschichte des westsächsischen Steinkohlenbergbaus erreicht, der auch zu keinem späteren Zeitpunkt während der Weimarer Republik wieder erreicht wurde.

Der sächsische Steinkohlenbergbau wurde ein ökonomischer und zugleich politischer Faktor im imperialistischen Ruhrkampf. Welches Gewicht ihm die Cuno-Regierung für die Verwirklichung der Politik des „passiven Widerstandes" beimaß, geht besonders deutlich aus einer Note des Reichsinnenministers vom 20. Januar 1923 an die Landesregierung in Dresden hervor. Sie widerspiegelt zugleich die engen Wechselbeziehungen, die zwischen Ökonomie und Politik bestanden. In ihr heißt es: „Der sächsische Steinkohlenbergbau muß . . ., ganz besonders mit Rücksicht auf die politische Lage im Ruhrgebiet, darauf bedacht sein, seine Leistungsfähigkeit zu heben. Das wird nur möglich sein, wenn er vor Störungen der Ruhe, Ordnung und Arbeitsdisziplin bewahrt wird. Der sächsische Steinkohlenbergbau ist der Hauptlieferant für die sächsische Industrie; er soll aber auch zu einem erheblichen Teil zur Belieferung der Reichsbahnen, der Gasanstalten und des Hausbrandes beitragen. Für die sächsische Industrie ist die Kohle die Grundlage ihrer Existenz. Wenn die bisherigen Zufuhren von sächsischer Steinkohle . . . sich noch weiter vermindern sollten, so muß die sächsische Industrie verkümmern, und damit eines der wichtigsten Industriegebiete Deutschlands, dessen Bedeutung für die Wirtschaft und die Finanzen des Reichs doch besonders groß ist, weil die sächsische Industrie vorwiegend hochwertige Ausfuhrgüter herstellt . . . Angesichts dieser Verhältnisse liegt es auch im dringenden Interesse des Reichs, daß im sächsischen Steinkohlenbergbau die Ruhe gewährleistet ist . . . Ich gestatte mir, die Aufmerksamkeit der sächsischen Regierung auf diese Dinge zu richten und zu bitten, nach Möglichkeit alle die Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den sächsischen Steinkohlenbergbau in Zukunft vor Erschütterungen zu bewahren."[23]

23 Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden (weiterhin geführt als SLHAD), Sächsisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (weiterhin geführt als MfA), Nr. 8181, Bl. 22/23.

Bergbaukonzerne an der Spitze reaktionärer Scharfmacher

Vier Konzerne beherrschten den westsächsischen Steinkohlenbergbau und seine Arbeiter. Es waren dies die Gewerkschaft Gottes Segen mit dem Sitz in Lugau, die Gewerkschaft Deutschland in Oelsnitz, die Gewerkschaft Morgenstern, deren Gruben sich rechtsseits der Zwickauer Mulde befanden, und der Erzgebirgische Steinkohlen-Aktienverein mit der Verwaltung in Zwickau. Außerdem existierten noch einige kleinere Bergbauunternehmen, deren bedeutendste der Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenverein mit 2792 Arbeitern und der Gersdorfer Steinkohlenbauverein mit 996 Belegschaftsmitgliedern waren.[24]

Die großen Konzerne waren in den Jahren 1919/1920 durch den Zusammenschluß vieler Werke entstanden, der unter dem Einfluß des Staates erfolgte. So war in dieser Zeit die Mehrzahl der Kuxe der Gewerkschaft Gottes Segen und der Gewerkschaft Deutschland in den Besitz des sächsischen Staates bzw. der Stadt Leipzig übergegangen. Bei der Gewerkschaft Gottes Segen beispielsweise befanden sich von 11 055 Kuxen allein 10 553 in den Händen des sächsischen Finanzministeriums, 416 gehörten leitenden Mitarbeitern des Oberbergamtes und des Konzerns sowie Unternehmern und Grundbesitzern aus dem Bezirk Erzgebirge-Vogtland, der Rest befand sich im Besitz von Banken.[25] Die Gewerkschaft Gottes Segen beschäftigte 1923 im Durchschnitt 8492, die Gewerkschaft Deutschland durchschnittlich 6407 Arbeiter. Die Stadt Zwickau erwarb den Hauptanteil der Aktien

24 Die Angaben über die Belegschaftsstärke beziehen sich auf den Stand vom 25. Juli 1923. Vgl. Archiv der Bergakademie Freiberg (weiterhin geführt als ABF), 20 AAB, Bd. 5, S. 234.

25 Vgl. Betriebsarchiv des VEB Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht" in Oelsnitz/Erzgeb. (weiterhin geführt als BAKL), Sign. Bg. 6, Bericht über die Gewerkenversammlung der Gewerkschaft Gottes Segen im Jahre 1922. — Über die Hintergründe dieser Verschiebung der alten Besitzverhältnisse vgl. Helga Walter, „Die Auseinandersetzungen um die Sozialisierung des Sächsischen Steinkohlenbergbaus nach dem ersten Weltkrieg", Diss., Bergakademie Freiberg, o. J.

des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins, bei dem 1923 9918 Arbeiter angelegt waren. Lediglich die Gewerkschaft Morgenstern mit ihren 4853 Bergarbeitern verblieb im privatkapitalistischen Besitz der Familie Wiede aus Chemnitz.[26] Bei den Konzernen mit gemischtem staatlich-privatem Eigentum an den Produktionsmitteln herrschte der Einfluß des Staatseigentums vor. Das drückte sich auch in der Zusammensetzung der Führungsgremien aus. Das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Zwickau war durch Personalunion mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins vereint. Im Grubenvorstand der Gewerkschaft Deutschland spielten die Vertreter des Rates der Stadt Leipzig die entscheidende Rolle, und zwischen dem Verwaltungsrat der Gewerkschaft Gottes Segen und dem sächsischen Finanzministerium sowie dem Oberbergamt bestand eine enge personelle Verflechtung. Alle leitenden Positionen waren aber gleichermaßen wie bei der Gewerkschaft Morgenstern von Interessenvertretern der herrschenden Klasse besetzt. Unter den Bedingungen des von der imperialistischen Monopolbourgeoisie beherrschten Deutschlands hatte sich nach der Novemberrevolution im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in Gestalt des staatskapitalistischen Einflusses eine spezifische Erscheinungsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus entwickelt, die in Sachsen eine wichtige Besonderheit darstellte.

Auf Grund des Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier und durch die Unterordnung des Staatsapparates unter seine Interessen war das Grubenkapital ökonomisch und politisch in diesem wichtigen Industriebezirk Sachsens und darüber hinaus eine einflußreiche Macht.

Mit dem Bergbaulichen Verein für Zwickau und Lugau-Oelsnitz hatten sich die Konzerne ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen geschaffen. Der Bergbauliche Verein war in den Führungsgremien des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung deutscher Ar-

26 Die Angaben über die Belegschaftsstärke des Konzerns beziehen sich auf den Stand vom 25. Juli 1923. Vgl. ABF, 20 AAB, Bd. 5, S. 234.

beitgeberverbände vertreten. Er spielte im Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller eine maßgebliche Rolle. Wenn man den Ausführungen Glauben schenken wollte, die der in der Zeit der Weimarer Republik tätige Syndikus des Bergbaulichen Vereins, May, anläßlich der 75-Jahr-Feier der Gründung des Bergbaulichen Vereins machte, so ging es hinsichtlich der von ihm verfolgten Ziele „um nichts anderes als um die Erhaltung der in den Kohlengruben gegebenen Massenarbeitsgelegenheiten und der Ermöglichung der restlosen Gewinnung der ausstehenden Kohlenvorräte, also letzten Endes um die Belange der nationalen Wirtschaft oder der Allgemeinheit".[27] Diese Darstellung der Konzeption des Bergbaulichen Vereins, die eine Übereinstimmung der klassenegoistischen Interessen des Grubenkapitals und der nationalen Belange vortäuschen soll, bildet auch das Leitmotiv der während des Faschismus herausgegebenen umfangreichen sogenannten Festschrift „75 Jahre Gemeinschaftsarbeit der sächsischen Steinkohlenbergwerke".

In Wirklichkeit stimmte die vom Bergbaulichen Verein in der Innen- und Außenpolitik bezogene Position mit der Politik des Stinnes-Flügels überein. Seit der Bildung der Regierung Cuno trat die Rolle des Bergbaulichen Vereins als Einpeitscher einer extrem reaktionären Politik und als Fürsprecher des Stinnes-Plans besonders hervor. Sehr aufschlußreich hierüber sind die Quellenzeugnisse über seine Intervention im November/Dezember 1922 bei der Reichsregierung aus Anlaß von Streikaktionen auf den Schächten des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins. Nachdem bereits ein Gewährsmann in der Reichstagsfraktion der DNVP in Form einer Anfrage an die Regierung einen Vorstoß unternommen hatte[28] und am 30. November 1922 führende Vertreter des Grubenkapitals aus dem Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, dem mitteldeutschen und Lausitzer Braunkohlenrevier zu einer Beratung mit Innenminister Oeser zusam-

27 Bezirksgruppe Sachsen der Fachgruppe Steinkohlenbergbau, Zwickau, Bericht über die 75-Jahr-Feier am 15. Juni 1936, o. O., o. J., S. 34.

28 DZA, Potsdam, Reichsministerium des Innern (weiterhin geführt als RdI), Nr. 13403, Bd. 2, Bl. 25.

mengekommen waren, um „Garantien" zur „Sicherung der Förderung" zu verlangen,[29] wandte sich der Bergbauliche Verein am 11. Dezember 1922 mit einer ausführlichen Denkschrift an die Cuno-Regierung. Sie gipfelte in den Forderungen: „1. daß die Strafverfolgung gegen die ... beteiligt gewesenen Personen rasch durchgeführt wird ...; 2. daß die Schutzpolizei in Zwickau und Glauchau — im letzten Ort wegen des nahegelegenen Lugau-Oelsnitzer Reviers — sofort und ausreichend verstärkt wird, um sofort eingreifen zu können, ohne daß erst aus anderen Garnisonen Unterstützung abgewartet werden muß; 3. daß im Ernstfalle die bereitstehende Polizei auch wirklich mit ausreichenden Kräften zum Einsatz kommt ..."[30]
Neben diesen auf die Niederschlagung der Arbeiterbewegung gerichteten Plänen, die selbstverständlich im Verborgenen geschmiedet wurden, bediente sich der Bergbauliche Verein aber auch der sozialen und nationalen Demagogie, besonders jedoch der antikommunistischen Propaganda, um eine Massenbasis zu erhalten. So ist auch zu erklären, daß sich unter den sieben Landtagsabgeordneten der DNVP aus dem Wahlkreis Chemnitz-Zwickau der Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins und ein Mitglied des Aufsichtsrates des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins befanden.

Stark organisierte Arbeiterklasse

Der Grad der Organisiertheit der Arbeiterklasse im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier war außerordentlich hoch. Die Bergarbeiter gehörten hier zu 75 Prozent dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands an, der mit 24 601 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste Gewerkschaftsorganisation war.[31] Die anderen Bergarbeiter waren ebenfalls fast alle organisiert. Die nächst dem Bergproletariat zahlenmäßig stärksten Abteilungen der Arbeiterklasse, die Textil- und Metallarbeiter,

29 Ebenda, Bl. 21.
30 Ebenda, Bl. 31/32.
31 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Angaben der Gewerkschaft. Vgl. „Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jahrbuch für 1923", Bochum o. J., S. II.

waren gleichfalls zum großen Teil gewerkschaftlich organisiert. Allein in den Ortsgruppen Zwickau, Stollberg und Lichtenstein des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes wurden 15 807 Mitglieder gezählt; das waren über 55 Prozent aller im DTV organisierten sächsischen Textilarbeiter.[32] In den Verwaltungsstellen Zwickau, Lichtenstein und Lugau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes waren 11 408 Mitglieder eingetragen.[33]

Das Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier war eine Hochburg der Arbeiterbewegung in Sachsen. Deshalb stimmten auch während der Landtagswahlen am 5. November 1922 nahezu 70 Prozent der Wähler für die Kandidaten der Arbeiterparteien,[34] womit ihr Stimmenanteil weit über dem Durchschnitt im Bezirk Erzgebirge-Vogtland lag. Die bürgerlichen Parteien hatten in der Arbeiterbevölkerung keine Massenbasis. Ihr Stimmenanteil lag unter dem Durchschnitt im Bezirk und schon gar in ganz Sachsen. Die Wähler der bürgerlichen Parteien kamen vor allem aus den Kreisen der Bauern und der kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land. In den Stadt- und Gemeindeparlamenten hatten die Abgeordneten der Arbeiterparteien die Mehrheit inne.

Die Unterbezirke Zwickau und Oelsnitz-Lugau der KPD, in deren Wirkungsbereich das Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier fiel, zählten Anfang 1923 zusammen 1929 Parteimitglieder. Als Sekretär der Unterbezirksleitung Zwickau, zu deren Mitgliedern auch Richard Braune, Paul Leistner, Ernst Trültsch und andere gehörten, wirkte Ernst Grube.

Ernst Grube wurde am 22. Januar 1890 in Neuendorf (Anhalt) als Sohn eines Bergarbeiters geboren. Nach Abschluß

32 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Angaben der Gewerkschaft. Vgl. „Deutscher Textilarbeiter-Verband, Jahrbuch 1923/1924", Berlin 1925, S. 98.

33 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Angaben der Gewerkschaft. Vgl. „Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1923, Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder", o. O., 1924, S. 49/50.

34 Vgl. Harro Uhlmann, „Arbeiterkämpfe im Sächsischen Steinkohlenbergbau 1924 – 1932", Phil. Diss., Leipzig 1959, S. 209 d, g, h, m.

der Volksschule erlernte er das Tischlerhandwerk und besuchte von 1904 bis 1907 die Fortbildungsschule. Ernst Grube, dessen Kindheit durch die erbärmliche Lage der Bergarbeiterfamilien im wilhelminischen Deutschland geprägt wurde, fand als Jugendlicher den Weg zur organisierten Arbeiterbewegung. Er wurde 1908 Mitglied des Holzarbeiterverbandes und trat in die SPD ein.

Ernst Grube, der gemäß den Gepflogenheiten der Zeit nach Beendigung der Lehre auf die Wanderschaft zog, die Arbeiterbildungsschule in Berlin besuchte und sich mit großer Energie im Selbststudium weiterbildete, arbeitete vor Ausbruch des ersten Weltkrieges in der Werdauer Waggonfabrik. Hier wurde er bald Vertrauensmann seiner Kollegen. Die Gewerkschafter delegierten ihn in die regionale Leitung des Holzarbeiterverbandes, die ihren Sitz in Zwickau hatte. Während des ersten Weltkrieges kämpfte er als Mitglied der Spartakusgruppe unter der Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" gegen den Krieg und für die Entmachtung der Kriegsschuldigen. Die Novemberrevolution sah ihn im Arbeiter- und Soldaten-Rat in Werdau.

Ernst Grube war Mitbegründer der KPD in Werdau und Zwickau und stand als Kommunist an der Spitze der Aktionen der Arbeiterklasse dieses Gebiets im Frühjahr 1919. Marxistisch geschult und ausgerüstet mit den Erfahrungen langjähriger Gewerkschaftsarbeit, bezog er in den Auseinandersetzungen mit den Verfechtern anarchosyndikalistischer, linkssektiererischer Auffassungen die Position der besten Kräfte in der KPD. Während des Kapp-Putsches berief ihn das Vertrauen der Zwickauer Arbeiterschaft in den Aktionsausschuß und in die Führung der Arbeiterwehr. Während der Revolution und in den Arbeiterkämpfen 1919/1920 politisch gewachsen, massenverbunden und voller revolutionärer Tatkraft, wurde Ernst Grube 1920 von der Bezirksleitung als Sekretär der Unterbezirksleitung Zwickau eingesetzt. Im gleichen Jahr wählten ihn die Werktätigen in den Sächsischen Landtag. Er gehörte der Sächsischen Gemeindekammer an und war ab 1922 kommunistischer Stadtverordneter in Zwickau.

So war Ernst Grube vom Vertrauensmann der Arbeiter im Betrieb zum Volksvertreter, Arbeiterführer und leitenden

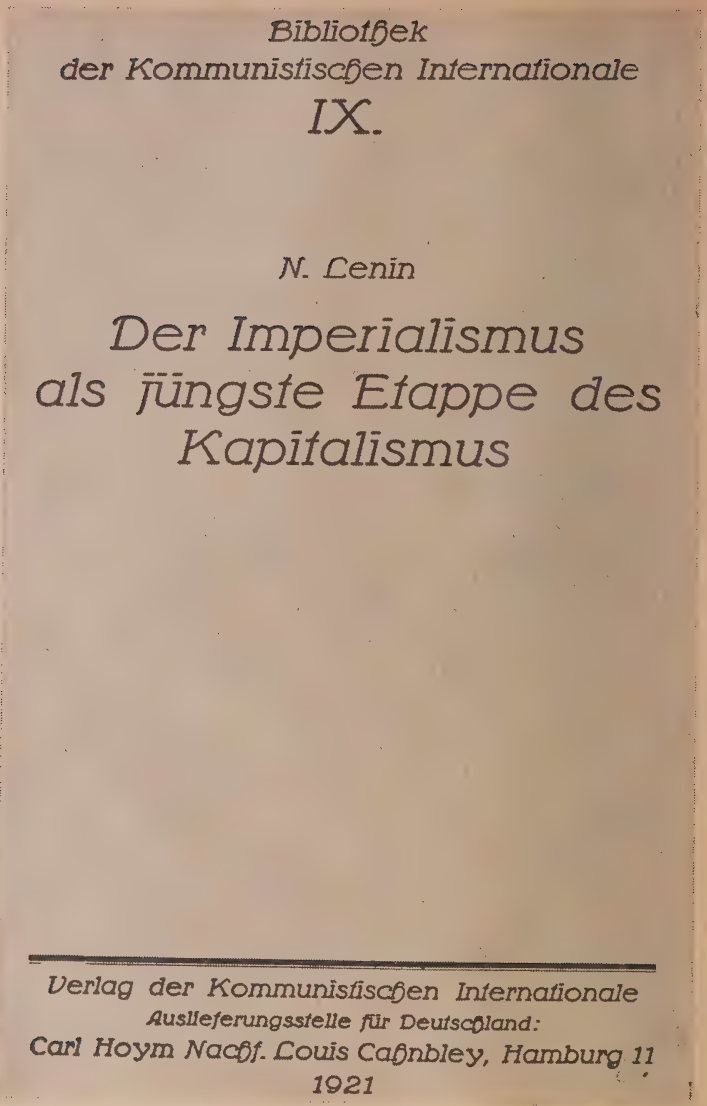
Parteifunktionär herangewachsen, dessen Name nicht nur auf regionaler Ebene einen guten Klang hatte. Seine Genossen beriefen ihn Anfang Januar 1923 in den Landesvorstand Sachsen der KPD. Zugleich übte er weiterhin die Funktion des Sekretärs der Unterbezirksleitung Zwickau aus. Ernst Grube, der am 6. und 7. Parteitag der KPD teilgenommen hatte, war Mitglied der Delegation der Bezirksparteiorganisation Erzgebirge-Vogtland auf dem 8. Parteitag. In den Auseinandersetzungen auf dem Parteitag über die Einheitsfrontpolitik und eine Arbeiterregierung nahm er die Haltung der Mehrheit ein. Der Parteitag wählte ihn zum Kandidaten des Zentralausschusses.[35]

Der Unterbezirksleitung Oelsnitz-Lugau gehörten Richard Fraß, Rudolf Schiller und Arthur Schreiber an. An der Spitze stand Paul Reißmann.

Paul Reißmann wurde am 1. August 1884 in Planitz bei Zwickau als Sohn eines Kleinhändlers geboren. Er erlernte nach dem Besuch der Volksschule das Schmiedehandwerk und arbeitete in seinem Beruf auf den Schächten der Gewerkschaft Deutschland. Er war Mitglied des DMV und der SPD. Während des ersten Weltkrieges stand Paul Reißmann in Opposition zur Politik der Rechtssozialisten, unterhielt Verbindung zu Fritz Heckert und traf mit dessen Unterstützung nach der Gründung der KPD die Vorbereitungen für die Schaffung einer kommunistischen Parteiorganisation in Oelsnitz. Getragen vom Vertrauen der Bergarbeiter, wirkte der im Bergbau tätige Schmied in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates des Konzerns Deutschland. Während des Kapp-Putsches war Paul Reißmann als Vertreter der KPD Mitglied des Aktionsausschusses der Arbeiterparteien in Oelsnitz, der den Widerstand gegen die Reaktion organisierte. Im gleichen Jahr wurde er von den Werktätigen in das Stadtparlament von Oelsnitz gewählt. Paul Reißmann nahm am 6. und 7. Partei-

35 Die biographischen Angaben wurden folgenden Quellen entnommen: „Handbuch des Deutschen Reichstages, II. Wahlperiode 1924", Berlin 1924, S. 426; „Handbuch des Preußischen Landtages, Ausgabe für die 2. Wahlperiode", Berlin 1925, S. 261; „Freie Presse", 14. April 1962; „Neues Deutschland", 16. April 1955.

Gedenktafel für Ernst Grube am ehemaligen Sitz der Unterbezirksleitung Zwickau der KPD


Bibliothek
der Kommunistischen Internationale
IX.

N. Lenin

Der Imperialismus
als jüngste Etappe des
Kapitalismus

Verlag der Kommunistischen Internationale
Auslieferungsstelle für Deutschland:
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11
1921

Titelblatt der 1921 erschienenen deutschen Ausgabe des Werkes von W. I. Lenin „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“

tag teil. Die Partei berief ihn zum Sekretär der Unterbezirksleitung Oelsnitz-Lugau.[36]

Der Unterbezirk Oelsnitz-Lugau gehörte zu den zahlenmäßig stärksten der Bezirksparteiorganisation. Starken Einfluß besaß die KPD im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in Oelsnitz, wo am 5. November 1922 anläßlich der Landtagswahlen 28,7 Prozent der Wähler für die KPD stimmten,[37] das heißt bedeutend mehr als durchschnittlich im Bezirk. Ihre stärkste Position hatte die Partei unter den Bergarbeitern, von denen sich zu Beginn des Jahres 1923 etwa ein Drittel in Opposition zur Arbeitsgemeinschaftspolitik befand.[38] Auf den Schächten des Konzerns Deutschland waren während der Betriebsrätewahlen 1922 sogar 45,5 Prozent der Stimmen für Mitglieder der KPD abgegeben worden.[39] Eine starke oppositionelle Strömung, deren Kern die Kommunisten bildeten, existierte auch unter den organisierten Metallarbeitern, besonders in solchen Großbetrieben wie den Horch-Werken. An den Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongreß Ende November 1922, die auf Grund der Boykott-Maßnahmen rechter Gewerkschaftsführer ein gutes Spiegelbild des Einflusses der oppositionellen Kräfte bieten, beteiligte sich ein beträchtlicher Teil der 19 000 organisierten Arbeiter im Gewerkschaftskartell Stollberg.

Im Gewerkschaftskartell Zwickau nahmen von den 42 000 organisierten Arbeitern etwa ein Viertel, darunter waren 4904 Bergarbeiter und 3270 Metallarbeiter, an den Wahlen zum Reichsbetriebsrätekongreß teil.[40] Bis auf den Holzarbei-

36 Die biographischen Angaben beruhen auf Unterlagen der Ortsparteileitung der SED in Oelsnitz/Erzgebirge, die dem Verfasser in einem Schreiben vom 21. September 1965 zur Verfügung gestellt wurden. — Siehe auch „Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages . . .“, a. a. O., S. 277; „Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages . . .“, a. a. O., S. 444.

37 Vgl. Harro Uhlmann, „Arbeiterkämpfe im Sächsischen Steinkohlenbergbau . . .“, a. a. O.

38 Vgl. IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 2; „Der Kämpfer“, 26. April 1923 und 8. Mai 1923.

39 Vgl. ebenda.

40 Vgl. IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 4.

terverband, dessen Zahlstelle in Zwickau von den Kommunisten geleitet wurde, befand sich jedoch die Mehrheit der Arbeiter in allen Gewerkschaftsorganisationen nicht im Lager der Opposition, und die Kommunisten bildeten eine Minderheit. Sehr gering war der Einfluß der KPD im Textilarbeiterverband. Auch bei den Landtagswahlen war die Mehrzahl der für die Arbeiterparteien abgegebenen Stimmen nicht auf die KPD gefallen. In Zwickau konnte sie nur 8,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen.[41] Streikaktionen im November/Dezember 1922 und Anfang Januar 1923 auf Schächten des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins und der Gewerkschaft Gottes Segen[42] hatten bewiesen, daß der Einfluß der KPD selbst unter den Bergarbeitern noch nicht ausreichte, um die Aktionseinheit der Mehrheit der Arbeiter zu schmieden.

Linkssozialdemokratische Strömung

Die VSPD war im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier die zahlenmäßig stärkste Arbeiterpartei mit dem größten Einfluß auf die Werktätigen. In Zwickau stimmten für die Kandidaten der VSPD am 5. November 1922 während der Landtagswahlen 40,7 Prozent[43], in Oelsnitz 36,5 Prozent der Wähler.[44] Allein aus diesem Gebiet zogen vier Sozialdemokraten in den Sächsischen Landtag, unter ihnen Friedrich Langhorst, Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, und Karl Kautzsch, der führend im DMV tätig war. Der sozialdemokratische Wahlsieg war vor allem auf die starken Positionen der VSPD in den Gewerkschaften zurückzuführen.

41 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Angaben im „Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1921/1923", Dresden o. J., S. 405.

42 Vgl. Hans-Joachim Krusch, „Der Kampf der Bergarbeiter und anderer Werktätiger ...", a. a. O., S. 44/45 und 97 – 100.

43 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Angaben im „Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1921/1923", Dresden o. J., S. 405.

44 Vgl. Harro Uhlmann, „Arbeiterkämpfe im Sächsischen Steinkohlenbergbau ...", a. a. O.

Anfang des Jahres 1923 besaßen die Rechtssozialisten noch starke Stützpunkte in der Arbeiterbewegung. Es kann jedoch festgehalten werden, daß ihnen aus den Reihen ihrer eigenen Partei Widerstand erwuchs. Schon anläßlich der Debatten im Jahre 1921 um ein neues Parteiprogramm war die Zwikkauer Parteiorganisation mit einer Stellungnahme hervorgetreten, die den vom Berliner Parteivorstand dem Görlitzer Parteitag vorgelegten Programmentwurf, in dem die revolutionären Grundsätze des Erfurter Programms nicht mehr enthalten waren, verwarf. Demgegenüber wurde in einem Antrag an den Parteitag erklärt: Das Programm der Sozialdemokratie müsse enthalten eine „geschichtliche Begründung des Sozialismus ... Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln ... Ein klares Bekenntnis zum Klassenkampf".[45] Was das gemeinsame Auftreten von kommunistischen und sozialdemokratischen Genossen angeht, so gab es gewisse Traditionen, an die angeknüpft werden konnte, wobei nicht nur auf die Ereignisse während des Kapp-Putsches zu verweisen ist. So war es beispielsweise auch während der Protestbewegung anläßlich der Ermordung Walther Rathenaus im Sommer 1922 in Zwickau zur Bildung eines Aktionsausschusses der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften gekommen, und zeitweilig existierte eine Arbeiterwehr, der Mitglieder der KPD, der SPD und der Gewerkschaften angehörten.[46]

Bereits vor Ausbruch des imperialistischen Ruhrkampfes hatte sich eine linkssozialdemokratische Strömung entwikkelt. An der Spitze der oppositionellen Sozialdemokraten standen Max Seydewitz und Georg Graupe.

Max Seydewitz wurde am 19. Dezember 1892 in Forst in der

45 „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921", Berlin 1921, S. 381.

46 Vgl. Günter Lange, „Die Protestaktionen der Zwickauer Arbeiter gegen den deutschen Militarismus aus Anlaß des Mordes an Walther Rathenau im Sommer 1922", in: „BzG", 1962, Heft 4, S. 950 ff.

Lausitz als Sohn eines Arbeiters geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er in seiner Heimatstadt von 1907 bis 1911 das Buchdruckerhandwerk. In dieser Zeit schloß sich Max Seydewitz der organisierten Arbeiterbewegung an. Nach einem Vortrag Karl Liebknechts trat der Buchdruckerlehrling am 1. April 1907 der eben in Forst gegründeten sozialistischen Jugendorganisation bei. 1910 wurde er Mitglied der SPD, und ein Jahr später gehörte er dem Buchdruckerverband an. Der Sache der Arbeiterklasse ergeben, stand Max Seydewitz als überzeugter Sozialdemokrat in den gewerkschaftlichen Kämpfen seinen Mann. Max Seydewitz, den die Tätigkeit als Buchdrucker durch ganz Deutschland führte, wurde 1913 zum 2. Vorsitzenden der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Reichenbach im Vogtland gewählt.

Er opponierte gegen die Burgfriedenspolitik, die der Parteivorstand der SPD bei Ausbruch des imperialistischen Weltkrieges proklamierte, folgte aber nicht dem Beispiel der Linken. Von 1918 an Redakteur und später Chefredakteur des Organs der SPD in Halle, übernahm er 1920 schließlich die Leitung des „Sächsischen Volksblattes" in Zwickau. Zugleich war Max Seydewitz als Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend im Bezirksverband Zwickau tätig. In den Reihen dieser starken sozialdemokratischen Parteiorganisation entwickelte er sich zu einem führenden Vertreter des linken Flügels der Sozialdemokratie in Sachsen. Im Jahre 1922 wurde er zum Vorsitzenden des Bezirksvorstandes des Bezirksverbandes Zwickau der SPD gewählt und 1923 in den Parteiausschuß der VSPD delegiert.[47]

Georg Graupe, am 24. Oktober 1875 in Weener a. d. Ems geboren, von Beruf Tapezierer, fand frühzeitig den Weg zur Arbeiterbewegung, in deren Reihen er als Sozialdemokrat für die Interessen des werktätigen Volkes kämpfte. Georg Graupe war von 1901 bis 1903 als Schriftführer des Textilarbeiterverbandes und von 1905 bis 1911 im Vorstand des

47 Die biographischen Angaben wurden folgenden Quellen entnommen: „Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. III. Wahlperiode", Berlin 1959, S. 403/404; „Neues Deutschland", 1. April 1947.

Gewerkschaftskartells in Zwickau tätig. Seine Gewerkschaft übertrug ihm ab 1. Juli 1907 die Leitung der Organisation im Zwickauer Bezirk. Im gleichen Jahr wurde er zum Vorsitzenden des sozialdemokratischen Wahlvereins in Zwickau gewählt. Diese Funktion übte er über ein halbes Jahrzehnt aus. Nach der Novemberrevolution übernahm Georg Graupe führende Positionen auf regionaler Ebene im ADGB und in der SPD. Weiterhin als Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes tätig, gehörte er zugleich dem Vorstand des Ortsausschusses des ADGB in Zwickau an und war Mitglied des Bezirksvorstandes der VSPD im Bezirk Zwickau.
Georg Graupe, der von 1919 bis 1923 als sozialdemokratischer Stadtverordneter in Zwickau wirkte, wurde 1922 in den Sächsischen Landtag gewählt. Im Unterschied zu nicht wenigen jahrzehntelang im Gewerkschaftsapparat tätigen Funktionären, die in den sozialdemokratischen Parteiorganisationen zum rechten Flügel gehörten, war Georg Graupe mit Traditionen der revolutionären Sozialdemokratie verbunden.[48] Zu den linkssozialdemokratischen Funktionären gehörten weiterhin Walther Victor, Redakteur des „Sächsischen Volksblattes", und Richard Patzig, der vor Gründung der VSPD eine führende Rolle in der USPD in Zwickau gespielt hatte. Es widerspiegelt die richtige Grundhaltung der KPD, daß sie im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus, den gemeinsamen Feind von Kommunisten und Sozialdemokraten, an die Gemeinsamkeiten mit den sozialdemokratischen Arbeitern und die Bereitschaft solcher Funktionäre wie Max Seydewitz, Georg Graupe, Walther Victor und Richard Patzig zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten anknüpfte. Unter Berücksichtigung des Wirkens linkssozialdemokratischer Kräfte war sie bestrebt, in der ideologischen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie die Positionen der Arbeiteropposition in der VSPD und in den Gewerkschaften zu stärken und den Einfluß rechter Führer zurückzudrängen.

48 Die biographischen Angaben wurden folgenden Quellen entnommen: „Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Dritter Jahrgang 1914", Berlin 1914, S. 55; „Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Vierte Folge 1927", Berlin o. J., S. 605.

Bergarbeiterschaft gewerkschaftlich gespalten

Vor Ausbruch des imperialistischen Ruhrkampfes war es der KPD noch nicht möglich, das Kräfteverhältnis in der Arbeiterbewegung zuungunsten der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitiker entscheidend zu verändern. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß die KPD im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier unter sehr komplizierten Bedingungen kämpfte. Die Bergarbeiterbewegung war organisatorisch außerordentlich stark zersplittert. Neben dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands und zwei weiteren, dem ADGB angeschlossenen Berufsverbänden, dem Zentralverband der Heizer und Maschinisten und dem DMV, bestanden noch der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und drei Splitterorganisationen unionistischen Charakters, insgesamt also sieben Organisationen der Bergarbeiterschaft.

Der Bergarbeiterverband war die Massenorganisation der Arbeiter im Steinkohlenbergbau. Wenn Lenin angesichts der Bedeutung des Bergbaus und der Bergarbeiter im Produktionsprozeß auf dem I. Kongreß der russischen Bergarbeitergewerkschaft dieser die Aufgabe zuwies, sich zu einer „führenden" Gewerkschaft zu entwickeln, in diesem Sinne zu einem „Vortrupp" zu werden[49], so kennzeichnet das dem Wesen nach auch die Verantwortung, die der Verband gegenüber den Bergarbeitern und der ganzen Klasse hatte. Die rechten Kräfte hinderten jedoch den Bergarbeiterverband daran, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Die Verbandsführung stand im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier auf dem rechten Flügel in der Arbeiterbewegung.

Die Bezirksleiter des Verbandes in diesem Gebiet, Friedrich Langhorst und Max Uhlmann, unterstützten die Politik des Vorstandes, der zu den eifrigsten Verfechtern der Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden und einer antikommunistischen Politik im ADGB zählte. Fritz Langhorst und Max Uhlmann beriefen sich, wie auch die anderen Vertreter der Arbeitsgemeinschaftspolitik mit dem Grubenkapital, bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber

49 W. I. Lenin, „Rede auf dem I. Gesamtrussischen Verbandstag der Bergarbeiter . . .", a. a. O., S. 492/493.

außerparlamentarischen Kampfaktionen auf die „Interessen der Allgemeinheit", die angeblich durch Bergarbeiteraktionen geschädigt würden. Sie verwiesen auf die Existenz der sozialdemokratischen Landesregierung und die Beteiligung des sächsischen Staates und der Kommunen an den Bergwerken. Schließlich priesen sie die Mitgliedschaft führender sozialdemokratischer Funktionäre im Aufsichtsrat des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins und die Tätigkeit von Gewerkschaftsangestellten im Verwaltungsapparat des Sächsischen Steinkohlensyndikats, in dem nach 1918 durch die staatliche Zwangssyndizierung alle sächsischen Bergwerksunternehmen zusammengeschlossen worden waren, als Demokratisierung und Sozialisierung der Wirtschaft.[50]

Ihre reformistische Politik wurde von den Monopolen zur Festigung der imperialistischen Herrschaft ausgenutzt. Sie vertiefte die Spaltung der Arbeiterbewegung, die der Arbeiterklasse zum Schaden gereichte und allein den Feinden der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, des werktätigen Volkes nutzte. In Übereinstimmung mit der Linie des sozialdemokratischen Parteivorstands in Berlin und des Landesarbeitsausschusses in Sachsen wandten sich diese rechten Führer gegen Einheitsfrontabkommen der Arbeiterparteien und waren bestrebt, die Sozialdemokratie auf die Koalition mit den bürgerlichen Parteien festzulegen. Als Mitglied der Landtagsfraktion der VSPD gehörte Friedrich Langhorst zu den eifrigsten Fürsprechern dieser Politik.

Zwischen dem Bergarbeiterverband und den beiden anderen freigewerkschaftlichen Organisationen, denen im Bergbau weitaus weniger Mitglieder angehörten, bestand eine enge Zusammenarbeit. Im Unterschied zum Verband der Bergarbeiter hatte aber der DMV seinen Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft erklärt, und der Funktionärskörper des Metallarbeiterverbandes stand im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier auf dem linken Flügel des ADGB.

Dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter gehörten ledig-

50 Zur Einschätzung der Zwangssyndizierung in Verbindung mit dem Kohlewirtschaftsgesetz vom 23. März 1919, vgl. Gerhard Brehme, „Die sogenannte Sozialisierungsgesetzgebung der Weimarer Republik", Berlin 1960.

lich 4 Prozent der Arbeiter an.[51] Er hatte erst nach der Novemberrevolution Fuß fassen können und war nach der Auflösung des Vereins Königstreuer Knappen zum Sammelbecken von Mitgliedern dieser gelben Organisation geworden. Die Konzeption der Führung des Gewerkvereins stellte eine religiös verbrämte Absage an den Klassenkampf dar. Sie führte auf Grund der engen Verflechtung der christlichen Gewerkschaften mit der Zentrumspartei zur Unterordnung der Belange der im Gewerkverein organisierten christlichen Bergarbeiter unter die Interessen des politischen Klerikalismus und des Grubenkapitals sowie zur weiteren Zersplitterung der Bergarbeiterbewegung. Die Leitungen des Bergarbeiterverbandes und des Gewerkvereins arbeiteten auf der Grundlage der Arbeitsgemeinschaftspolitik zusammen.

Die äußerst vielgestaltige unionistische Bewegung entwickelte sich vor allem in den Bergbaugebieten Deutschlands, wo es im März/April 1919 zur Gründung einer Bergarbeiterunion kam,[52] die sich aber bereits wenige Monate später wieder spaltete. Blind vor Haß gegen die Politik rechter Gewerkschaftsführer, befangen in der Vorstellung vom unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus und von der Errichtung der Diktatur des Proletariats in einem Sprung, unklar hinsichtlich des Weges zur Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse und irregeleitet durch anarchosyndikalistische Auffassungen, hatte eine Minderheit von revolutionär gesinnten Arbeitern den organisatorischen Bruch mit dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands vollzogen und gründete die Bergarbeiterunion. Dieser

51 Den Berechnungen liegen die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen 1922 zugrunde, da andere Unterlagen nicht zur Verfügung standen. Vgl. „Der Kämpfer", 26. April 1923 und 8. Mai 1923; BAKL, Sign. I/230, Betriebsrat und Arbeiterrat 1923; Betriebsarchiv des VEB Steinkohlenwerk „August Bebel" in Zwickau (weiterhin geführt als BAAB), Sign. BR II / Bd. 1, Bl. 98/99, 138 – 141 und 148.

52 Vgl. „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 3, Januar 1919 bis Mai 1919", Berlin 1958, S. 343/344.

Union schlossen sich auch Arbeiter an, die bislang abseits der organisierten Arbeiterbewegung gestanden hatten und durch die revolutionären Ereignisse während des ersten Weltkrieges und während der Novemberrevolution radikalisiert worden waren.

In gewisser Weise widerspiegelte die Bildung der Union das Bestreben, die Zersplitterung der Arbeiter in zahlreiche Berufsverbände zu überwinden und einen Industrieverband im Bergbau zu schaffen, der auf dem Boden des Klassenkampfes stand. In der Praxis jedoch führte dieser Weg, der durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik heraufbeschworen worden war, zur Schaffung neuer Parallelorganisationen zu den Gewerkschaften, zumal deren Mitgliederzahlen gerade nach 1918 sprunghaft anwuchsen. Die von den Unionisten ausgegebene Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!" hatte eine weitere organisatorische Zersplitterung der Bergarbeiterbewegung zur Folge und schwächte ihre Kampfkraft. Die durch die Schuld rechter Führer und das Treiben ultralinker Elemente entstandene Gewerkschaftsspaltung gereichte der Arbeiterklasse zum Schaden.

Zu Beginn des Jahres 1923 existierten im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier die Allgemeine Arbeiterunion (Betriebsorganisation) und die Allgemeine Arbeiterunion (Einheitsorganisation) sowie die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands. Die beiden erstgenannten Splitterorganisationen waren aus der Spaltung der eng mit der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands verbundenen Allgemeinen Arbeiterunion hervorgegangen, die Anfang September 1921 erfolgte.[53]

Während sich die Allgemeine Arbeiterunion (Betriebsorganisation) in der Folgezeit zu einer völlig bedeutungslosen ultralinken Sekte entwickelte und im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier zu ihren Mitgliedern lediglich etwa 500 Bergarbeiter des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins zählten[54], war der Einfluß der Allgemeinen Arbeiterunion (Einheitsorganisation) auf den Schächten dieses Konzerns nicht unbeträchtlich. Immerhin hatten anläßlich der

53 Vgl. IML, ZPA, Sign. St. 12/223, Bl. 16/17.

54 Vgl. IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 4.

Betriebsrätewahlen im Jahre 1922 die von ihr aufgestellten Kandidaten 36 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, und 6 Prozent aller Bergarbeiter dieses Gebietes waren Mitglieder der Allgemeinen Arbeiterunion (Einheitsorganisation).[55] So kämpften in den Reihen dieser Organisationen auch Bergarbeiter, die vom Haß gegen das Grubenkapital erfüllt waren und meinten, im Interesse der Arbeiterbewegung den richtigen Weg zu gehen. In Wahrheit wurden jedoch die Arbeiter durch die anarchosyndikalistische, scheinrevolutionäre Konzeption ihrer Führer desorientiert, und der Sache der Arbeiterklasse wurde Schaden zugefügt. Nicht ohne Einfluß auf die unionistische Bewegung unter den Bergarbeitern war das Auftreten von Max Hoelz im Bezirk Erzgebirge-Vogtland.

Die der Zahl nach stärkste unionistische Organisation war die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, die im September 1921 durch die Vereinigung des Verbandes der Hand- und Kopfarbeiter, des Freien Landarbeiter-Verbandes und der Freien Arbeiterunion-Gelsenkirchen entstanden war.[56] Die Freie Arbeiterunion-Gelsenkirchen war aus der ehemaligen Bergarbeiterunion hervorgegangen und prägte auch die Zusammensetzung der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands. Annähernd 70 Prozent ihrer Mitglieder waren Bergarbeiter.[57] Außer Parteilosen, die die Mehrheit bildeten, wirkte ein beträchtlicher Teil der der KPD angehörenden Bergarbeiter in den Reihen dieser Union. Ihr Einfluß hatte zur Folge, daß die Union der Hand- und Kopf-

55 Den Berechnungen liegen die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen von 1922 zugrunde, da andere Quellen nicht zur Verfügung standen. Vgl. 1. BAKL, Sign. I/230, a. a. O.; BAAB, Sign. BR II / Bd. 1, a. a. O.

56 Die Gründung der Union erfolgte auf einem Reichskongreß der drei Organisationen, der vom 4. bis 8. September 1921 in Halle tagte. Vgl. IML, ZPA, Sign. 3/4/58, Mappe III, Bl. 24.

57 Zum Zeitpunkt des Vereinigungskongresses, dessen Delegierte 133 000 Unionisten vertraten, gehörten der Freien Arbeiterunion-Gelsenkirchen in Rheinland-Westfalen 73 818, in Oberschlesien 4 250 und in Mitteldeutschland und Sachsen 7 915 Mitglieder an. Vgl. ebenda.

arbeiter Deutschlands nicht in das gleiche anarchosyndikalistische Fahrwasser geriet wie die beiden Richtungen der Allgemeinen Arbeiterunion. In den Statuten wurde die führende Rolle der Partei im Klassenkampf anerkannt. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, die als ihr Fernziel die Diktatur des Proletariats bezeichnete, formulierte ökonomische und politische Teilforderungen, bejahte die Durchführung von Teilkämpfen, beteiligte sich an den Betriebsrätewahlen und bezog auch eine grundsätzlich richtige Stellung zu den Tarifverträgen.[58] Sie trug den Charakter einer auf den Positionen des Klassenkampfes stehenden, revolutionären Bergarbeiterorganisation. Ihre Mitglieder waren jedoch in vielen falschen, dem Wesen nach ultralinken Auffassungen befangen. Tiefe Wurzeln hatten antigewerkschaftliche Auffassungen gefaßt.

Indem die Rote Gewerkschaftsinternationale berücksichtigte, daß der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands revolutionäre Teile der deutschen Arbeiterklasse angehörten, hatte sich das von S. A. Losowski geleitete Vollzugsbüro an den Gründungskongreß mit der Aufforderung gewandt, die Losung „Heraus aus den Gewerkschaften!" aufzugeben und zugleich richtig erklärt: „Der Kongreß muß verstehen, daß die Taktik der versammelten Verbände, wie sie bisher geübt wurde, nicht zur schnellen Revolutionierung des Geistes der Arbeiterklasse führte, daß der Einfluß der konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie auf breite Arbeitermassen nicht im genügenden Maße gebrochen und der Revolutionierungsprozeß der freien Gewerkschaften überhaupt gehemmt wurde. Indem sich die revolutionären Elemente von den breiten Arbeiterschichten . . . durch den Austritt aus der Gewerkschaft isolieren, gestatten sie der reformistischen Bürokratie, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Klasseninteressen der Bourgeoisie zu mißbrauchen . . . Es gilt jetzt für euch, mit mancher früheren Auffassung zu brechen . . . Wir wissen, daß sich der Wille der Mitglieder in den Zentralgewerkschaften nur unter großen Schwierig-

58 Vgl. „Der Rote Bergarbeiter. Bulletin des Internationalen Propaganda-Komitees der revolutionären Bergarbeiter", 10. Mai 1923, S. 13/14.

keiten durchsetzen kann. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Übereinstimmung und schließliche Vereinigung mit euren in den Zentralgewerkschaften organisierten Klassengenossen . . . über kurz oder lang erfolgen wird. Wir würden sehr erfreut sein, wenn diese Übereinstimmung so bald als möglich erreicht würde, da die augenblickliche Situation die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte dringend erfordert."[59] Unter der Bedingung der vorbehaltlosen Anerkennung der Beschlüsse wurde die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands in die Rote Gewerkschaftsinternationale aufgenommen.[60] Sie war auch in dem von der Roten Gewerkschaftsinternationale geschaffenen Internationalen Propaganda-Komitee der revolutionären Bergarbeiter vertreten.[61]

Der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, in der etwa 6 Prozent aller im deutschen Braun- und Steinkohlenbergbau beschäftigten Bergarbeiter organisiert waren und die ihren größten Einfluß im Ruhrrevier besaß,[62] gehörten im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier etwa 12 Prozent der Arbeiter an.[63] Gegenüber der Zahl von etwa 3000 parteilosen

59 IML, ZPA, Sign. 3/4/58, Bl. 81 – 83.

60 Die Aufnahme der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands in die Rote Gewerkschaftsinternationale war dem Kampf um die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit nicht förderlich, weil sie objektiv linkssektiererischen Kräften Rückhalt gab. Bezeichnend hierfür ist die Feststellung im Bericht der Gewerkschaftsabteilung der Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland der KPD an die Zentrale über die Gewerkschaftsarbeit in den Jahren 1921/1922, daß sich „ein Teil der jetzt aus den freien Gewerkschaften austretenden" Arbeiter der Union der Hand- und Kopfarbeiter anschloß. Sie versuchen, heißt es weiter, „ihren Schritt mit der Begründung zu rechtfertigen, daß es ja besser sei, dieser Union anzugehören, . . . weil sie Mitglied der RGI sei". (IML, ZPA, Sign. 17/1/153, Bl. 2).

61 Vgl. „Der Rote Bergarbeiter", 10. Mai 1923, S. 13.

62 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage von Angaben der Zentrale der KPD. Vgl. IML, ZPA, Sign. 3/4/65, Bl. 27.

63 Die Unterlagen über den Mitgliederstand der Union sind sehr widerspruchsvoll. Vgl. IML, ZPA, Sign. 3/4/58, Mappe IV,

Unionisten bildeten die Mitglieder der KPD auch in diesem Gebiet eine Minderheit. Auf den Schächten der Konzerne Gottes Segen und Deutschland vereinigte die Union etwa ein Viertel der Bergarbeiter in ihren Reihen. Von der Belegschaft des Konzerns Gottes Segen, der Hochburg der Union, stimmte anläßlich der Betriebsrätewahlen 1922 fast die Hälfte für die unionistischen Kandidaten.[64]

Obwohl der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands auch Mitglieder der KPD angehörten, ist es nicht berechtigt, sie als „kommunistische" Bergarbeiterorganisation zu charakterisieren, und die Politik der Unionsführung kann nicht mit der Politik der KPD gleichgesetzt werden. So spricht beispielsweise Rettig in seiner 1954 in Hamburg vorgelegten Dissertation „Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 bis 1925 unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den freien Arbeitergewerkschaften" vom „Vorhandensein" einer „komm. Union" in Gestalt der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, um die von ihm erhobene Behauptung zu stützen, daß die KPD eine gewerkschaftsfeindliche Politik verfolgt habe, und ein „erbitterter Gegner"[65] der freien Gewerkschaften gewesen sei. Das Gegenteil hiervon ist wahr. Das beweist auch die Linie der KPD angesichts der Zersplitterung der Bergarbeiterbewegung, besonders ihre Haltung zur Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands.

Bl. 19 und Sign. 17/1/151, Bl. 4. — Siehe auch „Volksstimme", 28. April 1923. — Die Berechnungen wurden schließlich unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Betriebsrätewahlen und der Mitgliederbewegung des Bergarbeiterverbandes vorgenommen. Sie entsprachen, das besagen auch die Erinnerungsberichte und Mitteilungen von Veteranen, im großen und ganzen der Wirklichkeit.

64 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage von Angaben in der kommunistischen Presse. Vgl. „Der Kämpfer", 26. April 1923 und 8. Mai 1923.

65 Rudolf Rettig, „Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 bis 1925 unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den freien Arbeitergewerkschaften", Phil. Diss., Hamburg 1954, S. 14 und S. 80.

Die KPD war 1919 auf Grund sowohl des damaligen Reifegrades der gesamten Partei als auch ihres relativ geringen organisatorischen und ideologischen Einflusses nicht in der Lage gewesen, die Spaltung des Bergarbeiterverbandes zu verhindern. Zweifellos war es ein linkssektiererischer Fehler, daß Mitglieder der KPD aus dem Verband austraten und sich der Union anschlossen. Er erleichterte den rechten Verbandsführern die Durchsetzung der von ihnen verfolgten Konzeption und erschwerte der KPD die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter, insbesondere der Bergarbeiter.

Lenin hat in seinem Werk „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" grundsätzlich und erschöpfend auf die Frage eine Antwort gegeben, ob Revolutionäre in von reformistischen Kräften geführten Gewerkschaften arbeiten sollen, und in diesem Zusammenhang die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften" und die Gründung unionistischer Organisationen einer vernichtenden Kritik unterzogen.

„Gerade in den proletarischen Massen, den ‚unteren Schichten', unter den Rückständigen", schrieb Lenin dazu, „nimmt das Klassenbewußtsein und das Streben nach Organisation zu. Millionen von Arbeitern ... gehen zum *erstenmal* von der vollständigen Unorganisiertheit zur elementaren, untersten, einfachsten (für diejenigen, die noch durch und durch von bürgerlich-demokratischen Vorurteilen erfüllt sind), zugänglichsten Organisationsform, nämlich zu den Gewerkschaften über, während die revolutionären, jedoch unvernünftigen linken Kommunisten danebenstehen, ... — und *sich weigern, innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten!!* Sie tun das unter dem Vorwand, die Gewerkschaften seien ‚reaktionär'!!, und klügeln eine nagelneue, blitzsaubere ‚Arbeiter-Union' aus, die unbefleckt ist von bürgerlich-demokratischen Vorurteilen und frei von den Sünden zünftlerischer, eng beruflicher Beschränktheit, eine ‚Arbeiter-Union', die angeblich eine Massenorganisation werden (werden!) soll und die als Aufnahmebedingung nur (nur!) die ‚Anerkennung des Rätesystems und der Diktatur' ... fordert!! Einen schlimmeren Unverstand, einen größeren Schaden für die

Revolution als ihn die ‚linken' Revolutionäre anrichten, kann man sich gar nicht ausdenken!"[66]

In den Reihen der jungen KPD wurde von Anbeginn der Kampf gegen diesen „Unverstand" geführt. Führende Vertreter der Spartakusgruppe waren bereits auf dem Gründungsparteitag gegen falsche, linkssektiererische Parolen aufgetreten, die der revolutionären Ungeduld vieler Delegierter entsprangen. Fritz Heckert wies die Schädlichkeit der Losung „Heraus aus den Gewerkschaften!" nach. Die marxistischen Kräfte traten für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften, so auch im Bergarbeiterverband ein, und versuchten die Bildung der Union zu verhindern. Sehr aufschlußreich hinsichtlich dieser Bestrebungen ist ein Bericht der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale der KPD, in dem es heißt: „Es war damals der Genosse Karski, als juristischer und politischer Beirat der Neunerkommission zur Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaus, der sich der Gründung von neuen gewerkschaftlichen Organisationen entgegenstemmte . . . Gen. Karski wurde von einer Reihe unserer Genossen unterstützt. Leider vergeblich. Der Drang, aus den Gewerkschaften auszutreten, war ziemlich stark. Die Provokation der Noske-Regierung, welche die Bergarbeiter niederschlug, und der Verrat der Gewerkschaftsbürokraten steigerten diesen Drang und führten zur Gründung der Freien Arbeiter-Union, die damals sich Allgemeine Bergarbeiterunion nannte . . ."[67]

Wie im Ruhrgebiet waren auch im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier führende Funktionäre der KPD bemüht, den ultralinken Kräften in der Bergarbeiterbewegung entgegenzutreten. In Erinnerung daran schreibt Robert Siewert: „Die Gründung der Arbeiter-Union war ein großer Fehler. Und ich habe in Zwickau und Oelsnitz manche Nacht diskutiert, um die Genossen davon zu überzeugen, daß Lenin recht hat und nicht sie. Wir dürfen die reformistischen Gewerkschaften nicht zerschlagen, sondern müssen reingehen und den rechten Führern ihre Macht rauben, ihren Einfluß auf die Arbeiter zerstören. Aber das können wir nur, wenn wir die

66 W. I. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus'. . .", a. a. O., S. 38/39.
67 IML, ZPA, Sign. 3/4/58, Bl. 13.

Gewerkschaften als Organisation der Arbeiterklasse erkennen und mit ganzem Herzen für die Stärkung dieser Organisation im revolutionären Sinne wirken."[68]

Große Bedeutung für die Überwindung linksradikaler Fehler hatte der 2. Parteitag der KPD, der den Weg frei machte für die ideologische und organisatorische Festigung der Partei. Die Annahme der „Leitsätze zur Gewerkschaftsfrage" bildete eine entscheidende Voraussetzung für die Ausarbeitung einer marxistisch-leninistischen Gewerkschaftspolitik. Die „Leitsätze zur Gewerkschaftsfrage" enthielten aber noch einige Konzessionen an die linkssektiererischen Kräfte, die in der Folgezeit unter Berufung auf diese Teile der Leitsätze weiterhin versuchten, der KPD eine falsche Linie gegenüber den Gewerkschaften aufzudrängen, und dabei vor allem bei den in der Freien Arbeiterunion-Gelsenkirchen organisierten Parteimitgliedern Rückhalt fanden. „Erst im Sommer des Jahres 1920 gelang es uns", berichtet die Gewerkschaftsabteilung der Zentrale der KPD in dem bereits erwähnten Dokument, „von neuem in der Union Fuß zu fassen, um sie von ihrem syndikalistischen Wege abzubringen, und mit den leitenden Personen, die meistens Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei waren, Verhandlungen zu pflegen. Zweck und Ziel der Verhandlungen war, die Geschäftsleitung und die Funktionäre der Union zu veranlassen, ihre bis dahin durchgeführte Parole ‚Heraus aus den Gewerkschaften' aufzugeben, um uns die Arbeit in den Gewerkschaften zu erleichtern, den Gegensatz zwischen den Kommunisten in der Union und den Kommunisten in den Zentralverbänden aufzuheben."[69]

68 „Die Klassenschlacht im Jahre 1923 unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. Überarbeitetes Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Karl-Marx-Stadt und des Arbeitskreises zur Erforschung der Geschichte der Bergarbeiterbewegung des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers am 23. November 1963 in Oelsnitz/Erzgeb. anläßlich des 40. Jahrestages der revolutionären Ereignisse des Jahres 1923", o. O., o. J., S. 27.

69 IML, ZPA, Sign. 3/4/58, Bl. 13.

Mit Hilfe Lenins und der Kommunistischen Internationale, die auf dem II. Kongreß die Gewerkschaftsfrage erörtert und einen richtungweisenden Beschluß gefaßt hatte,[70] sowie auf Grund der eigenen Erfahrungen machte die KPD in dieser Zeit bei der Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Gewerkschaftspolitik bedeutende Schritte vorwärts. Diese fanden schließlich ihren Ausdruck in den vom Vereinigungsparteitag (6. Parteitag) im Dezember 1920 beschlossenen „Leitsätzen für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften". Im Unterschied zu den „Leitsätzen" des 2. Parteitages — auf dem 3., 4. und 5. Parteitag hatte die Gewerkschaftspolitik der KPD nicht im Vordergrund gestanden, und es waren dazu keine neuen Beschlüsse gefaßt worden — orientierten sie nicht mehr auf die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Organisationen zu Arbeiterunionen. Erstmals in einem Parteitagsbeschluß wurden die Rolle der Gewerkschaften vor, während und nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse richtig umrissen und die Aufgaben der Mitglieder der VKPD formuliert.[71]

Auf einer im Anschluß an den Parteitag am 8. Dezember 1920 in Berlin durchgeführten Konferenz der Parteitagsdelegierten aus den Bergbaugebieten wurde über die weitere Politik der Partei angesichts der Spaltung der Gewerkschaften im Bergbau beraten und eine Resolution angenommen, die die folgenden bedeutungsvollen Abschnitte enthielt: „Die Konferenz der kommunistischen Bergarbeiter-Delegierten des 1. Vereinigungsparteitages der VKPD sieht in der Bergarbeiter-Union einen Zusammenschluß revolutionärer Bergarbeiter, der den Kommunisten in den Unionen die doppelte Pflicht auferlegt, im kommunistischen Sinne innerhalb der Organisation zu arbeiten. Die Kommunisten in den Unionen sind verpflichtet, wie die Kommunisten in den Gewerkschaf-

70 Vgl. „Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins", Berlin 1954, S. 220 ff.

71 Vgl. „Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages", S. 254 ff. — Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands war die offizielle Bezeichnung der Partei in der Zeit bis zum 7. Parteitag.

ten im Sinne des Zusammenschlusses der Unionen mit den Bergarbeiterverbänden zu wirken. Dies soll nicht geschehen durch Einzeleintritt in die Bergarbeiterverbände, sondern durch ein Zusammenwirken der Kommunisten in den Unionen und den Gewerkschaften im Sinne des Kommunismus und des Zusammenschlusses aller Bergarbeiter. Jeder Kommunist ist verpflichtet, in seiner gewerkschaftlichen Organisation zu bleiben, der Unionist in der Union, der Gewerkschafter in der Gewerkschaft, um im Sinne der Verschmelzung zu arbeiten."[72]

Die besten Kräfte in der VKPD erwirkten so einen Beschluß, der auf die Wiedervereinigung der unionistischen Bergarbeiter mit dem Bergarbeiterverband orientierte und den im Bergbau tätigen Mitgliedern der VKPD die Aufgabe stellte, ihre revolutionäre Arbeit in dieser Massenorganisation der Bergarbeiter durchzuführen und für die Gewerkschaftseinheit zu kämpfen.

Der Beschluß der Berliner Konferenz vom 8. Dezember 1920 machte jedoch den ultralinken Elementen noch gewisse Zugeständnisse. Eingedenk der Leninschen Weisung, nach der Kommunisten unter allen Umständen, „um jeden Preis"[73] in den Gewerkschaften tätig sein müssen, war es notwendig, die der Union angehörenden Mitglieder der VKPD auf jede mögliche Weise und unter allen Bedingungen in die Gewerkschaften zurückzuführen und entschieden um die Auflösung der Union zu kämpfen. Das war auch deshalb erforderlich, um die Positionen der Opposition im Bergarbeiterverband zu stärken und den antikommunistischen Verleumdungen, die durch die Mitgliedschaft von Kommunisten in der Union Nahrung erhielten, entgegenzuwirken.

Die Mitgliedschaft von Kommunisten in der Union belastete die Gewerkschafts- und Einheitsfrontpolitik der VKPD. Sie wirkte sich auch im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier negativ aus, obwohl auch hier die marxistischen Kräfte mit Ernst Grube an der Spitze große Anstrengungen zur Überwindung linkssektiererischer Abweichungen in der Stellung zu den Gewerkschaften unternahmen und die Bezirksleitung

72 IML, ZPA, Sign. 3/4/58, Bl. 11.

73 W. I. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus'‚ . . .", a. a. O., S. 40.

Erzgebirge-Vogtland dieser Seite der Parteiarbeit großes Augenmerk schenkte.

Die Protokolle der Sitzungen der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale der KPD bzw. der VKPD in den Jahren 1921/22 zeigen, daß führende Funktionäre der Partei für eine konsequentere Haltung gegenüber der Union eintraten, als sie in dem Beschluß vom 8. Dezember 1920 festgelegt worden war. So erklärte in der Beratung am 1. September 1922 Jacob Walcher, der Leiter der Gewerkschaftsabteilung: „Es ist selbstverständlich, daß wir das nicht notwendige Übel — die Union — aus der Welt schaffen müssen."[74] In der gleichen Sitzung wurde gefordert, die Union zu „liquidieren".[75]

Die Durchführung dieser Linie war aber angesichts der Machenschaften des Grubenkapitals, dessen Taktik auf die Erhaltung und Vertiefung der organisatorischen Zersplitterung der Bergarbeiterbewegung hinzielte, und unter den Bedingungen der Arbeitsgemeinschaftspolitik rechter Gewerkschaftsführer sehr kompliziert. Schließlich wäre es auch verfehlt, den damaligen Reifegrad der revolutionären Arbeiterbewegung zu negieren und den Widerstand zu übersehen, der von ultralinken Elementen gegen eine marxistisch-leninistische Gewerkschaftspolitik ausging. Auch gab es selbst in der Führung der KPD Träger falscher Auffassungen in dieser Frage. Lenin hatte in einer Aussprache mit deutschen Delegierten auf dem Gründungskongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale den einzig richtigen Standpunkt bezogen. Anton Jadasch, langjähriger Bezirksleiter der Union in Oberschlesien, berichtet über diese Unterredung: Lenin „fragte mich, warum ich nicht um meine Wiederaufnahme" in die Gewerkschaft kämpfe. „Als ich ihm erklärte, daß die Partei beschlossen hätte, ich soll Mitglied der ‚Union der Hand- und Kopfarbeiter' werden, damit dort die richtige politische Linie vertreten wurde, verpflichtete mich Lenin, auf der nächsten Reichskonferenz der Union für die Wiederaufnahme in die freien Gewerkschaften einzutreten."[76]

74 IML, ZPA, Sign. 3/4/56, Bl. 28.

75 Ebenda.

76 „Unvergeßlicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen", Berlin 1957, S. 156/157.

Während nach dem 7. Parteitag der KPD bedeutende Fortschritte bei der Entwicklung einer breiten Massenpolitik erzielt wurden und der Einfluß in den Gewerkschaften, besonders im Deutschen Metallarbeiter-Verband, rasch wuchs, hemmte die Existenz der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands die Ausbreitung des Einflusses der Kommunisten unter den Bergarbeitern. Immer wieder erwies sich, daß die Union ein Sammelbecken ultralinker Elemente war, die einer marxistisch-leninistischen Gewerkschaftspolitik feindlich gegenüberstanden. In der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands wirkten, wie Fritz Heckert Mitte Juni 1922 einschätzen mußte, „eine Richtung, die gegen die Partei ist, und eine Richtung, die mit der Partei geht in der Gewerkschaftsfrage".[77]

Die um die Durchsetzung einer richtigen Gewerkschaftspolitik bemühten Kräfte in der KPD ließen nichts unversucht, um die Unionisten von der Fehlerhaftigkeit ihrer Politik gegenüber den Gewerkschaften zu überzeugen. So geht auch aus den Protokollen der Sitzungen des Arbeitsausschusses, der gemäß den Hinweisen des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschaftsinternationale aus Vertretern der Führung der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands und der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale der KPD gebildet worden war, eindeutig hervor, daß Fritz Heckert, Jacob Walcher und andere Vertreter der Parteiführung immer wieder bestrebt waren, die Politik der Union im Interesse der Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit und der Stärkung der kommunistischen Positionen im Bergarbeiterverband zu korrigieren. Beispielsweise verwies Fritz Heckert in der Sitzung vom 5. September 1922 an Hand der Lage im Zwikkau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier darauf, daß die Union die Entwicklung der Massenpolitik der KPD erschwere. Er erklärte: „Es ist notwendig, daß die guten Elemente im Bergarbeiterverband bleiben, damit sie Einfluß gegen die Bürokratie nehmen."[78] Den gleichen Standpunkt vertrat auch Gustav Sobottka, der an anderer Stelle zum Ausdruck brachte, daß die Union „nicht die Aufgabe habe, weiter Mas-

77 IML, ZPA, Sign. 3/4/56, Bl. 15.
78 IML, ZPA, Sign. 3/4/58, Mappe IV, Bl. 19.

sen vom alten Verband zu lösen, und daß die KPD mit aller Kraft dafür eintreten müsse“,[79] daß ihre Mitglieder im Bergarbeiterverband getreu der Linie der Partei arbeiten.

Der Kampf der KPD um die Überwindung der Zersplitterung der Bergarbeiterbewegung und um die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit im Bergbau war eng verbunden mit dem Ringen für die Aktionseinheit der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen. Dank der Einflußnahme der KPD auf die Reichszentrale der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands richtete diese am 27. Oktober 1922 einen offenen Brief an den Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, in dem das gemeinsame Interesse der im Verband und in der Union organisierten Bergarbeiter in den Vordergrund gestellt und der Vorschlag unterbreitet wurde, zur Verteidigung der Arbeiterinteressen gemeinsame Schritte gegen das Grubenkapital einzuleiten.

Dieses Angebot zur Schaffung der Aktionseinheit war an keinerlei Bedingungen gebunden.[80] Aus dem Briefwechsel, der sich daraufhin zwischen der Reichszentrale und dem Vorstand entwickelte, geht jedoch hervor, daß die Verbandsführung bestrebt war, nicht das Einigende, sondern das Trennende in den Vordergrund zu stellen.[81] Nach einer Beratung des Vorstandes mit den Bezirksleitern am 16. September 1922 wurde der Reichszentrale der Union schließlich mitgeteilt, „daß die Sitzung einstimmig die Aufnahme diesbezüglicher Verhandlungen mit Ihrer Organisation abgelehnt hat.“[82]

Diese Haltung des Verbandsvorstandes verhinderte einen Erfolg der unablässigen Bemühungen der KPD um ein Einheitsfrontabkommen zwischen den Bergarbeiterorganisationen. Das wiederum erschwerte die Bedingungen des Kampfes der KPD gegen die unionistischen Bestrebungen, die durch das den Interessen der Bergarbeiter entgegenstehende Verhalten rechter Führer Auftrieb erhielten. Darum wurde auch in einem Bericht der Unterbezirksleitung Zwickau der

79 IML, ZPA, Sign. 3/4/56, Bl. 8.

80 Vgl. „Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Jahrbuch für 1922“, Bochum o. J., S. 95 — 97.

81 Ebenda, S. 97 ff.

82 Ebenda, S. 105.

KPD über die Parteiarbeit in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1922 festgestellt, daß zwar „im allgemeinen von allen Ortsgruppen die Parole der Partei ‚Eroberung der Gewerkschaften' weiter gut befolgt" wurde, aber die Union nach wie vor sich hierbei als „Hemmnis" erwies.[83]

So stand die Bergarbeiterbewegung auch zu Beginn des Jahres 1923 nicht einheitlich und geschlossen den Bergbaukonzernen gegenüber.[84] Es war das Verdienst der KPD und linkssozialdemokratischer Kräfte, wenn trotz dieser schwierigen Lage die Bergarbeiter und andere Werktätige im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier im sozialen und nationalen Befreiungskampf einen wichtigen Platz einnahmen. Das Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier wurde im Jahre 1923 zu einem Brennpunkt des Klassenkampfes im Bezirk Erzgebirge-Vogtland und in Sachsen.

83 IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 2.

84 Die Auflösung der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands erfolgte im Sommer 1925. Das war das Ergebnis des beharrlichen Wirkens der leninistischen Kräfte. Der Übertritt ehemaliger Mitglieder der Union in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands erfolgte notwendigerweise auf der Grundlage der vom Verbandsvorstand formulierten Bedingungen. Zur Einschätzung der Politik der KPD und der Roten Gewerkschaftsinternationale nach 1923 in dieser Hinsicht vgl. „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1924 – 1927. Bericht des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschaftsinternationale an den 4. Kongreß in Moskau am 15. März 1928", Berlin o. J., S. 48 u. 162 – 164; „Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925", Berlin 1926, S. 64 – 67 u. 535/536; Über die Verhandlungen der Vertreter der Union mit dem Vorstand des Verbandes und über die einzelnen Bedingungen des Übertritts vgl. „Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Jahrbuch für 1926", Bochum 1926, S. 122 – 125 u. 140 – 142. – Detailliertere Ausführungen über die Politik der KPD angesichts der Zersplitterung der Bergarbeiterbewegung in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise vgl. Hans-Joachim Krusch, „Der Kampf der Bergarbeiter und anderer Werktätiger ...", a. a. O., S. 32 – 43.

III. Kapitel Im Ringen um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung in Sachsen

1. Niederlage der Verfechter des Burgfriedens und der Koalitionspolitik im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier

Von Anbeginn der Ruhrbesetzung keine Gemeinsamkeit mit reaktionären Kräften im nationalen Widerstandskampf

In Übereinstimmung mit der gesamten Bezirksparteiorganisation Erzgebirge-Vogtland hatten die Unterbezirke Zwickau und Oelsnitz-Lugau der KPD den Standpunkt der „linken" Opposition auf dem 8. Parteitag in den Fragen der Einheitsfrontpolitik und Arbeiterregierung abgelehnt und sich damit eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche politische Massenarbeit geschaffen. Die Linie der Mehrheit der Parteitagsdelegierten war gebilligt worden. So stimmten die Teilnehmer einer Unterbezirkskonferenz in Oelsnitz den Ergebnissen des 8. Parteitages zu und stellten in einer Resolution fest, daß die „Taktik der sogenannten Opposition zur Ruhrfrage und der sächsischen Regierungsfrage der Einheitsfronttaktik widerspricht".[1] Geleitet von den Beschlüssen des 8. Parteitages und des Bezirksparteitages verstärkten die kommunistischen Parteiorganisationen ihre Anstrengungen, um in den heftigen Auseinandersetzungen, die mit Beginn des Ruhrkampfes in der VSPD, den Gewerkschaften und Betriebsräten über die nunmehr einzuschlagende Politik entbrannten, den rechten Führern eine Niederlage zu bereiten. Diese Auseinandersetzungen drehten sich in den ersten Wochen nach dem 8. Parteitag im wesentlichen um die Stellung der Arbeiterklasse zur Ruhrbesetzung, besonders zum Abschluß eines sogenannten Überschichtenabkommens im Bergbau im Zeichen des Burgfriedens und zur Ruhrhilfe, ferner um die Haltung zu den Bestrebungen der Anhänger der Koalitionspolitik, die nach dem Rücktritt der Regierung Buck am 30. Januar 1923 in Sachsen entstandene Regierungs-

1 IML, ZPA, Sign. St. 16/47, Bl. 101.

krise durch die Bildung einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung zu lösen. Schließlich ging es um die Stellung zu dem von der KPD unterbreiteten Programm für eine kommunistisch - sozialdemokratische Landesregierung, vor allem aber zur Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses und zur Bildung von Einheitsfrontorganen. Im Hintergrund dieser Auseinandersetzungen stand die grundsätzliche Frage, welchen Weg die Arbeiterklasse beschreiten muß, um die ganze Klasse, um das ganze Volk aus der sozialen und nationalen Notlage zu führen.

In der Vergangenheit hatte das Grubenkapital bereits mehrfach, allerdings stets vergeblich versucht, die Bergarbeiter zum Verfahren von sogenannten Überschichten zu veranlassen, weil es ihm nicht möglich war, auf direktem Wege eine erhöhte Arbeitszeit einzuführen. Nunmehr benutzte es die durch die Ruhrbesetzung entstandene Lage, um unter dem Deckmantel nationaler Demagogie durch eine Arbeitszeitverlängerung im Bergbau den Arbeitern die im Frühjahr 1919 erkämpfte Siebenstundenschicht zu rauben.

Den Grubenherren gelang es, die Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes zu veranlassen, am 25. Januar 1923 ein sogenanntes Überschichtenabkommen mit dem Bergbaulichen Verein abzuschließen. „Zur Milderung der durch die Besetzung des Ruhrreviers entstehenden Kohlennot werden", so heißt es dort, „im Gebiet des sächsischen Steinkohlenbergbaus vom Montag, dem 29. Januar 1923, ab Überschichten in Form einer täglichen 8. Überstunde für die Dauer der Besetzung durch die Franzosen verfahren. Diese Überstunden werden mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt. Die Vereinbarung gilt mit 14tägiger Kündigung beiderseits."[2] Der Wortlaut des Abkommens sah die Zustimmung durch eine Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte des Bergarbeiterverbandes, des Zentralverbandes der Heizer und Maschinisten sowie des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands vor, die am 28. Januar 1923 in Hohenstein-Ernstthal stattfinden sollte.

2 Betriebsarchiv des VEB Steinkohlenwerk „Martin Hoop" in Zwickau (weiterhin geführt als BAMH), Mappe 455, Überschichtenabkommen.

Die Unterzeichnung des Überschichtenabkommens durch rechte Führer des Verbandes war eine spezifische Form der Unterstützung der Regierungspolitik des „passiven Widerstandes". Bemerkenswerterweise gestand August Schmidt, einer der Fürsprecher des Abkommens, in seinen Memoiren Jahrzehnte später selbst ein, daß „für die Bergarbeiter ... wenig dabei heraus(kam)" und sich die Zechenherren auf Kosten der Massen zu sanieren suchten.[3]

Der Bergbauliche Verein ließ nichts unversucht, um den Boden für die Annahme des Abkommens zu ebnen. In der zu diesem Zwecke von der bürgerlichen Presse durchgeführten Kampagne wurden scheinheilige Appelle an die nationalen Gefühle der Bergarbeiter gerichtet, das Schreckgespenst der Wirtschaftskrise heraufbeschworen und die anderen Abteilungen der Arbeiterklasse gegen die Kumpel aufgehetzt. So schrieb beispielsweise die „Zwickauer Zeitung" unter der Überschrift „Zur Überschichtenfrage": „Am 11. Januar ist der Feind in das Zentrum unserer Urproduktion eingedrungen und hat rücksichtslos begonnen, die Quelle unserer Wirtschaft zu verstopfen ... So wird der Kampf mit den wirtschaftlichen Waffen im Ruhrgebiet erst die Entscheidung des Weltkrieges bringen ... Deutsch-Oberschlesien, das Waldenburger Gebiet und das sächsische Steinkohlenrevier", heißt es weiter, sind „die letzte Hoffnung Deutschlands geworden ... Um die Ruhrausfälle einigermaßen ausgleichen zu können, sind die Überschichten unbedingt erforderlich. Jeder Bergarbeiter, der daher seine Stimme mit ‚Nein' abgibt, spricht damit das Urteil über die Existenz vieler Arbeitnehmer in der sächsischen weiterverarbeitenden Industrie ... Es wird unbedingt zu Fabrikstillständen und damit zu Entlassungen kommen müssen ... Man wird nicht zu viel behaupten, wenn dem Ausfall dieser Abstimmungen vom ganzen Land Sachsen und schließlich auch vom ganzen Reiche mit großer Spannung entgegengesehen wird."[4]

Die KPD stellte sich an die Spitze des Kampfes zur Verteidigung der Siebenstundenschicht. Sie organisierte sofort nach Bekanntwerden des Abkommens mit Hilfe der Opposition

3 August Schmidt, „Lang war der Weg", Bochum o. J., S. 119.

4 „Zwickauer Zeitung", 4. Februar 1923.

im Bergarbeiterverband und der Unionisten den Widerstand. Auf ihre Initiative hin kam es zu einigen öffentlichen Versammlungen, in denen der Standpunkt der revolutionären Kräfte erläutert wurde.[5] Anknüpfend an die soziale Lage der Arbeiter, die durch die Verlängerung der Arbeitszeit weiter verschlechtert wurde, legte die Partei am Beispiel der Überschichten den Zusammenhang zwischen den unmittelbaren Interessen der Bergarbeiter und den Interessen der ganzen Klasse dar. Sie erklärte ihnen, ausgehend von den im Zeichen der Politik des „passiven Widerstandes" vorgenommenen Angriffen gegen die Siebenstundenschicht, den wirklichen Charakter des Ruhrkampfes und enthüllte so die Schädlichkeit der Burgfriedenspolitik, die die Bergarbeiter dem Grubenkapital auslieferte.

Unter ihrem Einfluß wandte sich die Bezirksleitung der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands mit einem Aufruf an die Bergarbeiter, den „Der Kämpfer" veröffentlichte. Der entscheidende Abschnitt hatte folgenden Wortlaut: „Wir fordern in dieser für die Arbeiterklasse gefahrvollen Stunde erneut auf, die Reihen zu schließen zur Erreichung der proletarischen Forderungen: 1. Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit für Untertagearbeiter; 2. Anpassung der Löhne der Arbeiter an die Goldwährung; 3. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte; 4. Produktionskontrolle durch die Betriebsräte mit dem Ziel der Sozialisierung der Gruben, Hütten und Betriebe; 5. Abwälzung aller Wiedergutmachungslasten auf die Kapitalistenklasse. Die Union ist jederzeit bereit, sich in die Front einzureihen, die zu einem wirklichen Kampf übergeht unter der Losung: ‚Es lebe die proletarische internationale Einheitsfront gegen den deutschen und französischen Kapitalismus'."[6]

Die zielgerichtete organisatorische und ideologische Arbeit der KPD zur Formierung einer geschlossenen Abwehrfront der Bergarbeiter verfehlte ihre Wirkung nicht. Die Konferenz am 28. Januar 1923 in Hohenstein-Ernstthal war durch heftige Auseinandersetzungen über die angesichts der Ruhr-

5 Vgl. „Der Kämpfer", 2. Februar 1923. Siehe auch IML, ZPA, Sign. St. 16/47, Bl. 41, 47/48 u. 59.

6 „Der Kämpfer", 2. Februar 1923.

besetzung durchzuführende Taktik gekennzeichnet. Dem Bericht der „Volksstimme“ zufolge kam in der Konferenz „deutlicher Protest gegen den französischen Imperialismus, ebenso deutlich aber auch die Ablehnung jeglicher Einheitsfront mit den deutschen Imperialisten zum Ausdruck“.[7] Sie endete mit einer Schlappe des Grubenkapitals. Der Standpunkt rechter Gewerkschaftsführer, zu deren Unterstützung eigens aus Bochum ein Mitglied des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes herbeigeeilt war, wurde zurückgewiesen. Selbst der Kompromißvorschlag der Bezirksleiter, eine Urabstimmung unter den Bergarbeitern durchzuführen, fand nur eine Mehrheit von sieben Stimmen.[8] In den Bergarbeiterversammlungen, die daraufhin in Zwickau, Lugau, Rödlitz, Lichtenstein und andernorts durchgeführt wurden, stieß das Überschichtenabkommen einmütig auf Ablehnung.[9] Die Leitung des Konzerns Deutschland mußte feststellen, daß das „Verfahren der achten Überstunde zugunsten der Ruhrhilfe von den Belegschaften rundweg abgelehnt worden ist. Die vorgegebenen Gründe“, heißt es weiter, „sind teils politischer Natur, wie zum Beispiel Kritisierung der Steuerpolitik der Regierung, teils wirtschaftlicher Natur, wie zum Beispiel mangelhafte Ernährung und dergleichen mehr.“[10]

Die revolutionäre Richtung unter den Bergarbeitern errang in den Auseinandersetzungen um die Verwirklichung des Überschichtenabkommens einen bedeutenden Erfolg. Durch die Einheitsfront von Kommunisten, linken Sozialdemokraten und anderen oppositionellen Kräften konnte der Angriff auf die Siebenstundenschicht abgeschlagen werden. Das war im Jahre 1923 die erste gemeinsame Aktion von Mitgliedern aller Arbeiterorganisationen im Bergbau. Da auch in der

7 „Volksstimme“, 29. Januar 1923.

8 Zum Verlauf der Konferenz vgl. „Der Kämpfer“, 30. Januar 1923; „Volksstimme“, 25. Januar 1923 und 30. Januar 1923; „Sächsische Staatszeitung“, 30. Januar 1923.

9 Vgl. IML, ZPA, Sign. St. 16/47, Bl. 42 und 45.

10 Betriebsarchiv des VEB Steinkohlenwerk „Deutschland“ in Oelsnitz/Erzgeb. (weiterhin geführt als BAD), Niederschrift über die Sitzungen des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Deutschland 1923/1924, S. 12.

Folgezeit weitere Anschläge auf diese Errungenschaft aus den Frühjahrskämpfen 1919 abgewiesen werden konnten,[11] blieben die Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier die einzigen, die in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise erfolgreich die Siebenstundenschicht zu verteidigen vermochten. Sie wurden damit ihrer Verantwortung gegenüber den anderen, von der Offensive des Kapitals bedrohten Abteilungen der Arbeiterklasse gerecht. War es doch klar, daß die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit im Bergbau die Monopolherren veranlassen würde, ihre Angriffe auf den Achtstundentag zu verstärken, den sich die Arbeiterklasse in der Novemberrevolution erkämpft hatte. Unter dem Einfluß der KPD und linkssozialdemokratischer Kräfte lehnten es die Arbeiter ab, sich in eine Front mit dem Klassengegner einzureihen. Das fand seinen sichtbaren Ausdruck in der Ablehnung gemeinsamer Sammlungen mit den Unternehmern für die Ruhrhilfe. Vielmehr setzten die oppositionellen Elemente durch, daß die Sammlung den Charakter von Solidaritätsspenden für die Arbeiter im Ruhrgebiet trug und in den Händen der Gewerkschaften lag.[12]

Es war vor allem das Verdienst der KPD, daß nicht wie 1914 große Teile der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger für die Ziele der deutschen Imperialisten mißbraucht wurden. Bedenkt man, daß die Reaktion kein Mittel unversucht ließ, um nationalistische Leidenschaften zu schüren, so wird ersichtlich, unter welch schweren Bedingungen die Partei diesen Erfolg errang. Die in der westdeutschen Geschichtsschreibung weit verbreitete Version von der „Einigkeit“[13] aller Teile der Bevölkerung im Zeichen des Burgfriedens gehört in das Reich der Legende. Wenn in dem Mitte Februar an die

11 Vgl. Hans-Joachim Krusch, „Der Kampf der Bergarbeiter und anderer Werktätiger . . .“, a. a. O., S. 105.

12 Vgl. IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 8.

13 Karl Buchheim, „Die Weimarer Republik“, a. a. O., S. 92; siehe auch Erich Eyck, „Geschichte der Weimarer Republik“, Bd. 1, Erlenbach-Zürich u. Stuttgart o. J., S. 313; und Albert Schwarz, „Die Weimarer Republik“ (Sonderdruck aus Brandt-Meyer-Just: „Handbuch der deutschen Geschichte“, Bd. 4, Abschn. 3, Konstanz 1958, S. 90).

Zentrale der KPD geleiteten Bericht der Bezirksparteiorganisation Erzgebirge-Vogtland von „sehr guten Fortschritten" der Parteiarbeit nach dem 8. Parteitag gesprochen wird, so trifft diese Einschätzung im wesentlichen auch für die Situation in der Arbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier zu. Hinsichtlich der Haltung der nichtkommunistischen Arbeiter zu der von der Partei eingeschlagenen Politik wurde im Bericht festgestellt: „Die Arbeiterschaft ist im allgemeinen mit unseren Losungen, gegen die nationalistische Front die Einheitsfront, gegen den Steuerbetrug die Erfassung der Sachwerte, gegen die Koalitionsregierung die Arbeiterregierung, gegen Wucher und Schieberei, für die Kontrolle der Produktion und der Preise, einverstanden."[14]

Linkssozialdemokratische Kräfte leisten wichtigen Beitrag

In den von der KPD organisierten Versammlungen zur Frage der Regierungskrise in Sachsen und der Ruhrbesetzung – allein im Februar 1923 waren es 200 im Bezirk Erzgebirge-Vogtland[15] – traten außer Kommunisten und Parteilosen auch Mitglieder der VSPD auf, die die Koalitionspläne verurteilten. So wurde in einer von der KPD einberufenen Versammlung, die am 11. Februar 1923 in Stollberg stattfand und auch von Sozialdemokraten besucht war, eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Sie (die Versammlung, H.-J. K.) verwirft jede Koalition mit der Ausbeuterklasse und sieht in der Arbeiterregierung die einzige Möglichkeit, die Verelendung des Proletariats aufzuhalten."[16] Einige Tage zuvor hatte eine Betriebsrätekonferenz der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands eine Petition an den Sächsischen Landtag angenommen. In ihr wurde ebenfalls die Bildung einer Arbeiterregierung gefordert und diese als „einziger Ausweg aus dem Elend" bezeichnet.[17]
Aus den sozialdemokratischen Ortsgruppen selbst ertönte immer lauter der Ruf nach Einberufung eines außerordent-

14 IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 7.
15 Vgl. ebenda, Bl. 8.
16 „Der Kämpfer", 16. Februar 1923.
17 Ebenda, 9. Februar 1923.

lichen Landesparteitages zur Klärung der auf der Tagesordnung stehenden aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung. Ihr Sprachrohr war vor allem das „Sächsische Volksblatt" in Zwickau. Das starke Hervortreten gegensätzlicher Auffassungen in der VSPD in dieser Zeit war eine Folge der Verschärfung des Klassenkampfes. Viele Parteiorganisationen der VSPD brachten schließlich die Kraft auf, in der Regierungsfrage den rechten Führern die Gefolgschaft zu verweigern. Besonders in der Zwickauer Parteiorganisation trat immer stärker der linke Flügel in Erscheinung. Aus seinen Reihen gingen Funktionäre hervor, die sich an die Spitze des Widerstandes der Mitglieder der VSPD in Sachsen gegen die Erweiterung der Regierung nach rechts stellten und für eine selbständige sozialdemokratische Politik sowie für eine Zusammenarbeit mit der KPD gegen die Reaktion eintraten.

Auf dem von der Opposition erzwungenen Parteitag der Landesorganisation Sachsen der VSPD am 4. März 1923 in Dresden machten sich Max Seydewitz, Georg Graupe und Richard Patzig zu Sprechern des linken Flügels der Sozialdemokratie in Sachsen. Sie lehnten die Bildung einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Landesregierung ab und bejahten Verhandlungen über das von der KPD ausgearbeitete Programm für eine Arbeiterregierung aus Vertretern der KPD und der VSPD. Georg Graupe, dem von den linken Kräften das Korreferat übertragen worden war, erhielt für seine Ausführungen in dieser Richtung starken Beifall. Max Seydewitz brachte zum Ausdruck, daß durch die große Koalition „die Möglichkeit einer Einigung verringert" werde. „Deshalb müssen wir dazu kommen, nach links Konzessionen zu machen." Die „Auffassung, daß wir mit den Kommunisten nicht regieren können", sei verfehlt, der Wille „der Arbeitermassen . . . bewege sich in anderer Linie . . . Der einzige Weg sei, den Richtlinien der Kommunisten zuzustimmen".[18] Richard Patzig vertrat ebenfalls den Standpunkt der Opposition in der VSPD, als er ausrief: „Wenn wir als Partei die Klasse im Auge haben, müssen wir die Koalition mit Bürgerlichen ablehnen."[19]

18 Ebenda, 7. März 1923.

19 „Volksstimme", 5. März 1923.

In der von Georg Graupe und anderen eingebrachten und vom Parteitag mit Mehrheit angenommenen Resolution wurde eine sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung abgelehnt und das Programm der KPD als geeignete Verhandlungsgrundlage bezeichnet. Georg Graupe wurde zum Vorsitzenden einer siebenköpfigen Kommission gewählt, die bevollmächtigt war, unabhängig vom Landesarbeitsausschuß der VSPD mit der KPD über die Bildung einer kommunistisch-sozialdemokratischen Landesregierung zu verhandeln.[20] Die linkssozialdemokratischen Kräfte aus dem Zwickauer Bezirk leisteten auf dem Parteitag einen wichtigen Beitrag zur Niederlage der Gegner einer Einheitsfront der Arbeiterparteien und der Fürsprecher der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Die Ergebnisse des sozialdemokratischen Landesparteitages waren zugleich ein großer Erfolg der Einheitsfrontpolitik der KPD, durch die sich die Partei in wachsendem Maße die Sympathien der sozialdemokratischen Arbeiter erwarb und die Verwirklichung der Konzeption der rechten Führer der VSPD in der Regierungsfrage in Sachsen verhindert werden konnte.

In der durch die Ergebnisse des Landesparteitages der VSPD geschaffenen Situation kam es für die KPD darauf an, an die bisherigen Erfolge ihrer Einheitsfrontpolitik anzuknüpfen und unter Berücksichtigung der offen hervorbrechenden Gegensätze in der VSPD die auf die Hintertreibung der Beschlüsse des sozialdemokratischen Landesparteitages gerichteten Maßnahmen rechter Führer zu durchkreuzen. In diesem Ringen mußten die linken Führer der VSPD als Verbündete betrachtet werden. Es galt, die klassenbewußten Kräfte in der VSPD, in den Gewerkschaften und Betriebsräten zu mobilisieren, um die linkssozialdemokratischen Führer zum gemeinsamen Vorgehen mit den Kommunisten für eine Landesarbeiterregierung zu veranlassen.

Die Partei unternahm in dieser Richtung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier große Anstrengungen. Darüber gibt

20 Zur Einschätzung des Verlaufs und der Ergebnisse des außerordentlichen Landesparteitages der VSPD vgl. Raimund Wagner, „Der Kampf um die proletarische Einheitsfront ...", in: „BzG", 1963, Heft 4, S. 653/654.

ein Lagebericht des sozialdemokratischen Regierungskommissars aus Zwickau für die Zeit vom 4. bis 8. März 1923 Aufschluß. In ihm heißt es: „Die Regierungsbildung in Sachsen und der jüngst stattgefundene Parteitag der VSPD halten nach wie vor das öffentliche politische Interesse in größter Spannung. Namentlich in den Betrieben wird lebhaft für oder wider die reine Arbeiterregierung, wie sie von den Kommunisten unter Heranziehung der Betriebsräte zur Gesetzgebung gepredigt wird, Stimmung gemacht. Dort, wo in den Betrieben die Betriebsräte unter kommunistischer Leitung stehen, werden in den Betriebsversammlungen Resolutionen und Entschließungen der KPD angenommen, die sich für die reine Arbeiterregierung nach den kommunistischen Vorschlägen aussprechen."[21]

2. *Gradmesser des Einflusses der KPD*

Noch kein Durchbruch beim Aufbau gemeinsamer Hundertschaften und Kontrollausschüsse bis März 1923

Ein gewisser Gradmesser des Einflusses, den die KPD Anfang März 1923 auf die Funktionäre der Gewerkschaften und auf die Betriebsräte ausübte, war die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, der ADGB-Ortsausschußmitglieder und der Betriebsräte von Zwickau in Schedewitz. Die Konferenz nahm eine Resolution an, die ein Zusammengehen mit den reaktionären Kräften im Zeichen des Burgfriedens verwarf und den Abbruch des Ruhrkampfes forderte. Wörtlich heißt es in dem Dokument: „Sie (die Konferenz, H.-J. K.) sympathisiert mit den im Kampf gegen den Entente-Imperialismus und -Militarismus befindlichen Gewerkschaftsgenossen des Ruhr- und Saargebietes und spricht ihnen die wärmste Unterstützung aus. Dabei lehnt sie jede Beteiligung mit dem Unternehmertum und den nationalen (d. h. nationalistischen, H.-J. K.) Kreisen nachdrücklich ab. Die Versammlung fordert, daß der ADGB und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei ihren ganzen Einfluß aufbieten, um die

21 SLHAD, Kreishauptmannschaft Zwickau (weiterhin geführt als KHZ), Nr. 1491, Bl. 110.

Regierung Cuno zur baldigen Beendigung des Ruhrabenteuers zu veranlassen."[22]

Die Konferenz erhob zugleich einige innenpolitische Forderungen, die ihrem Wesen nach antimonopolistischen Charakter trugen und bewiesen, daß die von der KPD in Verbindung mit der Losung der Arbeiterregierung aufgestellten Forderungen nach Sachwerterfassung, Produktionskontrolle und Erweiterung der Betriebsräterechte nicht ohne Einfluß blieben. Das trifft auch für den in die Resolution aufgenommenen Appell an die organisierte Arbeiterschaft zu, „sich jeder Zersplitterung der Kräfte zu enthalten und auf noch schwerere Kämpfe vorzubereiten". Der von Ernst Grube eingebrachte Antrag, am 1. Mai eine gemeinsame Veranstaltung aller Arbeiterparteien und Gewerkschaftsorganisationen durchzuführen, wurde angenommen.

Es weist hingegen auf die Grenzen des Einflusses der KPD hin, daß die von den Kommunisten vorgeschlagene Fassung der Resolution und ein weiterer Antrag, der vom Ortsausschuß des ADGB forderte, beim Landesausschuß auf die Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses hinzuwirken, mit Stimmenmehrheit abgelehnt wurden. Die letztere Entscheidung war von besonders großer politischer Bedeutung, weil die KPD ihren Eintritt in eine gemeinsame Regierung mit Sozialdemokraten von der Durchführung eines Landesbetriebsrätekongresses abhängig gemacht hatte. Bei ihrer Beurteilung fällt allerdings auch ins Gewicht, daß an der Konferenz die unionistischen Betriebsräte nicht teilnahmen. Dadurch kamen die Vertreter eines beträchtlichen Teils der Bergarbeiter nicht zu Wort. Hier zeigte sich wieder einmal, daß der organisatorische Bruch revolutionärer Arbeiter mit den Gewerkschaften zu einem Hemmnis für die Verwirklichung der Politik der KPD wurde.

Es gibt zwar aus diesen Tagen Dokumente, die besagen, daß die Forderung der KPD nach Einberufung eines Landesbetriebsrätekongresses durchaus Widerhall fand. So wurde beispielsweise in Oelsnitz folgende Entschließung angenommen: „Die am 11. März tagende, von Mitgliedern des Bergarbeiter-

22 Ebenda, Bl. 111/112. Alle sich auf die Konferenz beziehenden Angaben sind dieser Quelle entnommen.

verbandes sowie der Union der Hand- und Kopfarbeiter besuchte öffentliche Bergarbeiterversammlung stellt an den ADGB die Forderung, einen Landesbetriebsrätekongreß einzuberufen, der Stellung nimmt zur Regierungsbildung in Sachsen . . . Nur eine Arbeiterregierung, gestützt auf die Betriebsräte, wird wirklich proletarische Politik treiben können."[23]

Insgesamt gesehen reichte jedoch der Einfluß der KPD im März 1923 im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier noch nicht aus, um gemeinsam mit der Arbeiteropposition in der VSPD, der Opposition in den Gewerkschaften und in den Betriebsräten einen Durchbruch zu erzielen, zumal rechte Gewerkschaftsführer gerade gegen diesen Programmpunkt der Kommunisten besonders Sturm liefen und ihren ganzen Einfluß zur Verhinderung eines solchen Kongresses aufboten. Der KPD war es auch in diesem Gebiet in den ersten drei Monaten des Jahres 1923 nicht möglich, die Schaffung gemeinsamer Hundertschaften durchzusetzen. Der Vorschlag der Unterbezirksleitung Zwickau der KPD an den Ortsausschuß des ADGB und die Betriebsrätezentrale, eine Beratung über die Bildung eines „bewaffneten Selbstschutzes der Arbeiter . . . zur Verteidigung der Arbeiterklasse gegenüber den bewaffneten reaktionären Organisationen"[24] durchzuführen, war ablehnend beantwortet worden. In ihrem Bericht an die Zentrale der KPD vom 14. März 1923 sah sich die Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland zu der Feststellung veranlaßt, daß im gesamten Bereich der Bezirksparteiorganisation die maßgebenden Führer der VSPD und Gewerkschaften bislang alle Vorschläge der Kommunisten abgelehnt hätten, die auf den Aufbau gemeinsamer proletarischer Hundertschaften hinzielten.[25]

Ähnlich war die Lage auf dem Gebiet der Kontrollausschuß-

23 „Der Kämpfer", 13. März 1923.

24 SLHAD, Sächsisches Ministerium des Innern (weiterhin geführt als MdI), Nr. 11119, Bl. 160.

25 Vgl. IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 8. — Zur Einschätzung der Hundertschaftsbewegung in Sachsen vgl. Wilfried Hanisch, „Die Hundertschaften der Arbeiterwehr. Die proletarischen Hundertschaften 1923 in Sachsen", Berlin 1958.

bewegung,[26] obwohl auch die sozialdemokratischen Arbeiter, vor allem aber die Arbeiterfrauen mit ihr sympathisierten. So wurde während einer öffentlichen Frauenversammlung am 4. März 1923 in Stollberg, auf der Valeska Meinig im Auftrage der KPD über die Notwendigkeit der Selbsthilfe sprach, eine Resolution angenommen, die die Bildung eines Kontrollausschusses und dessen Anerkennung durch das Stadtverordnetenkollegium forderte.[27] Den Kommunisten gelang es bis März 1923 aber nur in Oelsnitz, einen Kontrollausschuß ins Leben zu rufen, der sich paritätisch aus Mitgliedern der KPD und VSPD zusammensetzte[28] und bald eine lebhafte Aktivität entfaltete.[29]

Fortschritte bei den Betriebsrätewahlen

Bedeutende Fortschritte in der politischen Massenarbeit erreichte die KPD hingegen bei den Betriebsrätewahlen, die am 14. und 15. März 1923 stattfanden. Zu diesen Wahlen war von der KPD eine große vorbereitende Arbeit geleistet worden. In einem Rundschreiben der Zentrale wenige Tage vor den Wahlen hatte die Parteiführung noch einmal die Linie der KPD dargelegt. Völlig richtig wurde betont, die Arbeiterklasse vertritt im Kampf gegen den deutschen und französischen Imperialismus „zugleich das Interesse der breitesten nichtproletarischen Volksmassen . . ., während die Bourgeoisie die Abwehr lähmt und zerbricht durch die Verfolgung ihrer inneren Ausbeuterinteressen".[30]
Als gegenwärtiges Hauptziel der KPD wurde die „Entfesse-

26 Dem Bericht der Organisatoren der ersten Landeskonferenz der Kontrollausschüsse Sachsen zufolge, die am 4. Februar 1923 in Chemnitz tagte, existierten in dieser Zeit in ganz Sachsen lediglich 29 Kontrollausschüsse. Von den Delegierten waren nur vier in der VSPD organisiert, einer gehörte der USPD an, und ein weiterer Teilnehmer der Konferenz war parteilos. Vgl. „Der Kämpfer", 5. Februar 1923.
27 Ebenda, 12. März 1923.
28 Vgl. ebenda, 19. Januar 1923.
29 Vgl. ebenda, 23. März 1923.
30 IML, ZPA, Sign. 3/1/27, Bl. 6.

lung des Massenkampfes zum Sturze der Cuno-Regierung und Bildung einer Arbeiterregierung" bezeichnet und die Überwindung der Koalitionspolitik als eine wichtige Voraussetzung hierfür charakterisiert. Die Zentrale der KPD forderte die Ortsgruppen der Partei auf, an die sozialdemokratischen Arbeiter und die Führungsgremien der Arbeiterorganisationen heranzutreten, „um sie für den gemeinsamen Abwehrkampf gegen Hunger und Faschismus, für den Kampf zur Aufrichtung einer Arbeiterregierung in Deutschland zu gewinnen".[31] Sie wies in diesem Zusammenhang auch auf die Rolle der revolutionären Betriebsrätebewegung hin und stellte den Parteimitgliedern die Aufgabe, die Betriebsrätewahlen zu einem Erfolg zu gestalten.

Unter Berücksichtigung der Lage in Sachsen rief „Der Kämpfer" dazu auf, die „Betriebsrätewahlen auszunutzen zu einer Klärung der ganzen Situation, in der sich die Arbeiterbewegung befindet".[32] Die Parteiorganisationen in den Unterbezirken Zwickau und Oelsnitz-Lugau führten die Wahlkampagne unter den Losungen des Kampfes gegen den deutschen und französischen Imperialismus und für eine Arbeiterregierung in Sachsen.

Die oppositionellen Kräfte gingen aus den Wahlen mit beträchtlichem Stimmengewinn hervor. Auf den Schächten des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins erhielten sie über die Hälfte der Mandate.[33] Im Konzern Deutschland errangen die Kommunisten die Mehrzahl der Stimmen.[34] Im gesamten Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier stimmte etwa die Hälfte der Bergarbeiter nicht mehr für die von rechten Führern gestützten Kandidaten.[35] Das war nach den Märzkämpfen 1921 der bislang größte Betriebsrätewahlerfolg der Opposition. Die oppositionelle Richtung in den Betriebsräten hatte jedoch keine einheitliche politische

31 Ebenda, Bl. 6/7.

32 „Der Kämpfer", 2. März 1923.

33 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Angaben in BAAB, Sign. BR II/Bd. 1, Bl. 98/99, 138 – 141 u. 148.

34 „Der Kämpfer", 26. April 1923 und 8. Mai 1923.

35 Vgl. ebenda u. BAKL, Nr. I/130, Betriebsrat und Arbeiterrat 1923.

Plattform. Sie bestand aus Kommunisten, linken Sozialdemokraten, Anarchosyndikalisten und Parteilosen.
Die Ergebnisse der Wahlen in den anderen Industriezweigen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier sahen die Opposition ebenfalls auf dem Vormarsch. Der Ausgang der Betriebsrätewahlen bildete den Ausgangspunkt für einen Aufschwung der revolutionären Betriebsrätebewegung.

Notwendiges Kompromiß zwischen den Arbeiterparteien in der Regierungsfrage schafft bessere Kampfbedingungen in Sachsen

Zieht man die Bilanz der Auseinandersetzungen, die in der VSPD, in den Gewerkschaften und Betriebsräten in der Zeit von Januar bis März 1923 im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier stattfanden, so ergibt sich, daß es der Bourgeoisie nicht gelungen war, eine Atmosphäre des Burgfriedens zu schaffen. Vielmehr waren mit Hilfe der elastischen Einheitsfrontpolitik der KPD die Positionen der Verfechter der Koalitionspolitik und der offenen Gegner der proletarischen Einheitsfront geschwächt worden, die linkssozialdemokratischen Kräfte waren erstarkt, und die antikommunistische Propaganda hatte an Wirkung verloren.
Die klassenbewußten Arbeiter in diesem Gebiet leisteten einen wichtigen Beitrag im Ringen um den Abschluß eines Einheitsfrontabkommens zwischen dem Landesvorstand der KPD und der sozialdemokratischen Siebenerkommission, das am 15. März 1923 unterzeichnet wurde. Das Abkommen fand gegen sieben Stimmen auf der erweiterten Landesvorstandssitzung der KPD die Zustimmung der Mehrheit, zu der auch die Vertreter aus dem Bezirk Erzgebirge-Vogtland gehörten. Die Vereinbarungen sahen als wesentlichste Punkte die Bildung von proletarischen Hundertschaften beider Arbeiterparteien als Abwehrmaßnahme gegen den Faschismus, direkte Amnestiemaßnahmen und die Vorlage eines Amnestiegesetzes seitens der Regierung vor, ferner die Bekämpfung des Wuchers durch die Bildung von örtlichen Kreisprüfungsstellen und die Wahl von gemeinsamen Kontrollausschüssen in Betriebsräteversammlungen oder Gewerkschaftsmitgliederversammlungen sowie die Vorlage eines Gesetzentwurfs

der Landesregierung über die Wahl und die Aufgabe einer Arbeiterkammer.[36]

Die Verwirklichung dieser Vereinbarungen mußte zu einer Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse führen. Indem die KPD sich verpflichtete, auf dieser Grundlage ein linkssozialdemokratisches Kabinett zu tolerieren, ging sie ein notwendiges Kompromiß ein. Es berücksichtigte, wie auch die Analyse der Lage im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier beweist, den Bewußtseinsstand der Mehrheit der Arbeiter. Am 21. März 1923 bestätigte der Sächsische Landtag mit den Stimmen der KPD den linken Sozialdemokraten Dr. Erich Zeigner als Ministerpräsidenten.

In dem neuen Kabinett, dem Hermann Liebmann als Innenminister angehörte, übernahm Georg Graupe das Arbeitsministerium. Im Namen der kommunistischen Landtagsfraktion gab Paul Böttcher folgende Erklärung ab, die als bedeutsames Zeugnis für das richtige Verhalten der KPD in einer wichtigen Frage der Strategie und Taktik gewertet werden kann: „Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages stimmt für den sozialdemokratischen Ministerpräsidentschaftskandidaten Dr. Zeigner. Die grundsätzliche Stellung der KPD zum bürgerlichen Parlamentarismus bleibt durch die Abstimmung unberührt. Die KPD ist sich mit dem revolutionären Proletariat darin einig, daß die Arbeiterklasse die politische Macht nicht auf dem Wege über den bürgerlichen Parlamentarismus, sondern nur durch die Diktatur des Proletariats erobern kann. In den politischen Vereinbarungen zwischen der KPD und der VSPD über die Regierungsbildung erblickt die KPD eine bedeutsame Niederlage der Koalitionspolitik. Der Widerstand der Arbeitermassen gegen jedes Paktieren mit der Bourgeoisie hat sich in der Sozialdemokratischen Partei Sachsens durchgesetzt. Die Bildung der neuen sozialdemokratischen Minderheitsregierung hat unter der tätigsten Mitarbeit und Kontrolle der arbeitenden Massen außerhalb des Parlaments stattgefun-

36 Zur Einschätzung der Verhandlungen zwischen dem Landesvorstand der KPD und der Siebenerkommission der VSPD sowie ihrer Ergebnisse vgl. Raimund Wagner, „Der Kampf um die proletarische Einheitsfront . . .“, in: „BzG“, 1963, Heft 4, S. 655/656.

den. Dieser Umstand erleichtert der KPD die Zustimmung zur Wahl des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Die Mitarbeit der proletarischen Massen an den Grundsätzen der neuen Regierung verpflichtet dieselbe, die erste Voraussetzung ihres Bestandes und Erfolges ohne Rücksicht auf das Bürgertum zu erfüllen: Unmittelbare Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse außerhalb des Parlaments. Der Kampf gegen die fortschreitende und täglich drückender werdende Offensive des Kapitals, die Niederwerfung des Faschismus sowie der Kampf gegen Wucher und Teuerung verlangen gebieterischer denn je die Bildung der proletarischen Einheitsfront. Die sozialdemokratische Regierung muß sich auf diese Kampffront innerhalb des Proletariats stützen oder vor der Bourgeoisie kapitulieren. Die proletarische Einheitsfront muß im Kampf gegen die besitzende Klasse in Sachsen endgültig geschlossen und durch die Aufstellung eines proletarischen Programms für eine Arbeiterregierung durch einen Betriebsrätekongreß manifestiert werden. Die KPD, die immer an der Seite der unterdrückten Proletarier als Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft den Kampf um die Lebensexistenz der ausgebeuteten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten führt, wird auch in Sachsen zielbewußt und rücksichtslos für die Errichtung einer Arbeiterregierung weiterkämpfen."[37]

Gegenüber der Regierung des Rechtssozialisten Wilhelm Buck stellte das Kabinett Zeigner-Liebmann-Graupe einen bedeutenden Fortschritt dar. In dem von Dr. Erich Zeigner in der Regierungserklärung[38] entwickelten Programm wurde eine Politik proklamiert, die auf außen- und innenpolitischem Gebiet im offenen Gegensatz zur Politik der großbürgerlichen Reichsregierung Cuno und ihrer Hintermänner stand. Wenn die Regierung rückblickend eingeschätzt wird, so kann gesagt werden, daß sie sich eben auf Grund dieser Politik positiv von allen anderen sozialdemokratischen Regie-

37 „Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1923", Bd. 1, Dresden 1924, S. 656/657.

38 Zur Einschätzung der Regierungserklärung Dr. Erich Zeigners vgl. Raimund Wagner, „Der Kampf um die proletarische Einheitsfront...", in: „BzG", 1963, Heft 5/6, S. 922 – 925.

rungen, ganz zu schweigen von den Koalitionsregierungen und großbürgerlichen Kabinetten während der Weimarer Republik unterschied. Die KPD handelte richtig, als sie ultralinke Elemente in ihren Reihen in die Schranken wies, die die bürgerlich-demokratischen Illusionen entspringenden Halbheiten des Regierungsprogramms in den Vordergrund stellten und das Zustandekommen der Regierung mit Hilfe der KPD als parlamentarische Komödie abzustempeln suchten. Ungeachtet aller Inkonsequenzen und Schwankungen des von linken Sozialdemokraten geführten Kabinetts bestanden in keinem anderen Teil Deutschlands so günstige Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse wie in Sachsen. Die neue sächsische Regierung stand von Anfang an im Kreuzfeuer der Bourgeoisie und rechtssozialdemokratischer Führer. Mit dem Einheitsfrontabkommen und der Lösung der Regierungskrise in Sachsen im Interesse der Arbeiterklasse verschärfte sich der Klassenkampf, und das Ringen um die Aktionseinheit und eine Arbeiterregierung trat in eine neue Phase.

3. Um die Verwirklichung des Einheitsfrontabkommens zwischen dem Landesvorstand der KPD und der sozialdemokratischen Siebenerkommission vom 15. März 1923

Gemeinsame antifaschistische Aktionen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier

Die Parteiorganisationen in den Unterbezirken Zwickau und Oelsnitz-Lugau ließen sich nach der Bildung der linkssozialdemokratischen Regierung in ihrer Tätigkeit von den Beschlüssen des Bezirksausschusses Erzgebirge-Vogtland leiten, der am 25. März 1923 in Chemnitz tagte. Der Bezirksausschuß hatte die Entscheidung des Landesvorstandes in der Regierungsfrage gebilligt. Er bezog einen richtigen Standpunkt, indem er erklärte, daß mit der Lösung der Regierungskrise der Kampf um die Arbeiterregierung kein Ende gefunden habe und es für die KPD erforderlich sei, „gerade in dieser Situation ihre vollständige politische Selbständigkeit" zu betonen und besonderen Wert „auf die Wahrung der klaren kommunistischen Linie" zu legen. Die Parteimit-

glieder wurden aufgefordert, alle Kraft einzusetzen, um die für die Unterstützung der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe aufgestellten Mindestforderungen, die Vereinbarungen vom 15. März, zu realisieren. Eingedenk der offenen Kampfansage seitens der Bourgeoisie gegen das Einheitsfrontabkommen und angesichts der Spaltungsversuche rechter Führer sowie unter Berücksichtigung der Haltung der linkssozialdemokratischen Führer, die unter dem Druck der Reaktion zu lavieren suchten, stellte der Bezirksausschuß fest, daß „nur die vollständige Mobilisierung der Massen . . . eine Gewähr" für die Verwirklichung des Abkommens biete.[39]

Der Bezirksausschuß erachtete es für erforderlich, den Kampf gegen die faschistische Bewegung zu verstärken. Das war eine richtige Orientierung, gab es doch Anzeichen dafür, daß sich das Treiben der Faschisten im Frühjahr 1923 verstärkte. So liegen aus dieser Zeit Berichte über eine militärische Nachtübung faschistischer Elemente vor, die in Bataillonsstärke in den Wäldern des oberen Erzgebirges durchgeführt wurde und an der die Ortsgruppen Zwickau, Stollberg, Werdau, Aue und Schwarzenberg der NSDAP teilnahmen. An ihr beteiligten sich auch leitende Mitarbeiter des Bergbaulichen Vereins. Die Führung lag in den Händen der Bezirksleitung der NSDAP in Sachsen, die ihren Sitz in Zwickau hatte.[40]

Im April 1923 kam es im Zeichen des antifaschistischen Kampfes zu ersten gemeinsamen Schritten der Arbeiterparteien. Dabei wirkten sich die Vereinbarungen zwischen dem Landesvorstand der KPD und der Siebenerkommission der VSPD positiv aus. Anfang April 1923 beschlossen die kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten im Oelsnitzer Stadtparlament die Bewaffnung des Kontrollausschusses, um seine Mitglieder vor faschistischen Umtrieben zu schützen.[41]

39 „Der Kämpfer", 26. März 1923.

40 Vgl. Landeshauptarchiv Magdeburg (weiterhin geführt als LHAM), C 20 Ib, Nr. 4629, Bd. III, Bl. 65; Stadtarchiv Oelsnitz/Erzgeb. (weiterhin geführt als SAOe), Abt. 1 Ab 40 b, Nr. 188, Bl. 6.

41 Vgl. „Der Kämpfer", 20. April 1923.

In dieser Zeit kam es auch zu gemeinsamen außerparlamentarischen antifaschistischen Aktionen von Mitgliedern der Arbeiterparteien. Ein besonders charakteristisches Beispiel ist aus Zwickau bekannt. Hier war für den 17. April im größten Saal der Stadt eine Veranstaltung angekündigt worden, auf der über den „Krieg an der Ruhr" referiert werden sollte. Zwei Tage zuvor hatte die NSDAP eine umfangreiche Flugblattaktion durchgeführt, und es war bereits zu Zusammenstößen zwischen organisierten Arbeitern und Faschisten gekommen. „Unter der Arbeiterschaft in Zwickau", so schätzte der sozialdemokratische Regierungskommissar die Lage ein, „ist über das Treiben der Nat.-Sozialisten eine hochgradige Erregung vorhanden."[42]

Die KPD rief die Arbeiter zur Gegendemonstration auf. Auch die VSPD und die Gewerkschaften trafen Gegenmaßnahmen, so daß am 17. April die Mehrheit der mehrere hundert Teilnehmer zählenden Veranstaltung aus organisierten Arbeitern bestand. Über ihren Verlauf gibt ein Polizeibericht Auskunft: „Als der Referent etwa 1 Stunde über die Gewalttätigkeit an der Ruhr gesprochen hatte und sich bei seinen Ausführungen in der Hauptsache darauf beschränkte, in chronologischer Reihenfolge die Übergriffe und Gewaltakte der Franzosen aufzuzählen, setzte eine Unruhe ein, lebhafte Schlußrufe ertönten, verschiedene Versammlungsteilnehmer drängten nach dem Vorstandstisch und verlangten, daß sich der Redner kurzfassen soll. Hierauf ergriffen Grube-KPD und Loges-VSPD das Wort zur Geschäftsordnung."[43] Die Faschisten, die Arbeiterfäuste zu spüren bekamen, verließen schließlich fluchtartig den Saal. Der weitere Verlauf der Veranstaltung gestaltete sich zu einer Kundgebung der proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus.

Eine wichtige Seite des antifaschistischen Kampfes stellten die Bemühungen der KPD dar, die Wahrheit über die Sowjetunion, besonders über den Charakter der sozialistischen Demokratie, zu verbreiten, weil die Hetze gegen die Sowjetunion den Faschisten den Boden bereitete und der Antisowjetismus einen wichtigen Bestandteil der faschistischen Ideo-

42 SLHAD, MdI, Nr. 11119, Bl. 57.
43 Ebenda.

logie bildete. Über die Anstrengungen, die die KPD zur Aufklärung der Werktätigen in dieser Richtung unternahm, heißt es in einem Polizeibericht vom April 1923: „Im ganzen Chemnitzer und Zwickauer Bezirk treibt die KPD eine lebhafte Reklame mit Lichtbildern, in welchen die Vorteile, die Sowjetrußland der Menschheit gebracht habe, gezeigt werden."[44]

Zu einer Manifestation der deutsch-sowjetischen Freundschaft gestaltete sich im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier das Auftreten von Mitgliedern der Delegation des Gesamtrussischen Gewerkschaftsverbandes, die der deutschen Arbeiterklasse nahezu 10 000 Tonnen Brotgetreide als Geschenk überbracht hatte. Das war das Ergebnis einer Solidaritätsaktion der sowjetischen Werktätigen.[45] In Oelsnitz organisierte die KPD am 19. April 1923 ein Meeting mit den sowjetischen Genossen, an dem etwa 3000 Werktätige teilnahmen. Unter ihnen befanden sich auch viele Sozialdemokraten und Parteilose. Dem Pressebericht zufolge bezeichnete es der Sprecher der sowjetischen Delegation „als ein Zeichen brüderlicher Solidarität, daß die russischen Brüder gesammeltes Brotgetreide ihren darbenden Brüdern in Deutschland senden". Er warnte zugleich vor der Gefahr des Faschismus.[46] Eine weitere Kundgebung fand in Zwickau statt.[47]

Aufschwung der Kontrollausschuß- und revolutionären Betriebsrätebewegung

Im April 1923 gelang es der KPD, die ersten gemeinsamen Kontrollausschüsse zu schaffen, die als Selbsthilfeorgane der Werktätigen gegen Teuerung und Wucher eine wichtige Rolle zu spielen begannen. So kam es wenige Tage nach den Vereinbarungen vom 15. März in Stollberg zu einer gemeinsamen Beratung der Leitungen der beiden Arbeiterparteien,

44 LHAM, C 20 Ib, Nr. 4629, Bd. III, Bl. 57.

45 Vgl. Wolfgang Ruge, „Die Stellungnahme der Sowjetunion . . .", a. a. O., S. 59 ff.

46 „Der Kämpfer", 24. April 1923.

47 Vgl. IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 12.

auf der die Schaffung eines Kontrollausschusses beschlossen wurde. Dieser setzte sich aus je zehn Mitgliedern der KPD und VSPD zusammen. Weitere Kontrollausschüsse entstanden in der Folgezeit in Ober- und Niederwürschnitz, Neuwiese, Hoheneck, Lichtenstein, Zwickau und in anderen Orten.[48] Ihre Herausbildung kam einem Sieg über die einheitsfeindlichen Kräfte gleich.

Eine wichtige Triebkraft dieser Entwicklung war die immer größer werdende soziale Not der Massen, die das gemeinsame Vorgehen zur Verteidigung der unmittelbaren Tagesinteressen dringender denn je gebot. Einen gewissen Einblick in die Tätigkeit eines Kontrollausschusses geben die folgenden Erinnerungen von Paul Tuchscherer, der dem Oelsnitzer Kontrollausschuß angehörte: „Den Vorsitzenden machte der KPD-Genosse Ernst Hellwig und seinen Vertreter Richard Rammler von der SPD. Hierzu muß man sagen, daß die Zusammenarbeit eine sehr gute war. Zudem genoß der Kontrollausschuß großes Vertrauen bei der gesamten Bevölkerung. Seinerzeit war es notwendig, die ständigen Preistreibereien zu unterbinden, und viele Kontrollen wurden dieserhalb bei verschiedenen Geschäftsleuten durchgeführt. Dadurch konnte vielen Arbeitern zu ihrem Recht geholfen werden."[49]

Die soziale Basis der Kontrollausschüsse war von allen Einheitsfrontorganen am breitesten. Beispielsweise gehörten der auf Beschluß der beiden Arbeiterparteien in Wilkau gebildeten Preisprüfungsstelle und dem Kontrollausschuß drei Arbeiter, eine Arbeiterfrau, zwei Kleingewerbetreibende und zwei Kleinhändler an. Im Oelsnitzer Kontrollausschuß war außer Bergarbeitern und Gewerbetreibenden auch ein Kleinbauer vertreten.[50]

48 Vgl. „Der Kämpfer", 6. April 1923 und 14. Juni 1923. Siehe auch LHAM, C 20 Ib, Nr. 4629, Bd. III, Bl. 64.

49 „Die Klassenschlacht im Jahre 1923 unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier ...", a. a. O., S. 16.

50 Stadtarchiv Wilkau (weiterhin geführt als SAW), Rat der Gemeinde Wilkau, Nr. XVIII/6/9, Bl. 3; Erinnerungsbericht von Bernhard Thriemer, Neuwürschnitz/Erzgeb. (im Besitz des Verf.).

In dieser Zeit trat auch die revolutionäre Betriebsrätebewegung immer stärker in den Vordergrund des Klassenkampfes. Das Leben selbst hatte viele Betriebsräte gelehrt, daß die Konzeption der Rechtssozialisten, nach der es möglich sein sollte, durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik und mit Hilfe der Betriebsräte zur Demokratisierung und zum Hineinwachsen in den Sozialismus beizutragen, eine schädliche Illusion war, die objektiv zur Stärkung der Positionen der deutschen Imperialisten und Militaristen führte. Die eigenen, unmittelbaren Erfahrungen brachten im Frühjahr 1923 klassenbewußte Betriebsräte zu der Erkenntnis, daß die wenigen durch das Betriebsrätegesetz gegebenen demokratischen Rechte und die im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft betriebene Politik keine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Lage der Arbeiter zuließen. Die KPD hatte von jeher den Standpunkt vertreten, daß die Betriebsräte die proletarischen Klasseninteressen im Betrieb verfechten und ihre Kenntnisse der Arbeitsverhältnisse benutzen sollten, um die Arbeiter für die Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen und demokratischer Rechte zu mobilisieren.

Die revolutionären Betriebsräte griffen die Tagesforderungen der Arbeiter, insbesondere ihren Ruf nach Verwirklichung der zehn Forderungen des ADGB, auf und traten für die Aktionseinheit zur Verteidigung der Lebensinteressen der Werktätigen gegenüber der Offensive des Kapitals und der militaristischen Reaktion ein. Es hatte sich erwiesen, daß die Betriebsräte ihrem Wählerauftrag, ihrer Verantwortung vor der Arbeiterklasse und der Nation nur gerecht werden konnten, wenn sie sich vom Einfluß der rechten Gewerkschaftsführer frei machten und in Verbindung mit der Gewerkschaftsopposition selbständig zur Durchführung einer echten Arbeiterpolitik übergingen. Ein solcher Schritt lag auch im Interesse der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen, deren Widerstandsfähigkeit gegen die Angriffe der Monopole und Anziehungskraft auf die Unorganisierten durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik herabgemindert wurde.

Geführt von der KPD entwickelte sich die revolutionäre Betriebsrätebewegung zum Mittelpunkt der Sammlung der Arbeiter über alle politischen und beruflichen Schranken

hinweg zum gemeinsamen Abwehrkampf. Sie wurde zu einer spezifischen Organisationsform, die Mitglieder aller Arbeiterparteien und Gewerkschaftsorganisationen, Unionisten und Unorganisierte vereinte. Auch hier erwies sich das Abkommen zwischen KPD und VSPD vom 15. März als förderlich für die Entwicklung der Betriebsräte zu Einheitsfrontorganen.

1. Mai 1923 im Zeichen der Arbeitereinheitsfront

Im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier sprachen sich immer häufiger sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre für den einheitlichen Kampf der Arbeiter über alle Parteigrenzen hinweg gegen die Ruhrbesetzung, die Politik der Cuno-Regierung und die faschistische Bedrohung aus. Den bisherigen Höhepunkt dieser Entwicklung bildeten die Vorbereitungen für den 1. Mai und sein Verlauf. Hier wurde besonders sichtbar, daß das Spitzenabkommen vom 15. März den Kommunisten erleichterte, den Widerstand gegen die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien mit größerem Erfolg zu überwinden, ja, daß es die Herausbildung der Einheitsfront förderte und umgekehrt diese Entwicklung auf regionaler Ebene nicht ohne positive Rückwirkung auf weitere Spitzenverhandlungen blieb. In diesem Zusammenhang muß auch das Zustandekommen von Vereinbarungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften eingeschätzt werden, den Kampftag der internationalen Arbeiterklasse gemeinsam zu begehen.

Sie kamen in den Orten des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers im allgemeinen auf der Grundlage folgender Losungen zustande: Gegen das hochverräterische Treiben der Faschisten; gegen die Reparationspolitik der kapitalistischen Mächte; gegen die ungerechte Steuerpolitik; gegen Teuerung und Wucher; für den Bestand der Republik; für die Erhaltung des Achtstundentages; für ein einheitliches Arbeitsrecht; für den Völkerfrieden; für den Sozialismus.[51] Der gemeinsame Maiaufruf der Arbeiterparteien und Gewerkschaften im Unterbezirk Oelsnitz-Lugau hatte im entscheidenden

51 Vgl. „Der Kämpfer", 26. April 1923.

Abschnitt folgenden Wortlaut: „Arbeitsbrüder, Arbeiterschwestern, Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erkennt die riesengroßen Gefahren, die euch umgeben. Demonstriert am 1. Mai gegen Imperialismus, den Faschismus, die Kriegsgefahr und die kapitalistische Wirtschaftsordnung, für den Völkerfrieden, Erhaltung des Achtstundentages, Ausbau der Sozialgesetzgebung. Rüttelt alle Säumigen auf! Erscheint in Massen! Gewerkschaftskartell Lugau/Oelsnitz/Stollberg und Umgebung. Vereinigte Sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei."[52]

Die Forderungen widerspiegeln die Gemeinsamkeiten, die im Kampf der beiden Arbeiterparteien gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und Sozialismus bestanden. Sie sind ein Ausdruck des Einflusses, den die KPD auf die sozialdemokratischen Arbeiter ausübte und zeigen zugleich das Fortwirken von Traditionen der revolutionären Sozialdemokratie unter den sozialdemokratischen Mitgliedern und linkssozialdemokratischen Funktionären. Nur gemeinsam mit den klassenbewußten Arbeitern in der VSPD konnte die Reaktion geschlagen und eine Wende in der deutschen Politik herbeigeführt werden.

Am 1. Mai bewegten sich durch das Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier die Marschsäulen der gemeinsam demonstrierenden Mitglieder der Arbeiterparteien und Gewerkschaftsverbände, der Union der Hand- und Kopfarbeiter und der anderen unionistischen Organisationen, von Parteilosen, unorganisierten Arbeitern und anderen Werktätigen. Die Demonstrationszüge aus Oelsnitz, Ober- und Niederwürschnitz, Neuwiese, Lugau, Hoheneck und anderen Orten fanden sich in Stollberg zu einer Kundgebung zusammen, die etwa 16 000 Teilnehmer zählte. Hier sprachen Vertreter der KPD und der VSPD.[53] Eine weitere Kundgebung mit über 5000 Demonstranten aus Rödlitz und anderen Bergarbeiterorten fand in Gersdorf statt, wo ebenfalls Redner beider Arbeiterparteien auftraten.[54] In Zwickau, wo als Vertreter der KPD der Landtagsabgeordnete Bruno Granz sprach, be-

52 Ebenda, 29. April 1923.
53 Vgl. ebenda, 17. Mai 1923.
54 Vgl. ebenda, 2. Mai 1923.

teiligten sich über 10 000 Werktätige an der Kundgebung.[55] Das gemeinsame Auftreten der Arbeiter unter den Losungen des sozialen und nationalen Befreiungskampfes stärkte den Glauben der Arbeiterklasse an die eigene Kraft und war ein wichtiger Faktor im Prozeß der weiteren Zurückdrängung des Einflusses einheitsfeindlicher Elemente.

Einheitsfrontabkommen gefährdet

Anfang Mai 1923 verschärfte sich die politische Lage. Die Regierung Cuno bot am 2. Mai den imperialistischen Westmächten Verhandlungen über Reparationen an, so daß die reale Gefahr eines Kompromisses zwischen den deutschen und französischen Imperialisten auf Kosten der Arbeiterklasse und der ganzen Nation heranreifte.[56] Es gab Anzeichen dafür, daß die Sozialdemokratie in die Reichsregierung einbezogen werden sollte, um unter dem Deckmantel der großen Koalition im Innern den Weg für eine imperialistische Verständigung auf außenpolitischem Gebiet frei zu machen. Gleichzeitig wurde von extrem reaktionären Teilen der Monopolbourgeoisie und der Reichswehrgeneralität erwogen, die bürgerlich-demokratische Republik durch eine offene Militärdiktatur zu ersetzen. Die Angriffe auf das linkssozialdemokratische Kabinett in Sachsen nahmen zu. Die Bestrebungen zur Torpedierung des Einheitsfrontabkommens verstärkten sich. Ernsthaft gefährdet war das Abkommen hinsichtlich der Bildung gemeinsamer Hundertschaften. Bis Mai 1923 war es der KPD nicht gelungen, die Verwirklichung dieses Punktes der Vereinbarungen vom 15. März durchzusetzen. Gegen ihn richtete nun die imperialistische Reaktion ihr Hauptfeuer. Die Koalitionspolitiker in den Reihen der VSPD widersetzten sich seiner Durchführung.

Mit bemerkenswerter Klarheit enthüllte die KPD die Gefahren, die von den imperialistischen Machthabern drohten und aus der Politik rechter Führer erwuchsen.

In einer der Öffentlichkeit unterbreiteten Stellungnahme des

55 Vgl. ebenda.

56 Günter Hortzschansky, „Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren . . .", a. a. O., S. 96 – 103.

Landesvorstandes Sachsen der KPD zur Verschärfung der politischen Lage wurde wörtlich erklärt: „Die sich vorbereitende Kapitulation der deutschen Bourgeoisie vor Poincaré bedroht die gesamte werktätige Bevölkerung mit der vollständigen Vernichtung ihrer Existenzbedingungen und liefert das Proletariat der doppelten Ausbeutung durch das deutsche und französische Kapital aus. Die Kapitulation vor dem französischen Imperialismus findet ihren politischen Ausdruck in den Bestrebungen zur Aufrichtung der großen Koalition im Reiche und in den Ländern . . . Die Folgen dieser Kapitulationspolitik müssen sein: Stärkung der faschistischen Reaktion, restlose Versklavung der werktätigen Massen, wirtschaftlicher und politischer Untergang Deutschlands. Die Bourgeoisie mobilisiert, unterstützt von den rechten Führern der VSPD im Reiche und in Sachsen, alle Kräfte gegen die linkssozialistische Regierung und die Einheitsfronttaktik in Sachsen."[57] Mit Recht kritisierte die KPD aber auch die inkonsequente Haltung linkssozialdemokratischer Führer gegenüber den Verpflichtungen, die sich aus dem Abkommen mit der KPD ergaben. Sie verhandelte mit Georg Graupe und den anderen Mitgliedern der Siebenerkommission durchaus nicht, wie der marxistische Historiker Raimund Wagner meint, „ohne sie jemals wegen ihrer Stillhaltepolitik gegenüber den Rechten zu kritisieren".[58] Nachdem bereits in einer am 3. Mai 1923 veröffentlichten Erklärung des Landesvorstandes Sachsen der KPD zum Stand der Verhandlungen mit der Siebenerkommission auch die „Halbheiten und Schwankungen der Siebenerkommission" kritisiert worden waren[59], erschien schließlich am 8. Mai 1923 der Aufruf des Landesvorstandes der KPD „An das sächsische Proletariat! An die sozialdemokratische Arbeiterschaft Sachsens!"[60]

In diesem Aufruf wurde auf die Gefahren verwiesen, die aus dem Widerstand von Rechtssozialisten gegen die Bildung ge-

57 „Die Rote Fahne", 12. Mai 1923.

58 Raimund Wagner, „Der Kampf um die proletarische Einheitsfront . . .", „BzG", 1963, Heft 5/6, S. 927.

59 „Die Rote Fahne", 3. Mai 1923.

60 „Der Kämpfer", 8. Mai 1923. — Alle Angaben, die sich auf den Aufruf beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

meinsamer Hundertschaften erwuchsen. Die Schuld an der Durchbrechung der Vereinbarungen in dieser Frage, so wurde zugleich richtig festgestellt, trifft aber „auch zum Teil die Siebenerkommission, die durch ihre schwankende, unentschlossene Haltung gegenüber den rechten Führern den Boden für diese Sabotage geebnet hat". Der Landesvorstand, der die linkssozialdemokratische Regierung ausdrücklich als einen Fortschritt gegenüber allen anderen vorangegangenen sozialdemokratischen Landesregierungen einschätzte, warnte vor den Bestrebungen rechter Führer, die auf den Sturz des Kabinetts gerichtet waren. Unmißverständlich brachte er jedoch auch den Standpunkt der KPD zum Ausdruck, daß „die Frage von gemeinsamen Abwehrhundertschaften die Lebensfrage der Regierung Zeigner ist". Der Aufruf appellierte an die sozialdemokratischen Arbeiter, gemeinsam mit den Kommunisten proletarische Hundertschaften aufzubauen, und schloß mit den Worten: „Arbeiter Sachsens! Die proletarische Einheitsfront ist in Gefahr. Verhindert den Sturz der jetzigen Regierung, fordert die genaue Einhaltung der Vereinbarungen, zwingt die Siebenerkommission zum aktiven Vorgehen gegen die Saboteure. Nieder mit der arbeiterfeindlichen Koalitionspolitik. Es lebe die kämpfende Einheitsfront in Sachsen! Es lebe der gemeinsame Abwehrkampf des gesamten Proletariats gegen die Faschisten!"

4. Bedeutsame Veränderungen in der Arbeiterbewegung

Rechte Führer auf sozialdemokratischem Bezirksparteitag in Zwickau isoliert

Unter den Anfang Mai 1923 entstandenen Bedingungen des Klassenkampfes lastete auf dem Parteitag des Bezirksverbandes Zwickau der VSPD, der für den 10. Mai einberufen war, eine große Verantwortung, zumal es sich um den ersten Bezirksparteitag handelte, den die VSPD in diesem Gebiet nach dem außerordentlichen Landesparteitag durchführte.[61]

61 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 11. Mai 1923. — Alle Angaben, die sich auf den Bezirksparteitag der VSPD beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

An den Beratungen nahmen 202 Delegierte teil. Weiterhin waren Mitglieder des Bezirksvorstandes, Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie Vertreter der Redaktion des „Sächsischen Volksblattes“ anwesend. Der Parteitag sah folgende Tagesordnung vor: 1. Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1922/1923; 2. Die politische Lage in Sachsen.

Sein Verlauf wurde von den linkssozialistischen Kräften beherrscht. Lediglich der Reichstagsabgeordnete Friedrich Puchta unternahm offen den Versuch, die Positionen der rechten Führer zu verteidigen und die Politik, wie sie von der Siebenerkommission und der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe betrieben wurde, insbesondere aber die Zusammenarbeit mit den Kommunisten, zu diskreditieren. „Die Kommunistische Partei“, so behauptete Friedrich Puchta, ist „kein Kontrahent, mit dem feste Vereinbarungen getroffen werden können.“ Er wiederholte alte, bis in unsere Gegenwart hinein gebrauchte antikommunistische Verleumdungen, als er seinen einheitsfeindlichen Standpunkt damit begründete, daß angeblich die KPD „in ihrer Politik nicht selbständig“ sei, sondern „ihre Weisung aus Moskau“ erhalte. Auch der Referent zum 1. Tagesordnungspunkt, der Zwickauer Reichstagsabgeordnete Richard Meier, brachte, wenn auch nicht so offen, seine feindselige Haltung gegenüber der Linie der linken Sozialdemokraten zum Ausdruck. Alle anderen Redner enthielten sich solcher Ausfälle gegen die KPD und verurteilten die Sabotage der Vereinbarungen vom 15. März und der Politik der sächsischen Regierung durch Rechtssozialisten. Sie wandten sich gegen die Koalitionspläne und traten für die proletarische Einheitsfront ein.

Georg Graupe, der das Referat zum zweiten Tagesordnungspunkt hielt, verteidigte die von den linken Führern der VSPD in Sachsen eingeschlagene Politik, besonders das linkssozialdemokratische Kabinett, das „im Interesse des Proletariats“ liege. Er stellte fest, daß „die Widerstände gegen den neuen Linkskurs nicht bloß vom bürgerlichen Lager, sondern auch von einem kleinen Kreise Parteigenossen ausgehen“ und forderte dazu auf, „mit aller Schärfe“ gegen diese Machenschaften einzuschreiten. Unverhohlen äußerte er sein Mißtrauen zu den von den Vertretern der Reichstagsfraktion vorgetragenen Versicherungen, daß eine Regierung der gro-

ßen Koalition im Reich ausgeschlossen sei. Georg Graupe verwies darauf, daß nicht die Kommunisten daran dächten, die linkssozialdemokratische Regierung zu stürzen, sondern daß vielmehr die Rechten in der VSPD eine ernste Gefahr für die „eingeschlagene Linkspolitik" darstellten. Er forderte deshalb dazu auf, „konsequent" zu handeln, „um die Voraussetzungen für diese Politik zu schaffen".

Georg Graupe warnte vor den Umtrieben der reaktionären Geheimorganisationen, die, wie er richtig einschätzte, „auf eine Militärdiktatur hinsteuern", und bezeichnete in diesem Zusammenhang die Existenz der sozialdemokratischen Regierungen in Sachsen, Thüringen und Braunschweig als „Bollwerk gegen die Anschläge der Reaktion". Für die sächsische Regierung gelte es, so erklärte er, entsprechend den Grundsätzen der Regierungserklärung die Reichspolitik zu beeinflussen: „Die Parteigenossen haben die Aufgabe, die gemeinsame Politik nicht bloß in Sachsen, sondern auch im Reich durchzuführen. Dann erfüllen wir die historische Aufgabe für den Sozialismus." Die Ausführungen Georg Graupes vor den Delegierten des Bezirksparteitages in Zwickau waren von positiver Bedeutung, weil sie im wesentlichen richtig die Gefahren umrissen, die von seiten der Reaktion drohten. Sie können zugleich als ein erneutes Bekenntnis zum gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten gewertet werden.

Noch deutlicher kam die Stimmung unter den Mitgliedermassen im Auftreten einiger Delegierter aus den Ortsgruppen der VSPD zum Ausdruck. Es erwies sich auf dem Bezirksparteitag, daß immer wieder in den sozialdemokratischen Parteiorganisationen, den rechten Führern zum Trotz, der Wille durchbrach, die Lebensinteressen der Arbeiter im Klassenkampf durchzusetzen. Dem Bericht des „Sächsischen Volksblatts" zufolge wandte sich beispielsweise ein Delegierter „scharf gegen die von parteigenössischer Seite erhobenen Angriffe gegen die Siebenerkommission. Jedenfalls", so rief dieser sozialdemokratische Genosse aus, „sei am Arme des kommunistischen Bruders mehr sozialistische Politik zu treiben, als in den Armen der Kapitalisten. Er verlangte Parteidisziplin, auch von den Parteibischöfen und -offizieren. Eine gewaltige Auseinandersetzung mit dem Bürgertum würde uns nicht erspart bleiben, die jetzige Politik ist die einzig

richtige, sie entspricht dem proletarischen Klasseninstinkt. Die breiten Massen würden es als kalten Wasserstrahl empfunden haben, wenn von uns anders gehandelt worden wäre." Ein anderer Delegierter verneinte ebenfalls die „Frage, ob mit den Vertretern des kapitalistischen Wirtschaftssystems gemeinsame Politik zu treiben sei", und erhob die Forderung, sich „in Sachsen links" einzustellen. Der Planitzer Delegierte Kurt Müller forderte, die „gemeinsame Abwehrorganisation" aufzubauen, „wie vorgeschlagen. Der Zwickauer Parteitag muß hinter diesen Beschlüssen stehen, weil wir keine Schädigung der Regierung wollen". Ein anderer Delegierter empfahl schließlich, die Konsequenzen aus dem Verhalten rechtssozialdemokratischer Funktionäre zu ziehen und sie aus der Partei auszuschließen sowie „diejenigen Landtagsabgeordneten, welche die Regierung bekämpfen, nicht wieder aufzustellen".

Die Diskussion auf dem Parteitag zeigte, daß die linken Führer der VSPD im Bezirksverband Zwickau eine feste Stütze hatten und rechte Führer in wichtigen Fragen isoliert waren. Das bewies auch die Annahme von zwei Anträgen, die von Max Seydewitz eingebracht worden waren. „Der Bezirksparteitag", so lautete der entscheidende Abschnitt in dem einen Dokument, „vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß jede offene oder versteckte große Koalition abzulehnen ist." Die andere Entschließung hatte folgenden Wortlaut: „Der am 10. Mai in Zwickau tagende Bezirksparteitag der VSPD im Bezirke Zwickau stellt sich voll und ganz hinter die Entscheidung, die der letzte Landesparteitag zur Lösung der sächsischen Regierungskrise gefällt hat, und stellt mit Befriedigung fest, daß es der Siebenerkommission, gestützt auf die Beschlüsse des Landesparteitages und unter völliger Wahrung der sozialdemokratischen Grundsätze, gelungen ist, trotz aller Schwierigkeiten eine rein sozialistische Regierung mit positiver kommunistischer Unterstützung zustande zu bringen. Der Zwickauer Bezirksparteitag spricht der von der obersten Instanz unserer Partei eingesetzten und getragenen Siebenerkommission volles Vertrauen für die von ihr im Auftrage der sächsischen Parteigenossenschaft geleistete erfolgreiche Arbeit aus. Das gleiche rückhaltlose Vertrauen spricht der Zwickauer Bezirksparteitag dem Kabinett Zeigner

aus; er stellt sich freudig und geschlossen hinter deren erfreulich-klares sozialistisches Regierungsprogramm und erwartet von der Landesregierung, daß sie unbeirrt und unbeschadet um alle Schwierigkeiten den nunmehr eingeschlagenen Weg fortsetzt. Die Parteigenossenschaft im Zwickauer Bezirk ist bereit, das Kabinett Zeigner bei allen Gelegenheiten mit allen Kräften und gegen alle Angriffe zu unterstützen. Der Zwickauer Bezirksparteitag begrüßt, daß sich der Landesarbeitsausschuß der VSPD, ebenso wie die Siebenerkommission, für die Bildung gemeinsamer Abwehrorganisationen ausgesprochen haben und beschließt, im Zwickauer Bezirk nach den Vorschlägen der Siebenerkommission und des Landesarbeitsausschusses sofort mit der Bildung gemeinsamer Abwehrorganisationen zu beginnen. Der Bezirksvorstand der VSPD Bezirk Zwickau."[62]

Auf dem Bezirksparteitag wurde zugleich sichtbar, daß die Illusionen über den Weg zum Sozialismus, einen Weg, der weder kapitalistisch noch kommunistisch sei, eben über jene kleinbürgerlich - reformistische Konzeption des „dritten Weges" der Sozialdemokratie, unter den Mitgliedern der VSPD nach wie vor stark waren. In solchen grundsätzlichen Fragen wie der Stellung zum Staat, zur proletarischen Diktatur und bürgerlichen Demokratie machten sich die verhängnisvollen Auswirkungen des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterbewegung besonders stark bemerkbar.

Viele sozialdemokratische Arbeiter waren in dem Glauben befangen, daß es möglich sei, auf dem Boden der Weimarer Republik über die Gewinnung der Mehrheit bei den Wahlen zum Sozialismus vorwärts schreiten zu können. Sie glaubten ehrlichen Herzens, den richtigen Weg zur Errichtung eines demokratischen, friedliebenden und sozialistischen deutschen Staates zu gehen.

Erfüllt von Stolz auf den in diesem Gebiet besonders starken Oppositionsapparat der VSPD, eng verbunden mit ihrer Partei, der sie teilweise bereits jahrzehntelang angehörten und zu deren Aufbau sie unter vielen persönlichen Opfern beigetragen hatten, meinten auch linke Sozialdemokraten,

62 „Der Kämpfer", 18. Mai 1923.

daß den Erfordernissen Genüge getan sei, wenn die Rechten in die Schranken gewiesen und gewisse Korrekturen in der praktischen Politik vorgenommen wurden. Die Bildung der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe hatte falschen, revisionistischen Auffassungen über den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie und der Weimarer Republik im allgemeinen und der Staatsmacht in Sachsen im besonderen weitere Nahrung gegeben. Im Sinne der von der Sozialdemokratie verfolgten Konzeption wurde in den Dokumenten des Bezirksparteitages das sächsische Kabinett als „sozialistische" Regierung charakterisiert und in der Entschließung des Parteitages sogar von einem „erfreulich-klaren sozialistischen" Regierungsprogramm gesprochen.

Es war kein Zufall, daß weder von den Referenten noch von den Diskussionsrednern die Frage des außerparlamentarischen Kampfes gegen die Cuno-Regierung angeschnitten wurde. Vielmehr blieb die Auffassung von Richard Meier unwidersprochen, es müsse verhindert werden, „daß sich die Regierung Cuno jetzt in die Büsche schlägt und anderen überläßt, den verfahrenen Reichskarren wieder flottzumachen". Im wesentlichen lief das darauf hinaus, die Cuno-Regierung abwirtschaften zu lassen. In Übereinstimmung mit dem Parteivorstand der VSPD hatte Richard Meier die von ihm aufgeworfene Frage, „ob die Partei die Regierung allein ohne die Bürgerlichen übernehmen sollte", verneint und damit deutlich gemacht, daß die sozialdemokratische Führung keine Alternative zur Cuno-Regierung besaß.

Der von den Linken beherrschte Bezirksparteitag brachte aber auch nicht die Kraft auf, eine solche Alternative zu entwickeln. Er vermochte nicht, der Arbeiterklasse die Perspektive des sozialen und nationalen Kampfes zu weisen, ja, er desorientierte sogar in wichtigen Grundfragen die Massen. Es kann schließlich nicht übersehen werden, daß der Parteitag sich jeglicher unmittelbaren Kritik an dem schwankenden Verhalten der Siebenerkommission und der Politik der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe enthielt und den Rechten in der Frage der Hundertschaften gewisse Konzessionen machte. So wurde beschlossen, den Aufbau der Hundertschaften „nach den Vorschlägen der Siebenerkommission und des Landesarbeitsausschusses" vorzunehmen.

Bei der Einschätzung des Verlaufs und der Ergebnisse des Parteitages verdient ferner Beachtung, daß auch linkssozialdemokratische Funktionäre nicht frei vom Einfluß des Antikommunismus waren.
Insgesamt gesehen diente aber der Bezirksparteitag der VSPD der Herausbildung einer gemeinsamen Kampffront der Arbeiterparteien. Auf dem Parteitag hatten die klassenbewußten Kräfte über die Gegner der proletarischen Einheitsfront gesiegt. Das war zugleich der bislang bedeutendste Erfolg der Einheitsfrontpolitik der KPD in diesem Gebiet.

Einheitsfrontabkommen auf regionaler Ebene zum Aufbau gemeinsamer Hundertschaften der Arbeiterwehr

Wenige Tage nach dem sozialdemokratischen Bezirksparteitag in Zwickau kam es zwischen dem Vorstand des Bezirksverbandes Zwickau der VSPD und der KPD zu Vereinbarungen über Richtlinien für den Aufbau gemeinsamer Hundertschaften. Das Dokument war im Auftrage der Leitung der beiden Arbeiterparteien von Ernst Grube und Max Seydewitz unterzeichnet und in den Bezirksorganen der KPD und VSPD veröffentlicht worden.
Eingangs wurde grundsätzlich hervorgehoben, daß der Aufbau der proletarischen Abwehrorganisationen gemeinsam „unter Anlehnung an die bestehenden Parteiorganisationen" der KPD und VSPD erfolgen soll. Die weiteren Festlegungen hatten folgenden Wortlaut:
„Organisatorisches
a) In Orten, in denen bereits Abwehrorganisationen einer der beiden Parteien bestehen, werden dieselben zu einer gemeinsamen Organisation ausgebaut. Die in Betrieben beschäftigten Mitglieder dieser Abwehrorganisation werden als Betriebsformation zusammengefaßt. In allen Betrieben, in denen keine Betriebsformation besteht, ist unverzüglich eine Betriebsformation zu bilden. Die Betriebsformation hat sich ebenso wie die örtliche Organisation in Sechsergruppen und Hundertschaften zu gliedern und eine politische und technische Leitung zu bestimmen.
b) Die politische und technische Zentralleitung der Abwehrorganisation für den Bezirksverband Zwickau, umfassend die

Kreishauptmannschaft Zwickau mit Ausnahme von Lößnitz und Umgebung, befindet sich in Zwickau.
c) Der Bezirksverband Zwickau der gemeinsamen Abwehrorganisation gliedert sich in folgende zwölf Abteilungen: Crimmitschau, Werdau, Zwickau-Mülsengrund, Wilkau-Kirchberg, Reichenbach, Auerbach-Falkenstein, Klingenthal, Oelsnitz-Adorf, Plauen, Aue, Schwarzenberg, Eibenstock-Schönheide, die ihre politische und technische Leitung selbst bestimmen.
d) Die Abteilungsleitungen stehen in direkter Fühlung mit den ihnen zugeteilten Ortschaften, die, wie die Abteilungen, ihre eigene politische und technische Leitung bestimmen.
e) In den Ortschaften werden zunächst Sechsergruppen gebildet, von denen je sechs zu einer Unterabteilung zusammengefaßt werden. Drei Unterabteilungen zu je 36 Mann bilden eine Hundertschaft. Die Sechsergruppen und Hundertschaften eines Wirtschaftsgebietes werden zu einer Abteilung zusammengefaßt. Die zwölf Abteilungen bilden die Bezirksorganisation.
f) Die Führer der Sechsergruppen und 36er-Gruppen sowie der Hundertschaften und Abteilungen werden von den Mitgliedern gewählt. Die Bestätigung erfolgt durch die politischen Leitungen. In Streitfällen entscheidet die politische Bezirkszentralleitung unter Hinzuziehung der Beteiligten endgültig.
Leitung
a) Die Zusammensetzung der politischen Leitung (Zentrale, Abteilung, Ortschaften, Betriebe) erfolgt nach dem Stärkeverhältnis der beiden Parteien.
b) Die politische Leitung besteht aus sieben, die technische Zentralleitung aus fünf Personen. Die Stärke der technischen Leitungen in den Ortschaften, Betrieben und Abteilungen wird diesen selbst überlassen. Die technische Leitung gilt als Beirat und ausführendes Organ der politischen Leitung.
c) Alle Nachrichten und Befehle der Bezirkszentralleitung werden an die Abteilungsleitungen gegeben, die verpflichtet sind, dieselben den Ortschaften zu vermitteln.
d) Über Einsatz und Verwendung der Abwehrorganisation entscheidet die politische Zentralleitung in Zwickau. In unaufschiebbaren Fällen entscheidet die örtliche politische Lei-

tung, die sofort die Zustimmung der politischen Zentralleitung in Zwickau einzuholen hat.
e) Alle Betriebsformationen sind dem Befehl der örtlichen politischen Leitung unterstellt, in [deren Bereich] ihr Betrieb seinen Sitz hat. Die Betriebsformation darf ebenso wie die örtliche Abwehrorganisation nur nach den Anweisungen der örtlichen politischen Leitung handeln.
f) Ergibt sich die Notwendigkeit des Eingreifens außerhalb der Arbeitszeit, so tritt die örtliche, im anderen Falle die Betriebsformation in Tätigkeit.
Allgemeines
a) Zur Legitimation erhalten die Mitglieder der Abwehrorganisationen einen schriftlichen Ausweis, als äußeres Zeichen eine Armbinde.
b) Die durch die Abwehrorganisationen entstehenden Unkosten werden durch freiwillige Sammlungen und durch beide Parteien aufgebracht. Die hierzu erforderlichen Sammellisten usw. werden nur von der Zentralleitung in Zwickau ausgegeben.
c) Die Mitglieder der Parteien sind verpflichtet, überall für die gemeinsame Abwehrorganisation zu wirken.
Die örtlichen Organisationen der beiden Parteien sind verpflichtet, auf der Grundlage dieses Organisationsplanes sofort die Bildung gemeinsamer Abwehrorganisationen aufzunehmen."[63]
Die Richtlinien trugen den Charakter eines Einheitsfrontabkommens. Es war das erste seiner Art, das in Sachsen, ja, in Deutschland abgeschlossen wurde. Kommunisten und linke Sozialdemokraten bekundeten damit ihre Entschlossenheit, gemeinsam der faschistischen Gefahr entgegenzutreten, gemeinsam die Wehrfähigkeit der Arbeiterklasse zu erhöhen und gemeinsam praktische Maßnahmen zu diesem Zwecke durchzuführen.
Freilich machte die KPD im Interesse des Zustandekommens eines solchen Abkommens gewisse Konzessionen. So bargen die Festlegungen hinsichtlich der Kommandogewalt zweifellos gewisse Gefahren für die revolutionäre Aktivität der Hundertschaften. Dennoch waren die Vereinbarungen bei-

63 Ebenda, 2. Juni 1923.

spielhaft. Sie dienten der Schaffung einer gemeinsamen Abwehrfront.

Gestützt auf diese Vereinbarungen konnten die Kommunisten und linkssozialdemokratischen Kräfte erfolgreicher den Widerstand einheitsfeindlicher Kräfte überwinden und schließlich die Bildung zahlreicher gemeinsamer Hundertschaften der Arbeiterwehr durchsetzen. An der Spitze der Zentralleitung in Zwickau, die sich gemäß den Richtlinien konstituierte, standen Ernst Grube und Max Seydewitz. Den Vorsitz übernahm Max Seydewitz.[64] Allein in der Stadt Zwickau wurden mindestens 20 gemeinsame Hundertschaften aufgestellt.[65] Im Unterbezirk Oelsnitz-Lugau entstanden insgesamt 16 Hundertschaften, denen Mitglieder beider Arbeiterparteien und anderer Arbeiterorganisationen angehörten.[66] Die meisten von ihnen waren Bergarbeiter, darunter viele Jugendliche. Eine hervorragende Rolle beim Aufbau der Arbeiterwehren spielten die kommunistischen Bergarbeiterfunktionäre Willy Mehlhorn und Arthur Schreiber. In die Hundertschaften reihten sich auch Kleingewerbetreibende, Kleinhändler und Kleinbauern ein, die mit dem antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse sympathisierten.

Die Herausbildung der Hundertschaften, bei der die revolutionären Betriebsräte eine hervorragende Rolle spielten, war von heftigen Auseinandersetzungen mit Rechtssozialisten begleitet, die auf mannigfache Weise versuchten, die Bildung gemeinsamer Hundertschaften zu verhindern. Dank der großen Anstrengungen der KPD und linker Sozialdemokraten wurde das Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier jedoch zu einem Zentrum der proletarischen Hundertschaften im Bezirk Erzgebirge-Vogtland.

64 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 27. Juli 1923.

65 Vgl. ebenda, 29. September 1923.

66 Vgl. „Die Klassenschlacht im Jahre 1923 unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier . . .", a. a. O., S. 30.

Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Arbeiterbewegung

In der Zeit von Januar bis Mai 1923 hatten sich in der Arbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier bedeutsame Veränderungen vollzogen. Es war eine Linksentwicklung vonstatten gegangen, die zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses führte. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter ging auf die Positionen der linken Führer über, und der Einfluß rechter Führer der VSPD wurde stark zurückgedrängt. Auch in den Gewerkschaften war die Opposition beträchtlich angewachsen, besonders im Bergbau. Hier verweigerte etwa die Hälfte der Arbeiter den Vertretern der Arbeitsgemeinschaftspolitik die Gefolgschaft. Das trifft auch für die Lage in den Betriebsräten zu. Der Wille der Mehrheit der Arbeiter zur gemeinsamen Verteidigung ihrer Interessen hatte zur Schaffung revolutionärer Einheitsfrontorgane geführt.

Die KPD hatte seit ihrer Gründung in diesem Gebiet noch nie einen so starken Einfluß auf die Arbeiterschaft ausgeübt wie Anfang Mai 1923. Zugleich wies die Mitgliederbewegung der Partei eine seit dem Ausbruch des Ruhrkampfes ständig steigende Tendenz auf. Gegenüber dem Stand vom 1. Januar 1923 wuchs bis zum Frühsommer 1923 die Zahl der Parteimitglieder im Unterbezirk Oelsnitz-Lugau um 12,9 Prozent, im Unterbezirk Zwickau sogar um 51,2 Prozent an.[67] Dieser Mitgliederzuwachs lag bedeutend über dem Durchschnitt im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, wo er 12,1 Prozent betrug.[68] Der Unterbezirk Zwickau der KPD war in dieser Zeit nächst den Unterbezirken Chemnitz und Schwarzenberg der zahlenmäßig stärkste Unterbezirk der Bezirksparteiorganisation. Ihm folgte der Unterbezirk Oelsnitz-Lugau. Die KPD konnte in dieser Zeit jedoch noch keine Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Arbeiterbewegung herbeiführen, die der revolutionären Richtung das Übergewicht gegeben hätte.

67 Vgl. IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 17. — Die Berechnung wurde auf der Grundlage von Angaben über den Mitgliederstand am 30. Juni 1923 vorgenommen.

68 Vgl. ebenda.

Die Mehrheit der Arbeiter setzte große Hoffnungen in die Politik der linken Führer der VSPD und der von ihnen gebildeten Landesregierung. Die Angriffe der Reaktion gegen die Regierung bestärkten sie im Glauben an die Richtigkeit der von den linkssozialdemokratischen Führern verfolgten Konzeption. Die Dialektik der Entwicklung bewirkte, daß vor der KPD auf Grund der veränderten Lage in der Arbeiterbewegung neue Probleme in der Einheitsfrontpolitik auftauchten, deren Lösung auf marxistisch-leninistischer Grundlage hohe Anforderungen an den Reifegrad der Partei stellte, insbesondere galt es auch, der Gefahr rechter Abweichungen zu begegnen. Die Parteiorganisationen durften sich nicht in das Schlepptau der linken Führer der VSPD begeben, sondern mußten großes Gewicht auf die Wahrung der vollständigen politischen Selbständigkeit legen. Es galt, die sozialdemokratischen Arbeiter an Hand ihrer unmittelbaren eigenen Erfahrungen an die Erkenntnis heranzuführen, daß die linkssozialdemokratische Regierung kein Ersatz für die Errichtung einer Arbeiterregierung sein konnte.

Als ein ernstes Hindernis bei der Lösung dieser Aufgaben erwies sich, daß die KPD noch ungenügend in den Betrieben verwurzelt war. Seit dem 8. Parteitag hatte zwar das Organisationsbüro der Zentrale der KPD große Anstrengungen unternommen, um entsprechend den Beschlüssen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale die Partei auf Betriebszellen umzubauen. Dabei wurden jedoch in der Periode von Januar bis Mai 1923 lediglich Ansätze in dieser Richtung erreicht. In einem von Walter Ulbricht und Wilhelm Koenen unterzeichneten Rundschreiben des Organisatorischen Büros der Zentrale der KPD vom 9. Mai 1923 an alle Bezirksleitungen und Unterbezirksleitungen wurde darum auch eine sehr kritische Bilanz gezogen und festgestellt, daß „in zahlreichen Betrieben die Betriebsarbeit der Kommunisten wohl eingeleitet" sei, jedoch „in der Regel nicht systematisch" durchgeführt werde.[69] Das Rundschreiben deckte die ideologischen Ursachen für die ungenügende Verankerung der Partei in den Betrieben auf, indem es die

69 IML, ZPA, Sign. 3/2/40, Bl. 43/44. — Alle Angaben, die sich auf das Rundschreiben beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

sozialdemokratischen Organisationsauffassungen als Haupthemmnis für den Aufbau kommunistischer Betriebszellen bezeichnete.

Klar wurde die große politische Bedeutung der Bildung von Betriebszellen formuliert: „Die Schaffung der Betriebszellen ist keineswegs eine rein organisatorische Maßnahme, sondern in erster Linie eine politische Tätigkeit" im Interesse der „Führung des Kampfes der Arbeiter in allen Nöten des Tages. Die Betriebsarbeit ist also in erster Linie notwendig zur Verwirklichung 1. der Einheitsfront des Proletariats; 2. des Kampfes gegen den Faschismus und der Bildung proletarischer Betriebshundertschaften; 3. zur Schaffung einer kommunistischen Massenpartei, die sich durch unermüdliche Arbeit für die Interessen des Proletariats das Vertrauen der Massen erwirbt und zur wirklichen Führerin der Massen wird, so, wie es die Kommunistische Partei Rußlands geworden ist . . . Die energische Durchführung der Betriebsarbeit", heißt es unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen, insbesondere im Ringen um die Schaffung gemeinsamer Hundertschaften, „ist also nicht nur notwendig auf Grund der russischen Erfahrungen und der Lehren der italienischen Partei im Kampf gegen den Faschismus, sondern auch auf Grund der Situation in Deutschland und der konkreten Aufgaben der deutschen Partei."

In dem Rundschreiben wurde eine detaillierte Anleitung für die Verwirklichung dieser Linie gegeben. Die Bezirks- und Unterbezirksleitungen wurden verpflichtet, es in der nächsten Sitzung „eingehend zu besprechen und Ausführungsmaßnahmen zu beschließen".

Ein weiteres Hemmnis für die Durchsetzung der Linie der Partei im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier war, wie sich immer wieder erwies, die starke Zersplitterung der Bergarbeiterbewegung. „Wenn die Bergarbeiter", so wurde von der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale der KPD eingeschätzt, „alle in einer Organisation wären, würden wir im Bergarbeiterverband einen überragenden Einfluß haben."[70]

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1923 kam es zu keinen größeren außerparlamentarischen Aktionen. Das war

70 IML, ZPA, Sign. 2/13, Bl. 171.

allerdings eine auf die Lage in ganz Sachsen zutreffende Erscheinung. Die herrschende Klasse ließ nichts unversucht, um den Ausbruch von Massenaktionen zu verhindern. Die Durchführung dieser Politik wurde ihr durch die Haltung rechtssozialdemokratischer Führer erleichtert.

Jedoch können auch linke Führer der VSPD nicht von der Verantwortung freigesprochen werden, in dieser Hinsicht eine Position eingenommen zu haben, die den Interessen der Arbeiter abträglich war. Sie erklärten, daß durch die Bildung der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe größere Möglichkeiten für die Durchsetzung der Arbeiterinteressen auf parlamentarischem Wege gegeben seien, und bremsten die Massen in ihrer Aktivität. So kam es auch nicht zu gewichtigeren Streiks,[71] obwohl die ständig größer werdende soziale Not immer dringender die Einleitung von Abwehrmaßnahmen der Arbeiterklasse gegen die Verelendung auch im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier gebot.

71 Eine gewisse Ausnahme bildete der Streik der Arbeiter in den Chemiebetrieben, der Anfang März 1923 ausbrach, und der Holzarbeiterstreik in Sachsen Ende März 1923, den die Unternehmer mit der Aussperrung beantworteten. Vgl. IML, ZPA, Sign. St. 16/17.

IV. Kapitel Inflationselend

1. Wachsende Verelendung der Bergarbeiter und anderer Werktätiger im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier

Reallohn um die Hälfte gesunken

Die soziale Lage der Arbeiterklasse im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier hatte sich seit Januar 1923 unter den Auswirkungen des imperialistischen Ruhrkampfes allmählich weiter verschlechtert. Ab Frühjahr 1923, insbesondere jedoch nach dem von Stinnes herbeigeführten Zusammenbruch einer staatlichen Marktstützungsaktion im April, machte die Verelendung der Arbeiter immer raschere Fortschritte.[1] Das beweist auch eine Untersuchung wichtiger Elemente der Lage der Bergarbeiter in der Zeit von Januar bis August 1923.

Entwicklung der Schichtleistungslöhne der verschiedenen Arbeitergruppen bei der Gewerkschaft Morgenstern in der Zeit von Januar bis August 1923 (Index: 1913 = 1)[2]

Arbeitergruppe	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Hauer	856	1 945	2 216	2 242	2 780	7 246	46 807	914 629
Arbeiter unter Tage insges.	839	2 020	2 264	2 285	2 285	7 455	42 913	943 397
Arbeiter über Tage insges.	844	2 037	2 284	2 288	2 882	7 976	50 515	941 040
Gesamtbelegschaft	891	1 908	2 151	2 142	2 697	7 229	42 734	894 629
Jugendliche	612	1 464	1 682	1 683	2 003	5 459	29 337	665 311
Frauen	1 024	2 439	2 813	2 807	3 543	1 023	49 498	938 738

Die Fußnoten 1 und 2 siehe auf Seite 157.

Die Tabelle widerspiegelt den rapiden Anstieg des Nominallohnes, eine Erscheinung der Inflation, die in diesem Ausmaße in der Geschichte der Lage der Arbeiterklasse bislang unbekannt war. Sie bringt eine sehr bedeutsame Erscheinung zum Ausdruck: die Tendenz der Annäherung der Löhne der vor dem ersten Weltkrieg besonders schlecht bezahlten Arbeitergruppen unter Tage an den Hauerlohn. Diese Tendenz trifft erst recht für die Löhne der Arbeiter über Tage zu. Wenn man die erbärmliche Lage der Bergarbeiter, besonders der ungelernten Arbeiter, der Frauen und Jugendlichen, vor dem ersten Weltkrieg in Betracht zieht,[3] so wird verständlich, daß das Grubenkapital im Jahre 1923 seinen Lohnraub mit Hilfe der Inflation vor allem auf Kosten der vor 1914 relativ etwas besser bezahlten Hauer durchführen mußte. Da die Löhne der Hauer, der gelernten Bergarbeiter, mehr oder weniger über dem Existenzminimum lagen, war es für die Konzerne zweckmäßiger, diese schneller und tiefer herabzudrücken als die Löhne der bislang bereits sehr niedrig bezahlten Arbeitergruppen, bei denen eine im gleichen Maße vorgenommene Lohnsenkung die physische Existenz in Frage gestellt hätte. Das Grubenkapital begründete diese Politik auch ganz offen. So wurde in einer Veröffentlichung des Bergbaulichen Vereins hinsichtlich der Veränderungen im Lohngefüge gegenüber 1913 festgestellt, daß der Lohn der Arbeiter über Tage „gegen früher verhältnismäßig stark erhöht wurde. Ihre gegen

1 Eine eingehende Analyse der Lage der deutschen Arbeiterklasse in dieser Zeit vgl. Wilhelm Ersil, „Die revolutionäre Massenbewegung der deutschen Arbeiterklasse gegen die Regierung Cuno (von Juni 1923 bis zum Sturz der Regierung am 12. August 1923)", Phil. Diss., Berlin 1956, S. 29 ff.

2 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Monatsberichte der Gewerkschaft Morgenstern an die Bergbehörde. Vgl. Betriebsarchiv des VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx" in Zwickau (weiterhin geführt als BAKM), Nachweisung der verschiedenen Bergarbeiterlöhne über das Jahr 1923 für die Sächsische Bergbehörde.

3 Eberhard Wächtler, „Bergarbeit zur Kaiserzeit. Die Geschichte der Lage der Bergarbeiter im sächsischen Steinkohlenrevier Lugau-Oelsnitz in den Jahren von 1889 bis 1914", Berlin 1962.

früher gesteigerten Löhne müssen natürlich die Lohnhöhe des vor Ort Arbeitenden niedriger halten."[4]
Die folgende Tabelle zeigt den Grad der Annäherung der Löhne der ungelernten Arbeiter an den Hauerlohn. Dabei ist zu bedenken, daß der Nettoschichtlohn eines Schleppers vor dem Kriege 76 Prozent des Hauerlohnes betrug.

Verhältnis zwischen dem Schichtleistungslohn der Hauer und Schlepper sowie der ungelernten Arbeiter unter Tage bei der Gewerkschaft Morgenstern in der Zeit von Januar bis August 1923 (Hauerlohn = 100 Prozent)[5]

Arbeitergruppe	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Schlepper	89,3	88,1	86,1	86,2	87,5	88,7	82,4	89,7
sonstige Arbeiter	75,5	75,5	75,2	74,7	75,4	77,1	72,4	80,7

Wie die nächste Tabelle zeigt, war die Nivellierung der Löhne bei den ungelernten und gelernten Arbeitern über Tage noch stärker.

Verhältnis zwischen dem Schichtleistungslohn des Facharbeiters und des ungelernten Arbeiters über Tage bei der Gewerkschaft Morgenstern in der Zeit von Januar bis August 1923 (Facharbeiterlohn = 100 Prozent)[6]

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
96,9	96,4	95,9	95,7	96,1	96,6	98,9	88,0

Vor dem ersten Weltkrieg gab es, wie Jürgen Kuczynski nachgewiesen hat, keine Tendenz der Annäherung der Löhne

4 „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht 1923", o. O., o. J., S. 37.

5 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Monatsberichte der Gewerkschaft Morgenstern an die Bergbehörde. Vgl. BAKM, Nachweisung ...

6 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Monatsberichte der Gewerkschaft Morgenstern an die Bergbehörde. Vgl. BAKM, Nachweisung ...

von Gelernten und Ungelernten innerhalb der gleichen Industrie. Mit dem offenen Ausbruch der allgemeinen Krise des Kapitalismus schritt aber auch gesetzmäßig der Prozeß der Verelendung der gelernten Arbeiter beschleunigt fort. Diese Entwicklung, die in Verbindung steht mit der Sicherung der Höchstprofite der Monopole und dem Hervortreten der Arbeiterbürokratie, wurde besonders durch die Inflation forciert. Sie war von großer Bedeutung für den Klassenkampf, weil sie nicht ohne Auswirkung auf die politische Haltung der Facharbeiter blieb.

Die Nominallöhne der Bergarbeiter unterschieden sich teilweise sehr beträchtlich von denen der Arbeiter in anderen Industriezweigen des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers und nicht nur dort.

Ein Vergleich der Hauerlöhne mit den Löhnen der Metallarbeiter, Maurer, Buchdrucker und anderer Facharbeiter von Januar bis August 1923 ergibt, daß das Lohnniveau der Bergarbeiter im allgemeinen niedriger war.[7] Die Hauerlöhne lagen sogar unter den Löhnen der Packer in der Zwickauer Baumwollspinnerei,[8] die als Hilfsarbeiter beschäftigt wurden. „Die Löhne der Bergarbeiter", wurde in einem vertraulichen Bericht selbst von der Konzernleitung der Gewerkschaft Gottes Segen eingestanden, „sind nie zu hohe gewesen, namentlich wenn sie mit denen der anderen Industrien Sachsens in Vergleich gestellt werden. Trotz der Zusicherung des Reichsarbeitsministeriums, daß die Bergarbeiterlöhne an der Spitze stehen sollen, erreichten sie meist nicht die der Textil- und Bauarbeiter, vielfach standen sie unter denen der Metallarbeiter. Dabei ist die Lebenshaltung in den sächsischen Steinkohlenrevieren eine sehr teure."[9]

Das Anwachsen der Nominallöhne der Bergarbeiter wurde durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten weit übertroffen.

7 Vgl. Hans-Joachim Krusch, „Der Kampf der Bergarbeiter und anderer Werktätiger . . .", a. a. O., S. 80.

8 Vgl. ebenda, S. 81.

9 BAKL, Nr. I/62, Schreiben von Dr. Krug vom 21. September 1923 an den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Gewerkschaft Gottes Segen.

Reichsindexziffer für die Ernährungskosten und Index der Schichtleistungslöhne der Gesamtbelegschaft der Gewerkschaft Morgenstern in der Zeit von Januar bis August 1923 (Index: 1913 = 1)[10]

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Ernährungskosten	1 363	3 183	3 315	3 500	4 620	9 347	46 510	670 485
Löhne	791	1 908	2 151	2 142	2 697	7 229	42 734	894 629

Die vom Statistischen Reichsamt berechneten Kosten für die Ernährung spiegeln die wirkliche Steigerung nur unvollkommen wider. Die Tabelle veranschaulicht aber doch, mit welcher Schnelligkeit vor allem seit April 1923 die Preise in die Höhe kletterten.

Preissteigerungen bei wichtigen Nahrungsmitteln in Mark[11]

Ware	Jan.	Febr.	25. Juli
1 Kilo Roggenbrot	307,89	452,63	18 000
1 Kilo Erbsen	775,00	2 190,00	30 000
1 Kilo Kartoffeln	31,00	105,00	9 000
1 Kilo Rindfleisch	2 500,00	12 400,00	96 000
1 Kilo Butter	6 500,00	20 000,00	136 000
1 Kilo Zucker	600,00	2 500,00	7 000

Unter diesen Bedingungen mußten die Arbeiter besonders große Anstrengungen unternehmen, damit wenigstens die Nominallöhne annähernd den Preisen folgten. Zieht man in Betracht, daß sich die Lohnperioden über einen längeren Zeitraum erstreckten und das Grubenkapital dann sogar noch unter dem Vorwand der Zahlungsmittelknappheit die

10 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Monatsberichte der Gewerkschaft Morgenstern an die Bergbehörde. Vgl. BAKM, Nachweisung ..., und Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914 bis 1923, Berlin 1925, S. 33.

11 Die Angaben beziehen sich auf Chemnitz. Vgl. „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich", Jahrgang 1923, Berlin 1923, S. 280–283; „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich", Jahrgang 1924/1925, Berlin 1925, S. 262/263.

Auszahlung der Löhne bewußt verzögerte, so treten die Lohnverluste der Bergarbeiter durch die Entwertung des Geldes noch stärker hervor. Im Geschäftsbericht des Bergbaulichen Vereins für 1923 wurde bestätigt: Die Nominallöhne waren „im Augenblick der Zahlung für die Empfänger nur einen Bruchteil wert wie in der Zeit, wo sie verdient wurden". Die Folge war, daß den Bergarbeitern „das Geld in den Händen zerrann".[12]
Die Löhne der Bergarbeiter lagen im Jahre 1923 — umgerechnet nach dem Dollarmittelkurs — beträchtlich unter dem Niveau der Vorkriegslöhne.

Entwicklung des Hauergrundlohnes in Goldmark im Zwikkau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in der Zeit von Januar bis August 1923.[13]

Lohnperiode	Hauergrundlohn
1. 1. — 11. 1.	1,35
12. 1. — 31. 1.	0,70
1. 2. — 8. 2.	0,72
9. 2. — 30. 4.	1,90
1. 5. — 15. 5.	1,27
16. 5. — 31. 5.	1,08
1. 6. — 15. 6.	1,18
16. 6. — 24. 6.	1,21
25. 6. — 8. 7.	1,56
9. 7. — 16. 7.	1,93
17. 7. — 22. 7.	2,11
23. 7. — 1. 8.	1,08
2. 8. — 5. 8.	1,56
6. 8. — 12. 8.	1,97
13. 8. — 19. 8.	4,40

Die Senkung der Löhne unter den Vorkriegsstand betrug zeitweilig über die Hälfte. Das vorübergehende Ansteigen

12 „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht 1923", a. a. O., S. 6 und 9.
13 Vgl. „Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jahrbuch für 1923", Bochum o. J., S. XX.

des Lohnes in Richtung auf den Friedenslohn steht im Zusammenhang mit den Bergarbeiterkämpfen dieser Zeit.
Die Entlohnung der Arbeiter, die in den Bergbaukonzernen mit gemischtem staatlich-privatem Eigentum beschäftigt waren, weist keine Unterschiede zu den Lohnverhältnissen bei der Gewerkschaft Morgenstern auf. Die Bergarbeiter erhielten, wie die nachstehenden Angaben der Gewerkschaften ausweisen, zeitweilig nur die Hälfte des Reallohnes von 1913/1914:

Entwicklung der Reallöhne der Hauer und Schlepper je Schicht in der Zeit von Januar bis August 1923. (Reallohn 1913/1914 = 100 Prozent)[14]

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
50,9	78,3	89,2	82,6	71,9	73,5	49,8	80,2

Seinen tiefsten Stand erreichte der Reallohn im Sommer 1923. Bedenkt man, daß die Vorkriegslöhne kaum das Existenzminimum sicherten, so wird das Ausmaß der Verelendung der Bergarbeiter im Jahre 1923 noch deutlicher. Völlig zutreffend berichtete ein sozialdemokratischer Regierungskommissar an die Landesregierung in Dresden: „Wie stark das Mißverhältnis zwischen Arbeitslohnhöhe und Warenpreisen war, geht daraus hervor, daß zum Beispiel Zwickauer Bergleute Mitte Juli einwandfrei nachgewiesen haben, daß sie in den letzten Tagen vor der Lohnzahlung nicht mehr in der Lage waren, auch nur das Brot, geschweige denn andere Nahrungsmittel zu kaufen, so daß sie oftmals ohne jegliche Nahrungsmittel zur Arbeit gehen mußten."[15] Angesichts dieser Lage nimmt es nicht wunder, daß in den Bergarbeiterfamilien die Heimarbeit weit verbreitet war. An ihr mußten sich nicht nur die Frauen, sondern auch die Kinder beteiligen, um wenigstens die elementarsten Lebensbedürfnisse befriedigen zu können.

14 Vgl. „Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1923. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder", o. O. 1924, S. 19.
15 SLHAD, MdI, 11 111, Bl. 211.

Und „schinden sich zu Tode"

Die Arbeit im Bergbau war schwer und gefährlich. Von der Arbeit unter Tage schrieb einmal Lenin, daß sie „vielleicht die schwerste, schmutzigste, mörderischste Arbeit ist, die der Mensch mit Hilfe der Technik überhaupt abzuschaffen bestrebt ist".[16]

Ein anschauliches Bild der Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier im Jahre 1923 zeichnete Arthur Schreiber in einem Artikel, der unter der Überschrift „Die Arbeit und die Löhne der Bergarbeiter" im Bezirksorgan der KPD veröffentlicht wurde. In ihm heißt es: „Die Not der Bergarbeiter gegenüber den anderen Arbeitern ist groß, der Lohn ist niedriger als der anderer Berufsgruppen. Ihre Arbeit ist die schwerste, gefährlichste, eine Arbeit, die sich unter Umständen vollzieht, die an das Leben der im Schützengraben stehenden Soldaten während des Krieges erinnert, Körper und Nerven aufs äußerste angespannt. Jeder Griff muß dreimal überlegt, geprüft werden. Jeder falsche Griff bringt Verletzungen, ja den Tod. Jeder Griff eine äußerste Kraftanspannung. Dazu die Temperatur. Der Arbeiter am Hochofen, am Schmiedefeuer, am Backofen, an der Setzmaschine besitzt frische Luft. Der Bergarbeiter muß mit einer Luft vorliebnehmen, die, gefüllt mit Kohlen- und Gesteinstaub, gefüllt mit Schieß- und Kohlengasen, alles, nur keine Luft mehr ist. Der Bergarbeiter arbeitet in Temperaturen bis zu 36 Grad. Bei einer Temperatur von 28 Grad arbeitet er nackt. Ohne zu arbeiten, läuft der Schweiß in Strömen vom Körper. Bei 28 Grad tritt die gesetzliche sechsstündige Arbeitszeit in Kraft. Er arbeitet dann mit Pausen. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß diese gesetzliche Bestimmung glatt durchbrochen wird. Bei Temperaturen von 36 Grad werden die Betriebspunkte eingestellt. Auch hier trifft dasselbe zu wie bei der Bestimmung mit der sechsstündigen Schichtzeit. Die Arbeitspunkte werden nicht eingestellt . . . Der Bergarbeiter arbeitet nicht im Zeit- oder Stücklohn, sondern im Gedinge, ein System,

16 W. I. Lenin, „Rede auf dem 1. Gesamtrussischen Verbandstag der Bergarbeiter . . .", a. a. O., S. 494.

An den Jugendtag der SAJ in Aue

Der Kampfjugendtag der Kommunistischen Jugend Erzgebirge-Vogtland, Pfingsten 1923 in Zwickau, sendet dem Jugendtag der Bezirke Chemnitz und Westsachsen in Aue seine brüderlichen Grüße. Die von Tag zu Tag schärfer werdende politische und wirtschaftliche Lage, der Angriff des Unternehmertums gegen das Proletariat, zwingt die junge, wie die erwachsene Arbeiterschaft zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Im Reichswirtschaftsrat hat man einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen den Achtstundentag rauben soll. Gegen diese neue Schandtat des Unternehmertums und seiner Regierung muß die proletarische Jugend den Kampf aufnehmen. Das Anwachsen des Faschismus in Deutschland und vor allem in dem sozialistisch regierten Sachsen macht die Bildung von proletarischen Abwehrorganisationen notwendig. Auch die proletarische Jugend muß in diese Abwehrorganisationen eingereiht werden. In den sächsischen Schulen herrscht noch immer die Reaktion. Um dieselbe energisch bekämpfen zu können, müssen in den Fortbildungs- und Werkschulen Schülerräte gebildet werden. Auf Grund der ungeheuren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Jungproletariats fordern wir eine Verkürzung der Arbeitszeit für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen; den Sechsstundentag. Genossen und Genossinnen der Arbeiter-Jugend! Seid Euch der Größe der Euch drohenden Gefahren bewußt. Handelt mit uns, ehe es zu spät ist. Bildet mit uns die Einheitsfront des Jungproletariats. Stellt mit uns an die sozialistische Regierung Zeigner folgende Forderungen:

1. **Einreihung der proletarischen Jugend von 17 Jahren ab in die Abwehrhundertschaften in den Betrieben;**
2. **Gleichberechtigung der Jugend bei den Wahlen zur sächsischen Arbeiterkammer und den Kontrollausschüssen;**
3. **Einführung der 6stündigen Arbeitszeit für alle jungen Arbeiter und Lehrlinge bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ohne Lohnreduzierung;**
4. **Vierwöchentlicher bezahlter Urlaub im Jahre für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr;**
5. **Bildung von Schülerräten an Fortbildungs- und Werkschulen zur Mitbestimmung der Regelung des gesamten Schulwesens;**
6. **Lehr- und Lernmittelfreiheit.**

Grußschreiben des Jugendtages der KJD des Bezirkes Erzgebirge-Vogtland Pfingsten 1923 in Zwickau an den Jugendtag der SAJ in Aue („Der Kämpfer", 26. Mai 1923)

das an Willkür, Niederträchtigkeit seinesgleichen zu suchen hat. Der Bergarbeiter arbeitet mit Ablösung in drei Dritteln. Das Gedinge erstreckt sich bei einem Arbeitspunkt auf alle drei Drittel. Da die Arbeitsverhältnisse im Bergbau täglich, ja fast stündlich wechseln, sind die Leistungen der einzelnen Drittel verschieden. Die Beamten verstehen es, die Kameraden der einzelnen Drittel gegenseitig auszuspielen. Oft wird ein Arbeitspunkt, der mit 3 Mann belegt ist, mit einem 4. belegt, ohne daß die übrigen Drittel etwas davon wissen. Die erhöhte Leistung des einen Drittels wird gegen die beiden anderen zur Steigerung der Leistung benutzt und umgekehrt die erhöhte Leistung der Drittel mit 3 Mann Belegschaft gegen das Drittel mit 4 Mann. Auf diese Weise versteht es das Unternehmertum, die Arbeiter gegeneinander zu hetzen . . . Die Arbeiter schinden sich zu Tode."[17]

Die Arbeitszeit der Bergarbeiter unter Tage überschritt im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier im allgemeinen nicht sieben Stunden. Über Tage betrug sie acht Stunden. Teile der Arbeiter verfuhren jedoch noch sogenannte Sonntags- und Feiertagsschichten. Die furchtbare Notlage der Bergarbeiterfamilien zwang sie dazu, um — wie es in einem Bericht des Oberbergamtes heißt — „Lohnausfälle zu vermeiden".[18]

Die Arbeitsleistung im Bergbau ging 1923 stark zurück.

Leistung des Hauers pro Kopf und Schicht im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in den Jahren 1922/1923 (Index: 1913 = 100)[19]

1922	I. Quartal 1923	II. Quartal 1923	III. Quartal 1923
87	81	77	68

Die Tabelle zeigt, daß der Leistungsrückgang im Steinkohlenbergbau im Sommer 1923 seinen Tiefpunkt erreichte. Die

17 „Der Kämpfer", 1. August 1923.

18 „Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen 1924", Freiberg o. J., S. 82.

19 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage von Unterlagen des Reichskohlenrates und des Reichskohlenverbandes. Vgl. DZA, BdR, Nr. 326, Bd. 2, Bl. 139.

Hauerleistung betrug zu diesem Zeitpunkt nur noch etwa zwei Drittel der Vorkriegsleistung. Die Hauptursache für den Leistungsrückgang der Bergarbeiter liegt in der starken Erschöpfung der Arbeitskraft begründet, die eine Folge des Krieges und der während der Inflation auf die Spitze getriebenen Ausbeutung war. Eine weitere wichtige Ursache bestand in der wachsenden politischen Aktivität der Bergarbeiter, die es ablehnten, ihre Leistung unter diesen Bedingungen zu steigern.

Schließlich spielte eine Rolle, daß eine beträchtliche Zahl von Arbeitern auf den Schächten angelegt wurde, die bislang nicht mit der Bergarbeit vertraut war. Außerdem hatte sich die altersmäßige Zusammensetzung der Belegschaften verschoben. So erhöhte sich die Zahl der Arbeiter über 50 Jahre allein auf einem Werk von 9,74 im Jahre 1913 auf 18,1 Prozent im Jahre 1923.[20]

Während die Apologeten des Kapitals die Bergarbeiter wegen des Leistungsrückganges verleumdeten, war es in Wirklichkeit so, daß während der Inflation die Grenze der physischen Leistungsfähigkeit der Kumpel erreicht wurde. Die verschärfte Ausbeutung der Bergarbeiter hatte ein Ansteigen der tödlichen Unfälle zur Folge. Allein im erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienverein erhöhte sich die Zahl der tödlichen Unfälle im Jahre 1923 gegenüber dem Vorjahr um 175 Prozent.[21]

Diese Tatsachen sprechen für sich. Sie zeigen, daß die Arbeiter in den Schächten der Konzerne in besonders starkem Maße der Gefahr tödlicher Unfälle ausgesetzt waren. Die hohe Unfallrate steht in einem engen Zusammenhang mit den Rationalisierungsmaßnahmen und dem weiter ausgebauten Antreibersystem.

Was den Gesundheitszustand der Arbeiter angeht, so wird in den Jahresberichten der sächsischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1923 zutreffend festgestellt, daß er „einer schweren, fast unerträglichen Belastungsprobe in der Infla-

20 Vgl. „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht 1923", a. a. O., S. 35.

21 Vgl. „Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen 1924", a. a. O., S. 35 – 39.

tionszeit“[22] ausgesetzt war. Aus den Unterlagen der Konzerne geht hervor, daß die Krankenziffern stiegen.[23]
Viele Bergarbeiter ließen sich jedoch nicht krank schreiben, weil das geringe Knappschaftskrankengeld nicht ausreichte, um – wie die Gewerkschaft einschätzte – „auch nur im bescheidensten Maße“[24] das Leben zu fristen.
Außerordentlich brutal gingen die Konzerne gegen die Bergarbeiter vor, die in ihren Augen nicht mehr leistungsfähig waren. Darüber gibt eine vertrauliche Anweisung der Konzernleitung des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins an die Direktoren Aufschluß, in der es heißt: „Eine vor einiger Zeit vorgenommene Feststellung der Zahl der noch in Arbeit befindlichen über 60 Jahre alten Arbeiter hat ergeben, daß diese Zahl ganz außergewöhnlich gestiegen ist und eine Überalterung eingetreten ist, die naturgemäß in einer Herabsetzung der allgemeinen Arbeitsleistung sich auswirken muß. Die Betriebe werden daher angewiesen, auf Grund der von ihnen über die Leistungsfähigkeit dieser Arbeiter gemachten Beobachtung zunächst diejenigen Arbeiter, deren Leistung als gering und unter Mittel zu bezeichnen ist, zu Pensionierung bzw. Krankenschein-Entnahme zu veranlassen . . . Aber auch die übrigen über 60 Jahre alten Arbeiter sind weiter auf ihre Leistungsfähigkeit zu prüfen und erforderlichenfalls zu Pensionierung bzw. Krankenschein-Entnahme zu veranlassen.“[25]
Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß das Grubenkapital auf diese Weise viele Bergarbeiter der Gefahr des Hungertodes aussetzte.

22 „Jahresberichte der sächsischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1923 und 1924 nebst Jahresbericht des Oberbergamtes und der Bergämter über den sächsischen Bergbau und die unterirdisch betriebenen gewerblichen Gruben“, Dresden 1925, S. 171.
23 Vgl. BAAB, Akten des Rates der Stadt Zwickau betr. Aufsichtsrat des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins 1922/1923, Monatsberichte des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins an die Bergbehörde.
24 „Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jahrbuch für 1923“, a. a. O., S. 41.
25 BAAB, Sign. Arb. 1 / Bd. 2, Bl. 273.

Unter ähnlich schweren Bedingungen wie die Bergarbeiter lebten auch die anderen Arbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. Nicht besser erging es den kleinbürgerlichen Schichten, vor allem dem städtischen Kleinbürgertum, das von der Inflation mit voller Wucht getroffen wurde.[26] Teile des ruinierten Kleinbürgertums waren gezwungen, im Bergbau und in anderen Industriezweigen Lohnarbeit aufzunehmen. Die Inflation zog auch die werktätigen Bauern, besonders die Kleinbauern, in Mitleidenschaft.

2. *Bergbaukonzerne in der ersten Reihe der Inflationsgewinnler*

Räuberische Lohn-, Preis- und Steuerpolitik

Während die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten in Not und Elend lebten, war es vor allem das Grubenkapital, das sich mit Hilfe der Inflation bereicherte. Für die Bergbaukonzerne ergaben sich in dieser Zeit besonders günstige Bedingungen, um Höchstprofite zu erzielen. Im Unterschied zur Situation in anderen Industriezweigen war der Steinkohlenbergbau auf Grund der durch die Abschnürung des Ruhrreviers verschärften Kohlenknappheit nicht gezwungen, die Produktion zu drosseln oder gar zu Stilllegungen überzugehen. Mit Genugtuung vermerkte auch der Geschichtsschreiber des Bergbaulichen Vereins zu Zwickau, daß im Jahre 1923 „Sorgen um den Absatz der Kohle ernstlich nicht in Betracht kamen".[27] Nach Ausbruch des Ruhrkampfes vergrößerten die Bergbaukonzerne die Belegschaften, um durch billige Arbeitskräfte die Produktion zu forcieren. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier um 10 Prozent.[28] Die vom Grubenkapital in dieser Zeit betriebene Lohnpolitik

26 Vgl. Wilhelm Ersil, „Die revolutionäre Massenbewegung der deutschen Arbeiterklasse . . .", a. a. O., S. 45 ff.

27 Eckardt / May, „Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus im Erzgebirgischen Becken", Zwickau o. J., S. 110.

28 Berechnet nach Angaben im „Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen 1924", a. a. O., S. B17/B18.

kam einem Raubzug gleich. Staat und Konzerne arbeiteten dabei Hand in Hand. In streng vertraulichen Besprechungen im Reichsarbeitsministerium mit den zuständigen Referenten der Landesregierungen war nach der Proklamierung der Politik des „passiven Widerstandes" beschlossen worden, grundsätzlich keine Lohnerhöhungen zu gewähren oder aber lediglich Lohnperioden von einem Monat und darüber festzulegen.[29] Diese Lohnstopp-Politik brachte angesichts der Entwertung der Nominallöhne während der Inflation den Monopolen eine erhebliche Senkung der Selbstkosten. Unter dem Druck der Arbeiterklasse waren sie jedoch im Frühjahr 1923 gezwungen, diesen Standpunkt aufzugeben. Immerhin hatten aber die Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in der Zeit vom 9. Februar bis 30. April 1923 keine Lohnerhöhung erhalten.[30] Dadurch wurde für die Arbeitskraft ein erheblich niedrigerer Preis bezahlt, als selbst zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme vereinbart worden war. Die in der Folgezeit geübte Methode der Neuregelung der Bergarbeiterlöhne änderte nichts Wesentliches. Sie wirft ein bezeichnendes Licht auf die Vorteile, die das Grubenkapital aus dem Abschluß der Arbeitsgemeinschaft mit der Führung des Bergarbeiterverbandes und aus der Schlichtungspolitik der Regierung zog. „Es wurde immer zuerst", berichtete selbstgefällig der Syndikus des Bergbaulichen Vereins über das Schema dieser „weit vom Schuß" in Berlin durchgeführten Lohnverhandlungen, „zunächst der Lohn des Ruhrgebietes als Standard ausgehandelt, worauf die anderen Reviere ihren Durchschnittslohn im entsprechenden Abstand festlegten. Häufig wurde dies erst durch Schiedsspruch eines Sonderschlichtungsausschusses unter Vorsitz eines Beamten des Ministeriums (für das Revier war mit großem Verständnis für die wirtschaftlichen Gegebenheiten meist Ministerialrat Dr. Classen tätig) erreicht, wobei die Beteiligten beider Parteien selbst die Schiedsrichter stellten. Hierdurch war die Annahme durch die Seite, deren Vorschlag sich der Vorsit-

29 Vgl. Günter Hortzschansky, „Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren ...", a. a. O., S. 171.

30 Vgl. „Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jahrbuch für 1923", Bochum o. J., S. XX.

zende schließlich angeschlossen hatte, sichergestellt, während die Zustimmung der anderen nötigenfalls durch das Diktat der Verbindlichkeitserklärung ersetzt wurde, die solchen ‚im Hause' entstandenen Sprüchen von vornherein so gut wie sicher war. Im Revier wurde anschließend der aus Berlin mitgebrachte Durchschnittslohnsatz noch auf die einzelnen Sparten der Lohnordnung verteilt, wobei es einen ernsthaften Streit nicht mehr geben konnte."[31]

Selbst die von den Bergarbeitern erzwungene vierzehntägige und seit Juni 1923 durchgeführte wöchentliche Auszahlung der Löhne sowie die verzögerte Ablieferung der von den Arbeitern abverlangten und durch die Konzerne eingetriebenen zehnprozentigen Lohnsteuer an den Staat brachten dem Grubenkapital noch zusätzliche Gewinne. Das trifft auch für das System der Abschlagszahlung zu, das die Konzerne zur Beruhigung der Arbeiter einführen mußten.

Die Inflation gestattete es den Konzernen, die Arbeitskraft der Angestellten mit entwertetem Papiergeld zu bezahlen. Darüber hinaus wurde dazu übergegangen, den Zeitpunkt der Gehaltszahlung so weit als möglich hinauszuzögern. Sehr aufschlußreich ist in dieser Hinsicht ein Schreiben, das der Angestelltenrat der Betriebsabteilung Oelsnitz der Gewerkschaft Gottes Segen an die Konzernleitung richtete: „Es hat sich in letzter Zeit", so heißt es dort, „die Gewohnheit herausgestellt, Beamtenbezüge erst 2 bis 4 Wochen nach dem Fälligkeitstermin auszuzahlen. So ist zum Beispiel die Auszahlung des Restgeldes für Juni am 23. Juli, für Juli am 16. August, der Bezüge für Sonntags- und Überarbeit am 23. August erfolgt. Die Förderprämien sind heute noch nicht in den Händen der Steiger. Das bedeutet eine schwere Schädigung der Angestelltenschaft. Dafür ein Beispiel: So betrug die Restzahlung für Monat Juli, die am 16. August erfolgte, durchschnittlich $2^1/_2$ Millionen Mark oder ungefähr 25 Prozent der Juli-Bezüge. Dies entspricht der Tätigkeit von etwa 7 Tagen."[32] Die Konzerne waren in der Lage, die Selbst-

31 Eckardt/May, „Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus . . .", a. a. O., S. 147/148.

32 BAKL, Nr. I/232, Schreiben des Angestelltenrates der Betriebsabteilung Oelsnitz vom 28. August 1923.

kosten für Löhne zeitweilig um über die Hälfte des Standes von 1913 zu senken. So betrugen die Lohnkosten des Konzerns Gottes Segen im Jahre 1913 67 Prozent, im April 1923 dagegen nur noch 36,4 Prozent.[33]

In diesem Zusammenhang muß auch der Druck von 500 Milliarden Mark Notgeld, der im August 1923 vom Bergbaulichen Verein beschlossen wurde, erwähnt werden. Der unkontrollierte eigene Notendruck und die Ausgabe des Notgeldes, das auf den Namen des Sächsischen Steinkohlensyndikats lautete und der Bezahlung der Löhne und Gehälter diente, brachte dem Grubenkapital weitere Sondergewinne ein.[34]

Riesige Gewinne rafften die Bergbaukonzerne durch die Kohlenpreispolitik der Regierung zusammen. In ihrer Propaganda suchten die Grubenherren jedoch den Eindruck zu erwecken, als ob nach den im Kampf erzwungenen Lohnerhöhungen der Bergarbeiter eine „Verschleppung der notwendigen Kohlenpreisregelung"[35] erfolge und der Bergbau gegenüber anderen Industrien „in bezug auf die Preisbildung seiner Erzeugnisse nicht frei ist, sondern die Preise vorgeschrieben erhält".[36] Im Geschäftsbericht des Bergbaulichen Vereins für 1923 war gar von einer „allzu knappen Bemessung der Kohlenpreise"[37] die Rede. In Wirklichkeit war die Steigerung der Kohlenpreise bedeutend größer als die der Bergarbeiterlöhne.

Die folgende Tabelle widerspiegelt die unter dem Vorwand der Lohnerhöhungen vorgenommenen Preistreibereien des Grubenkapitals. Selbst dem Jahresbericht des Oberbergamtes in Freiberg zufolge erfuhr der Goldmarkpreis der westsächsischen Steinkohle im Jahre 1923 gegenüber 1913 eine Steige-

33 Vgl. BAKL, Nr. I/62, Betriebsplan der Gewerkschaft Gottes Segen für das Jahr 1923 vom 3. April 1923.

34 Vgl. BAAB, Akten des Rates der Stadt Zwickau . . ., a. a. O., Bl. 285.

35 Eckardt/May, „Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus . . .", a. a. O., S. 110.

36 „Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein", Zwickau 1924, S. 242.

37 „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht 1923", a. a. O., S. 38.

Steigerung der Durchschnittspreise für 1 t Steinkohle und der Hauergrundlöhne im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in der Zeit von Januar bis August 1923 (in Prozent gegenüber den Preisen und Löhnen in der jeweils vorangehenden Preis- und Lohnperiode)[38]

Preisperiode	Kohlenpreis	Hauergrundlohn	Lohnperiode
12. 1.–28. 1.	159,9	136,2	12. 1.–31. 1.
29. 1.– 8. 2.	254,7	171,4	1. 2.– 8. 2.
9. 2.–31. 3.	164,2	159,1	9. 2.–30. 4.
1. 4.–15. 5.	94,9	109,8	1. 5.–15. 5.
16. 5.–31. 5.	127,2	126,2	16. 5.–31. 5.
1. 6.–15. 6.	160,6	159,3	1. 6.–15. 6.
16. 6.–24. 6.	151,9	160,8	16. 6.–24. 6.
25. 6.– 8. 7.	150,0	155,1	25. 6.– 8. 7.
9. 7.–16. 7.	163,1	149,9	9. 7.–16. 7.
17. 7.–22. 7.	161,7	139,9	17. 7.–22. 7.
23. 7.– 1. 8.	237,0	170,0	23. 7.– 1. 8.
2. 8.– 8. 8.	475,9	199,8	2. 8.– 5. 8.

rung um die Hälfte.[39] Sie war somit um ein Vielfaches größer als die allgemeinen Großhandelspreise.[40] Diese Tatsachen beweisen einmal mehr, daß die vom Grubenkapital als „Zwangswirtschaft" bezeichnete staatliche Regulierung der Kohlenpreis die Erzielung von Höchstprofiten nicht verhinderte. So gesteht auch der Syndikus des Bergbaulichen Vereins, daß im Anschluß an Lohnverhandlungen im Reichswirtschaftsministerium die „Feststellung der neuen Kohlenpreise ... in Berlin im Reichskohlenverband und Großen Ausschuß des Reichskohlenrates ... für die Zeit der rasen-

38 Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Angaben in „Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jahrbuch für 1923", a. a. O., S. XX und „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht 1923", a. a. O., S. 5.

39 Vgl. „Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen 1924", a. a. O., S. B 51.

40 Vgl. Jürgen Kuczynski, „Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus", Bd. 16, a. a. O., S. 29.

den Geldentwertung nicht unzweckmäßig war. Das Verfahren spielte sich allmählich ein."[41] Die von den Monopolen diktierte Kohlenpreispolitik verursachte eine Preislawine ohne Ende und führte zur weiteren Herabminderung der Kaufkraft des Geldes.

Der räuberische Charakter dieser Kohlenpreispolitik wird in Verbindung mit der Kohlensteuerpolitik der Regierung noch deutlicher. Mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der VSPD hatte der Reichstag am 20. März 1923 beschlossen, das noch aus der Kriegszeit stammende Gesetz über die Erhebung einer Kohlensteuer von 40 Prozent zu verlängern.[42] Den Bergbaukonzernen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier wurde sogar eine Ermäßigung der sogenannten Kohlensteuerabgabe von 32 Prozent zugestanden.[43] Nicht genug damit, auch die Kohlensteuer wurde ihnen noch gestundet.[44] Sie wurde schließlich in entwertetem Papiergeld zurückgezahlt. Kein Wunder, wenn beispielsweise der Konzern Deutschland lediglich 3,93 Prozent seiner Einnahmen im Jahre 1923 für Steuern zu verwenden brauchte.[45] Ebenfalls zum Schaden der Steuerzahler aus dem Volke wirkte sich das Abkommen aus, das der Bergbauliche Verein mit Hilfe seiner Interessenvertreter im Staatsapparat bereits 1922 mit dem sächsischen Finanzministerium abgeschlossen hatte. Es verpflichtete das Finanzministerium, im Jahre 1923 12 300 Festmeter Grubenholz aus den staatlichen Forsten zu dem im März 1922 gültigen Preis zu liefern. Überdies hatte der Bergbauliche Verein durchgesetzt, daß ihm die Bezahlung bis zu 9 Monaten gestundet wurde.[46] Unter den Bedingungen der Inflation bezahlte das Grubenkapital nur einen Bruchteil des eigentlichen Holzwertes. Mit Recht kritisierte darum auch

41 Eckardt/May, „Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus . . .", a. a. O., S. 148.

42 Vgl. „Reichsgesetzblatt", Teil I, Berlin, 26. 3. 1923, S. 193–197.

43 Vgl. Eckardt/May, „Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus . . .", a. a. O., S. 110.

44 Vgl. ebenda.

45 Vgl. BAD, Niederschrift der Sitzungen des Grubenvorstandes . . ., a. a. O., S. 76 – 80.

46 Vgl. „Der Kämpfer", 19. März 1923.

der kommunistische Landtagsabgeordnete Arthur Lieberasch, daß die sozialdemokratische Landesregierung in diesem Falle „nichts anderes tut als die bürgerliche Cuno-Regierung im Reiche“[47], und „Der Kämpfer“ schrieb: „Die sächsische Regierung verschenkt 20 Millionen an den Bergbaulichen Verein.“[48]

Großzügiges Investitionsprogramm auf Kosten der Inflationsopfer

Einen aufschlußreichen Einblick in eine weitere Methode der Ausnutzung des Staates durch die Monopole bieten die Unterlagen über die Verhandlungen der Gewerkschaft Deutschland Anfang 1923 mit Vertretern der Reichsbank über die Finanzierung ihrer geplanten Neu- und Erweiterungsbauten. Am 22. Februar 1923 beantragte der Konzern beim Reichsbankdirektorium einen Wechselkredit bis zu 4 Milliarden Mark. In der Begründung hierzu heißt es: „Haben wir die erbetene finanzielle Hilfe, dann können wir in diesem Jahre unsere sämtlichen Neu- und Umbauten fertigstellen, was insofern segensreich für die deutsche Wirtschaft in Erscheinung treten wird, als unsere Förderungen, die bei der gegenwärtigen Verfassung ihrer Betriebsanlagen zurückgehen müssen, eine nicht unerhebliche Erhöhung erfahren werden, die unsere bedrängte deutsche Wirtschaft gerade jetzt dringend nötig hat, wo die Kohlendecke durch den Verlust der saar- und oberschlesischen Kohle und durch die Besetzung des Ruhrreviers äußerst geschmälert worden ist. Steht uns der Wechselkredit nicht zur Verfügung, müßten wir vorläufig den Weiterbau unserer Anlagen einstellen, wodurch nicht nur unserer Gewerkschaft und dem sächsischen Steinkohlenbergbau durch den Verlust großer Werte überhaupt, sondern auch der Allgemeinheit — dem deutschen Wirtschaftsleben — unübersehbarer Schaden entstände.“[49]
Aller hohlen Phrasen entkleidet, wurde in einem vertrauli-

47 „Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1923“, a. a. O., S. 498.

48 „Der Kämpfer“, 19. März 1923.

49 BAD, Niederschrift der Sitzungen des Arbeitsausschusses der Gewerkschaft Deutschland 1923, S. 16/17 und 33.

chen Schreiben der wahre Beweggrund für diesen Schritt ausgesprochen: „Die derartige Beschaffung dieser hohen Beträge ... ist der billigste Weg. Er kostet der Gewerkschaft nur den Reichsbankdiskont ohne jede Provision. Die gegenwärtigen Provisionssätze der Privatbanken sind in ihrem Ausmaße unerträglich."[50]

Die Verhandlungen wurden am 15. März 1923 in Berlin weitergeführt und endeten damit, daß die Reichsbank „in Würdigung der geschilderten Verhältnisse" die Kreditanträge des Konzerns billigte, obwohl diese — wie in dem Vertrag zugegeben wird — „nicht im Geschäftsbereich der Reichsbank liegen und deren Bestimmungen direkt zuwiderlaufen".[51] Die Wechselbeträge, deren Prolongierung dem Konzern gestattet wurde, mußten bis Ende des Jahres abgedeckt sein. Die Geheimhaltung des Vertrages wurde als „selbstverständlich vorausgesetzt".[52] Unter den Bedingungen der Inflation bedeutete dieses Geheimabkommen ein Geschenk für den Konzern. Bedenkt man schließlich, daß der Konzern die Abdeckung der Wechsel mit Hilfe der ihm vom Reichswirtschaftsministerium zugestandenen hohen Abschreibungssumme vorzunehmen gedachte,[53] so wird der räuberische Charakter dieser Finanzpolitik einmal mehr sichtbar.

Zu gleicher Zeit schwebten auch „streng vertrauliche" Verhandlungen über ein ähnliches Abkommen zwischen dem Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienverein und dem Rat der Stadt Zwickau, die darauf hinzielten, dem Konzern mittels einer städtischen Anleihe auf Kosten der Steuerzahler den Aufkauf der von Arnimschen Steinkohlenbergwerke in Planitz sowie den Bau einer Brikettfabrik und Teerdestillation zu ermöglichen.[54] Die Neubauten wurden aufgenommen. Am

50 BAD, Grubenvorstand der Gewerkschaft Deutschland Januar-Dezember 1923, Schreiben der Konzernleitung vom 28. Januar 1923 an den Rat der Stadt Leipzig.

51 BAD, Niederschrift der Sitzungen des Arbeitsausschusses ..., a. a. O., S. 48.

52 Ebenda, S. 49.

53 Vgl. ebenda, S. 10.

54 Vgl. BAAB, Akten des Rates der Stadt Zwickau ..., a. a. O., Bl. 202 — 204 und 262.

1. April 1923 wurden die von Arnimschen Steinkohlenbergwerke dem Konzern einverleibt.[55]

Diese Kreditpolitik war eine Erscheinungsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie führte zur weiteren Entwertung der Mark und zeigt das große Interesse der Konzerne an der Inflation. Aus den Goldmark-Eröffnungsbilanzen der Konzerne Anfang 1924 wird ersichtlich, daß sich das Grubenkapital mit Hilfe der Inflation von seinen Schulden befreien konnte.[56]

Die Inflationsgewinne durch Lohn-, Preis-, Steuer- und Kreditpolitik, die Inflationsgewinne aus Devisenschiebungen, Steuerhinterziehungen, Entwertungszuschlägen und niedrigen Frachttarifen der Reichsbahn versetzten die Bergbaukonzerne im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in die Lage, ein großzügiges Investitionsprogramm in Angriff zu nehmen. Für sie trifft zu, daß während der Inflation „eine Reihe von Betrieben ihren Produktionsapparat modernisiert haben".[57] In den Geschäftsberichten des Bergbaulichen Vereins sowie der einzelnen Konzerne wird mehrfach in allgemeiner Form auf diesen Umstand verwiesen und seine Bedeutung für die weitere Sicherung der Profite des Grubenkapitals hervorgehoben. So heißt es im Geschäftsbericht der Gewerkschaft Deutschland für 1923: „Überaus vorteilhaft war es für die Gewerkschaft, die Zeit der Inflation in stärkerem Umfang zum Ausbau ihrer Werksanlagen zu verwenden, da sie in Goldmark umgerechnet billig erstellt werden konnten und die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaft ganz erheblich erhöhen werden."[58]

Im Jahre 1923 wurden bedeutende Investitionen für die Rationalisierung der Arbeitsprozesse und für die Modernisierung der Anlagen aufgebracht.

55 Vgl. „Zwickauer Zeitung", 27. März 1923.

56 Vgl. Eckardt / May, „Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus . . .", a. a. O., S. 111.

57 Jürgen Kuczynski, „Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus", Bd. 15, a. a. O., S. 27.

58 „Fünfunddreißigster und sechsunddreißigster Geschäftsbericht der Gewerkschaft Deutschland zu Oelsnitz im Erzgebirge auf das Geschäftsjahr 1923 und 1924", o. O., o. J.

Überblick über wichtige Neuanlagen und Erweiterungsbauten der Bergbaukonzerne im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier 1923[59]

Gewerkschaft Deutschland	Zentralkesselhaus; Zentralkohlenwäsche; elektrische Turmförderanlage mit untertägigem Lokomotivförderbetrieb und selbsttätigem Wagenumlauf; Brikettieranlagen.
Gewerkschaft Gottes Segen	Elektrische Turmfördermaschine; Erweiterung des elektrischen Kraftwerkes; Beginn der Abtäufung eines neuen Wetterschachtes.
Gewerkschaft Morgenstern	Kohlenwäsche; Erweiterung der Kokerei; Erweiterung des Kraftwerkes.
Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein	Brikettfabrik; Teerdestillation; Kühlwerk; Flotationsanlage für Schlammaufbereitung; Erweiterung des Kraftwerkes und des Maschinenhauses.

Allein die Gewerkschaft Deutschland investierte in dieser Zeit insgesamt 1 878 833,83 Goldmark für Neuanlagen und Erweiterungsbauten.[60] Die starke Investitionstätigkeit wirkte sich allerdings zum Teil erst nach 1923 voll aus. Darüber heißt es in einem am 24. Februar 1923 vom Grubenvorstand der Gewerkschaft Deutschland entgegengenommenen Bericht: „Unsere Neuanlagen schreiten rüstig vorwärts . . . Die volle Auswirkung ist jedoch erst im Jahre 1924 zu erwar-

59 Die Zusammenstellung wurde vorgenommen auf der Grundlage von Angaben in „Fünfunddreißigster und sechsunddreißigster Geschäftsbericht der Gewerkschaft Deutschland . . .", a. a. O.; BAD, Niederschrift der Sitzungen des Grubenvorstandes . . ., a. a. O., S. 75; „Vierter Geschäftsbericht der Gewerkschaft Gottes Segen in Lugau auf das Geschäftsjahr 1923", o. O., o. J.; BAAB, Akten des Rates der Stadt Zwickau . . ., a. a. O., Bl. 202/203, 262 und 266; „Von den Brückenbergschächten zum VEB Steinkohlenwerk ‚Karl Marx' Zwickau, 1859—1959", o. O., o. J., S. 67.

60 Vgl. BAD, Niederschrift der Sitzungen des Grubenvorstandes . . ., a. a. O., S. 73.

ten."[61] Bei der Mechanisierung der Bohr- und Schrämarbeiten wurde bereits im Juli 1923 im sächsischen Steinkohlenbergbau gegenüber der Lage im Jahre 1913 eine Steigerung um das 48fache bzw. 6,8fache erreicht.[62]

Es liegt auf der Hand, daß sich die Profite des Grubenkapitals durch die Mechanisierung und die Modernisierung der Anlagen sowie durch andere Maßnahmen der Rationalisierung erhöhten. Es sei hier nur ein Beispiel angeführt, das zugleich den arbeiterfeindlichen Charakter der kapitalistischen Rationalisierung zeigt. Bei der Errichtung eines selbsttätigen Wagenumlaufs auf Schacht I der Gewerkschaft Deutschland ging die Konzernleitung im Mai 1923 davon aus, daß die Anlagekosten in Höhe von 60 Millionen Mark „in einem Jahr erspart werden. Jetzt sind bereits 15 Mann weniger beschäftigt, und weitere 3 Mann werden in Kürze frei werden. Das macht bei einem Lohnsatz von 13 000,— je Schicht im Jahre 70 Millionen Mark Ersparnis aus".[63] Das Grubenkapital sanierte sich auf Kosten der Arbeiter.

Die Inflation wurde für die Bergbaukonzerne zum Gesundbrunnen. Wenn darum in der sogenannten Festschrift des Bergbaulichen Vereins aus der Zeit des Faschismus davon die Rede ist, „daß die Werke trotz angeblich hoher Gewinne von der Substanz zehrten"[64], so überführen die Tatsachen die Verfasser ein weiteres Mal der Fälschung. Für das Jahr 1923 wurden von der Gewerkschaft Morgenstern je Kux 50 Goldmark[65] und von der Gewerkschaft Gottes Segen je Kux 20 Goldmark an Ausbeute gezahlt.[66] Die Gewerkschaft Gottes Segen behielt außerdem das $2^1/_2$fache der ausgeschütteten

61 BAD, Niederschrift der Sitzungen des Grubenvorstandes . . ., a. a. O., S. 12 und 14.

62 Vgl. „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht 1923", a. a. O., S. 39.

63 BAD, Niederschrift der Sitzungen des Arbeitsausschusses . . ., a. a. O., S. 60.

64 Eckardt/May, „Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus . . .", a. a. O., S. 111.

65 Vgl. BAMH, Mappe 264.

66 Vgl. „Vierter Geschäftsbericht der Gewerkschaft Gottes Segen . . .", a. a. O.

Dividende für weitere Investitionstätigkeit zurück.[67] Bei der Gewerkschaft Deutschland waren die Profite im Jahre 1923 so hoch, daß sie 1924 in die Lage versetzt wurde, mit Hilfe der Gewinnvorträge aus dem Inflationsjahr finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden.[68] Auch in den Goldmark-Eröffnungsbilanzen des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins wird befriedigt festgestellt, daß „unser Verein mit unverändertem Goldmarkkapital und Goldmarkreserven durch die Inflationszeit hindurchgekommen ist", und eine Dividende von 20 Goldmark je Aktie ausgewiesen.[69]

Die Höhe der Dividende, die 1923 von den Konzernen im westsächsischen Steinkohlenbergbau ausgeschüttet wurde, läßt jedoch noch keine sichere Schlußfolgerung hinsichtlich der Profite zu, da sich während der Inflation eine besonders große Schere zwischen Profit und Dividende herausbildete. So erhöhten die Konzerne mehrfach die Zahl der Kuxe, beispielsweise die Gewerkschaft Deutschland am 19. Februar 1923 allein um 25 000 Stück.[70]

Das Grubenkapital stand mit in der ersten Reihe der Inflationsgewinnler. In der Zeit von Januar bis August 1923 verschärfte sich im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, wie überall in Deutschland, der kapitalistische Grundwiderspruch. Es vertiefte sich der Gegensatz zwischen den Interessen des gesamten werktätigen Volkes und den Interessen der Konzernherren, der den Massen in dieser Zeit sichtbarer denn je wurde. Die Verelendung der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger wurde auch in diesem Gebiet zu einer wichtigen Triebkraft im sozialen und nationalen Befreiungskampf gegen den deutschen und französischen Imperialismus.

67 Vgl. ebenda.

68 Vgl. „Fünfunddreißigster und sechsunddreißigster Geschäftsbericht der Gewerkschaft Deutschland . . .", a. a. O.

69 „Geschäftsbericht des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins auf das Jahr 1923", a. a. O.

70 BAD, Niederschrift der Sitzungen des Arbeitsausschusses . . ., a. a. O., S. 24.

V. Kapitel Passive Resistenz gegen Konzernherren im Juni 1923

1. *„Es geht ein revolutionärer Zug durch die Arbeiterschaft"*

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen für die Verteidigung der sozialen und nationalen Interessen nahm seit dem Streik von 380 000 Berg- und Hüttenarbeitern des Ruhrgebiets, der am 16. Mai 1923 ausgebrochen war und sich unter Führung der KPD und revolutionärer Betriebsräte über zwei Wochen erstreckte, in ganz Deutschland einen Aufschwung.[1] Das Beispiel der Ruhrarbeiter wirkte wie ein Funken, der die schwelende Glut zum Entfachen bringt.

Während die Massenbewegung und mit ihr auch das Ansehen der KPD, die sich an die Spitze der Kämpfenden stellte, anwuchsen, wurde der nationale Verrat der imperialistischen Machthaber in Deutschland gerade in diesen Tagen besonders sichtbar. So scheute sich der in Übereinstimmung mit der Reichs- und Preußenregierung handelnde stellvertretende Regierungspräsident von Düsseldorf, Lutterbeck, nicht, den Kommandierenden General der französischen Besatzungstruppen, Denvignes, um Hilfe bei der Niederschlagung der kämpfenden Arbeiterklasse in Rheinland-Westfalen zu bitten. Fast zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichte der Reichsverband der Deutschen Industrie ein sogenanntes Garantieangebot, in dem die Monopole ultimativ die Privatisierung der Staatsbetriebe, eine weitere Veränderung der Steuerpolitik zugunsten des Finanzkapitals, die Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn und mehr Stunden sowie andere reaktionäre Maßnahmen forderten.[2] Dieser von den

1 Einen guten Überblick über die Massenbewegung in ganz Deutschland gibt Wilhelm Ersil, „Die revolutionäre Massenbewegung der deutschen Arbeiterklasse . . .", a. a. O., S. 71 ff.

2 Vgl. Wilhelm Ersil, „Aktionseinheit schlägt Cuno. Zur Geschichte des Massenkampfes gegen die Cuno-Regierung 1923 in Mitteldeutschland", Berlin 1963, S. 101.

extrem reaktionären Teilen der deutschen Monopolbourgeoisie inspirierte Schritt war auf die völlige Unterordnung des bürgerlichen Staates unter das Diktat der Monopole gerichtet. Offener Landesverrat und verstärkte Monopoloffensive – das waren die charakteristischen Züge der Politik, die die Monopolherren und Militaristen nach Ausbruch des Ruhrkampfes betrieben.

Unter diesen Bedingungen galt es für die deutsche Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Vorhut, einmal mehr alle Kräfte anzuspannen, um den Generalangriff der Monopole abzuwehren und der Verantwortung im nationalen Befreiungskampf gerecht zu werden. Der Zentralausschuß der KPD, der am 16. und 17. Mai 1923 in Berlin tagte, schätzte das Kräfteverhältnis richtig ein, indem er feststellte, daß die KPD „heute nicht imstande ist, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, weil dazu die Vorbedingungen, der revolutionäre Wille bei der Mehrheit des Proletariats, fehlt". Er signalisierte jedoch zugleich der Partei, daß „große Kämpfe im Anzug"[3] waren, und stellte den Kommunisten konkrete Aufgaben zur Verbesserung ihrer politischen Massenarbeit, besonders in den Reihen der Gewerkschaften. Der Zentralausschuß beschloß nach einem Referat Walter Ulbrichts, die Partei auf Betriebszellen umzustellen.

Wenige Tage nach den Beratungen des Zentralausschusses der KPD, am 29. Mai 1923, veröffentlichte „Die Rote Fahne" den berühmten gemeinsamen Aufruf der Zentrale der KPD und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte „Nieder mit der Regierung der nationalen Schmach und des Volksverrats!", in dem es abschließend heißt: „Arbeiter im gesamten Deutschen Reich! In mächtigen Versammlungen, in mächtigen Demonstrationen sagt dieser Regierung, was ihr über sie denkt. Rüstet zur Unterstützung der Ruhrarbeiter! Rüstet zum Kampf gegen die Lasten, die euch die bürgerlichen, großkapitalistischen Kapitulanten aufbürden werden!"[4]

Zur gleichen Zeit ging an die Bezirksleitungen der Partei ein Rundschreiben des Politischen Büros der Zentrale der

3 „Die Rote Fahne", 18. Mai 1923.

4 Ebenda, 29. Mai 1923.

6. Jahrg. / Nr. 120 / Preis 200 Mk.

Dienstag, den 29. Mai 1923

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion u. Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Dönhoff 292, 293, 2506 Postscheckkonto: Berlin 21 936. Bankkonto: Deutsche Bank, Depositenkasse Lindenstraße 3. Telegramm-Adresse: Rotefahne Berlin.

Erscheint täglich außer Montags.

Bezugspreis: Durch Träger frei ins Haus monatlich 1200 Mk. Postbezug monatlich 1200 Mk. Einzelnummer 200 Mk. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 300 Mk. Anzeigenpreis: Die 1spaltige Nonpareillezeile 1000 Mk., Stellengesuche und Familienanzeigen 500 Mk. Platzvorschrift ohne Gewähr. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vormittags. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Bei gerichtlicher Beitreibung, Konkursen oder Vergleichsverfahren fällt jeder Anspruch auf gewährte Preisnachlässe fort.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Redaktionsschluß für Inseraten-Annahme: abends 8 Uhr. Nummer 20 Mk. Filialen nehmen Anzeigen entgegen: Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße 45. Berlin-Neukölln, Bergstraße 149. Berlin-Lichtenberg, Normannenstraße 190. Berlin-Weißensee, Berliner Straße 70. Berlin-Reinickendorf, Eichenallee 1. Berlin-Spandau, Potsdamerstraße 14.

Nieder mit der Regierung der nationalen Schmach und des Volksverrats!

An das deutsche Proletariat!
An alle arbeitenden Schichten des deutschen Volkes!

Wie in den Zeiten des wildesten Bürgerkrieges des Jahres 1919, wie in den Zeiten der Niederwerfung des Berliner Proletariats, wie in den Zeiten des Kapp-Generalstreiks ist die Regierung des Verbrechertums losgelassen auf das deutsche Proletariat. Die Telegraphen-Lügen des Herrn Stinnes konkurrieren mit dem Wolff-Büro, dem offiziellen Organ der Regierung in der Verbreitung der wirrsten und verwirrtesten Lügen, die in der Welle der Verzweiflung die sich betrogen fühlenden Massen schaffen sollen, daß die Arbeiterklasse des Ruhrgebiets, geführt durch die Kommunistische Partei, den Widerstand gegen den französischen Imperialismus gebrochen hat, daß sie den imperialistischen Plünderungszug französischer Banditen gutheißt usw. Es wird erzählt von einer Bolschewistenfaust, von rasendem Mord und Totschlag. Und nachdem man so lange Zeit durch die Lügenpresse und durch die Lügennachrichten aufgepeitscht worden, wendet sich der Vertreter der Regierung, Dr. Luther, in einem offiziellen Schreiben, das von dem Wolff-Büro veröffentlicht wird,

an die französische Generalität

mit der Bitte, die Mörder des Essener Arbeiters, die Senker Schlächtereien wüthen der deutschen republikanischen Regierung erlauben, aus eigenen Maschinengewehren deutsche Arbeiter, deutsche Kassengenossen niederzumähen.

Alle die Greuelnachrichten über die Völkerentrüstung im Ruhrgebiet sind erfunden und erlogen, alle die Nachrichten über der Besitzung der Ruhrkohle durch die Ruhrarbeiter sind erfunden und erlogen, die Nachrichten über die deutsche Bourgeoisie gedrückte die Widerstandskraft an der Ruhr.

Sie bereitet eine Kapitulation, und zwar auf Kosten der Selbstmordlust, wie

und sie sucht zur Verdeckung dieser Absichten ein Blutbad im Ruhrgebiet zu provozieren, das ist die Möglichkeit, gaben würde, zu sagen: Gegen zwei Fronten kann man nicht kämpfen, darum kapitulieren wir von dem Ruhrgebiet.

Wie sie sich gewühlt haben um Essen, wie sie sich noch Krisenlos von dem armen Reiche, von dem hungernden Volke Millionen über Millionen als Entschädigungen zusammen pressen, wie sie sich noch Millionen der Arbeiterklasse für den Kampf an der Ruhr angreifen um als eine neue Gelegenheit, sich ihre Taschen zu füllen. Sie haben ihre Not dem Beginn des Kampfes an der Ruhr sich wenige Millionen der von Stinnes aufgebrachten Millionen sammeln lassen; sie haben Hunderte von Millionen an Krediten vom Reiche bekommen, damit sie in der Lage sind, die Arbeiter zu bezahlen; sie haben vom Reiche Devisen zur Höhe ihres Wertes gekauft, und diese Gelder an die Schwerindustrie bei ein Drittel des Reichsbank-Goldpreises gestellt. Das alles geschah, weil die Herren nicht gewillt waren, auf Kosten der Millionäre, die sie in unabsehbaren Beträgen angesammelt haben, den Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus zu führen. Das alles war schon nach zu wenig. Sie haben schamlos die Preise in die Höhe getrieben, sie haben den hungernden Arbeitern im Ruhrgebiet Lebensmittel vorenthalten, als die vom Reiche ihnen beschafften Zentnen sich in ihren Händen befanden, sie haben sie von neuem die Mark in verantwortlich, daß sie nichtigen Lohn und vor der Schlemmgelder. Trotz Arbeitern im Ruhrgebiet aber haben sie seit zwei Februar seine Lohnerhöhungen zugestanden; die nackte Not herrscht jetzt nicht nur im Reiche unter der Arbeiterklasse, sondern auch an der Ruhr. Und in dieser Stimmung der Arbeiterschaft abhängig, ob der französische Imperialismus Imstande sein wird, Deutschland noch mehr zu drücken und noch mehr auszusaugen. Die Preise sind verdoppelt, und die Arbeiter traten in den Streik und nur beschwichtigen Hoffnung, man setze 150 000 Mark den Arbeiterlöhnen, und 200 000 Mark den Arbeiterlöhnen entgegen, und die Löhne um 50 Prozent erhöhen. Die Bergarbeiter und Metallarbeiter forderten nur das, was dem Stande des Reichen man den Gemeinschaftlichen zugeblieben wurde. Die Schwerindustriellen haben es abgelehnt, und sie haben gegen die hungernden und freienden Arbeiter die Polizei, die Reichswehr und bewaffnete Banden von Denbien losgelassen. «Ein bürgerliches Blatt, die „Berliner Zeitung", hat festgestellt, daß die Kämpfe begonnen haben mit dem Ueberfall der von der Schwerindustrie aufgebrachten Banditenorganisationen auf eine Arbeiterversammlung. Die Arbeiter setzen sich zur Wehr, sie haben den Terrorakt zu Fronten getrieben, und sie haben sofort durch die Gewerkschaftsorganisationen aller Richtungen den Sicherheits- und den Ordnungsdienst organisiert. Es ist wahr, daß der Kampf entgegenging wurde von unorganisierten, hungrigen Elementen zu Plünderungen, wobei provokatorische deutsche und französische Provokateure eine Rolle gespielt haben. Von dem Moment an aber, wo die organisierte Arbeiterschaft den Sicherheitsdienst übernommen hat, wurde nirgendwo ein Haar gekrümmt.

Im Ruhrgebiet gibt es keinen Aufstand, im Ruhrgebiet gibt es keine Kommunistenherrschaft, im Ruhrgebiet kämpft die hungernde Arbeiterschaft im Streik, und sie hält in ihrem Kampfe musterhafte Ordnung.

Dieser Streik darf weitergehen beendet werden, wenn die Schwerindustriellen den Arbeitern das gefangene Städtchen Brot geben, aber die Ruhr ist keine reichten, nicht mehr, weil sie, gemäßer durch Reichsgeld, um jeden Preis weiterarbeiten, sondern weil sie den Aufstand wollen, weil sie wollen, daß die Ruhr scheitert, um Gifte hat und die tapferen Herren: Wir sind gezwungen, kapitulieren!

Berlin, den 28. Mai 1923.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.

Die Regierung Cuno ist bankrott. Entsenden aus dem Willen der deutschen Bourgeoisie, durch Widerstand dem französischen Imperialismus die Ermächtigung der Separatistenbestrebungen zu entsagen, hat sie sich vollständig erwiesen, die Interessen des deutschen Volkes gegen die schamlose Gier der deutschen Schwerindustriellen zu verteidigen.

An Stelle der Zeitalte an das Existenzminimum hat sie die Ausbeutung des deutschen Volkes durch die Junker und Schwerindustriellen gesetzt.

Gibt das die Zahl der Parlament von jetzt 2 Millionen auf 10 Millionen in fünf Monaten erhöht, so hat einen großen Teil des Erfolges bei Reichs bereits verpulvert, und sie weiß nicht mal noch ein. Sie ist das Gespött der ganzen Welt. Das Organ der englischen Regierung, der „Daily Telegraph", nennt sie die „lächerlichste Regierung der Welt". Und sie ist es wirklich. Ja verächtlich, und man ist sagt. Das Organ der englischen City, der „Economist", nennt sie die personifizierte Skrupellosigkeit. Kein, sie ist es nicht, sie ist einer der „Ehrlichen Makler" der Nationalökonomie, als Experten zugegen hat, spricht über die letzte deutsche Note in der Londoner „Nation": Diese Note trage alle Spuren der Ratlosigkeitserklärung ihrer Verfasser, und Lloyd George sagt, daß noch das Niederlagen Deutschland in den napoleonischen Kriegen es Clausewitzsumer gehabt hat, die die deutsche Nation aus der Not gerissen haben. Jetzt ist das deutsche Volk eine Herde ohne Kopf, mit geschlossenen Augen, die nicht weiß, wohin sie geht. Und diese Regierung, die so bankrott wird von der englischen Bourgeoisie, auf deren Hilfe sie gerechnet hat, sie wagt es, dem deutschen Volk gegenüber aufzutreten als der Hungerwolf, der mit einem Maulkorb droht, falls die Arbeiter nicht schweigend hungern wollen. Diese Regierung, die seit den ersten Tagen des Ruhreinbruchs nicht aufgehört hat, sich als der nationalistische Propaganda führt, diese Regierung, die jeden Reisten Prämier auf die Bajonettliste setzt, wenn er einem Franzosen ein Wasch Brot, ein Pfund Mark verkauft, sie bettelt offen von dem Ertrag der Not der von französischen Generalen und die Erlaubnis, den deutschen Arbeiter niederknallen zu dürfen.

Wir fragen die deutsche Gesellschaftsordnung, wie fragen den Wolff-Büro: Was geworden ist, die Vertreter der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, zu tun,

um das Blutbad im Ruhrgebiet, unmöglich zu machen,

weil gebauten sie zu tun, um den grinsenden Hunger und den Hohnern der Arbeiter im besetzten und unbesetzten Deutschland zu bannen, der ihre Widerstandskraft gegen den französischen Imperialismus lähmt? Was gedenken sie zu tun, um dieser Regierung der nationalen Schmach und des Volksverrats zu verjagen zu geben, daß sie schleunigst zu verschwinden habe, wenn sie ist ein Scharfrichter?

Wir fragen die nationalgesinnten Reichswehrsoldaten Massen, die Massen der deutschen Beamten und Angestellten, was gedenken sie zu tun gegen eine Regierung, die es wagt, schamlos wie eine öffentliche Dirne sich an den französischen Generalen zu wenden mit der Bitte um Erlaubnis auf Arbeiterbrust deutscher Volksgenossen! Wie sind Abtestand, daß in den nationalistischen Volksmassen die große Mehrheit sind ehrlich fühlenden und denkenden Menschen, die ihre Interessen schlecht sind und nicht verstehen, daß nicht nur die Interessen der Arbeiter, sondern auch die Interessen des Mittelstandes, der Beamten, der Angestellten, auch die Interessen der Volksgemeinschaft verraten und verkauft werden, daß nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch die Interessen der Nation

KPD, in dem der Massenstreik im Ruhrgebiet als Defensivkampf charakterisiert wurde. Als Bedingung für erfolgreiche Solidaritätsaktionen und Voraussetzung einer erfolgreichen Verteidigung der eigenen unmittelbaren Interessen der Arbeiter im ganzen Reich wurde die Schaffung der Einheitsfront bezeichnet. Die „wichtigste Aufgabe der Kommunisten", so lautete die Orientierung, besteht darin, „die Einheitsfront der Arbeiter zustande zu bringen. Die konkreten Bemühungen müssen ausgehen vom Betrieb, um örtlich eine Einheitsfront zu erzwingen. Nur wenn es gelingt, die örtlichen Widerstände wegzuräumen, wird die Schaffung einer Einheitsfront über das ganze Reich möglich sein."[5]

Der Aufruf fand in ganz Deutschland großen Widerhall. Der von der KPD beschrittene Weg blieb nicht ohne Erfolg. Das trifft vor allem auch auf die Lage in Sachsen zu. In diesem Falle kann durchaus der Einschätzung des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung zugestimmt werden, der Anfang Juni 1923 in einem seiner Lageberichte besorgt schrieb, daß „fast überall in Deutschland ein Anwachsen der Kommunisten und ihrer Parteiorganisationen zu verzeichnen ist. Beweise für die außerordentlich erregte Stimmung sind die fortgesetzten Unruhen und Streiks, die in der Berichtszeit stattgefunden haben. So ist es in Dresden, Bautzen und Leipzig zu Erwerbslosenunruhen, Plünderungen und Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Auf den deutschen Werften streikten die Werftarbeiter, in Ober- und Niederschlesien die Berg- und Hüttenarbeiter. Ein Landarbeiterstreik großen Stils geht durch Nieder- und Oberschlesien. Mit weiteren Streiks ist zu rechnen, *insbesondere gärt es stark in Sachsen.*"[6] (Hervorhebung von mir, H.-J. K.)

Angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes wandte sich der Landesvorstand Sachsen der KPD Ende Mai 1923 in einem Offenen Brief an den Landesarbeitsausschuß und die Siebenerkommission der VSPD sowie an den Landesausschuß des ADGB. Die Partei schlug darin „gemeinsame Schritte" vor, um die Pläne der Reaktion zu verhindern. Der Landesvorstand der KPD unterbreitete den Vorschlag, unter

5 IML, ZPA, Sign. 3/1/27, Bl. 36.

6 DZA, RK, Nr. 541/1, Bl. 99/100.

folgenden Losungen zu „gemeinsamen Demonstrationen" aufzurufen: Gegen den Verrat der Bourgeoisie im Kampf gegen den französischen Imperialismus; gegen den Einsatz von Reichswehr im Ruhrgebiet; für die Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter; für einschneidende Maßnahmen gegen die Teuerung, insbesondere gemeinsame Aktionen für die sofortige Angleichung der Löhne und Erwerbslosenunterstützung an die Teuerung; für den gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Reaktion; für eine Arbeiterregierung. „Die Maßnahmen", erklärte die KPD, „stellen das Geringste dessen dar, was die Stunde von den Arbeiterorganisationen fordert."[7]

Obwohl es auf Grund der ablehnenden Haltung der Spitzenkörperschaften der VSPD und des ADGB in Sachsen zu keinem gemeinsamen Aufruf der Arbeiterparteien und Gewerkschaften auf dieser Ebene kam, verfehlte das erneute Einheitsfrontangebot der KPD keinesfalls seine Wirkung. Es fand vor allem im Bezirk Erzgebirge-Vogtland ein starkes Echo. Das geht auch aus dem Bericht der Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland der KPD hervor, der am 4. Juni 1923 an die Zentrale der KPD gesandt wurde. In ihm heißt es: „Wir haben in letzter Zeit im ganzen Bezirk sehr gut besuchte Versammlungen, die zu den Vorgängen im Ruhrgebiet, zur Lage im Reiche und in Sachsen Stellung genommen haben. In fast allen Versammlungen meldeten sich auch sozialdemokratische Arbeiter zu Wort, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die Cuno-Regierung, gegen den Eintritt von Sozialdemokraten in die Koalition, für die Erfassung der Sachwerte und für die gemeinsame Kampffront aussprachen. Die Versammlungen in Werdau, Zwickau und Chemnitz, im oberen Erzgebirge waren alle überfüllt und wendeten sich mit aller Schärfe gegen die verräterische Gewerkschaftsbürokratie und gegen die Kommunistenhetze. Es geht ein revolutionärer Zug durch die Arbeiterschaft."[8]

7 „Die Rote Fahne", 31. Mai 1923.
8 IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 13.

2. Passive Resistenz der Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier im Juni 1923 — erste große Arbeiteraktion in einem sächsischen Industriebezirk

Solidarität mit dem Proletariat an Rhein und Ruhr

Ein revolutionärer Zug ging auch durch die Arbeiterklasse im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. Vorbereitet durch die Ergebnisse der Einheitsfrontpolitik in der Zeit bis Mai 1923 erzielte hier die KPD im Ringen um die Einheitsfront eine qualitativ höhere Stufe als zuvor. Die Agitation der Kommunisten fiel besonders bei den Bergarbeitern auf fruchtbaren Boden. In ihren Reihen herrschte eine starke Erregung über die Lohnpolitik der Monopole und ihrer Regierung. „Die Stimmung unter den Bergarbeitern", berichteten die Behörden über die Lage, „hat sich in den letzten Tagen immer mehr zugespitzt und wird sicher zur Entladung kommen, wenn die neuen Schiedsgerichtsverhandlungen wiederum ungenügend sein werden."[9]

Auf Initiative der KPD rief die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands zu Massenversammlungen auf, die der Vorbereitung gemeinsamer Aktionen der Bergarbeiter aller Richtungen dienen sollten. Zu solchen Bergarbeiterversammlungen kam es in Niederwürschnitz, Stollberg, Oelsnitz, Lugau, Rödlitz, Zwickau und anderen Orten.[10] Ein ausführlicher Bericht liegt über die Versammlung am 27. Mai 1923 in Oelsnitz vor.[11] An ihr nahmen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Bergarbeiter, Gewerkschafter und Unionisten teil. Die Aufforderung der Kommunisten, den Streik der Ruhrbergarbeiter zu unterstützen und auch im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier die Aktionseinheit gegen die Verelendungspolitik des Grubenkapitals und der Cuno-Regierung zu schmieden, fand die Zustimmung vieler Funktionäre und Mitglieder der VSPD, der Gewerkschaften und der Union. So erklärte beispielsweise ein Mitglied des

9 LHAM, Rep. C 20 I b, Nr. 4629, Bd. III, Bl. 64.

10 Vgl. „Der Kämpfer", 16. Mai 1923.

11 Vgl. ebenda, 2. Juni 1923. Alle Angaben, die sich auf die Versammlung beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

Bergarbeiterverbandes, daß „sie im Verband dasselbe wollen, wie die Kameraden der Union, daß sie dieselbe Not leiden". Er plädierte „für einheitlichen Kampf und Lohnerhöhungen oder Preisabbau und zugleich für Unterstützung des Kampfes an der Ruhr". Heftige Kritik wurde von den gewerkschaftlich organisierten Bergarbeitern an der Politik rechter Verbandsführer geübt, denen die Mitglieder vorwarfen, die „Disziplin selbst durchbrochen" zu haben, „weil sie von ihrem Programm abgewichen seien". „Wenn die Führer", so erklärte ein Verbandsmitglied, „nicht im Sinne der Mitglieder arbeiten, so sind sie zu beseitigen." Es gelte, „Arbeiterpolitik zu treiben".

Einstimmig wurde eine von den Kommunisten vorgeschlagene Resolution angenommen, deren entscheidende Absätze folgenden Wortlaut hatten: „Mit großer Aufmerksamkeit und inniger Anteilnahme verfolgen die Bergarbeiter des Oelsnitz-Lugauer Reviers den infolge der unaufhörlichen Preissteigerung aller lebenswichtigen Gegenstände einerseits und des jämmerlichen Ausfalls der zentralen Verhandlungen im Bergbau andererseits in Rheinland-Westfalen elementar ausgebrochenen Massenstreik ... Dank der Verhältnisse, die die Ruhrbesetzung und das Gebaren der deutschen Bourgeoisie geschaffen hat, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergarbeiter im hiesigen Revier sowie in ganz Mitteldeutschland ebenfalls die denkbar traurigsten. Deshalb verbindet uns flammender Haß und der Wille zum unversöhnlichen Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem. Euer Kampf ist uns daher ein Alarmsignal zur proletarischen Hilfe. Wir sind nicht gewillt, unsere Solidarität nur durch schöne Telegramme oder Briefe zu beweisen, sondern durch die Tat, denn eure Leiden sind auch unsere Leiden und euer Sieg [ist] auch unser Sieg. Wir geloben, die Ruhrbergarbeiter in ihrem Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, nötigenfalls durch die Waffe des Streiks, zu unterstützen ... Die Versammlung ist ferner der Ansicht, [daß], wenn die Bergarbeiter Rheinland-Westfalens nicht unterliegen sollen, der Kampf auf eine breitere Grundlage gestellt werden muß. Zu diesem Zwecke wird hier in Belegschaftsversammlungen dazu Stellung genommen und zugleich diese Resolution der Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter in Lugau

übermittelt, mit der Aufforderung, mit den Betriebsräten der Union und des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands sofort eine gemeinschaftliche Betriebsrätevollversammlung stattfinden zu lassen, um den bevorstehenden Lohnverhandlungen Nachdruck zu geben. In diesem Zusammenhang müssen alle Bergarbeiter Mitteldeutschlands aufgerufen werden, um sich als die wichtigste und ausschlaggebendste Berufsgruppe im Wirtschaftsleben endlich eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen." Der Verlauf der Massenversammlung in Oelsnitz war ein Spiegelbild der Kampfbereitschaft der Bergarbeiter und zeigte, daß in ihren Reihen der Gedanke der proletarischen Solidarität lebendig war.

Nachdem bekannt wurde, daß während der Verhandlungen am 28. Mai 1923 im Reichsarbeitsministerium über eine Neuregelung der Bergarbeiterlöhne selbst die von den Vertretern des Bergarbeiterverbandes erhobenen gemäßigten Forderungen nicht erfüllt worden waren, wuchs die Empörung der Arbeiter noch mehr. Eine am 3. Juni 1923 in Lugau durchgeführte Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensmänner des Bergarbeiterverbandes im Oelsnitzer Revier, auf der Max Uhlmann über das Ergebnis der Lohnverhandlungen berichtete, stand ganz im Zeichen der Entschlossenheit der Bergarbeiter, nunmehr aktiven Widerstand zu leisten. Auf der Konferenz kam, wie selbst die bürgerliche Presse eingestand, die „tiefe Verbitterung der Bergarbeiter . . . über die bisherige Lohnpolitik der Reichsregierung" zum Ausdruck, und das sogenannte Garantieangebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie stieß auf „ganz entschiedene Ablehnung".[12]

In der Entschließung der Konferenz wurde davon ausgegangen, daß die bisherigen Lohnerhöhungen in keiner Weise der Steigerung der Lebenshaltungskosten entsprachen und die soziale Lage der Bergarbeiter „unerträgliche" Formen angenommen habe. Weiter wurde festgestellt, daß sich die Reichsregierung „restlos den Standpunkt der Unternehmer zu eigen" gemacht habe und durch ihre Politik die Massen

12 „Stollberger Anzeiger und Tageblatt", 8. Juni 1923. Alle Angaben, die sich auf die Konferenz beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

„noch tiefer ins Elend hinabstößt". Der Politik der Cuno-Regierung wurde die „schärfste Mißbilligung" ausgesprochen und der ADGB aufgefordert, „die Forderung, Erfassung der Sach- und Goldwerte, erneut, und zwar mit aller Schärfe" aufzunehmen. Der Konferenzbeschluß bezeichnete die Herstellung der „Einheitsfront der Arbeiter und Beamten" als das „Gebot der Stunde". Die Konferenz stimmte der von den Kommunisten immer wieder vorgeschlagenen Einberufung einer Vollversammlung der Betriebsräte aller Bergarbeiterorganisationen zu.

Die Führung der KPD gab den Mitgliedern der Partei in den Bergbaugebieten angesichts der sich anbahnenden Bergarbeiterkämpfe eine richtige Orientierung. In einem in diesen Tagen an die Bezirksleitungen und Unterbezirksleitungen der KPD gerichteten Rundschreiben, das von Fritz Heckert und Gustav Sobottka unterzeichnet war, bezeichnete sie es als „dringendste Aufgabe", die Erregung unter den Bergarbeitern nicht „wirkungslos verpuffen"[13] zu lassen, sondern ihre Bereitschaft zu Kampfaktionen in organisierte Bahnen zu lenken. Ein Rundschreiben der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale beschäftigte sich besonders mit der Lage im Bergbau und kam zu der Schlußfolgerung: „Trotz der Tatsache, daß die Lohnerhöhungen allein gegen die planmäßig herbeigeführte Teuerung keinen dauernden Ausgleich schaffen können, muß doch der energischste Kampf für diese Lohnerhöhung geführt werden, weil ohne Lohnerhöhungen das Elend, die Not, der Hunger noch größer werden. Aber es muß auch verstärkt bei den Gewerkschaften darauf hingewiesen werden, daß nicht nur Lohnpolitik, sondern Klassenpolitik getrieben wird. Nur Lohnpolitik führt immer wieder zu Bankrott. Über sie hinaus müssen die Gewerkschaften ihre ganze Macht einsetzen zum Kampf für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, zum Kampf gegen die Cuno-Regierung, zum Kampf für die Reichsarbeiterregierung."[14] Anfang Juni 1923 begannen die Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, sich der Waffe der passiven Resistenz zu bedienen.

13 IML, ZPA, Sign. 3/4/70, Bl. 20.

14 Ebenda, ZPA, Sign. 3/4/71, Bl. 13.

Wichtiges Glied in der Kette von Lohnstreiks in Deutschland

Die passive Resistenz der Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier war ein wichtiges Glied in der Kette von Lohnkämpfen, die Anfang Juni 1923 in Deutschland ausbrachen. Aus dieser Streikwelle ragen vor allem der Kampf von mehr als 100 000 Berg- und Hüttenarbeitern Oberschlesiens, die vom 4. bis 16. Juni streikten, der Streik der 30 000 niederschlesischen Bergarbeiter vom 8. bis 15. Juni, der schlesische Landarbeiterstreik im Mai/Juni 1923[15] und der Bergarbeiterkampf in Sachsen hervor. Die passive Resistenz der Bergarbeiter war der erste große Arbeiterkampf im Jahre 1923 in einem sächsischen Industriebezirk.[16] Mit ihrer Aktion stellten sich die Bergarbeiter in die erste Reihe des Kampfes der Arbeiterklasse in Sachsen.

Die passive Resistenz der Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier begann am 4. Juni 1923 auf einigen Schächten des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins aufzuflackern.[17] Die revolutionären Kräfte bedienten sich der Agitation von Mund zu Mund und einfacher Handzettel, um den Widerstand zu verbreitern. So war beispielsweise im Mannschaftsbad des Tiefbauschachtes am 6. Juni ein Handzettel angebracht worden, der mit knappen Worten, von Arbeiterhand geschrieben, zum Kampf aufforderte: „Achtung! Kameraden übt Solidarität. Von heute (an) werden keine Zeichen aufgelegt."[18] Indem die Arbeiter in den Arbeitelangsam-Streik traten und zugleich an den Hunten keine Ortszeichen mehr anbrachten, bedienten sie sich einer Methode, die zum Absinken der Förderung führte und eine Kontrolle der Leistung der einzelnen Arbeiter unmöglich machte, wodurch Gegenmaßnahmen der Konzernherren erschwert wurden.

Seit dem 7. Juni begannen auch die Arbeiter des Helene-Ida-Schachtes in Oelsnitz diese Methode im Kampf gegen das

15 Vgl. Wilhelm Ersil, „Die revolutionäre Massenbewegung der deutschen Arbeiterklasse . . .", a. a. O., S. 76 ff.

16 Vgl. IML, ZPA, Sign. St. 16/47.

17 Vgl. SLHAD, MdI, Nr. 11097, Bl. 229.

18 BAAB, Sign. Arb / Bd. 6, Bl. 241.

Kapital anzuwenden.[19] Zwei Tage später setzte die passive Resistenz auf den Schächten Kaiserin Augusta und Vereinigtfeld in Lugau ein, wo zu diesem Zeitpunkt bereits 34 Prozent bzw. 26 Prozent der Hunte ohne Zeichen waren.[20]

Die KPD war die organisierende Kraft der Bewegung. Sie war auch der Initiator eines Aufrufes der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, den „Der Kämpfer" am 9. Juni veröffentlichte. In ihm wurde die Bereitschaft erklärt, mit allen Bergarbeitern eine gemeinsame Front zu bilden. Eingedenk der in der Vergangenheit gesammelten Erfahrungen wurde darauf hingewiesen, daß es nicht im Interesse der Bergarbeiter liege, in Teilaktionen die Kräfte zu zersplittern, sondern vielmehr die Aufgabe erwachse, „auf breitester Grundlage" den Kampf aufzunehmen. In dem Aufruf wurde vorgeschlagen, „gemeinsam über die weitere Entwicklung dieser Bewegung sofort Stellung zu nehmen".[21] Gleichzeitig wurden Flugblätter verbreitet, die für den 10. Juni „alle Bergarbeiter ohne Unterschied ihrer Organisation" zu Massenversammlungen aufriefen.[22] Diese Bergarbeiterversammlungen standen im Zeichen der Einheitsfront und waren von Kampfwillen durchdrungen. Auf ihnen sprachen unter anderem Robert Siewert und Paul Reißmann.[23]

Einen Tag später kam es in Oelsnitz zu einer Konferenz von Betriebsräten und Funktionären des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands und der Allgemeinen Arbeiterunion (Einheitsorganisation) aus dem gesamten Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier.[24] Diese Konferenz bildete einen wichtigen Einschnitt im Ringen der KPD um die Schaffung der Aktionseinheit der Bergarbeiter, denn erstmals seit der Spaltung der Gewerkschaften im Bergbau fand eine Beratung dieser Art statt. Es nahmen 66 Betriebsräte und Funktionäre teil. Sie

19 Vgl. ABF, Sign. 7 AAB, Bd. 6, Bl. 197.
20 Vgl. BAKL, Akte passiver Widerstand 1923.
21 „Der Kämpfer", 9. Juni 1923.
22 BAAB, Sign. Arb. 1 / Bd. 2, Bl. 6.
23 Vgl. ebenda.
24 Vgl. „Der Kämpfer", 13. Juni 1923. Alle Angaben, die sich auf die Konferenz beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

beschlossen einstimmig, folgende Forderungen an den Bergbaulichen Verein zu richten: 1. Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 300 000 Mark in der Spitze; 2. Heraufsetzung der Löhne bis zum Existenzminimum; 3. Durchführung der 14tägigen Lohnabrechnung; 4. Heraufsetzung der Deputatkohlen auf 100 Zentner im Jahr; 5. Urlaub für Jugendliche unter 16 Jahren; 6. Veränderung des Tarifvertrages, um die Anrechnung von Feier- und Streikschichten auf den Urlaub auszuschalten.

Das waren ökonomische Teilforderungen, geeignet, die Aktionseinheit herbeizuführen, erfaßte doch die Verelendung gleichermaßen Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Unionisten, Christen und Parteilose. Indem sie von der Notwendigkeit ausging, die Einheitsfront aller Bergarbeiterorganisationen zu schaffen, unterbreitete die Konferenz zugleich der Leitung des Bergarbeiterverbandes den Vorschlag, gemeinsame Schritte zur Verwirklichung der Forderungen einzuleiten. Aber eine positive Antwort der Gewerkschaftsinstanzen auf dieses Angebot blieb aus.

Lebhaft jedoch war die Zustimmung der Arbeiter. Über die Köpfe rechter Führer hinweg, unter Führung der revolutionären Betriebsrätebewegung mit der KPD an der Spitze, kam es zum ersten Mal seit den Streikkämpfen im Frühjahr 1919 wieder zu einer gemeinsamen Aktion der Bergarbeiter im gesamten Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. Ab 11. Juni 1923 erfaßte die passive Resistenz alle Schächte des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins, der Gewerkschaft Morgenstern, des Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbauvereins, der Gewerkschaft Gottes Segen und der Gewerkschaft Deutschland.[25] Das Ausmaß der sich insgesamt über drei Wochen erstreckenden passiven Resistenz war auf den einzelnen Konzernen und Schächten sehr unterschiedlich. Am stärksten und längsten, bis zum 30. Juni 1923, trat sie beim Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienverein in Erscheinung.[26]

25 Vgl. ABF, Sign. 7 AAB, Bd. 6, Bl. 197, 200 – 206, 212 – 214 und 217. – BAAB, Sign. Arb/Bd. 6, Bl. 251. – BAKL, Akte passiver Widerstand 1923.

26 Vgl. BAAB, Sign. Arb/Bd. 6, Bl. 251.

Rückgang der Förderung auf den Schächten des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins während des Höhepunktes der passiven Resistenz
(Pro-Kopf-Leistung im Mai = 100 Prozent).[27]

Schachtanlage	11.	12.	13.	14.	15. Juni
Vertrauensschacht	44	34	26	25	17
Tiefbauschacht	12	6	7	10	12
Altgemeindeschacht	22	13	10	9	10
Fortunaschacht	9	4	0	9	7
von Arnimsche Schächte	8	7	10	10	5
Bürgerschacht I	71	67	51	56	28
Bürgerschacht II	28	31	23	25	11
Bahnhofsschacht	33	36	25	14	16
Hilfe-Gottes-Schacht	61	56	54	54	47
Vereinsglücksschacht	76	79	79	79	68
Glückaufschacht	72	70	68	38	26

In der Geschichte der Bergarbeiterbewegung in Sachsen wurde erstmalig im Juni 1923 die passive Resistenz in diesem Umfange angewandt.

Beitrag zum nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes

Die passive Resistenz trug im wesentlichen den Charakter eines Wirtschaftskampfes. Die fortgeschrittensten Teile der Bergarbeiter führten ihren Kampf jedoch nicht nur für die Verbesserung der eigenen Lage. Eine wichtige Triebkraft der Klassenauseinandersetzung bildete die proletarische Solidarität. „Bergarbeiter Sachsens", appellierten Flugblätter an die Klassensolidarität, die „Kameraden vom Ruhrrevier, von Oberschlesien, vom übrigen Mitteldeutschland schauen auf euch."[28]
Indem sich die Bergarbeiter dem Kampf ihrer Klassenbrüder anschlossen, kamen erstmals wieder seit der Streikwelle im Frühjahr 1919 zum gleichen Zeitpunkt Aktionen des Berg-

27 Vgl. ebenda.
28 Ebenda, Bl. 241.

proletariats in den wichtigsten Steinkohlenrevieren Deutschlands zustande, die von den revolutionären Kräften ausgelöst wurden. Die kommunistischen Bergarbeiter erblickten dabei in der passiven Resistenz einen Teil des politischen Kampfes, den die gesamte deutsche Arbeiterklasse gegen den deutschen und französischen Imperialismus führte. Die Bergarbeiteraktion im Zwickau - Oelsnitzer Steinkohlenrevier diente objektiv der Verhinderung der innen- und außenpolitischen Pläne der Reaktion und war ein wichtiger Beitrag zum nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes gegen die französischen Okkupanten. Sie lag im Interesse der Verteidigung der nationalen Widerstandskraft der Werktätigen, die durch die Ausplünderungspolitik der Monopole und ihrer Regierung erschüttert wurde.

Wenngleich im Mittelpunkt der passiven Resistenz ökonomische Forderungen standen, so entwickelte sich doch im Verlauf der Aktion auch bei nichtkommunistischen Bergarbeitern die Einsicht in die politische Bedeutung des Kampfes.

Das war kein spontaner Prozeß, der elementar aus der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit erwuchs, sondern vielmehr ein Ergebnis der Anstrengungen der KPD, das politische Klassenbewußtsein in die Arbeitermassen hineinzutragen.

Über den Kreis der Kommunisten hinaus erkannten weitere Teile der Bergarbeiterschaft, daß es notwendig ist, den ökonomischen Kampf mit politischen Forderungen zu verbinden. In den Reihen der Kämpfenden wurde der Ruf laut, die Gruben in die Hände der Arbeiterklasse zu nehmen. So heißt es in der Entschließung einer am 15. Juni 1923 in Schedewitz von Mitgliedern aller Bergarbeiterorganisationen aufgesuchten Massenversammlung: „Zu der Drohung der hiesigen Bergwerksbesitzer, bei Fortdauer der Minderförderung im Zwickau-Oelsnitzer Revier die Betriebe zu schließen, erklären die Versammelten, daß es höchste Zeit wird, den Unternehmern die Bergwerke abzunehmen und diese Betriebe zu sozialisieren."[29]

29 DZA, Reichsarbeitsministerium (weiterhin geführt als RAM), Nr. 80, Bd. 6, Bl. 162.

Aus der gleichen Entschließung wird auch ersichtlich, daß die Arbeiter am Beispiel des Vorgehens des Bergbaulichen Vereins den Zusammenhang zwischen ihrem Abwehrkampf gegen das Grubenkapital und den Kampf der ganzen Klasse gegen die Verwirklichung der Konzeption der imperialistischen Machthaber Deutschlands begriffen. „Die Versammelten sehen in der Drohung der Unternehmer", heißt es darüber, „das Eingeständnis, daß sich die sächsischen Bergwerksbesitzer mit allen Kräften an der Aushungerung der deutschen Arbeiterschaft beteiligen wollen, um auf diese Weise die Widerstandskraft der Proletarier zu schwächen, damit das Kapital die geplanten Steuerabzüge, die Arbeitszeitverlängerung usw. besser durchführen kann." Die sächsische Regierung wurde aufgefordert, gegen das Grubenkapital einzugreifen.

In diesem Dokument, das mitsamt den Forderungen der Bergarbeiter und unterzeichnet von Vertretern des Bergarbeiterverbandes und der Union demonstrativ der Reichsregierung übersandt wurde, erklärten die Versammelten schließlich, daß es für die Arbeiterklasse darauf ankomme, „von vornherein" die „schändlichen Zukunftspläne" der Reaktion zu durchkreuzen.[30] So verflochten sich ökonomische und politische Forderungen und prägten mit den Charakter des Bergarbeiterkampfes. In diesem Falle kann der Einschätzung des Bergbaulichen Vereins zugestimmt werden, dessen Sprecher in einer internen Beratung mit Vertretern der Staatsorgane erklärte: „Die Sache hat, wie aus den Forderungen hervorgeht, nicht allein eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Seite."[31]

Die passive Resistenz übte eine mobilisierende Wirkung auf die anderen Abteilungen der Arbeiterklasse aus. Die Kraft des Beispiels, das die Bergarbeiter gaben, strahlte vor allem auf die Metallarbeiter aus, die — der Weisung des DMV folgend — Mitte Juni 1923 in Sachsen zu einer Streikurabstimmung schritten. Im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier stimmten beispielsweise über 90 Prozent der Arbeiter der großen Werke von Horch und Schumann in Zwickau für die

30 Ebenda.

31 SLHAD, KHZ, Nr. 1491, Bl. 168.

Durchführung von Streikaktionen.[32] In der Zwickauer Maschinenfabrik brach am 20. Juni 1923 ein Kurzstreik aus.[33] Diese Entwicklung, die die KPD voranzutreiben suchte, barg die Möglichkeit eines einheitlichen Vorgehens von Berg- und Metallarbeitern. Sie veranlaßte die Behörden, in einem am 22. Juni 1923 an die Regierung in Dresden geschriebenen Bericht auf die „Gefährlichkeit der Situation" aufmerksam zu machen, „die besonders im Zwickauer Bezirk bei einem Streik der Metallarbeiter entstehen kann".[34]

Ein weiterer wichtiger Faktor im Klassenkampf im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier im Juni 1923 war die gesteigerte Aktivität der Erwerbslosen, besonders in Zwickau. Hier war ein Erwerbslosenausschuß gebildet worden, der unter dem Einfluß der KPD stand und sich an die Spitze der Erwerbslosenbewegung stellte.[35] Indem die Parteiorganisationen der KPD bestrebt waren, diese Bewegung in organisierte Bahnen zu lenken, und darum rangen, den Kampf der durch die Schuld des Kapitals aus dem Arbeitsprozeß ausgestoßenen Proletarier mit dem der Arbeiter in den Schächten und Betrieben zu vereinen, wurde ein richtiger Weg beschritten. Er versetzte die Reaktion in besondere Unruhe. Die Staatsorgane befürchteten „Erwerbslosenunruhen in Zwickau ... Es fänden Versammlungen statt und im Anschluß an diese seien Straßendemonstrationen geplant. Bei der allgemeinen Erregung, die unter der Bevölkerung und insbesondere auch der Bergarbeiterschaft herrsche, könne man nie wissen, welchen Umfang die Dinge annehmen."[36]

3. KPD unterbreitet konkretes Programm zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe

Die Anstrengungen, die die KPD unternahm, um die Aktionseinheit der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und Erwerbs-

32 Vgl. IML, ZPA, Sign. St. 16/47, Bl. 147.
33 Ebenda, Bl. 141.
34 Ebenda.
35 Vgl. Stadtarchiv Zwickau (weiter SAZ), Protokoll der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung 1922/1923, Bl. 129.
36 SLHAD, KHZ, Nr. 1491, Bl. 168.

losen herzustellen, waren untrennbar mit dem Bemühen der Partei verbunden, den Kampf der Arbeiterklasse in ganz Sachsen auf eine höhere Stufe zu heben. Eine wichtige Rolle in der politischen Massenarbeit der Parteiorganisationen in den Unterbezirken Zwickau und Oelsnitz-Lugau spielte in dieser Zeit das Schreiben des Landesvorstandes der KPD vom 18. Juni 1923 an den Landesvorstand und die Landtagsfraktion der VSPD sowie an die sächsische Regierung. „Der Kämpfer" veröffentlichte es unter der Überschrift: „Gegen Teuerung und faschistische Gefahr".[37] Eingangs wurde auf die Zuspitzung der Lage im Reich und in Sachsen verwiesen und schließlich vorgeschlagen:

„I

Im Sinne der Vereinbarungen beider Arbeiterparteien, des Programms der Regierung und entsprechend den Forderungen des Gesamtproletariats sind von der Regierung und den beiden Parteien alle Maßnahmen zu treffen und alle Mittel anzuwenden, um die Liquidierung des Ruhrkrieges auf Kosten des Proletariats zu verhindern und durch Erfassung der Sach- und Goldwerte die Kriegs- und Reparationskosten auf die Bourgeoisie abzuwälzen.

Die Regierung hat zu diesem Zwecke beim Reich entsprechende Vorschläge zu machen, die Arbeiterparteien [haben] durch gemeinsame Agitation, Propaganda und Herstellung der Einheitsfront die Arbeiterschaft im Reiche und [in] Sachsen für diesen Kampf zu mobilisieren. Die Ziele dieser Bewegung müssen sein:

Verhinderung jeder Koalition zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, Bildung einer Reichsarbeiterregierung.

In Sachsen müssen unverzüglich folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

II

Kampf gegen die Teuerung

1. Die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft sind wirksam zu unterstützen durch die Presse und durch Beschlüsse der Parlamente.

2. Die Regierung ist aufzufordern, ihre Organe anzuweisen,

37 Vgl. „Der Kämpfer", 20. Juni 1923. Alle Angaben, die sich auf das Dokument beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

daß sie bei den Lohnbewegungen mit allem Nachdruck die Forderungen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum vertreten.
3. Sind an einer Lohnbewegung die Arbeiter eines Staatsbetriebes beteiligt, dann hat die Regierung die Forderungen der Arbeiter im weitesten Maße zu erfüllen, um so auf das Unternehmertum einzuwirken.
4. Stehen die Arbeiter eines Gemeindebetriebes in einer Lohnbewegung, dann müssen die Arbeiterfraktionen mit Nachdruck für die Erfüllung der Forderungen der Arbeiter eintreten.
5. Die Regierung ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß für die Erwerbslosen Arbeit beschafft wird. Das hat zu geschehen durch Einwirkung auf das Unternehmertum und durch die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, Straßenbauten usw.
6. Erwerbslosen, Alters- und Kriegsinvaliden sind aus einem Fonds für die Unterstützung der Minderbemittelten Beihilfen zu gewähren.
7. Beschaffung der erforderlichen Mittel, sei es auf dem Wege der Inanspruchnahme eines normalen Kredites, sei es durch Auflegung einer Zwangsanleihe. Sollten letzterem Reichsgesetze im Wege stehen, dann hat die Regierung beim Reiche die Aufnahme einer Zwangsanleihe zu beantragen.
8. Zur Bekämpfung des Wuchers sind die Kontrollausschüsse mit weitgehendsten Vollmachten auszurüsten. Die Kontrollausschüsse sind zu verpflichten, allmonatlich einer Betriebsrätevollversammlung Bericht zu erstatten.

III

Gegen die faschistische Gefahr

1. Veröffentlichung des gesamten Materials über die Faschistenbewegung, das sich in den Händen der Regierung und der Parteien befindet, soweit dadurch die Beobachtung und Verfolgung der Faschisten nicht erschwert wird.
2. Generelles Verbot aller Regimentsfeiern, Auflösung aller Offiziers- und Militärvereine.
3. Einsetzen gemeinsamer Kontrollkommissionen zur Überwachung der Faschistenbewegung, insbesondere der Eisenbahntransporte (systematische Eisenbahnkontrolle).
4. Verständigung mit Thüringen über die Bekämpfung der Faschistengefahr (gemeinsame Beratung der Regierungen,

Arbeiterparteien, Gewerkschaftsorganisationen und Betriebsräte).
5. Bildung des gemeinsamen Selbstschutzes, wo er noch nicht besteht.
IV
Maßnahmen zur Säuberung der Polizei
1. Kontrolle der Personalakten durch eine gemeinsame Parlamentskommission beider Arbeiterparteien zur Säuberung von reaktionären Elementen bei Verwaltung, Polizei und Justiz.
2. Besetzung der leitenden Funktionen durch Genossen, die auf dem Boden der getroffenen Abmachungen stehen.
V
Nach erfolgter Aussprache gemeinsamer Aufruf an das sächsische Proletariat zum Kampfe gegen die Teuerung, gegen die faschistische Gefahr, für die proletarische Einheitsfront."
Das Dokument zeigt, daß sich die KPD nicht auf die bloße Anprangerung der undemokratischen Verhältnisse in der von den Monopolen beherrschten Weimarer Republik und auf die Propagierung des Kampfes gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus schlechthin beschränkte. Unter Berücksichtigung der Existenz der linkssozialdemokratischen Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe trat die Partei mit konkreten antimonopolistischen, antimilitaristischen und antifaschistischen Teilforderungen vor die Massen, die von den Erfordernissen der Situation ausgingen und den Bewußtseinsstand der Werktätigen berücksichtigten.
Diese Maßnahmen „gegen die Teuerung", „gegen die faschistische Gefahr" und „zur Säuberung der Polizei" waren auf die Stärkung der Positionen der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Kräfte gegenüber der Reaktion gerichtet.
Die KPD hob zugleich den untrennbaren Zusammenhang hervor, der zwischen dem Kampf gegen die Katastrophenpolitik des deutschen Imperialismus und für eine Arbeiterregierung in Deutschland auf der einen und der Verwirklichung dieser Maßnahmen in Sachsen auf der anderen Seite bestand. Indem die Partei auf die Bestrebungen zur Beendigung des imperialistischen Ruhrkampfes auf Kosten der Werktätigen hinwies, brachte sie zugleich ihr mit dieser

Orientierung verbundenes nationales Anliegen zum Ausdruck. Das offene Schreiben trug den Charakter eines erneuten Einheitsfrontangebots an die Führung der VSPD in Sachsen auf der Grundlage demokratischer Forderungen, die nur durch die einheitlich handelnden Massen und mit ihrer Hilfe in die Praxis umgesetzt werden konnten. Deshalb wurde auch ausdrücklich die Notwendigkeit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse unterstrichen und ein gemeinsamer Aufruf der Arbeiterparteien zur Mobilisierung der Massen vorgeschlagen. Dieser Schritt der KPD war nicht zuletzt darauf gerichtet, die Haltung der sächsischen Regierung in entscheidenden Fragen des Klassenkampfes stärker in den Blickpunkt der Werktätigen zu rücken. Das war auch deshalb ein richtiges Vorgehen, um zu verhindern, daß es der Reaktion gelang, das linkssozialdemokratische Kabinett nach rechts abzudrängen. Mit dieser Haltung verfolgte die KPD zugleich das Ziel – anknüpfend an die gemeinsamen Vereinbarungen der Arbeiterparteien in Sachsen vom Frühjahr 1923 –, die Regierung zur Verwirklichung eigener Versprechungen sowie weitgehenderer Forderungen zu veranlassen.

Für die kämpfende Arbeiterklasse im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, ganz besonders aber für die Bergarbeiter war diese Politik der KPD eine große Hilfe, zumal im Bergbau ein starker staatskapitalistischer Sektor existierte. Angesichts der geheimen Bestrebungen des Bergbaulichen Vereins und der mit ihm verbundenen extrem reaktionären Kräfte, unter dem Schutz der Polizei im Steinkohlenbergbau die Technische Nothilfe einzusetzen und endlich den Bergarbeiterkampf durch Reichswehr niederschlagen zu lassen, gewannen schließlich auch einige parlamentarische Schritte der KPD besondere Bedeutung für die Bergarbeiter. So unterbreitete die kommunistische Fraktion im Sächsischen Landtag den Antrag, in Sachsen den Einsatz der Technischen Nothilfe zu verbieten, um zu verhindern, daß – wie Rudolf Renner als Sprecher der KPD den Antrag ausdrücklich begründete – diese bei Lohnkämpfen im Interesse der Unternehmer eingesetzt wird.[38] Die Kommunisten benutzten die

38 „Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1923", a.a.O., S. 1065.

Tribüne des Parlaments, um auf die Lage in der von reaktionären Offizieren geleiteten Landespolizei aufmerksam zu machen, und forderten Maßnahmen, die einen Einsatz der Polizeitruppe zur Niederschlagung von Arbeiterkämpfen verhindern sollten.[39] In einem weiteren Antrag verlangte die Fraktion der KPD, die Hintergründe für die Verstärkung der Reichswehr im Bereich des Wehrkreiskommandos IV zu untersuchen.[40]

4. Verschärfte Differenzen in der VSPD und sinkender Einfluß der Verfechter der Arbeitsgemeinschaftspolitik

Die auf die Herstellung der Aktionseinheit gerichtete Politik der KPD und der Aufschwung der Massenbewegung in ganz Deutschland seit dem Ruhrbergarbeiterstreik, besonders aber die passive Resistenz der Bergarbeiter blieben nicht ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung im Lager der Sozialdemokratie im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. Das Leben selbst forderte von den Mitgliedern und Funktionären der VSPD eine Antwort auf die Frage nach den Methoden des Kampfes, den sie im Interesse der Arbeiter zu führen gedachten. Der von heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen begleitete Prozeß des Umdenkens schritt unter den Mitgliedermassen, aber auch bei Teilen der Funktionäre fort. Als symptomatisch kann in dieser Hinsicht ein Artikel von Max Seydewitz bezeichnet werden, der Mitte Juni 1923 im „Sächsischen Volksblatt" unter der Überschrift erschien: „Außerparlamentarische Aktivität. Eine notwendige Forderung an Partei und Gewerkschaft."[41]
Gleich zu Beginn seines Artikels sah sich Max Seydewitz zu der Feststellung veranlaßt, daß „im Kampfe um die im Interesse des Proletariats notwendig durchzusetzenden Forderungen nicht immer alle Möglichkeiten voll ausgenutzt werden". Zugleich und völlig berechtigt wird von der „unerfreulichen Passivität" der Sozialdemokratie gesprochen und da-

39 Vgl. ebenda.

40 Vgl. ebenda, S. 1089.

41 „Sächsisches Volksblatt", 20. Juni 1923. Alle Angaben, die sich auf den Artikel beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

von, daß das Vertrauen zur VSPD schwinden müsse, „wenn sich, nachdem schärfstes parlamentarisches Geschütz aufgefahren wird und mit aller Schärfe und Klarheit der Widersinn und die Ungerechtigkeit der Lohn-, Steuer- und Wirtschaftspolitik der jetzigen bürgerlichen Reichstagsmehrheit aufgedeckt wird", den Worten keine Taten folgen.

Der Widerspruch zwischen Wort und Tat war tatsächlich ein Wesenszug der Politik rechter Führer der VSPD. Auf der einen Seite wollten sie ihre Politik der Zusammenarbeit mit der deutschen Bourgeoisie nicht aufgeben, sondern spekulierten sogar auf die große Koalition. Sie waren aus Furcht vor den Konsequenzen deshalb auch nicht willens, sich an die Spitze außerparlamentarischer Aktionen zu stellen, vielmehr ging ihr Streben dahin, diese zu verhindern, um die Koalitionspolitik nicht zu gefährden. Auf der anderen Seite sahen sie sich aber im Parlament, in der Presse und an anderer Stelle veranlaßt, die Massenstimmung zu berücksichtigen, um einen weiteren Rückgang ihres Einflusses aufzuhalten.

Von vielen sozialdemokratischen Arbeitern wurde die Politik der sozialdemokratischen Parteiführung mit immer größerer Besorgnis und Erbitterung verfolgt.

Es kann als eine Widerspiegelung der Diskussionen in den sozialdemokratischen Parteiorganisationen gewertet werden, wenn in dem Artikel von Max Seydewitz der Versuch unternommen wurde, die Ursachen des Widerspruchs zwischen dem Auftreten prominenter Abgeordneter der VSPD im Parlament und ihrer ablehnenden Haltung zu außerparlamentarischen Maßnahmen aufzudecken. Der Verfasser gelangte zu einer richtigen Schlußfolgerung, indem er bei der Kennzeichnung der Rolle rechter Führer darauf verwies, daß diese „nicht nur die heutige republikanische Staatsform selbst, sondern zugleich und beinahe stärker noch als die Form auch den heutigen Staat selbst . . . unbedingt bejahen", die Aufgabe der Sozialdemokratie „einseitig im unbedingten Mitregieren" sähen und „darum wie gebannt auf das Parlament und dessen Wirksamkeit" starren.

Statt dessen wurde von Max Seydewitz hervorgehoben: „Der Kampf der Sozialdemokratie wird heute wie vor der Revolution in dem gleichen Klassenstaat geführt; schon daraus ergibt sich, daß auch die Kampfmittel der Sozialdemo-

kratie in der Hauptsache die gleichen sein müssen." In dem Artikel wird an die VSPD und die Gewerkschaften die Forderung gerichtet, außerparlamentarische Maßnahmen zur Durchsetzung einer den Interessen des Volkes entsprechenden Steuer- und Lohnpolitik einzuleiten, so auch für die Erfassung der Sachwerte. Die VSPD müsse „eine viel stärkere außerparlamentarische Aktivität entfalten. Es genügt nicht, daß die Reichstagsfraktion irgendwelche dringende Forderungen aufstellt, die sie im Parlament mit aller Geschicklichkeit verficht, aber wieder in den Hintergrund rücken läßt, wenn sie von der bürgerlicher Reichstagsmehrheit niedergestimmt wird". Obwohl aus dem Artikel auch illusionäre Auffassungen über den Weg zur Überwindung der Reaktion sprachen, war seine Veröffentlichung von positiver Bedeutung.

Demgegenüber wurde während der passiven Resistenz noch einmal sichtbar, daß maßgebliche Funktionäre des Bergarbeiterverbandes auf dem rechten Flügel der VSPD standen. Sie setzten alles daran, den Abbruch dieser Arbeiteraktion, die gegen ihren Willen ausgebrochen war, herbeizuführen.

Die Bezirksleitung des Verbandes lehnte die Einheitsfrontangebote der Union ab und bezeichnete es als „durchaus richtig", daß der Bergbauliche Verein sich unter Berufung auf die Arbeitsgemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband weigerte, mit der Gewerkschaftsopposition und den Unionisten über die aufgestellten Forderungen in Verhandlungen zu treten.[42] In mehreren Aufrufen forderten rechte Verbandsführer dazu auf, den Kampf abzubrechen.[43] Sie bezeichneten die passive Resistenz als einen Bumerang, als eine die „Allgemeinheit" schädigende Waffe und verleumdeten die unter revolutionärer Führung zustande gekommene Bewegung als „anarchistische", „wilde" Aktion. Um die Arbeiter zu beruhigen und sie nicht völlig aus der Hand zu verlieren, machten sich die Bezirksleiter des Verbandes schließlich zu Fürsprechern der Auszahlung eines Lohnvorschusses. „Herr Langhorst erklärt", vermerkt das Protokoll der in diesem Sinne geführten Verhandlungen mit den Grubenherren, „daß

42 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 9. Juni 1923.

43 Vgl. ebenda, 7. Juni 1923 und 15. Juni 1923.

es hauptsächlich darauf ankomme, möglichst bald eine größere Summe ausgezahlt zu erhalten, die dann in erträglicher Form einbehalten werden könne."[44]

Der Bergbauliche Verein ging auf dieses Anerbieten sofort ein. Auf den Schächten erschienen Bekanntmachungen, in denen demagogisch „angesichts der jetzigen steigenden Teuerung" eine Vorschußzahlung für den 11. Juni 1923 versprochen wurde.[45] „Die Werke hoffen," berichtete die Berginspektion Stollberg an die vorgesetzte Dienststelle, daß „bald eine Besserung der Lage eintritt."[46]

Das Gegenteil war jedoch der Fall. Über die Reaktion eines beträchtlichen Teils der Arbeiter gibt ein Bericht des sozialdemokratischen Regierungskommissars vom 8. Juni Auskunft. Nach ihm hatte die „Bergarbeiterschaft sogar die Vorschußzahlungen abgelehnt, die für den hiesigen Bezirk am Montag, dem 11. 6. 1923, zur Auszahlung gelangen ... Von verschiedenen Belegschaften wird ... erklärt, daß ihnen derartige Vorschüsse, die wieder zum Abzug von den ordentlichen Löhnen gebracht werden, nicht helfen können, daß sie vielmehr den Lohn fordern müßten, den sie unter den heutigen Verhältnissen unbedingt brauchen."[47] Auch der Hinweis auf erneute Lohnverhandlungen in Berlin konnte „nicht erreichen, daß die hiesigen Bergarbeiter bis zum Abschluß dieser neuen Lohnverhandlungen eine abwartende Stellung einnahmen".[48] Der Regierungskommissar rechnete mit einer Steigerung der passiven Resistenz bis zum offenen Streikausbruch.

Es erwies sich, daß ein bedeutender Teil der Bergarbeiter die Taktik des Kapitals durchschaute. Der Einfluß rechter Gewerkschaftsführer ging weiter zurück. Besorgt gelangte der Bergbauliche Verein zu der Feststellung, „daß die Bewegung im Zwickauer Revier gegen den Willen der Gewerk-

44 BAKL, Nr. II/112a, Niederschrift der Sitzung des Tarifausschusses für Arbeiterangelegenheiten der Bezirksgruppe Sachsen der Arbeitsgemeinschaft für den Bergbau am 4. Juni 1923.

45 SLHAD, MdI, Nr. 11097, Bl. 232.

46 BAKL, Akte passiver Widerstand 1923.

47 ABF, Sign. 7 AAB, Bd. 6, Bl. 196.

48 SLHAD, MdI, Nr. 11097, Bl. 229.

schaften (d. h. der Bezirksleiter des Verbandes, H.-J. K.) erfolge, welche die Macht über die Arbeiterschaft mehr und mehr aus der Hand verloren hätten".[49]

5. *Strategie und Taktik der herrschenden Klasse*

Bergbaulicher Verein will die Arbeiter durch Aussperrung auf die Knie zwingen und Widerstand mit Polizei brechen

Die Machenschaften des Bergbaulichen Vereins zur Liquidierung der passiven Resistenz der Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier widerspiegeln die verschiedenen Methoden, die das Grubenkapital anwandte, die verschiedenen Wege, die es ging, um die Arbeiter in die Knie zu zwingen. Sie waren ein Bestandteil der Strategie und Taktik, die extrem reaktionäre Kräfte der Bourgeoisie im Frühsommer 1923 einschlugen.

Auf den Schächten erschienen Bekanntmachungen, in denen Lohnabzüge von 24 Prozent und mehr angedroht wurden.[50] Wie aus den internen Materialien des Bergbaulichen Vereins zur Vorbereitung dieser Maßnahmen hervorgeht, ließ sich das Kapital ausdrücklich davon leiten, „eine möglichst eindrucksvolle schlechte Bezahlung der Arbeiter" vorzunehmen, „damit ihnen später die Lust am passiven Widerstand vergeht".[51]

Zugleich entstand der Plan, die Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier auszusperren, wenn die Drohungen ihren Zweck verfehlen sollten.

Am 9. Juni 1923 wurden von der Geschäftsführung des Bergbaulichen Vereins an sämtliche Konzernleitungen „Richtlinien für das Verhalten der Mitglieder bei einer Aussperrung" verschickt.[52] Zunächst wurde sehr detailliert die formal-juristische Berechtigung der Aussperrung gemäß der Berggesetzgebung und der Weimarer Verfassung erläutert,

49 DZA, RdI, Nr. 13214, Bl. 8.

50 Vgl. BAAB, Sign. BK I, Bd. 5, Bl. 117.

51 Ebenda, Sign. Arb/Bd. 6, Bl. 247.

52 Ebenda, Bl. 243/244. Alle Angaben, die sich auf die „Richtlinien" beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

da die Verfasser meinten, eine solche „Hebung der moralischen Stärke" des Grubenkapitals sei bei dem von ihnen einkalkulierten Proteststurm der Öffentlichkeit besonders notwendig. Die „Richtlinien" umrissen auch die ersten taktischen Schritte. So formulierten sie den Wortlaut von zwei Bekanntmachungen, die den Arbeitern nacheinander zur Kenntnis gebracht werden sollten.

Der Text der ersten lautete wie folgt: „Die Förderung ist in letzter Zeit auffallend zurückgegangen, so daß für die Werkleitung erwiesen ist, daß passive Resistenz geleistet wird. Außerdem wird durch Nichtauflegung von Zeichen auf die Förderwagen eine ordnungsgemäße Gedingeabrechnung unmöglich gemacht. Die Belegschaft wird hiermit aufgefordert, sofort die normale volle Arbeitsleistung wieder aufzunehmen und die Förderwagen wieder ordnungsgemäß mit Zeichen zu versehen, widrigenfalls die Werkleitung die beharrliche Verweigerung der aus dem Arbeitsvertrag und der Arbeitsordnung obliegenden Verpflichtungen nach § 108 Abs. 1 Ziff. 3 des Allgemeinen Berggesetzes bei sämtlichen Grubenarbeitern als erwiesen ansieht."

Die zweite Bekanntmachung sollte nach einem entsprechenden Beschluß der Hauptversammlung des Bergbaulichen Vereins veröffentlicht werden, sofern dem Ultimatum der Grubenherren nicht nachgekommen wurde. Sie enthielt lediglich die lakonische Mitteilung, daß „mit sofortiger Wirkung" den namentlich angeführten Bergarbeitern gekündigt werde. Handschriftlich war hierzu vom Generaldirektor des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins an den Rand vermerkt worden: „Ausgesperrte Arbeiter dürfen von anderen Werken und Betrieben nicht aufgenommen werden." Die „Richtlinien" sahen vor, die Technische Nothilfe einzusetzen, und zogen den Einsatz von Polizei in Betracht.

Dieser Plan befand sich durchaus nicht im Stadium von Erwägungen. Vielmehr wurde bereits zwei Tage nach der Abfassung der „Richtlinien" die Bekanntmachung auf den Schächten ausgehängt, in der der Bergbauliche Verein bei Fortführung der passiven Resistenz mit der Aussperrung drohte.[53] In die bürgerliche Presse, angefangen vom „Zwik-

53 BAKL, Nr. II/112a, Bekanntmachung vom 12. Juli 1923.

kauer Tageblatt“ bis zur „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ wurde eine gleichlautende Darstellung der Ursachen und Folgen der „Arbeitsverweigerung“ im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier lanciert, in der abschließend unverfroren davon die Rede war, daß die Konzerne „bisher die größte Mäßigung“ gezeigt hätten, aber bei einer Weiterführung des Kampfes der Bergarbeiter „besondere Maßregeln“ ergreifen müßten.[54]

Die Triebkraft bei der Vorbereitung der Aussperrung war das Streben nach Höchstprofit, der durch die passive Resistenz der Bergarbeiter herabgemindert wurde. Der Förderausfall wurde vom Bergbaulichen Verein Ende Juni auf etwa 27 000 t Kohle geschätzt und eine Gewinneinbuße von 7 Milliarden Mark angegeben.[55] Auch im Geschäftsbericht des Bergbaulichen Vereins für das Jahr 1923 wurde auf diese Seite des Hintergrundes der geplanten Aktion hingewiesen.[56] Das Grubenkapital war bereit, im Interesse des Profits für Tausende Bergarbeiterfamilien die Gefahr des Hungertodes heraufzubeschwören, denn nichts anderes bedeutete für die Arbeiter unter den Lebensbedingungen im Juni 1923 eine Aussperrung. Die Bergarbeiter sollten durch Aushungern auf die Knie gezwungen werden.

Angesichts der ökonomischen Bedeutung, die dem Steinkohlenbergbau gerade während des Ruhrkampfes zukam, konnte die Einstellung der Förderung auch nicht ohne Folgen auf andere Industriezweige in Sachsen bleiben, in denen die Aufrechterhaltung der Produktion von der Kohlenversorgung aus dem Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier abhing. Sie beschwor Kettenreaktionen herauf, die zur Verschärfung der Wirtschaftskrise in Sachsen führen mußten, und so nicht nur den Bergarbeitern, sondern auch den anderen Werktätigen weiteres Elend aufbürdeten. Schließlich war eine solche Maßnahme dazu angetan, das Tempo der Inflation zu beschleunigen. Dieser skrupellose, verbrecherische Anschlag auf

54 „Zwickauer Tageblatt und Anzeiger“, 27. Juni 1923; „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, 30. Juni 1923.

55 Vgl. ebenda.

56 Vgl. „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht 1923“, a. a. O., S. 16.

die Lebenslage der Massen zeigt auch hier wieder, daß es die deutschen Konzernherren waren, die die nationale Widerstandskraft gegenüber dem französischen Imperialismus untergruben, indem sie ohne Rücksicht auf die nationale Notlage bereit waren, die physische Existenz der Träger des nationalen Widerstandskampfes, der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen, aufs Spiel zu setzen, um ihre Profite zu sichern.

Dem Plan des Bergbaulichen Vereins lagen nicht nur ökonomische Interessen zugrunde. Mit ihm wurden zugleich politische Ziele verfolgt. In Verbindung mit der Aussperrung wollte das Grubenkapital die Schächte von klassenbewußten Kräften, besonders von Kommunisten, „säubern" und so die Bergarbeiter ihres führenden Kerns berauben. Es ging den Grubenherren darum, die Kampfkraft der Arbeiter so zu schwächen, daß sie unfähig wurden, dem Angriff der Konzerne auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften mit Erfolg entgegenzutreten.

Der Bergbauliche Verein rechnete bei einer Aussperrung der Bergarbeiter mit erbittertem Widerstand, zumal sich auch andere Abteilungen der Arbeiterklasse im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, besonders die Metallarbeiter, zum Kampfe rüsteten und die Erwerbslosen auf die Straße gingen. Er befürchtete „schwerste Konflikte"[57] und forderte darum von der Kreishauptmannschaft Zwickau „polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen".[58] Es war charakteristisch für den reaktionären Charakter des Staatsapparates, daß sich die Kreishauptmannschaft auf diesen Wink hin „sofort durch Fernsprecher"[59] mit Ministerialdirektor Schulze in Dresden in Verbindung setzte.

Schulze war Ministerialdirektor sowohl in der Staatskanzlei als auch im Innenministerium, wo er es verstanden hatte, sich die Verfügungsgewalt über die Polizei zu sichern. Er gehörte der DVP an und war eine Schlüsselfigur der Reaktion im Regierungsapparat. Von ihm wurde die Ermächtigung für Polizeimaßnahmen auf der Grundlage einer Verordnung

57 Ebenda.

58 SLHAD, KHZ, Nr. 1491, Bl. 168.

59 Ebenda.

des Ministeriums des Innern vom 13. Januar 1923 erteilt.[60] Die Verordnung überließ die Entscheidung über den geschlossenen Einsatz von Einheiten der Landespolizei und Gendarmerie ausdrücklich den Polizeibehörden, in deren Bereich diese bewaffneten Kräfte stationiert waren. Sie gab der Reaktion die Möglichkeit, unabhängig von der Landesregierung die bewaffneten Staatsorgane gegen die Massen einzusetzen. Dem Wortlaut der Verordnung zufolge bedurfte es für den Polizeieinsatz nicht einmal der „förmlichen Zustimmung“[61] der von der sozialdemokratischen Landesregierung eingesetzten Regierungskommissare.

In der Tat wurden auch die Polizei in Alarmbereitschaft gesetzt und weitere Vorbereitungen für den Polizeieinsatz getroffen. In einem Bericht der Kreishauptmannschaft Zwickau an das Ministerium des Innern in Dresden hieß es darüber: „Um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, hat die Kreishauptmannschaft für den Fall eintretender Bergarbeiterunruhen und dabei notwendig werdenden Einsatzes der Landespolizei sich Verstärkung für die hiesige Landespolizei bei den Standortverwaltungen in Glauchau und Plauen gesichert.“[62] Für die Einheiten wurde folgende Bewaffnung angeordnet: Karabiner mit 90 Patronen, Pistole mit 16 Patronen, Seitengewehr, Schlagring, Gummiknüppel. Als Munitionsreserven wurden 50 Handgranaten, 4000 Patronen für Karabiner und 1000 Patronen für Pistolen bereitgestellt. „Sanitätsmaterial“, lautete der Befehl, „ist bereitzuhalten.“[63] Dieses Zusammenspiel von Konzernherren, Staatsapparat und Militaristen war auf die blutige Unterdrückung des Bergarbeiterkampfes im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier gerichtet.

60 Vgl. ebenda.

61 SLHAD, Polizeipräsidium Zwickau (weiterhin geführt als PPZ), Nr. 13, Bl. 193.

62 Ebenda, MdI, Nr. 1109, Bl. 232.

63 Ebenda, Staatspolizeiverwaltung (weiterhin geführt als SPV), Nr. 7, Bl. 5.

Kabinett Zeigner-Liebmann-Graupe lehnt Einsatz bewaffneter Staatsorgane gegen Streikende ab

Welche Haltung nahm in dieser Situation die Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe ein? Die Regierung schickte Arbeitsminister Georg Graupe nach Zwickau, um über einen Kompromiß für den Abbruch der passiven Resistenz zu verhandeln.[64] Einerseits stellte sich Georg Graupe während seiner Verhandlungen mit dem Bergbaulichen Verein und den Vertretern der Bergarbeiter nicht hinter die von den Arbeitern an erster Stelle erhobene Forderung, eine Wirtschaftsbeihilfe auszuzahlen. Er traf keine Anstalten, um – gestützt auf die Kraft der Arbeiterklasse – dem in der Regierungserklärung abgegebenen Versprechen gerecht zu werden und konsequent die Interessen der „besitzlosen Massen" zu vertreten. Hier zeigte sich in der Praxis des Klassenkampfes die inkonsequente Haltung linkssozialdemokratischer Führer.

Andererseits nahm Georg Graupe jedoch direkte Verbindung mit den Kämpfenden auf und übernahm Teilforderungen der Arbeiter, indem er dem Bergbaulichen Verein empfahl, den am 11. Juni 1923 ausgezahlten Vorschuß nicht wieder einzuziehen und außerdem am 18. Juni einen Vorschuß auszuzahlen.[65] Der Bergbauliche Verein lehnte indes den Vorschlag Georg Graupes rundheraus ab, weil die Grubenherren in ihm einen Präzedenzfall für die weitere Lohnpolitik erblickten, der ihre Profitinteressen gefährden konnte.[66] Daraufhin erklärte der sächsische Arbeitsminister, der unter dem unmittelbaren Eindruck der Massenbewegung stand, „daß er nichts mehr tun könne, und die Situation nun ernst werden würde".[67]

Über die Stellung der Regierung zum Einsatz von Polizei gibt eine sehr interessante Quelle Auskunft. Es handelt sich um den als „streng vertraulich" bezeichneten Bericht, den der

64 Vgl. BAD, Niederschrift der Hauptversammlungen des Bergbaulichen Vereins 1921 – 1924, Sitzung vom 13. Juni 1923.

65 DZA, RdI, Nr. 13294, Bd. 1, Bl. 6.

66 BAD, Niederschrift der Hauptversammlungen des Bergbaulichen Vereins 1921 – 1924, Sitzung vom 14. Juni 1923.

67 DZA, RdI, Nr. 13294, Bd. 1, Bl. 6.

nach Dresden entsandte Beauftragte des Reichsarbeitsministeriums über seine Eindrücke von der Haltung der sächsischen Regierung angesichts des Bergarbeiterkampfes dem Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung übermittelte. In ihm heißt es: „Im sächsischen Arbeitsministerium . . . gingen die Meinungen des Herrn Ministers und der Referenten durchaus gegen- und durcheinander. Soweit die Referenten von Herrn Minister überhaupt unterrichtet wurden, seien sie nicht seiner Meinung und hielten es vor allem für bedenklich, daß seitens der Regierung mit den Unionisten verhandelt wurde und man den Unionisten versprochen habe, auf Zahlung weiterer Vorschüsse durch die Arbeitgeber zu drängen, und diesen, falls es infolge der Ablehnung zu einer Bewegung käme, irgendwelchen Schutz nicht zu gewähren. Im sächsischen Arbeitsministerium sei sich alles darüber einig, daß im Falle von Unruhen kein Einsatz der Polizei stattfinden würde. Der Herr Innenminister habe erklärt, daß er gegen jeden Polizeibefehlshaber einschreiten werde, der es wagen würde, gegen demonstrierende Erwerbslose, Streikende usw. einzuschreiten."[68]
Aus dem Dokument ist ersichtlich, daß sich die dem Kabinett angehörenden linken Führer der VSPD entschieden gegen Polizeiaktionen wandten. Ihre Haltung stieß dabei auf den Widerstand der reaktionären hohen Beamtenschaft, die in Übereinstimmung mit den Zielen des Bergbaulichen Vereins das Kabinett unter Druck zu setzen suchte. Die linkssozialdemokratischen Minister wichen jedoch in dieser Frage nicht zurück und erfüllten so eine elementare Pflicht gegenüber den Bergarbeitern.

Kurs auf gewaltsame Beseitigung der linkssozialdemokratischen Landesregierung und auf die blutige Niederschlagung der Arbeiterklasse in Sachsen mit Hilfe der Reichswehr.

Unter Berufung auf die Lage im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier wurden Vertreter des Bergbaulichen Vereins bei der Reichsregierung vorstellig. Am 15. Juni 1923 ließ der Bergbauliche Verein dem Reichskommissar für die Kohlen-

68 Ebenda, RdI, Nr. 13214, Bd. 1, Bl. 11.

verteilung, Geheimrat Dr. Stutz, ein Schreiben überreichen, in dem der Plan einer Aussperrung begründet, die Haltung der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe erläutert, auf die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens von Bergarbeitern, Metallarbeitern und Erwerbslosen hingewiesen und schließlich behauptet wurde, daß die in einer Stärke von drei Hundertschaften in Zwickau stationierten Einheiten der Landespolizei „auch nicht annähernd imstande" seien, „den Bergwerken und den Arbeitswilligen Schutz zu gewähren". Das Schreiben, in dem von bevorstehenden „Unruhen" die Rede ist, weist zugleich demagogisch auf die ökonomischen Folgen der Stillegung des Steinkohlenbergbaus für die anderen Industriezweige hin, wodurch, wie die Formulierung lautete, „naturgemäß die Lage eine weitere schwere Verschärfung erfahren würde".[69]

Stutz leitete das Schreiben mit einem Begleitbrief an Oberst Kuenzer weiter, in dem er einen Ausfall der westsächsischen Steinkohlenproduktion als „unerträglich" bezeichnete und darauf hinwies, daß in einem solchen Falle „besonders die sächsische Industrie, aber auch die Industrie benachbarter Gebiete in großem Umfange wegen Kohlenmangel zum Erliegen" kommen würde. Abschließend wurde von Dr. Stutz vorgeschlagen, „kein Mittel unversucht zu lassen, die Produktion in den sächsischen Steinkohlenrevieren aufrechtzuerhalten".[70]

Noch am selben Tage kam es zu einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium, an der von seiten der Reichsregierung unter anderem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Oberst Kuenzer und Dr. Stutz teilnahmen, während der Bergbauliche Verein zu Zwickau unter anderem durch Generaldirektor Jobst vom Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienverein vertreten war. Hier entwickelten die Grubenherren abermals ihren Standpunkt, den angesichts der Aussperrung zu erwartenden Aktionen der Arbeiterklasse mit Gewalt zu begegnen. Indem sie auf die Haltung der sächsischen Regierung verwiesen, wurde die Cuno-Regierung zum Einschreiten aufgefordert. „Die sächsischen Herren baten", heißt es dem Pro-

69 Ebenda, Bl. 5/6.

70 Ebenda, Bl. 2.

tokoll der Beratung zufolge, „um vorbeugende Maßnahmen seitens der Reichsregierung und regten den Einmarsch von Reichswehrtruppen in Sachsen an.“[71]

Diese Forderung war Bestandteil der Politik der extrem reaktionären Teile der Bourgeoisie in Sachsen und im Reich, die bereits frühzeitig Kurs darauf nahmen, den Boden für ein Eingreifen der Reichsregierung auf der Grundlage des Artikels 48 der Weimarer Verfassung zu bereiten, für die Reichsexekution gegen das „rote Sachsen“ mit Hilfe der Reichswehr. Zu Beginn der Tätigkeit des linkssozialdemokratischen Kabinetts hatte die Reaktion noch große Hoffnung in rechte Führer der VSPD gesetzt, von denen sie sich die Torpedierung des Einheitsfrontabkommens vom 15. März 1923 und endlich den Sturz der Regierung versprach. Wenngleich in der Strategie und Taktik der herrschenden Klasse diese Möglichkeit weiterhin im Auge behalten wurde, so spielte doch angesichts des fortschreitenden Rückganges des Einflusses dieser Rechtssozialisten und des Aufschwungs der Massenbewegung die Orientierung auf eine andere Variante zur Beseitigung der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe eine immer größere Rolle.

Schon auf der 19. Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller, die am 15. April 1923 in Dresden tagte, wurde in einer Entschließung „Zur Lage in Sachsen“ nicht nur allgemein von „ernster Besorgnis“ über die Bildung der linkssozialdemokratischen Regierung und ihr Programm gesprochen, sondern zugleich gedroht, „nötigenfalls den durch die Reichsverfassung gewährleisteten Schutz im Reiche“[72] einzuholen. Vor allem seit Mai 1923 arbeitete, wie der Verband Sächsischer Industrieller selbst eingestand, die Dachorganisation der Unternehmerverbände Sachsens „in immer dringlicherer Weise“[73] bei der Regierung Cuno auf das Eingreifen des Reiches hin. Dabei stellten die Verfechter einer Reichsexekution die Haltung der Mehrheit der Werktätigen zur Weimarer Republik in Rechnung, indem sie vorgaben,

71 Ebenda, Bl. 7.

72 „Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller“, Heft XXXVIII, Dresden 1923, S. 53/54.

73 Ebenda, Heft XLI, Dresden 1924, S. 15.

selbst auf dem Boden der Verfassung zu stehen, und sich als deren Verteidiger aufspielten.

Bezeichnend hierfür sind die Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten und Geschäftsführers des Bergbaulichen Vereins im Sächsischen Landtag, der gelegentlich einer Debatte erklärte: „Wir haben die Republik nicht gerade übermäßig gern (Heiterkeit rechts) ... Wir werden zur gegebenen Zeit die Möglichkeit haben, unsere Wünsche auch zum Ausdruck zu bringen. Aber solange das Volk sich in einer derartigen Unruhe befindet, sind wir nicht geneigt, die Brandfackel: hier Monarchie, hier Republik! ins Volk hineinzuschleudern."[74] Es ging diesen Elementen vor allem darum, die kleinbürgerlichen Schichten in die Arme der Gegner der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe zu treiben. Der von ihnen organisierte Propagandafeldzug wurde durch extremen Antikommunismus und Antisowjetismus, durch nationale und soziale Demagogie und schamloseste Verdrehung der Wahrheit geprägt.[75]

Die Grubenherren im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier standen mit an der Spitze der Scharfmacher im Verband Sächsischer Industrieller, die auf die gewaltsame Beseitigung der Regierung drängten. Systematisch wurden von diesen Kräften alle Möglichkeiten genutzt, um den Eindruck zu erzeugen, als ob in Sachsen chaotische, „verfassungswidrige Zustände" herrschten. Zu diesem Zweck war ihnen jedes

74 „Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1923", a. a. O., S. 1232.

75 So gingen beispielsweise unter Bezugnahme auf die Sprengung der chauvinistischen Veranstaltung im April 1923 in Schedewitz regelrechte Greuelmeldungen durch die bürgerliche Presse in Deutschland mit Überschriften wie „Aus dem roten Musterlande" und „Über die Wildwestzustände im roten Sachsen", die zum Schluß unmißverständlich die Frage stellten: „Wird sich die Reichsregierung nicht bald einmal die sächsischen Verhältnisse aus der Nähe ansehen?" (Diverse Zeitungsmeldungen dieser Art vgl. IML, ZPA, Sign. St. 12/123, Bl. 52, 79 und 81.) Es war bezeichnend für das Ausmaß dieser Hetze, daß die sächsische Gesandtschaft in München unter Berufung auf entsprechende Gerüchte am 30. April 1923 in Dresden anfragte, ob in Zwickau die Räte-

Mittel recht, auch das der bewußten Desorganisierung der Wirtschaft in Sachsen durch die Stillegung des Steinkohlenbergbaus und anderer Industriezweige.
Dem Bergbaulichen Verein ging es bei den Verhandlungen in Berlin am 15. Juni 1923 darum, mit Hilfe der Reichswehr den Bergarbeiterkampf im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier blutig niederzuschlagen und darüber hinaus diese Aktion zum Ausgangspunkt für die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in ganz Sachsen zu machen, in diesem Zusammenhang den Sturz der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe herbeizuführen und so einen entscheidenden Beitrag auf dem Wege zur Überwindung der Krise des imperialistischen Systems und zur Errichtung der unumschränkten Diktatur der Monopole, Junker und Militaristen in Deutschland zu leisten. Seitens der Grubenherren wurde eine Konzeption propagiert, die dahin zielte, unter dem Deckmantel der Weimarer Verfassung, insbesondere unter Berufung auf Artikel 48 der Verfassung, eine terroristische Diktatur zu errichten und unter dem Vorwand, verfassungsmäßige Zustände herzustellen, den Bürgerkrieg zu eröffnen. Der Bergbauliche Verein gehörte zu den Fürsprechern eines harten Kurses der Reichsregierung und spekulierte vor allem auf die Unterstützung der Reichswehrgeneralität.

Cuno-Regierung und Reichswehrgeneralität bei Entscheidung über Reichsexekution unter Massendruck

Welche Position bezogen nun die Cuno-Regierung und die Reichswehrführung? Besorgt über die Lage in Sachsen hatte die Reichsregierung besonders nach der Bildung der linkssozialdemokratischen Landesregierung mehrfach den Ver-

republik ausgerufen sei. (Vgl. SLHAD, MfA, Nr. 5406, Bl. 130.) Schließlich fand die entstellte Darstellung der Vorgänge in Schedewitz auch noch Eingang in eine Denkschrift des Verbandes Sächsischer Industrieller vom 26. Mai 1923, die direkt an Reichskanzler Cuno und Reichsinnenminister Oeser gerichtet war. In ihr wurde an Hand solcher „Beweise" für den „Terror" in Sachsen gefordert, die proletarischen Hundertschaften zu verbieten und Maßnahmen gegen die sächsische Regierung zu ergreifen. (Vgl. DZA, RdI, Nr. 13217, Bd. 4, Bl. 96 ff.)

such unternommen, einen Kurswechsel in der Politik des sächsischen Kabinetts herbeizuführen. Sie wurde dazu nicht zuletzt durch die mehrfache Intervention des Bergbaulichen Vereins und des Verbandes Sächsischer Industrieller veranlaßt. Allein in der Zeit von Mitte März bis Anfang Juni 1923 wurde sie aus diesem Grunde mindestens siebenmal auf schriftlichem Wege bei der Dresdner Regierung vorstellig.[76]

Unter diesen Schriftstücken befindet sich auch eine Note des Reichsinnenministers vom 18. April 1923 an das sächsische Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Sie beschäftigte sich mit der Aktivität der revolutionären Arbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier und mit dem Absinken der Förderung in diesem Gebiet, sprach von der „Sorge" der Reichsregierung über die Lage und forderte, das „Ansehen der verfassungsmäßig festgestellten Staatsgewalt" zu wahren.[77] Außerdem hielt es aber die Cuno-Regierung für zweckmäßig, den sächsischen Ministerpräsidenten bei internen Beratungen in Berlin in die Zange zu nehmen. Derartige Zusammenkünfte fanden am 1. und 29. Mai 1923 statt. Sie endeten jedoch nicht zur Zufriedenheit der Reichsregierung,[78] die sich in allen diesen Fällen zum Sprachrohr der Monopolherren, Junker und Militaristen machte.

Eine besonders militante Politik in der sächsischen Frage strebte die Reichswehrführung an, die in den Vereinbarungen und in dem Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten in Sachsen im Zeichen des antimilitaristischen und antifaschistischen Kampfes eine Gefahr für ihre Revanche- und Diktaturpläne erblickte. Seeckt erhob bereits Ende März, wenige Tage nach der Regierungsumbildung in Sachsen, die Forderung, in Sachsen einen Reichskommissar mit diktatorischen Vollmachten einzusetzen.[79] In seiner Umgebung wurde ernsthaft der Gedanke erwogen, „ob es nicht

76 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13225, Bd. 2, Bl. 2.

77 SLHAD, MfA, Nr. 8181, Bl. 180.

78 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13255, Bl. 2; „Sächsische Staatszeitung", 24. September 1923.

79 Vgl. F. v. Rabenau, „Seeckt, Aus seinem Leben 1918 – 1936", Leipzig 1941, S. 329.

Aufgabe der Wehrmacht werden könne, ein System direkt zu bekämpfen, das reichlich ungeeignete Persönlichkeiten in höhere Beamtenstellen brachte".[80]

Frühzeitig zog die Reichswehrführung die Reichsexekution in Betracht. Das geht auch aus den Berichten des Wehrkreiskommandos IV in Dresden von Mitte April 1923 an das Reichswehrministerium hervor, die Major von Schleicher, seinerzeit Referent in der Heeresabteilung des Truppenamtes und einer der Vertrauten Seeckts, am 24. April 1923 dem Reichsjustizminister, dem Staatssekretär in der Reichskanzlei und dem Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung überreichte. Darin wurde die Zusammenarbeit zwischen dem Wehrkreiskommando IV und der sächsischen Regierung „auf irgendeinem Gebiet" als „ausgeschlossen" bezeichnet und schließlich erklärt: „Mit der Notwendigkeit des Eingreifens der Reichsregierung wird gerechnet werden müssen."[81]

Die Reichswehr war nicht, wie Buchheim und andere westdeutsche Historiker behaupten, eine „Stütze der Republik".[82] Die Reichswehr war in Wirklichkeit ein Instrument des deutschen Imperialismus, das Bollwerk des deutschen Militarismus, der in besonders ausgeprägter Form den antidemokratischen Charakter des imperialistischen Systems, dessen Reaktion auf der ganzen Linie verkörperte. Geschaffen und ausgebildet zum Zweck der Unterdrückung nach innen und künftiger erneuter Eroberungskriege, stellte die Reichswehr den Hort der Reaktion in Deutschland dar. Sie war nicht nur keine Stütze der Republik, sondern vielmehr Wegbereiter ihres Unterganges, ein Totengräber der bürgerlichen Demokratie von Weimar.

Wenn man sich auch im Ziel, der Beseitigung der linkssozialdemokratischen Regierung in Sachsen, einig war, gab es doch über den Weg dorthin im Lager der herrschenden Klasse unterschiedliche Auffassungen, also Differenzen in taktischen Fragen. Sie spielten zum Zeitpunkt der Intervention des Bergbaulichen Vereins bei der Reichsregierung keine un-

80 Ebenda.

81 DZA, RK, Nr. 29, Bl. 30/31.

82 Karl Buchheim, „Die Weimarer Republik", a. a. O., S. 98.

erhebliche Rolle. Es gab von seiten einflußreicher Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühsommer 1923 Bedenken gegen die Einleitung von Bürgerkriegsaktionen, weil von ihnen die Lage realistischer eingeschätzt wurde als durch die extrem reaktionären Elemente. Der Aufschwung der Massenbewegung in ganz Deutschland veranlaßte diese Kreise, eine elastische Politik zu befürworten. So erklärte beispielsweise der Vorsitzende der DVP, Gustav Stresemann, einer ihrer Wortführer, im Organ seiner Partei „Die Zeit" Anfang Juni 1923: „Unruhe und verzweifelte Stimmung greifen um sich, und in den Massen gärt es. Es ist wirklich kein schweres Stück Arbeit, in dieses schwelende Feuer zu blasen, daß die Funken stieben. Aber es ist unverständlich, es zu tun . . . Sollten wir ein Spiel verlorengeben, bei dem es um die Existenz und die ganze Zukunft unseres Reiches geht? Daran denkt im Ernste niemand. Wenn das aber der Fall ist, so sollte man auch seine Worte und Taten darauf einrichten."[83] Überlegungen dieser Art wurden auch in der Reichsregierung während der Beratungen mit dem Bergbaulichen Verein angestellt.

Unter Berücksichtigung der Bedeutung der Steinkohlenproduktion im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier für die Aufrechterhaltung der Politik des „passiven Widerstandes" und aus Furcht vor den innenpolitischen Folgen des vom Bergbaulichen Verein vorgeschlagenen Planes forderte der Reichsarbeitsminister die Vertreter der Konzerne auf, eine bewegliche Taktik einzuschlagen. Entgegen der Meinung der Grubenherren erklärte er, daß „bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der rasch fortschreitenden Teuerung mit Lohnvorschüssen gearbeitet werden müsse".[84] Was die Forderung des Bergbaulichen Vereins nach Einmarsch der Reichswehr in Sachsen angeht, so vermerkt das Protokoll der Beratung folgende Stellungnahme der Reichsregierung: „Derartige Maßnahmen wurden von Herrn Reichsarbeitsminister und den Vertretern des Herrn Reichsministers des Innern nicht gutgeheißen, da ein solches Vorgehen bei der gespann-

83 Gustav Stresemann, „Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden", Bd. I, Berlin 1935, S. 66/67.

84 DZA, RdI, Nr. 13214, Bd. I, Bl. 8.

ten innerpolitischen Lage den Ausbruch innerpolitischer Unruhen in ganz Deutschland zur Folge haben würde."
Die Verhandlungen wurden mit der Vereinbarung abgeschlossen, zunächst Kontakt zum Vorstand des Bergarbeiterverbandes aufzunehmen, um festzustellen, „wie von dieser Seite die Lage beurteilt und was zu ihrer Besserung vorgeschlagen wird". Dieses Vorhaben wurde jedoch wieder fallengelassen, weil es „gar keinen Zweck" habe, da dieser gegen die passive Resistenz sei und „ja auf die dortige radikale Arbeiterschaft einen weitergehenden Einfluß, als er bis jetzt schon gehabt habe, doch nicht ausüben könne".[85]
Auf Betreiben des Bergbaulichen Vereins wurde darum die Lage im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier zum Gegenstand einer Besprechung zwischen dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert und Reichsinnenminister Oeser gemacht, die am 16. Juni 1923 stattfand. Im Verlaufe dieser Unterredung wurde vorgeschlagen, einen Vertreter des Reichsarbeitsministeriums nach Zwickau zu entsenden, um zunächst auf dem Wege weiterer Verhandlungen den Abbruch der passiven Resistenz zu erreichen. „Erst dann", heißt es im Protokoll, „wenn diese Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums erfolglos gewesen seien, sähe der Herr Reichspräsident die Möglichkeit gegeben, seinerseits mit energischen Vorstellungen bei der sächsischen Regierung vorzugehen."[86]
Noch am selben Tag kam es zu einer Besprechung mit dem Reichswehrminister Geßler und dem Chef der Heeresabteilung im Truppenamt, also jener Abteilung, die für Truppenführung und -verwendung sowie für militärpolitische Angelegenheiten zuständig war. An der Unterredung nahm auch Major von Schleicher teil. Eine Aktennotiz darüber soll hier in vollem Wortlaut wiedergegeben werden: „Die sächsische Reichswehr ist zur Zeit in ihren Garnisonen, die Kavallerie auf dem Truppenübungsplatz. Ein Truppenübungsplatz befindet sich nicht in der Nähe von Zwickau. Die Reichswehr ist aber in der Lage, innerhalb 24 Stunden sofort in dem bedrohten Gebiet in genügender Stärke einzutreffen. Schwie-

85 Ebenda.
86 Ebenda.

rigkeiten des Transports bestehen nicht. Der Transport von der Garnison ist sogar leichter zu bewerkstelligen als von dem Truppenübungsplatz. Die ganze Lage wurde mit den Herren besprochen. Die Herren des Reichswehrministeriums bitten dringend, die Reichswehr nur als ultima ratio einzusetzen und jedenfalls zunächst zu versuchen, mit der Polizei der Lage Herr zu werden."[87]

Offenbar hielten selbst die Kreise um Seeckt den Zeitpunkt für ein Eingreifen der Reichswehr in Sachsen für ungünstig. Nur so ist die Haltung der Reichswehrführung und ihr Vorschlag, „zunächst" mit Polizeitruppen gegen die Bergarbeiter vorzugehen, zu verstehen. Nur so erklärt sich auch, daß es das Reichsinnenministerium zunächst bei einem erneuten Schreiben an den sächsischen Innenminister Hermann Liebmann beließ. Am 16. Juli 1923 abgefaßt, trug es den Vermerk: „Sehr dringend! Noch heute! Durch Eilbrief bestellen!" und bezog sich ausschließlich auf die Lage im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. Der Rückgang der Kohlenförderung wurde darin als „für das ganze Reichsgebiet . . . unerträglich" bezeichnet, die Entsendung eines Beauftragten des Reichsarbeitsministeriums angekündigt und abschließend gefordert, „dem polizeilichen Schutz in diesem Revier . . . größte Aufmerksamkeit zuzuwenden".[88] „Ein weiteres Eingreifen", lautete die Aktennotiz eines Mitarbeiters des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, erscheint „im Augenblick nicht möglich."[89]

6. *Außerparlamentarischer Kampf vereitelt Pläne der Reaktion im Frühsommer 1923*

Arbeite-langsam-Streik führt zu Teilerfolgen

Der Kampf der Bergarbeiter und anderer Werktätiger im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier im Juni 1923 reihte sich würdig in die Massenbewegung in Deutschland ein. Durch sie wurden die Positionen der Cuno-Regierung unter-

87 Ebenda.
88 Ebenda, Bl. 3/4.
89 Ebenda, Bl. 12.

miniert, die Verwirklichung des sogenannten Garantieangebots des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Beendigung des imperialistischen Ruhrkampfes zunächst vereitelt, und extrem reaktionäre Kräfte mußten ihre Diktaturgelüste und auch ihre Pläne für die Reichsexekution gegen Sachsen vorerst zurückstellen.

Die Kraft der einheitlich handelnden Bergarbeiter zwang auch den Bergbaulichen Verein zu Zwickau in der Frage der Aussperrung zum Rückzug. „Auf der Versammlung der Arbeitgeber des Zwickauer Vereins", so berichtete der nach Zwickau entsandte Mitarbeiter des Reichsarbeitsministeriums über den Verlauf der Hauptversammlung des Bergbaulichen Vereins, „sei der Antrag auf Aussperrung der Belegschaft gestellt, aber schließlich doch von dem Verein abgelehnt worden, da man eine zu große Beunruhigung befürchtet."[90] Das war ein Sieg der Arbeitereinheitsfront über Konzernherren und Militaristen. Er bewies die Richtigkeit der von der KPD eingeschlagenen Politik. Die Bergarbeiter rangen den Grubenherren ökonomische Zugeständnisse ab,[91] die zu einer zeitweiligen Besserung der Lohnverhältnisse führten. Der Arbeite-langsam-Streik endete mit Teilerfolgen.

Im Verlaufe der passiven Resistenz wurde sichtbar, daß der Einfluß der KPD nicht ausreichte, um die Bewegung bis zum vollen Erfolg weiterzuführen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die vom Bergbaulichen Verein nach den Beratungen in Berlin eingeschlagene beweglichere Lohnpolitik. Schließlich machten sich gerade in dieser Zeit rechte Führer der VSPD und der Gewerkschaften zu Fürsprechern verschiedener Projekte, die zur Anpassung der Löhne an die Geldentwertung und zur Schaffung sogenannter wertbeständiger Löhne auf dem Wege der Verhandlungen mit dem Unternehmertum führen sollten. Um in der Arbeiterschaft den Anschein zu erwecken, als ob es sich hierbei um einen naheliegenden Ausweg aus der Notlage der Massen handelte und der Bergbauliche Verein durchaus bereit sei, sogenannte wertbeständige Löhne zu schaffen, brachte das Grubenkapital in der bürger-

90 Ebenda, Bl. 11.

91 Vgl. DZA, RAM, Nr. 126, Bd. 1, Bl. 2/3 und 13/14; BAKL, Nr. 1/30, Bl. 5.

lichen Presse seine Verhandlungsbereitschaft zum Ausdruck. Die Verwirklichung dieser Projekte bedeutete jedoch unter den Bedingungen der Inflation die Konservierung des Elends, ja, sie mußte eine noch größere Verelendung der Lohnempfänger zur Folge haben. Trotz der Aufklärung, die die KPD betrieb,[92] blieb die Taktik der Grubenherren nicht ohne Erfolg. Unter diesen Bedingungen kam es nicht mehr zur Steigerung des Bergarbeiterkampfes, sondern vielmehr zu einem Abbröckeln der Kampffront. Die Aktionseinheit zerfiel allmählich.

Die linken Führer der VSPD trugen nicht dazu bei, eine andere Lage zu schaffen. Sie fanden zwar scharfe Worte der Anklage gegen das kapitalistische System und traten in Worten auch für außerparlamentarische Aktionen ein, in der Praxis des Klassenkampfes schwankten sie jedoch. So hatte sich beispielsweise Ministerpräsident Dr. Erich Zeigner in einer Rede vor Bergarbeitern am 16. Juni 1923 in Planitz bei Zwickau, also während des Höhepunkts der passiven Resistenz, scharf gegen die Innen- und Außenpolitik der Reichsregierung gewandt und für die Arbeitereinheitsfront eingesetzt.[93] Bereits einige Tage später dementierte Dr. Erich Zeigner jedoch unter dem Druck der Reaktion, die mit heftigen Angriffen auf sein Auftreten in Planitz reagierte, einige in die Berichterstattung des „Sächsischen Volksblattes" eingegangene Formulierungen von besonderer Schärfe.[94] Das am 18. Juni 1923 von der KPD den Spitzenkörperschaften der VSPD und Gewerkschaften, aber auch der linkssozialdemo-

92 So veröffentlichte beispielsweise „Der Kämpfer" am 18. Juni 1923 unter der Überschrift „Zu den gegenwärtigen Lohnkämpfen" einen Artikel, in dem eine grundsätzliche Antwort gegeben wurde auf die Fragen, was unter Real- und Nominallohn, unter Index- und Goldlohn sowie unter wertbeständigen Löhnen zu verstehen ist, warum die Löhne durch eine gleitende Lohnskala oder einen Indexlohn nicht wertbeständig werden, eine Auszahlung in Goldwährung unmöglich, und es erforderlich ist, den Kampf um den Friedensreallohn zu führen.

93 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 19. Juni 1923.

94 Vgl. „Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1923", a. a. O., S. 1122 ff.

kratischen Landesregierung unterbreitete Einheitsfrontangebot mit konkreten Vorschlägen für gemeinsame Aktionen war ohne positive Antwort geblieben. Die Mehrheit der Arbeiter war aber nicht bereit, entgegen dem Willen der linken Führer der VSPD den außerparlamentarischen Kampf aufzunehmen.

Wenn in der Sitzung des Politischen Büros der Zentrale der KPD vom 2. Juli 1923 eingeschätzt wurde, daß es die KPD in Sachsen noch nicht gelernt hatte, sich erfolgreich mit den ideologischen Positionen der linkssozialdemokratischen Führer auseinanderzusetzen,[95] so trifft diese Kritik auch für die Lage im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier zu. Das war jedoch eine sehr schwere Aufgabe, zumal nach der Rede Dr. Erich Zeigners in Planitz die Bourgeoisie das Kesseltreiben gegen die sächsische Regierung mit allen Mitteln verstärkte und die KPD ihr Hauptfeuer natürlich gegen die herrschende Klasse richten mußte und auch richtete. Die richtige Stellung der KPD zur linkssozialdemokratischen Landesregierung bewirkte, daß ein am 28. Juni 1923 von den bürgerlichen Parteien gestellter Mißtrauensantrag gegen Dr. Erich Zeigner mit Stimmenmehrheit abgelehnt werden konnte.[96]

Das Neue in der Arbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier nach Abbruch der passiven Resistenz

In der Arbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier zeigte sich nach der Bergarbeiteraktion etwas Neues. Es kann als ein Zeichen der vor allem im Kampf erworbenen Einsicht in die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens der Arbeiterorganisationen gewertet werden, daß es den Kommunisten mit Hilfe revolutionärer Betriebsräte nunmehr gelang, in den Massenorganisationen konkrete Festlegungen für ein gemeinsames außerparlamentarisches Vorgehen durchzusetzen. So wurde auf der Anfang Juli 1923 vom Gewerkschaftskartell Lugau einberufenen Vollversammlung der Betriebsräte und Funktionäre des ADGB und

95 IML, ZPA, Sign. 3/1/7, Bl. 90.

96 Vgl. „Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1923", a. a. O., S. 1231 ff.

des AfA-Bundes eine Entschließung angenommen, die die Betriebsrätezentrale beauftragte, in Verbindung mit den Gewerkschaften und den beiden Arbeiterparteien zu Demonstrationen für eine Reihe von Forderungen aufzurufen, bei denen die Forderung nach Erfassung der Sachwerte an erster Stelle stand.[97] Die Ausstattung der Betriebsrätezentralen mit dieser Vollmacht war kein Zufall. Sie war ein weiterer Beweis für den fortschreitenden Einfluß, den das selbständige Vorgehen der revolutionären Betriebsrätebewegung auf die Arbeiter ausübte.

Ein anderes Beispiel in dieser Richtung war das Zustandekommen einer Vollversammlung der Betriebsräte aller Bergarbeiterorganisationen dieses Gebiets am 2. Juli 1923.[98] Erstmals nach der Spaltung der Gewerkschaften im Bergbau erklärte sich die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes bereit, gemeinsam mit der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands eine Betriebsrätevollversammlung einzuberufen, an der 40 Betriebsräte des Verbandes und 39 der Union, Mitglieder und Funktionäre der VSPD und der KPD teilnahmen. Die Konferenzteilnehmer erzielten Übereinstimmung darüber, gemeinsam den Kampf um die Verwirklichung der zehn Forderungen des ADGB, insbesondere für die Erfassung der Sachwerte, zu führen. Sie wählten eine Kommission, die die Einberufung weiterer gemeinsamer Vollversammlungen der Betriebsräte vorbereiten sollte, um in Zukunft ein geschlossenes Vorgehen der Bergarbeiter zu sichern. Der Kommission gehörten als gleichberechtigte Vorsitzende je ein Mitglied der KPD und VSPD an, die in der Union bzw. dem Bergarbeiterverband organisiert waren. Mit Hilfe revolutionärer Betriebsräte war es der KPD auf diese Weise gelungen, ein Organ der proletarischen Einheitsfront zu bilden, dem wichtige Aufgaben im Ringen um die Aktionseinheit erwuchsen und dem auch Bedeutung bei der Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit zukam.

Einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung der Einheitsfront

97 Vgl. „Volksstimme", 4. Juli 1923.

98 Vgl. „Der Kämpfer", 17. Juli 1923. Alle Angaben, die sich auf die Vollversammlung der Betriebsräte beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

leistete in dieser Zeit die Arbeiterjugend. In Stollberg entstand im Juli 1923 das erste proletarische Jugendkartell im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. Es wurde auf Initiative von Johannes Knöchel, dem führenden Funktionär der Kommunistischen Jugend Deutschlands in diesem Gebiet, gebildet und vereinte Jungkommunisten und Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend. Die Vertreter der beiden Arbeiterjugendorganisationen beschlossen Richtlinien für ein gemeinsames Wirken. Diese sahen unter anderem die Einberufung gemeinsamer Versammlungen, die Schaffung eines Jugendheimes und die Einreihung der Jugendlichen ab 17 Jahre in die proletarischen Hundertschaften vor.[99] Insgesamt gesehen erweist sich, daß die Arbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier einen weiteren Aufschwung nahm. Dieser schlug im Juli 1923 in eine neue Qualität der Arbeiterkämpfe um.

99 Ebenda, 24. Juni 1923. — Zur Rolle der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland während des imperialistischen Ruhrkampfes, insbesondere der Kommunistischen Jugend Deutschlands, vgl. Manfred Uhlemann, „Arbeiterjugend gegen Cuno und Poincaré. Das Jahr 1923", Berlin 1962.

VI. Kapitel Massenkampf im Sommer 1923 gegen Verelendungspolitik der Monopole und die Cuno-Regierung

1. *„Im Geiste von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg laßt uns kämpfen!"*

Im Juli 1923 wurde in ganz Deutschland immer sichtbarer, in welch außerordentlichem Maße sich der nationale Grundwiderspruch verschärft hatte. Die Aktivität der Arbeiterklasse wuchs.[1]

Die KPD erhielt durch die Tagung des erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Juni 1923 in Moskau eine wichtige Hilfe, um den Aufgaben gerecht zu werden, die in dieser Zeit vor ihr standen.[2] Die Parteiführung wurde durch die Ergebnisse der Beratung veranlaßt, bei der Ausarbeitung der politischen Linie mehr als bisher die nationale Mission der Arbeiterklasse und die Verantwortung ihrer Vorhut, die Gewinnung der Mittelschichten und den Kampf gegen den Faschismus zu berücksichtigen. Am 12. Juli 1923 veröffentlichte die Zentrale der KPD den Appell „An die Partei", den einen Tag später auch „Der Kämpfer" abdruckte.[3] Der Aufruf der Zentrale der KPD, in dem erstmals in einem der Öffentlichkeit unterbreiteten Dokument der Parteiführung zum Kampf für die Bildung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung aufgefordert wurde, entsprach den Erfordernissen der Situation. Er wies Weg und Ziel der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in dieser Phase des sozialen und nationalen Befreiungskampfes.

Angesichts der Vorbereitungen, die von der Reaktion zur Abwehr des Ansturms der Volksmassen getroffen wurden,

1 Vgl. Wilhelm Ersil, „Die revolutionäre Massenbewegung der deutschen Arbeiterklasse . . .", a. a. O., S. 111 ff.

2 Vgl. Wilhelm Ersil, „Aktionseinheit schlägt Cuno", a. a. O., S. 132 ff.

3 Vgl. „Die Rote Fahne", 12. Juli 1923; „Der Kämpfer", 13. Juli 1923. Alle Angaben, die sich auf den Aufruf beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

Nummer 161 Freitag den 13. Juli 1923 6. Jahrgang

Der Kämpfer

Organ der K. P. D. (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Sachsen

Erscheint wöchentlich (außer Mo. nach Sonn- und Festtagen) und zwar jeweils vormittags. Redaktion: Dresden-Neustadt, Hauptstraße 13, Fernsprecher Amt Dresden, Nr. 21 661. Verlag: Dresden-Neustadt, Hauptstraße 13, Fernsprecher Amt Dresden, Nr. 21 661. Postscheckkonto: Leipzig 14 267. Bezugspreis: Monatlich 1 000 000 Mk. Einzelnummer 100 000 Mk. Bei Postbezug 1 200 000 Mk. Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Nonpareillezeile 100 000 Mk., für Arbeitsmarkt-Anzeigen 50 000 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigenannahme: Dresden-Neustadt, Hauptstraße 13, Fernsprecher Amt Dresden, Nr. 21 661. Für Anzeigen verantwortlich: Max Winkler, Dresden. Druck: Dresdner Volkszeitung A.-G., Dresden-Neustadt, Hauptstraße 13.

Schweren Kämpfen entgegen

An die Partei!

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Das Verhängnis Cuno ist besiegelt. Die Massen sind Zeuge davon in den nächsten Tagen zur Klarheit darüber zu führen. Die Kabinettsbonzen werden sich, bald von der bürgerlichen, bald von der sozialdemokratischen Opposition bestürmt, herum drehen, um

die Errichtung der rheinisch-westfälischen Republik unter Kontrolle von Frankreich

zu proklamieren. Möchten sich im Vorgefühl nicht nur von Frankreich bedrohenden, führenden Gruppe dieser Volksausbeuterschaften weiter bei der politischen Macht in den Sattel Cuno, denn meine bei der Rede Stresemanns vom Reichstag Mitte am 14. Juli, dem Jahrestage der Bastille-Stürmer, zu erwarten gewesen. Der Ausgang ist für unsere Feinde entschieden. Wenn nicht alle proletarischen Kräfte heute zum entscheidenden Kampf gegen diese Verbrecherbande werden, dann kommt die Rheinlandrepublik Separatisten und amerikanischer Dollar.

Die bürgerlichen Zeitschriften, die ihre Hand im Spiele haben und von denen nur Teil der Führer, obwohl wir die Verantwortung nun französischen Behörden aufgeladen werden, haben mit ihren Tarnungen beschäftigt, die Proletarisierung, die Proletarisierung, bei proletarisch-sozialistischen Kräften Gehalt zum Hochverrat zu bringen, um die ernsthaften und der Ernst Thälmann verhaftet worden. Die Hochverrat-Hetze ist bereits Parteiorgan bereits Gebrauch für die Hochverrat-Hetze. Die Reichsregierung hat Hochverrat-Hetze antwortlich und. Hochverrat-Hetze der Hochverrat arbeiten Cuno's Hand mit den Industrie. Die Verbindung der Reichswehr mit den Faschisten ist die militärische Stütze der Bourgeoisregierung, die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme unter Führung der Deutschen Volkspartei und, um den Klassenkampf gegen das Proletariat niederzuhalten.

Die sozialdemokratischen Regierungsstellen, die Abgeordneten im Reiche und in den Ländern, haben

Hetze gegen Moskau

und Bolschewismus

Hetze gegen Moskau über die Niederringungen der Faschisten und Reichswehrstellen zum Bürgerkrieg.

Sie sind so weit, das Moskau in verschiedenen und die Militärbefehle zur Abwehr aufgerufen. Sie wissen, daß der Angriff bevorsteht, sie verleugnen, will einen Kampf gegen die Bourgeoisie die Große Koalition zu verhindern, um so die Proletarisierung der Faschisten und Reichswehr mit den Weimarer Arbeiterführern

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Wir haben schweren Kämpfen entgegen! Wir müssen die höchste Klassenbereitschaft entfalten und die Einheitsfront der Gewerkschaftsbürokratie in den Betrieb. Die Stunde ist da, wo die Arbeiterschaft in den Betrieben, Gewerkschaften und Betriebsräten gegen die Konterrevolution auch die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie der Arbeiter auch sie zu Boden schlagen und vernichten. Der Angriff des Faschismus bedeutet nicht in dem Vormarsch Hitler-Kahr-Faschisten zu sehen; es kann bedeuten, als Reichsregierung gegen Sachsen und Thüringen, es kann aufgehen aus der Auflösung der Arbeiterwehren, es kann aufgehen aus der Auflösung des Angriffes auf die Klassenbewegung der Arbeiter. Gelingt ein Angriff auf die Sowjetmacht der Arbeiter kann die bisherige Form entstehen. Im Vorgefühl des Todeskampfes der Konterrevolution sucht die SPD. jener unserer Genossen und zweifelt Ihre von sich selbst. Die Partei muß sich aber bis über Kopf sein, daß die SPD. und die Gewerkschaftsführer in ihrer revolutionären Kampfesmethoden der Faschisten nötig vorliegen werden, daß sie als Führer bei Arbeiterschaft nicht in Frage kommen.

Wir Kommunisten können in dem Kampf gegen die Konterrevolution nur Sieger, wenn es uns gelingt, ohne und gegen die verräterischen Instanzmenschewistischen Partei und Gewerkschaftsbürokratie, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen mit uns gemeinsam in den Kampf zu führen.

In diesem Kampf müssen sofort alle Vorbereitungen für eine konspirative Abwehrpartei getroffen werden.

Die Konterrevolutionäre müssen jetzt schon sich darauf einstellen, mit den verschiedenen Streikbewegungen und Hungerunruhen fertig zu werden. Sie werden sich gegen die Großgrundherr, Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen die Verbindung der industriellen Kampfgebiete mit Arbeitsmärkte verwerfen.

Die gemeinsamen proletarischen Abwehrorganisationen müssen, allen Widerständen zum Trotz, unentgeltlich und den Betrieben bewaffnet organisiert werden.

Die Betriebsräte, die voll der Betriebsgemeinschaft nach außen treten sind, müssen sofort zu Kampfräten umgebildet werden. Jeder Betrieb muß Betriebsdelegierten und Arbeitsausschüsse haben.

Die Verbindungen der Bezirksleitungen mit den Ortsgruppen, der Bezirke untereinander und mit der Zentralleitung müssen sofort auf lückenlose Organisation hergestellt werden.

Die Partei muß ihre Organisation so schlagfertig machen, daß sie in den ersten Angriffen die Führung in seinem vollen Besitz erlangt. Im Falle der Entwicklung der Lage zum Verbotszustand, der Verbote und Bann, bei einem Generalstreik oder bei militärischen Kämpfen, muß der Verbindung zwischen den Organisationen, der Zentrale und den Bezirken, den Propagandamaterial also unbedingt sichergestellt sein.

Die Führer der Faschisten sind die alten Hindenburg-Militärbefehlshaber. Sie haben die Losungen: Bekämpfung des Bürgerkrieges und Ausgleichsverhandlungen mit den Arbeitern, die den Faschismus Vorschub leisten, wenn sie gelungen machen, sollten rücksichtslos niedergeschlagen werden. Streiks und Aufruhr müssen Mann für Mann mit der Waffe in der Hand niedergeschlagen werden.

Die Partei muß ihre Organisation so schlagfertig machen, daß sie in den ersten Angriffen die Führung in seinem vollen Besitz erlangt. Im Falle der Entwicklung der Lage zum Verbotszustand, der Verbote und Bann, bei einem Generalstreik oder bei militärischen Kämpfen, muß der Verbindung zwischen den Organisationen, der Zentrale und den Bezirken, den Propagandamaterial also unbedingt sichergestellt sein.

Die Führer der Faschisten sind die alten Hindenburg-Militärbefehlshaber. Sie haben die Losungen: Bekämpfung des Bürgerkrieges und Ausgleichsverhandlungen mit den Arbeitern, die den Faschismus Vorschub leisten, wenn sie gelungen machen, sollten rücksichtslos niedergeschlagen werden. Streiks und Aufruhr müssen Mann für Mann mit der Waffe in der Hand niedergeschlagen werden.

Der Faschismus kann nur niederzuwerfen werden, wenn dem wirklichen Terror der von Terror entgegengesetzt wird. Diejenigen Arbeiterführer, die sich auf die Hoffnung setzen, die proletarischen Kämpfer, in massen dirigieren

Scharmützelgefechte

gegen die faschistischen reinsetzen.

Gegen die Faschisten haben gelernt Streikwaffen an die Hand, so müssen sie verwendet werden. Schärfste Kampfmittel gegen die Bürgerlichen und ihre Organisationen an die Hand haben.

Die faschistischen Verbände sind vollständig militärisch bewaffnet. Die Arbeiter, die heute noch keine Waffen besitzen, müssen wissen, wo und wie sie in den Besitz einer Kampfwaffe kommen. In der Hauptsache wird die unbewaffnete Arbeiterschaft die schwerbewaffneten Faschisten zwingen, sie durch ihre Waffe erobern können, sich ein offenen Kampf mit den Faschisten, durch die Eroberung der Waffen der Faschisten, zu entwickeln, daß sie ihren Siegeswillen breiten können.

Den schweren Stoß haben wir den Massen in alle und verbergenen Schicht entgegenführen. Nicht gestützen von den bewaffneten bürgerlichen Parteien, vereinen von der Sozialdemokratie und von der Gewerkschaftsbürokratie, unter dem Druck des gewaltigen proletarischen Willens und, der Arbeiter, erbarmungslose sein. Die SPD. und ADGB. wird die Kommunistische Partei den Angriff allein parieren müssen. Sie haben sich den französischen Bluthunden nicht mit bewaffneter Macht entgegenstellen, um so wenigstens auch

die Waffe bei politischen Massenstreiks

angewendet werden. Die SPD. muß bei gewisse Proletariat Gewalt gegen den Kapitalismus. Die sich haben sich schon, sofort alles verfügbare, um die sozialdemokratische

Der 29. Juli 1923

muß im Zeichen proletarischer Massenbewegungen stehen. Die sozialistische Arbeiter-Jugend müssen sich für Arbeiter aller Parteien zusammenstehen, um gemeinsam diesen Kampf gegen die weißen Banden beizutreten. Die Betriebsorganisationen müssen schon jetzt beginnen. Kpl. Arbeiter, Kopfarbeiter, rüstet zum

Antifaschistentag!

tischen, die christlichen und die parteilosen Arbeitermassen für den wirklichen Abwehrkampf gegen die Bildung einer rheinisch-westfälischen Pufferrepublik zu gewinnen.

Die Partei muß aber auch entschlossen sein, unter Umständen offen zum Kampf aufzurufen und allein die Leitung des Kampfes zu übernehmen.

Trotz Allem bedeutet nun mindestens das Aufplatzen der Ruhr den revolutionären Endkampf, der den Gegensatz Bürgerschaft gegen den französischen Imperialismus im Bunde mit Sowjetrußland zuspitzen und den Sieg, die Errichtung der Sowjetmacht ermöglichen.

Hier stehen proletarischen Kämpfen gegenüber. Wir müssen uns und die Massen vorbereiten, ohne Illusionen, mit festem Willen und kühnem Mut. Die schwierigsten Tätigkeiten sind Parteiarbeit können sowohl Illegalitätsarbeit werden. Das Leben rechnet an der geschlossenen Front.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Die Kommunistische Partei ist heute ein Machtfaktor, wie noch nie in der deutschen Revolution. Die ganze Welt schaut nach unserer Entschlossenheit, unserer Kraft der Zusammenfassung und Initiativkraft an. Die Partei ist da in den schwersten Jahren ihres Bestehens die Hoffnung, unserer Klasse, Millionen, Abgelaufen, Arbeitslosen, des schwerleidenden, des Elendsvolk zur Überzeugung und Verzweiflung treibt und den revolutionären Instinkt aus dem kapitalistischen und bürgerlichen Massen entgegenreißt.

Die Partei ist bereit, will alles daran setzen, so Schäden zu heilen, die entstehen, die entstehen und entstehen auch immer und suchen unserer Führung des Proletariats Kämpfe zu machen.

Auf, schließt die Reihen der Kommunistischen Partei! Auf, Genossen und Genossinnen! Auf, Genossen und Genossinnen! Auf, Genossen und Genossinnen

Auf gegen die Faschisten!

Seht, wie sie hetzen, rüsten, wühlen
Wie sie sich gewappnet fühlen,
Für den längst geplanten Schlag,
Um euch in Sklaverei zu drücken,
Um euch im Blute zu ersticken!
Drum seid bereit, es naht der Tag
Proleten, Kommunisten,
Auf gegen die Faschisten!

Italien mag als Warnung dienen,
Dort sind sie auf dem Plan erschienen,
Zum Trutz und Schutz fürs Kapital.
Es gilt die Arbeitswelt zu retten!
Denn Mussolinis Sklavenketten
Sie klirren international.
Proleten, Kommunisten,
Auf gegen die Faschisten!

Und steht auch eine Welt in Waffen,
So müßt ihr euch zusammenraffen,
Und nicht auf fremde Hilfe bauen.
Wollt ihr im Kampf nicht unterliegen
So mag es brechen oder biegen,
Müßt ihr der eignen Kraft vertrauen.
Proleten, Kommunisten,
Auf gegen die Faschisten!

Ihr habt die Macht, ihr müßt sie nützen,
Um euer höchstes Ziel zu schützen,
Wie ihr's bisher noch nie gekonnt.
Mag sich des Kampfes Sturm entladen,
Ihr sieget auf den Barrikaden
Der proletarischen Einheitsfront!
Proleten, Sozialisten,
Vernichtet die Faschisten!

St.

Antifaschistisches Gedicht aus „Der Kämpfer" vom 28. Juli 1923

und der separatistischen Bestrebungen im Rheinland erklärte die Zentrale der KPD: „Parteigenossen und Parteigenossinnen. Wir gehen schweren Kämpfen entgegen! Wir müssen die höchste Alarmbereitschaft entfalten . . . Der Angriff des Faschismus braucht nicht in den Formen des Kapp-Putsches zu erfolgen; er kann beginnen als Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen; er kann ausgehen von der Ausrufung der rheinisch-westfälischen Republik und dem Angriff auf die Abwehrbewegung der Arbeiter. Selbst ein Angriff auf die Lohnkämpfe der Arbeiter kann die faschistische Front aufrollen."

Nur wenn jeder Kommunist, so appellierte die Zentrale der KPD an die Mitglieder der Partei, bereit ist, „für die Rettung und Befreiung der Arbeiterklasse sein Letztes zu opfern, nur dann wird unsere Partei die Partei des Sieges sein. Nur dann wird sie die revolutionäre Arbeiter-und-Bauern-Regierung aufrichten, die mittels der Sachwerterfassung und Produktionskontrolle auf Kosten des Großkapitals die Arbeiterklasse, Angestellten, Beamten, den schwerbedrängten Mittelstand vor Untergang und Versklavung rettet und dem französischen Imperialismus eine kampffähige, geschlossene Nation entgegenstellt". Der Aufruf forderte dazu auf, ein breites Bündnis zu schmieden. Er schloß mit den Worten: „Die Partei ist bereit, mit allen denen Schulter an Schulter zu kämpfen, die ehrlich und entschlossen nach innen und außen unter Führung des Proletariats kämpfen wollen. Auf, schließt die Reihen der Avantgarde des deutschen Proletariats! Im Geiste von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg laßt uns kämpfen!"

Der Aufruf leitete die Kampagne der KPD für einen Antifaschistentag am 29. Juli ein, an dem die Arbeiter und anderen Werktätigen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit die Bereitschaft zur Abwehr der faschistischen Gefahr und für die Erfüllung ihrer sozialen und politischen Forderungen demonstrieren sollten. Der Appell „An die Partei" bildete den Ausgangspunkt für die gesteigerte Aktivität der kommunistischen Parteiorganisationen in ganz Deutschland.

Diese Entwicklung wurde von der Reaktion mit immer größerer Besorgnis verfolgt. Es kann als charakteristisch für die von entscheidenden Teilen des Monopolkapitals unter

diesen Umständen eingeschlagene Strategie und Taktik angesehen werden, daß Oberst Kuenzer in einem Lagebericht vom 17. Juli 1923 darauf orientierte, die Lage „latent zu erhalten und einen akuten Ausbruch" des Massenkampfes „zu vermeiden". Selbst „große Streikbewegungen, wie sie sich verschiedentlich in den letzten Tagen zu entwickeln drohten und sie leider in einzelnen Industriezweigen, wie zum Beispiel in der Berliner Metallindustrie (gemeint ist der Streik der Berliner Metallarbeiter vom 6. bis 12. Juli, H.-J. K.) nicht zu vermeiden waren", bedeuteten nach Meinung des Reichskommissars „eine große Gefährdung der Gesamtlage des Reichs",[4] d. h. des imperialistischen Herrschaftssystems. Besonderes Augenmerk widmeten die herrschende Klasse und ihre Staatsmacht der Lage in Sachsen. Es war die Furcht vor den Folgen des weiteren Zusammengehens von Kommunisten und Sozialdemokraten, vor dem Ausbruch von Massenkämpfen und deren Auswirkungen auf die Ereignisse in ganz Deutschland, die die Reichsregierung veranlaßte, am 18. Juli 1923 in einer der Presse übergebenen Erklärung mit „ernster Aufmerksamkeit"[5] hinsichtlich der Situation in Sachsen zu drohen.

Die KPD unternahm auch in Sachsen große Anstrengungen, um die Werktätigen gegen die Reaktion zu mobilisieren. Sie führte den Hauptstoß gegen die Cuno-Regierung und die Reichswehrführung und deren monopolkapitalistische Hintermänner, gegen die großbürgerlichen Parteien und die sie tragenden Klassenkräfte, gegen die immer drohender anschwellende Hitlerbewegung, gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus.

Von Bedeutung für die in Sachsen auf der Tagesordnung stehende Entfaltung einer breiten Volksbewegung, deren Kern die Aktionseinheit der Arbeiterklasse bilden mußte, war die Haltung der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe, hinter der die Mehrheit der organisierten Arbeiter stand. Nach wie vor war es die Pflicht der KPD, alle die Maßnahmen des linkssozialdemokratischen Kabinetts zu unterstützen, die den Interessen der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen

4 DZA, RK, Nr. 541/1, Bl. 125/126.

5 „Sächsische Staatszeitung", 27. Juli 1923.

Schafft die Einheitsfront am 29. Juli, dem Antifaschistentag!

Massenaufmarsch gegen den Faschismus
am 29. Juli 1923
Hütet Euch vor Provokateuren!

An die sächsische Arbeiterschaft!

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat Euch aufgerufen, am 29. Juli durch geschlossenen Aufmarsch Eure Macht und Kampfbereitschaft gegenüber den ärgsten Feinden des werktätigen Volkes, den Faschisten, zu beweisen.

Die reaktionäre Reichsregierung, die für die Faschisten die spanische Hand ist, hinter der sie ungestört ihre Rüstungen zum Bürgerkrieg und zur Niedermetzelung der Arbeiterschaft vorbereiten, hat im Wege der Landesregierungen den Antifaschistentag verboten.

Ihr Wille ist es, daß die deutsche Arbeiterschaft ihre Brust ungeschützt dem faschistischen Mordstahl hinhält.

Nur Sachsen und Thüringen befinden sich noch nicht vollständig in der Macht der faschistischen Konsuln und Minister. Die sächsische Arbeiterschaft wird nebst der thüringischen, der einzige Teil der Arbeiterklasse sein, der am 29. Juli frei und ungehindert seine Kräfte entfalten kann.

Sozialdemokratische Arbeiter!

Wieder einmal versagen Eure Führer, da es gilt, den Kampf aufzunehmen. Sie haben die Beteiligung Eurer Partei am Antifaschistentag abgelehnt.

Zeigt, daß Ihr Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blut des kampfgewohnten sächsischen Proletariats seid.

Schließt die Einheitsfront gegen den Faschismus!

Der sächsische Antifaschistentag muß der größte Massenaufmarsch sein, den Sachsen je gesehen hat.

Die ganze Bourgeoisie Deutschlands und ihre faschistischen Bataillone müssen erzittern vor der Wucht Eures gewaltigen Aufmarsches.

Der Arbeiterschaft Deutschlands gilt es zu zeigen, daß das rote Sachsen kein leeres Wort ist, daß das Proletariat Sachsens an der Spitze der kampfbereiten proletarischen Riesenarmee steht.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Faschisterregierung konnte den Antifaschistentag nicht verhindern, aber sie will am 29. Juli den

Kampfwillen des sächsischen Proletariats in einem Blutmeer ersticken

Die Reichswehr steht am 29. Juli in Alarmbereitschaft. Von allen Seiten kommen nach Sachsen Faschisten, die Euch zu Ausschreitungen provozieren sollen, um der Reichswehr den Vorwand zum Arbeitermord zu liefern.

Mit dem sächsischen Proletariat soll das versucht werden, was im Ruhrgebiet vergeblich versucht wurde. Die Arbeiterschaft in Machtkämpfe hineinzuhetzen, um sie dann niederschlagen zu können.

Dieser Plan muß in Sachsen genauso verhindert werden, wie er im Ruhrgebiet verhindert wurde.

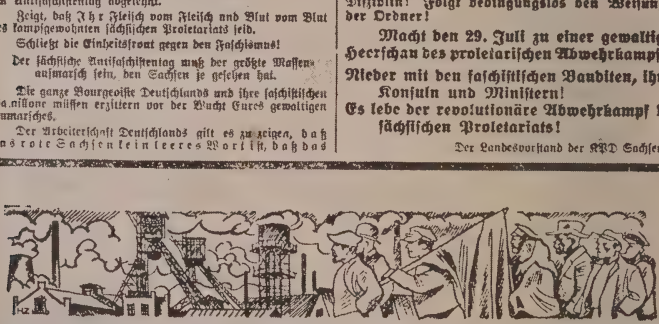
Laßt Euch nicht provozieren. Macht jeden Provokateur unschädlich. Uebt eiserne proletarische Disziplin! Folgt bedingungslos den Weisungen der Ordner!

Macht den 29. Juli zu einer gewaltigen Heerschau des proletarischen Abwehrkampfes.

Nieder mit den faschistischen Banditen, ihren Konsuln und Ministern!

Es lebe der revolutionäre Abwehrkampf des sächsischen Proletariats!

Der Landesvorstand der KPD Sachsen.



Am 29. Juli marschieren die Arbeiter aus den Betrieben zum Antifaschistentag!

Aufruf des Landesvorstandes Sachsen der KPD vom 28. Juli 1923 zum Antifaschistentag und Illustrationen („Der Kämpfer", 18., 25., 28. Juli 1923)

entsprachen. Es konnte aber nicht die Aufgabe der KPD sein, auch die Schwächen und Fehler dieser Regierung zu tolerieren. Ein anderer Standpunkt wäre den Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen abträglich gewesen. Darum war es richtig, daß die KPD als Antwort auf eine nicht ohne Selbstzufriedenheit abgefaßte und im „Sächsischen Volksblatt" gedruckte Bilanz der bisherigen Regierungspolitik aus der Feder des sächsischen Innenministers Hermann Liebmann kritisch reagierte. Nachdem bereits Paul Böttcher als Sprecher der KPD am 12. Juli 1923 in der letzten Sitzung des Sächsischen Landtages vor den Parlamentsferien die „Passivposten" in der $3^1/_2$ Monate umfassenden Tätigkeit der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe analysiert hatte,[6] veröffentlichte „Die Rote Fahne" unter der Überschrift „Ein Schritt vorwärts – zwei zurück. $3^1/_2$ Monate Schwankungen der sächsischen Zeigner-Regierung" eine Stellungnahme des Politischen Büros der Zentrale der KPD.[7]

„Die Zeigner-Regierung", stellte die Parteiführung fest, war und ist „verpflichtet, die elementarsten Interessen des Proletariats zu verteidigen. Und nicht nur formell, durch beruhigende Erklärungen und papierene Vereinbarungen, sondern tatsächlich durch lebendige Maßnahmen gegen Not, Reaktion, Arbeitslosigkeit und Wucher." Jedoch, so wurde in dem Dokument eingeschätzt, viele „Versprechungen, keine Tatsachen, keine Taten. Das ist die Bilanz der Zeigner-Regierung".

Zu einem späteren Zeitpunkt, als nach dem Zusammenbruch des Faschismus Kommunisten und Sozialdemokraten im Zuge der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien auch in Sachsen die Bilanz ihrer Erfahrung zogen, nahm Dr. Erich Zeigner,

6 Vgl. „Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1923", a. a. O., S. 1541 – 1549.

7 „Die Rote Fahne", 24. Juli 1923. Alle Angaben, die sich auf das Dokument beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

8 Dem linken Sozialdemokraten und Innenminister im Kabinett Dr. Zeigners, Hermann Liebmann, war es dagegen nicht mehr vergönnt, die Vereinigung zu erleben. Er wurde als aufrechter Antifaschist nach 1933 in das KZ geworfen und verstarb am 6. September 1935 an den Folgen der schweren Mißhandlungen.

der — ebenso wie Georg Graupe — im Vereinigungsprozeß aktiv mitwirkte,[8] selbst kritisch zur Tätigkeit seines Kabinetts im Jahre 1923 Stellung und zog aus ihr notwendige Lehren für die Arbeiterbewegung.[9]

Das Politische Büro der Zentrale der KPD wandte sich in seiner Stellungnahme abschließend an die Werktätigen in Sachsen und entwickelte dabei eine richtige Aufgabenstellung für das Verhalten gegenüber der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe: „Die Arbeiter in den Betrieben, die Gewerkschaften, die Betriebsräte haben aus diesen $3^1/_2$ Monaten der Zeigner-Regierung eine klare Lehre zu ziehen. Nur sich selber, nur der Selbsthilfeaktion des Proletariats dürfen die Arbeiter vertrauen. Nur die proletarischen Hundertschaften, nur die Kontrollausschüsse, nur die Betriebsräte, nur die Einheitsfront aus den Betrieben heraus können das Proletariat retten. Diese Bewegung muß den nötigen Druck ausüben, damit die Zeigner-Regierung endlich den elementarsten Forderungen des Proletariats Rechnung trägt, sie nicht weiter ausweichen kann. Den schwankenden Posten der Zeigner-Regierung muß die proletarische Faust unter Druck setzen. Unter diesem Druck wird sich herausstellen: Ist die Regierung fähig, in zwölfter Stunde der faschistischen Gefahr die Passivität und die Schwankungen aufzugeben, die VSPD-Koalitionsführerschaft zu überwinden, oder ist sie das Feigenblatt der Koalitionspolitik der rechten VSPD? Das Proletariat Sachsens muß den letzten Versuch machen, die linke sozialdemokratische Regierung entweder in den Dienst seiner brennendsten Interessen zu stellen oder diese Regierung abzuschütteln. Das Proletariat hat keine Zeit zu warten, es muß in dieser Stunde den Kampf für seine Forderungen rücksichtslos aufnehmen."

Die eigenen, unmittelbaren Erfahrungen und die Agitation und Propaganda der KPD sowie der anderen klassenbewußten Kräfte führten die Arbeiter zu der Erkenntnis, daß die erfolgreiche Verteidigung der Lebensinteressen den außerparlamentarischen Kampf erfordert.

9 Vgl. Erich Zeigner, „Politischer Rückblick auf das Jahr 1923", in: „Sozialistische Einheit", 24. März 1946.

2. *Erster und größter Massenstreik 1923 in Sachsen*

Hauptursache des Bergarbeiterstreiks im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier soziale Notlage

Mitte Juli 1923 entbrannten in Sachsen Streiks in einem seit Ausbruch des Ruhrkampfes bislang nicht gekannten Ausmaße und einer Schärfe wie zu keinem früheren Zeitpunkt in dieser Periode. Der Ausgangspunkt und Kern dieser Streikwelle lag im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, insbesondere im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier.

Die Hauptursache für das Aufflammen von Streikaktionen im Bezirk Erzgebirge - Vogtland Mitte Juli 1923 war die furchtbare Notlage der Werktätigen, die in dieser Zeit den bisherigen Tiefpunkt erreichte. Zuerst gerieten die Bauarbeiter im Gebiet von Aue-Schwarzenberg, aber auch im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in Bewegung. Durch Kurzstreiks unter Führung des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter erzwangen sie am 18. und 19. Juli 1923 und in den folgenden Tagen in direkten Verhandlungen mit den Unternehmern Lohnerhöhungen, die weit über das Lohnniveau anderer Industriezweige hinausragten.[10]

Unter dem Eindruck dieser Erfolge wuchs auch bei den Bergarbeitern die Bereitschaft zu außerparlamentarischen Aktionen, zumal ihnen die Konzernherren Mitte Juli noch die Hälfte der während der passiven Resistenz ausgezahlten Lohnvorschüsse vom Lohn abgezogen und zentrale Lohnverhandlungen in Berlin keine nennenswerten Nominallohnerhöhungen ergeben hatten.[11] Der Reallohn der Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers war in dieser Zeit besonders tief gesunken. Davon zeugt auch, daß ein Bergarbeiter in der Zeit vom 23. Juli bis 2. August 1923 nur einen Lohn von 28 000 Mark bekam. Dafür konnte er zu Beginn der Lohnperiode lediglich $1\frac{1}{2}$ Pfund Bohnen oder $\frac{1}{2}$ Pfund Kalbfleisch oder $\frac{1}{2}$ Stück Butter erhalten,[12] sofern angesichts

10 Vgl. IML, ZPA, Sign. 16/17, Bl. 157; SLHAD, MdI, Nr. 11112, Bl. 36 – 39.

11 Vgl. DZA, RAM, Nr. 126, Bd. 1, Bl. 90 – 93.

12 Vgl. „Der Kämpfer", 4. August 1923.

Sächs. Antifaschistentag

Arbeiter, Angestellte, Beamte und arbeitende Bauern Sachsens!

Die KPD. ruft das deutsche Proletariat am 29. Juli zu einem Antifaschistentag in ganz Deutschland auf. Auch die sächsische Arbeiterschaft wird an diesem Tage mit ihren Klassengenossen im Reiche in Reih und Glied marschieren. Die KPD wendet sich aber nicht nur an die Industriearbeiter. Sie ruft alle auf, die guten Willens sind, den zweiten Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern und kommenden Geschlechtern Freiheit und Selbstbestimmung zu sichern.

Alle Sucher und Zweifler, die den Weg aus dem Elend nicht vor sich, sondern hinter sich suchen, sehen im Faschismus eine aktive befreiende Kraft. Sie haben leider schon wieder vergessen, daß es gerade die „Nationalhelden" vom Schlage Ludendorffs und Hellferichs die heutigen Stützen der faschistischen Bewegung, gewesen sind, die in verbrecherischer Weise

kaltblütig das Glück und die Existenz von Millionen Menschen opferten.

Und jenen Volksverderbern laufen heute ausgerechnet jene Schichten wieder nach, die durch den Profitegoismus der Großkapitalisten, Börsenspekulanten und agrarischen Brotwucherer bis aufs Hemd ausgeplündert wurden: Intellektuelle, ehemalige „Mittelständler" untere und mittlere Beamte, Lehrer und kleine Bauern. Diese Kreise haben während des Krieges goldene und silberne Erbstücke und Andenken hingegeben „für Eisen". Sie haben in vaterländischer Opferbereitschaft ihre Goldstücke zur Reichsbank getragen. Inzwischen hat manche Familie heimlich die letzten Wertgegenstände der Goldankaufstelle oder dem Pfandleiher geopfert. Wäsche, Kleider und Möbel sind verkauft — der Hunger aber droht jeden Morgen neu und unerbittlicher! Das Geld wird täglich wertloser, die Preise unerschwinglicher.

Wo sind die Opfer der kleinen Leute hingekommen?

Seht Euch Stinnes an! Er ist der geschäftsreichste Mann der Welt! Schaut auf die Großindustriellen und Börsenjobber, die Händler und Wucherer! Haben sie ihre Luxusautos, Paläste, Reise, Theaterlogen, Rennpferde und all ihr Gold und Geschmeide etwa durch ihrer Hände Arbeit verdient?

Sie sind durch Eure Opfer reich geworden! Schweiß und Blut der arbeitenden Massen ist die Quelle ihres Wohllebens!

Der verlorene Krieg Wilhelms und Ludendorffs soll jetzt bezahlt werden! Die Kapitalisten aber wollen nicht zahlen. Der Arbeiter, der arbeitende Bauer und Kleingewerbetreibende sollen auch noch den verlorenen Krieg bezahlen. Sie sind es, die schon heute 90 Prozent aller Steuern aus ihrem Lohn und Gehalt aufbringen!

Ist der Faschismus der Retter?

Kämpft der Faschismus gegen das Kapital, wie er angibt? Nein! Vielmehr sind Kapitalisten die Geldgeber der Faschisten!

Kann der Faschismus die nationale Befreiung bringen? Nein! Ludendorff, der Führer der faschistischen Kampfverbände, hat vor Jahren bereits dem französischen General Foch seine Dienste zur Niederschlagung der deutschen Arbeiter angeboten.

Ist der Faschismus stark genug, den Versailler Vertrag zu liquidieren? Abermals nein! Der Versailler Vertrag kann von Deutschland nur mit Hilfe starker Bundesgenossen zerrissen werden. Diese Bundesgenossen sitzen aber nicht in Horthy-Ungarn, Italien, Prag und Paris. Als Bundesgenosse eines neuen Arbeiterdeutschlands kommt nur das freie Rußland der Arbeiter und Bauern in Betracht.

Der Faschismus wird seine Anhänger nach Eroberung der Macht ebenso prellen wie Wilhelm II. seine Nachläufer im Stich gelassen hat. Italien bietet hierfür das beste Beispiel.

Der Faschismus ist nicht der Retter!

Im roten Sachsen ist der Kampf gegen den Faschismus nicht weniger eine Lebensfrage aller Arbeitenden wie im übrigen Reich. Die Flucht Ehrhardts aus einem sächsischen Gefängnis und die Sabotage der gemeinsamen Hundertschaften durch die rechten Sozialdemokraten beweisen, wie wenig ernst die sozialdemokratische Regierung Sachsens den Kampf gegen den Faschismus bisher geführt hat.

Die Arbeiterschaft Sachsens hat sich bereits starke Positionen in ihren Einheitsfrontorganen geschaffen. Die proletarischen Hundertschaften und Kontrollausschüsse müssen mit aller Kraft zu Sturmkolonnen gegen den Faschismus ausgebaut werden. Die Arbeiterschaft darf sich nicht darauf verlassen, daß die sozialdemokratische Regierung und ihre Polizei sie vor dem faschistischen Terror schützen werden.

Die Arbeiterschaft muß sich selber schützen!

Sachsen, Thüringen und Mitteldeutschland sind heute die einzigen Gebiete Deutschlands, die noch nicht von den Faschisten beherrscht werden. Die Arbeiter dieser Länder müssen ihre Regierung zwingen, einen roten Block zu bilden, der die Kraft hat, den Faschismus auch militärisch zu bezwingen.

Die sozialen Schichten, die die politische Gefolgschaft des Faschismus bilden, sind unfähig, eine entscheidende führende Rolle in der Nation zu spielen. Sie haben zu wählen zwischen Kapital und Arbeit. Verbünden sie sich mit dem Kapital, so unterschreiben sie ihr Todesurteil. Nur in der Einheitsfront mit den Arbeitern, die alle Schätze heben, und deren Fleiß und Energie Deutschlands Industrie berühmt gemacht hat, können die Mittelschichten zur Freiheit gelangen.

Durch die bisherige Reichspolitik der Sozialdemokratie wurde der Faschismus begünstigt. Unter der Parole „Konzentration aller Kräfte" will die Sozialdemokratie im Reiche jetzt die große Koalition mit Stresemann bilden. Das ist der schamloseste Betrug, der seit langem an der Arbeiterklasse versucht wurde.

Die große Koalition ist nicht ein Abwehrblock gegen den Faschismus, sondern das offene Bündnis mit dem Faschismus.

Laßt Euch nicht irreführen! Der faschistische Staatsstreich ist planmäßig vorbereitet. Die organisierte Flucht Ehrhardts ist ein Glied in der Kette der Vorbereitungen der Faschisten zum Bürgerkrieg. Der Bürgerkrieg soll die letzten Errungenschaften der Revolution beseitigen und die Arbeiterklasse zu Hörigen des Kapitals machen. Ihr habt die Wahl. Entweder selbst zu schlagen oder von den anderen geschlagen zu werden. Vor die Entscheidung gestellt, kann es kein Schwanken geben. Die einen Wilhelm zum Teufel gejagt, einen Kapp zu Boden geworfen und in zahlreichen blutigen Kämpfen der Konterrevolution siegreich entgegengetreten sind, dürfen sich vom Faschismus nicht schlagen lassen.

Denkt an die Tausende, die für die Revolution ihr Leben hingaben, denkt an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die gemordet wurden, weil es die Einzigen waren, vor denen das Bürgertum zitterte. Kämpft wie sie! Opfert wie sie!

Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!

Am Antifaschistentag fordert:

Die Bildung gemeinsamer Betriebshundertschaften;
Die Bewaffnung der Hundertschaften;
Die Arbeiter- und Bauernregierung, als die einzige Macht, die den Faschismus besiegt.

Es lebe die Einheitsfront gegen den Faschismus!
Auf zum Antifaschistentag!

Landesvorstand Sachsen der KPD.

Flugblatt des Landesvorstandes Sachsen der KPD zum Antifaschistentag (IML, ZPA, Sign. D. F. VI/106, Flugblatt)

der wachsenden Lebensmittelknappheit diese Waren im Handel überhaupt noch zu erhalten waren. „Wir stehen augenblicklich wieder", teilte unter Berücksichtigung der steigenden Erregung der Bergarbeiter der Generaldirektor der Gewerkschaft Gottes Segen beunruhigt dem sächsischen Finanzministerium mit, „vor Schwierigkeiten mit den Arbeitern, des hiesigen und Zwickauer Reviers. Der Grund hierzu ist der, daß die Arbeiterschaft die Lohnerhöhungen, welche am 16. Juli in Berlin im Einverständnis mit den Bezirksleitern des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Langhorst und Uhlmann, vereinbart, also nicht durch Schiedsspruch bestimmt wurden, nicht anerkennen."[13] Beim Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbauverein kam es am 18. Juli 1923 bereits zu einem Kurzstreik.[14]

Zum Sprecher der kampfgewillten Bergarbeiter machten sich revolutionäre Betriebsräte. Auf ihre Initiative hin kam es „ohne Wissen und Zustimmung"[15] der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes am 20. Juli 1923 zu einer Zusammenkunft der in der Industriegruppe Bergbau des ADGB zusammengefaßten Betriebsräte. Auf dieser Beratung lehnten die Betriebsräte das Lohnabkommen vom 16. Juli 1923 ab und forderten statt dessen eine Wirtschaftsbeihilfe von 500 000 Mark.[16] Ihr selbständiges Vorgehen veranlaßte die Vertreter der Verbandsführung, eilends eine gemeinsame Konferenz der Bezirksleitung und der Lohnkommission des Bergarbeiterverbandes für das Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier einzuberufen. Diese fand am 22. Juli in Zwickau statt. Hier setzten sich jedoch die oppositionellen Kräfte durch. In einer Entschließung wurde erneut das Lohnabkommen vom 16. Juli 1923 als „absolut unzureichend" eingeschätzt und die Bezirksleitung des Verbandes beauftragt, „entsprechende Nachzahlungen" bei weiteren für den 24. Juli 1923 anberaumten

13 BAKL, Nr. I/62, Schreiben des Generaldirektors der Gewerkschaft Gottes Segen Dr. Krug an Oberberghauptmann Dr. Fischer vom 19. Juli 1923.

14 Vgl. ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 219.

15 „Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Jahrbuch für 1923", a. a. O., S. 266.

16 Vgl. ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 220.

Lohnverhandlungen in Berlin durchzusetzen.[17] Das tiefe Mißtrauen, das bei dieser Festlegung Fritz Langhorst, Max Uhlmann und anderen rechten Gewerkschaftsführern entgegengebracht wurde, kam darin zum Ausdruck, daß für denselben Tag eine erneute Zusammenkunft der Betriebsräte festgelegt wurde, die „von Berlin drahtlich"[18] über das Ergebnis der Verhandlungen unterrichtet werden sollte.

Den Betriebsräten wurde schließlich sogar die Entscheidung über die Ausrufung des Streiks bei einem nicht den Forderungen der Bergarbeiter entsprechenden Ausgang der Berliner Verhandlungen anvertraut. Darüber berichtet eine Mitteilung der Berginspektion Zwickau an das Oberbergamt in Freiberg: „Die Betriebsräte erwarten in Zwickau nachmittags Bescheid. Sollte dieser ihren oder der Belegschaften Wünschen nicht entsprechen, so soll Mittwoch, dem 25. d. M. früh, im gesamten sächsischen Bergbau die Arbeit niedergelegt werden."[19] Nach Bekanntgabe des faulen Kompromisses, der in Berlin in der Arbeitsgemeinschaft ausgehandelt worden war, beschlossen die Betriebsräte, die Arbeiter über die Köpfe der Instanzen hinweg zum Streik aufzurufen.

Bedeutendste Einheitsfrontaktion der Bergarbeiter unter Führung der KPD und der revolutionären Betriebsräte

Die Mehrheit der Bergarbeiter der Konzerne Morgenstern und Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein, des Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbauvereins und der anderen Bergwerksunternehmen im Zwickauer Revier fuhr am 25. Juli 1923 zur Frühschicht nicht an. Die Streikenden setzten mit Hilfe von Abordnungen durch, daß in der Mittagsschicht auf allen Schächten die Arbeit ruhte.[20] Zum gleichen Zeitpunkt traten auch die Arbeiter des Hoffnungsschachtes im Oelsnitzer Revier in den Streik und veranlaßten die Arbeitsniederlegung in den weiteren Betriebsabteilungen des

17 „Sächsisches Volksblatt", 23. Juli 1923.

18 ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 220.

19 Ebenda, Bl. 218.

20 Vgl. ebenda, Bl. 220/221 u. 224 – 227; SLHAD, MdI, Nr. 11108, Bl. 184.

Konzerns Gottes Segen.[21] Die Belegschaften des Konzerns Deutschland und des Gersdorfer Steinkohlenbauvereins traten in der Nachtschicht vom 25. zum 26. Juli in den Ausstand.[22] Eine Massenversammlung von 10 000 bis 12 000 Bergarbeitern des Zwickauer Reviers beauftragte noch am 25. Juli kommunistische, sozialdemokratische und unionistische Betriebsräte, Verhandlungen mit dem Bergbaulichen Verein über Lohnerhöhungen einzuleiten, vor allem über die Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe.[23] Über zehntausend Bergarbeiter des Oelsnitzer Reviers, die sich am 26. Juli in Oelsnitz versammelt hatten, erklärten ihre Solidarität mit den Kumpeln des Zwickauer Reviers. Auch sie beriefen zur Führung des Kampfes Betriebsräte, die den beiden Arbeiterparteien sowie dem Verband und der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands angehörten.[24]

Auf den Schächten entstanden Streikkomitees, die sich aus Mitgliedern aller Bergarbeiterorganisationen zusammensetzten. Hundertschaften übernahmen den Streikposten-Dienst.[25] Bereits am 26. Juli standen annähernd 28 000 Bergarbeiter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Anarchosyndikalisten, Christen und Parteilose, Gewerkschafter, Unionisten und Unorganisierte, brüderlich vereint im Kampf.[26] Von ihrem Beispiel mitgerissen, forderten auch die im Reichsverband deutscher Bergbauangestellter organisierten Angestellten des Bergbaulichen Vereins eine neue Regelung der Gehälter.[27] Erneut fand die Leninsche Einschätzung ihre Bestätigung: „Am Anfang der Bewegung besitzt der wirtschaftliche Streik nicht selten die Eigenschaft, die Zurückgebliebenen aufzurütteln und in Bewegung zu bringen, die Bewegung zu verallgemeinern, sie auf eine höhere Stufe zu heben."[28]

21 Vgl. ebenda.

22 Vgl. ebenda.

23 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 28. Juli 1923; SLHAD, MdI, Nr. 11108, Bl. 184.

24 Vgl. ebenda.

25 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13217, Bd. 1, Bl. 3, 144; „Oelsnitzer Volksbote", 30. Juli 1923.

26 Vgl. ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 234.

„Dieser Streik", meldete besorgt die Stollberger Berginspektion an die vorgesetzte Dienststelle, „unterscheidet sich ... von den früheren wesentlich dadurch, daß die Grubenbelegschaften einmütig in den Streik getreten sind und die Erbitterung und Erregung unter den Bergleuten ganz außerordentlich groß sind."[29] Indem die Bergarbeiter rechte Verbandsführer ausschalteten und direkte von den Massen kontrollierte Verhandlungen mit den Grubenherren forderten, bedienten sie sich neuer Kampfmethoden. Sie durchkreuzten die Politik des Kuhhandels in der Arbeitsgemeinschaft und deren Vereinbarungen, insbesondere auch die von den Konzernen kultivierte Methode, in Berlin zentrale Verhandlungen zu führen und bindende Abmachungen für den gesamten Bergbau zu treffen. Diese Form der Streikführung erwies sich als wichtiger Bestandteil einer revolutionären Streikstrategie und -taktik und stellte ein neues Moment in den Arbeiterkämpfen dar.

Der Bergarbeiterstreik im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier erstreckte sich über fast drei Wochen.

Die Bergarbeiter stellten sich erneut an die Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse in Sachsen und mit in die vorderste Front der Arbeiterkämpfe in ganz Deutschland. Bei dem am 25. Juli ausgebrochenen Bergarbeiterkampf handelte es sich nach dem Abbruch des Berliner Metallarbeiterstreiks am 12. Juli 1923 um den ersten größeren Streik in den von der französischen Okkupation nicht betroffenen Teilen Deutschlands.[30] Das war der erste Massenstreik, der im Jahre 1923 in Sachsen gegen die Verelendungspolitik der Monopole und ihrer Regierung entbrannte und zugleich die längste Streikaktion, die 1923 in Sachsen zustande kam, ja, überhaupt eine

27 Vgl. „Zwickauer Zeitung", 26. Juli 1923.

28 W. I. Lenin, „Wirtschaftlicher und politischer Streik", in: W. I. Lenin, „Werke", Bd. 18, Berlin 1965, S. 72.

29 ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 265.

30 Diese Einschätzung wurde unter Berücksichtigung der Forschungsergebnisse getroffen, die Ersil in seiner Dissertation über die Massenkämpfe in anderen Gebieten Deutschlands vorgelegt hat. Vgl. Wilhelm Ersil, „Die revolutionäre Massenbewegung der deutschen Arbeiterklasse ...", a. a. O., S. 126 ff.

Überblick über die Entwicklung der Zahl der streikenden Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in der Zeit vom 25. Juli bis 11. August 1923[31]

Streiktag	Streikende insgesamt	Proz. Anteil der Streikenden an Gesamtbelegsch.	Proz. Anteil der Streikenden an der Belegschaft der Konzerne			
			Estäv	Morgenstern	Gottes Segen	Deutschland
25. Juli	18 524	55	79	53	26	39
26. Juli	27 894	84	83	79	85	86
27. Juli	28 856	84	83	80	86	85
28. Juli	28 908	84	82	87	86	84
30. Juli	27 881	82	76	78	86	84
31. Juli	25 230	73	66	68	86	84
1. August	28 161	82	76	78	87	85
2. August	14 352	41	1	9	86	86
3. August	27 337	79	72	72	87	88
4. August	29 189	85	83	76	89	88
6. August	29 510	83	84	79	89	88
7. August	29 417	86	85	78	91	86
8. August	29 609	86	86	78	91	87
9. August	29 703	86	85	79	91	88
10. August	29 660	86	86	80	90	87
11. August	21 207	61	40	39	83	86

der größten, die während der revolutionären Nachkriegskrise in einem sächsischen Industriebezirk durchgeführt wurde.[32] Neben den großen Streikkämpfen der Bergarbeiter 1912 und im Mai/Juni 1923 zur Verteidigung der Siebenstundenschicht war es der längste Streik in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier,[33]

31 Die Zusammenstellung der Streikstatistik erfolgte auf der Bd. 5, Bl. 234 ff. Die Belegschaftsstärke blieb während des Streiks nicht konstant.

32 Vgl. IML, ZPA, Sign. 16/47. — Siehe auch SLHAD, MdI, Nr. 11111, Bl. 210 ff. — Ferner vgl. „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1924/1926", a. a. O., S. 318/319 und „Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1921/1923", a. a. O., S. 236—239.

33 Diese Einschätzung berücksichtigt die Forschungsergebnisse von Eberhard Wächtler, „Bergarbeit zur Kaiserzeit . . .", a. a. O.,

der sich jedoch auf Grund der objektiven Kampfbedingungen und des Reifegrades des subjektiven Faktors qualitativ von den Streiks vor dem ersten Weltkrieg und in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland unterschied. Hier handelte es sich um die größte Einheitsfrontaktion der Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, die in der Periode von der Novemberrevolution bis 1945 unter Führung der KPD und revolutionärer Betriebsräte zustande kam.

Indem die Bergarbeiter des Bornaer Reviers in den Solidaritätsstreik traten, kam es zu einem gemeinsamen Streik der Arbeiter im sächsischen Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau, so daß etwa 40 000 Bergarbeiter Sachsens zu gleicher Zeit im Kampf standen.[34] Ihm schlossen sich schließlich auch die etwa 10 000 Metallarbeiter in Zwickau an.[35] Dieser Massenkampf im Sommer 1923 fällt in jene Etappe des Klassenkampfes, die – abgesehen von der Zeit des Kapp-Putsches – durch die mächtigste Massenstreikbewegung in Deutschland seit dem Frühjahr 1919 gekennzeichnet wird. Er war ein Teil der revolutionären Massenbewegung in ganz Deutschland, die im politischen Generalstreik zum Sturz der Cuno-Regierung und für eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung gipfelte. In dieser Zeit war die deutsche Arbeiterklasse in der Offensive, das imperialistische System in Deutschland wurde von einer tiefen Krise erschüttert, und es entstanden günstige Bedingungen für eine grundlegende Wende in der deutschen Innen- und Außenpolitik.

und Annelies Laschitza, „Zur Geschichte des Klassenkampfes der Bergarbeiter im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier während des ersten Weltkrieges", Diplomarbeit, Leipzig 1958. Siehe ferner „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsberichte 1919 bis 1923", a. a. O.; vgl. auch Harro Uhlmann, „Arbeiterkämpfe im Sächsischen Steinkohlenbergbau . . .", a. a. O.

34 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13216, Bl. 248 ff.; „Der Kämpfer", 11. August 1923.

35 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 11. August 1923; „Sächsische Staatszeitung", 13. August 1923.

Phasen des ökonomischen und politischen Massenstreiks im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier

Der Kampf der Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier im Sommer 1923 durchlief verschiedene Phasen, als deren erste die Zeit vom 25. bis 29. Juli bezeichnet werden kann. Konferenzen der Betriebsräte und Gewerkschaften in Oelsnitz und Zwickau, die unter dem Eindruck Tausender demonstrierender Bergarbeiter standen, lehnten ein bereits am 2. Streiktag unterbreitetes, in Berlin in der Arbeitsgemeinschaft ausgehandeltes geringfügiges Zugeständnis und ein am 27. Juli vom Bergbaulichen Verein angebotenes faules Kompromiß ab.[36] In einer Urabstimmung am 28. Juli sprachen sich im Zwickauer Revier 92,8 Prozent, im Oelsnitzer Revier 83,1 Prozent der Arbeiter für die Fortführung des Streiks aus.[37]

Am 29. Juli, dem Antifaschistentag, demonstrierten im Streikgebiet etwa 18 000 Werktätige unter den Losungen der KPD und geschützt von den gemeinsamen Hundertschaften. Die Teilnehmer, unter ihnen ungeachtet der ablehnenden Haltung sozialdemokratischer Führer ganze Ortsgruppen der VSPD, vereinten sich auf Kundgebungen in Lugau und Wilkau, wo sich Ernst Grube und andere führende Funktionäre der KPD zu Sprechern der Massen machten.[38] Vertreter der Chemnitzer Metall- und Bauarbeiter erklärten ihre Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern.[39] „Die am Sonntag, dem 29. Juli, zu Tausenden versammelten Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten stellen sich", so heißt es in

36 Vgl. „Der Kämpfer", 28. Juli 1923; „Volksstimme", 28. Juli 1923; „Sächsisches Volksblatt", 28. Juli 1923; SLHAD, MdI, Nr. 11112, Bl. 139; ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 231.

37 Die Berechnung wurde auf der Grundlage von Unterlagen der Konzerne und Bergbehörden vorgenommen. Vgl. ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 231/232; BAAB, Arb/Bd. 6, Bl. 6, Bl. 250; SLHAD, MdI, Nr. 11111, Bl. 212; BAKL, Nr. I/437, Ergebnis der Urabstimmung vom 28. Juli 1923.

38 Vgl. „Der Kämpfer", 25. Juli 1923, 31. Juli 1923 und 2. August 1923.

39 Vgl. ebenda.

einer der angenommenen Resolutionen, „rückhaltlos hinter die von den Bergarbeitern aufgestellten Forderungen und geloben, die im Kampf befindlichen Bergarbeiter mit allen Kräften zu unterstützen. Die Versammelten erklären, daß an der Notlage der Bergarbeiter außer der Politik der Regierung Cuno die Hab- und Gewinnsucht der Grubenbesitzer die größte Schuld trägt."[40] Am gleichen Tag beschloß nach heftigen Auseinandersetzungen eine Funktionärskonferenz des Bergarbeiterverbandes, in allen Zahlstellen Streikbüros zu eröffnen und so die Führung der Streiks zu übernehmen.[41]

Mit der formellen Anerkennung des Streiks durch die Gewerkschaftsinstanzen begann eine neue Phase. Die Verbandsführung übernahm Teilforderungen. Sie ließ aber die Hauptforderung der Streikenden fallen und einigte sich auf dieser Basis am 30. Juli schnell mit dem Bergbaulichen Verein über die Wiederaufnahme der Arbeit.[42] Ihre Bestrebungen, den Abbruch des Streiks durchzusetzen, scheiterten jedoch am Kampfwillen der Kumpel, der auf Belegschaftsversammlungen und anderen Bergarbeiterversammlungen[43], in Vollversammlungen der Betriebsräte,[44] während gewaltiger Meetings[45] und in Demonstrationen durch das Streikgebiet[46] zum Ausdruck kam und durch Solidaritätsbeschlüsse der Zwickauer Betriebsrätevollversammlung am 31. Juli und weitere Beweise der Unterstützung bestärkt wurde.[47]

40 Ebenda, 31. Juli 1923.

41 Vgl. ebenda; „Sächsisches Volksblatt", 1. August 1923.

42 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 1. August 1923; SLHAD, MdI, Nr. 11111, Bl. 213.

43 Vgl. „Der Kämpfer", 2. August 1923 und 3. August 1923; SLHAD, MdI, Nr. 11112, Bl. 114, 115 und 116; ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 238; SLHAD, MdI, Nr. 11111, Bl. 213; DZA, RdI, Nr. 13217, Bd. 4, Bl. 116 – 118.

44 Vgl. „Der Kämpfer", 3. August 1923.

45 Vgl. ebenda, 2. August 1923 und 4. August 1923.

46 Vgl. ebenda, 3. August 1923 und 8. August 1923; „Sächsisches Volksblatt", 3. August 1923; „Zwickauer Tageblatt", 4. August 1923; SLHAD, MdI, Nr. 11112, Bl. 147.

47 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 1. August 1923; SLHAD, Sächsische Staatskanzlei (weiterhin geführt als SSK) Nr. 128, Bl. 85/86.

In dieser Zeit zugespitzten Klassenkampfes wurde eine höhere Form der Einheitsfront, als sie bisher bekannt war, erreicht. Es kam zu Abkommen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, in deren Mittelpunkt politische Forderungen standen, vor allem aber die von der KPD von Anfang an erhobene Forderung nach Beseitigung der Cuno-Regierung. So fanden gemäß lokaler Vereinbarungen in Zwickau am 2. August zwölf Massenversammlungen der Arbeiterschaft mit über 20 000 Teilnehmern statt. Nach dem Auftreten Robert Siewerts und anderer Funktionäre der KPD sowie linker Führer der VSPD und Gewerkschaften wurde eine Entschließung angenommen, in der die Einleitung sofortiger Aktionen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften für den Sturz der Cuno-Regierung und die Erfassung der Goldwerte sowie Maßnahmen der sächsischen Regierung zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse gefordert wurden.[48]

Eine höhere Phase des Streiks wurde durch die Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiterorganisationen des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers erzielt, die am 3. August in Hohenstein-Ernstthal stattfand. Sie beschloß einstimmig die Fortsetzung des Streiks und forderte vom Bergbaulichen Verein, eine Wirtschaftsbeihilfe von 5 Millionen Mark auszuzahlen. Die Konferenz wählte entgegen dem Willen der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes und ihrer Anhänger eine Zentralstreikleitung, die sich aus kommunistischen und sozialdemokratischen Betriebsräten zusammensetzte, rief die Bergarbeiter im Bornaer, Senftenberger und Waldenburger Revier auf, sich dem Streik anzuschließen, und appellierte an die sächsische Regierung, zugunsten der Arbeiter einzugreifen.[49]

Über das Echo, das die Ergebnisse der Konferenz bei den Bergarbeitern auslösten, berichtete „Der Kämpfer": „Der Beschluß der Hohensteiner Funktionärskonferenz hat bei den Bergarbeitern eine unbeschreibliche Begeisterung aus-

48 Vgl. „Der Kämpfer", 6. August 1923; „Sächsisches Volksblatt", 4. August 1923.

49 Vgl. „Der Kämpfer", 4. August 1923; „Sächsisches Volksblatt", 4. August 1923; ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 246; BAAB, Sign. Arb/ Bd. 6, Bl. 295.

gelöst. Die Freude über die zusammengeschweißte Einheitsfront führte dazu, daß am Sonnabend 15 000 bis 20 000 Zwickauer Bergarbeiter mit Musik, großen roten Fahnen und mit Gesang revolutionärer Lieder nach Oelsnitz marschierten. Unterwegs schlossen sich alle Ortschaften an. Als die Demonstranten nach $3^1/_2$stündigem Marsche auf dem Roßplatz in Oelsnitz ankamen, war das Heer der Kämpfer auf über 30 000 angewachsen. Der Empfang in Oelsnitz war überall herzlich. Vor jedem Hause wurden den Bergarbeitern erfrischende Getränke dargeboten. Genosse Zettel, Aue, hielt eine kräftige Ansprache. Die Oelsnitzer Bergarbeiter versprachen, am Montag nach Zwickau zu kommen. In allen Orten wurden die Arbeiterbataillone mit Hochrufen auf die proletarische Solidarität und die Kommunistische Partei empfangen."[50] Die auf dieser gewaltigen Kundgebung am 4. August angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Die am 4. August auf dem großen Roßplatze in Oelsnitz demonstrierenden etwa 30 000 streikenden Bergarbeiter des Oelsnitz-Lugau-Zwickauer Reviers begrüßen es, daß es durch den Druck der ausgebeuteten Bergproleten endlich gelungen ist, die Bergarbeiter im Kampfe zusammenzuschweißen. Die Versammelten, die auf dem Standpunkte stehen, daß die jetzigen Löhne in keiner Weise den Verhältnissen angepaßt sind, und selbige voll und ganz nach dem Friedensreallohn berechnet werden müssen, erklären ihr Einverständnis mit den am 3. August in Hohenstein-Ernstthal gefaßten Beschlüssen und erkennen die paritätisch zusammengesetzte Zentralstreikleitung mit dem Sitz in Zwickau an. Sie geloben, einmütig und geschlossen auszuharren bis zum siegreichen Ende."[51]

In Verbindung mit anderen Kampfformen, wie Massenkundgebungen, Demonstrationen, Besetzung des Verwaltungsgebäudes des Bergbaulichen Vereins,[52] Aktionen der Kontrollausschüsse[53] und proletarischen Hundertschaften, die

50 „Der Kämpfer", 6. August 1923.

51 Ebenda.

52 Vgl. SLHAD, MdI, Nr. 11108, Bl. 184; „Der Kämpfer", 8. August 1923.

53 Vgl. SLHAD, MdI, Nr. 11111, Bl. 2.

beispielsweise in Thalheim am 5. August 1200 Teilnehmer eines Bezirkstreffens der Militär- und Kriegervereine auseinanderjagten,[54] durch die Entsendung von Bergarbeiterdelegationen in die Parlamente und Ministerien, die Einbeziehung der Erwerbslosen in die Front der Streikenden,[55] und auf Grund der Anwendung neuer Methoden der Streikführung wurde der Streik der Bergarbeiter des Oelsnitz-Lugau-Zwickauer Reviers weit über den regionalen Bereich hinaus zum „Hauptmittel der Aufrüttelung der Massen".[56]

Während Konzernherren, Militaristen und bürgerlicher Staat nach Wegen zur Liquidierung des Massenkampfes suchten, die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes den Streikenden die weitere Auszahlung der Streikunterstützung ab 4. August verweigerte[57] und das Kabinett Zeigner-Liebmann-Graupe sich wiederum nicht konsequent auf die Seite der Arbeiter stellte, sondern weiter lavierte, festigte sich auf Grund der Politik der KPD und der Haltung linkssozialdemokratischer Kräfte die Streikfront noch mehr. Am 6. August streikten über 29 500 Bergarbeiter.[58]

Der Bergarbeiterkampf begann immer ausgeprägter den Charakter eines Massenstreiks anzunehmen, in dem ökonomische und politische Forderungen verschmolzen. Immer wieder verlangten die Kämpfenden das Eingreifen der sächsischen Landesregierung gegen den Bergbaulichen Verein, sowie eine konsequente Arbeiterpolitik von seiten des linkssozialdemokratischen Kabinetts. Die politischen Forderungen der Arbeiter gipfelten in dem Ruf nach Rücktritt der Regierung Cuno, Auflösung des Reichstages, Verhinderung der großen Koalition, Bildung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung, Bündnis mit der Sowjetunion, Abbruch des imperialistischen Ruhrkampfes, Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften, Entwaffnung der faschistisch-militaristi-

54 Vgl. „Oelsnitzer Volksbote", 8. August 1923; „Stollberger Anzeiger und Tageblatt", 6. August 1923.

55 Vgl. SLHAD, MdI, Nr. 11112, Bl. 146.

56 W. I. Lenin, „Ein Vortrag über die Revolution von 1905", in: W. I. Lenin, „Werke", Bd. 23, Berlin 1964, S. 247.

57 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 6. August 1923.

58 Vgl. ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 234 ff.

schen Organisationen, Erfassung der Sachwerte und Produktionskontrolle.[59]

Eine erneute Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre aller Bergarbeiterorganisationen am 7. August in Hohenstein-Ernstthal stimmte schließlich sogar einer Entschließung zu, in der festgestellt wurde, „daß die kapitalistische Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, die Arbeiterschaft zu ernähren. Deshalb verlangt die gemeinsame Betriebsräte- und Funktionärskonferenz des Zwickau-Oelsnitzer Bergreviers von allen proletarischen Klassenkampforganisationen die sofortige Einleitung der Kampfmaßnahmen, die notwendig sind, um die Sozialisierung der Bergwerke und der übrigen Industrie durchzuführen."[60] Die Konferenz lehnte ein unter Mitwirkung der sächsischen Regierung am 6. August ausgehandeltes und als letztes Zugeständnis deklariertes Angebot des Bergbaulichen Vereins ab, das bei Wiederaufnahme der Arbeit eine Wirtschaftsbeihilfe von 1,4 Millionen Mark vorsah, und ermächtigte die Zentralstreikleitung, den Streik weiterzuführen.[61] Über 10 000 Bergarbeiter des Oelsnitzer Reviers marschierten noch am gleichen Tage nach Zwickau und vereinten sich dort mit den Bergarbeitern des Zwickauer Reviers zu einer Massenkundgebung, die die Konferenzbeschlüsse billigte und die Anerkennung der Zentralstreikleitung als Verhandlungspartner verlangte.[62]

Der Streik erreichte in dieser Zeit eine neue Qualität. Die aus der Defensive heraus entstandene Aktion der Bergarbeiter nahm im Verlaufe der Klassenauseinandersetzung offensiven Charakter an. Es war kennzeichnend für die Kraft, die die Arbeiterklasse im Streikgebiet in diesen Tagen entfaltete, und für die Furcht, die sie der Reaktion einflößte, daß es den Organisatoren eines sogenannten Bundesschießens des mittelerzgebirgischen Gauverbandes der Militär-

59 Vgl. „Der Kämpfer", 31. Juli 1923 und 6. August 1923; „Sächsisches Volksblatt", 7. August 1923 und 13. August 1923.

60 „Der Kämpfer", 8. August 1923.

61 Vgl. ebenda.

62 Ebenda, 8. August 1923 und 11. August 1923; „Sächsisches Volksblatt", 8. August 1923; BAAB, Sign. Arb/Bd. 6, Bl. 295; SLHAD, MdI, Nr. 11112, Bl. 132.

und Kriegervereine ratsam erschien, dieses in Stollberg geplante Militaristentreffen kurzfristig zu verschieben. „Aus besonderen Gründen auf unbestimmte Zeit“[63] lautete die Begründung für die Presse. Bezeichnenderweise zogen es auch die Grubenherren und die Vertreter des Vorstandes und der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes vor, ihre Besprechungen über die Abwürgung des Streiks in „Zufluchtsorten“[64] außerhalb des unmittelbaren Wirkungsbereiches der Kämpfenden durchzuführen.

Die teilweise und zeitweilige Besetzung der Schächte durch proletarische Hundertschaften[65], die Ausübung von Kontrollfunktionen auf den Schächten durch Betriebsräte[66] und die Tätigkeit der Kontrollausschüsse bei der Erfassung der Lebensmittel zur Versorgung der Bevölkerung,[67] vor allem aber die Anwendung von Zwangsmaßnahmen gegen reaktionäre Elemente durchbrachen bereits die Fesseln der bürgerlichen

63 „Stollberger Anzeiger und Tageblatt“, 10. August 1923.

64 Vgl. DZA, RAM, Nr. 152, Bd. 1, Bl. 85; BAKL, Nr. I/437, Bericht über die Streiklage ab 2. August.

65 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13214, Bd. 1, Bl. 2.

66 Aufschlußreich ist in dieser Hinsicht der folgende Bericht eines Vertreters der Konzernleitung des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins: „Als ich am gestrigen Tage, dem 26. d. s. Mts. früh gegen ½9 Uhr durch das Glückaufschachter Pförtnerhaus ging, bemerkte ich in der Pförtnerstube zwei fremde Arbeiter. Auf meine Frage, was sie hier suchten, erwiderten sie, sie seien Streikposten und vom Betriebsrat Trommer beauftragt, nicht nur innerhalb des Hauses, sondern auch im Werkbereich zu kontrollieren. Ich verbot ihnen das letztere ... Am 27. früh gegen 7 Uhr erschienen mehrere 100 Belegschaftsmitglieder vom Glückauf- und Vereinsglücksschacht vor dem Verwaltungsgebäude und forderten von mir Rechenschaft über mein Verhalten ... Er [gemeint ist der Betriebsrat als Sprecher der Arbeiter, H.-J. K.] verlangte von mir eine Erklärung, daß ich mich künftig jeder Einmischung in den Schutz des Werkes durch die Hundertschaften enthalte und daß ich auch die Beamten dementsprechend unterrichte. Diese Erklärung habe ich unter dem Druck des Verhältnisses abgegeben.“ (DZA, RdI, 13214, Bd. 1, Bl. 2).

67 Vgl. SLHAD. MdI, Nr. 11111, Bl. 2.

Gesetzlichkeit. Sie widerspiegeln den revolutionären Geist, der die Aktionen der Bergarbeiter durchdrang und den Charakter des Streiks mit prägte.

Der Massenstreik lähmte teilweise die lokalen Staatsorgane. Aus Furcht vor revolutionären Eingriffen in die bürgerlichen Eigentumsrechte gestand die Kreishauptmannschaft Zwickau der Zentralstreikleitung sogar offiziell die Durchführung von Sammelaktionen zu.[68] Die von den Grubenherren angeforderte und auf einigen Schächten eingesetzte Polizei mußte auf Grund der Forderungen der Arbeiter wieder abgezogen werden.[69] Am 8. August sah sich der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung bei einer Analyse der Lage zu der Feststellung veranlaßt: „Wenn man die sämtlichen Eingaben, die in den letzten Tagen aus Sachsen und über sächsische Zustände hierher gelangt sind, vorliegen hat, kann man sich des Eindruckes kaum noch erwehren, daß jedenfalls im Zwickau- und Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier und im erzgebirgischen Industriegebiet die Staatsgewalt sich als völlig machtlos erwiesen hat."[70]

Am 9. und 10. August erlebte die Massenbewegung einen weiteren Höhepunkt. Die Zahl der Streikenden erreichte ihren höchsten Stand. Über 29 600 Bergarbeiter standen im Kampf. Nachdem es, angespornt durch das Beispiel der Bergarbeiter, bereits zu Ausständen in der Zwickauer und Chemnitzer Metall- und Automobilindustrie gekommen war,[71] wurde die Kampffront noch breiter. Am 9. August griff die Vollversammlung der Betriebsräte von Hohenstein-Ernstthal die von den streikenden Bergarbeitern erhobene Forderung nach einer Wirtschaftsbeihilfe von 5 Millionen auf.[72] Eine Massenkundgebung der Hohenstein-Ernstthaler Arbeiterschaft machte sich die Losung der KPD zu eigen, den Reichs-

68 Vgl. Sächsisches Landesarchiv Glauchau (weiterhin geführt als SLAG), Amtshauptmannschaft Glauchau (weiterhin geführt als AHG), Nr. B 480, Bl. 13.

69 Vgl. SLHAD, MdI, M: 11119, Bl. 150/151.

70 DZA, RdI, Nr. 13214, Bd. 1, Bl. 50/51.

71 Vgl. SLHAD, MdI, Nr. 11108, Bl. 175; „Der Kämpfer", 7. August 1923.

72 Vgl. SLHAD, MdI, Nr. 11110, Bl. 55.

tag aufzulösen und eine Arbeiterregierung zu bilden.[73] In Chemnitz beteiligten sich über 150 000 Werktätige dieser bedeutenden sächsischen Industriestadt und ihrer Umgebung, darunter eine Delegation von etwa 1000 Bergarbeitern, an einer von den Arbeiterparteien und Gewerkschaften gemeinsam organisierten Kundgebung. In einer Resolution wurden der Rücktritt der Cuno-Regierung, die Auflösung des Reichstages, die Durchführung der Sachwerterfassung und Produktionskontrolle verlangt.[74]

In Lichtenstein kam es gleichfalls zu einer Massenkundgebung, an der über 4000 Arbeiter beteiligt waren. Nach einer Ansprache des kommunistischen Bergarbeiterführers Richard Fraß und eines sozialdemokratischen Genossen wurde eine Entschließung angenommen, die den Rücktritt Cunos forderte.[75] Ebenfalls am 9. August tagte die Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre aller Bergarbeiterorganisationen des Bornaer Braunkohlenreviers, an der auch eine Delegation der Zentralstreikleitung der Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers teilnahm.[76]

Die Konferenz erhob die gleichen Forderungen wie die Zentralstreikleitung in Zwickau und stellte entsprechend dem Antrag der Kommunisten diesen die Losung voran: Sturz der Cuno-Regierung und Bildung einer Arbeiterregierung. Sie rief zum Solidaritätsstreik für die Klassenbrüder im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier auf.[77] Am 10. August legten daraufhin über 10 000 Bergarbeiter des Bornaer Reviers die Arbeit nieder.[78]

Am selben Tag trafen die 10 000 Metallarbeiter Zwickaus die letzten Streikvorbereitungen. In drei Massenversammlungen der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fand eine von den Kommunisten eingebrachte Entschließung einstimmige Annahme, in der der Rücktritt der

73 Vgl. ebenda.

74 Vgl. „Der Kämpfer", 10. August 1923 und 15. August 1923.

75 Vgl. ebenda, 16. August 1923.

76 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13216, Bl. 247/248; „Der Kämpfer", 11. August 1923.

77 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13216, Bl. 247/248.

78 Vgl. ebenda, Bl. 248 ff.

Cuno-Regierung und die Bildung einer Arbeiterregierung verlangt wurden.[79]

Die kämpfende Arbeiterklasse erwarb sich auch unter den kleinbürgerlichen Schichten Sympathien, zumal auf diesen Kreisen die Folgen der Inflationspolitik der Monopolherren und Großagrarier sowie ihrer Regierung ebenfalls schwer lasteten. Es erwies sich, daß die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse ihre Anziehungskraft auf andere Teile des werktätigen Volkes nicht verfehlte. Von der Anteilnahme der Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden am Kampf der Bergarbeiter zeugen, daß die in Hoheneck veranstaltete „Sammlung bei den ... Landwirten und Gewerbetreibenden"[80] eine ansehnliche Geldsumme ergab und allein in Mitteldorf den Streikenden 70 Zentner Kartoffeln, 11 Zentner Roggen, 1,5 Zentner Mehl und 2 615 000 Mark zur Verfügung gestellt wurden.[81]

In dieser stürmischen Massenbewegung bewahrheitete sich wiederum die Allgemeingültigkeit Leninscher Erkenntnisse über die Bedeutung des ökonomischen und politischen Streiks für den Klassenkampf des Proletariats und für das ganze Volk. Lenin schrieb seinerzeit: „Indem die Arbeiterklasse für eine Verbesserung der Lebensbedingungen kämpft, wächst sie zugleich sowohl moralisch als auch geistig und politisch, wird sie fähiger, ihre großen Freiheitsziele zu verwirklichen."[82] „Politischer und wirtschaftlicher Streik unterstützen sich ... gegenseitig und sind jeder ein Kraftquell für den anderen. Ohne die enge Verbindung dieser Streikformen ist eine wirklich breite Massenbewegung, die Bedeutung für das *ganze Volk* erhielte, unmöglich ... Die Arbeiterklasse tritt beim politischen Streik als die führende Klasse des ganzen Volkes auf. Das Proletariat spielt in solchen Fällen die Rolle nicht einfach einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, sondern die Rolle des Hegemons, d. h. des Leiters, des Vorkämpfers, des Führers. Die politischen Ideen, die in der

79 Vgl. „Der Kämpfer", 13. August 1923.

80 „Stollberger Anzeiger und Tageblatt", 15. August 1923.

81 Vgl. ebenda, 13. August 1923.

82 W. I. Lenin, „Wirtschaftlicher und politischer Streik", a. a. O., S. 72/73.

Bewegung zutage treten, tragen gesamtnationalen Charakter."[83]

Am 10. und 11. August 1923 trat der Bergarbeiterstreik im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in seine letzte Phase. Die Massen erkämpften die Anerkennung der Zentralstreikleitung. Der Bergbauliche Verein sah sich gezwungen, am 10. August mit ihren Vertretern und im Beisein von Beauftragten der sächsischen Regierung und der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes zu verhandeln, nachdem ein weiterer Versuch, die Reichsregierung und den Reichspräsidenten zum Reichswehreinsatz zu veranlassen, ohne Erfolg geblieben war,[84] weil es den entscheidenden Teilen des Monopolkapitals vorerst geboten schien, eine andere, beweglichere Taktik einzuschlagen, um den Ansturm der Volksmassen abzuwehren. Um der Gefahr größerer revolutionärer Aktionen zu begegnen, gaben die Grubenherren ihre bisherige starre Haltung auf. Die Kraft der einig handelnden Arbeiterklasse trotzte ihnen die Erfüllung aller auf der Konferenz in Hohenstein-Ernstthal am 3. August erhobenen Bergarbeiterforderungen ab.[85] Daraufhin beschloß eine Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiterorganisationen des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers am 11. August in Zwickau nach Entgegennahme des Berichts der Zentralstreikleitung über die Verhandlungen mit dem Bergbaulichen Verein, den Streik zu beenden. Sie forderte die Bergarbeiter auf, noch am gleichen Tage wieder einzufahren.[86] Unter Berücksichtigung dessen, daß ein geschlossener Streikabbruch im Interesse der weiteren Entwicklung der Einheitsfront lag, und in Unkenntnis des Ergebnisses der Vollversammlung der Berliner Betriebsräte, die am gleichen Tag die Arbeiterklasse in ganz Deutschland zum dreitägigen politischen Generalstreik für den Sturz der Cuno-Regierung aufrief, hatten sich auch die

83 Ebenda.

84 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13216, Bl. 154/155.

85 Vgl. „Der Kämpfer", 13. August 1923; „Sächsisches Volksblatt", 11. August 1923; BAMH, Nr. 455, Niederschrift über die Verhandlungen am 10. August 1923 in Zwickau; ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 284.

86 Vgl. SLHAD, MdI, Nr. 11108, Bl. 175.

kommunistischen Mitglieder der Zentralstreikleitung für eine solche Entscheidung ausgesprochen.

3. *Reaktion fordert Reichsexekution*

Während der Klassenauseinandersetzung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier im Sommer 1923 verfolgten die Bergbaukonzerne eine Politik, die sich ihrem Wesen nach nicht von der Politik unterschied, die sie anläßlich der passiven Resistenz der Bergarbeiter eingeschlagen hatten. Hartnäckig und skrupellos waren sie bestrebt, den Herr-im-Haus-Standpunkt durchzusetzen. Der Bergbauliche Verein betrachtete es dabei „als oberste Richtschnur" seiner Taktik gegenüber den Streikenden, „an den durch den Tarifvertrag . . . gegebenen Formeln der Verhandlung" festzuhalten.[87] Mit anderen Worten, die Arbeitsgemeinschaftspolitik sollte sich erneut als ein Bollwerk gegen die Bergarbeiter bewähren. In diesem Zusammenhang wird auch verständlich, warum die Grubenherren sich während des Streiks nicht zuletzt davon leiten ließen, daß „jedwedes Zugeständnis eine bedenkliche Schwächung"[88] des Einflusses der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes bedeute und auch deshalb bis zum „Äußersten" jede Verhandlung mit der Zentralstreikleitung abgelehnt wurde.

Unter Berücksichtigung der Kampfkraft der Arbeiterklasse in diesen Tagen und der Tatsache, daß es nicht gelang, die öffentliche Meinung gegen die Bergarbeiter aufzuputschen, sondern daß im Gegenteil nach dem eigenen Eingeständnis der Geschäftsführung des Bergbaulichen Vereins die „Öffentlichkeit . . . fast allgemein" gegen die Grubenherren Stellung nahm,[89] suchten die Konzerne im Unterschied zur Lage im Juni 1923 nicht mehr ihr Heil in einer Aussperrung. Von Anfang an nahm der Bergbauliche Verein Kurs auf die gewaltsame Niederschlagung des Streiks. Er ließ nichts unversucht, um im engen Einvernehmen mit dem Verband Sächsi-

87 DZA, RdI, Nr. 13214, Bd. 1, Bl. 163/164.

88 Ebenda.

89 „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht 1923", a. a. O., S. 18.

scher Industrieller die Staatsorgane in Sachsen, besonders aber die Reichsregierung, zum rücksichtslosen Eingreifen zu veranlassen.

Das Vorgehen der Massen, vor allem die von ihnen angewandten neuen Kampfmethoden gegen die Unternehmer während der Streikkämpfe im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, besonders im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier und im Gebiet von Aue-Schwarzenberg, nahmen die reaktionären Kräfte, allen voran der Bergbauliche Verein, zum Anlaß, um den Pressefeldzug gegen das Kabinett Zeigner-Liebmann-Graupe zu verstärken und noch entschiedener die Reichsexekution gegen Sachsen zu fordern.

Einen Einblick in das Zusammenspiel von Konzernherren, Reichsregierung, Militaristen und bürgerlichem Staat in dieser Richtung vermitteln die folgenden, chronologisch angeführten Fakten:

29. Juli Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung, Dr. Stutz, übermittelt dem Reichsarbeitsminister ein Telegramm des Bergbaulichen Vereins, in dem die Lage im Zwikkau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier als „bedrohlich" bezeichnet wird.[90] Der Reichsinnenminister fordert die sächsische Regierung telegrafisch auf, für die „Herstellung verfassungsmäßiger Zustände zu sorgen".[91] Die Landtagsabgeordneten der DVP, Dr. Schneider und Dr. Kaiser, richten nach vorheriger Absprache mit dem Verband Sächsischer Industrieller eine Anfrage an die sächsische Regierung, in der der Einsatz von Polizei gegen die kämpfenden Arbeiter verlangt wird.[92]

2. August Der Generaldirektor des Konzerns Gottes Segen fordert in einer Unterredung mit dem Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Oberst Kuenzer, die Reichsregierung zur Intervention auf.[93] Dr. Stutz schlägt in einem Schreiben an Oberst Kuenzer vor, im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier „zu den äußersten Maßnahmen

90 Vgl. DZA, RAM, Nr. 152, Bd. 1, Bl. 85.

91 DZA, RdI, Nr. 13214, Bl. 38.

92 Vgl. „Sächsische Industrie", 4. August 1923.

93 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13214, Bl. 60. — Siehe auch DZA, RK, Nr. 234, Bl. 54.

zu greifen".[94] Die Cuno-Regierung bekräftigt in einer auch der Presse zugänglich gemachten Note an die sächsische Regierung ihren Standpunkt gegenüber der Lage in Sachsen, wie sie ihn in der provokatorischen Erklärung vom 18. Juli 1923 bezogen hatte.[95]

3. August Der Bergbauliche Verein fordert in einem Schreiben an Oberst Kuenzer, die bewaffneten Staatsorgane gegen die Bergarbeiter einzusetzen.[96]

6. August Major von Schleicher kündigt als Vertreter der Reichswehrführung den Erlaß eines Befehls an die Reichswehreinheiten in Sachsen an, „nur noch zu mehreren und mit geladener Schußwaffe auszugehen".[97]

7. August Der Bergbauliche Verein teilt Oberst Kuenzer telegrafisch die Ablehnung der Forderungen der Zentralstreikleitung mit und signalisiert die Gefahr „ernster Unruhen".[98] Der Verband Sächsischer Industrieller richtet an die Reichsregierung unter Bezugnahme auf die Lage im Bezirk Erzgebirge-Vogtland „die dringende Bitte, nunmehr von seiten des Reiches die erforderlichen Schritte zu ergreifen", um die Massenbewegung niederzuschlagen.[99]

8. August Vertreter des Bergbaulichen Vereins fordern in einer Unterredung mit dem sächsischen Innenminister Hermann Liebmann das Verbot von Demonstrationen.[100] Das Reichsinnenministerium verlangt unter Berufung auf den Bericht des Bergbaulichen Vereins über die Lage im Zwikkau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in einem Telegramm an die sächsische Regierung, die „Polizei zu energischem Vorgehen" anzuweisen.[101] Unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Bezirk Erzgebirge-Vogtland werden im Reichskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung weitere Schritte gegen die sächsische Regierung er-

94 DZA, RdI, Nr. 13215, Bd. 2, Bl. 309.
95 Vgl. SLHAD, MfA, Nr. 1487, Bl. 1 – 3.
96 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13217, Bd. 4, Bl. 130.
97 DZA, RK, Nr. 234, Bl. 53.
98 DZA, RdI, Nr. 13216, Bd. 3, Bl. 73.
99 Vgl. DZA, RK, Nr. 234, Bl. 55 – 57.
100 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13216, Bl. 155.
101 SLHAD, MdI, Nr. 11112, Bl. 154.

wogen und „das Eingreifen des Reichs (Artikel 48 der Reichsverfassung)“ in Betracht gezogen.[102]

9. August Der Bergbauliche Verein sucht in einem vertraulichen Schreiben an den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert und die Cuno-Regierung die Notwendigkeit der Gewährung von „wirksamem militärischem Schutz“ zu begründen und fordert, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ den Massenkampf im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier niederzuschlagen.[103]

10. August Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Barth verlangt im Auftrage des Bergbaulichen Vereins in einem Schreiben an die Reichsregierung „die sofortige Hilfeleistung des Reichs zwecks Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände“ im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier.[104]

Welche Vorstellung die Reaktion in Sachsen mit ihrem Ruf nach Polizei und Reichswehr verband, geht besonders deutlich aus einer Denkschrift des Verbandes Sächsischer Industrieller hervor, in der es unverblümt heißt: „Es dürfte ... doch wohl bekannt sein, daß zweckmäßig erregte Volksmassen möglichst bald, ehe sie sich ihrer Stärke bewußt werden, durch bewaffnete Truppen auseinandergetrieben werden, da nur so Unruhen im Keime erstickt werden können, und daß gerade der spätere Einsatz erfahrungsmäßig mit größerem Blutvergießen verbunden sein muß.“[105]

Die Geschichte des deutschen Imperialismus und Militarismus ist reich an Gewalttaten gegen das eigene Volk. Es sei hier nur an die blutigen Unterdrückungsfeldzüge im Frühjahr 1919, im März/April 1920 und im März 1921 erinnert, in denen die Söldnertruppen der monopolkapitalistischen Machthaber Deutschlands Tausende Arbeiter ermordeten. Aus Furcht vor der weiteren Entwicklung der Massenkämpfe waren 1923 die Einpeitscher eines extrem reaktionären Kur-

102 DZA, RdI, Nr. 13214, Bd. 1, Bl. 51.

103 Ebenda, Nr. 13216, Bl. 155.

104 Ebenda, Nr. 13217, Bd. 4, Bl. 167.

105 „Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller“, Heft 3, Dresden 1924, S. 45.

ses willens, mit Waffengewalt vorzugehen und vor nichts zurückzuschrecken. Bereits im März 1923, anläßlich der Debatte im sächsischen Landtag um die Regierungserklärung Dr. Erich Zeigners, angesichts der Bildung der linkssozialdemokratischen Landesregierung mit Unterstützung der KPD, hatte der Wortführer der Deutschnationalen erklärt: „Wenn es wieder einmal hart auf hart geht, wenn es den Kommunisten gelingt, was sie zweifellos wollen, noch einmal Massen zum Sturm auf den Staat und unsere Verfassung aufzureizen, dann werden sicherlich nicht Arbeiterorganisationen die Republik sichern, da wird man zurückkommen auf die jetzt ohne Grund verunglimpfte Reichswehr, da werden die alten Soldaten und Offiziere helfen müssen, sonst geht die ganze Republik zum Teufel (Zuruf bei den Kommunisten: Die alten Soldaten und Offiziere sorgen schon dafür, daß die Republik zum Teufel geht)."[106] Das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten in Sachsen, die Herausbildung der Einheitsfront gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus, die Aktionseinheit gegen die Verelendungspolitik der Monopole und die Cuno-Regierung ließen es den Scharfmachern ratsam erscheinen, auf die „alten Soldaten und Offiziere" zurückzukommen. Sie waren bereit, unter den Arbeitern ein Blutbad anzurichten. Im Lichte dieser Tatsachen wird einmal mehr der volksfeindliche Charakter der Forderung der Reaktion nach der Reichsexekution mit Hilfe der Reichswehr sichtbar. Darüber allerdings schweigt sich der Verfasser der 1964 in Westdeutschland vorgelegten Dissertation „Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung" aus. Die im Geiste des Antikommunismus gehaltene Abhandlung verherrlicht vielmehr die Reichsexekution als „notwendige Maßnahme zur Eindämmung staatsgefährdender Bestrebungen".[107] Der Autor verteidigt die Vorbereitung und Durchführung dieses Staatsstreiches, die

106 „Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1923", a. a. O., S. 735.

107 Klaus Hohlfeld, „Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung", Phil. Diss., Erlangen-Tübingen 1964, S. 131.

Errichtung der Militärdiktatur, den Bruch der Weimarer Verfassung im Interesse der Niederschlagung der Arbeiterbewegung und der Aufrechterhaltung der Machtpositionen der deutschen Imperialisten und Militaristen.

4. Arbeitsgemeinschaftspolitik im Widerspruch zu den Interessen der Streikenden

Die Bezirksleiter und die deren Linie vertretenden Funktionäre des Bergarbeiterverbandes wurden durch den Massenstreik im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in eine Situation gebracht, wie sie bereits von Rosa Luxemburg in ihrer anläßlich der Massenstreikdebatte in der deutschen Sozialdemokratie erschienenen berühmten Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" prophezeit worden war. Damals schrieb Rosa Luxemburg: „Wird es in Deutschland aus irgendeinem Anlaß und in irgendeinem Zeitpunkt zu großen politischen Kämpfen, zu Massenstreiks kommen, so wird das zugleich eine Ära gewaltiger gewerkschaftlicher Kämpfe in Deutschland eröffnen, wobei die Ereignisse nicht im mindesten danach fragen werden, ob die Gewerkschaftsführer zu der Bewegung ihren Segen gegeben haben oder nicht. Stehen sie auf der Seite oder suchen sich gar der Bewegung zu widersetzen, so wird der Erfolg dieses Verhaltens nur der sein, daß die Gewerkschaftsführer von der Welle der Ereignisse einfach auf die Seite geschoben und die ökonomischen wie die politischen Kämpfe der Massen ohne sie ausgekämpft werden."[108] Im Sommer 1923 schlugen in der Tat die Versuche fehl, sich erfolgreich der Bewegung zu widersetzen.

Vergeblich beriefen sich Friedrich Langhorst, Max Uhlmann und andere rechte Verbandsführer auf die vom Bundesvorstand des ADGB beschlossenen „Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben". Gemäß diesen „Regeln" durften die Gewerkschaftsmitglieder ohne Zustimmung der Instanzen keine Forderungen bei den Unternehmern einreichen. Die Durch-

108 Rosa Luxemburg, „Ausgewählte Reden und Schriften", Bd. 1, Berlin 1955, S. 235/236.

führung entsprechender Verhandlungen war allein den „zuständigen Verbandsvertretern" überlassen, vor der Arbeitsniederlegung mußten alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein, und vor Eintritt in den Streik sollte „in jedem Falle" eine Urabstimmung vorgenommen werden. Bei Lohnbewegungen in sogenannten „gemeinnötigen Betrieben", zu denen auch der Kohlenbergbau gerechnet wurde, war sogar erst der Bundesvorstand zu benachrichtigen und diesem, „zwecks gütlicher Beilegung", Zeit zum Eingreifen in die Verhandlungen einzuräumen. Ausdrücklich bestimmten die „Regeln": „Bei Streiks, die nicht nach diesen Richtlinien eingeleitet und nicht von dem Verbandsvorstand genehmigt sind, wird die Unterstützung aus Verbandsmitteln versagt." Dort, wo „ein nicht ordnungsmäßig beschlossener und nicht genehmigter Streik" ausbrach, wurde die Gewerkschaft verpflichtet, „auf eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken".[109]

Die Bergarbeiter hielten sich jedoch nicht an diese „Regeln" im Kampf mit dem Klassengegner, und auch in den Reihen der Verbandsfunktionäre wuchs die Erkenntnis, daß die bisherige Politik der Verbandsführung in eine Sackgasse führte. Das wurde bereits auf der Funktionärskonferenz des Verbandes am 29. Juli in Zwickau sichtbar, die über die Anerkennung oder Nichtanerkennung der „wilden", d. h. ohne Zustimmung der Instanzen eröffneten Streikaktion zu entscheiden hatte. Der Standpunkt des Bezirksleiters Friedrich Langhorst, daß die Forderung nach einer Wirtschaftsbeihilfe „vernunftswidrig" sei, und seine Mitteilung, der Vorstand des Verbandes habe die Finanzierung des Streiks abgelehnt, stieß auf Protest. „Es zeigte sich . . . in der Debatte", heißt es in einem Bericht der Behörden über den Konferenzverlauf, „daß die überwiegende Mehrheit nicht hinter dem Verbandsvorstand steht. Alle Redner bekämpften die Ausführungen Langhorsts und verwarfen die bisherige Taktik des Verbandes als falsch und schädlich für die Bergarbeiter."[110] Diese Auseinandersetzungen, die prinzipiellen Charakter trugen,

109 „Satzungen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", Berlin 1923, S. 39 ff.

110 IML, ZPA, Sign. St. 16/47, Bl. 46/47.

weil es hierbei um Grundfragen der Strategie und Taktik der Gewerkschaftsbewegung ging, zeigten, daß der Gewerkschaftsapparat dem Einfluß rechter Führer entglitt, nachdem ihnen bereits die Mitgliedermassen die Gefolgschaft verweigert hatten.

Nach dem Scheitern ihrer Manöver zur Abwürgung des Streiks und nach der Konstituierung der Zentralstreikleitung brachten die Bezirksleiter sowie der eigens zur Verstärkung ihrer Positionen herbeigeeilte Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Friedrich Husemann, in einer internen Beratung am 5. August 1923 mit den Vertretern des Bergbaulichen Vereins in Chemnitz unverhohlen zum Ausdruck, daß sie mit der Forderung nach Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 5 Millionen Mark „nichts zu tun hatten".[111] Noch am selben Tag wurde der Beschluß gefaßt, die den Gewerkschaftsmitgliedern gemäß Statut zustehende Streikunterstützung zu sperren. Den Bergarbeitern gegenüber wurde in einem Aufruf vom 6. August 1923 dieser schändliche Schritt damit begründet, daß „durch die Fortsetzung des Streiks . . . lediglich eine große Schädigung der Bergarbeiter und ihrer Familie"[112] eintrete. „Wer trotz unseres gutgemeinten Rates", so hieß es weiter, „für die Fortführung des Streiks eintritt oder im Streik verharrt, muß auch die Verantwortung dafür tragen."[113] Wenn bis zu diesem Zeitpunkt noch Streikunterstützung gezahlt wurde, so nur deshalb, weil, wie während der Beratungen in Chemnitz erklärt wurde, die dort anwesenden Gewerkschaftsangestellten hofften, dadurch „die Arbeiter nicht aus der Hand zu verlieren".[114] Dem Bergbaulichen Verein gegenüber verpflichteten sie sich schließlich sogar schriftlich, keine Forderungen mehr zu erheben.[115]

Mit großer Beharrlichkeit, die einer guten Sache wert gewesen wäre, wandten sich die Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, vor allem aber Friedrich Husemann, gegen die

111 DZA, RdI, Nr. 13214, Bd. 1, Bl. 163.

112 „Sächsisches Volksblatt", 6. August 1923.

113 Ebenda.

114 DZA, RAM, Nr. 152, Bd. 1, Bl. 85.

115 Vgl. BAMH, Nr. 455, Niederschrift der Sitzung mit den Regierungsvertretern am 6. August 1923 in Zwickau.

Aufnahme von Verhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der Zentralstreikleitung. Friedrich Husemann brachte sogar „Bedenken gewerkschaftlicher Natur" hinsichtlich der Zweckmäßigkeit von Zugeständnissen an die Kämpfenden vor,[116] weil er durch die Anerkennung der Zentralstreikleitung und die Erfüllung der Forderungen der Streikenden eine weitere Stärkung des Einflusses der revolutionären Kräfte befürchtete. Schließlich hielten es die Bezirksleiter des Verbandes für angebracht, die Verstärkung der Polizei im Streikgebiet zu fordern. Das geht aus einer Aktennotiz über die Verhandlungen hervor, die in Berlin mit ihnen geführt wurden. „Es wird noch", heißt es da, „verhandelt. Aber die Aussichten für eine Verständigung sind gut . . . Ob diese Vereinbarung in Zwickau befriedigen wird, ist eine andere Frage, da in Zwickau politische Ziele verfolgt werden. Es möchte Polizei nach Zwickau geschickt werden. Die Bergarbeiterführer hätten dem Ministerialrat Haak gegenüber Verstärkung der Polizei zum Schutze der Arbeiter verlangt. Anwesend bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium sind aus Sachsen von Arbeitgeberseite: Bergdirektor Jobst – Lugau – und von Arbeitnehmerseite: Langhorst und Uhlmann. Langhorst ist gestern abend nach Zwikkau zurückgereist, um den Versuch zu machen, die Lage in Zwickau in Ordnung zu bringen."[117] Die Politik dieser rechten Führer des Bergarbeiterverbandes stand im Widerspruch zu den Interessen der Kämpfenden.

5. *Zwiespältige Haltung der sächsischen Regierung*

Während die Reaktion den Bergarbeiterstreik als eine von den Kommunisten angezettelte anarchistische Aktion hinstellte, nahm die linkssozialdemokratische Regierung eine andere Haltung ein. In den von der Landesregierung abgefaßten und an die Reichsregierung gesandten Berichten über die Hintergründe und den Verlauf der Streikbewegung im Sommer 1923 in Sachsen, insbesondere über den Streik im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, wird ausdrücklich

116 DZA, RdI, Nr. 13240, Bd. 1, Bl. 164.
117 SLHAD, MdI, Nr. 11112, Bl. 145.

hervorgehoben, daß die soziale Notlage der Arbeiter eine wesentliche Triebkraft der Ausstände bildete.[118] Ministerpräsident Dr. Erich Zeigner enthüllte in aller Öffentlichkeit die Ursachen des Massenelends, indem er erklärte, daß „das Ruhrabenteuer ein gutes Geschäft für eine schmale Schicht der Besitzenden“[119] sei, während das Volk die Kosten bezahlen müsse und darunter leide.

Der sächsische Arbeitsminister Georg Graupe wandte sich am 30. Juli 1923 an das Reichsarbeitsministerium und hat dort, dem Bericht des „Sächsischen Volksblattes“ zufolge, die Reichsregierung „auf die Notlage und die schlechte Entlohnung der sächsischen Bergarbeiter aufmerksam gemacht und gewünscht, daß . . . den berechtigten Wünschen der sächsischen Bergarbeiter nach Möglichkeit Rechnung getragen wird“.[120] Schließlich trug die sächsische Regierung dem Verlangen der Arbeiter Rechnung und entsandte ihre Beauftragten in das Streikgebiet. Diese traten während der Verhandlungen am 6. August 1923 für Zugeständnisse an die Streikenden ein und befürworteten schließlich die Aufnahme von Verhandlungen mit der Zentralstreikleitung und die Erfüllung der Forderung der Bergarbeiter nach einer Wirtschaftsbeihilfe von 5 Millionen Mark[121]. Die Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe lehnte es ab, der Forderung des Bergbaulichen Vereins nachzukommen und das Demonstrationsrecht aufzuheben, nachdem sie bereits das Ansinnen der Reichsregierung zurückgewiesen hatte, den Antifaschistentag zu verbieten.[122] Dieses Verhalten der sächsischen Regierung, das zweifellos durch die Aktivität der Arbeiterklasse und die Politik der KPD beeinflußt wurde, entsprach den Interessen der Werktätigen. Es verdient hervorgehoben zu werden, zumal der Druck, den die herrschende Klasse, aber auch Rechtssozialisten auf das Kabinett ausübten, sehr stark war.

118 Vgl. DZA, RdI, Nr. 13217, Bd. 4, Bl. 199 ff.

119 „Sächsische Staatszeitung“, 9. August 1923.

120 „Sächsisches Volksblatt“, 6. August 1923.

121 Vgl. ebenda, 7. August 1923; DZA, RdI, Nr. 13214, Bd. 1, Bl. 163/164.

122 Vgl. „Sächsische Staatszeitung“, 28. Juli 1923.

Andererseits kann nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, daß das von linkssozialdemokratischen Führern beherrschte Kabinett in wichtigen Fragen des Klassenkampfes Positionen bezog, die dem Kampf der Bergarbeiter, wie überhaupt der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte, objektiv nicht zum Nutzen gereichten. Die Regierung in Dresden bekannte sich gegenüber der Reichsregierung als Gegner einer Ausbreitung und Steigerung der Streikaktionen und aller Bestrebungen, diese „auf das politische Gebiet überzuspielen".[123] Sie versicherte, daß der Charakter der „entgegen allen bisherigen gewerkschaftlichen Gewohnheiten" entbrannten Arbeiterkämpfe im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, vor allem aber im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, von ihr „aufs schärfste verurteilt" werde.[124] Am 1. August veröffentlichte schließlich die Sächsische Staatskanzlei unter der Überschrift „Die Regierung gegen Streikausschreitungen!" in der „Sächsischen Staatszeitung" eine Erklärung, die die Antwort auf die provokatorische Anfrage der Landtagsabgeordneten der DVP Dr. Kaiser und Dr. Schneider vom 28. Juli darstellte. Offensichtlich unter dem Druck der Reaktion wurde in ihr versprochen, ein „stärkeres Aufgebot von Schutzmannschaften" in das Streikgebiet zu entsenden. „Wenn es nötig sein sollte", hieß es weiter „wird die Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit Demonstrationen auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung verbieten."[125]

Anläßlich des Marsches der Bergarbeiter des Oelsnitzer Reviers am 2. August 1923 nach Zwickau ließ das sächsische Innenministerium aus dem ganzen Lande Polizeieinheiten im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier zusammenziehen. Die Schächte wurden teilweise durch Polizei besetzt.[126] „In Anbetracht der großen Ausdehnung der Streikbewegung und unter Berücksichtigung ihres durch die ungeheure Notlage bedingten ernstlichen Charakters", berichtete das Innenministerium in Dresden nach Berlin, „kam die sächsische

123 DZA, RdI, Nr. 13217, Bd. 4, Bl. 199.

124 Ebenda.

125 „Sächsische Staatszeitung", 1. August 1923.

126 Vgl. SLHAD, MdI, Nr. 11119, Bl. 150/151.

Regierung in große Schwierigkeiten, weil die ihr zur Verfügung stehenden Kräfte zu schwach waren, im ganzen Lande Ruhe und Ordnung gleichzeitig aufrechtzuerhalten." Das Innenministerium erklärte zugleich, alles getan zu haben, was „unter den gegebenen Verhältnissen möglich war", insbesondere seien „besonders starke Kräfte" im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier konzentriert worden, „weil es galt, die für die ganze Wirtschaft unentbehrliche Kohlenförderung vor schweren Erschütterungen zu bewahren".[127] Der Disziplin der Streikenden, die sich nicht von der Polizei provozieren ließen, war es in erster Linie zu verdanken, daß in diesen Tagen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier kein Arbeiterblut vergossen wurde.

Die sächsische Regierung ergriff keine einschneidenden Maßnahmen, um – gestützt auf die Kraft der Arbeiterklasse und ihre außerparlamentarischen Organe – die Lasten des Ruhrabenteuers auf die Schultern der Reichen abzuwälzen und die Lage der Werktätigen zu verbessern. Die von der KPD in dieser Richtung entwickelten zahlreichen Vorschläge wurden von ihr gar nicht oder ablehnend beantwortet. Sie traf keine Anstalten, den starken staatskapitalistischen Sektor im westsächsischen Steinkohlenbergbau im Interesse der Bergarbeiter auszunutzen. Es erwies sich, daß der staatskapitalistische Sektor nur unter den Bedingungen einer wirklich konsequenten demokratischen Regierungspolitik den Arbeitern Vorteile bietet. Eine solche wurde jedoch nicht eingeschlagen.

Das Kabinett verschloß sich lange Zeit dem Rufe der Bergarbeiter sowie der lokalen Leitungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die Bergbaukonzerne zum Nachgeben zu zwingen. Es vergingen dreizehn Tage, ehe die Regierung die Grubenherren veranlaßte, mit ihren Beauftragten zu verhandeln. Diese traten jedoch zunächst nicht für die volle Erfüllung der auf der Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiterorganisationen am 3. August in Hohenstein-Ernstthal erhobenen Forderungen ein. Sie setzten auch nicht beim Bergbaulichen Verein die Anerkennung der Zentralstreikleitung als legitimen Verhandlungspartner

127 DZA, RdI, Nr. 13217, Bd. 4, Bl. 200.

durch. Vielmehr unterbreiteten sie über den Kopf der Zentralstreikleitung hinweg einen Kompromißvorschlag, der lediglich vorsah, den Bergarbeitern eine Wirtschaftsbeihilfe von 1,4 Millionen Mark auszuzahlen.[128]

Erst am 10. August 1923, unter dem Eindruck der immer stärker anschwellenden Massenbewegung und der Forderungen aus den Reihen der VSPD, machte die Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe von ihrem Recht Gebrauch und zog zu den Verhandlungen mit den Grubenherren außer Vertretern der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes auch Mitglieder der Zentralstreikleitung hinzu.[129] Bezeichnenderweise begründete der Regierungsvertreter die auf diese Weise zustande gekommene Anerkennung der Zentralstreikleitung mit der „zwingenden Notwendigkeit, im Staatsinteresse die Bergarbeiter schleunigst von der Straße verschwinden zu lassen. Die Drohung der Einstellung der Notstandsarbeiten sei ernst zu nehmen. Die politische Gesamtlage äußerst gespannt. Formelle Bedenken müßten ebenfalls zurücktreten. Er habe Vertreter der Streikleitung deswegen mit herangezogen, da die Tatsache nicht weggeleugnet werden könne, daß die Gewerkschaften (d. h. rechte Gewerkschaftsführer, H.-J. K.) ihren Einfluß verloren hatten. Man müßte also, um etwas zu erreichen, mit den Leuten sprechen, die noch etwas ausrichten können. Das seien die Mitglieder der Streikleitung. Es steht zu befürchten, daß bei einem negativen Resultat auch dieser die Massen wegliefen. Die Stockung der Kohlenversorgung der Fabriken und Bäckereien werde die Lage so verschlimmern, daß der Einsatz von Polizeikräften erfolglos sein würde".[130]

Statt also die Erwartungen zu erfüllen, die die Arbeiter und andere Werktätige in das linkssozialdemokratische Kabinett setzten, statt konsequent die Verpflichtungen zu verwirklichen, die der Regierung aus den Vereinbarungen zwischen der Siebenerkommission und der KPD erwuchsen, statt sich auf die Kraft der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften,

128 Vgl. BAKL, Nr. I/437, Bericht über die Streiklage ab 6. August 1923.

129 Vgl. BAAB, Sign. Arb/Bd. 6, Bl. 314.

130 DZA, RdI, Nr. 13214, Bd. 1, Bl. 164.

der Einheitsfront der Arbeiterklasse zu stützen und an die Spitze der Massenbewegung zu treten, statt unter Ausnutzung der Regierungspositionen die Lebens- und Kampfbedingungen der Werktätigen auf revolutionärem Wege zu verändern, ließ sich die sächsische Regierung im Sommer 1923 vom „Staatsinteresse" leiten. Diese Haltung des linkssozialdemokratischen Kabinetts stand der Entfaltung einer noch mächtigeren Massenbewegung im Wege. Es erwies sich auch hier wieder, daß die Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe kein Ersatz für eine Arbeiterregierung sein konnte.

6. *KPD — organisierende und führende Kraft*

Kommunistische und sozialdemokratische Betriebsräte bilden Führungsorgane des Massenkampfes

Die organisierende und führende Kraft des Massenkampfes im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier war die KPD. Die kommunistischen Bergarbeiter, wie überhaupt die Mitglieder der Parteiorganisationen der KPD in den Unterbezirken Zwickau und Oelsnitz-Lugau, leisteten in diesen Wochen Hervorragendes, um den Kampf der Bergarbeiter und anderer Werktätiger zum Erfolg zu führen. An ihrer Seite standen sozialdemokratische Genossen, die ebenfalls aufopferungsvoll für die Arbeiterinteressen eintraten. Die Bezirksleitung der KPD mobilisierte die gesamte Bezirksparteiorganisation Erzgebirge-Vogtland. „Die Partei hat sich", informierte die Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland die Zentrale der KPD über die Rolle der Parteiorganisation, „mit aller Kraft in den Dienst der Bewegung gestellt."[131] Sie konzentrierte sich bewußt darauf, heißt es an anderer Stelle, „daß dieser Streik zur Förderung der Einheitsfrontbewegung ausgenutzt wurde".[132] Die Entwicklung des Klassenkampfes im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier wurde auch vom Landesvorstand Sachsen der KPD mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Ihr maß auch die Parteiführung große Bedeutung bei. Die Lage im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, insbesondere

131 IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 31.
132 Ebenda, Sign. 17/1/152, Bl. 19.

im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, stand auf der Sitzung der Zentrale der KPD am 4. August 1923 an erster Stelle der Tagesordnung.[133] Sie spielte erneut während der Beratungen des Zentralausschusses der KPD am 5. und 6. August 1923 eine Rolle und wurde weiter in der Sitzung des Politischen Büros der Zentrale der KPD am 10. August 1923 erörtert.[134]

Die KPD unternahm große Anstrengungen, um Elemente der Spontaneität zu überwinden. Durch „energisches Eingreifen", berichtete die Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland[135] an die Zentrale der KPD, erzielte die Partei einen hohen Grad der Organisiertheit des Massenstreiks. Das widerspiegelt sich auch in der wachsenden Geschlossenheit der Streikfront und der außerordentlichen Diszipliniertheit der Kämpfenden bei solch gewaltigen außerparlamentarischen Aktionen wie den Demonstrationszügen der Bergarbeiter von einem Revier in das andere. Von ihnen schrieb der Bergbauliche Verein voller Schrecken nach Berlin, daß sie durchgeführt wurden „in militärischer Ordnung . . ., begleitet von großen Radfahrerabteilungen, vielen Fahnen und mehreren Musikkapellen".[136]

Ihre führende Rolle verwirklichte die KPD vor allem mit Hilfe der revolutionären Betriebsrätebewegung. Kommunistische Betriebsratsmitglieder waren in den verschiedenen, ausschließlich aus Betriebsräten zusammengesetzten Führungsorganen des Streiks vertreten, angefangen von den Streikkomitees der einzelnen Schächte über die in den Orten und Revieren gebildeten Streikleitungen bis hinauf zur Zentralstreikleitung. Der Zentralstreikleitung gehörten der Leiter des Unterbezirks Oelsnitz-Lugau der KPD, Paul Reißmann, und ein weiteres Mitglied der Unterbezirksleitung, Rudolf Schiller, an.[137] Kommunistische und sozialdemokratische Betriebsräte arbeiteten brüderlich zusammen.

Da die Bergarbeiterbewegung organisatorisch stark zer-

133 Vgl. ebenda, Sign. 3/3, Bl. 59.
134 Vgl. ebenda, Sign. 2/14, Bl. 177 – 180.
135 Ebenda, Sign. 3/1/7, Bl. 103.
136 DZA, RdI, Nr. 13216, Bl. 154.
137 Vgl. „Der Kämpfer", 4. August 1923.

splittert war, kam den Betriebsrätevollversammlungen, auf denen Kommunisten, Sozialdemokraten, Anarchosyndikalisten, Christen und Parteilose vereint waren, besondere Bedeutung für die Verwirklichung der Einheitsfrontpolitik der KPD zu. Über den Verlauf einer Vollversammlung der Betriebsräte des Oelsnitzer Reviers berichtete „Der Kämpfer" folgendes: „Am 1. August, vormittags 8 Uhr, tagte eine neue Vollversammlung der Betriebsräte im Lokal ‚Zur Sonne' in Lugau. Die Betriebsräte sollten Stellung nehmen zur Situation. Fritsch vom Bergarbeiterverband gab den Bericht und erklärte, daß die Forderungen der Bergarbeiter, die von der Zwickauer Konferenz aufgestellt wurden, restlos bewilligt worden sind. Nach seiner Auffassung erübrigt sich jetzt, noch weiter zu streiken . . . Die Betriebsräte stellten an den Verbandsangestellten Fritsch die Frage, wo denn die Forderung auf Bezahlung der Streikschichten geblieben sei. Fritsch erklärte, daß diese Forderung vom Bergarbeiterverband nicht vertreten werden kann. Die Bergarbeiter hätten die Forderung viel zu spät aufgestellt. Die Betriebsräte verlangten, daß die Forderung auf Bezahlung der Streikschichten unbedingt hochgehalten werden müsse, weil die Bergarbeiter das schon zu Beginn des Streiks verlangt hatten. Weiter verlangten die Betriebsräte, eine gemeinsame Betriebsrätekonferenz von Lugau-Oelsnitz und Zwickau . . . abzuhalten und eine gemeinsame Streikleitung für beide Bezirke einzurichten. Diesem Willen der Betriebsräte mußten sich die Verbandsführer fügen. Die Union erklärte, daß die Gewerkschaften jetzt die Pflicht haben, sofort die Kameraden der Nachbarbezirke, wie den Plauenschen Grund, das Bornaer Revier und Waldenburg, in den Solidaritätsstreik treten zu lassen, damit den gerechten Forderungen der streikenden Bergarbeiter mehr Nachdruck verliehen wird. Die Kameraden nahmen diese Erklärung mit großem Beifall auf."[138]

Die Vollversammlungen der Betriebsräte in den beiden Revieren und die Konferenzen der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiter aus dem gesamten Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in Hohenstein-Ernstthal wurden von der

138 Ebenda, 3. August 1923.

KPD mit Erfolg genutzt, um die Einheitsfront zu festigen. Die Kommunisten verstanden es, die revolutionäre Betriebsrätebewegung zu einer entscheidenden Grundlage für das gemeinsame Vorgehen der oppositionellen Kräfte auszubauen. So gelang es auch, auf der Vollversammlung der Betriebsräte von Zwickau am 31. Juli den rechten Kräften bei der Erörterung des Bergarbeiterstreiks eine Niederlage zu bereiten. Dem Bericht des „Sächsischen Volksblattes" zufolge wurde der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes „der Vorwurf gemacht, daß sie die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit herausgegeben habe, ohne die Streikenden darüber abstimmen zu lassen, ob sie damit einverstanden seien". Gegenüber den Rechtfertigungsversuchen von Friedrich Langhorst erklärten auch sozialdemokratische Betriebsräte unmißverständlich, daß „es Pflicht der Bezirksleitung gewesen wäre", für die Geschlossenheit des Kampfes zu sorgen. „Man hätte sich", heißt es weiter, „mit der anderen Richtung (Union) über einheitliche Maßnahmen ... verständigen ... müssen ... Diese Auffassung", schreibt der Berichterstatter, „wurde von einem großen Teil der Versammlung geteilt."[139] Die von kommunistischen Betriebsräten eingebrachten Anträge wurden angenommen. „Die heutige Versammlung", so lautete der Text des einen, „spricht den streikenden Bergarbeitern ihre vollste Sympathie aus und unterstützt die Maßnahmen der Streikleitung bis zum vollen Erfolg."[140] In einer weiteren, dem Vorstand des ADGB und der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale in Berlin übersandten Entschließung wurde von diesen verlangt, daß „sie ihre gesamte Macht für den Streik der sächsischen Bergarbeiter einsetzen, um den Streik zu einem erfolgreichen Ende für die sächsische Bergarbeiterschaft zu führen".[141] Schließlich forderte ein dritter Beschluß, daß „die sächsische Regierung sofort mit der Streikleitung des Bergarbeiterstreiks in Zwickau-Oelsnitz und dem Bergbaulichen Verein die Verhandlungen aufnimmt. Die Versammlung erwartet von der sächsischen Regierung, daß sie bei eventuellem

139 „Sächsisches Volksblatt", 1. August 1923.

140 Ebenda.

141 Ebenda.

Widerstand der Unternehmer mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einschreitet".[142]

Welch einflußreichen Faktor die revolutionären Betriebsräte in dieser Zeit darstellten, wurde besonders sichtbar, nachdem die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes die Streikunterstützung gesperrt hatte und die Gefahr bestand, daß die Streikfront abbröckelte. Die Masse der Bergarbeiter folgte weiterhin den aus der Bewegung der revolutionären Betriebsräte hervorgegangenen Mitgliedern der Zentralstreikleitung und der Parole der KPD, die in ihrem Bezirksorgan die Arbeiter aufforderte, sie sollten nun ohne die rechten Verbandsführer „ihren gerechten Kampf fortführen".[143] Unterstützt von den Kontrollausschüssen, organisierten die revolutionären Betriebsräte die proletarische Selbsthilfe. In vielen Zwickauer Betrieben beschlossen die Belegschaften, einen Tageslohn an die Streikkasse der Bergarbeiter abzuführen.[144] Bei den Sammelaktionen wurden den streikenden Bergarbeitern teilweise beträchtliche Geldmittel, aber auch Lebensmittel zur Verfügung gestellt.[145]

Die Politik der KPD und die Aktivität linkssozialdemokratischer Kräfte bewirkten, daß im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier ein hervorragendes Beispiel für die Wirksamkeit der Betriebsräte als Organe des Klassenkampfes und der Einheitsfront geschaffen wurde. Mit Hilfe revolutionärer Betriebsräte war es der KPD schließlich möglich, die Zwickauer Metallarbeiter in den Streik zu führen und die Ausrufung des Solidaritätsstreiks im Bornaer Revier durchzusetzen. Es gelang ihr ferner, die revolutionären Betriebsräte auf die Verbindung zwischen den kämpfenden Bergarbeitern und den Arbeitslosen und Kurzarbeitern im Zwickau-Oels-

142 Ebenda.

143 „Der Kämpfer", 7. August 1923.

144 Vgl. ebenda, 4. August 1923.

145 So ergab die Sammlung des Oelsnitzer Kontrollausschusses 673 Pfund Mehl, 298 Pfund Getreide, 281 Pfund Kartoffeln, 46 Pfund Brot, 13 Pfund Fleisch, Speck und Wurst, 5 Pfund Reis und Geldspenden. Vgl. „Der Kämpfer", 24. August 1923, 31. August 1923 und 3. September 1923; „Stollberger Anzeiger und Tageblatt", 22. August 1923.

nitzer Steinkohlenrevier zu orientieren, von denen am 1. August allein in Zwickau 3707 bzw. 6323, darunter vor allem Metall- und Textilarbeiter, gezählt wurden.[146]

Arbeiterparteien und Gewerkschaften in außerparlamentarischer Aktion vereint

Hand in Hand mit der erfolgreichen Betriebsrätepolitik ging das Bemühen der KPD, die Gewerkschaften zu aktivieren. Das war angesichts der Arbeitsgemeinschaftspolitik rechter Führer keine leichte Aufgabe. Außerdem kehrten in dieser Zeit viele Arbeiter, abgestoßen durch die Haltung solcher Gewerkschaftsfunktionäre wie Friedrich Langhorst, den Gewerkschaften den Rücken. Allein ab 1. Juli 1923 verließen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier innerhalb weniger Wochen fast 2000 Bergarbeiter den Verband oder wurden von den Mitgliederlisten gestrichen.[147] Die KPD trat für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen ein und wies den Ausweg aus der durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik heraufbeschworenen Krise der Gewerkschaften, indem sie um eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik rang. Nur auf diese Weise war es möglich, den weiteren Rückgang der Mitgliederzahl, die organisatorische Schwächung der Gewerkschaften zu verhindern, die unorganisierten Arbeiter für den gewerkschaftlichen Kampf zu gewinnen und den verstärkt in Erscheinung tretenden unionistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Kommunistische und linkssozialdemokratische Gewerkschafter setzten durch, daß der Ortsausschuß des ADGB in Zwickau am 26. Juli gemeinsam mit den Vertretern der Leitungen der beiden Arbeiterparteien über die Lage nach Ausbruch des Bergarbeiterkampfes beriet.[148] Im Ergebnis der Beratungen wurde ein Telegramm an die sächsische Regierung gerichtet, das die Unterschriften von Ernst Grube, Richard Patzig und dem Vorsitzenden des Ortsausschusses Richard

146 Vgl. IML, ZPA, Sign. St. 16/47, Bl. 167.

147 Vgl. „Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Jahrbuch für 1923", a. a. O., S. VII.

148 Vgl. „Der Kämpfer", 27. Juli 1923.

Koch trug. Darin wurde die Situation als „äußerst ernst" bezeichnet und dazu aufgefordert, „sofort" mit dem Landesausschuß des ADGB und den Führungsgremien der KPD und VSPD in Sachsen eine „gemeinsame Sitzung herbeizuführen".[149] Im Gegensatz zur Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes solidarisierte sich die Mehrheit der Ortsausschußmitglieder mit den streikenden Bergarbeitern. Dem im Verband organisierten sozialdemokratischen Vorsitzenden der Zentralstreikleitung Wilhelm Fleischmann wurde mit Unterstützung der Kommunisten das Vertrauen ausgesprochen.[150]

Schließlich kam es zwischen den Leitungen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien in Zwickau zu Vereinbarungen über einen gemeinsamen Aufruf an die Werktätigen, am 2. August ihre Bereitschaft zu Kampfaktionen gegen die Cuno-Regierung zu demonstrieren.[151] Zur Vorbereitung dieser außerparlamentarischen Aktion wurde eine Kommission gebildet, die sich paritätisch aus je einem Vertreter der Gewerkschaften, der KPD und der VSPD zusammensetzte.[152] Sie formulierte auch den Text einer Entschließung, die in der Forderung gipfelte, der Cuno-Regierung „das Ruder aus der Hand" zu nehmen.[153]

So spielten unter dem Einfluß der klassenbewußten Kräfte Führungsorgane der Gewerkschaften im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier eine positive Rolle bei der Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Die Einheitsfrontpolitik der KPD trug auch auf gewerkschaftlichem Gebiet ihre Früchte.

Presseorgane und Parlamentsfraktionen der KPD im Dienste der Kämpfenden

Hervorragenden Anteil bei der Verwirklichung der Linie der KPD während des Massenkampfes im Zwickau-Oelsnit-

149 Ebenda.
150 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 10. August 1923.
151 Vgl. ebenda, 28. Juli 1923.
152 Ebenda, 3. August 1923.
153 „Der Kämpfer", 6. August 1923.

zer Steinkohlenrevier hatte die kommunistische Presse. Fast täglich berichtete das Bezirksorgan der Partei über den Stand des Streiks und trat als kollektiver Organisator, Agitator und Propagandist in Erscheinung. Wiederholt appellierte „Der Kämpfer" an die Arbeiterklasse in Sachsen, nach dem Vorbild der Bergarbeiter die Einheitsfront zu schmieden.[154] Auch das Zentralorgan der KPD stellte sich in den Dienst des Bergarbeiterstreiks. So rief „Die Rote Fahne" am 1. August dazu auf, den Kampf der Bergarbeiter in Sachsen zu unterstützen und die linkssozialdemokratische Regierung zur Parteinahme für die Streikenden zu veranlassen.[155]

Im Interesse der Bergarbeiter waren auch die kommunistischen Fraktionen in den verschiedenen parlamentarischen Körperschaften, in den Gemeindevertretungen, in den Stadtverordnetenversammlungen, im Landtag und an anderer Stelle, tätig.

Über einen solchen Schritt vermerkt das Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses der Zwickauer Stadtverordnetenversammlung am 6. August folgendes: „Zum Schluß verlas der Vorsitzende eine Eingabe der Kommunistischen Partei. In derselben wird gefordert, den streikenden Bergarbeitern täglich warme Mittag- und Abendkost zu verabreichen und weiter eine Wochenunterstützung von 1 000 000 Mark zu zahlen. Herr Stadtverordneter Grube führt hierzu erläuternd aus, daß die Not unter den Bergarbeitern groß sei. Schon vor Beginn des Streiks seien viele Arbeiter mit trockenem Brot zur Arbeitsstelle gegangen. Jetzt sei die Not infolge der derzeitigen Verhältnisse auf das höchste gestiegen. Diesen Kreisen zu helfen, sei dringend, und die Verbitterung sei unter ihnen groß, so daß Anlaß zu ernsten Befürchtungen bestehe. Er glaube, daß Mittel und Wege vorhanden seien, diesen Antrag durchzuführen."[156]

Drei Tage später richtete die kommunistische Landtagsfraktion an das Präsidium des Sächsischen Landtages die Aufforderung, sofort das Parlament einzuberufen. „Der Sächsische Landtag hat in dieser Periode die Pflicht", begründete

154 Vgl. ebenda, 27. Juli 1923 und 8. August 1923.

155 Vgl. „Die Rote Fahne", 1. August 1923.

156 SAZ, Nr. 1648, S. 29.

die KPD ihre Forderung, „sofort zusammenzutreten und durch einschneidende Maßnahmen die Verhältnisse zu ändern. Die Haltung der Regierung in den letzten Wochen und der sächsische Bergarbeiterstreik machen den Zusammentritt des Landtages zur zwingenden Notwendigkeit."[157] Es war nicht die Schuld der Kommunisten, wenn in beiden Fällen dem Vorgehen auf parlamentarischer Ebene kein Erfolg beschieden war.

KPD bezieht richtige Position zur Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe

Die KPD berücksichtigte in ihrer Agitation und Propaganda die Erwartungen, die die Arbeiter an die Rolle der sächsischen Regierung beim Ausbruch von Arbeiterkämpfen geknüpft hatten. Uneingeschränkt erklärte sich der Landesvorstand der KPD mit dem Vorschlag einverstanden, den die lokalen Leitungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Zwickau am 26. Juli unterbreitet hatten: eine gemeinsame Sitzung der Spitzenkörperschaften der KPD, der VSPD und der Gewerkschaften sowie der sächsischen Regierung zur Erörterung der Lage einzuberufen.[158] Die KPD richtete zugleich solche Forderungen an das linkssozialdemokratische Kabinett, die allen Arbeitern verständlich waren und deren Verwirklichung durchaus real war. Dazu gehörten auch die Forderungen nach Ausnutzung der Regierungspositionen und der Existenz eines starken staatskapitalistischen Sektors im Steinkohlenbergbau im Interesse der Arbeiterklasse. Auf die Bedeutung dieses Umstandes für die erfolgreiche Führung des Streiks hatte die Zentrale der KPD die Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland hingewiesen. Sie orientierte darauf, „ultimativ die Annahme der Forderungen bei der Regierung" zu verlangen, da „$^1/_3$ der Gruben Staatsbesitz sind".[159]
Indem die KPD in ihrer Politik das Vorhandensein des staatskapitalistischen Sektors berücksichtigte, machte sie sich aufs neue zum Sprecher der Kumpel, die erwarteten,

157 „Der Kämpfer", 9. August 1923.
158 Vgl. ebenda, 2. August 1923.
159 IML, ZPA, Sign. 3/3, Bl. 59.

daß die Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe diese Besitzverhältnisse zugunsten der Arbeiter ausnutzen werde. So war beispielsweise in einem Schreiben, das der Arbeiterrat der Betriebsabteilung Oelsnitz des Konzerns Gottes Segen an die sächsische Regierung richtete, die Forderung nach Unterstützung des Bergarbeiterkampfes ausdrücklich damit begründet worden, daß „die Gewerkschaft Gottes Segen zu 75 Prozent verstaatlicht ist".[160]

Als immer deutlicher wurde, daß die sächsische Regierung keine Anstalten traf, um konsequent die Interessen der Arbeiter zu verwirklichen, konnte die KPD nicht umhin, ihre Stimme zu erheben. Mit Recht kritisierte die Partei die Passivität des Kabinetts. Unter der Überschrift „Schlafen Sie, Ministerpräsident Zeigner?" veröffentlichte „Der Kämpfer" am 2. August eine Erklärung des Landesvorstandes der KPD zur Frage einer gemeinsamen Beratung der Spitzenkörperschaften der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und der Landesregierung in Sachsen. „Die Regierung Zeigner hat bis zum heutigen Tage diese Forderung keiner Antwort gewürdigt. Wie soll das", richtete die KPD an die Regierung die Frage, „verstanden werden?" Der Landesvorstand forderte die Regierung auf, „sofort ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft, von der sie gestützt wird, zu erfüllen und die gemeinschaftliche Besprechung der Arbeiterorganisationen einzuberufen".[161]

Es lag im Interesse der Massen, diente der Entwicklung ihrer Einsicht in die Notwendigkeit des Ringens um eine Arbeiterregierung und hatte nichts mit einem Abschwenken auf ultralinke Positionen zu tun, wenn die Partei angesichts der von der Sächsischen Staatskanzlei angekündigten Polizeimaßnahmen gegen die Bergarbeiter klar aussprach, daß sie bei einem Vorgehen der bewaffneten Staatsorgane gegen die Kämpfenden nicht bereit war, die Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe weiterhin zu tolerieren. Unmißverständlich brachte der Landesvorstand die Haltung der Kommunisten

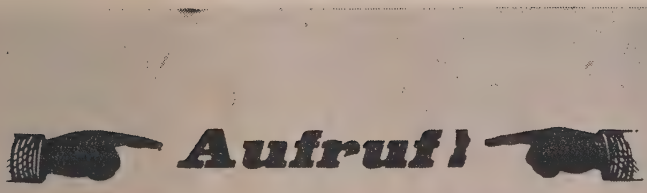
160 BAKL, Nr. I/62, Schreiben des Arbeiterrates der Betriebsabteilung Oelsnitz der Gewerkschaft Gottes Segen vom 8. August 1923 an das Wirtschaftsministerium in Dresden.

161 „Der Kämpfer", 2. August 1923.

zum Ausdruck. „Die Kommunistische Partei", heißt es in der Stellungnahme der Partei, „steht voll und ganz hinter den kämpfenden sächsischen Arbeitern. Am selben Tage, wo die Regierung ihre provokatorische Drohung wahrmachen sollte, rollt sie selbst vor der sächsischen Arbeiterschaft die Frage ihrer weiteren Existenz auf."[162] In einer weiteren Veröffentlichung des Landesvorstandes wurde das Verhalten der sächsischen Regierung ebenfalls kritisiert und die Bewaffnung der Hundertschaften, die Säuberung des Staatsapparates von reaktionären Elementen, der Kampf gegen die Cuno-Regierung und die große Koalition, die Erfassung der Sachwerte und die Sicherstellung der Lebenshaltung der Werktätigen gefordert.[163]

Die KPD richtete jedoch nach wie vor den Hauptstoß gegen die Reaktion und wies die Auffassungen ultralinker Elemente in ihren Reihen zurück, die den Sturz der sächsischen Regierung verlangten. Ein solcher Schritt wäre objektiv den Bestrebungen der Reaktion entgegengekommen und hätte zu ernsten Rückschlägen im Ringen um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung geführt. Auf der Zentralausschußtagung der KPD am 5. und 6. August in Berlin wurde an Hand der erfolgreichen Politik der KPD im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, besonders im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, die Schädlichkeit der ultralinken Positionen in den Fragen der Einheitsfrontpolitik und der Stellung zur Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe nachgewiesen[164] und die Gefahr umrissen, die vor der Arbeiterklasse in Sachsen stand. „Wie wird", so wurde die Frage gestellt, „die Entwicklung dort weitergehen?"[165] Unter Berücksichtigung der Politik der herrschenden Klasse wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die Reaktion nicht davor zurückschrecken werde, zur Reichsexekution mit Hilfe der Reichswehr zu schreiten: „Wenn sich diese Streiks und Zusammenstöße häufen, dann setzt die Reichswehr ein."[166]

162 Ebenda, 3. August 1923.
163 Vgl. ebenda.
164 Vgl. IML, ZPA, Sign. 2/14, Bl. 178.
165 Ebenda, Bl. 180.
166 Ebenda.



Aufruf!

Arbeiter, Angestellte, Kleinbauern und Gewerbetreibende des Amtsgerichtsbezirks Kirchberg.

Die Bergarbeiter im Zwickau-Lugau-Oelsnitzer Revier stehen seit dem 25. Juli im Streik und kämpfen um ihre berechtigten Forderungen. Der Bergarbeiterberuf, einer der schwersten und lebensgefährlichsten Berufe, wurde bis jetzt am schlechtesten bezahlt, während die hohen Kohlenpreise in keinem Verhältnis zu den niedrigen Löhnen stehen. Der Not der Zeit gehorchend, appellieren wir an die gesamte Bevölkerung von Kirchberg und Umgegend, jeder nach seinen Kräften die Bergarbeiterschaft in ihrem Kampf zu unterstützen, sei es in Bar oder in Naturalien. Die Bergarbeiter haben nicht die Absicht, das Wirtschaftsleben noch mehr zu erdrosseln, haben aber auf der anderen Seite auch eine Berechtigung zum Leben und führen deshalb diesen Kampf, um den Hungertod von ihren Familien abzuwenden. Durch das jetzt bestehende Wirtschaftssystem wird über kurz oder lang auch die übrige Bevölkerung in dieselbe mißliche Lage versetzt werden, in der sich die Bergarbeiter augenblicklich befinden. Darum gebe jeder sein Scherflein. Wer schnell gibt, gibt doppelt, denn unser Kampf ist Euer Kampf und unsere Niederlage wird auch Eure Niederlage sein.

Die Streikleitung im Amtsgerichtsbezirk Kirchberg. J. A.: Gruner, Vors.

Sämtliche Eingänge sind an die hiesige Streikleitung, Altmarkt 22 I (Wärmstube) an mit Ausweis versehene Personen auszuhändigen.

Die örtliche Streikleitung.

Bergarbeiterverband. Guido Gruner, Kurt Lippold.

Allgem. Arbeiter-Union (E.) Oskar Weller, Kurt Bauer.

Diese Sammlung ist von der Kreishauptmannschaft genehmigt worden.

Aufruf der örtlichen Streikleitung der Bergarbeiter an die Werktätigen von Kirchberg und Umgebung zur Solidarität („Kirchberger Zeitung für Stadt und Land“, 10. August 1923)

Indem die Parteiführung so den Ernst der Lage kennzeichnete, der Partei die Gefahr des Reichswehreinmarsches signalisierte und für die Weiterführung der Einheitsfrontpolitik eintrat, gab sie eine richtige Orientierung, weil nur durch die Einheitsfront die drohende Gefahr gebannt werden konnte.

Die KPD ließ nichts unversucht, um die Werktätigen in ganz Sachsen zu mobilisieren und die sächsische Regierung zu veranlassen, der Verantwortung gerecht zu werden. Auf ihr Drängen kamen schließlich die Vertreter der VSPD und der Regierung der Aufforderung nach, sich gemeinsam mit der KPD an den Verhandlungstisch zu setzen. Diese gemeinsamen Beratungen fanden am 10. August 1923 statt.[167]

Während der Verhandlungen verlangten die Vertreter der KPD „einschneidende Maßnahmen zur sofortigen Besserung der Lage der sächsischen Arbeiterschaft". Sie verurteilten die schwankende Haltung der sächsischen Regierung „in den Lohnkämpfen in der letzten Zeit". Zugleich wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß „nur eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung die Arbeiterklasse und die versinkenden Mittelschichten vor dem Untergang retten kann". Die KPD forderte, die Interessen der Werktätigen „mit schärfsten Mitteln" zu verteidigen, und verlangte von der Regierung, auch vor „außerordentlichen" Maßnahmen nicht zurückzuschrecken. „Vor allem", so legte die KPD ihren Standpunkt zu den provokatorischen Polizeimaßnahmen dar, „dürfen die hungernden Erwerbslosen und Streikenden auf keinen Fall mit dem Aufmarsch der Sipo gereizt werden." Die KPD erhob die Forderung, „mit aller Rücksichtslosigkeit" Polizei und Verwaltung von reaktionären Elementen zu säubern und zum Schutz gegen faschistische und andere konterrevolutionäre Machenschaften bewaffnete gemeinsame Hundertschaften und jene Einheiten der Sipo heranzuziehen, aus denen die reaktionären Kräfte entfernt worden waren.

Die KPD betrachtete es als erforderlich, angesichts der Not eine Kontrolle der Lebensmittelbestände durchzuführen und „hinreichende Mittel zur Anfuhr und Verbilligung der

167 Vgl. „Der Kämpfer", 11. August 1923. Alle Angaben, die sich auf die Verhandlungen beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

Lebensmittel“ zu beschaffen, um die ärgste Not der Massen zu lindern. Sie sprach sich für eine bessere Unterstützung der Arbeitslosen, zugleich aber auch dafür aus, die Unternehmer zur Wiedereinstellung der auf die Straße geworfenen Arbeiter zu zwingen. „Die Lohnpolitik“, erklärten ihre Vertreter, „darf nicht der Willkür der Unternehmer überlassen werden.“ Die KPD schlug der Regierung vor, nach einem den Arbeiterinteressen entsprechenden Modus die Löhne wöchentlich neu festzulegen. Sie bezeichnete ihre Vorschläge als die „mindesten Maßnahmen“, deren sofortige Durchführung durch die Regierung von der Situation geboten sei.

7. *Weitere Linksentwicklung in den Reihen der Sozialdemokratie*

Das konsequente, mit konstruktiven Vorschlägen verbundene Eintreten der KPD für die Belange der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, ihre elastische Einheitsfrontpolitik, wirkten sich auch auf die Lage in der Sozialdemokratie aus, in deren Reihen die linken Kräfte immer aktiver wurden.

Die linken Führer der VSPD vertraten den Standpunkt, daß es sich bei dem Streik im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier um einen aus der Not geborenen, den Bergarbeitern aufgezwungenen Kampf handelte und die Forderungen der Streikenden berechtigt waren. Das „Sächsische Volksblatt“ wünschte den kämpfenden Bergarbeitern einen „erfolgreichen“ Ausgang des Streiks.[168]

Max Seydewitz und andere linke Führer der VSPD machten sich zu Fürsprechern des außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampfes zum Sturze der Regierung Cuno und zur Beendigung des imperialistischen Ruhrkampfes sowie für weitere Forderungen der Massen. Charakteristisch hierfür ist ein Artikel im „Sächsischen Volksblatt“ mit der Überschrift „Die Forderung des Tages“, der am 3. August 1923 aus Anlaß der Massenversammlungen in Zwickau erschien und die von den Vertretern der Arbeiterparteien und Gewerkschaften gemeinsam ausgearbeitete Resolution kom-

168 „Sächsisches Volksblatt“, 4. August 1923.

mentierte. Ausgehend von der Massenbewegung in ganz Deutschland und den Versuchen des Parteivorstandes der VSPD, diese Bewegung zu bremsen und seine alte Politik fortzuführen, forderte der Verfasser die „Aktion der Partei an die Stelle der Verhandlungen mit dem lebenden Leichnam der Cuno-Regierung" zu setzen. „Es handelt sich ... heute", so wurde der Standpunkt linker Sozialdemokraten formuliert, „nicht darum, parlamentarisch-taktisch zu operieren und das Diplomatenspiel um die Sitze und das Programm einer neuen Regierung zu eröffnen, sondern um die Rettung des Volkes vor dem Untergang. Die Forderung des Tages ist es, die Fahnen zu entrollen und den Massen voranzugehen, Koalitionsschliche aber den anderen Parteien zu überlassen."[169]

Die linkssozialdemokratischen Kräfte wandten sich gegen die im Zeichen des Antikommunismus durchgeführte Spaltungspolitik des Berliner Parteivorstandes und seinen gegen außerparlamentarische Kampfaktionen gerichteten Kurs. So wurde im Verlaufe einer von der VSPD einberufenen öffentlichen Versammlung am 3. August in Gersdorf, die von etwa 2000 Werktätigen besucht wurde, dem rechtssozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heinrich Teuber eine entschiedene Abfuhr erteilt, als er die Haltung des Parteivorstandes zu rechtfertigen suchte. Als Antwort auf seine Ausführungen nahmen die Versammlungsteilnehmer eine Resolution an, in der „engstes und gemeinsames Zusammengehen und Handeln mit den Kommunisten im Kampf gegen die Reaktion, Kampf für Erfassung der Sachwerte, Kampf für eine Arbeiterregierung"[170] gefordert wurden. Zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier kam es zu Vereinbarungen über ein gemeinsames brüderliches Vorgehen gegen die Cuno-Regierung.[171]

Besondere Erregung lösten in den Reihen der VSPD die Ergebnisse der Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Stellung zur Cuno-Regie-

169 Ebenda, 3. August 1923.

170 „Der Kämpfer", 8. August 1923.

171 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 28. Juli 1923.

rung aus. Die Mehrheit der Fraktion hatte am 3. August ein Mißtrauensvotum gegen Cuno abgelehnt und in einer Entschließung faktisch ihre Bereitschaft erklärt, die Cuno-Regierung weiterhin zu tolerieren.[172] Unter jenen Abgeordneten, die für die Fortsetzung der Tolerierungspolitik eingetreten waren, befand sich auch der Zwickauer Reichstagsabgeordnete Richard Meier.

Am 6. August 1923 nahm daraufhin eine Konferenz des Unterbezirks Zwickau-Stadt und -Land zur Entscheidung der Reichstagsfraktion und zur politischen Lage im Reich Stellung.[173] Richard Meier rechtfertigte auf dieser Konferenz die Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion und richtete heftige Attacken gegen die von oppositionellen Reichstagsabgeordneten Ende Juli in Weimar durchgeführte Tagung. Auf der Weimarer Konferenz waren Forderungen erhoben worden, deren Verwirklichung die sozialdemokratischen Mitgliedermassen immer entschiedener verlangten. Zu ihnen gehörten: Rücktritt der Regierung Cuno, Ablehnung der Koalition, Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen und gegen die faschistische Gefahr, Zusammenarbeit mit den Kommunisten „zur Erreichung der nächsten proletarischen Ziele", Ausnutzung aller möglichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Machtmittel in Verbindung mit den Gewerkschaften, sofortige Einberufung eines Parteitages.[174]

Richard Meier unterbreitete zum Schluß seiner Rede den Entwurf einer Resolution, in der die Entscheidung der Reichstagsfraktion vom 3. August gebilligt und die Weimarer Konferenz verurteilt wurde.

Die von Richard Meier verfochtene Linie des Berliner Parteivorstandes und der Mehrheit der Reichstagsfraktion wurde von den Funktionären und Mitgliedern, die auf der Unterbezirkskonferenz in Zwickau zu Wort kamen, scharf ange-

172 Vgl. Wilhelm Ersil, „Aktionseinheit schlägt Cuno", a. a. O., S. 209.

173 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 7. August 1923. Alle Angaben, die sich auf die Konferenz beziehen, sind dieser Quelle entnommen.

174 „Vorwärts", 3. August 1923.

griffen. „Sämtliche Redner", berichtete das „Sächsische Volksblatt", wandten sich gegen die Entschließung der Reichstagsfraktion und forderten „eine größere Aktivität der Partei in der jetzigen ernsten Situation". Von Max Seydewitz wurde eine Gegenentschließung zum Resolutionsentwurf Richard Meiers eingebracht, die zum Teil wörtlich mit dem Beschluß der Weimarer Konferenz übereinstimmte und lautete: „Die am 6. August im ‚Goldenen Becher' zu Zwickau tagende Konferenz des 3. Unterbezirkes (Zwickau-Stadt und -Land) sowie sämtlicher Parteifunktionäre nahm nach einem Bericht des Genossen R. Meier über die Verhandlungen der Reichstagsfraktion zur politischen Lage Stellung und beschloß:

1. Die Entscheidung der Reichstagsfraktion der VSPD kann vom 3. Unterbezirk nicht gebilligt und das von ihr aufgestellte Programm für nicht genügend gehalten werden.
2. Der Unterbezirk fordert von der Reichstagsfraktion die sofortige Einnahme der schärfsten Kampfstellung gegen das bankrotte Kabinett Cuno (Mißtrauensvotum).
3. Die Partei muß so schnell als möglich ohne Rücksicht auf Regierungskrisen mit einem Kampfprogramm die Führung der Volksmassen parlamentarisch und außerparlamentarisch übernehmen.

Dieses Programm muß folgende Punkte enthalten:

a) Liquidierung des Ruhrkampfes; direkte Verständigung mit den Besatzungsmächten. Zu diesem Zweck:

b) Erfassung von mindestens ein Drittel aller Sachwerte; Einziehung von ein Drittel aller Unternehmergewinne; Stilllegung der Notenpresse; Goldsteuern.

c) Entschlossene Maßnahmen gegen die Sabotagepolitik des Faschismus und dessen geheime Rüstungen.

4. Sicherstellung der Ernährung und automatisch nach festem Index sich der Teuerung anpassende Goldlöhne für die Arbeitnehmerschaft.
5. Durchsetzung dieser Forderungen durch schärfsten Kampf des Proletariats als Klasse gegen Klasse. Zurückstellung jeden Koalitionsgedankens im Reich, bis durch diesen Kampf die Massen unter dem Banner der VSPD gesammelt sind und ihr die nötige Macht verleihen.
6. Sofortige Einberufung eines Parteitages."

Max Seydewitz führte zur Begründung seiner Entschließung aus, daß „der Zeitpunkt jetzt gekommen sei, den Lebenskampf der Arbeiter auch mit außerparlamentarischen Mitteln zu führen ... Die Sozialdemokratische Partei dürfe keine abwartende Stellung gegenüber der Regierung Cuno mehr einnehmen, sondern müsse handeln." In gewisser Weise waren diese Worte zugleich eine Selbstkritik, denn in der Tat hatten auch linke Führer der VSPD lange Zeit auf außerparlamentarische Schritte gegen die Cuno-Regierung verzichtet. „Schärfster Kampf gegen die Regierung Cuno ist jetzt", verkündete nun einer ihrer profiliertesten Vertreter, „die einzig richtige Losung." Warnend wies Max Seydewitz darauf hin, daß „die Entwicklung in der Fraktion nach der großen Koalition zustrebt". Mit Recht erklärte er, daß diese Politik die „Arbeitermassen indifferent" mache und es notwendig sei, statt dessen „jede Kuhhandelei, die bisher nur Enttäuschungen gebracht habe", endlich aufzugeben. Max Seydewitz wies die Angriffe Richard Meiers auf die Weimarer Konferenz zurück und sprach sich für die Einheitsfront aus: „Es müsse auf die Einheitsfront hingearbeitet werden." Unter den Funktionären, die ebenfalls gegen die Politik des Parteivorstandes und der Mehrheit der Reichstagsfraktion Stellung nahmen und, wie das „Sächsische Volksblatt" schrieb, „den sofortigen offenen Kampf gegen die Regierung Cuno" befürworteten, befanden sich auch Karl Kautzsch und Walther Victor. Die Unterbezirkskonferenz stellte sich hinter die von Max Seydewitz vorgeschlagene Entschließung. Sie lehnte die von Richard Meier eingebrachte Resolution gegen drei Stimmen ab und verwarf auch einen Zusatzantrag zur Entschließung von Max Seydewitz, in dem die Weimarer Tagung oppositioneller sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter abgelehnt wurde.

Der Ausgang der Unterbezirkskonferenz widerspiegelt die weitere Linksentwicklung in der Sozialdemokratie, die Bereitschaft der Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre zum außerparlamentarischen Kampf für die Verteidigung der Lebensinteressen der Werktätigen und den Sturz der Cuno-Regierung. Er zeigte zugleich die Entschlossenheit der Parteiorganisation, die Koalitionspläne rechter Führer zu verhindern, und ihr Bestreben, einen

Kurswechsel in der sozialdemokratischen Politik herbeizuführen, denn nichts anderes besagte ihrem Wesen nach die Forderung nach einem Parteitag der VSPD. Schließlich brachte die Unterbezirkskonferenz den Drang der Mitgliedermassen zur Einheitsfront mit der KPD zum Ausdruck, der in den vorangegangenen Wochen, vor allem aber unter dem Eindruck des gemeinsamen Wirkens von Kommunisten und Sozialdemokraten im Bergarbeiterstreik, immer stärker angewachsen war. Die Ergebnisse der Beratungen des Unterbezirks Zwickau der VSPD waren von positiver Bedeutung für die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Allerdings wurde auf der Unterbezirkskonferenz auch sichtbar, daß es den linken Kräften an Klarheit darüber mangelte, was nach der Cuno-Regierung kommen sollte. Eine eindeutige Alternative wurde nicht entwickelt. Vielmehr war in dem Beschluß der Konferenz die Ablehnung „jeden Koalitionsgedankens im Reich" mit einer Einschränkung formuliert worden, die nicht dazu angetan sein konnte, die Arbeiterklasse richtig zu orientieren. Offensichtlich konnten sich zu diesem Zeitpunkt selbst solche linken Führer wie Max Seydewitz noch nicht zu der Erkenntnis durchringen, daß auf der Tagesordnung das Ringen um eine Arbeiterregierung aus Vertretern der Arbeiterparteien und Gewerkschaften stand. Er hatte sich auch gegen die von der KPD erhobene und von Teilen der sozialdemokratischen Arbeiter begrüßte Forderung nach Auflösung des Reichstages gewandt.

Überhaupt zeigte sich bei linken Führern der VSPD eine ungenügende Einsicht in aktuelle Erfordernisse, besonders aber eine Unterschätzung der Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus. So behauptete in diesen Tagen der Verfasser eines redaktionellen Artikels im „Sächsischen Volksblatt", daß die Warnung der KPD vor der Reichsexekution, ihre Aufforderung zu Gegenmaßnahmen gegenstandslos sei, da die Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe „von keiner reaktionären Seite tatsächlich bedroht ist".[175] Im wesentlichen mit den gleichen Argumenten war vom „Sächsischen Volksblatt" auch die ablehnende Haltung

175 „Sächsisches Volksblatt", 4. August 1923.

zum Antifaschistentag begründet worden.[176] Der Arbeiterklasse und den anderen demokratischen Kräften wurde damit kein guter Dienst erwiesen. Die Verantwortung der linken Führer der VSPD war aber gegenüber den Werktätigen besonders groß, weil ihnen die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter folgte. Im Unterschied zur Lage in den vorangegangenen Monaten zeichnete sich unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes im Sommer 1923 eine Strömung unter den sozialdemokratischen Mitgliedern ab, die – getragen von klassenbewußten Arbeitern – nicht mehr in allen Fragen mit den linken Führern der VSPD übereinstimmte, sondern für eine konsequente Arbeiterpolitik eintrat. So folgten viele Sozialdemokraten dem Ruf der KPD zu gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen am Antifaschistentag, obwohl die Bezirksorgane der VSPD Gegenparolen ausgegeben hatten. „Der Antifaschistentag hat dazu beigetragen", berichtete die Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland am 8. August an die Zentrale der KPD, „daß die sozialdemokratischen Arbeiter in immer schärfere Oppositionsstimmung zu ihren Führern geraten."[177]

Unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteiorganisationen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier machte sich auch eine gewisse Wandlung in der Stellung zur Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe bemerkbar. Die Passivität des sächsischen Kabinetts rief steigenden Unwillen hervor. Ausgehend von den unmittelbaren eigenen Erfahrungen, nicht zuletzt auch während des Bergarbeiterstreiks, nahmen Teile der sozialdemokratischen Arbeiter eine kritischere Haltung zur Regierungspolitik ein. Sie erwarteten von der sächsischen Regierung, wie es in der Resolution einer von der VSPD einberufenen Versammlung im Streikgebiet heißt, sie solle „durch Taten" beweisen, daß „sie eine Regierung der besitzlosen Klasse ist. Sie soll deshalb alle Machtmittel aufbieten, um den Widerstand der Berggewaltigen zu brechen und den Kampf der Grubenproleten zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen".[178]

176 Vgl. ebenda, 28. Juli 1923.

177 IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 24/25.

178 „Der Kämpfer", 8. August 1923.

Es kann als symptomatisch für diese Entwicklung bezeichnet werden, wenn sich schließlich auch das „Sächsische Volksblatt" veranlaßt sah, „tiefes Bedauern und ... größte Verwunderung darüber auszusprechen, daß die Anrufung der sächsischen Regierung bis jetzt keinen Erfolg gehabt hat".[179] Die Forderung der KPD, die Regierung nach links zu erweitern und eine Arbeiterregierung zu bilden, stieß auf immer größeres Verständnis unter den Mitgliedern der Sozialdemokratie.

8. *Arbeitereinheitsfront siegt nach dreiwöchigem Kampf*

Die Herausbildung der beispielhaften Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier war eine Bestätigung für die Richtigkeit der Einheitsfrontpolitik der KPD in Sachsen wie überhaupt der politischen Linie der Partei. In Verbindung mit dem Kampf der Arbeiterklasse in ganz Deutschland führte die Arbeitereinheitsfront im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier zu einem Sieg der Bergarbeiter. Nach fast dreiwöchigem Massenstreik wurde den Konzernherren und den mit ihnen verbundenen Kräften eine Niederlage bereitet. „Ohne Aktionseinheit", hatte Lenin seinerzeit geschrieben, „gibt es für die Arbeiter keinen Erfolg."[180] Der Erfolg der Bergarbeiter lag in ihrem einheitlichen Handeln unter Führung der KPD und revolutionärer Betriebsräte, in der Kraft des gemeinsamen Auftretens von Kommunisten, Sozialdemokraten, Anarchosyndikalisten, Christen und Parteilosen, von Gewerkschaftern, Unionisten und Unorganisierten, in ihrer revolutionären Aktivität begründet.

Unter Berücksichtigung des „äußerst ernsten Berichtes aus Berlin und des großen Zweifels bezüglich des Eingreifens der Reichsregierung"[181], das heißt hinsichtlich eines Erfolges der Bemühungen des Bergbaulichen Vereins, die Reichsexekution mit Hilfe der Reichswehr herbeizuführen, erklärten sich

179 „Sächsisches Volksblatt", 4. August 1923.

180 W. I. Lenin, „Einiges über Ergebnisse und Tatsachen", in: W. I. Lenin, „Werke", Bd. 19, Berlin 1965, S. 46.

181 DZA, RdI, Nr. 13214, Bd. 1, Bl. 164.

die Bergbaukonzerne bereit, die auf der Hohenstein-Ernstthaler Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiter am 3. August formulierten Forderungen zu erfüllen. Freilich beraubte die Inflation die Bergarbeiter nur zu bald der Früchte ihres Kampfes. Für die 5 Millionen Mark Wirtschaftsbeihilfe, die die Hohenstein-Ernstthaler Konferenz als Forderung aufgestellt hatte, konnten sich die Bergarbeiter am 10. August nur noch 5 Pfund Margarine kaufen.[182] Das konkrete materielle Ergebnis des Streiks stand also in keinem Verhältnis zu den großen Opfern, die die Streikenden gebracht hatten.

Der Ausgang des Massenstreiks bewies jedoch die Ohnmacht der Reaktion gegenüber der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. „Die Bewilligung der Forderung der Streikenden erfolgte", so gestand der Bergbauliche Verein ein, „unter dem mittelbaren Druck der Straße."[183] Es sei, so umrissen die Konzernherren später selbst die Lage, in die sie durch das brüderliche Vorgehen der Arbeiter ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit gebracht worden waren, um die Entscheidung gegangen, „ob man angesichts des völligen Versagens der Staatsautorität nachgeben" oder „die in den nächsten Tagen mit Sicherheit zu erwartenden Ausbrüche der Massenwut auf sich" nehmen solle.[184] Ihr Ruf nach der Reichswehr blieb unbeantwortet, da es entscheidenden Teilen des deutschen Monopolkapitals auf Grund der Massenbewegung zweckmäßiger erschien, nicht durch Bürgerkriegsaktionen die Situation noch mehr zu verschärfen, sondern zunächst andere Wege zur Sicherung ihrer Machtpositionen einzuschlagen.

Die Niederlage der Bergbaukonzerne stärkte das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse. Das Vorbild der siegreichen Bergarbeiter gab der Arbeiterbewegung weit über den regionalen Bereich hinaus Auftrieb.

Der Massenkampf im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier war ein Schlag für die Reaktion in ganz Sachsen, und nicht

182 „Der Kämpfer", 13. August 1923.

183 BAAB, Sign. Arb./Bd. 6, Bl. 313.

184 „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht 1923", a. a. O., S. 18.

nur in Sachsen. Er war der entscheidende Beitrag, den die Bergarbeiter und anderen Werktätigen dieses Gebiets zum Sturz der Cuno-Regierung leisteten.

9. *Generalstreik zwingt Katastrophenkanzler Cuno zum Rücktritt*

Am 12. August 1923 erschien der Aufruf der Zentrale der KPD und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte. Er forderte die Arbeiterklasse in ganz Deutschland auf, sich dem Beispiel der Arbeiter der Hauptstadt anzuschließen, die gemäß dem Beschluß der Berliner Betriebsrätevollversammlung vom 11. August gegen die Cuno-Regierung, für die Anerkennung der Kontrollausschüsse und die Aufhebung des Verbots der Hundertschaften, dem Demonstrationsverbots sowie der Ausnahmeverordnungen, für die Freilassung der politischen Gefangenen und eine Reihe ökonomischer Forderungen in den auf drei Tage, bis zum 14. August 1923, befristeten Generalstreik getreten waren.
Die Zentrale der KPD und der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte riefen zum Generalstreik für folgende Forderungen auf:
„1. Sofortiger Rücktritt Cunos und Auflösung des Reichstages;
2. Bildung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung;
3. Beschlagnahme der Lebensmittel zur Sicherung der Ernährung;
4. sofortige Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse;
5. sofortige Aufhebung des Verbots der proletarischen Hundertschaften;
6. sofortige Festsetzung eines Minimalstundenlohnes von 60 Friedenspfennigen für alle Arbeiter und Angestellten;
7. Wiedereinstellung aller Arbeitslosen und die Beschäftigung der Kriegsrentner zu vollem Lohn;
8. Aufhebung des Demonstrationsverbots und des Ausnahmezustandes;
9. sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!“[185]

185 IML, ZPA, Sign. D. F. VI/16, Flugblatt.

Kennzeichnend für das Bestreben der KPD, die Einheitsfront aller antiimperialistischen, patriotischen Kräfte zu schmieden, war folgender Abschnitt in diesem Dokument: „Die Arbeiter reichen den unter der Herrschaft der großen Konzerne und Bankrottpolitik der Cuno-Regierung verzweifelten Mittelschichten brüderlich die Hände ... Die Kleinbauern und Landarbeiter fordern wir auf, tatkräftig den Kampf der Proletariermassen zu unterstützen ... Kämpft für eure Rettung und damit für die Rettung Deutschlands."[186]
Noch am gleichen Tag berief die Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland den Bezirksausschuß nach Chemnitz ein. An der Bezirksausschußtagung am 12. August nahmen Bruno Granz, Ernst Schneller, Robert Siewert, Max Vettermann und andere führende Funktionäre der Bezirksparteiorganisation teil. An erster Stelle der Tagesordnung stand die „Lage in Sachsen und im Reich und die Aufgaben der Partei". Der Bezirksausschuß nahm den Bericht Robert Siewerts über die Situation entgegen und legte konkrete Maßnahmen zur Durchführung der Linie der Partei fest.[187]
Das Bezirksorgan „Der Kämpfer" veröffentlichte außer dem Generalstreikaufruf der Zentrale der KPD und des Reichsausschusses deutscher Betriebsräte Aufrufe des Landesausschusses Sachsen[188] und der Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland der KPD.[189]
Die Arbeiterklasse im Bezirk Erzgebirge-Vogtland nahm in der Bewegung zum Sturz der Cuno-Regierung und für eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung einen würdigen Platz ein. Indem sich die fortgeschrittensten Teile der Arbeiter unter Führung der KPD und revolutionärer Betriebsräte dem Generalstreik anschlossen, krönten sie die Massenkämpfe, die bereits seit Mitte Juli 1923 im Gange waren. „Zum ersten Male", heißt es darüber in einem Bericht der Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland der KPD an die Zentrale der KPD, „haben die Arbeiter im großen Ausmaße die Parole durchgeführt, ohne Unterschied der Berufszugehörigkeit gemein-

186 Ebenda.
187 Vgl. ebenda, Sign. 17/1/148, Bl. 42 ff.
188 Vgl. „Der Kämpfer", 13. August 1923.
189 Vgl. ebenda, 14. August 1923.

Nummer 187 Montag, den 13. August 1923 6. Jahrgang

Der Kämpfer

Organ der K. P. D. (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Sachsen

Bereitschaft zum Generalstreik!

An das deutsche Proletariat!

Die Bourgeoisie, die glaubte, mit dem Proletariat bei der Ruhrfrage Schindluder treiben zu können, hat es nun erreicht:

Seit 1918 durchbrauste keine so elementare, wuchtige Bewegung Deutschland wie jetzt.

Die rote Syndikale, der Bankrott der Arbeiter, der Verrat der großen Konzerne, die Bankerotterklärung der Regierung Cuno und der Generalbankerotterklärung, die Not und die Verzweiflung suchen augenblicklich, breite Massen in die Bewegung zu reißen.

Die Berliner Betriebsräte haben gestern einstimmig auch gefordert den

Generalstreik für Berlin

eingetreten. Sie haben die Bewegung den Berliner Proletariats in die Hände genommen. Sie sieben stehe, wie die Generalbetriebsräteversammlung, die Massen ohne Führung.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte und die Kommunistische Partei Deutschlands

fordern die übrige Arbeiterschaft auf, diese Bewegung mit der modernsten Bewegung des Berliner Proletariats zu unterstützen und den

Generalstreik über ganz Deutschland auszudehnen

Der Hunger der Berliner Arbeiter ist der Hunger der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands. Die Forderungen der Berliner Betriebsräte sind die Forderungen des gesamten deutschen Proletariats.

Der Zentralausschuß der KPD. und die Führung der RGO. haben, wie ja erwartet war, abgelehnt, die Arbeiterschaft zu unterstützen und zusammen mit der KPD. sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Sie machen auch in dieser Stunde Sonderpolitik, weil Sonderpolitik ihrer Führer die Spitzen der Bourgeoisie für eine Einheitsfront halten, weil sie Angst haben vor der Einheitsfront der Arbeiterschaft zu kämpfen.

Die Kommunistische Partei wird mit allen Kräften die spontane Bewegung des Proletariats unterstützen.

Sie fordert alle ihre Mitglieder und ihre Funktionäre auf, alle Kräfte daran zu setzen, um die Bewegung der Arbeiterschaft wachsen und erstarken und sich ausdehnen zu lassen.

Die KPD. richtet den folgenden Appell an die Arbeiterschaft, die schnell kommen, um die Arbeiter, sich zum Kampf gegen die Regierung aufzuraffen, zu helfen. Die Arbeiter reißen den Kampf um die Betriebsräte, die Kampf um die Betriebsräte ist der größte Kampf, der gegen Regierung und gegen Bourgeoisie geführt werden kann. Die Betriebsräte müssen Kampforgane werden, Kampforgane der Arbeiterschaft, die mit allen Mitteln, auch mit Waffen, kämpfen.

Die Betriebsräte sind Kampforgane der Arbeiterschaft, die schnell kommen, um die Arbeiter, sich zum Kampf gegen die Regierung aufzuraffen, zu helfen. Die Arbeiter reißen den Kampf um die Betriebsräte, die Kampf um die Betriebsräte ist der größte Kampf, der gegen Regierung und gegen Bourgeoisie geführt werden kann. Die Betriebsräte müssen Kampforgane werden, Kampforgane der Arbeiterschaft, die mit allen Mitteln, auch mit Waffen, kämpfen.

Die Betriebsräte sind Kampforgane der Arbeiterschaft, die schnell kommen, um die Arbeiter, sich zum Kampf gegen die Regierung aufzuraffen, zu helfen. Die Arbeiter reißen den Kampf um die Betriebsräte, die Kampf um die Betriebsräte ist der größte Kampf, der gegen Regierung und gegen Bourgeoisie geführt werden kann. Die Betriebsräte müssen Kampforgane werden, Kampforgane der Arbeiterschaft, die mit allen Mitteln, auch mit Waffen, kämpfen.

Generalstreik in Berlin!

Berlin, 11. August, 1 Uhr mittags.

Heute früh trat in der Hafenhalle auf Einladung des 15er Ausschusses die Betriebsräte-Vollversammlung und beschloß den dreitägigen Generalstreik bis Dienstag Nacht. Es wurde eine Entschließung angenommen, die diesen Generalstreik proklamiert und fordert:

1. Sturz der Regierung
2. Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherstellung der Arbeiterernährung
3. Durchbrechung des Verbots der proletarischen Hundertschaften
4. Bewaffnung des proletarischen Hundertschaften
5. Festsetzung eines Stundenlohnes von 60 Goldpfennigen
6. Aufhebung des Demobilmachungserlasses und der Ausnahmeverordnungen
7. Abdankung des Reichstages
8. Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung.

An die sächsischen Arbeiter!

Solidarität mit den Berliner Arbeitern ist das Gebot der Stunde!

In allen Betrieben sofort Stellung nehmen und Aufklärung durchführen. Sofort müssen Betriebsräteversammlungen einberufen werden, die den Generalstreik beschließen. Jede Sabotage muß verhindert werden.

Der Bezirksausschuß Sachsen der KPD.

Cuno dem Massensturm der Arbeiter erlegen!

Das Kabinett Cuno zurückgetreten — Stresemann als Nachfolger — Große Koalition von Stinnes bis Hilferding

Eigener Drahtmeldung

Berlin, 12. August, 13 Uhr nachts.

In einer Sitzung des Reichskabinetts, die Sonntag Vormittag, unter Hinzuziehung der Führer der Regierungsparteien einschließlich der Sozialdemokraten stattfand, hat Cuno seinen Rücktritt erklärt. Über das Programm der neuen Koalitionsregierung ist eine völlige Einigkeit erzielt worden. Nur in einigen Punkten bestehen Differenzen, die aber heute Abend beseitigt werden. Der Bildung eines neuen Kabinetts Stresemann sind die Mitglieder des alten Kabinetts beigetreten, mit Ausnahme Cunos selbst, der in seine Heimat Hamburg zurückkehrt.

Die Entscheidung des Reichspräsidenten über Cunos Rücktrittsgesuch ist noch nicht gefallen. Ebert hat, wie die Demokratische Korrespondenz meldet, Cuno gebeten, noch einige Tage auf seinem Posten zu bleiben, um eine Übergangszeit zu schaffen, die eine Regierungskrise ist gegenwärtig unmöglich.

Heute, am 13. August, 1923, stehen wir vor der letzten Phase. Die Krise des Kabinettes Cuno hat die große Koalition, das Bündnis von Stresemann bis Hilferding, geboren. Wenn die Arbeiterschaft nun nicht verhindert, dann ist sie das Letzte ihres ganzen Kampfes gewesen. Mehr als das. Die große Koalition wird eine noch ehrlosere Diktatur des Generalstabes, eine noch schamlosere Knebelung der ersten Pflicht bedeuten, als es die Regierung Cuno gewesen ist. Genau so wie im Jahre 1918 der Generalstab mit den Massen mit dem Ruf: „Die Sozialisten marschieren!" in den Rücken schoß und die noch möglichen Bedingungen boten, schießt jetzt die Sozialdemokratie mit dem Ruf: „Die Großindustrie marschiert!" in den Rücken.

Arbeiter! Weiß ihr die Jahre von 1918 bis 1923 in neuerer Auflage erleben? Weiß ihr noch einmal in die Arbeit eines Kampfes beginnen sollen? Habt ihr noch viele Jahre von 4 Jahren Hunger?

Alles muß noch die furchtbare Solidaritätsbereitschaft, die proletarische Einheit in einem Block, zusammenschließen, die Arbeiterschaft in geschlossenen Reihen zum Kampf gegen den Hunger! Kampf für Cuno Rettung und damit für die Rettung Deutschlands!

Der Kampf muß alle Widerstände beseitigen. Er muß mit eisernem Wachen geführt, die Ziele erreichen, die die Berliner Arbeiter gestellt haben.

Berlin, den 12. August 1923.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.

Der Kampf geht weiter!

Chemnitz, 13. August.

Der erste Erfolg des gewaltigen Streiks der deutschen Arbeiterschaft ist da. Der Reichskanzler mit seinem Ministerium von Cuno bis Stresemann ist zurückgetreten. Der Kampf geht weiter, bis die Regierung der Arbeiterklasse, der Regierung der Arbeiterräte ist.

Heute, am 13. August 1923, stehen wir vor der letzten Phase. Die Krise des Kabinettes Cuno hat die große Koalition, das Bündnis von Stresemann bis Hilferding, geboren. Wenn die Arbeiterschaft nun nicht verhindert, dann ist sie das Letzte ihres ganzen Kampfes gewesen. Mehr als das. Die große Koalition wird eine noch ehrlosere Diktatur des Generalstabes, eine noch schamlosere Knebelung der ersten Pflicht bedeuten, als es die Regierung Cuno gewesen ist. Genau so wie im Jahre 1918 der Generalstab mit den Massen mit dem Ruf: „Die Sozialisten marschieren!" in den Rücken schoß und die noch möglichen Bedingungen boten, schießt jetzt die Sozialdemokratie mit dem Ruf: „Die Großindustrie marschiert!" in den Rücken.

Arbeiter! Weiß ihr die Jahre von 1918 bis 1923 in neuerer Auflage erleben? Weiß ihr noch einmal in die Arbeit eines Kampfes beginnen sollen? Habt ihr noch viele Jahre von 4 Jahren Hunger?

Alles muß noch die furchtbare Solidaritätsbereitschaft, die proletarische Einheit in einem Block, zusammenschließen, die Arbeiterschaft in geschlossenen Reihen zum Kampf gegen den Hunger! Kampf für Cuno Rettung und damit für die Rettung Deutschlands!

Der Kampf muß alle Widerstände beseitigen. Er muß mit eisernem Wachen geführt, die Ziele erreichen, die die Berliner Arbeiter gestellt haben.

Berlin, den 12. August 1923.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.

Titelseite des Bezirksorgans der KPD „Der Kämpfer" vom 13. August 1923

sam Lohnerhöhungen durchzusetzen. Gleichzeitig wurde dieser Kampf geführt um politische Ziele, bis er seine Auswirkung fand in dem von den Berliner Arbeitern durchgeführten Generalstreik, der zum Sturz der Cuno-Regierung führte. Wir können sagen, daß die Arbeiterschaft unseres Bezirkes diese Kämpfe an der Spitze der deutschen Arbeiterschaft durchgeführt hat."[190] Der Bericht verweist darauf, daß in den verschiedenen Industriegebieten des Bezirks „in der Regel die jeweils aktivste Arbeitergruppe" die Aktion einleitete: „In Aue waren es die Bauarbeiter, in Chemnitz die Metallarbeiter, im Kohlegebiet die Bergarbeiter, in Burgstädt, Limbach wie im Vogtland die Textilarbeiter."[191]
Im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier fanden nach Bekanntwerden des Aufrufes zum Generalstreik in zahlreichen Betrieben auf Initiative der Kommunisten Belegschaftsversammlungen statt, auf denen die Arbeiter zur Lage Stellung nahmen.[192] In den Großbetrieben der Metallindustrie standen alle Räder still.[193] Viele Bergarbeiter nahmen gemäß den Parolen der KPD erneut den Kampf auf. So legten die Belegschaften einiger Schächte des Konzerns Gottes Segen geschlossen die Arbeit nieder, als sie die Nachricht von der Ausrufung des Generalstreiks erreichte.[194] In Zwickau formierten sich am Vormittag des 14. August 1923 die Arbeiter der verschiedenen Industriezweige zu mächtigen Demonstrationszügen, die sich auf dem Sportplatz in Schedewitz, der traditionellen Kundgebungsstätte der Bergarbeiter, verein-

190 IML, ZPA, Sign. 17/1/153, Bl. 11.

191 Ebenda.

192 Vgl. „Der Kämpfer", 15. August 1923.

193 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 15. August 1923; IML, ZPA, Sign. St. 17/242, Bl. 52.

194 Vgl. ABF, Nr. 20 AAB, Bd. 5, Bl. 283, 286/287 u. 290; IML, ZPA, Sign. 17/242, Bl. 54; BAKL, Nr. I/62, Schreiben von Dr. Krug an Oberberghauptmann Dr. Fischer vom 15. August 1923; ebenda, Nr. I/437, Vertrauliches Schreiben des Rechtsanwalts Landmann im Auftrage der Gewerkschaft Gottes Segen an die Staatsanwaltschaft Chemnitz vom 8. November 1923; ebenda, Statistische Angaben über die Streikbewegung am 13. und 14. August 1923; vgl. auch „Der Kämpfer", 15. August 1923.

ten. 40 000 bis 50 000 Werktätige, unter ihnen Mitglieder aller Arbeiterorganisationen, nahmen hier an einem Meeting teil.[195]

Im Namen der KPD erläuterte Ernst Grube die Situation. Nach seinen Ausführungen nahmen die Kundgebungsteilnehmer einmütig folgende Entschließung an: „Die heute, Dienstag, den 14. August, auf dem Sportplatz in Zwickau-Schedewitz versammelten 40 000 bis 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind in den Generalstreik getreten und gewillt, folgende Forderungen zu erkämpfen:

Verhinderung jeder Koalitionsregierung im Reiche und Schaffung einer Arbeiterregierung.

Erfassung der Sachwerte.

Schaffung und Bewaffnung der Arbeiterhundertschaften.

Herausgabe und Freilassung der politischen Gefangenen."[196]

Einstimmig wurden zugleich folgende ökonomische Forderungen formuliert: „Zur Besserung der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage verlangt die Arbeiterschaft des Wirtschaftsgebietes Zwickau:

1. Eine sofortige einmalige Wirtschaftsbeihilfe für alle Arbeiter in Höhe von 10 Millionen Mark.
2. Zur besseren Sicherung der Ernährung: Beschlagnahme aller Lebensmittel.
3. Festsetzung der Löhne nach Goldwährung.

Mit der Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen wird sofort der Ortsausschuß und die in Frage kommende Gewerkschaft beauftragt."[197]

Ferner wurde beschlossen, ein Telegramm an den Reichspräsidenten zu richten, das folgenden Wortlaut hatte: „Die in Zwickau auf dem Sportplatz am 14. August versammelten 40 000 bis 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen fordern Aufhebung jeder Ausnahmeverordnung und sind gegen jede Koalitionsregierung und für eine Arbeiterregierung."[198]

Die Dokumente widerspiegeln die Bereitschaft eines beträchtlichen Teils der Arbeiterklasse und anderer Werktäti-

195 Vgl. „Der Kämpfer", 15. August 1923.
196 Ebenda.
197 Ebenda.
198 Ebenda.

ger dieses Gebiets, in außerparlamentarischen Aktionen die Bildung einer demokratischen Regierung aus Vertretern des Volkes zu erzwingen und ihren Beitrag für eine wirkliche Wende in der deutschen Politik zu leisten. In den Dokumenten kommt der politische Reifeprozeß zum Ausdruck, der sich unter dem Einfluß der KPD und linkssozialdemokratischer Kräfte auf Grund der Erfahrungen in den vorangegangenen Massenkämpfen und angesichts des immer sichtbarer werdenden Bankrotts der Politik der Cuno-Regierung vollzogen hatte.

Den Parteiorganisationen der KPD in den Unterbezirken Zwickau und Oelsnitz-Lugau war es gelungen, unter den Losungen des Kampfes gegen die Cuno-Regierung und eine Regierung der großen Koalition, im Ringen um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Mitglieder anderer Arbeiterorganisationen gemeinsam in den politischen Generalstreik zu führen.

Dem Generalstreikaufruf folgten in ganz Deutschland etwa 3 Millionen Werktätige.[199] Katastrophenkanzler Cuno, dem nach der Proklamierung des Generalstreiks und angesichts der Massenbewegung nunmehr auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Vertrauen entzog, mußte binnen kurzem seinen Abschied einreichen. Die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse, die von Teilen des Kleinbürgertums in Stadt und Land unterstützt wurde, brachte den deutschen Imperialisten und Militaristen eine empfindliche Niederlage bei. Nach dem Sieg der Arbeitereinheitsfront im März 1920 über die Putschistenregierung Kapp-Lüttwitz fegte der Generalstreik erneut eine von den extrem reaktionären Kräften getragene Regierung hinweg. Wiederum wurde sichtbar, daß immer dann, wenn es gelingt, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu schmieden, wenn Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind kämpfen, wenn die Arbeiterparteien und Gewerkschaften gemeinsam handeln, der Erfolg nicht ausbleibt.

199 Vgl. Wilhelm Ersil, „Aktionseinheit schlägt Cuno", a. a. O., S. 357.

Es erwies sich zum zweiten Male in historisch kurzer Frist, welche scharfe Waffe die Arbeiterklasse im Generalstreik besitzt. Eben deshalb hüllt sich auch die regierungstreue Geschichtsschreibung in Westdeutschland über den Generalstreik zum Sturz der Cuno-Regierung in Schweigen. Mit Recht wird dagegen im Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall im DGB auf die Rolle des Generalstreiks zur Verteidigung der Arbeiterinteressen, zur Abwehr aller Anschläge auf die demokratischen Rechte und Freiheiten eingegangen. „Bereits im Jahre 1905/06", heißt es richtig, „wurde in der deutschen Arbeiterbewegung eine durch Rosa Luxemburg und andere ausgelöste, heftige Debatte darüber geführt, ob die Gewerkschaften bereit sein müßten, zur Verteidigung der demokratischen Rechte einen politischen Streik, notfalls einen Generalstreik auszurufen."[200] Im Handbuch der IG Metall wird die Ausrufung des Generalstreiks „im Falle einer Beeinträchtigung der demokratischen Grundrechte"[201] für notwendig befunden. Eine solche Haltung entspricht der Verantwortung, die die Gewerkschaften heute mehr denn je gegenüber der Arbeiterklasse und allen anderen demokratischen Kräften in Westdeutschland für die Verhinderung einer neuen nationalen Katastrophe tragen. Sie entspricht den Lehren der Geschichte, nicht zuletzt auch den Erfahrungen des Kampfes gegen die Cuno-Regierung.

Der Generalstreik zum Sturz der Cuno-Regierung bildet ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Für die Arbeiterklasse in Sachsen war angesichts der Pläne der Reaktion, gestützt auf die Bajonette der Reichswehr die Reichsexekution durchzuführen, der Generalstreik eine wirkungsvolle Aktion zur Verteidigung errungener Positionen, zur Abwehr des geplanten blutigen Kreuzzuges gegen das sächsische Proletariat. „Leider wurde unser Schritt", heißt es im Geschäftsbericht des Bergbaulichen Vereins über die für ihn durch den Generalstreik entstandene Lage, „durch den Sturz des Kabinetts Cuno, der gerade in

200 „Handbuch für die Vertrauensleute der IG-Metall", Anhang: Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frankfurt am Main 1964, S. 421/422.

201 Ebenda, S. 421.

diesen Tagen erfolgte, unwirksam, so daß wir auf uns allein angewiesen blieben."[202] Die in dieser machtvollen außerparlamentarischen Bewegung offenbar gewordene Kraft der Aktionseinheit veranlaßte die Fürsprecher der Reichsexekution, ihre Pläne zunächst zurückzustecken.

Die Massen zwangen die herrschende Klasse zu ökonomischen Zugeständnissen, vor allem in Gestalt sogenannter Wirtschaftsbeihilfen und Nominallohnerhöhungen. Das war auch im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier der Fall. Für die Lage in diesem Teil des Bezirks Erzgebirge-Vogtland trifft die Einschätzung zu, die die Bezirksleitung der KPD in ihrem Bericht an die Parteiführung über die Generalstreikbewegung traf: „In allen Gebieten des Bezirkes wechselten Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Streiks ab. Überall endeten die Bewegungen mit Erfolg ... Während der ganzen Generalstreikbewegung kam es zu außerordentlichen Zusammenstößen nicht ... Überall wurde die Sicherheit der Kundgebungen von den Hundertschaften übernommen. Wir haben bei diesen Kundgebungen Wirtschaftsbeihilfen und Lohnerhöhungen durchgesetzt, außerdem erklärte sich das Unternehmertum fast überall bereit, Devisen zur Beschaffung von Nahrungsmitteln zur Verfügung zu stellen."[203] Aus Furcht vor der Arbeiterklasse wagten es die Unternehmer zu diesem Zeitpunkt auch nicht, Maßregelungen vorzunehmen.

Der Erfolg des Generalstreiks zum Sturz der Cuno-Regierung erfüllte die Arbeiter mit dem Bewußtsein, eine Schlacht gewonnen zu haben. Ihr Vertrauen in die eigene Kraft und zur KPD wuchs sprunghaft. Das widerspiegelt sich auch in der Annahme eines Antrages in der auf Initiative der revolutionären Kräfte einberufenen Vollversammlung der Zwikkauer Betriebsräte am 14. August, der von Ernst Grube eingebracht worden war und folgenden Wortlaut hatte: „Die Vollversammlung stimmt mit dem Reichsausschuß der Betriebsräte darin überein, daß das deutsche Proletariat heute schon stark genug ist, durch entschlossenen Kampf die ge-

202 „Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht 1923", a. a. O., S. 17.

203 IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 30.

samte Macht zu erobern. Voraussetzung ist, daß die Klassenkampforganisationen des Proletariats in geschlossener Front kämpfen. Zu diesem Zweck beschließt die Versammlung, einen gemeinschaftlichen Ausschuß in Stärke von 6 Mann einzusetzen, zu dem der Ortsausschuß und die beiden politischen Parteien je zwei Vertreter stellen. Der Ausschuß hat baldigst zusammenzutreten und die nötigen Maßnahmen für künftige Fälle vorzubereiten."[204] Der Beschluß der Zwickauer Betriebsräte war zugleich eine Vertrauenskundgebung für die von der KPD organisierte und geführte revolutionäre Betriebsrätebewegung, besonders für deren leitendes Organ. In dem Dokument fand die entscheidendste Schlußfolgerung aus den vorangegangenen Kämpfen ihren Niederschlag, die von der KPD in Wort und Tat vertretene Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse nur durch ihr einheitliches Handeln gegen den gemeinsamen Feind siegen kann, daß die Arbeiterparteien und Gewerkschaften in einer Front für die Sache der Arbeiterklasse kämpfen müssen. Indem die Betriebsräte die Bildung eines paritätisch aus Vertretern der KPD, VSPD und den Gewerkschaften zusammengesetzten Einheitsfrontorgans beschlossen, trafen sie zugleich konkrete Festlegungen „für künftige Fälle", das heißt für die Vorbereitung künftiger Kämpfe. Daß die Bereitschaft zu weiteren außerparlamentarischen Aktionen vorhanden war, geht aus einem weiteren Beschluß der Vollversammlung der Betriebsräte hervor, der ausdrücklich betonte, daß der Kampf der Arbeiterklasse „gegen die von der gestürzten Regierung Cuno heraufbeschworenen Verelendung des Volkes . . . auch nach der Beseitigung Cunos mit allen der Lage entsprechenden organisatorischen Mitteln fortgeführt werden"[205] müsse. Abschließend heißt es in der Entschließung: „An die Arbeiterschaft richtet die Versammlung die dringende Aufforderung, bereit zu sein und jederzeit den Weisungen ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Folge zu leisten."[206] Wenn es im Sommer 1923 nicht zu größeren Erfolgen der Massenbewegung kam, so deshalb, weil es der imperialisti-

204 „Sächsisches Volksblatt", 15. August 1923.
205 Ebenda.
206 Ebenda.

schen Reaktion gelang, die Einheitsfront der Arbeiterklasse durch taktische Manöver, wie die Einbeziehung rechter Sozialdemokraten in die Reichsregierung, und demagogische Versprechungen sowie durch terroristische Maßnahmen zu spalten. Die Bildung einer Regierung der großen Koalition mit dem ehemaligen Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller, Gustav Stresemann, als Reichskanzler war darauf gerichtet, Verwirrung in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen und die Aktionseinheit zu zerschlagen.[207] Indem sich rechte Führer der VSPD an der Regierung beteiligten, gestatteten sie es der Monopolbourgeoisie, ihre bedrohten Positionen mit Erfolg zu verteidigen. Die Führungen der VSPD und des ADGB wandten sich gegen den Generalstreik. Unter der Überschrift „Keine unsinnigen Parolen!" nahm auch der Vorstand des Bezirksverbandes Zwickau der VSPD im „Sächsischen Volksblatt" gegen den Generalstreik Stellung.[208]

Der Einfluß der KPD in der Arbeiterbewegung hingegen reichte noch nicht aus, um unter diesen Bedingungen den Massenkampf bis zur Errichtung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu steigern.[209] Die Generalstreikbewegung trug

207 Vgl. Wilhelm Ersil, „Aktionseinheit schlägt Cuno", a. a. O., S. 362 ff.

208 Vgl. „Sächsisches Volksblatt", 14. August 1923.

209 Hemmend wirkte sich aber auch aus, daß der Generalstreik von der KPD ungenügend politisch und organisatorisch vorbereitet worden war. Noch am 11. August 1923 wandte sich Heinrich Brandler, dem als Vorsitzender der Partei eine besondere Verantwortung zukam, im Politischen Büro der Zentrale der KPD gegen die Herausgabe eines Generalstreikaufrufes vor Sonntag morgen. Am 13. August verteidigte er im Politischen Büro seinen falschen Standpunkt, der einer zielstrebigen Vorbereitung und Führung des Generalstreiks entgegenstand und nichts anderes als Nachtrabpolitik bedeutete. Im Gegensatz zu den Auffassungen von Paul Böttcher, Fritz Heckert und Wilhelm Pieck bezeichnete Heinrich Brandler in dieser Sitzung die Generalstreikbewegung als „verkracht", (IML, ZPA, Sign. 3/1/7, Bl. 107) obwohl sich in einigen Gebieten Deutschlands, so auch im Bezirk Erzgebirge-Vogtland und im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, in dieser Zeit

jedoch, wie die Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland feststellen konnte, dazu bei, „daß die Sympathien der Arbeiter zur Partei zunehmen . . . Überall kommen uns die Arbeiter mit großem Vertrauen entgegen".[210]

Nach dem Sturz der Cuno-Regierung begann eine neue Etappe des Klassenkampfes. Das Abebben der Massenbewegung nach Beendigung des Generalstreiks war nicht von langer Dauer, weil die Ursachen, die im Sommer 1923 zu den mächtigen Aktionen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger geführt hatten, weiter fortbestanden. Die Regierung der großen Koalition war nicht in der Lage, die Labilität des imperialistischen Systems zu überwinden. In Deutschland entwickelte sich eine revolutionäre Krise. Vorbereitet durch die Ergebnisse des Klassenkampfes in den vorangegangenen Monaten, kam es Anfang Oktober 1923 im Ergebnis des Ringens der KPD um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung, des Strebens von Kommunisten und Sozialdemokraten zum gemeinsamen Handeln gegen die Reaktion, erstmals in Deutschland zur Bildung einer gemeinsamen Landesregierung aus Kommunisten und linken Sozialdemokraten, zur Errichtung der sächsischen Arbeiterregierung. Es entwickelte sich in Sachsen eine Lage, die für die revolutionären Kräfte die Möglichkeit barg, sie zu einer Ausgangsposition für entscheidende Klassenkämpfe in ganz Deutschland auszubauen. Die Arbeiterklasse im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, die Bergarbeiter und anderen Werktätigen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, leisteten hierzu einen hervorragenden Beitrag. Die klassenbewußten Arbeiter dieses Gebiets, die von Anbeginn der Arbeiterkämpfe in Sachsen im Jahre 1923 mit in der ersten Reihe gestanden hatten, bewiesen erneut, daß sie bereit waren, kein Opfer zu scheuen, um die Reak-

die Generalstreikparole erst richtig auswirkte. Die Partei und ihre Führung besaßen noch nicht die erforderliche Reife, um die günstigen Bedingungen in vollem Maße zu nutzen, die für die Mobilisierung der Massen und eine Steigerung der Kämpfe zweifellos bestanden. Das trifft auch für die Situation im Bereich der Bezirksparteiorganisation Erzgebirge-Vogtland und der Unterbezirke Zwickau und Oelsnitz-Lugau der KPD zu.

210 Vgl. IML, ZPA, Sign. 17/1/151, Bl. 30.

Heraus zur Massenkundgebung in Zwickau und Umgebung!

Genossen der Arbeit in Stadt und Land!

Während sich der Zusammenbruch im Reiche unaufhaltsam vollzieht, vollzieht sich in Sachsen der Zusammenschluß des gesamten Proletariats.

Eine Regierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten ist gebildet. Damit ist die Vorbedingung geschaffen für eine geschlossene Kampffront der sächsischen Arbeiterschaft in den bevorstehenden Kämpfen. Die sächsische Arbeiterregierung muß das Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse sein, sich von der verhängnisvollen Koalitionspolitik abzuwenden und sich für die bevorstehenden Kämpfe zu einigen.

Der Aktionsausschuß ruft die gesamte Arbeiterschaft des Wirtschaftsgebietes Zwickau auf, ihr Bekenntnis zur sächsischen Arbeiterregierung und ihren Kampfwillen in

mächtigen Kundgebungen

zum Ausdruck zu bringen. Am Montag, den 15. Oktober soll sie sich aus den Betrieben nach Arbeitsschluß geschlossen in die unten bezeichneten Lokale begeben. Die Genossen der KPD. haben im Verein mit den Betriebsräten für tadellose Disziplin zu sorgen, damit eine wirkliche Manifestation des Massenwillens verzeichnet werden kann. Nieder die Feinde der Arbeiterklasse! Es lebe die sächsische Arbeiterregierung!

Der Aktionsausschuß.
SPD. USPD. KPD. ADGB. Afa. FAO.

Die Großbetriebe verteilen sich auf folgende Lokale:

„Neue Welt": Horch-Werke, Schumann, Gußwerke.
„Deutscher Kaiser": Gebrüder Jacob, Landmann u. Helbig, Seilfabrik.
„Schwanenschloß": Friemann u. Wolf, Zwickauer Maschinenfabrik, Eisenwerk König, Blumer.
„Krone": Werkstätten, Eisenbahnbau, Nissogne-Spinnerei.
„Lindenhalle" Schedewitz: Kammgarnspinnerei, Porzellanfabrik sowie die übrigen um Schedewitz liegenden Betriebe und Schächte (Oberhohndorf).
„Goldener Becher": Audi-Werke, Kammgarn- und Baumwollspinnerei.
Gasthof Crossen: Leonhardt-Werke, sowie die Arbeiterschaft der Umgebung, Mosel usw.
Planitz, Bräutigams Gasthof: Bergarbeiter.
Wilkau, Schützenhaus: Marienhütte.
Richtenau, Eberbachs Gasthof: Max-Hütte, Schmelzers Fabrik.

Die Belegschaften der mittleren und kleineren Betriebe werden ersucht, sich nach dem zunächst gelegenen Versammlungslokale zu begeben.

Aufruf des Aktionsausschusses in Zwickau anläßlich der Bildung der sächsischen Arbeiterregierung („Der Kämpfer", 12. Oktober 1923)

tion zu schlagen und den sozialen und nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes zum Siege zu führen. Im Herbst 1923 wurde ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aufgeschlagen.

Anhang und Register

Dokumente und Materialien

1. Aufruf des 8. Parteitages der KPD an die Werktätigen in Sachsen

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Der Parteitag der Kommunistischen Partei, der die Gastfreundschaft des sächsischen Proletariats genießt, grüßt brüderlich die sächsische Arbeiterschaft. In der Stunde der größten Gefahr, unter dem Banner des revolutionären Klassenkampfes, das mit dem Blute eurer Besten gefärbt ist, das von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Kugelregen unerschrocken und todesmutig vorangetragen wurde, ruft euch der kommunistische Parteitag zu:

Duldet kein Bündnis eurer Führer mit den kapitalistischen Henkern und Ausbeutern des Proletariats! Zwingt sie zur Einheitsfront mit der gesamten Arbeiterklasse! Das gesamte deutsche und sächsische Proletariat steht vor ernsten Kämpfen. Ihr müßt rüsten, eure Bewaffnung durchsetzen, die Flauen und Kampfesmüden fortreißen und Kampfeslust entfachen. Die Kriegsgefahr, die Faschistenherrschaft, die grenzenlose Ausbeutung durch die Großbourgeoisie stellt euch in letzter Stunde vor die Entscheidung: Befreiung durch Kampf oder Sklaverei und Untergang.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Am 6. Dezember 1922 ist in Sachsen eine sozialdemokratische Regierung gebildet worden. Am 30. Januar 1923 hat das Ministerium Buck-Lipinski kapituliert, nachdem ein kommunistisches Mißtrauensvotum angenommen wurde.

Das Paktieren und Verhandeln der sozialdemokratischen Führer mit der besitzenden Klasse, die kapitalistische Erfüllungspolitik haben das deutsche Proletariat unter die Knechtschaft der deutschen Stinnes und unter die Militärstiefel des französischen Militarismus geworfen. Die Republik zerfällt. Bayern steht unter der Herrschaft der Faschisten. Die Mordgesellen der Ludendorff und Kahr wollen in Sachsen und Thüringen einbrechen. Der Dollar steht auf 50 000 und wird noch weiter steigen. Die Katastrophe ist da. Hunger und Arbeitslosigkeit stehen vor der Tür. Das sächsische Proletariat muß sofort den Abwehrkampf gegen die unmittelbar drohenden Gefahren organisieren. Die Reichsregierung schützt den Hochverrat der deutschen Schwerindustrie in Rhein-

land und Westfalen. Die sächsische Regierung hat mit Cuno die Einheitsfront hergestellt. Die sächsischen Arbeiter aber wollen keine Einheitsfront mit Cuno. Die sächsischen Arbeiter wollen nicht den Faschismus beherbergen. Sie wollen den Faschismus davonjagen und vernichten. Sie wollen den Kampf aufnehmen gegen die unerhörte Ausmaße annehmende Teuerung, gegen die heraufziehende Hungersnot und das nackte Elend.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Die sozialdemokratische Regierung hat das Vertrauen der Arbeiterschaft in unerhörter Weise mißbraucht. Sie hat sich zur Schützerin der Faschisten gemacht. Der Polizeiminister Lipinski gab den deutschvölkischen Konterrevolutionären Gastfreundschaft, fordert aber die Leipziger Arbeiter auf, dem kommunistischen Parteitag die Gastfreundschaft zu verweigern. Die sozialdemokratische Regierung gesteht ihre Schuld nicht ein. Sie hat die Stirn, die Aktion der Leipziger Polizei gegen das Proletariat zu rechtfertigen.

In der Stunde der höchsten Gefahr, am Tage vor dem Handstreich der Faschisten in München, hat die Kommunistische Partei die sozialdemokratische Regierung und die Sozialdemokratische Partei aufgefordert, ernste Maßnahmen gemeinsam mit den Kommunisten zu treffen. Die einzige Lösung der Krise und der einzige Schutz gegen den Faschismus sind die Waffen in den Händen der Arbeiter. Der bürgerlichen Gewalt muß die proletarische Gewalt entgegengestellt werden. Der Verrat des Berliner Abkommens nach der Rathenaubewegung rächt sich jetzt grausam an der Arbeiterklasse.

Sozialdemokratische Arbeiter!

Seid ihr mit dem Vorgehen eurer Regierung einverstanden? Seid ihr damit einverstanden, daß die Polizei konterrevolutionäre Kundgebungen schützt? Wollt ihr dulden, daß die Polizei wie in den alten wilhelminischen Zeiten noch immer ein Instrument gegen die Arbeiterklasse ist? Seid ihr mit der Handlungsweise eurer Regierung einverstanden? Nimmermehr! Ihr wollt keinen Noskekurs in Sachsen. Aber jetzt haben wir Noskekurs. Die Kommunistische Partei signalisiert euch die Gefahr. Sie hat den verantwortlichen Minister zur Rechenschaft gezogen. Das Gesamtministerium hat sich mit ihm solidarisiert. Wollt auch ihr euch mit diesen Handlungen der sozialdemokratischen Regierung solidarisieren?

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Der sächsische Betriebsrätekongreß hat nach dem Siege der Arbeiter in den Wahlen aufgefordert, daß die Arbeiterparteien geschlossen die Reihen des Abwehrkampfes formieren. Gegenüber dem Bürgertum und seinen bewaffneten Banden hat er aufgerufen, die Arbeiterregierung zu bilden, gestützt auf die außerparlamentarischen Organe des Proletariats. Nur ein Teil des sächsischen Proletariats hat sich seinen Beschlüssen angeschlossen. Die Kraft hat nicht ausgereicht, den reformistischen Führern den Kampf aufzuzwingen. In dieser gefahrvollen Stunde müssen die breitesten Arbeitermassen sich sammeln, um die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses durchzusetzen.

Auf zum zweiten Betriebsrätekongreß Sachsens! Fordert, Arbeiter, Angestellte, Beamte, die sofortige Bildung der Arbeiterregierung in Sachsen! Gestützt auf die Massen, auf ihre Organe, wird sich das Proletariat gegenüber dem Faschismus und Kapital bewaffnen und zusammenschließen. Der Parteitag der KPD und der Landesvorstand Sachsen rufen nochmals das sächsische Proletariat auf zum sofortigen Kampf für die Arbeiterregierung.

Es lebe die Einheitsfront, der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats!

Es lebe das sächsische Proletariat!

Nieder mit dem Faschismus!

Nieder mit dem Stinneskapital!

Nieder mit der Ausbeutung und Versklavung der proletarischen Massen Deutschlands!

Hoch die Kommunistische Partei!

Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin o. J., S. 406—408.

2. Brief des Landesvorstandes Sachsen der KPD von Ende Mai 1923 an den Landesarbeitsausschuß der VSPD, den Landesausschuß des ADGB und die Siebenerkommission der VSPD

Werte Genossen!

Im Ruhrrevier stehen Millionen deutsche Arbeiter in geschlossenem Kampf um die Existenz ihrer Familien. Die Katastrophenpolitik der Regierung Cuno hat nicht nur die Ruhrarbeiter, sondern das gesamte deutsche Proletariat einschließlich der Kleinbürger, Angestellten und Beamten in tiefstes Elend gestürzt. Die Reichsregierung in Berlin versuchte, einen Teil der Arbeiterklasse zu provozieren, damit sie um so frivoler den verräterischen Pakt mit dem französischen Imperialismus mit Proletarierblut besiegeln kann. Die Teuerung treibt die Massen zur Verzweiflung. Schon wird Reichswehr zusammengezogen, und bereits gehen französische Offiziere und deutsche Soldaten gemeinsam vor. Der stellvertretende Regierungspräsident Lutterbeck hat an den französischen General Denvignes das Ersuchen gestellt, ihm eine Kommunistenschlächterei unter den Ruhrarbeitern zu gestatten. Die Kommunistenschlächterei an der Ruhr muß unter allen Umständen verhindert werden. Ebenso muß die gesamte Arbeiterklasse den Industriellen auf ihr schamloses Garantieangebot die Antwort geben.

Der Landesvorstand Sachsen der KPD fordert Euch deshalb auf, mit uns gemeinsame Schritte zur Abwehr dieser neuen Angriffe zu unternehmen. Wir fordern Euch auf, mit uns insbesondere sofort die Arbeiterschaft zu gemeinsamen Demonstrationen aufzurufen:

Gegen den Einsatz von Reichswehr im Ruhrgebiet; zur Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter; für eingreifende Maßnahmen gegen die Teuerung, insbesondere gemeinsame Aktionen für sofortige Angleichung der Löhne und Erwerbslosenunterstützung an die ungeheure Teuerung; gegen den Verrat der Bourgeoisie im Kampf gegen den französischen Imperialismus; für den gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Reaktion; für die deutsche Arbeiterregierung.

Die Maßnahmen stellen das Geringste dessen dar, was die Stunde von den Arbeiterorganisationen fordert.

Wir schlagen Euch vor, am Donnerstag, dem 31. Mai, vormittags 11 Uhr, im Landtag eine gemeinsame Sitzung mit uns abzuhalten.

Wir sehen einem umgehenden Bescheid an unseren Sekretär, Landtag, Zimmer 77, entgegen.
Mit kommunistischem Gruß!
Landesvorstand Sachsen der KPD
I. A. Böttcher

„Die Rote Fahne", 31. Mai 1923.

3. Rundschreiben des Organisatorischen Büros der Zentrale der KPD vom 2. Juli 1923 an alle Ortsgruppen und Parteifunktionäre über die Bildung von Betriebszellen

Werte Genossen!
Die verschärfte Offensive der deutschen Bourgeoisie entsprechend den Bedingungen der Großindustriellen wurde eingeleitet mit der Markstabilisierung zum Zwecke der weiteren Senkung des Reallohnes der Arbeiter, mit der Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft durch Reichstagsbeschluß und mit den legalen Aufmärschen und Morden der Faschisten. Die KPD hat die Aufgabe, in dieser Situation die Abwehrkämpfe der Arbeiter entscheidend zu beeinflussen und vorwärts zu treiben. Das ist nur möglich, wenn in Verbindung mit den Lohnkämpfen und der Verhinderung der Preistreiberei Kampforgane der Arbeiter in Form der Betriebsräte und Kontrollausschußorgane und der proletarischen Betriebsabwehrorgane geschaffen werden. Diese Abwehrfront der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften ist nur dann erreichbar, wenn die Kommunisten in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, an jedem Ort den Kampf gegen die Tagesnöte der Arbeiter führen. Die Partei wird sich dadurch das Vertrauen der breitesten Arbeitermassen erwerben und zu der Partei des Proletariats werden.
Die Partei wird nur imstande sein, ihre Aufgaben als Führerin des Proletariats zu erfüllen, wenn sie innig verbunden ist mit den fortgeschrittensten Teilen des Industrieproletariats und durch ihre feste Verwurzelung in den Betrieben die breitesten Massen der Arbeiter beeinflußt und schnell mobilisieren kann. Das ist nur erreichbar mit Hilfe der Betriebszellen. Die Betriebszellen sollen die leitenden Organe der revolutionären Tätigkeit in den Betrieben sein. Aus diesem Grunde haben die Parteiorganisationen die

Pflicht, ihr Hauptaugenmerk auf die Schaffung und den Ausbau der kommunistischen Betriebszellen zu richten.

Bisher wurden die politischen und organisatorischen Arbeiten der Partei in der Wohnbezirksorganisation (Mitgliederversammlungen, Funktionärsversammlungen, Zehnergruppenzusammenkünfte, Ortsleitung) erledigt. Soweit Fraktionen in den Großbetrieben bestanden, waren sie tatsächlich nur Beauftragte der Wohnbezirksorganisation und beschränkten zumeist ihre Tätigkeit auf die Besprechung der Betriebsvorgänge. Künftig soll das Schwergewicht der politischen und organisatorischen Arbeit in die Betriebszellen verlegt werden. Die Betriebszelle ist der Parteikörper im Betrieb und umfaßt alle im Betrieb beschäftigten Kommunisten. Die kommunistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb sind gebunden an die Beschlüsse der Betriebszelle. Es ist selbstverständlich, daß die Stellungnahme der Betriebszelle übereinstimmen muß mit den allgemeinen Anweisungen der Partei. Die Betriebszellen haben in erster Linie die Aufgabe, die politischen Maßnahmen der Partei in Verbindung zu bringen mit den speziellen Aufgaben in den einzelnen Betrieben, die breiten Massen der Arbeiter im Sinne unserer Forderungen zu beeinflussen und die Bewegungen der Arbeiter revolutionär vorwärts zu treiben. Nur wenn die Genossen in dieser Weise systematisch politische Arbeit in jedem Betrieb leisten, wird es möglich sein, die kämpfende Einheitsfront des Proletariats und proletarische Abwehrorgane zu bilden, die eine Macht darstellen.

Mit Hilfe der Betriebszellen ist die Werbearbeit für die Partei und für die kommunistische Presse systematischer zu gestalten. Die Genossen kommen täglich mit den uns noch fernstehenden Arbeitern zusammen und können in Verbindung mit den Vorgängen im Betrieb den Arbeitern an zahlreichen Beispielen die Bedeutung der kommunistischen Presse und die Notwendigkeit zum Eintritt in die Kommunistische Partei erläutern.

Die Betriebszellenarbeit wird außerdem wesentlich die Revolutionierung der Gewerkschaften fördern. Bisher wurde zu den wichtigsten Gewerkschaftsversammlungen in den Betrieben nicht Stellung genommen, so daß nicht nur die uns fernstehenden Arbeiter, sondern auch die mit uns Sympathisierenden oft stark unter dem Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie standen. In Zukunft werden wichtige Gewerkschaftsversammlungen in den Be-

trieben bzw. Betriebsversammlungen vorher besprochen, so daß die Arbeiter mit einer bestimmten Einstellung in die Versammlung gehen und entsprechend diskutieren und abstimmen.
Wesentlichen Einfluß hat die Tätigkeit der Betriebszellen auf den Vertrieb der kommunistischen Literatur. Die Herausgabe unserer Propagandaschriften hat nur dann einen Zweck, wenn die Broschüren schnell in den Besitz breiter Arbeitermassen kommen und dadurch die politische Kampagne der Partei fördern.
Bisher fehlte fast jede Verbindung der proletarischen Frauen mit den Arbeiterkämpfen in den Betrieben. Künftig muß versucht werden, die proletarischen Frauen bei Lohnbewegungen und sonstigen Arbeiterkämpfen zur Teilnahme an den Demonstrationen und an den Betriebsversammlungen zu gewinnen. Unser politischer Einfluß wird dadurch wesentlich gesteigert, und die Frauen werden weniger als bisher bei Streiks hemmend auf die Arbeiter wirken.
Um eine innige Verbindung zwischen den arbeitenden und arbeitslosen Genossen zu schaffen, müssen nach Möglichkeit die Genossen, welche aus dem Betrieb ausscheiden, so lange Angehörige der Betriebszellen bleiben und an den Zellenversammlungen teilnehmen, bis sie in einem anderen Betrieb Beschäftigung finden. Das ist selbstverständlich nur möglich, wenn Wohnort und Arbeitsort nicht zu weit voneinander entfernt sind.
Sehr wichtig ist die Aufgabe der Betriebszellen, regelmäßig kurze Tatsachenberichte an die Parteipresse zu senden, damit die kommunistische Presse zu einer wirklichen Arbeiterpresse wird, indem sie das Leben und die Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben bespricht. Das Interesse der gesamten Arbeiterschaft für die kommunistische Presse wird dadurch wesentlich erhöht, die Gewinnung von Abonnenten gefördert und der politische Einfluß der Partei erhöht.
Die Betriebszellenarbeit wird nur dann eine schnelle Mobilisierung breiter Arbeitermassen herbeiführen und die Manövrierfähigkeit der Partei steigern, wenn eine innige Verbindung zwischen den Betriebszellen und den Parteileitungen vorhanden ist. Aus diesem Grunde müssen die Obleute der wichtigsten Großbetriebszellen der engeren und in noch größerer Zahl der erweiterten Ortsleitung angehören. Es genügt nicht, daß die Mitglieder der Ortsleitung in den Großbetrieben beschäftigt sind, sondern es sollen in der Ortsleitung die leitenden, tatkräftigsten, politisch

tüchtigsten Genossen der Betriebszellen, vor allem der Großbetriebe vertreten sein. Außerdem muß eine direkte Verbindung zwischen den Betriebszellen und den Unterbezirks- und Bezirksleitungen vorhanden sein.

Welche Aufgaben haben die Ortsgruppen in den nächsten Wochen durchzuführen?

1. In jeder Ortsgruppe wird der tüchtigste Genosse oder eine Arbeitsgruppe mehrerer Genossen mit dem Aufbau der Betriebszellen verantwortlich beauftragt.

2. Um eine Kräftezersplitterung zu vermeiden, sind die Zellen zuerst in allen wichtigen Großbetrieben zu schaffen. Der Aufbau dieser Betriebszellen muß etwa bis zum 30. Juli durchgeführt sein, damit in den folgenden Wochen die Betriebszellen in den übrigen Betrieben geschaffen werden können.

3. Der Aufbau der Betriebszellen ist nicht als rein organisatorische Arbeit zu betrachten, sondern ist in erster Linie eine politische Aufgabe. Aus diesem Grunde müssen mit den Genossen im Betrieb zuerst die politischen Aufgaben und die sich daraus ergebenden Maßnahmen besprochen werden. Auf diese Art werden sie am ehesten die Notwendigkeit der Betriebszellen erkennen und auch die notwendigen organisatorischen Arbeiten erledigen.

4. In den wichtigsten Großbetrieben sind sofort Zusammenkünfte der Kommunisten zu veranstalten, in denen Vertreter der Bezirks-, Unterbezirks- oder Ortsleitung über die politische Lage und die nächsten Aufgaben der Partei referieren. In Verbindung damit sind die Verhältnisse im Betrieb zu besprechen. Es ist planmäßig festzulegen, wie politisch systematisch im Betrieb vorgegangen werden soll. Außerdem sind die organisatorischen Fragen zu erledigen, indem die Zellenleitung bzw. die Leiter der Abteilungszellen bestimmt werden.

5. Die Versammlungen der Betriebszellen finden regelmäßig wöchentlich statt.

6. Über die Vorgänge im Betrieb sind regelmäßig kurze Tatsachenberichte an die Parteipresse zu senden. Diese Berichte sowie wichtige Berichte über Vorgänge in anderen Großbetrieben und über Arbeiterkämpfe sind regelmäßig im Betrieb anzukleben und müssen von Hand zu Hand weitergegeben werden.

7. In den Großbetrieben mit zahlreichen Abteilungen ist die Hauptarbeit zu konzentrieren auf die Einberufung und Beeinflussung der Abteilungs- bzw. Werkstättenversammlungen. Haben

sich Genossen durch ihre Tätigkeit das Vertrauen der Arbeiter erworben und werden für einen Gewerkschaftsfunktionärposten für die Abteilung oder für den gesamten Betrieb vorgeschlagen, so sind die Genossen verpflichtet, auf jeden Fall das Amt anzunehmen.

8. Die Mitglieder der Bezirks- und Unterbezirksleitungen sowie die in Arbeiterorganisationen angestellten Kommunisten sind bestimmten Betriebszellen zur Mitarbeit zuzuteilen.

9. Die Betriebszellenobleute der wichtigsten Großbetriebe am Ort müssen der engeren und erweiterten Ortsleitung angehören.

10. Betriebe mittlerer Größe, in denen nur wenig Parteimitglieder vorhanden sind, müssen benachbarten Großbetrieben angegliedert werden. Mindestens ein verantwortlicher Genosse muß auch in diesen Betrieben bestimmt werden, der die Registrierung der Parteimitglieder und die politische Arbeit zu leisten hat und in engster Verbindung mit der Betriebszellenleitung des angegliederten Großbetriebes arbeitet. Die Betriebszellenleitung des Großbetriebes hat die Pflicht, die Durchführung der Parteiarbeit in den angegliederten Betrieben zu kontrollieren. Wo mittlere und kleinere Betriebe, in denen zunächst keine Betriebszellen gebildet werden können, sich häufen, ohne daß die Möglichkeit der Angliederung an Großbetriebe besteht, sind diese Betriebe (möglichst nach der industriellen, nicht nach der beruflichen Zusammengehörigkeit) zu Betriebsgruppen zu vereinen und ist eine verantwortliche Gesamtzellenleitung einzusetzen.

11. Die Arbeit der Betriebszellen ist in erster Linie eine politische. Aus diesem Grunde dürfen wichtige organisatorische Arbeiten, wie die Kassierung der Parteibeiträge, nicht eher den Betriebszellen übertragen werden, bis sie durch erfolgreiche politische Tätigkeit ihre innere Festigung bewiesen haben. Wo Betriebszellen bzw. Ortsgruppen die Beitragskassierung im Betrieb durchführen wollen, muß vorher die Zustimmung der Bezirksleitung eingeholt werden.

12. Regelmäßig vierzehntägig finden in jedem Ort Zusammenkünfte der Mitglieder der Ortsleitung, der Betriebszellenobleute und Gewerkschaftsfraktionsleiter statt, in denen Stellung genommen wird zur politischen Lage und den sich daraus ergebenden Aufgaben am Ort, in den Betrieben und Gewerkschaften.

13. Die Zentrale sendet in nächster Zeit durch die Ortsgruppen den Zellenobleuten Fragebogen über den Betriebszellenaufbau

zu. Diese Fragebogen sind bis 31. Juli vom örtlichen Leiter der Betriebszellenarbeit mit einem ausführlichen Gesamtbericht an die Bezirksleitung zu senden. Diese ist verpflichtet, das Material durchzuarbeiten, die Mitteilungen auf die gelbe Kartothekkarte zu übertragen und die Fragebogen an die Unterbezirks- bzw. Kreisleitungen weiterzugeben. Diese nehmen die Übertragung auf ihre gelbe Kartothek vor.
Die Bezirksleitungen berichten über die Betriebszellenarbeit bis 15. August an die Zentrale.
Zentrale der Komm[unistischen] Partei Deutschlands
Or[ganisatorisches] Büro

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, Berlin, Sign. 3/2/40, Bl. 57/58.

4. Stellungnahme der politischen und technischen Zentralleitung der gemeinsamen Abwehrorganisationen des Bezirkes Zwickau-Plauen vom 16. Juli 1923 gegen die Cuno-Regierung und für den weiteren Aufbau gemeinsamer Hundertschaften

Die Zentralleitung nahm am Montag, dem 16. Juli, Stellung zur gegenwärtigen Lage und zum Stand der gemeinsamen Abwehrorganisation.
Einstimmig ist die Leitung der Auffassung, daß die Politik des Kabinetts Cuno der Katastrophe entgegentreibt. Immer frecher erheben Reaktion und Faschismus in Deutschland das Haupt, um im gegebenen Augenblick über die Arbeiterschaft herzufallen. Das klassenbewußte Proletariat muß schnellstens daran gehen, die gemeinsamen Hundertschaften nach den in der Presse veröffentlichten Richtlinien praktisch durchzuführen.
Die Richtlinien und die danach zu ergreifenden Maßnahmen sind im „Sächsischen Volksblatt", der Plauenschen „Volkszeitung" und im „Kämpfer" am 2. Juni und 2. Juli bekanntgegeben. Die Ortschaften und Betriebe, die bis zum 15. Juli über Stärke und Zusammensetzung der gemeinsamen Hundertschaften noch nichts gemeldet hatten, werden aufgefordert, dies schnellstens nachzuholen. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden der politischen Leitung, Max Seydewitz, Zwickau, Bosenstraße 161, einzusenden.
Zur Finanzierung der gemeinsamen Abwehrorganisationen wer-

den in den nächsten Tagen vom Zentralkomitee die Sammellisten herausgegeben. Diese Sammellisten werden den Ortsgruppen-Vorständen der einzelnen Parteien überwiesen. Die eingesammelten Gelder können vorläufig mit den Ortsgruppenkassierern abgerechnet werden. Diese haben die Geldbeträge dann umgehend an die Bezirkskassierer Rich. Koch, Zwickau, Bosenstraße 16, II (VSPD) [und] Ernst Grube, Zwickau, Mittelstr. 15 (KPD), weiterzuleiten und dabei anzugeben, für welchen Zweck das Geld bestimmt ist.

Die Herausgabe der Ausweise für die bis jetzt geschaffenen gemeinsamen Abwehrorganisationen erfolgt ebenfalls in den nächsten Tagen. Die Mitglieder der gemeinsamen Abwehrorganisation erhalten einheitliche, mit besonderen Zeichen versehene weiße Armbinden.

Die Zentralleitung
der gemeinsamen Abwehrorganisation
Bezirk Zwickau-Plauen.

„Sächsisches Volksblatt", 27. Juli 1923.

5. Entschließungen der Massenkundgebung von Werktätigen des Industriegebiets von Zwickau aus Anlaß des Antifaschistentages am 29. Juli 1923

Die Bankrottpolitik der Cuno-Regierung zeigt deutlich, daß Deutschland unter der Herrschaft der Großindustrie und Börsenmakler steht. Diese Kreise benutzen den Versailler Friedensvertrag und den Zusammenbruch der Valuta zur rücksichtslosen Ausbeutung des deutschen arbeitenden Volkes. Das letzte Volksvermögen verschachern sie an das Ausland. Es ist ihnen gleichgültig, daß hierdurch das gesamte werktätige Volk dem Hungertod überliefert wird.

Zum Schutz ihrer schamlosen Habgier und zur Verwahrung ihrer Schätze schaffen sie sich eine faschistische Söldnertruppe, die den Besitz und die Herrschaft der Bankiers und Großindustrie verewigen sollen.

Die deutsche Arbeiterklasse, die aus dem unerträglichen Joch heraus will, muß in diesem Kampfe einig und geschlossen kämpfen;

sie ist jetzt schon stark genug, all ihre Feinde niederzuringen und den Sieg zu erfechten.
Erst mit dem Siege der Arbeiterklasse wird die ungerechte Verteilung des Volksgutes verschwinden. Um aus dem Elend herauszukommen und den Befreiungskampf besser führen zu können, geloben die Versammelten, daß sie gewillt sind, unermüdlich zu kämpfen;
Für die proletarische Einheitsfront!
Für die Erfassung der Sachwerte!
Für die Kontrolle der Gesamtproduktion!
Für die Arbeiterregierung!
Für die Niederringung des Kapitalismus und seiner faschistischen Mörderbanden!
Gegen den Versailler Vertrag!
Gegen den Ausverkauf Deutschlands!
Gegen die Spekulanten, Wucherer und Aasgeier der deutschen Not!
Für das Bündnis mit Sowjetrußland!

Die am Sonntag, dem 29. Juli, zu Tausenden versammelten Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten stellen sich rückhaltlos hinter die von den Bergarbeitern aufgestellten Forderungen und geloben, die im Kampfe befindlichen Bergarbeiter mit allen Kräften zu unterstützen. Die Versammelten erklären, daß an der Notlage der Bergarbeiter außer der Politik der Regierung Cuno die Hab- und Gewinnsucht der Grubenbesitzer die größte Schuld trägt.
Von dem sächsischen Staat und der Stadt Zwickau als Mitbesitzer der Bergwerke erwarten die Versammelten mit Bestimmtheit, daß sie die Forderungen der Bergarbeiterschaft restlos erfüllen. Darüber hinaus wird beantragt, daß der Bergarbeiterverband und die sächsische Regierung bei weiterem Widerstand der Unternehmer die Gesamtarbeiterschaft aufrufen und die von den sächsischen Arbeitern erkämpfte Staatsmacht gegen die Unternehmer einsetzen.

„Der Kämpfer", 31. Juli 1923.

6. Erklärung des Landesvorstandes Sachsen der KPD vom 2. August 1923 zur Aufforderung der Leitungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Zwickau an die sächsische Regierung, eine gemeinsame Beratung von KPD, VSPD und ADGB einzuberufen

Am 26. Juli fand in Zwickau unter Hinzuziehung von Regierungsvertretern eine gemeinschaftliche Besprechung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften statt, in deren Ergebnis festgestellt wurde, daß die Lage in Sachsen äußerst ernst ist und die Regierung aufgefordert wurde, sofort eine Sitzung der Landesvorstände der beiden Arbeiterparteien und des Landesausschusses des ADGB einzuberufen.
Es ist selbstverständlich, daß der Landesvorstand der KPD sich mit dieser Forderung identifiziert. Die Regierung Zeigner hat bis zum heutigen Tage dieser Forderung keine Antwort gewürdigt. Wie soll das verstanden werden?
Wir fordern die Regierung auf, sofort ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft, von der sie gestützt wird, zu erfüllen und die gemeinschaftliche Besprechung der Arbeiterorganisationen einzuberufen.

„Der Kämpfer", 2. August 1923.

7. Entschließung der Massenversammlungen der Werktätigen von Zwickau am 2. August 1923 mit den Forderungen nach Sturz der Regierung Cuno und nach fortschrittlichen Maßnahmen der sächsischen Regierung

Auf den gemeinsamen Ruf der beiden Arbeiterparteien und der Gewerkschaften haben sich am Donnerstag, dem 2. August, die Arbeiter des Zwickauer Wirtschaftsbezirkes nach Arbeitsschluß zu vielen Tausenden versammelt, um zur wirtschaftlichen und politischen Krise Stellung zu nehmen. Die Versammelten erklären einmütig, daß die Stunde den Aufmarsch der gesamten deutschen Arbeiterklasse verlangt, um dem verbrecherischen Spiel ein Ende zu machen, das mit den Lebensinteressen des arbeitenden Volkes getrieben wird. Das vom kapitalistischen Klassenstandpunkt aus regierende Kabinett Cuno hat den Hunger ins

Land gebracht und die Arbeiter auf die Straße getrieben, weil keine Lohnregelung zureicht, um die wenigen vorhandenen Lebensmittel zu erschwingen.
Die Zwickauer Arbeiterschaft erklärt, daß nur die sofortige Aktion der Arbeiterparteien und Gewerkschaften gegen diese Hungerwirtschaft Akte der Selbsthilfe und auch von ihr nicht gewünschte Unruhen verhindern kann. Der Regierung Cuno muß das Ruder aus der Hand genommen, ein sofortiges Übereinkommen mit der Entente getroffen und der rücksichtslose Kampf aufgenommen werden, um die Besitzenden zur Abgabe ihrer Goldwerte zu zwingen und für das ganze Reich sich fortlaufend der Teuerung anpassende Goldlöhne durchzusetzen.
Die Versammelten appellieren an die sächsische Arbeiterregierung, diesen Kampf ihrerseits durch sofortige Maßnahmen und Einwirkungen auf das Reich zu unterstützen, insbesondere durch Zuweisung ausreichender Mittel an die Gemeinden zur Unterstützung von Erwerbslosen und Rentnern aller Art. Sie erklären, daß sie gewillt sind, fest zu ihren Organisationen zu stehen und deren Weisungen zu folgen. Sie warnen das Bürgertum vor Provokationen durch Wucher, Nahrungsmittelzurückhaltung oder faschistische Ausschreitungen.
Die sächsische Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich ihr wirtschaftliches und politisches Lebensrecht schmälern zu lassen, sondern vielmehr entschlossen, es mit allen Mitteln zu verteidigen.

„Der Kämpfer", 6. August 1923.

8. Aus dem Bericht der Staatspolizeiverwaltung in Dresden vom 3. August 1923 an das sächsische Ministerium des Innern über Polizeimaßnahmen anläßlich des Marsches der Bergarbeiter des Oelsnitzer Reviers nach Zwickau

... 2. 8. 1923
4.15 nachm. Kreishauptmannschaft Zwickau:
Nachricht eingegangen, daß Arbeiter aus Lugau-Oelsnitzer Revier nach Zwickau marschieren, um Zwickauer Bergarbeiter zum Streik zu veranlassen. Kreishauptmannschaft hat angeordnet:
1. Verstärkungen aus Glauchau und Plauen (ca. 50 Beamte) werden nach Zwickau herangezogen.

2. 60 Beamte aus Zwickau auf Morgenstern-Schacht eingesetzt, da dem Lugauer Revier am nächsten.
Evtl. weitere Verstärkungen nach Glauchau erbeten.
4.30 nachm. erbittet Oberreg.-Rat Günther nach Orientierung schriftlich Bericht.
5.30 nachm. Pol.-Schule Meißen benachrichtigt, daß evtl. Anwärter nach Dresden gezogen werden sollen.
6.00 nachm. Kreishauptmannschaft Zwickau:
Lage zugespitzt. Bergarbeiter früh eingefahren. Versammlungen nachm. ruhig verlaufen. Lugauer Arbeiter sind an den Zwickauer Schächten ruhig vorbeigezogen nach dem Marktplatz, dort Versammlung. Streikleitung soll sich wegen Streikabbruch verantworten. Falls Verhandlungen resultatlos, besteht Absicht, Schächte stillzulegen, Bergarbeiter herauszuholen.
Forderungen: Bezahlung der Streiktage, große Wirtschaftsbeihilfen.
6.10 nachm. Gendarmerie-Oberst Klahre mit Oberreg.-Rat Günther verabredet, daß je 100 Beamte aus Dresden und Leipzig nach Glauchau abgehen, dafür 200 Pol.-Schüler aus Meißen nach Dresden.
6.15 nachm. an Glauchau mitgeteilt, daß weitere Verstärkungen möglicherweise eintreffen (Unterkunft vorbereiten).
6.45 nachm. an Pol.-Präs. Leipzig: Sofort 100 Beamte mit LKW nach Glauchau. Ausrüstung B. Eintreffen dort an Kreish. Zwikkau und St. P. V. melden.
6.55 nachm. dass. an Pol.-Präs. Dresden, dafür erhält Dresden 200 Beamte aus Meißen (Unterkunft vorbereiten) . . .
7.00 nachm. Glauchau auf Anfrage hiervon informiert.
8.20 nachm. Kreish. Zwickau: Über Verstärkungen informiert. Stahlhelm soll mitgeführt werden, um Beamte bei schweren Zusammenstößen zu schützen; soll aber erst bei Bedarf aufgesetzt werden. Glauchauer Verstärkungen entsprechend anweisen!
Kreish. Zwickau berichtet: Lage ruhiger. Belegschaft Morgenstern III hat erklärt, mit Einsatz von Sipo nicht arbeiten zu wollen. Kreish. hat Polizei zurückgezogen. Lugauer Arbeiter sind nach Tiefbauschacht gezogen, um dort Bergarbeiter herauszuholen. Kreish. hat dort 70 — 80 Beamte eingesetzt.
9.15 abends Oberreg.-Rat Günther orientiert.
9.20 abends Pol.-Präs. Dresden auf Anfrage: 100 Beamte noch nicht abgefahren. Beamte werden erst zusammengeholt (Pol. Geb.

Sachsenplatz) u. verpflegt, da nach 3tägiger Bereitschaft Erleichterungen eingetreten sind. Abfahrt voraussichtlich gegen 10.00. Abfahrt wird gemeldet.
10.00 abends Kreish. Zwickau: Arbeiter aus Lugau-Oelsnitz ca. 4 — 5000 Mann stark, z. Z. in einzelne Gruppen zersplittert, um Arbeiter aus den Schächten zu holen. Vertrauensschacht am gefährdetsten, da Zwickau mit Licht- u. Kraftstrom versorgt. Auf dringendes Ersuchen der Grubendirektion sind eingesetzt: 120 Beamte aus Zwickau auf Vertrauensschacht, 70 Beamte auf Bürgerschacht, Rest anderweit.
Noch verfügbar: Reserven aus Glauchau und Plauen im Pol.-Gebäude alarmbereit...
3. 8. 1923...
9.30 Kreish. Zwickau auf Anfrage:
Polizei heute früh von den Schächten zurückgezogen. Es sind versammelt in Zwickau — Pol. Geb.: L. P. Zwickau (ca. 230), Glauchau (ca. 60), Plauen (50), Chemnitz (77), Borna (12), Wurzen (5), Gend.-Abtlg. Waldheim (16), Plaue-Bernsdorf (13), Sa. ca. 450 Beamte; in Glauchau — Pol. Geb. je 100 Beamte des Pol.-Präs. Dresden und Leipzig, Sa. 200 Beamte. Lage ruhig. Verhandlungen in Hohenstein-Ernstthal über Wiederaufnahme der Arbeit.
Staatspolizeiverwaltung
[unleserl. Unterschrift]

Sächsisches Landeshauptarchiv, Dresden,
Ministerium des Innern, Nr. 11119, Bl. 150/151.

9. Entschließung der Massenversammlung der Arbeiter von Hohenstein-Ernstthal am 3. August 1923 mit den Forderungen nach Sturz der Regierung Cuno, Bildung einer Arbeiterregierung, Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften und Rückgängigmachung der Polizeimaßnahmen gegen die kämpfenden Arbeiter

Die vom Gewerkschaftskartell Hohenstein-Er., der VSPD, der KPD und den gemeinsamen Abwehrorganisationen einberufene öffentliche Versammlung im Schützenhaus schließt sich den Forderungen der Zwickauer Arbeiter an. Sie verlangt den Sturz der Regierung Cuno, Kampf gegen jede Koalition mit den bürgerlichen Parteien, Kampf um die Arbeiterregierung im Reiche, Ein-

satz aller Kräfte des Proletariats für die Erfassung der Sachwerte im weitesten Ausmaße.
Die Versammelten fordern schärfste Maßnahmen gegen den Wucher, Beschlagnahme der Nahrungsmittel und Verteilung durch die Genossenschaften und Kontrollausschüsse.
Schärfsten Protest legen die Versammelten ein gegen die von der Staatskanzlei angekündigten Maßnahmen. Polizeiaufgebote gegen hungrige demonstrierende Arbeiter müssen provozierend wirken und sind eine Maßnahme reaktionärer Regierungen. Die Versammelten fordern die Regierung auf, die Polizei zurückzuziehen. Nicht gegen die Arbeiter ist die Polizei einzusetzen, sondern gegen Wucher, Preistreiberei und das verbrecherische Treiben der Kapitalisten. Die ganze Kraft des Proletariats ist einzusetzen im Kampf gegen die Reaktion; gegen die bewaffneten Banden der Konterrevolution ist die Bewaffnung der proletarischen Abwehrorganisationen vorzunehmen.
Die Versammelten rufen der Regierung zu: Erkennt das Gebot der Stunde! Handelt im Interesse des Proletariats!

„Der Kämpfer", 6. August 1923.

10. Mitteilung der Leitung der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands im Oelsnitzer Revier über die Ergebnisse der Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers am 3. August 1923 in Hohenstein-Ernstthal

Die am 3. August im Schützenhaus in Hohenstein-Ernstthal stattgefundene Betriebsräte- und Funktionärskonferenz beschloß einstimmig und beauftragte die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes, mit dem Bergbaulichen Verein unter Hinzuziehung von Vertretern aller am Streik beteiligten Organisationen sofort Verhandlungen aufzunehmen und nachstehende Forderungen einzureichen:
Eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe für Ledige in Höhe von 4 Millionen, für Verheiratete ohne Kinder 4,5 Millionen, für Verheiratete mit Kindern in Höhe von 5 Millionen.
Die übrigen sächsischen Bergarbeiterreviere werden ersucht, sich diesen Forderungen anzuschließen. Desgleichen wurde die säch-

sische Regierung aufgefordert, sich zugunsten der Streikenden einzusetzen.
Weiter beschloß die Konferenz, daß der Kampf in beiden Revieren nur gemeinsam geführt und gemeinsam beendet werden darf. Zu diesem Zweck ist eine neue, paritätisch zusammengesetzte Zentralstreikleitung aller am Streik beteiligten Organisationen aus beiden Revieren gebildet worden. Sie besteht aus folgenden Genossen: Aus dem Zwickauer Revier die Kameraden Hiemisch (Bergarbeiterverband), Fleischmann (Bergarbeiterverband), Rödel (Union der Hand- und Kopfarbeiter), Oettel (Allgemeine Arbeiterunion); aus dem Oelsnitz-Lugauer Revier Bormann (Bergarbeiterverband), Kretzschmar (Bergarbeiterverband), Schiller (Union der Hand- und Kopfarbeiter), Reißmann (Metallarbeiter-Verband).
Die am 2. August erfolgte Lohnerhöhung in Höhe von durchschnittlich 431 728 Mark pro Schicht wurde als entschieden zu gering bezeichnet. Daher als Ausgleich obige Wirtschaftsbeihilfe. Diese Forderung ist dem Bergbaulichen Verein durch die neue Streikleitung zugegangen. Die Stimmung unter den Streikenden ist unvermindert gut.
Die Bezirksleitung der Union der Hand- und Kopfarbeiter.

„Der Kämpfer", 4. August 1923.

11. Entschließung der Massenversammlung der Werktätigen von Oelsnitz am 7. August 1923 mit den Forderungen nach Sturz der Regierung Cuno, Auflösung des Reichstages und Bildung einer Arbeiter-, Beamten- und Bauernregierung

Die am 7. August vor dem Rathaus versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten von Oelsnitz sind nicht gewillt, noch länger zuzusehen, wie die Existenz der gesamten Arbeiterklasse von Tag zu Tag immer mehr gefährdet wird.
Die gesamte Arbeiterklasse von Oelsnitz duldet nicht länger
1. die unerträgliche Ausplünderung der werktätigen Massen durch Schieber, Wucherer, Spekulanten und Börsenjobber,
2. den andauernden Lohnabbau, ermöglicht durch die rasende Geldentwertung, die uns bitterarm, eine kleine Klasse jedoch unermeßlich reich werden läßt, [und]
3. daß man dem armen Volke alle Lasten des bankrotten Staats-

haushaltes aufhalst, alle Steuern und Abgaben tragen läßt, die wirklich tragfähigen Schultern jedoch unangetastet bleiben.
Wir fordern Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion, wertbeständige Steuern und Vermögensabgabe, Erfassung der Lebensmittel durch Regierung und Gemeinden sowie deren gerechte Verteilung, rücksichtslosen Kampf gegen Teuerung und Wucher, schnellste Anpassung der Löhne, Renten und Unterstützungen an die Lebens[mittel]preise, Auflösung des Reichstages, Sturz der Regierung Cuno, Bildung einer Arbeiter-, Beamten- und Bauern-Regierung.

„Der Kämpfer", 16. August 1923.

12. Aus einer Vorlage für den Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 8. August 1923 über die Lage in Sachsen und die gegen die Arbeiterklasse und die sächsische Regierung einzuleitenden Maßnahmen

... Der Bergbauliche Verein ... bittet um eine Untersuchung, weshalb die Polizei versagt habe, und dafür zu sorgen, daß seitens der Polizei alles Notwendige geschieht, um jeden Bürger vor Gewalttätigkeiten zu schützen. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung führt aus, daß im sächsischen Kohlenbergbau die Gewalt- und Terrorakte der Unionisten und Kommunisten bedrohlich zugenommen hätten. Da sich die Bergbauunternehmer durch die sächsische Polizei nicht genügend geschützt fühlten, müßten sie und die Gewerkschaften den überspannten Forderungen Linksradikaler nachgeben. So hätten sich namentlich bei dem Bergarbeiterstreik Anfang August die Bergbauunternehmer infolge der drohenden Haltung und der Terrorakte der kommunistischen und der unionistischen Arbeiter zu Zugeständnissen bewegen lassen, die über das Maß des Erforderlichen nach Ansicht aller zuständigen Behörden, auch des Reichsarbeitsministeriums und der Gewerkschaftsführer, weit hinausgingen. Eine Besserung der Verhältnisse sei nur zu erreichen, wenn den Terrorakten mit Energie entgegengetreten würde. Äußerste Maßnahmen erscheinen notwendig, wenn nicht die Bergarbeiterschaft der Führung der Gewerkschaften völlig entgleiten und ganz unter kommunistisch-unionistische Gewaltherrschaft gelangen solle.

Wenn man die sämtlichen Eingaben, die in den letzten Tagen aus Sachsen und über sächsische Zustände hierher gelangt sind, vorliegen hat, kann man sich des Eindrucks kaum noch erwehren, daß jedenfalls mindestens im Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier und im erzgebirgischen Industriegebiet die Staatsgewalt sich [als] völlig machtlos erwiesen hat. Die Unordnung, die Unsicherheit und die Gewalttätigkeiten scheinen bereits einen Grad erreicht zu haben, daß es fraglich erscheinen muß, ob noch mit den gewöhnlichen, dem Staat zur Verfügung stehenden Mitteln ein Einschreiten möglich und erfolgversprechend ist, nachdem die sächsische Regierung die Dinge so weit hat kommen lassen. Bei einem energischen Einsatz der Polizei hätte es zu solchen Ereignissen, wie sie in größerer Zahl geschildert werden, nicht kommen können.

Nach den letzten Pressenachrichten hat die sächsische Regierung auf eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Schneider und Dr. Kaiser (vgl. „Leipz. Neueste Nachrichten" vom 31. Juli 1923) allerdings die Terrorakte streikender Arbeiter in Aue und anderen Orten zugegeben und erklärt, die Regierung sei entschlossen, die Wiederholung solcher Ereignisse mit aller Entschiedenheit zu verhindern, und sie habe zu diesem Zwecke Vorkehrungen getroffen, die die persönliche Sicherheit gewährleisten sollten. Ein stärkeres Aufgebot von Schutzmannschaften sei in die betreffenden Bezirke entsandt worden. Wenn es notwendig werden sollte, werde die Regierung auch auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung Demonstrationen verbieten. (Vgl. „Berliner Morgenpost" vom 2. August, „Frankfurter Zeitung" vom 1. August und „Die Rote Fahne" vom 3. August.)

Es wird abgewartet werden müssen, ob die sächsische Regierung sich in der Lage zeigt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Sollte das nicht der Fall sein, so glaube ich nicht, daß das Eingreifen des Reichs (Artikel 48 der Reichsverfassung) sich noch vermeiden läßt.

Zunächst schlage ich vor:

I. Ernstes Schreiben an die sächsische Regierung unter Hinweis auf die zahlreichen oben wiedergegebenen Vorfälle. Hinweis namentlich auch darauf, daß kommunistische Hundertschaften durch starke Terrorakte Lohnverhandlungen zu beeinflussen suchten; dies sei doch kein Schutz der Republik, dem die Hundertschaften nach den Erklärungen der sächsischen Regierung

dienen sollen. Ferner würde um Aufklärung zu ersuchen sein, warum die Polizei in verschiedenen Fällen überhaupt nicht eingeschritten sei. Bezüglich der Zustände im Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Revier würde noch besonders die sächsische Regierung darauf aufmerksam zu machen sein, daß sie auf Grund früherer Anfragen von uns zweimal (mit Schreiben vom 10. Januar und mit Schreiben vom 23. Februar 1923) uns erklärt hat, es seien im Zwickauer Revier nunmehr die erforderlichen Anordnungen getroffen, so daß für die Zukunft die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Zwickauer Kohlenbezirk gewährleistet erscheine. Ferner würde von der sächsischen Regierung zu fordern sein, daß die Strafverfahren gegen alle Schuldigen energisch durchgeführt werden und nicht wieder Niederschlagungen und Begnadigungen eintreten.

II. Mitteilungen an den Verband Sächsischer Industrieller und die Arbeitgebervereinigung Erzgebirgischer Industrien. Sie möchten in jedem Falle sich wiederholende Terrorakte und Gewalttätigkeiten hierher mitteilen, ob sie polizeiliche Hilfe erbeten und ob und unter welchen Umständen sie gewährt oder versagt sei. Gegen alle Schuldigen müßte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet und verfolgt werden, ob die Verfahren durchgeführt werden. Für den Fall, daß dies nicht geschieht, soll hierher Mitteilung gemacht werden.

III. Mitteilung an den Herrn Reichsjustizminister wegen der Handhabung der Strafrechtspflege in Sachsen.

IV. Mitteilung an den Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei von dem Veranlaßten . . .

[unleserl. Unterschrift]

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Reichsministerium des Innern, Nr. 132114, Bd. 1, Bl. 50/51.

13. Telegramm des Reichsinnenministers an das sächsische Ministerium des Innern vom 8. August 1923 mit der Aufforderung, die Polizei gegen die kämpfenden Arbeiter einzusetzen

Bergbauverein zwickau drahtet hierher dass forderungen wilder streikleitung abgelehnt werden mussten und begründete besorgnis ernster unruhen besteht / auch nach bericht reichskohlen-

kommissars lage im zwickauer revier infolge kommunistischer terrorakte sehr bedenklich / aus erzgebirgischem industriegebiet werden ebenfalls terrorakte namentlich unter mitwirkung kommunistischer hundertschaften hierher berichtet / über mangelnden polizeischutz wird vielfach geklagt / bitte dringend für schutz gesamter bevölkerung sorge zu tragen und polizei zu energischem vorgehen gegen gewaltakte anzuweisen / reichsinnenminister auftrag kuenzer.

Sächsisches Landeshauptarchiv, Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 11112, Bl. 154.

14. Schreiben der Landtagsfraktion der KPD an das Präsidium des Sächsischen Landtages mit der Aufforderung nach sofortiger Einberufung des Parlaments

An das Präsidium des Sächsischen Landtages, Dresden.
Die Not der Bevölkerung wächst ins grenzenlose. Die Erwerbslosen bekommen jetzt eine wöchentliche Unterstützung, für die sie sich gerade ein Pfund Margarine kaufen können. Cuno ist mit seiner Politik vollständig bankrott. So kann es keinen Tag weitergehen. Die sächsischen Arbeiter verlangen entscheidende Maßnahmen zur sofortigen Besserung ihrer Lage.
Der Sächsische Landtag hat in dieser Periode die Pflicht, sofort zusammenzutreten und durch einschneidende Maßnahmen die Verhältnisse zu ändern. Die Haltung der Regierung in den letzten Wochen und der sächsische Bergarbeiterstreik machen den Zusammentritt des Landtages zur zwingenden Notwendigkeit. Die kommunistische Landtagsfraktion fordert deshalb das Präsidium des Sächsischen Landtages auf, den Landtag sofort einzuberufen.
Mit kommunistischem Gruß!
Landtagsfraktion der KPD
I. A.: Paul Böttcher

„Der Kämpfer", 9. August 1923.

15. Aufruf des Kontrollausschusses von Oelsnitz vom 9. August 1923 an die Arbeiter, Beamten, Landwirte und Geschäftsleute zur Unterstützung der Sammelaktion für die streikenden Bergarbeiter

Aufruf!
Alle Geschäftsleute, Landwirte und alle Beamten und Arbeiter, die noch im Arbeitsverhältnis stehen, fordern wir auf, die im Streik stehenden Bergarbeiter durch Lebensmittel- und Geldspenden tatkräftig zu unterstützen. Um Plünderung zu verhüten, sehen wir uns genötigt, die so schmählich um ihren Lohn Betrogenen zu unterstützen und für sie eine umfangreiche Sammlung vorzunehmen.
Durch Ausweis berechtigte Personen des Kontrollausschusses werden bei ihnen vorsprechen und die Sammlung in die Wege leiten.
Jeder gerecht denkende Mensch gebe reichlich.
Der Kontrollausschuß Oelsnitz
I. A.: E. Hellwig, R. Müller

„Stollberger Anzeiger und Tageblatt", 9. August 1923.

16. Schreiben des Bergbaulichen Vereins zu Zwickau vom 9. August 1923 an den Reichspräsidenten Ebert mit der Aufforderung, den Bergarbeiterstreik im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier mit allen Mitteln niederzuschlagen

An den Herrn Reichspräsidenten Berlin, den 9. August 1923
Herr Reichspräsident!
Die unterzeichnete wirtschaftliche Vertretung des sächsischen Steinkohlenbergbaus hält es für ihre Pflicht, die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß im sächsischen Steinkohlengebiet staatsgefährliche Zustände bestehen. Die Hauptursache ist der seit dem 25. Juli andauernde wilde Bergarbeiterstreik, der von den Gewerkschaften öffentlich verurteilt worden ist und der durch das Zusammentreffen mit Ausstandsbewegungen in anderen Industrien eine so zugespitzte Lage geschaffen hat, daß jede Stunde Unruhen entstehen können, denen gegenüber die Staatsautorität sich nur dann durchsetzen kann, wenn sie alle zur Ver-

fügung stehenden Machtmittel einsetzt. Das ist in Sachsen nicht der Fall.

Trotzdem eine große Anzahl nach dem Strafgesetzbuch zu verfolgender Fälle vorliegen, zögert die sächsische Regierung, die Polizeigewalt einzusetzen. Wir verweisen auf das eingehende Material, was wir dem Reichsministerium des Innern bereits zugestellt haben und in dem Fälle von Freiheitsberaubung, Bedrohungen, Mißhandlungen, Sabotageversuche u. a. m. erwähnt sind. Wir fügen zur Ergänzung weiter folgendes an: Geplündert wurde ein Margarinemagazin des Großhändlers Häuser in Zwickau. Von verschiedenen Industriellen wurden größere Geldbeträge erpreßt (Direktor Illgen und Frau Bergrat Wiede). Weitere Erpressungen fanden Gastwirten gegenüber statt (Bier im Betrage von 600 000 Mark im Schwanenschloß in Zwickau). In anderen Gastwirtschaften wurden die Gäste unter Bedrohung gezwungen, das Lokal zu räumen.

Es haben weiter Bergarbeiteraufzüge in militärischer Ordnung von einem in das andere Revier stattgefunden, begleitet von großen Radfahrerabteilungen, vielen Fahnen und mehreren Musikkapellen. Die Demonstrationen führten zur mehrfachen Belagerung des Bürogebäudes des Bergbaulichen Vereins, das der unterzeichnete Geschäftsführer seit Tagen nicht mehr betreten kann. Sogar die Tarifangestellten wurden mit Mißhandlungen bedroht und ihnen ein Telegramm an das Reichsarbeitsministerium abgepreßt. Vor den Demonstranten mußten sogar die Gewerkschaftsvertreter aus ihren Büros flüchten.

Die Streiklage ist insofern kritisch, als die Verhandlungsmöglichkeiten zwischen den Beteiligten erschöpft sind und die Gewerkschaften die Forderungen nicht mehr vertreten. Trotzdem tritt das Arbeitsministerium in Dresden mit Nachdruck für die Erfüllung der Forderungen der Streikleitung ein.

Der unterzeichnete Verein ist gestern beim sächsischen Innenministerium vorstellig geworden, um ein Verbot der Demonstrationen nach Art. 123 der Reichsverfassung zu erreichen, da es nur hierdurch möglich erscheint, daß die Arbeitswilligen zur Arbeit zurückkehren können. Der Minister hat dies abgelehnt mit der Begründung, daß die polizeilichen Machtmittel in Sachsen zur Durchführung eines solchen Verbotes nicht ausreichen, da eine Gärung im ganzen Lande festzustellen sei und da er andererseits die Rechte der Arbeiterschaft, zu demonstrieren, nicht beschnei-

den könne, bis nicht konkrete Fälle von Tätlichkeit vorlägen. Der Bescheid des sächsischen Ministers ist durchaus unbefriedigend. Die Lage erfordert nach unserer Auffassung ein sofortiges Handeln. Die Bergwerke befinden sich durch den langen Streik schon in einem furchtbaren Zustand, der eine lang anhaltende Schädigung der Förderung nach sich ziehen wird. Sollten irgendwie Sabotageakte hinzukommen, müßte mit einem Ausfall der sächsischen Steinkohlenförderung bis auf weiteres gerechnet werden. Da die Streikleitung in einem Schreiben versteckt mit der Einstellung der Notstandsarbeiten gedroht hat, wird sich möglicherweise der Einsatz der Technischen Nothilfe nötig machen, die nur unter wirksamem militärischem Schutz zu arbeiten in der Lage ist.

Wir bitten daher dringend, angesichts des Versagens der sächsischen Regierung, von Reichs wegen entsprechend der vom Herrn Reichskanzler gestern in seiner Rede gemachten Zusage mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im südwestsächsischen Industriegebiet Sorge tragen zu wollen.

Die von uns vertretene Auffassung von der Lage wird von den Herren Reichstagsabgeordneten Dr. Barth, Zwickau, und Findeisen, Plauen, geteilt. Da in Sachsen zur Zeit eine Sicherheit der Person kaum gewährleistet ist, bitten wir, diese Eingabe vertraulich zu behandeln.

Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V.
Die Geschäftsführung
gez. Dr. May

P. S. Abschrift dieses Schreibens ist an den Herrn Reichskanzler, den Herrn Reichsarbeitsminister, den Herrn Reichswirtschaftsminister, den Herrn Reichsminister des Innern und den Herrn Reichskommissar für die Kohlenverteilung gegangen.

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Reichsministerium des Innern, Nr. 13 216, Bl. 154/155.

17. Entschließung der Mitgliederversammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Zwickau am 10. August 1923 mit den Forderungen nach Rücktritt der Regierung Cuno und Bildung einer Arbeiterregierung

Die in drei Mitgliederversammlungen versammelten Metallarbeiter des Wirtschaftsbezirkes Zwickau verurteilen aufs schärfste die von der Regierung Cuno eingeschlagene Wirtschaftspolitik, die das gesamte deutsche Volk an den Rand der Verzweiflung bringt, ganz besonders die von ihr geradezu fanatisch verfolgte Ruhrpolitik. Die Cuno-Regierung trägt die Verantwortung für die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, die ihren Niederschlag in der Entwicklung der Währungs- und Preisbildung finden. Sie begünstigt offen das Finanz- und Industriekapital und führte somit die Verelendung der großen Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger herbei.

Daher fordern wir:

1. a) den sofortigen Abtritt der Regierung Cuno;
   b) die Aufgabe der Ruhrpolitik, die sich ausdrückt in einer Sabotage der Verständigungspolitik in der Reparationsfrage;
   c) gerechte Verteilung der Lasten infolge der Reparationspflicht;
   d) zu diesem Zwecke Erfassung der Sachwerte, Einziehung von einem Teil der Unternehmergewinne, Stillegung der immerfort arbeitenden Notenpresse, Erhebung von wertbeständigen Steuern;
2. a) Sicherstellung der Ernährung;
   b) Aufgabe der freien Wirtschaft und Einführung der Zwangsbewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel;
   c) Sicherstellung des Arbeitseinkommens nach einem festen Index, der sich der Teuerungsentwicklung anpaßt und der die Lohn- und Gehaltsempfänger vor der dauernden Geldentwertung schützt;
   d) Bildung einer Arbeiterregierung.

„Sächsisches Volksblatt", 13. August 1923.

18. Politisches Rundschreiben Nr. 18 des Politischen Büros der Zentrale der KPD vom 10. August 1923 an alle Bezirke über die Vorbereitung des Generalstreiks gegen die Cuno-Regierung

In Berlin eine mächtige spontane Massenbewegung, passive Resistenz und Streik. Am Sonnabend findet eine vom 15er-Ausschuß der Betriebsräte einberufene Betriebsrätevollversammlung statt. Die Versammlung wird einen zunächst auf drei Tage befristeten Generalstreik beschließen, der noch Sonnabend beginnen soll. Es wird abhängen von dem Verlauf der Bewegung und von der Bewegung im Reich, ob der Streik dann weitergeführt wird. Die Forderungen sind folgende:

Einen konkreten Vorschlag für den Friedensreallohn (60 Goldpfennig Stundenlohn als Basis, multipliziert mit dem Teuerungsindex der „Roten Fahne"); 10 Millionen Wirtschaftsbeihilfe; Sturz der Regierung Cuno; Arbeiter-und-Bauern-Regierung; Beschlagnahme der Lebensmittel und Verteilung durch Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften und einige lokale Forderungen.

Die bisherigen Meldungen aus dem Reich zeigen eine ähnliche Situation wie in Berlin. Überall spontane Bewegungen, passive Resistenz und Ausstände. Es gilt, diese Bewegungen planmäßig zusammenzufassen und sie zu führen. Der Berliner Streik und die Forderungen der Berliner Betriebsräte müssen ausgenutzt werden zur Steigerung und Ausdehnung der Bewegung im Reiche. Überall muß von uns darauf hingearbeitet werden, daß die Ortsausschüsse des ADGB sich an die Spitze der spontanen Bewegung stellen. Wo dies nicht geschieht, und es darf dort, wo die Bewegung spontan ist, keine Zeit mit langen Verhandlungen verloren werden, müssen die Betriebsausschüsse die Bewegungen leiten und organisieren.

Die Zentrale wird nach Einschätzung der Stärke der Bewegung am Sonnabend, am Sonntag einen offiziellen Aufruf herausbringen. Bei dieser Bewegung müssen die Kontrollausschüsse, die Hundertschaftsbewegungen forciert werden. Schupo und Reichswehr müssen durch dazu bestimmte Genossen bearbeitet werden. Ebenso [müssen] das Kleinbürgertum, Landarbeiter und Kleinbauern für die Bewegung gewonnen werden.

Es läßt sich heute noch nicht absehen, in welchem Maße die Bewegung gesteigert und wohin sie gebracht werden kann. Auf jeden Fall muß der gesamte Parteiapparat eingespannt werden,

alle Vorbereitungen [müssen] getroffen werden zur illegalen Arbeit. Ebert hat bereits den Belagerungszustand erklärt. Es besteht die Möglichkeit, daß die Regierung Cuno unter dem Druck der Bewegung gestürzt und durch die große Koalition ersetzt wird. Die SPD wird vielleicht versuchen, die Massenbewegung durch Eintritt in die Regierung abzubremsen. — Es werden täglich Berichte an die B[ezirks]L[eitungen] von uns hinausgegeben. Die BL müssen ebenfalls täglich genaue Situationsberichte an uns schicken.

Pol[itisches] Büro

Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Zentrales Parteiarchiv, Sign. 3/1/27, Bl. 59.

19. Aufruf des Landesvorstandes Sachsen der KPD vom 11. August 1923 an die Beamten, Lehrer, Ärzte, Ingenieure und Kleingewerbetreibenden

An den verelendenden Mittelstand!

An die Beamten, Lehrer, Ärzte, Ingenieure, Kleingewerbetreibenden!

Wollt ihr weiter untätig, verzweifelnd, fatalisiert dem Elend und der Not, in der ihr euch befindet, gegenüberstehen? Wollt ihr dulden, daß, während eure Frauen und Kinder unterernährt sind und kaum die Mittel aufbringen können, sich die notwendigen Kleidungsstücke zu kaufen, die deutschen Finanzkönige, Industriellen, Großagrarier sich maßlos bereichern? Könnt ihr ruhig mit ansehen, daß, während das deutsche Volk das ärmste Volk der Welt geworden ist, der Finanzkönig Stinnes der reichste Mann des europäischen Festlandes wird? Durch die systematisch betriebene Markentwertung hat Stinnes eure Ersparnisse in seine Tasche gebracht. Die Geldentwertung hat euch eure Sparpfennige genommen, von denen ihr im Alter leben wolltet, sie entzieht euch heute auch die Mittel, eure kleinbürgerliche Existenz aufrechtzuerhalten. Während alle Lager strotzend voll von Waren sind, während die Felder in üppiger Fülle stehen, leidet ihr Mangel an den allernotwendigsten Bedarfsartikeln und Nahrungsmitteln.

Beamte!
Vergleicht bei einem Dollarstand von 5 Millionen Mark euer reales Einkommen mit eurem Friedensgehalt! Ist es für euch und eure Familie möglich, bei den Goldpreisen der Waren mit den Papierlappen eurer Gehälter zu existieren?
Lehrer!
Könnt ihr euren schweren Erzieherberuf ausüben, wenn ihr, selbst unterernährt, hungernde Kinder der Arbeiterklasse und des Mittelstandes unterrichten sollt?
Ärzte!
Eure Berufsfreudigkeit ist dahin, wenn ihr seht, daß euch eure Praxis nicht mehr ernährt. Die Verelendung der Mittelschichten hat die Einnahmen der Privatpraxis auf ein Minimum herabgedrückt. Ihr müßt von der Krankenkassenpraxis leben. Für das verflossene Vierteljahr habt ihr durchschnittlich nicht einmal 2 Millionen Mark erhalten. Von diesem Geld sollt ihr ein Vierteljahr mit eurer Familie leben und obendrein noch Instrumente und Bücher kaufen.
Ingenieure!
Ihr seid die Leiter der Produktion! Werdet ihr aber für eure wertvolle Arbeit entsprechend entlohnt? Seid ihr heute nicht genauso ausgebeutet wie die Lohnarbeiter? Ihr seht täglich bei eurer Tätigkeit, welch ungeheure Gewinne die Trusts und Aktiengesellschaften machen, gerade dadurch, daß ihr und die Arbeiter so schlecht entlohnt werdet.
Kleingewerbetreibende!
Eure Betriebe drohen zusammenzubrechen. Die Geldentwertung hat euch das kleine Kapital, welches ihr zur Aufrechterhaltung des Betriebes braucht, vernichtet. Ihr könnt keine Rohstoffe mehr aufkaufen. Ihr steht vor dem Ruin. Wem habt ihr euer Elend zu verdanken? Ihr schaut nach dem Westen und sagt: den Franzosen! Und doch ist eure Annahme nur zum Teil richtig. Der Feind steht im eigenen Lande.
Er ist das deutsche Großkapital und seine Regierung. Die Kapitalistenklasse und ihre Regierung führen den sogenannten Widerstand gegen die Franzosen einseitig auf Kosten der breiten Arbeitermassen und des Mittelstandes. Durch Noten drucken, durch Geldentwertung ziehen sie ungeheure indirekte Steuern aus diesen Schichten, während sie zur selben Zeit die geleistete Arbeit mit Hungerpfennigen bezahlen. Ist aber ein Widerstand gegen

den Landesfeind möglich, wenn man das Volk in das Elend und die Verzweiflung treibt, während die Kapitalisten sich genau wie während des Krieges bereichern?

Landesverräter sind die Finanzkönige. Ihr Nationalismus ist nichts als eine elende Phrase.

Nur eine Partei, die Kommunistische Partei, vertritt heute die Interessen der Nation. Sie allein ist imstande, das Chaos im Innern zu beseitigen und dem äußeren Feind wirksam zu begegnen. Sie allein kann im Interesse der Nation zur Expropriation des Großkapitals schreiten. Sie allein kann an Stelle der freien Wirtschaft, die zu Wucher, Schieberei und Warenzurückhaltung geführt hat, die planmäßige Wirtschaft einführen.

Die Kommunistische Partei bedeutet nicht das Chaos, wie euch die bürgerlichen Blätter erzählen; sie bedeutet die neue Ordnung. Seht euch die Arbeiterdemonstrationen an, seht euch die Hundertschaften an! Herrscht in den Reihen des Proletariats nicht eine bewundernswerte Organisationskraft und Disziplin? Hier lebt die neue Kraft, die allein imstande ist, Deutschland vor dem Untergang zu bewahren.

Wo ist eure Partei? An der Seite der Wucherer und Schieber, an der Seite der Finanzkönige, beim Faschismus oder an der Seite der Arbeiterklasse? Wovon lebt ihr? Lebt ihr nicht einzig und allein von eurer Arbeit? Deshalb gehört ihr Kopfarbeiter in die gemeinsame Front des Proletariats, in die gemeinsame Front der Hand- und Kopfarbeiter, die unter Führung der KPD gegen den Klassenfeind kämpft!

Darum verzweifelt nicht. Bleibt nicht fatalistisch gegenüber eurer ungeheuren schweren Lage. Schließt euch an die Arbeiterklasse, an die KPD an. Kämpft mit ihr gegen die Volksfeinde und baut zusammen mit ihr ein neues, freies, besseres Deutschland auf. Die KPD ist die Partei, welche die Voraussetzungen für ein Deutschland schaffen kann, in dem sich alle Arbeitenden wohlfühlen!

Die KPD ist die Kraft, welche eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung, Erfassung der Sachwerte, Bündnis mit Sowjetrußland, in der Einheitsfront mit allen, die nicht von der Ausbeutung Dritter leben, gegen den Kapitalismus durchzusetzen vermag!

Schließt euch dem berechtigten Kampf der arbeitenden Massen an!

Dresden, am 11. August 1923 Landesvorstand Sachsen der KPD

„Der Kämpfer", 15. August 1923.

20. Entschließungen des Vorstandes des Bezirksverbandes Zwickau-Plauen der VSPD vom 15. August 1923 gegen den Beschluß der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über den Eintritt von Sozialdemokraten in eine Regierung der großen Koalition.

Der Bezirksvorstand der VSPD, Bezirk Zwickau - Plauen, am 15. August 1923 in Zwickau versammelt, stellt mit tiefem Bedauern fest, daß auf Beschluß einer schwachen Fraktionsmehrheit, ohne eine größere Parteikörperschaft zu befragen, eine Regierung der großen Koalition gebildet worden ist, die seiner Meinung nach keinerlei Gewähr für eine Erfüllung der proletarischen Forderungen, wie sie in seiner Entschließung vom 7. August enthalten sind, bietet.

Die Regierungserklärung des Kabinetts Stresemann beweist klar, daß es der Fraktion nicht gelungen ist, auch die von ihrer Mehrheit aufgestellten Mindestforderungen durchzusetzen. Der Bezirksvorstand ist auch der Meinung, daß die Besetzung des Wirtschafts-, Ernährungs- und Reichswehrministeriums jede Kursänderung unglaubhaft macht. Er steht daher dieser Regierung mit starker Kritik und starkem Mißtrauen gegenüber, lehnt nach wie vor jede Koalition im Reiche ab und besteht auf seiner Forderung nach schleuniger Klärung der monatelang akuten Frage der großen Koalition auf einem in kürzester Frist zu berufenden Parteitag.

Er schließt sich andererseits aber der Erklärung der Fraktionsminderheit an, indem er die Parteigenossen aufruft, fest zur Partei zu stehen und den Kampf weiter in der Partei zu führen. Nur die Unversehrtheit und Geschlossenheit der proletarischen Organisationen ist eine Gewähr dafür, daß der notwendige Kampf gegen die Verelendung der Massen erfolgreich geführt werden kann. Die Haltung der Fraktionsmehrheit kann nach Ansicht des Bezirksvorstandes keinerlei Einfluß auf die Einstellung der Partei zur sächsischen Politik ausüben.

Der Bezirksvorstand mißbilligt die Haltung der Reichstagsabgeordneten unseres Bezirks, die für die große Koalition gestimmt haben oder bei den entscheidenden Sitzungen der Reichstagsfraktion nicht anwesend waren.

„Sächsisches Volksblatt", 16. August 1923.

21. Bericht der Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland der KPD vom 20. August 1923 an die Zentrale der KPD über die Generalstreikbewegung im Bezirk Erzgebirge-Vogtland vom 12. bis 19. August 1923

Die Stimmung der Arbeiter vor der Aktion

Seit mehreren Wochen, ungefähr seit Anfang Juli, hatten wir in unserem Bezirk sehr lebendige Bewegungen der Arbeiterschaft gegen die Teuerung. Diese Bewegungen hatten alle zum Ziel Erhöhung der Löhne, Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen, Kampf gegen Wucher und Teuerung. Die Partei hat die Bewegungen ergänzt durch die Forderungen Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion, Sturz der Regierung Cuno, für die Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Den Höhepunkt und den größten Umfang hatte diese Bewegung in der Woche vom 5. bis 12. August. Im ganzen Wirtschaftsbezirk Chemnitz und Wirtschaftsbezirk Limbach, im oberen Erzgebirge und in Annaberg, ebenso im Zwickauer Wirtschaftsgebiet, in Werdau und im Lugau-Oelsnitzer Revier haben in dieser Woche während der Arbeitszeit große Kundgebungen der Arbeiter stattgefunden. Diese Bewegungen endeten überall mit einem Erfolg der Arbeiter. In Chemnitz setzte man für alle Arbeiter eine Wirtschaftsbeihilfe von 11 Millionen Mark durch. Im oberen Erzgebirge wurden 5 Millionen Mark gezahlt und die Löhne für die Woche vom 5. bis 12. auf 300 000 Mk. pro Stunde erhöht. In Limbach wurde eine Wirtschaftsbeihilfe von 5 Millionen und eine Lohnerhöhung durchgesetzt. Im Werdauer Wirtschaftsbezirk wurde für die zurückliegende Zeit ein Stundenlohn von 300 000 Mk. für alle Arbeiter durchgesetzt.

Bei all diesen Kundgebungen wurden die Erfassung der Sachwerte, die Kontrolle der Produktion, der Sturz der Regierung Cuno und die Bildung einer Arbeiterregierung gefordert.

Die Bewegung, die im oberen Erzgebirge ihren Ausgang nahm, hat sich überallhin verbreitet. Die Arbeiter holten die Unternehmer aus ihren Wohnungen, führten sie im geschlossenen Zuge zum Verhandlungssaal, und unter dem Druck der Arbeiter gingen die Verhandlungen sehr schnell und vorteilhaft vonstatten. In diesem Sinne gingen die Arbeiter im oberen Erzgebirge, in Chemnitz, in Werdau und in Limbach vor.

Die Ursache der Erregung der Arbeiter

Die ungeheure Teuerung und vor allen Dingen die sehr starke Nahrungsmittelnot sind die Hauptursachen der Erregung der Arbeiter. Kartoffeln waren seit längerer Zeit nicht zu haben, ebenso andere Nahrungsmittel, Hülsenfrüchte, Reis usw., nur in beschränkten Mengen. Durch die Tätigkeit der Kontrollausschüsse wurden einige große Margarinelager entdeckt, [deren Bestände] unter dem Druck der Massen zu 80 000 und 150 000 Mk. pro Pfd. verkauft wurden.

Die Wirkung der Generalstreikparole

Wir konnten leider erst am Montag im „Kämpfer" die Generalstreikparole bekanntgeben. Das ist vor allen Dingen auf die sehr schlechte Berichterstattung und Benachrichtigung der Redaktionen durch die Zentrale zurückzuführen. Es ist doch sicher anzunehmen, daß die Zentrale bereits am Donnerstag oder am Freitag von dem Vorgehen der Betriebsrätezentrale unterrichtet gewesen sein muß. Als wir von der Generalstreikparole Nachricht erhielten, haben wir sofort alle Funktionäre der Kommunistischen Partei zusammengeholt und unser Vorgehen durchgesprochen. Die Generalstreikparole wurde von unseren Genossen und einem großen Teil der Indifferenten lebhaft begrüßt. Die sozialdemokratischen Arbeiter hielten sich sehr zurück. Die sozialdemokratische Führerschaft und die Gewerkschaftsbürokratie wendete sich mit aller Schärfe gegen den Generalstreik.

Umfang des Generalstreiks

Am Montag, dem 13., fanden in allen größeren Orten unseres Bezirkes in den Betrieben Betriebsversammlungen statt. Außerdem in Werdau, Zwickau, Oelsnitz / i. E., Annaberg, Oelsnitz / i. V. In Chemnitz haben einige Betriebe und die Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, andere Betriebe schickten Delegationen zur Betriebsrätezentrale und forderten für Montag abend die Einberufung einer Betriebsrätevollversammlung.

Am Dienstag, dem 14., wurde der Generalstreik durchgeführt im ganzen Werdauer Wirtschaftsbezirk, in Hohenstein-E., Oberlungwitz, Wüstenbrand, Flöha, Falkenau, Plaue, Limbach, Oelsnitz / i. V., Hartha, im Lugau-Oelsnitzer Revier streikte ein großer Teil der Bergleute. Die Betriebsrätevollversammlungen, die Stellung nehmen sollten zum Generalstreik, fanden statt in Aue für das ganze obere Erzgebirge, in Döbeln, Burgstädt, Oelsnitz / i. V. und Auerbach / i. V.

Die Betriebsrätevollversammlung in Chemnitz am Montag abend war sehr stark besucht. Der Generalstreik wäre sicher beschlossen worden. Der Führer des Gewerkschaftskartells, Franz, verhinderte diesen Beschluß, veranlaßte, daß die Sozialdemokraten die Versammlung verließen und machte so eine einheitliche Stellungnahme unmöglich. Am Dienstag wurde in allen Betrieben zu dem Vorgehen des Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Stellung genommen. Die Belegschaften von mehreren Betrieben legten die Arbeit nieder, demonstrierten vor dem Volkshaus und forderten, unterstützt von Delegationen aus fast allen Betrieben, erneut die Einberufung der Betriebsrätevollversammlung. Diesem Druck nachgebend, wurde die Betriebsrätevollversammlung für Mittwoch, vormittag ½ 10 Uhr, einberufen. Die Belegschaften von 18 Betrieben und die gesamten Bauarbeiter hatten an diesem Tage die Arbeit niedergelegt; sie demonstrierten vor dem Versammlungslokal der Betriebsräte und forderten durch eine Delegation die Proklamation des Generalstreikes. Diese Betriebsrätevollversammlung war trotz des ablehnenden Beschlusses ein Erfolg für unsere Partei. 1080 Betriebsräte hatten sich für den Generalstreik, 1287 gegen den Generalstreik entschieden. Dieser Beschluß kam vor allen Dingen deswegen zustande, weil der Sprecher der Sozialdemokraten den Aufruf der Betriebsräte und der Partei, der zur Arbeitsaufnahme aufforderte, verlesen konnte.

Am Mittwoch war der Generalstreik allgemein im Burgstädter Wirtschaftsgebiet für die Ortschaften Hartmannsdorf, Göppersdorf, Burgstädt, Markersdorf, Taura.

Im oberen Erzgebirge fanden am Mittwoch während der Arbeitszeit nie gesehene Kundgebungen der Arbeiter statt. In Aue, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt demonstrierten je 15 000 Arbeiter. In Schneeberg-Neustädtel, in Lößnitz und in Zwönitz waren 8 — 10 000 Arbeiter auf der Straße. Im oberen Erzgebirge erkämpften sich die Arbeiter einen Stundenlohn von 560 000 Mk. Im Bezirk Döbeln, Pockau-Lengefeld und Annaberg fanden große Demonstrationen statt, die überall durch weitgehende Zugeständnisse der Unternehmer beendet wurden.

Der Umfang der Generalstreikbewegung war allgemein; in allen Gebieten des Bezirkes wechselten Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Streiks ab. Überall endeten die Bewegungen mit Erfolg.

Ereignisse während des Generalstreiks

Während der ganzen Generalstreikbewegung kam es zu außerordentlichen Zusammenstößen nicht. In Auerbach / i. V., wo man die Gendarmerie aufgeboten hatte, wurde sie auf Veranlassung und Aufforderung der Demonstranten zurückgezogen. Überall wurde die Sicherheit der Kundgebungen von den Hundertschaften übernommen.

Wir haben bei diesen Kundgebungen Wirtschaftsbeihilfen und Lohnerhöhungen durchgesetzt, außerdem erklärte sich das Unternehmertum fast überall bereit, Devisen zur Beschaffung von Nahrungsmitteln zur Verfügung zu stellen. Die höchste Wirtschaftsbeihilfe setzten die Arbeiter in Auerbach / i. V. durch, nämlich 20 Millionen Mk., dann folgt Chemnitz mit 11 Millionen Mk. Die höchsten Lohnerhöhungen erreichte das obere Erzgebirge.

Die Wirkung der Berliner Beschlüsse

Von einem Teil unserer Parteigenossen wurde der Beschluß, den Generalstreik abzubrechen, verurteilt. Der größte Teil jedoch billigte diesen Beschluß und hielt ihn für richtig. Im allgemeinen wurde dem Beschluß Folge geleistet und die Arbeit am Mittwoch, Donnerstag, spätestens am Freitag wieder aufgenommen. Als besonderen Erfolg dieser Bewegung möchten wir hervorheben, daß Maßregelungen im größeren Umfang nicht erfolgt sind. Von sozialdemokratischer Seite wird unter den Arbeitern die Ansicht verbreitet, daß die Wirtschaftsbeihilfen und die gewaltigen Lohnerhöhungen dazu führen müssen, daß die Unternehmer ihre Betriebe schließen und die Arbeiter arbeitslos werden. Deshalb ermahnen die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter zur Mäßigung.

Die Stimmung der Arbeiter nach dem Streik

Wir können überall feststellen, daß auch diese Bewegung dazu beigetragen hat, daß die Sympathien der Arbeiter zur Partei zunehmen. Eine Mißstimmung ist nicht festzustellen. Überall kommen uns die Arbeiter mit größtem Vertrauen entgegen, während den sozialdemokratischen Führern mit größtem Mißtrauen begegnet wird.

Mit kommunistischem Gruß

Robert Siewert

Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Zentrales Parteiarchiv, Sign. 17/1/151, Bl. 28–30.

Chronik eines Massenstreiks im Sommer 1923

25. Juli

Beginn des Bergarbeiterstreiks im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, des ersten und größten Massenstreiks im Jahre 1923 in Sachsen gegen die Verelendungspolitik der Monopole und ihre Regierung, der bedeutendsten Einheitsfrontaktion der Bergarbeiter dieses Gebiets unter Führung der KPD und der revolutionären Betriebsräte in der Periode von der Novemberrevolution bis 1945. Der Streik entbrennt auf den Schächten des Zwickauer Reviers und breitet sich schnell aus. Die Streikenden lehnen das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen in Berlin vom 16. Juli ab und fordern eine Wirtschaftsbeihilfe von 500 000 Mark. Eine Massenversammlung von 10 000 bis 12 000 Zwickauer Bergarbeitern beauftragt kommunistische, sozialdemokratische und unionistische Betriebsräte, direkte Verhandlungen über Lohnerhöhungen mit dem Bergbaulichen Verein einzuleiten. Sie formiert sich zu einem Demonstrationszug nach Zwickau, wo es zeitweilig zur Besetzung des Verwaltungsgebäudes des Bergbaulichen Vereins durch Bergarbeiter kommt.

Eine Konferenz der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands in Zwickau verlangt ebenfalls, die Löhne im Steinkohlenbergbau neu zu regeln.

26. Juli

Eine Massenversammlung von etwa 10 000 Bergarbeitern des Oelsnitzer Reviers in Oelsnitz erklärt sich mit den Bergarbeitern des Zwickauer Reviers solidarisch. Sie beschließt, die Führung des Kampfes einer Revierstreikleitung zu übertragen, in die als Vertreter des Bergarbeiterverbandes und der Union der Hand- und Kopfarbeiter kommunistische und sozialdemokratische Betriebsräte delegiert werden.

Auf Schächten des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers übernehmen die proletarischen Hundertschaften den Streikposten-Dienst. Insgesamt streiken fast 28 000 Bergarbeiter.

Gemeinsame Beratung von Vertretern der lokalen Leitungen der Arbeiterparteien, des Ortsausschusses des ADGB und des sozialdemokratischen Regierungskommissars in Zwickau. Die Teilnehmer senden ein Telegramm an die sächsische Regierung, in dem diese unter Berücksichtigung der Zuspitzung der Lage aufgefor-

dert wird, die Initiative zur Einberufung einer gemeinsamen Sitzung der Landesvorstände der Arbeiterparteien und des Landesausschusses des ADGB zu ergreifen.

27. Juli

„Der Kämpfer" veröffentlicht den Aufruf der Zentrale der KPD „An die deutsche Arbeiterklasse!", in dem dazu aufgefordert wird, trotz des Demonstrationsverbots in Preußen und anderen Ländern den 29. Juli als Antifaschistentag zu begehen.

Konferenzen der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers in Lugau und Zwikkau. Entgegen der Haltung der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes und ihrer Anhänger werden die Ergebnisse zentraler Lohnverhandlungen vom Vortage in Berlin abgelehnt. Es wird die Durchführung einer Streikurabstimmung unter den Belegschaften beschlossen. Zum Zeitpunkt der Konferenzen demonstrieren in Lugau etwa 8000 Bergarbeiter vor dem Tagungslokal, während auf einer Massenversammlung in Zwickau etwa 2000 Bergarbeiter gleichfalls ihre Kampfbereitschaft bekunden.

Eine Konferenz der Vertreter des Reichsverbandes deutscher Bergbauangestellter in Schedewitz fordert Neuregelung der Löhne und Gehälter.

Gemeinsame Beratung von Vertretern der lokalen Leitungen der Arbeiterparteien, des Ortsausschusses des ADGB und der Zentrale der Betriebsräte in Zwickau. Sie fordert die sächsische Regierung zur Entsendung eines Beauftragten für die Durchführung von Verhandlungen mit den lokalen Staatsorganen und den Unternehmern auf und beschließt, die Zwickauer Arbeiterschaft zu Massenversammlungen aufzurufen.

„Der Kämpfer" appelliert an die Arbeiterklasse, nach dem Vorbild der Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in ganz Sachsen die Einheitsfront zu schmieden und fordert von der Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe, sofort zugunsten der Bergarbeiter einzugreifen.

28. Juli

„Der Kämpfer" veröffentlicht den Aufruf des Landesvorstandes Sachsen der KPD zum Antifaschistentag am 29. Juli.

Streikurabstimmung unter den organisierten Bergarbeitern ergeben im Zwickauer Revier 92,8 Prozent, im Oelsnitzer Revier 83,1 Prozent der Stimmen für die Weiterführung des Kampfes. Fast 29 000 Bergarbeiter stehen im Streik.

Eine Belegschaftsversammlung der Oelsnitzer Betriebsabteilung des Konzerns Deutschland verlangt die Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 2 Millionen Mark und die Bezahlung der Streikschichten. Die Belegschaftsversammlung der Betriebsabteilung Lugau des Konzerns Gottes Segen erklärt, bis zum Sturz der Regierung Cuno weiter streiken zu wollen.

Eine von revolutionären Betriebsräten der Bergarbeiter einberufene Konferenz von Betriebsräten und Funktionären der Zwikkauer Arbeiterschaft solidarisiert sich mit den Streikenden. Sie beschließt, die Zwickauer Arbeiter für den 30. Juli zu einer Massenkundgebung in Schedewitz aufzufordern und die Wahl einer Streikleitung für das Zwickauer Revier vorzubereiten.

29. Juli

Antifaschistentag im Streikgebiet. Im Zwickauer Revier demonstrieren etwa 10 000 Werktätige, im Oelsnitzer Revier 8000 unter den Losungen der KPD und gesichert von proletarischen Hundertschaften. Die Teilnehmer, darunter ungeachtet der ablehnenden Haltung sozialdemokratischer Führer ganze Ortsgruppen der VSPD, vereinen sich auf Kundgebungen in Lugau und Wilkau, wo Ernst Grube und andere führende Funktionäre der KPD zu den Massen sprechen. Vertreter der Chemnitzer Metallarbeiter und Bauarbeiter versichern den Bergarbeitern ihre Solidarität. In den Resolutionen werden die Verwirklichung der Sachwerterfassung und Produktionskontrolle, die Bildung einer Arbeiterregierung und das Bündnis mit der Sowjetunion gefordert. In Verbindung mit einer Solidaritätserklärung für die streikenden Bergarbeiter wird an die sächsische Regierung appelliert, gegen die Grubenherren vorzugehen.

Eine Funktionärskonferenz des Bergarbeiterverbandes in Zwikkau beschließt nach heftiger Auseinandersetzung, die Führung des Streiks zu übernehmen und zu diesem Zwecke in allen Zahlstellen sofort Streikbüros einzurichten. Sie fordert vom Bergbaulichen Verein die baldige Einführung der 14täglichen Lohnauszahlung sowie die Vordatierung der ab 20. Juli gültigen und ab 2. August noch in Aussicht stehenden Lohnerhöhungen auf den 10. bzw. 23. Juli.

30. Juli

Eine Massenversammlung von etwa 7000 Bergarbeitern und Arbeitern anderer Industriezweige sowie Erwerbslosen in Schedewitz bringt die Sympathien der Zwickauer Arbeiterschaft für die

Streikenden zum Ausdruck. Der Leiter der Union der Hand- und Kopfarbeiter im Braunkohlenrevier von Borna versichert die Kämpfenden der Solidarität der Arbeiter im sächsischen Braunkohlenbergbau. Die Teilnehmer demonstrieren anschließend durch Zwickau zum Rathaus, wo Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister erzwungen werden.

Solidaritätsstreik von über 2000 Metallarbeitern des Pöge-Werkes in Chemnitz für die Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. Kurzstreik der Bauarbeiter in Oelsnitz.

Die Bezirksleitungen des Bergarbeiterverbandes fordern zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, nachdem der Bergbauliche Verein die Erfüllung aller Forderungen der Funktionärskonferenz des Verbandes vom Vortage versprochen hatte.

31. Juli

Eine Massenversammlung von 12 000 bis 14 000 Bergarbeitern des Zwickauer Reviers in Schedewitz beschließt, den Streik fortzuführen, und wählt eine Revierstreikleitung, die sich aus kommunistischen, sozialdemokratischen und unionistischen Betriebsräten zusammensetzt. Sie stellt folgende neue Forderungen auf: Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 2 bis 6 Millionen Mark, sofortiger Lohnvorschuß, Bezahlung der Streiktage, achttägliche Lohnauszahlung. Es wird der Sturz der Regierung Cuno gefordert. Etwa 6000 Bergarbeiter demonstrieren durch Zwickau zum Rathaus, wo Bergarbeiterdelegierte mit dem Oberbürgermeister in Verhandlungen treten. Abordnungen der Streikenden veranlassen die Ausfahrt der auf einigen Schächten des Zwickauer Reviers teilweise wieder eingefahrenen Belegschaften.

Vollversammlung der Betriebsräte von Zwickau. Sie erklärt sich in einer Entschließung mit dem Kampf der Bergarbeiter solidarisch und sichert der neuen Streikleitung alle Unterstützung zu. Die sächsische Regierung wird zum Eingreifen gegen den Bergbaulichen Verein aufgefordert. Entsprechend einem Antrag von Ernst Grube gelangt eine weitere Entschließung zur Annahme, in der der Bundesvorstand des ADGB und die Berliner Betriebsrätezentrale aufgefordert werden, alle Macht für einen erfolgreichen Ausgang des Bergarbeiterstreiks einzusetzen.

In vielen Zwickauer Betrieben wird von den Arbeitern beschlossen, einen Tageslohn an die Streikkasse der Bergarbeiter abzuführen.

Der Bergbauliche Verein fordert in einem Schreiben an die Kreis-

hauptmannschaft Zwickau Polizeimaßnahmen gegen die Streikenden.

1. August

„Der Kämpfer" veröffentlicht den Aufruf der Zentrale der KPD „An die werktätige Bevölkerung Deutschlands!", in dem die Bilanz des Antifaschistentages gezogen und zum verstärkten Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Cuno-Regierung und die Bildung einer Arbeiterregierung aufgefordert werden.

Vollversammlung der Betriebsräte der Union der Hand- und Kopfarbeiter und der gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter des Oelsnitzer Reviers. Sie tritt für die Weiterführung des Streiks ein und besteht auf der Bezahlung der Streikschichten. Es wird die Einberufung einer Konferenz der Betriebsräte der Bergarbeiter des gesamten Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers beschlossen und die Bildung einer Zentralstreikleitung für beide Reviere vorgeschlagen.

Die Bergarbeiter des Oelsnitzer Reviers verlangen in sechs Massenversammlungen die Weiterführung des Streiks. Ernst Grube vertritt in Verhandlungen mit dem Aufsichtsrat des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins die Forderungen der Bergarbeiter.

„Die Rote Fahne" fordert die Arbeiterklasse in ganz Sachsen auf, den Kampf der westsächsischen Bergarbeiter zu unterstützen und die Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe zur Parteinahme für die Streikenden zu veranlassen.

Die Mehrheit der Teilnehmer einer Funktionärskonferenz des Bergarbeiterverbandes in Zwickau beschließt, den Streik abzubrechen.

Die „Sächsische Staatszeitung" veröffentlicht eine Mitteilung der Sächsischen Staatskanzlei, in der angesichts der im Bezirk Erzgebirge-Vogtland entbrannten Arbeiterkämpfe die Verstärkung der Polizei in diesem Gebiet angekündigt und mit der Aufhebung des Demonstrationsrechtes gedroht wird.

2. August

„Der Kämpfer" veröffentlicht unter der Überschrift „Schlafen Sie, Ministerpräsident Zeigner?" eine Stellungnahme des Landesvorstandes Sachsen der KPD, in der unter Bezugnahme auf die Beratungen der lokalen Leitungen der Arbeiterorganisationen am 26. Juli in Zwickau die sächsische Regierung aufgefordert wird, ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft zu erfüllen.

Eine Vollversammlung der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiter des Oelsnitzer Reviers beschließt einstimmig, den Streik nicht abzubrechen, sondern ihn vielmehr auf weitere Reviere auszudehnen.

Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes verbreitet in Zwikkau die Meldung, im Oelsnitzer Revier sei die Arbeit wieder aufgenommen worden. Teile der Bergarbeiter des Zwickauer Reviers fahren daraufhin zur Frühschicht an.

Etwa 8000 bis 10 000 Bergarbeiter des Oelsnitzer Reviers marschieren unter roten Fahnen und geschützt von den gemeinsamen proletarischen Hundertschaften nach Zwickau. Unter dem Eindruck der Kampfentschlossenheit der Demonstranten treten die hier teilweise eingefahrenen Bergarbeiter wieder in den Streik. Die auf einigen Schächten eingesetzte Landespolizei wird zum Abzug gezwungen. Auf einem Massenmeeting der Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers und anderer Werktätiger vor dem Zwickauer Rathaus erläutert Robert Siewert den Standpunkt der KPD. Es kommt zu Solidaritätskundgebungen für die Streikenden.

12 Massenversammlungen der Zwickauer Arbeiterschaft mit über 20 000 Teilnehmern, darunter auf einigen Versammlungen über die Hälfte Frauen. Führende Funktionäre der KPD, der VSPD und des ADGB treten gemeinsam auf. Es wird einmütig überall eine Entschließung angenommen, in der die Einleitung sofortiger Aktionen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften zur Erfassung der Goldwerte und Einführung von Goldlöhnen sowie der Rücktritt der Regierung Cuno gefordert werden. An die sächsische Regierung wird appelliert, den Kampf der Massen zu unterstützen.

Vertreter des Bergbaulichen Vereins fordern in Berlin im Reichsinnenministerium die Regierung zum Eingreifen auf. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung spricht sich in einem Schreiben an den Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung für äußerste Maßnahmen zur Niederschlagung des Massenkampfes im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier aus. Die Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier sprechen sich in einer Beratung im Reichsarbeitsministerium für die Verstärkung der Polizei im Streikgebiet aus.

3. August

„Der Kämpfer" veröffentlicht eine Stellungnahme des Landesvorstandes Sachsen der KPD, in der unter Bezugnahme auf die von der Sächsischen Staatskanzlei veröffentlichte Erklärung der von der Reaktion geforderte Polizeieinsatz gegen die kämpfenden Arbeiter entschieden verurteilt, Kritik an der Haltung der sächsischen Regierung geübt und der Kampf um eine Arbeiterregierung als einziger Ausweg bezeichnet werden. In einer weiteren Veröffentlichung des Landesvorstandes Sachsen der KPD wird das Verhalten der sächsischen Regierung ebenfalls kritisiert und von ihr die Bewaffnung der Hundertschaften, die Säuberung des Staatsapparates von reaktionären Elementen, der Kampf gegen die Cuno-Regierung und die große Koalition, die Erfassung der Sachwerte und die Sicherstellung der Lebenshaltung der Werktätigen verlangt.

Im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier werden Polizeieinheiten aus ganz Sachsen zusammengezogen und in Alarmbereitschaft versetzt.

Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiterorganisationen des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers in Hohenstein-Ernstthal. Es wird einstimmig die Fortsetzung des Streiks beschlossen und die Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 5 Millionen Mark gefordert. Die Konferenz ruft die übrigen sächsischen Bergarbeiter auf, sich dem Streik anzuschließen, und wählt eine Zentralstreikleitung für das gesamte Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier, der kommunistische, sozialdemokratische und anarchosyndikalistische Betriebsräte als Vertreter des Bergarbeiterverbandes, der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands und der Allgemeinen Arbeiterunion angehören. Als ihr Sitz wird Zwickau bestimmt. Die sächsische Regierung wird zum Eingreifen im Interesse der Bergarbeiter aufgefordert und die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes beauftragt, unter Hinzuziehung der Vertreter aller am Streik beteiligten Organisationen mit dem Bergbaulichen Verein Verhandlungen zu führen. Etwa 6000 Bergarbeiter demonstrieren zum Zeitpunkt der Konferenz vor dem Tagungsort ihre Kampfentschlossenheit.

Eine in Hohenstein-Ernstthal von den Arbeiterparteien, vom Gewerkschaftskartell und von den Hundertschaften gemeinsam einberufene Massenversammlung, auf der auch ein Vertreter der streikenden Bergarbeiter spricht, fordert den Sturz der Cuno-

Regierung, die Verhinderung einer Regierung der großen Koalition, die Bildung einer Arbeiterregierung im Reich, die Erfassung der Sachwerte und weitere Maßnahmen gegen die Ausplünderung des Volkes. Sie protestiert gegen die von der Sächsischen Staatskanzlei angekündigten arbeiterfeindlichen Maßnahmen, verlangt die Bewaffnung der Hundertschaften zur Abwehr der faschistischen Umtriebe und fordert die sächsische Regierung auf, im Interesse des Proletariats zu handeln.

Eine von etwa 2000 Bergarbeitern und anderen Werktätigen in Gersdorf besuchte öffentliche Versammlung der VSPD, auf der der rechtssozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Teuber für die Bildung einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Reichsregierung eintritt, nimmt eine Entschließung an, in der die Zusammenarbeit mit den Kommunisten, die Erfassung der Sachwerte und eine Reichsarbeiterregierung gefordert werden. Die sächsische Regierung wird zum Vorgehen gegen das Grubenkapital aufgerufen.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion lehnt die Einbringung eines Mißtrauensvotums gegen die Cuno-Regierung ab.

4. August

Demonstration von über 15 000 Bergarbeitern des Zwickauer Reviers nach dem Oelsnitzer Revier. Auf einer Massenkundgebung von etwa 30 000 Bergarbeitern aus beiden Revieren in Oelsnitz wird nach der Ansprache eines führenden Funktionärs der KPD eine Resolution angenommen, in der die Einführung von Friedensreallöhnen gefordert, dem Beschluß der Konferenz von Hohenstein-Ernstthal vom Vortage zugestimmt, der Zentralstreikleitung das Vertrauen ausgesprochen und die Bereitschaft erklärt wird, den Streik bis zum Siege fortzuführen.

Die Zentralstreikleitung fordert den sächsischen Arbeitsminister in einem Schreiben auf, sofort mit der Zentralstreikleitung und dem Bergbaulichen Verein Verhandlungen aufzunehmen.

5. August

Hundertschaften der Arbeiterwehr, darunter der Bergarbeiter, demonstrieren in Thalheim unter der Losung „Nie wieder Krieg!“ und jagen über 1200 Teilnehmer eines Bezirkstreffens der Militär- und Kriegervereine in die Flucht.

Die Bezirksleitungen des Bergarbeiterverbandes beschließen im Beisein des Vorsitzenden des Verbandes und gemeinsam mit den

Vertretern des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands sowie der anderen am Tarifvertrag beteiligten Organisationen, die gewerkschaftliche Streikunterstützung nur bis zum 4. August zu gewähren.

Beginn einer zweitägigen Tagung des Zentralausschusses der KPD, auf der auch die durch den Bergarbeiterkampf im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier entstandene Lage behandelt wird. In den vom Zentralausschuß angenommenen Leitsätzen zur politischen Lage wird darauf orientiert, verstärkt den Kampf für den Sturz der Cuno-Regierung und für eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu führen.

In ganz Deutschland schwillt immer stärker die Massenstreikbewegung an, in der sowohl ökonomische als auch politische Forderungen erhoben werden.

6. August

„Der Kämpfer" druckt den Aufruf des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte „Kontrollausschüsse vor die Front!" ab.

Hundertschaften der Bergarbeiter des Oelsnitzer Reviers führen militärische Übungen in Stein durch und kontrollieren in Verbindung mit Mitgliedern der Kontrollausschüsse Lebensmittelbestände der Amtshauptmannschaft Zwickau.

Streik der Arbeiter der Audiwerke in Zwickau für Lohnerhöhungen. Demonstration der Arbeiter der Horch-, Schumann- und Audiwerke sowie der Zwickauer Maschinenfabrik in Zwickau. Massenkundgebung vor dem Zwickauer Rathaus. Revolutionäre Betriebsräte verlangen die Erfüllung der Lohnforderungen.

Die Fraktion der KPD im Zwickauer Stadtverordnetenkollegium beantragt in einem Schreiben an den Rat der Stadt Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung der streikenden Bergarbeiter und unterbreitet konkrete Vorschläge.

Eine Massenversammlung von Mitgliedern der beiden Arbeiterparteien in Oberwürschnitz nimmt eine Resolution an, in der der Sturz der Cuno-Regierung und die Bildung einer Arbeiterregierung verlangt sowie die Koalitionspläne der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verurteilt werden.

Konferenz des Unterbezirkes Zwickau-Stadt und -Land der VSPD. Die Entschließungsanträge des rechtssozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Richard Meier, die die ablehnende Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion der VSPD zur Einbringung eines Mißtrauensvotums gegen die Cuno-Regierung billigen und die

Weimarer Konferenz der Opposition verurteilen, werden verworfen.

Es wird eine von Max Seydewitz eingebrachte Resolution angenommen, in der von der Reichstagsfraktion der VSPD verlangt wird, die Regierung Cuno zum Rücktritt zu zwingen. Die Resolution wendet sich gegen den Eintritt von Sozialdemokraten in eine Regierung der großen Koalition. Sie fordert, den Ruhrkampf zu beenden, den faschistischen Bestrebungen entgegenzuwirken, die Sachwerte zu erfassen, Goldlöhne einzuführen und zur Klärung der Differenzen in der VSPD sofort einen Parteitag einzuberufen.

Der Bergbauliche Verein lehnt in einem Schreiben an die Zentralstreikleitung diese als Verhandlungspartner ab.

In einer gemeinsamen Sitzung der Zentralstreikleitung und des Ortsausschusses des ADGB in Zwickau wird beschlossen, den Ortsausschuß des ADGB mit der Einleitung von Verhandlungen über die Forderungen der Bergarbeiter zu beauftragen.

Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Bergbaulichem Verein unter Vorsitz eines Vertreters der sächsischen Regierung enden mit einem Kompromiß, das von den Grubenherren als letztes Zugeständnis deklariert wird. Es sieht die Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 1,4 Millionen Mark und die Wiederaufnahme der Arbeit am 8. August vor.

7. *August*

Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiterorganisationen des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers in Hohenstein-Ernstthal. Während sich rechte Gewerkschaftsführer für die Annahme des Verhandlungsergebnisses vom Vortage einsetzen, beharrt die Konferenz auf den am 3. August aufgestellten Forderungen und verlangt weiter, wöchentlich zweimal die Löhne auszuzahlen. Sie beschließt, die Zentralstreikleitung nicht aufzulösen, aber die endgültige Entscheidung über Abbruch oder Weiterführung des Streiks den Bergarbeitern selbst zu überlassen, die zu Versammlungen und Urabstimmungen aufgerufen werden. Die Konferenz ermächtigt die Zentralstreikleitung, beim Scheitern erneuter Lohnverhandlungen weitere Kampfmaßnahmen zu ergreifen und verpflichtet sie zugleich, eine Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre aus allen Bergrevieren Sachsens einzuberufen. Sie nimmt eine Resolution an, in der von allen Arbeiterorganisationen die Einleitung von Aktionen zur sofortigen

Sozialisierung der Bergwerke und der übrigen Industriezweige gefordert wird.

Eine Massenkundgebung der Werktätigen in Oelsnitz nimmt die von der KPD vorgeschlagene Entschließung an, in der die Erfassung der Sachwerte und der Lebensmittel, Produktionskontrolle, Anpassung der Löhne an die Teuerung, Auflösung des Reichstages, Sturz der Cuno-Regierung und Bildung einer Regierung der Arbeiter, Beamten und Bauern gefordert werden.

Demonstration von etwa 10 000 Bergarbeitern des Oelsnitzer Reviers nach Zwickau. In Schedewitz findet mit der Zentralstreikleitung ein gemeinsames Meeting der Bergarbeiter beider Reviere statt. Das Angebot des Bergbaulichen Vereins wird abgelehnt. Die Teilnehmer marschieren zum Verwaltungsgebäude des Bergbaulichen Vereins, besetzen es und veranlassen die Absendung eines Telegramms an die in Berlin verhandelnden Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, in dem die sofortige Auszahlung der geforderten Wirtschaftsbeihilfe und die Anerkennung der Zentralstreikleitung gefordert werden.

Auseinandersetzungen im Ortsausschuß Zwickau des ADGB mit Vertretern der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes. Mitglieder der KPD und VSPD unterstützen gemeinsam die Position der Zentralstreikleitung.

Die Landtagsfraktion der KPD verlangt in einem Schreiben an das Präsidium des Sächsischen Landtages, unter Berücksichtigung der allgemeinen Lage in Sachsen und des Bergarbeiterstreiks im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier den Landtag einzuberufen.

8. August

Streikurabstimmung unter den Bergarbeitern des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers. Für die Weiterführung des Streiks werden beim Konzern Deutschland 88,2 Prozent, beim Konzern Gottes Segen 80,6 Prozent und beim Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienverein 71,2 Prozent der Stimmen abgegeben. Insgesamt streiken über 29 600 Bergarbeiter.

Demonstration von Bergarbeitern des Oelsnitzer Reviers nach Zwickau.

„Der Kämpfer" fordert zur Verbreiterung der Streikfront durch die Niederlegung der Arbeit in allen sächsischen Bergrevieren auf. Er bezeichnet es als die Aufgabe der Betriebsrätezentralen, Vollversammlungen einzuberufen, um konkrete Maßnahmen für Solidaritätsaktionen zu beschließen.

Das Reichsinnenministerium fordert die Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe nach einer entsprechenden Intervention des Bergbaulichen Vereins telegrafisch auf, Polizei gegen die Massen einzusetzen.

Der sächsische Innenminister Hermann Liebmann lehnt die Forderung von Vertretern des Bergbaulichen Vereins ab, Demonstrationen zu verbieten.

In der Vorlage eines Mitarbeiters des Reichsinnenministeriums für den Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung über die Lage in Sachsen und im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier wird die Durchführung der Reichsexekution gegen Sachsen in Erwägung gezogen.

9. August

Im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier streiken über 29 700 Bergarbeiter.

Eine Massenkundgebung von etwa 4000 Arbeitern in Lichtenstein, auf der der kommunistische Bergarbeiterführer Richard Fraß und ein sozialdemokratischer Genosse sprechen, fordert den Sturz der Cuno-Regierung.

Eine Vollversammlung der Betriebsräte in Lichtenstein beschließt, in den Betrieben eine Sammlung für die streikenden Bergarbeiter durchzuführen.

Die Vollversammlung der Betriebsräte von Hohenstein-Ernstthal verlangt von den Unternehmern die sofortige Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 5 Millionen Mark. Den Bergarbeitern wird von den städtischen Behörden eine Wirtschaftsbeihilfe von 2 Millionen Mark ausgezahlt.

Eine von den Arbeiterparteien und Gewerkschaften gemeinsam einberufene Massenkundgebung von 150 000 Werktätigen aus Chemnitz und Umgebung in Chemnitz, darunter eine Abordnung von 1000 Bergarbeitern aus dem Oelsnitzer Revier, nimmt eine Resolution an, in der der Rücktritt der Cuno-Regierung, die Auflösung des Reichstages, Sachwerterfassung und Produktionskontrolle gefordert werden.

Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre aller Bergarbeiterorganisationen des Bornaer Braunkohlenreviers in Borna. Im Beisein einer Delegation der Zentralstreikleitung der Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers wird zur Lage Stellung genommen und entsprechend dem Antrag der Kommunisten beschlossen, die Arbeiter in den Braunkohlen-

gruben zum Solidaritätsstreik für die Bergarbeiter in Westsachsen aufzurufen. Die Konferenz macht sich die Forderungen der Zentralstreikleitung in Zwickau zu eigen. Sie fordert zugleich den Sturz der Regierung Cuno und die Bildung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung.

Ein Aufruf des Kontrollausschusses von Oelsnitz appelliert an alle Geschäftsleute, Landwirte, Beamte und Arbeiter, die Bergarbeiter durch Lebensmittel- und Geldspenden zu unterstützen und kündigt eine Sammlung des Kontrollausschusses an.

Die Arbeiter von Hohndorf setzen angesichts der großen Lebensmittelnot durch, daß die Lebensmittelbestände kontrolliert werden.

Der Bergbauliche Verein fordert in einem vertraulichen Schreiben an den Reichspräsidenten, sofort Maßnahmen mit Hilfe der Reichswehr zur Niederschlagung der Massenbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier und zur Sicherung der Positionen der Reaktion in Sachsen zu ergreifen.

10. August

Beginn des Solidaritätsstreiks von über 10 000 Bergarbeitern des Bornaer Braunkohlenreviers unter Führung kommunistischer, sozialdemokratischer und unionistischer Betriebsräte für die Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers. Es stehen etwa 40 000 Bergarbeiter Sachsens im Streik.

Drei Mitgliederversammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Zwickau nehmen Entschließungen an, in denen der Rücktritt der Cuno-Regierung, die Beendigung des imperialistischen Ruhrkampfes, die Erfassung der Sachwerte, wertbeständige Steuern und Löhne sowie die Bildung einer Arbeiterregierung gefordert werden.

Die Zentralstreikleitung der Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers lehnt eine vom Bergbaulichen Verein angebotene Wirtschaftsbeihilfe von 2,6 Millionen Mark als Grundlage für den Streikabbruch ab.

Verhandlungen des Bergbaulichen Vereins mit Beauftragten der Zentralstreikleitung im Beisein von Vertretern der sächsischen Regierung und der Bezirksleitungen des Bergarbeiterverbandes. Sie enden damit, daß sich die Grubenherren bereit erklären, die auf der Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiterorganisationen am 3. August in Hohenstein-Ernstthal formulierten Forderungen zu erfüllen.

Die Reichstagsfraktion der KPD fordert erneut, der Regierung Cuno das Mißtrauen auszusprechen. Die bürgerlichen Parteien stimmen der Steuergesetzvorlage der Reichsregierung zu. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist ebenfalls nicht bereit, Cuno fallenzulassen.

Das Politische Büro der Zentrale der KPD informiert in einem Rundschreiben an alle Bezirke über die von den revolutionären Betriebsräten auf Initiative der KPD für den 11. August vorgesehene Ausrufung des politischen Generalstreiks in Berlin gegen die Cuno-Regierung und für eine Arbeiterregierung. Es orientiert darauf, unter Berücksichtigung der Aktion des Berliner Proletariats in ganz Deutschland die Arbeiterkämpfe zu steigern und die Mittelschichten in die Massenbewegung einzubeziehen.

11. August

„Der Kämpfer" veröffentlicht den Aufruf des 15er-Ausschusses der revolutionären Betriebsräte von Berlin vom Vortage, in dem eine Reihe ökonomischer Forderungen formuliert werden und die Aufforderung an alle Betriebe enthalten ist, passive Resistenz zu üben und den Kampf für eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung vorzubereiten.

In Berlin beschließt die Vollversammlung der Betriebsräte auf Initiative der Kommunisten, einen auf drei Tage befristeten Generalstreik zum Sturze der Regierung Cuno auszurufen und alle Arbeiterorganisationen aufzufordern, gemeinsame Aktionen zur Bildung einer Arbeiterregierung vorzubereiten. Sie nimmt eine entsprechende Entschließung „An die arbeitenden Klassen Deutschlands!" an.

„Der Kämpfer" veröffentlicht eine Stellungnahme des Landesvorstandes Sachsen der KPD zum Stand der auf Initiative der KPD eingeleiteten Verhandlungen mit der Regierung und der VSPD, in der die Regierung Zeigner-Liebmann-Graupe zur Durchführung einer Reihe von Maßnahmen im Interesse der Massen und gegen die Reaktion aufgefordert und die Bildung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung als Rettung der Arbeiterklasse und des Mittelstandes vor dem Untergang bezeichnet werden.

Streik und Demonstrationen der Arbeiter der Zwickauer Metallindustrie.

Eine Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiterorganisationen des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers in

Zwickau beschließt nach Entgegennahme des Berichts der Vertreter der Zentralstreikleitung über die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Bergbaulichen Verein vom Vortage, den Bergarbeiterstreik abzubrechen.

12. August

Die Zentrale der KPD und der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte rufen gemeinsam dazu auf, dem Beispiel der Berliner Arbeiter zu folgen und in ganz Deutschland in den politischen Generalstreik für den Sturz der Cuno-Regierung und die Bildung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu treten.

Die Regierung Cuno, der angesichts der Ausrufung des Generalstreiks und der Massenaktionen in ganz Deutschland auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Mißtrauen ausgesprochen hatte, tritt zurück.

Die Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers leisteten durch ihren Massenstreik einen wichtigen Beitrag zum Erfolg des Kampfes gegen die Cuno-Regierung. Viele Bergarbeiter folgten nach fast dreiwöchigem Ausstand dem Generalstreikaufruf. In Zwickau streikten am 13. und 14. August 40 000 bis 50 000 Werktätige. Die Bergarbeiter und andere Werktätige des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers nahmen einen wichtigen Platz in der Massenbewegung zum Sturz der Cuno-Regierung ein. Nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 brachte die in Aktionseinheit handelnde deutsche Arbeiterklasse, die von Teilen des Kleinbürgertums in Stadt und Land unterstützt wurde, in historisch kurzer Frist zum zweiten Male eine von den extrem reaktionären Kräften getragene Regierung zu Fall und errang so einen bedeutenden Sieg über die deutschen Imperialisten und Militaristen.

Verzeichnis der Personen

Adenauer, Konrad 19.

Arbeitsminister, sächsischer, siehe Graupe, Georg.

Barth, Georg 256, 326.

Bebel, August 29, 73, 79.

Becker, Johann 326.

Becker, Karl 62.

Bergsträsser, Ludwig 21.

Betlen, Oszkar 32.

Bormann, Ernst 319.

Borowski, August 74.

Botschafter, amerikanischer, in Deutschland siehe Houghton, Alanson B.

Böttcher, Paul 54, 62, 67, 130, 231, 297, 306, 323.

Brandler, Heinrich 32, 53, 55, 57, 62, 297.

Braun, Otto 199.

Braune, Richard 88.

Brauns, Heinrich 211, 217, 254, 326.

Bucharin, N. I. 37.

Buchheim, Karl 22 f, 216.

Buck, Wilhelm 65, 131.

Castle, R. W. 16.

Chef der Heeresabteilung im Truppenamt siehe Hasse, Otto.

Chef der Westeuropäischen Abteilung des amerikanischen Außenministeriums siehe Castle, R. W.

Classen 169.

Cuno, Wilhelm 17 f, 29, 66, 214, 281, 288, 293, 303, 323, 326.

Denvignes, Joseph Cyrille 180, 305.

Ebert, Friedrich 218, 252, 256, 292, 324, 329.

Eberlein, Hugo 62.

Eichhorn, Emil 49.

Eichler, Willi 48.

Engels, Friedrich 39.

Ewert, Arthur 62.

Findeisen, Adolf 326.

Fischer, Ruth (Golke, Elfriede) 53, 62.

Fleischmann, Wilhelm 272, 319.

Franz, Alfred 335.

Fraß, Richard 90, 250, 348.

Fritsch, Max 268.

Frölich, Paul 62.

Gallacher, William 77.

Generaldirektor des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins siehe Jobst, Oskar.

Generaldirektor der Gewerkschaft Gottes Segen siehe Krug, Heinrich.

Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins siehe May, Waldemar.

Geschke, Ottomar 62.

Geßler, Otto 218.

Granz, Bruno 74, 139, 290.

Graupe, Georg 95 ff, 122 f, 130, 141, 143, 208, 209 f, 231, 262, 344.

Grube, Ernst 74, 88 ff, 110, 125, 134, 148, 151, 242, 271, 273, 292, 295, 312, 339 f.

Günther, Oscar 316.

Haak 261.

Hamm, Eduard 216.

Hasse, Otto 218.

Häuser 325.

Heckert, Fritz 53, 62, 74, 76, 90, 112, 188, 297.

Heinze, Rudolf 216.

Hellwig, Ernst 136, 324.

Herzfeld, Joseph 49.

Hiemisch, Max 319.

Hohlfeld, Klaus 257.

Höllein, Emil 49.

Hoelz, Max 102.

Holz, Richard 85, 340.

Hoernle, Edwin 32, 61 f.

Hortzschansky, Günter 20.

Houghton, Alanson B. 17.

Husemann, Friedrich 260 f, 344.

Illgen, Wilhelm 325.

Innenminister, sächsischer, siehe Liebmann, Hermann.

Jadasch, Anton 111.

Jobst, Oskar 205, 211, 261.

Kalinin, M. I. 27.

Kahr, Gustav Ritter von 302.

Kaiser, Fritz 254, 263, 321.

Karski (Marchlewski, Julian) 107.

Kautzsch, Karl 94, 283.

Klahre 316.

Kleine, August (Guralski, A. J.) 62.

Knöchel, Johann 224.

Koch, Richard 271 f, 312.

Kolarov, Vasil 51.

Koenen, Wilhelm 32, 49, 54, 62, 153.

König, Arthur 62.

Kretzschmar, Paul 319.

Krug, Heinrich 236, 254.

Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 29.

Kuczynski, Jürgen 158.

Kuenzer, Hermann 22, 183, 211, 216, 229, 249, 254 f, 323, 342, 348.

Kühn, Ludwig 75.

Langhorst, Friedrich 94, 98 f, 202, 236 f, 258 f, 261, 269, 271.

Legien, Carl 42.

Leipart, Theodor 25.

Leistner, Paul 88.

Lenin (Uljanow), W. I. 17, 18, 26, 31 f, 37, 41 f, 47 f, 55, 63, 75, 98, 106 f, 109, 111, 163, 238, 251, 286.

Lieberasch, Arthur 174.

Liebknecht, Karl 29, 75, 78, 96, 228, 302.

Liebknecht, Wilhelm 73, 79.

Liebmann, Hermann 130, 210, 219, 231, 255, 325, 348.

Lindau, Rudolf 62.

Lipinski, Richard 66, 303.

Loges 134.

Losowski (Dridso), S. A. 103.

Loucheur, Louis 15, 79.

Ludendorff, Erich 302.

Ludwig, Emil 32.

Lutterbeck 180, 305.

Luxemburg, Rosa 75, 228, 258, 294, 302.

Marx, Karl 39, 59.

Maslow, Arkadi 53.

May, Waldemar 86, 168, 172, 325 f.

Mehlhorn, Willy 75, 151.

Meier, Richard 143, 147, 281 ff, 345.

Meinig, Valeska 74, 127.

Meyer, Ernst 53.

Ministerpräsident, sächsischer, siehe Zeigner, Erich.

Müller, Kurt 145.

Müller (Oelsnitz), Kurt 324.

Oberbürgermeister der Stadt Zwickau siehe Holz, Richard.

Oley, Fritz 75.

Oeser, Rudolf 86, 214 f, 217 f, 254, 326.

Oettel 319.

Patzig, Richard 97, 122, 271.

Pfeiffer, Hans 62.

Pieck, Wilhelm 31, 53, 62, 297.

Poincaré, Raymond 18, 28 f, 70, 79, 141.

Prüfer, Guntram 21.

Puchta, Friedrich 143.

Radek, Karl 51 f.

Rammler, Richard 136.

Rathenau, Walther 95.

Rechberg, Arnold 23.

Reichsarbeitsminister siehe Brauns, Heinrich.

Reichsinnenminister siehe Oeser, Rudolf.

Reichsjustizminister siehe Heinze, Rudolf.

Reichskommissar für die Kohlenverteilung siehe Stutz, Ernst.

Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung siehe Kuenzer, Hermann.

Reichswirtschaftsminister siehe Becker, Johann.

Reißmann, Paul 90 ff, 189, 267, 319.

Remmele, Hermann 62.

Renner, Rudolf 199 f.

Rettig, Rudolf 105.

Rödel 319.

Roscher, Max 74.

Schleicher, Kurt von 216, 218, 255.

Schiller, Rudolf 90, 267, 319.

Schmidt, Felix 62.

Schneider, Rudolph 254, 263, 321.

Schneller, Ernst 74, 290.

Schreiber, Arthur 90, 151, 163.

Schreiner, Albert 54.

Schulze, Robert 207.

Schumann, Georg 62.

Seeckt, Hans von 17, 215 f, 219.

Severing, Carl 25, 199.

Seydewitz, Max 95 ff, 122, 145, 148, 151, 200 ff, 279, 282 ff, 312, 346.

Siewert, Robert 75 ff, 107, 189, 244, 290, 336, 342.

Sinowjew, G. J. 53.

Sobottka, Gustav 112, 188.

Staatssekretär in der Reichskanzlei siehe Hamm, Eduard.

Stinnes, Hugo 14, 17, 23, 28 f, 156, 329.

Stoecker, Walter 49, 54, 62.

Stresemann, Gustav 217, 297.

Stutz, Ernst 211, 254, 320, 322, 326, 342.

Syndikus des Bergbaulichen Vereins siehe May, Waldemar.

Teuber, Heinrich 280, 344.

Thalheimer, August 32, 62.

Thälmann, Ernst 62.

Tormin, Walter 21.

Trommer 248.

Trültsch, Ernst 88.

Tuchscherer, Paul 136.

Uhlmann, Max 98, 186, 236 f, 258, 261.

Ulbricht, Walter 54, 62 f, 153, 181.

Vettermann, Max 75, 290.

Victor, Walther 97, 283.

Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes
siehe Husemann, Friedrich.

Wagner, Raimund 141.

Walcher, Jacob 62, 111 f.

Wels, Otto 24.

Wenzel, Otto 38.

Wiede. 85, 325.

Zeigner, Erich 130 f, 215, 221 f, 231, 257, 262, 275, 341.

Zettel, Hermann 245.

Zetkin, Clara 27 f, 32, 49, 52 f, 62.

Verzeichnis der geographischen Namen

Adorf (Vogtl.) 149.

Annaberg (Erzgeb.) 333, 335.

Annaberg, Unterbezirk der KPD 74.

Aue (Erzgeb.) 133, 149, 233, 245, 254, 291, 321, 334 f.

Auerbach (Vogtl.) 149, 335 f.

Bautzen 183.

Bayern 18, 23, 82, 302.

Belgien 18.

Berlin 89, 95, 99, 109 f, 169 f, 172, 175, 181, 203, 214, 216, 220, 229, 233, 236 f, 239, 242, 252, 261, 263, 267, 269, 276, 280 f, 286, 288, 291, 303, 305, 328, 336 ff, 340, 342, 350 f.

Berlin-Brandenburg, Bezirk der KPD 54 f, 74, 77.

Bern 75.

Bochum 119.

Borna (Bez. Leipzig) 317, 348.

Bornaer Braunkohlenrevier 241, 244, 250, 268, 270, 340, 348.

Braunschweig 144.

Burgstädt 291, 335.

Burgstädt, Unterbezirk der KPD 74.

Chemnitz 77, 80, 85, 127, 132, 184, 242, 249 f, 260, 290 f, 317, 333 f, 336, 339 f, 348.

Chemnitz, Kreishauptmannschaft 71, 135.

Chemnitz, Unterbezirk der KPD 74, 152.

Chemnitz-Zwickau, Wahlkreis 72 f, 87.

Crimmitschau 149.

Dänemark 75.

Döbeln 335.

Döbeln, Unterbezirk der KPD 74.

Dresden 65, 83, 122, 162, 183, 195, 207 f, 210, 212–216, 263, 316 f, 323, 325, 331.

Eibenstock 149.

Einsiedel, Unterbezirk der KPD 74.

Erzgebirge 133.

— mittleres Erzgebirge 247 f.

— oberes Erzgebirge 184, 333 f.

Erzgebirgisches Industriegebiet 249, 320, 322.

Erzgebirge-Vogtland 71 ff, 76 f, 79 ff, 84, 88, 102, 114, 121, 126, 151, 184, 223, 254 f, 263, 266, 276, 290, 295, 297 f, 300, 333, 341, 343.

Erzgebirge-Vogtland, Bezirk der KPD 71, 73 f, 76 f, 79, 90, 93, 115, 121, 126, 152, 266, 290, 298.

Europa 11 f, 16, 19, 70.

— Mitteleuropa 31.

— Westeuropa 70.

Falkenau (Sachs.) 334.

Falkenstein (Vogtl.) 149.

Flöha 334.

Flöha, Unterbezirk der KPD 74.

Forst (Lausitz) 96.

Frankreich 15, 18, 21, 29, 58.

Freiberg (Sachs.) 171, 237.

Gersdorf (Erzgeb.) 139, 280, 344.

Glauchau (Sachs.) 87, 208, 315 ff.

Göppersdorf bei Burgstädt 335.

Görlitz 95.

Halle (Saale) 96.

Halle-Merseburg, Bezirk der KPD 74.

Hamburg 64, 105.

Hartmannsdorf (Bez. Chemnitz) 335.

Hartha bei Rochlitz 334.

Hartha, Unterbezirk der KPD 74.

Hessen-Frankfurt, Bezirk der KPD 54 f.

Hoheneck (Erzgeb.) 136, 139, 251.

Hohenstein, Unterbezirk der KPD 74.

Hohenstein-Ernstthal 116, 118, 244 f, 247, 249, 252, 264, 268, 287, 317 f, 334, 343 f, 346, 348 f.

Hohndorf, Bez. Chemnitz 349.

Italien 16, 18.

Jena 44.

Johanngeorgenstadt 335.

Kirchberg (Sachs.) 149.

Klingenthal (Sachs.) 149.

Lausitz, Bezirk der KPD 54 f.

Lausitzer Braunkohlenrevier 86.

Leipzig 44, 51, 66, 84 f, 183, 303, 316 f.

Lengefeld (Erzgeb.) 335.

Lichtenstein (Sachs.) 88, 119, 136, 254, 348.

Limbach (Sachs.) 291, 333 f.

Limbach, Unterbezirk der KPD 74.

Lößnitz (Erzgeb.) 149, 335.

Lugau (Erzgeb.) 84, 88, 119, 139, 185 ff, 190, 223, 242, 251, 268, 316, 338 f.

Lugau-Oelsnitzer Revier 85, 87, 249, 268, 315, 317, 319 ff, 333 f.

Markersdorf (Bez. Chemnitz) 335.

Meißen 316.

Minsk 75.

Mitteldeutsches Braunkohlenrevier 86.

Mitteldeutschland 102, 186 f, 192.

Mitteldorf 251.

Mittelrhein, Bezirk der KPD 54 f.

Moskau 225.

Mülsengrund 149.

München 213, 303.

Neundorf (Anhalt) 88.

Niedersachsen 82.

Niederwürschnitz 136, 139, 185.

Neuwiese (Sachs.) 136, 139.

Oberlungwitz 334.

Oberwürschnitz (Erzgeb.) 136, 139, 345.

Oelsnitz (Erzgeb.) 84, 90, 93 f, 107, 115, 125, 127, 133, 135 f, 139, 170, 185, 187, 189 f, 238, 242, 245, 270, 275, 319, 324, 334, 337, 339, 344, 347, 349.

Oelsnitzer Revier 186 f, 237 f, 242, 247, 263, 268, 318, 337 f, 341 f, 344 f, 347 f.

Oelsnitz-Lugau, Unterbezirk der KPD 74, 88, 93, 115, 128, 132, 138 f, 151 f, 196, 266 f, 293, 298.

Oelsnitz (Vogtl.) 149, 334 f.

Oelsnitz, Unterbezirk der KPD 74.

Ostsachsen, Bezirk der KPD 71, 77.

Paris 18.

Planitz 90, 145, 175, 221 f.

Plaue-Bernsdorf 317, 334.

Plauen (Vogtl.) 149, 208, 315, 317, 326.

Plauen, Unterbezirk der KPD 74.

Plauenscher Grund 268.

Pockau (Flöhatal) 335.

Pockau, Unterbezirk der KPD 74.

Polen 16.

Preußen 338.

Reichenbach (Vogtl.) 96, 149.

Rheinland, Rhein 18 f, 228.

Rheinland-Westfalen 102, 180, 186, 302 f.

Rodewisch, Unterbezirk der KPD 74.

Rödlitz 119, 139, 185.

Ruhrgebiet, Ruhrrevier, Ruhr 15, 18–22, 25, 27, 29, 59, 64, 70, 77, 79, 83, 104, 107, 116 f, 120, 124, 134, 167, 169, 174, 180, 183 f, 186, 192, 305.

Rußland 12, 33, 75.

Saargebiet 124.

Sachsen 54, 64–67, 70–74, 77 f, 80 f, 85, 88, 96, 99, 102, 114 f, 117, 121 ff, 126 ff, 131 ff, 140–144, 147, 150, 155, 159, 183 f, 188, 192 ff, 196, 198 f, 206, 210, 212–217, 219 f, 222, 228 f, 232 f, 239 ff, 249, 254–257, 261, 272 f, 275 f, 278, 286 ff, 290, 294, 298, 302 ff, 314, 320, 322, 325 f, 337 f, 341, 343, 346–349.

– Westsachsen 349.

Sachsen, Landesverband der VSPD 122.

Schedewitz 124, 193, 213 f, 291 f, 338 f, 347.

Schlesien (Śląsk)

— Niederschlesien (Dolny Śląsk) 82, 183.

— Oberschlesien (Górny Śląsk) 82, 102, 111, 117, 183, 189, 192.

Schneeberg

— Neustädtel 335.

Schönheide (Erzgeb.) 149.

Schwarzenberg (Erzgeb.) 133, 149, 233, 254, 335.

Schwarzenberg, Unterbezirk der KPD 74.

Schweiz 75.

Schwersenz (Poznań-Świerczewo) 75.

Senftenberger Revier 244.

Siegmar, Unterbezirk der KPD 74.

Sowjetrußland 16.

Sowjetunion 27, 43, 59, 62, 134 f, 246, 313, 339.

Spree 29.

Stein (Erzgeb.) 345.

Stollberg (Erzgeb.) 88, 121, 127, 133, 135, 139, 185, 203, 224, 239, 248.

Südwestsächsisches Industriegebiet 326.

Taura 335.

Thalheim (Erzgeb.) 246, 344.

Thalheim, Unterbezirk der KPD 74.

Thüringen 64 f, 144, 197, 228, 302.

USA 16.

Vogtland 291.

Waldenburger Gebiet (Góry Wałbrzyskie) 117, 244, 268.

Waldheim 317.

Wasserkante-Hamburg, Bezirk der KPD 54 f, 74.

Weener (Ems) 96.

Weimar 281 ff, 346.

Werdau (Sachs.) 89, 133, 149, 184, 333 f.

Westsachsen, Bezirk der KPD 71, 77.

Wilkau (Sachs.) 136, 149, 242, 339.

Wurzen 317.

Wüstenbrand (Bez. Chemnitz) 334.

Zürich 75.

Zwickau 80 f, 84 f, 87 ff, 93—97, 107, 119, 122, 124, 133—136, 139, 144 ff, 148—151, 159, 162, 175, 184 f, 194 f, 209, 211, 213, 218, 220, 236 f, 241—245, 247, 249, 252, 259, 261, 263, 268—274, 279, 281 f, 291 f, 295 f, 312, 313—317, 325 ff, 333 f, 337—343, 345 ff, 349 ff.

Zwickau, Amtshauptmannschaft 345.

Zwickau, Kreishauptmannschaft 71, 135, 149, 195, 207 f, 249, 315 ff, 340 f.

Zwickau, Unterbezirk der KPD 74, 88, 115, 128, 132, 152, 196, 266, 293, 298.

Zwickau, Bezirk der VSPD 80, 96 f, 123, 142, 145 f.

Zwickau, Unterbezirk der VSPD 281 f, 283 f, 345.

Zwickau, Bezirk der freien Gewerkschaften (ADGB) 97 f.

Zwickau, Bezirk der SAJ 96.

Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier 80 ff, 85—88, 93 f, 98 f, 101, 104, 107, 110, 112, 114, 117, 120 f, 123, 126, 128 ff, 135, 138 f, 151 f, 154 ff, 159, 161, 163, 165 f, 168 ff, 172 f, 176 f, 179, 185, 188—191, 193 ff, 199 f, 202, 204, 206 ff, 210, 213 ff, 217 ff, 222, 224, 233, 236, 239—242,

244–247, 250, 252–256, 258, 261, 263 f, 266–272, 276, 279 f, 285 ff, 291, 295, 297–300, 322, 324, 337 f, 340–343, 345–351.

Zwickauer Mulde 84.

Zwickauer Revier 204, 236 ff, 242, 247, 249, 319–322, 337–340, 342, 344, 347.

Zwönitz 335.

Quellen und Literaturverzeichnis

I. Klassiker des Marxismus-Leninismus

Lenin, W. I., „Werke", Bd. 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 15, 16, 17, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, Berlin 1958 ff.
Marx, K. / Engels, F., „Werke", Bd. 3, 4, 6, 7, 8, 16, 17, 19, 21, 23, Berlin 1960 ff.

II. Archivalien

1. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv (IML, ZPA)
Sign. 1/8, 1/28, 1/29, 2/17, 3/1/7, 3/1/21, 3/1/22, 3/1/27, 3/1/79, 3/2/22, 3/2/40, 3/3, 3/3/43, 3/4/55, 3/4/56, 3/4/58, 3/4/63, 3/4/65, 3/4/66, 3/4/67, 3/4/68, 3/4/70, 3/4/71, 17/1/148, 17/1/149, 17/1/150, 17/1/151, 17/1/152, 17/1/153, 19/4/163, 229/1/284, 229/1/286, D. F. VI/16, D. F. VI/106.
Sign. St 10/16, St 10/17, St 10/36, St 12/3, St 12/15, St 12/16, St 12/40, St 12/41, St 12/42, St 12/55, St 12/83, St 12/122, St 12/155, St 12/223, St 12/250, St 12/258, St 12/259, St 12/269, St 16/47, St 17/242.
Sign. NL Nr. 6, NL Nr. 87.
Sign. EA, Nr. 0890.

2. Deutsches Zentralarchiv, Potsdam (DZA)
a) Präsidialkanzlei, Büro des Reichspräsidenten (BdR) Nr. 66, 310, 316, 326, 762.
b) Reichsministerium des Innern (RdI) Nr. 13092, 13193, 13212, 13214, 13215, 13216, 13217, 13224, 13225, 13403, 13440, 13441, 13528, 13530, 13531, 13547, 13548.
c) Reichsarbeitsministerium (RAM) Nr. 72, 73, 80, 82, 83, 88, 91, 94, 124, 125, 126, 167, 168, 213, 228, 238, 242, 288, 290, 293, 321, 1965, 1968, 1977, 1978, 2408, 2816, 2822.
d) Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung (RK) Nr. 29, 63, 64, 186/1, 187, 187/1, 212, 217, 230, 234, 268, 273, 376, 401, 475, 487, 541/1.
e) Reichswirtschaftsministerium (RWM) Nr. 5871.
f) Vorläufiger Reichswirtschaftsrat (RWR) Nr. 455, 827, 1305, 1306.
g) Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) Nr. 13.

3. Sächsisches Landeshauptarchiv, Dresden (SLHAD)

a) Sächsisches Ministerium des Innern (MdI) Nr. 11016, 11063, 11080, 11097, 11107, 11108, 11109, 11110, 11111, 11112, 11119, 11123, 11237, 11238, 11249 b, 11354, 11355, 11389, 15129, 15850, 15930.

b) Sächsisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfA) Nr. 1481, 1487, 2207, 2208, 2209, 4506, 4784/3, 4784/4, 6202, 6556, 6579, 6635, 6666, 8181, 8243.

c) Sächsische Staatskanzlei (SSK) Nr. 53, 55, 128, 352, 425.

d) Sächsisches Ministerium der Finanzen (MdF) Nr. 2071.

e) Staatspolizeiverwaltung (SPV) Nr. 7, 21.

f) Sächsische Gesandtschaft Berlin (SGB) Nr. 362, 943.

g) Kreishauptmannschaft Zwickau (KHZ) Nr. 1491, 1492, 1818, 1820, 1824, 1828, 1831.

h) Polizeipräsidium Zwickau (PPZ) Nr. 8, 13, 51, 74, 92, 94, 102, 115, 366, 1266, 1289, 1298, 1319, 1326, 1333, 1336, 1530, 1531.

4. Landeshauptarchiv Magdeburg (LHAM)

Rep. C 20 I b, Nr. 4629, Bd. II und III.

5. Sächsisches Landesarchiv, Leipzig (SLAL)

a) Amtshauptmannschaft Borna (AHB) Nr. 655, 757, 758, 10429, 10430, 10431, 10432, 10454, 10455.

6. Sächsisches Landesarchiv, Glauchau (SLAG)

a) Amtshauptmannschaft Glauchau (AHG) Nr. 632, 633, 634, 636, 638, 639, 654, 967.

b) Amtshauptmannschaft Zwickau (AHZ) Nr. 14, B 40, B 358, B 359, B 384, B 480, B 483.

7. Kreisarchiv Zwickau (KAZ)

a) Rat der Gemeinde Cainsdorf (RGC) Nr. 1, 14, 101, 102.

b) Rat der Gemeinde Friedrichsgrün (RGF) Nr. 46, 75.

c) Rat der Gemeinde Mülsen St. Jacob (RGMJ) Nr. 30, 53, 62, 64, 94, 134, 147, 186, 190, 201, 273, 277, 351, 405, 406, 407, 408, 411, 462.

d) Rat der Gemeinde Mülsen St. Michel (RGMM) Nr. 73, 96, 154, 178, 273, 274, 275, 296, 298, 300, 331, 408, 414, 472, 569, 607.

e) Rat der Gemeinde Mülsen St. Niclas (RGMN) Nr. 124.

f) Rat der Gemeinde Thierfeld (RGMT) Nr. 31, 122.

g) Rat der Gemeinde Zschocken (RGMZ) Nr. 8, 92.

8. Stadtarchiv Zwickau (SAZ)
Nr. 13, 37, 48, 108, 115, 143, 164, 190, 203, 334, 2356, 2437, 2438, 2457, 2480, 2489, 3057, 3124, 3221, 3698, 3699, 3700, 3701, 3702, 3703, 3794, 3795, 3796, 3798, 3799, 3801, 3802, 3803, 3805, 3820;
Protokoll der Sitzungen der Stadtverordneten 1922/1923.

9. Stadtarchiv Wilkau (SAW)
a) Rat der Gemeinde Wilkau (RGW) Nr. I/4/15, II/1/7, II/2/18, II/4/15, II/9/22, XII/3/11, XIV/3/8, XIV/3/57, XVIII/6/9, XVIII/7/2.
b) Rat der Gemeinde Niederhaßlau (RGN) Nr. 195, 196, 197, 198;
Protokoll der Sitzungen des Gemeinderats.

10. Stadtarchiv Lichtenstein (SAL)
VI/1 Nr. 13, 15 b, 17, 18, 21.
VI/4 Nr. 7, 86, 92.

11. Stadtarchiv Oelsnitz (SAOe)
Abt. I, Ab. 13 a, Nr. 24; Ab 35, Nr. 9 und 10; Ab 40 a, Nr. 7; Ab. 40 b, Nr. 188.

12. Stadtarchiv Stollberg (SAS)
I, Cap. XVIII, Nr. 36.

13. Stadtarchiv Lugau (SALu)
Protokoll der Sitzungen des Gemeinderats.

14. Archiv des VEB Steinkohlenwerk „Karl Marx" (BAKM)
Nr. I/56, I/66, I/91, I/132, I/409, I/565, I/660, I/949, I/1155, I/1159, I/1187, I/1199, I/1225, I/1255; Nachweisung der verschiedenen Bergarbeiterlöhne über das Jahr 1923 für die Sächsische Bergbehörde.

15. Archiv des VEB Steinkohlenwerk „Martin Hoop IV" (BAMH)
Nr. 16, 52, 181, 208, 352, 357, 359, 362, 364, 366, 399, 404, 406, 409, 411a, 448, 452, 455, 473, 551.

16. Archiv des VEB Steinkohlenwerk „August Bebel" (BAAB)
Sign. BR II/Bd. 1, BKI/Bd. 5; Arb/Bd. 6, Arb. 1/Bd. 2, AS II, B 6 1, B 6 c, TN, Po, Dschr. I. u. II., GW 3 a – 3 e, H/SSS 3 a, H/SSS 16, Bug, Ar I, Hpt. 9 h, Akten des Rates der Stadt Zwickau betr. Aufsichtsrat des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins 1922/1923.

17. Archiv des VEB Steinkohlenwerk „Deutschland“ (BAD)
Nr. 1/03, 1/20, 1/22, 1/24, 2/31, 3/11; Statistik über Streik, Aussperrungen und passiven Widerstand; Niederschrift der Sitzungen des Grubenvorstandes der Gewerkschaft Deutschland 1923/1924, Niederschrift der Sitzungen des Arbeitsauschusses der Gewerkschaft Deutschland 1923, Niederschrift der Hauptversammlungen des Bergbaulichen Vereins 1921—1924, Förder- und Belegschaftsstatistik; Grubenvorstand der Gewerkschaft Deutschland Januar bis Dezember 1923.

18. Archiv des VEB Steinkohlenwerk „Karl Liebknecht“ (BAKL)
Nr. I/4, I/5, I/18, I/24, I/30, I/32, I/62, I/69, I/85, I/102, I/106, I/108, I/230, I/232, I/257, I/269, I/322, I/333, I/437, I/438, II/7, II/25, II/39, II/58, II/71, II/72, II/112 a, II/168, II/169, II/171, II/c 23, 2/01—03, 22, Bg 6, Akte passiver Widerstand 1923.

19. Archiv des VEB Baumwollspinnerei Zwickau (BAB)
Lohnbuch Packerei und Weiferei vom 23. Januar 1923 bis 11. Januar 1929.

20. Archiv der Bergakademie Freiberg (ABF)
Nr. 1 AAB, 6 AAB, 7 AAB, 20 AAB, 43 AAB, 44 AAB, 52 AAB.

III. Berichte, Jahrbücher, Protokolle, Thesen und andere Dokumente

„Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919“, o. O., o. J.

„Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919“, o. O., o. J.

„Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26. Februar 1920“, o. O., o. J.

„Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 14. und 15. April 1920“, o. O., o. J.

„Bericht über den 5. Parteitag der Kommunistischen Partei

Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin", Berlin 1921.

„Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920. Anhang: Bericht über die 1. Frauen-Reichskonferenz am 8. Dezember 1920 in Berlin", Berlin 1921.

„Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921", Berlin 1922.

„Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 22. Januar bis 1. Februar 1923", Berlin o. J.

„Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924", Berlin 1924.

„Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925", o. O., o. J.

„Der Bergarbeiter-Kongreß / Gießen. Seine Bedeutung und die Stellung der Kommunisten zu ihm nebst Anhang der wichtigsten Resolutionen und Aufruf an die Mitglieder der Freien Arbeiterunion-Gelsenkirchen", Remscheid o. J.

„Bericht des Internationalen Rates der Roten Fach- und Industrieverbände für die Zeit vom 15. Juli 1920—1. Juli 1921", Moskau 1921.

„Bericht zum zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale", Hamburg 1921.

„Bericht über die Tätigkeit der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom IV. bis V. Weltkongreß", Hamburg 1924.

„Bericht des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschaftsinternationale an den dritten Kongreß der RGI in Moskau am 5. Juli 1924", Berlin o. J.

„Beschlüsse, Resolutionen und Aufrufe des 3. Kongresses der

Roten Gewerkschaftsinternationale. Abgehalten in Moskau vom 6. bis 21. Juli 1924", Berlin o. J.

„Beschlüsse und Resolutionen des 2. Internationalen Kongresses der revolutionären Gewerkschaften vom 11. November bis 2. Dezember 1922 in Moskau", Berlin 1923.

„Der Sächsische Betriebsräte-Kongreß am 29. Oktober 1922 in Dresden. Sitzungsbericht und Beschlüsse", Leipzig o. J.

„Die Bildung der linkssozialdemokratischen Regierung in Sachsen. Eine Material-Zusammenstellung", Berlin 1923.

„Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Reihe II, Bd. 3. Berlin 1958.

„Kleine Flugschriften der Gewerkschaftsabteilung der KPD", Heft 1, 2, 4, 7, 8 bis 10, 13 bis 15, 18, Berlin 1922 und 1923.

„Flugschriften der KPD zur sächsischen Landtagswahl", Nr. 1 bis 3, Leipzig 1922, Nr. 4, Chemnitz o. J.

„Die internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1924 bis 1927. Bericht des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschaftsinternationale an den 4. Kongreß in Moskau am 15. 3. 1928", Berlin o. J.

„Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung", Jahrgang 1922/1923 und 1923/1924, Hamburg o. J.

„Die Kommunistische Partei — die eiserne Kohorte der Revolution", Organisatorische Flugschriften der KPD, Nr. 1, Berlin 1923.

„Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919", Hamburg 1921.

„Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins", Berlin 1954.

„Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis zum 7. August in Moskau", Petrograd 1921.

„Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale. (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921)", Hamburg 1921.

„Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd—Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922", Hamburg 1923.

„Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale", Bd. I und II, o. O., o. J.

„Protokoll über den Dritten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale. Abgehalten in Moskau vom 8. bis 21. Juli 1924", Berlin o. J.

„Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 12.—23. Juni 1923", Hamburg 1923.

„Resolutionen, Statuten, Manifeste und Aufrufe des ersten internationalen Kongresses der Roten Fach- und Industrieverbände, 3. Juli 1921", Bremen o. J,

„Die Stellung der KP Sachsen zu der Oktoberbewegung. Parteimaterial zu den Oktoberereignissen", o. O., o. J.

„Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921)", Hamburg 1924.

„Wohin steuern die freien Gewerkschaften? Die wichtigsten Beschlüsse des Elften Kongresses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter besonderer Berücksichtigung des Wirkens der kommunistischen Fraktion", Berlin 1922.

„Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands", Berlin 1962.

„Für eine friedliche und demokratische Bundesrepublik. Wahlprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands zu den Bundestagswahlen am 19. September 1965", in: „Neues Deutschland" (B), 2. April 1965.

„Nach den westdeutschen Bundestagswahlen", in: „Neues Deutschland" (B), 17. Oktober 1965.

„Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960. Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, 15. bis 17. Dezember 1960", Berlin o. J.

„Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Berlin 1963.

„Die Gründung der SED — ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. Thesen des Politbüros des ZK zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD", in: „Einheit", 1961/2, S. 332—352.

„Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 3. Wahlperiode", Berlin 1959.

„Die Klassenschlachten im Jahre 1923 unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier. Überarbeitetes Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Karl-Marx-Stadt und des Arbeitskreises zur Erforschung der Geschichte der Bergarbeiterbewegung des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers am 23. November 1963 in Oelsnitz/Erzgeb. anläßlich des 40. Jahrestages der revolutionären Ereignisse des Jahres 1923", o. O., o. J.

„1917—1945. Neue Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Forschung und Lehre", Berlin 1965.

„Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Thesen des Zentralkomitees zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution", in: „Einheit", 1958/10, S. 1377—1403.

„Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Berlin 1963.

„Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 21. Januar 1963 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin", Bd. I bis IV, Berlin 1963.

„Thesen des Politbüros des ZK der SED zum zehnten Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik", in: „Einheit", 1959/9, S. 1243—1263.

„Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Bericht des Bundesvorstandes an den Kongreß in Leipzig für die Zeit vom 1. Juni 1919 bis 31. Mai 1922", Berlin 1922.

„Die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation)", Berlin 1923.

„Gewerkschaft oder Allgemeine Arbeiter-Union", o. O., o. J.

„Bericht des Hauptvorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands über die Jahre 1921/1925", Essen 1926.

„Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Dritter Jahrgang 1914", Berlin 1914.

„Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Vierte Folge 1927", Berlin o. J.

„Handbuch für die Vertrauensleute der IG-Metall. Anhang: Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes", Frankfurt am Main 1964.

„Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", Jahrgang 1922—1924, Berlin 1922 ff.

„Deutscher Textilarbeiter-Verband. Jahrbuch 1923/1924", Berlin 1925.

„Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jahrbuch", Jahrgang 1919—1925, Bochum 1919 ff.

„Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1923. Hand- und Jahrbuch für Verbandsmitglieder", o. O. 1924.

„Vier Jahre sächsische Politik", o. O. 1926.

„Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Protokoll der 22. Generalversammlung. Abgehalten vom 24. bis 26. Januar 1920 zu Bochum", Bochum 1920.

„Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Protokoll der 23. Generalversammlung. Abgehalten vom 29. Mai bis 4. Juni 1921 zu Gießen", Bochum o. J.

„Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Protokoll der 24. Generalversammlung. Abgehalten vom 15. bis 19. Juni 1924 zu Dresden", Bochum 1924.

„Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Protokoll der 25. Generalversammlung. Abgehalten vom 4. Juli bis 8. Juli 1926 zu Saarbrücken", Bochum 1926.

„Protokoll der sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg 1922", Berlin 1923.

„Protokoll der Verhandlungen des Elften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (1. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), abgehalten zu Leipzig vom 19. bis 24. Juni 1922. Protokoll der Verhandlungen der Sechsten Konferenz der Arbeitersekretäre, abgehalten zu Leipzig am 17./18. Juni 1922", Berlin 1922.

„Protokoll des 2. Reichskongresses der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands in Essen vom 1.—5. 10. 1922", Essen 1922.

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Görlitz vom 18. bis 24. September 1921", Berlin 1921.

„Der Sachsenkonflikt nach den Protokollen der Landtagsfraktion", o. O. 1924.

„Satzungen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", Berlin 1923.

„40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband. Zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Bergarbeiterverbandes", Bochum 1929.

„Bezirksgruppe Sachsen der Fachgruppe Steinkohlenbergbau Zwickau. Bericht über die 75-Jahrfeier am 15. Juni 1936", o. O., o. J.

„Bericht des Vorstandes des Bergbaulichen Vereins für Zwickau und Lugau-Oelsnitz zu Zwickau (danach Bergbaulicher Verein für Zwickau und Lugau-Oelsnitz, Geschäftsbericht, später Bergbaulicher Verein zu Zwickau e. V., Geschäftsbericht", Jahrgang 1913—1924, Zwickau 1913 ff.

„Geschäftsbericht der Gewerkschaft Deutschland zu Oelsnitz im Erzgebirge auf das Geschäftsjahr 1923 und 1924", o. O., o. J.

„Vierter Geschäftsbericht der Gewerkschaft Gottes Segen in Lugau auf das Geschäftsjahr 1923", o. O., o. J.

„Geschäftsbericht der Gewerkschaft Morgenstern auf das Jahr 1923", o. O., o. J.

„Geschäftsbericht des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins auf das Jahr 1923", o. O., o. J.

„Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände — Geschäftsberichte für 1923 und 1924", Berlin 1925.

„Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 2. Wahlperiode (von 1925 ab)", Berlin 1925.

„Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen", Freiberg 1920—1924.

„Reichs-Gesetzblatt", Berlin 1923 (einzelne Gesetzblätter).

„Reichstagshandbuch. II. Wahlperiode 1924", Berlin 1924.

„Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich", 1923 und 1924/1925, Berlin 1923 und 1925.

„Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen", 1921/1922, 1924/1926, Dresden o. J.

„Jahresbericht der Sächsischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1923 und 1924 nebst Jahresbericht des Oberbergamtes und der

Bergämter über den sächsischen Bergbau und die unterirdisch betriebenen gewerblichen Gruben", Dresden 1925.

„Verhandlungen des Reichstags. 1. Wahlperiode 1920, Stenographische Berichte", Bd. 360—361, Berlin 1923/1924.

„Verhandlungen des Reichstags. 1. Wahlperiode 1920. Anlage zu den Stenographischen Berichten", Nr. 5876—6097, o. O., o. J.

„Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1923", Bd. I, Dresden 1924.

„Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller", Jahrgang 1919—1924, Dresden 1919 ff.

„Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen", Berlin 1924.

„Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges", Berlin 1923.

„Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914 bis 1923", Berlin 1925.

IV. Zeitungen und Zeitschriften

„Der Rote Bergarbeiter", Bulletin des Internationalen Propaganda-Komitees der revolutionären Bergarbeiter (danach Bulletin der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der revolutionären Bergarbeiter), Berlin 1923.

„Rotes Gewerkschafts-Bulletin", Berlin 1923 (einzelne Nummern).

„Die Internationale", Berlin 1921—1923 (einzelne Nummern).

„Internationale Presse-Korrespondenz", Berlin 1922 und 1923 (einzelne Nummern).

„Der Kämpfer", Chemnitz 1921—1923.

„Der Kommunistische Gewerkschafter", Berlin 1921—1923.

„Die Kommunistische Internationale", Hamburg 1923/1924 (einzelne Nummern).

„Der Parteiarbeiter", Funktionärzeitschrift der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin 1923.

„Die Rote Fahne", Berlin 1922 (einzelne Nummern) und 1923.

„Bergarbeiter-Zeitung", Bochum 1921—1923.

„Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", Berlin 1921—1923 (einzelne Nummern).

„Sächsisches Volksblatt", Zwickau 1923.

„Volksstimme", Chemnitz 1923.

„Vorwärts", Berlin 1923 (einzelne Nummern).

„Deutsche Bergwerks-Zeitung", 1923 (einzelne Nummern).

„Kirchberger Zeitung für Stadt und Land", Kirchberg 1923 (einzelne Nummern).

„Lichtenstein-Callnberger Anzeiger und Tageblatt", Lichtenstein 1923 (25. Juli—25. August).

„Oelsnitzer Volksbote", Oelsnitz 1921—1923.

„Sächsische Industrie", Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, Dresden 1922/1923.

„Sächsische Staatszeitung", Dresden 1923.

„Stollberger Anzeiger und Tageblatt", Stollberg 1923 (Juli—August).

„Die Zeit", Berlin 1923 (einzelne Nummern).

„Zwickauer Tageblatt und Anzeiger", Zwickau 1923 (Juli—September).

„Zwickauer Zeitung", Zwickau 1923.

V. Unveröffentlichte Erinnerungsberichte und Mitteilungen von Veteranen der Arbeiterbewegung

Badstübner, Karl (Vielau)
Beier, Otto (Wildenfels)
Bernstein, Otto (Zwickau/Sa.)
Böttcher, Paul (Leipzig)
Braune, Richard (Zwickau)
Fraß, Richard (Lichtenstein)
Goldhahn, Paul (Oelsnitz/Erzgeb.)
Höllig, Oskar (Lugau)
Illner, Reinhard (Zwickau/Sa.)
Kraus, Erwin (Oelsnitz/Erzgeb.)
Langbein, Karl (Oelsnitz/Erzgeb.)
Langheinrich, Paul (Auerbach/Erzgeb.)
Lindau, Rudolf (Berlin)
Masanek, Franz (Zwickau/Sa.)

Mehlhorn, Willy (Hartenstein/Erzgeb.)
Meyer, Alfred (Zwickau/Sa.)
Möckel, Kurt (Zwickau/Sa.)
Reißmann, Paul (Oelsnitz/Erzgeb.)
Rieß, Fritz (Planitz)
Rommer, Paul (Planitz)
Schädlich, Oskar (Schedewitz)
Schmidt, Max (Zwickau)
Schreiber, Arthur (Neuwürschnitz)
Schreyer, Richard (Neuwürschnitz)
Schürer, Max (Pöhlau)
Siewert, Robert (Berlin)
Stephani, Paul (Zwickau/Sa.)
Thriemer, Bernhard (Neuwürschnitz)
Tuchscherer, Arthur (Oelsnitz/Erzgeb.)
Tuchscherer, Paul (Oelsnitz/Erzgeb.)
Walcher, Jacob (Berlin)
Zierold, Paul (Zschocken)

VI. Literatur

1. Marxistische Literatur

Albert, H. „Die Auseinandersetzungen um die Sozialisierung des sächsischen Steinkohlenbergbaus nach dem 1. Weltkrieg", Diss., Bergakademie, Freiberg/Sa., o. J.

„Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse 1945—1964", Berlin 1964.

Berthold, L., „Über die Arbeit an der mehrbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: „BzG", 1965/5, S. 779—790.

Berthold, L., „Zum Stand der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung — unter Berücksichtigung der in der ‚BzG' geführten Diskussion zur Entwicklung der Strategie und Taktik der revolutionären deutschen Arbeiterpartei", in: „BzG", 1964/5, S. 830—858.

Berthold, L./Diel, E./Vieillard, H., „Über einige theoretische Probleme unserer Geschichtsschreibung", in: „BzG", 1963/3, S. 407 bis 420.

Betlen, O., „Zur Frage der antifaschistischen Volksfrontregierung",

in: „Parttörténeti Kozlemények", 1962/3, S. 1–37 (Arbeitsübersetzung).

Beyreuther, W., „Grundfragen des gewerkschaftlichen Kampfes in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: „ZfG", 1962/8, S. 1761–1785.

Böttcher, P., „Der Verrat der linken SPD. Die Reichs-Exekutive gegen die sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung in Sachsen", Berlin o. J.

Brehme, G., „Die sogenannte Sozialisierungsgesetzgebung der Weimarer Republik", Berlin 1960.

Buchwitz, O., „50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung", Berlin 1958.

Dahlem, F., „1923 für die Nation an Ruhr und Spree. Ein Kapitel heroischen Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiter um Frieden und demokratische Einheit Deutschlands", in: „Neues Deutschland" (B), 10. Januar 1963.

Dahlem, F., „Der Ruhrkampf 1923", Berlin 1953.

Dawidowitsch, D. S., „Die revolutionäre Krise des Jahres 1923 in Deutschland und der Hamburger Aufstand", Moskau 1963 (russ.).

Diehl, E., „Zum Kampf der KPD um die Einheitsfront der Arbeiterklasse (Neue Probleme und Forschungsergebnisse zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der vierten Hauptperiode)", in: „BzG", 1965/1, S. 3–13.

Diehl, E., „Die Novemberrevolution und die Gründung der KPD", in: „Einheit", 1963/11, S. 37–47.

Dimitroff, G., Brief vom Juni 1934 an die Kommission zur Erörterung des Referats für den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, in: „BzG", 1963/2, S. 282–284.

Dimitroff, G., „Ausgewählte Schriften", Bd. I, II und III, Berlin 1956 und 1958.

„Diskussionsbeiträge zum Entwurf ‚Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung'", in: „Einheit", September 1962, Sonderheft.

Donath, F., „Ein Wendepunkt in der Geschichte der Weimarer Republik", Phil. Diss., Berlin 1951.

Ebert, Fr., „Die Arbeiterklasse wird der Nation den Frieden retten. Rede auf der XXI. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig", in: „Neues Deutschland" (B), 11. März 1965.

Ebert, Fr., „Der Sozialismus, die Zukunft Deutschlands. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1959 bis 1964", Berlin 1964.

Ebert, Fr., „An wessen Seite stehen die Führer der SPD? Rede vor der Volkskammer am 5. Mai 1965", in: „Neues Deutschland" (B), 7. Mai 1965.

Enderle, A., „Die Gewerkschaftsbewegung. Leitfaden für proletarische Gewerkschaftsarbeit", Berlin 1926.

Ersil, W., „Aktionseinheit schlägt Cuno. Zur Geschichte des Massenkampfes gegen die Cuno-Regierung 1923 in Mitteldeutschland", Berlin 1963.

Ersil, W., „Die revolutionäre Massenbewegung der deutschen Arbeiterklasse gegen die Regierung Cuno (von Juni 1923 bis zum Sturz der Regierung am 12. August 1923", Phil. Diss., Berlin 1956.

Ersil, W., „Über die finanzielle Unterstützung der rechtssozialistischen und bürgerlichen Gewerkschaftsführer durch die Reichsregierung im Jahre 1923", in: „ZfG", 1958/3, S. 1221—1248.

„Unsere Fahne, die ist rot! Ein heimatgeschichtliches Lesebuch", Hohenstein-Ernstthal o. J.

Foster, W. Z., „Abriß der Geschichte der Weltgewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1959", Berlin 1960.

Gast, H., „Die proletarischen Hundertschaften als Organe der Einheitsfront im Jahre 1923", Phil. Diss., Berlin 1961.

Gast, H., „Die proletarischen Hundertschaften als Organe der Einheitsfront im Jahre 1923", in: „ZfG", 1956/3, S. 439—465.

„Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution", Berlin. o. J.

Grotewohl, O., „Dreißig Jahre später", Berlin 1953.

Habedank, H., „Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923", Berlin 1958.

Hanisch, W., „Die Hundertschaften der Arbeiterwehr. Die proletarischen Hundertschaften 1923 in Sachsen", Berlin 1958.

Heckert, F. / Pavlik, „Die Einheitsfront, die Spaltungstätigkeit der Amsterdamer und die Offensive des Kapitals. Stenogramm der Reden auf dem 2. Kongreß der RGI. Anhang: Die Resolution des Kongresses", Berlin 1923.

Heckert, F. / Ziperowitsch, „Produktionskontrolle und Betriebsräte. Referate der Genossen Ziperowitsch und Heckert auf dem ersten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale. Nebst den angenommenen Resolutionen", Berlin 1921.

Hortzschansky, G., „Der nationale Verrat der deutschen Monopolherren während des Ruhrkampfes 1923", Berlin 1961.

„Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland", Berlin 1965.

Ittershagen, S. / Karl, H. / Wimmer, W., „Zur Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD von der Novemberrevolution bis zur Brüsseler Konferenz", in: „BzG", 1963/1, S. 32—52 und 1963/2, S. 228 bis 246.

„Zum 40. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution. Beiträge zum Verlauf und zu den Auswirkungen der Novemberrevolution im sächsischen Steinkohlenbergbau", in: „Freiberger Forschungshefte", D 27, Berlin 1959.

Koenen, W., „Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch", in: „BzG" 1962/2, S. 342—352.

Köller, H., „Kampfbündnis an der Seine, Ruhr und Spree. Der gemeinsame Kampf der KPF und KPD gegen die Ruhrbesetzung 1923", Berlin 1963.

Kučera, B., „Der proletarische Internationalismus im Feuer der revolutionären Ereignisse des Jahres 1923", in: „Sbornik praci filosofické fakulty Brněnské university, ročnik XIV, řada sociálněvědná (G)", č. 9, Brno 1965, S. 39 ff.

Kuczynski, J., „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart", Bd. I, Teil II, Berlin 1954.

Kuczynski, J., „Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus", Bd. 15, „Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945", Berlin 1963.

Kuczynski, J., „Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus", Bd. 16, „Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945", Berlin 1963.

Kuczynski, J., „Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus", Bd. 1, „Monopole und Unternehmerverbände", Berlin 1952.

Langner, P., „Der Massenstreik im Kampf des Proletariats", Berlin 1931.

Laschitza, A., „Zur Geschichte des Klassenkampfes der Bergarbeiter im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier während des ersten Weltkrieges", Diplomarbeit, Leipzig 1958.

„Unvergeßlicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen", Berlin 1957.

Lohse, H., „Die Tätigkeit und die Rolle der Kontrollausschüsse im Bezirk Chemnitz 1922/1923", Diplomarbeit, Leipzig 1958.

Lorenz, H., „Kumpel und Kumpanei. Erinnerungen", Berlin 1962.

Losowsky, A. / Hais, A., „Die Organisationsfrage auf dem 2. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale. Stenogramm der Reden der Genossen Losowsky und Hais (Tschechoslowakei), Anhang: Resolution", Berlin 1923.

Losowsky, A., „Die Weltoffensive des Kapitals und die proletarische Einheitsfront. Anhang: 1. Beschlüsse des Zentralrats der RGI zu den Referaten der Genossen Losowsky und Brandler über die Einheitsfront des Proletariats. 2. Telegrammwechsel zwischen der RGI und dem Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund", Berlin 1922.

Lozek, G. / Syrbe, H., „Geschichtsschreibung kontra Geschichte. Über die antinationale Geschichtskonzeption führender westdeutscher Historiker", Berlin 1964.

Luxemburg, R., „Ausgewählte Reden und Schriften", Bd. I und II, Berlin 1955.

Matern, H., „Im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Ausgewählte Reden und Schriften", Bd. I und II, Berlin 1963.

Matern, H., „Aus dem Leben und Kampf der deutschen Arbeiterbewegung", Berlin 1958.

Naumann H. / Vogtländer F., „Zum Problem einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch", in: „BzG", 1963/3, S. 461 ff.

Norden, A., „Antwort an SPD-Genossen. Rede auf der Tagung des Nationalrates am 18. November 1965 in Berlin", in: „Neues Deutschland" (B), 20. November 1965.

Norden, A., „Lehren deutscher Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker", Berlin 1950.

Norden, A., „Die Nation und wir. Ausgewählte Aufsätze und Reden", Bd. 1 und 2, Berlin 1964.

Patzke, F., „Ernst Grube. Der große Revolutionär und Mahner für alle antifaschistischen Sportler", Diplomarbeit, Leipzig 1953.

Orlowa, M. J., „Deutschland im Jahre 1923", Moskau 1957 (russ.).

Pawlowski, F., „Deutschland eine Kolonie", Berlin 1923.

Pawlowski, F., „Vor dem Endkampf in Deutschland", Berlin 1923.

Pieck, W., „Reden und Aufsätze", Bd. I, Berlin 1954.

Pieck, W., „Gesammelte Reden und Schriften", Bd. II, Berlin 1959.

Pieck, W., „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der KPD Oktober 1935", Berlin 1960.

Pieck, W. / Dimitroff, G. / Togliatti, P., „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935)", Berlin 1960.

Reisberg, A., „Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren 1921 und 1922. (Ein Beitrag zur Erforschung der Hilfe Lenins mit der Komintern für die KPD)", Bd. 1: „1921 — Das Jahr I der Einheitsfronttaktik", Habilitationsschrift, Berlin 1964.

Reisberg, A., „Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland", Berlin 1964.

Rößler, H. / Scheibner, H., „Wir sind die stärkste der Parteien. Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Stollberg (Erzgebirge)", Teil I, o. O., o. J.

Ruge, W., „Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen vom Januar bis September 1923", Berlin 1962.

Schröder, W., „Die erste Arbeiterregierung auf deutschem Boden. Das sächsische Kabinett Zeigner", in: „Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen", Dresden 1958/1959, Heft 1 — 3, S. 213 ff., S. 431 ff., S. 731 ff.

Stalin, J. W., „Werke", Bd. 10, Berlin 1953.

Stützner, H., „Die revolutionären Betriebsräte als Organe der proletarischen Einheitsfront im Jahre 1923", Diplomarbeit, Leipzig 1957.

Thälmann, E., „Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Bd. I und II, Berlin 1956 und 1958.

Teubner, H., „Zum Gedächtnis Erich Zeigners. Ein Verfechter der Einheit der Arbeiterklasse", in: „Leipziger Volkszeitung", 17. Februar 1961.

Uhlmann, H., „Arbeiterkämpfe im Sächsischen Steinkohlenbergbau 1924—1932", Phil. Diss., Leipzig 1959.

Uhlemann, M., „Arbeiterjugend gegen Cuno und Poincaré. Das Jahr 1923", Berlin 1960.

Ulbricht, W., „Über deutsche Arbeiterpolitik. Rede auf der XVI. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig am 8. September 1962", in: „Neues Deutschland" (B), 13. September 1962.

Ulbricht, W., „Begründung der Thesen über die Novemberrevolution 1918. Referat auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED", in: „Einheit", 1958/10, S. 1404 — 1427.

Ulbricht, W., „Zur Eröffnung der ersten sozialistischen Militärakademie in der Geschichte Deutschlands", Berlin 1959.

Ulbricht, W., „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Bd. I, Berlin 1963.

Ulbricht, W., „Über Gewerkschaften", Bd. I, Berlin 1953.

Ulbricht, W., „Des deutschen Volkes Weg und Ziel", in: Ulbricht, W., „Die DDR ist ihres Sieges gewiß", Berlin 1962.

Ulbricht, W.: „Die I. Internationale und die gegenwärtige kommunistische Bewegung. Rede auf der Internationalen Wissenschaftlichen Session anläßlich des hundertsten Jahrestages der I. Internationale. 25. bis 29. September 1964 in Berlin", Berlin 1964.

Ulbricht, W., „Die Kraft, die Deutschland veränderte und seine Zukunft gestaltet. Rede auf der Festveranstaltung zum 45. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands", Berlin 1964.

„Die nationale Mission der Deutschen Demokratischen Republik und der Friedenskräfte Westdeutschlands. Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, auf der 13. Sitzung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 5. Mai 1965", in: „Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik", 1965/2.

Ulbricht, W., „Referat zum Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", in: „Einheit", Sonderheft, August 1962, S. 1 — 57.

Ulbricht, W., „Die Staatsfrage in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und ihre Bedeutung für die Entwicklung in Deutschland", in: Walter Ulbricht / Karl Pollack: „Beiträge zur Staatslehre", Berlin 1959.

Ulbricht, W., „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung. Referat auf der 2. Tagung des ZK der SED, 10. bis 12. April 1963", Berlin 1963.

Ulbricht, W., „Die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird kommen. Ansprache auf der Festveranstaltung des Zentralkomitees aus Anlaß des 15. Jahrestages der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", in: „BzG", 1961/3, S. 523–546.

„Von den Brückenbergschächten zum VEB Steinkohlenwerk ‚Karl Marx'. Zwickau 1859 – 1959", o. O., o. J.

„Vorwärts und nichts vergessen! Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Erzgebirge-Vogtland 1912–1922", o. O., o. J.

Voß, G., „Revolutionäre Ereignisse des Klassenkampfes zwischen Landarbeitern und Gutsbesitzern in den Jahren 1921 bis 1923 in Deutschland", Phil. Diss., Rostock 1964.

Wächtler, E., „Bergarbeit zur Kaiserzeit. Die Geschichte der Lage der Bergarbeiter im Sächsischen Steinkohlenrevier Lugau-Oelsnitz in den Jahren 1889 bis 1914", Berlin 1962.

Wagner, R., „Die Arbeiterregierung in Sachsen im Jahre 1923", Phil. Diss., Berlin 1957.

Wagner, R., „Die revolutionäre Bewegung in den Bezirken Hessen-Frankfurt und Baden im Herbst 1923", in: „BzG", 1965/1, S. 84 bis 96.

Wagner, R., „Über die Chemnitzer Konferenz und die Widerstandsaktionen der sächsischen Arbeitermassen gegen den Reichswehreinmarsch im Oktober 1923", in: „BzG", 1961, Sonderheft, S. 188–208.

Wagner, R., „Zur Frage der Massenkämpfe in Sachsen vom Frühjahr bis zum Sommer 1923", in: „ZfG", 1956/2, S. 246 bis 264.

Wagner, R., „Der Kampf um die proletarische Einheitsfront und Arbeiterregierung in Sachsen unmittelbar nach dem VIII. Parteitag der KPD", in: „BzG", 1963/4, S. 647 – 657 und 1963/5 – 6, S. 922 – 932.

Wagner, R. / Meisel, G., „Im Ringen um eine nationale Wende. Revolutionäre Klassenkämpfe in Deutschland im Herbst 1923", in: „Neues Deutschland" (B), 26. Oktober 1963.

Wiezorek, R. / Stelzner, E., „Beiträge zum Kampf der Bergarbeiter des Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers und des Bornaer Braunkohlenreviers gegen den Kapp-Putsch im März 1920", in: „Freiberger Forschungshefte", D 35, Berlin 1960.

Zeigner, E., „Politischer Rückblick auf das Jahr 1923", in: „Sozialistische Einheit", 24. März 1946.

Zetkin, C., „Ausgewählte Reden und Schriften", Bd. II, Berlin 1960.

2. Sonstige Literatur

Bergsträsser, L., „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland", München 1955.

Bracher, K. D., „Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie", Villingen/Schwarzwald 1960.

Braun, O., „Von Weimar zu Hitler", Hamburg 1949.

Buchheim, K., „Die Weimarer Republik. Grundlagen und politische Entwicklung", München 1960.

Conze, W., „Die Weimarer Republik", in: „Deutsche Geschichte im Überblick. Ein Handbuch. Herausgegeben von Peter Rassow", Stuttgart 1953.

Eckardt / May, „Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaues im Erzgebirgischen Becken", Zwickau o. J.

Eichler, W., „Hundert Jahre Sozialdemokratie", Bonn 1962.

Erdmann, L., „Die Gewerkschaften im Ruhrkampf", Berlin 1924.

„Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein", Zwickau 1924.

Eyck, E., „Geschichte der Weimarer Republik", Bd. I, Erlenbach-Zürich und Stuttgart o. J.

Fabian, W., „Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918 — 1930", Löbau 1930.

Flechtheim, O., „Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik", Offenbach a. Main 1948.

Gessler, O., „Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit", Stuttgart o. J.

Geyer, C., „Drei Verderber Deutschlands. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands und der Reparationsfrage von 1920 bis 1924", Berlin 1924.

Hallgarten, G. W. F., „Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918 — 1933", Frankfurt a. Main 1955.

Hauck, A., „Spaltungs- und Zersetzungserscheinungen in der deutschen sozialistischen Gewerkschaftsbewegung während der Kriegs- und Nachkriegszeit", Rechts- u. staatsw. Diss., Hamburg 1925.

Hohlfeld, K., „Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung", Phil. Diss., Erlangen-Tübingen 1964.

Horkenbach, C., „Das deutsche Reich von 1918 bis heute", Bd. 1, Berlin 1930.

Langhorst, F., „Aus der Geschichte des sächsischen Bergbaues und seiner Arbeiter. Zur 50jährigen Erinnerung an die Gründung der sächsischen Bergarbeiterorganisation", Zwickau 1924.

Lehmann, H., „Die Weimarer Republik. Darstellung und Dokumente", München 1960.

Lipinski, R., „Der Kampf um die politische Macht in Sachsen", Leipzig 1926.

May, W., „75 Jahre Gemeinschaftsarbeit der sächsischen Steinkohlenbergwerke", Zwickau 1936.

Nestriepke, S., „Die Gewerkschaftsbewegung", 3 Bände, Stuttgart 1919 und 1921.

Noske, G., „Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie", Offenbach / Main 1947.

Prüfer, G. / Tormin, W., „Die Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik bis zu Eberts Tod", Hannover 1960.

Rabenau, F. v., „Seeckt. Aus seinem Leben 1918 — 1936", Leipzig 1940.

Rettig, R., „Die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 bis 1925 unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den freien Arbeitergewerkschaften", Phil. Diss., Hamburg 1954.

Rosenberg, A., „Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik", Frankfurt a. Main 1955.

Röllig, G., „Wirtschaftsgeographie Sachsens“, Leipzig 1958.

Schmidt, A., „Lang war der Weg“, Bochum o. J.

Schüddekopf, O.-E., „Das Heer und die Republik, Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933“, Hannover/Frankfurt am Main 1955.

Schwarz, A., „Die Weimarer Republik“ (Sonderdruck aus Brand-Meyer-Just, „Handbuch der Deutschen Geschichte“, Bd. IV, Abschnitt 3), Konstanz 1958.

Severing, C., „Mein Lebensweg“, Bd. I, Köln 1950.

Spethmann, H., „Zwölf Jahre Ruhrbergbau“, Bd. 1 bis 5, Berlin 1928 — 1930.

Stampfer, F., „Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik“, Offenbach/Main 1947.

Storm, E., „Geschichte der deutschen Kohlenwirtschaft von 1913 — 1926“, Berlin o. J.

Stresemann, G., „Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden“, Bd. 1 und 2, Berlin 1932.

Wentzke, Paul, „Ruhrkampf“, Bd. 1 und 2, Berlin 1930.

Wenzel, O., „Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923“, Phil. Diss., Berlin(West) 1955.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

I. Kapitel

„Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!"

1. Katastrophenpolitik der imperialistischen Machthaber provoziert Ruhrbesetzung 11

Keine grundlegende Wende in der Innen- und Außenpolitik 11
Extrem reaktionäre Konzeption 14
Soziale und nationale Notlage durch imperialistischen Ruhrkampf 19

2. Burgfriedenspolitik im Gegensatz zu geschichtlichen Lehren 24

3. Demokratisches Alternativprogramm der KPD weist Ausweg 26

„Um das Vaterland" 26
Nicht in einem Sprung zum Endziel 29
Programmentwurf 32
Einheitsfront und Arbeiterregierung kein Manöver der Kommunisten und kein Synonym für die Diktatur des Proletariats 38
Revolutionär-demokratische Teilforderungen 43
8. Parteitag gab in entscheidenden Fragen richtige Orientierung 51

II. Kapitel

Ein Brennpunkt des Klassenkampfes

1. Konstruktiver kommunistischer Vorschlag zur Lösung der sächsischen Regierungskrise Anfang 1923 65

2. Bezirk Erzgebirge-Vogtland — ein Schwerpunkt revolutionärer Arbeiterbewegung 71

3. Komplizierte Kampfbedingungen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier 80

Westsächsischer Steinkohlenbergbau von Bedeutung für imperialistische Politik des „passiven Widerstandes“ 80
Bergbaukonzerne an der Spitze reaktionärer Scharfmacher 84
Stark organisierte Arbeiterklasse 87
Linkssozialdemokratische Strömung 94
Bergarbeiterschaft gewerkschaftlich gespalten 98
KPD ringt um Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit 106

III. Kapitel

Im Ringen um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung in Sachsen

1. Niederlage der Verfechter des Burgfriedens und der Koalitionspolitik im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier 115

Von Anbeginn der Ruhrbesetzung keine Gemeinsamkeit mit reaktionären Kräften im nationalen Widerstandskampf ... 115
Linkssozialdemokratische Kräfte leisten wichtigen Beitrag 121

2. Gradmesser des Einflusses der KPD 124

Noch kein Durchbruch beim Aufbau gemeinsamer Hundertschaften und Kontrollausschüsse bis März 1923 124
Fortschritte bei den Betriebsrätewahlen 127
Notwendiges Kompromiß zwischen den Arbeiterparteien in der Regierungsfrage schafft bessere Kampfbedingungen in Sachsen 129

3. Um die Verwirklichung des Einheitsfrontabkommens zwischen dem Landesvorstand der KPD und der sozialdemokratischen Siebenerkommission vom 15. März 1923 132

Gemeinsame antifaschistische Aktionen im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier 132
Aufschwung der Kontrollausschuß- und revolutionären Betriebsrätebewegung 135
1. Mai 1923 im Zeichen der Arbeitereinheitsfront 138
Einheitsfrontabkommen gefährdet 140

4. Bedeutsame Veränderungen in der Arbeiterbewegung .. 142

Rechte Führer auf sozialdemokratischem Bezirksparteitag in Zwickau isoliert 142
Einheitsfrontabkommen auf regionaler Ebene zum Aufbau gemeinsamer Hundertschaften der Arbeiterwehr 148
Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Arbeiterbewegung 152

IV. Kapitel

Inflationselend

1. Wachsende Verelendung der Bergarbeiter und anderer Werktätiger im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier 156

Reallohn um die Hälfte gesunken 156
Und „schinden sich zu Tode" 163

2. Bergbaukonzerne in der ersten Reihe der Inflationsgewinnler 168

Räuberische Lohn-, Preis- und Steuerpolitik 168
Großzügiges Investitionsprogramm auf Kosten der Inflationsopfer 174

V. Kapitel

Passive Resistenz gegen Konzernherren im Juni 1923

1. „Es geht ein revolutionärer Zug durch die Arbeiterschaft" 180

2. Passive Resistenz der Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier im Juni 1923 — erste große Arbeiteraktion in einem sächsischen Industriebezirk 185

Solidarität mit dem Proletariat an Rhein und Ruhr 185
Wichtiges Glied in der Kette von Lohnstreiks in Deutschland 189
Beitrag zum nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes 192

3. KPD unterbreitet konkretes Programm zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe 195

4. Verschärfte Differenzen in der VSPD und sinkender Einfluß der Verfechter der Arbeitsgemeinschaftspolitik 200

5. Strategie und Taktik der herrschenden Klasse 204

Bergbaulicher Verein will die Arbeiter durch Aussperrung auf die Knie zwingen und Widerstand mit Polizei brechen 204
Kabinett Zeigner—Liebmann—Graupe lehnt Einsatz bewaffneter Staatsorgane gegen Streikende ab 209
Kurs auf gewaltsame Beseitigung der linkssozialdemokratischen Landesregierung und auf die blutige Niederschlagung der Arbeiterklasse in Sachsen mit Hilfe der Reichswehr 210
Cuno-Regierung und Reichswehrgeneralität bei Entscheidung über Reichsexekution unter Massendruck 214

6. Außerparlamentarischer Kampf vereitelt Pläne der Reaktion im Frühsommer 1923 219

Arbeite-langsam-Streik führt zu Teilerfolgen 219
Das Neue in der Arbeiterbewegung im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier nach Abbruch der passiven Resistenz .. 222

VI. Kapitel

Massenkampf im Sommer 1923 gegen Verelendungspolitik der Monopole und die Cuno-Regierung

1. „Im Geiste von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg laßt uns kämpfen!“ 225

2. Erster und größter Massenstreik 1923 in Sachsen 233

Hauptursache des Bergarbeiterstreiks im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier: soziale Notlage 233
Bedeutendste Einheitsfrontaktion der Bergarbeiter unter Führung der KPD und der revolutionären Betriebsräte 237
Phasen des ökonomischen und politischen Massenstreiks im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier 242

3. Reaktion fordert Reichsexekution 253

4. Arbeitsgemeinschaftspolitik im Widerspruch zu den Interessen der Streikenden 258

5. Zwiespältige Haltung der sächsischen Regierung 261

6. KPD — organisierende und führende Kraft 266

Kommunistische und sozialdemokratische Betriebsräte bilden Führungsorgane des Massenkampfes 266
Arbeiterparteien und Gewerkschaften in außerparlamentarischer Aktion vereint 271
Presseorgane und Parlamentsfraktionen der KPD im Dienste der Kämpfenden 272
KPD bezieht richtige Position zur Regierung Zeigner—Liebmann—Graupe 274

7. Weitere Linksentwicklung in den Reihen der Sozialdemokratie 279

8. Arbeitereinheitsfront siegt nach dreiwöchigem Kampf ... 286

9. Generalstreik zwingt Katastrophenkanzler Cuno zum Rücktritt 288

Dokumente und Materialien

1. Aufruf des 8. Parteitages der KPD an die Werktätigen in Sachsen 302

2. Brief des Landesvorstandes Sachsen der KPD von Ende Mai 1923 an den Landesarbeitsausschuß der VSPD, den Landesausschuß des ADGB und die Siebenerkommission der VSPD 305

3. Rundschreiben des Organisatorischen Büros der Zentrale der KPD vom 2. Juli 1923 an alle Ortsgruppen und Parteifunktionäre über die Bildung von Betriebszellen 306

4. Stellungnahme der politischen und technischen Zentralleitung der gemeinsamen Abwehrorganisationen des Bezirkes Zwickau-Plauen vom 16. Juli 1923 gegen die Cuno-Regierung und für den weiteren Aufbau gemeinsamer Hundertschaften 311

5. Entschließungen der Massenkundgebung von Werktätigen des Industriegebiets von Zwickau aus Anlaß des Antifaschistentages am 29. Juli 1923 312

6. Erklärung des Landesvorstandes Sachsen der KPD vom 2. August 1923 zur Aufforderung der Leitungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Zwickau an die sächsische Regierung, eine gemeinsame Beratung von KPD, VSPD und ADGB einzuberufen 314

7. Entschließung der Massenversammlungen der Werktätigen von Zwickau am 2. August 1923 mit den Forderungen nach Sturz der Regierung Cuno und nach fortschrittlichen Maßnahmen der sächsischen Regierung 314

8. Aus dem Bericht der Staatspolizeiverwaltung in Dresden vom 3. August 1923 an das sächsische Ministerium des In-

nern über Polizeimaßnahmen anläßlich des Marsches der Bergarbeiter des Oelsnitzer Reviers nach Zwickau 315

9. Entschließung der Massenversammlung der Arbeiter von Hohenstein-Ernstthal am 3. August 1923 mit den Forderungen nach Sturz der Regierung Cuno, Bildung einer Arbeiterregierung, Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften und Rückgängigmachung der Polizeimaßnahmen gegen die kämpfenden Arbeiter 317

10. Mitteilung der Leitung der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands im Oelsnitzer Revier über die Ergebnisse der Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiter des Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers am 3. August 1923 in Hohenstein-Ernstthal 318

11. Entschließung der Massenversammlung der Werktätigen von Oelsnitz am 7. August 1923 mit den Forderungen nach Sturz der Regierung Cuno, Auflösung des Reichstages und Bildung einer Arbeiter-, Beamten- und Bauernregierung .. 319

12. Aus einer Vorlage für den Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 8. August 1923 über die Lage in Sachsen und die gegen die Arbeiterklasse und die sächsische Regierung einzuleitenden Maßnahmen .. 320

13. Telegramm des Reichsinnenministers an das sächsische Ministerium des Innern vom 8. August 1923 mit der Aufforderung, die Polizei gegen die kämpfenden Arbeiter einzusetzen 322

14. Schreiben der Landtagsfraktion der KPD an das Präsidium des Sächsischen Landtages mit der Aufforderung nach sofortiger Einberufung des Parlaments 323

15. Aufruf des Kontrollausschusses von Oelsnitz vom 9. August 1923 an die Arbeiter, Beamten, Landwirte und Geschäftsleute zur Unterstützung der Sammelaktion für die streikenden Bergarbeiter 324

16. Schreiben des Bergbaulichen Vereins zu Zwickau vom 9. August 1923 an den Reichspräsidenten Ebert mit der Aufforderung, den Bergarbeiterstreik im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier mit allen Mitteln niederzuschlagen 324

17. Entschließung der Mitgliederversammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Zwickau am 10. August 1923 mit den Forderungen nach Rücktritt der Regierung Cuno und Bildung einer Arbeiterregierung 327

18. Politisches Rundschreiben Nr. 18 des Politischen Büros der Zentrale der KPD vom 10. August 1923 an alle Bezirke über die Vorbereitung des Generalstreiks gegen die Cuno-Regierung 328

19. Aufruf des Landesvorstandes Sachsen der KPD vom 11. August 1923 an die Beamten, Lehrer, Ärzte, Ingenieure und Kleingewerbetreibenden 329

20. Entschließungen des Vorstandes des Bezirksverbandes Zwickau-Plauen der VSPD vom 15. August 1923 gegen den Beschluß der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über den Eintritt von Sozialdemokraten in eine Regierung der großen Koalition 332

21. Bericht der Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland der KPD vom 20. August 1923 an die Zentrale der KPD über die Generalstreikbewegung im Bezirk Erzgebirge-Vogtland vom 12. bis 19. August 1923 333

Chronik eines Massenstreiks im Sommer 1923 337

Verzeichnis der Personen 352

Verzeichnis der geographischen Namen 360

Quellen- und Literaturverzeichnis 368

Verzeichnis der Faksimiles

1 Gedenktafel für Ernst Grube am ehemaligen Sitz der Unterbezirksleitung Zwickau der KPD 91

2 Titelblatt der 1921 erschienenen deutschen Ausgabe des Werkes von W. I. Lenin „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ 92

3 Grußschreiben des Jugendtages der KJD des Bezirkes Erzgebirge-Vogtland Pfingsten 1923 in Zwickau an den Jugendtag der SAJ in Aue 164

4 Titelseite des Zentralorgans der KPD mit dem gemeinsamen Aufruf der Zentrale und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte vom 29. Mai 1923 182

5 Titelseite des Bezirksorgans der KPD „Der Kämpfer“ mit dem Appell der Zentrale der KPD vom 11. Juli 1923 226

6 Antifaschistisches Gedicht aus „Der Kämpfer“ vom 28. Juli 1923 227

7 Aufruf des Landesvorstandes Sachsen der KPD vom 28. Juli 1923 zum Antifaschistentag und Illustrationen 230

8 Flugblatt des Landesvorstandes Sachsen der KPD zum Antifaschistentag 234/235

9 Aufruf der örtlichen Streikleitung der Bergarbeiter an die Werktätigen von Kirchberg und Umgebung zur Solidarität 277

10 Titelseite des Bezirksorgans der KPD „Der Kämpfer“ vom 13. August 1923 290

11 Aufruf des Aktionsausschusses in Zwickau anläßlich der Bildung der sächsischen Arbeiterregierung 299

HX 280 S3K7
Krusch, Hans-Joachim
Um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung [1. Aufl.]

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 11 02 06 09 015 3